

**Die italienische Frage in Bayerns Sicht
und Politik von 1859 - 1865**

Marianne Leber

Die italienische Frage in

Bayerns Sicht und Politik

von 1859 - 1865

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München



vorgelegt von

Marianne Leber

München

1957

Gutachter: Professor Dr.Hans Rall
Referent: Professor Dr.Max Spindler
Tag der mündlichen Prüfung: 30.7.1957

Inhaltsverzeichnis

Seite

Abkürzungen

VI

Vorwort

VII

I. Teil: Die italienische Frage bis zu Beginn des Krieges 1859

Einleitung: Die Situation in Italien 1859 1

I. Kapitel: Die bayerischen Beobachtungen
über Frankreich und die
italienischen Staaten 5
(Frankreich S.5 - Sardinien S.8 -
Sizilien S.14 - Kirchenstaat S.20 -
Toskana S.26)

II. Kapitel: Das Verhalten Bayerns und der anderen
deutschen Staaten gegenüber der
italienischen Frage 30

(Das Interesse Bayerns an der
italienischen Frage S.30 - Preußen
und Österreich zur italienischen
Frage S.39 - Die Rückwirkung der
Haltung Englands und Rußlands auf
die preußische Politik S.44 -
Der bayerische Vermittlungsvor-
schlag S.48 - Notenwechsel zwischen
Preußen und Österreich S.51 - Die
Haltung der bayerischen Regierung
und die bayerische Anfrage bei den
Mittelstaaten S.53 - Die Haltung
der Mittelstaaten S.58)

III. Kapitel: Das Verhalten Bayerns gegenüber
Frankreich und Sardinien 64

(Französische und sardinische
Beobachtungen über die bayerische
Regierung und die öffentliche Mei-
nung in Bayern S.64 - Spannungen
zwischen Frankreich und Bayern S.71 -
Bayerische Bemühungen die Sprache
Preußens gegenüber Frankreich und
Sardinien abzuschwächen S.76)

IV. Kapitel:	Diplomatische Verhandlungen zwischen den Großmächten	84
	(Die englischen Vermittlungsversuche in Turin und die Mission Cowley's S.84 - Der Vorschlag zu einem Kongreß der Großmächte S.91 - Österreichs Kriegsentschlossenheit S.95)	
V. Kapitel:	Bayerns Verhalten gegenüber dem Deutschen Bund, Preußen und Österreich im März und April 1859	99
	(Die bayerische Mobilmachung und Anfrage in Berlin S.99 - Die Frage der Bundesfestungen S.101 - Bayerische Ratschläge an Österreich S.104 - Preußens Stellungnahme zur bayerischen Anfrage S.107)	
VI. Kapitel:	Die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich und das Ultimatum	110
	(Die Mission des Erzherzogs Albrecht S.110 - Die Reaktion auf das Ultimatum Österreichs bei den Großmächten S.113 - Die Reaktion Bayerns und der anderen deutschen Staaten S.118)	
II. Teil:	Die italienische Frage bis zum Frieden von Villafranca 1859	
Einleitung:	Die Vorgänge in den oberitalienischen Herzogtümern	122
I. Kapitel:	Die Politik der deutschen Staaten bis zur Mobilmachung Preußens	128
	(Die Marschbereitschaft des Bundesheeres und die Frage der Bundesfestungen S.128 - Die bayerische Politik S.132 - Die Einstellung Sachsens und Hessens zur preußischen Politik S.137 - Hannovers Antrag am Bund S.140 - Die politischen Erwägungen der bayerischen Regierung S.141 - Die weitere Behandlung des hannoveranischen Antrages S.148 -	

Die Mission Willisens S.152 -
Das Vermittlungsbestreben
Preußens S.153 - Die Überlegungen
der bayerischen Regierung über die
von Preußen angestrebte Vermitt-
lung S.156 - Die Frage der mit
Österreich abzuschließenden Separat-
verträge S.162 - Von der Pfordtens
Besprechungen mit König Max in
München S.169 - Die Mobilmachung
Preußens und die Einladung zu Mili-
tärbesprechungen S.176)

II. Kapitel: Die Großmächte	182
(Rußland S.182 - England S.186 - Frankreichs und Sardiniens Beobach- tungen über Deutschland S.189 - Die Beziehungen Frankreichs zu Bayern S.200)	

III. Kapitel: Die italienischen Staaten	204
(Die Herzogtümer S.204 - Der Kirchen- staat S.205 - Das Königreich Beider Sizilien S.220)	

IV. Kapitel: Die Politik der deutschen Staaten in der letzten Phase des Krieges	223
(Der Antrag Preußens am Bund S.223 - Die Mittelstaaten ziehen Abrüstung in Betracht S.225 - Württembergs Vorschlag einer Ministerkonferenz S.226 - Bayerns Stellung zum preußi- schen Antrag S.228 - Neuer preußi- scher und österreichischer Antrag S.230 - Der Mittelstaaten und Bayerns Stellung zu den Anträgen S.232 - Der Eindruck des Friedens in Bayern S.235 - Rückblick S.241)	

III. Teil: Die Bildung des Königreichs Italien bis zu dessen Anerkennung durch Bayern

I. Kapitel: Italien nach Villafranca und der voraussichtliche Kongreß der europäischen Mächte 1859	246
(Die Entwicklung in Oberitalien S.246 - Die Chancen für eine Re- stauration S.250 - Die voraussicht- liche Haltung der Mächte auf dem Kongreß S.255 - Die Bemühungen Bay- erns für Franz von Modena S.263)	

II. Kapitel:	Das Scheitern des Kongresses und die Annexionen	266
	(Die Änderung der französischen Politik S.266 - Der Kirchenstaat und seine Einstellung gegenüber der neuen Politik Frankreichs S.269 - Die savoyische Frage S.276 - Bayerns Einstellung zur Entwicklung in Italien S.279 - Der Vollzug der An- nexionen und die Haltung der Mächte und Bayerns S.282)	
III. Kapitel:	Die Expedition der Tausend	287
	(Der innere Zustand des Königreichs Beider Sizilien S.287 - Die Inva- sion und die Haltung der Mächte S.292 - Diplomatische Verhandlungen und Zuge- ständnisse Franz'II. S.296 - Das Ende der bourbonischen Dynastie in Neapel S.301)	
IV. Kapitel:	Die Invasion in den Kirchenstaat	311
	(Heer und Finanzen S.311 - Französ- ischer Vorschlag zur Lösung der römi- schen Frage S.315 - Invasionsgefahr S.316 - Eroberung der Marken und Umbriens durch Sardinien S.320)	
V. Kapitel:	Bayern zu den Vorgängen in Süd- und Mittelitalien	322
	(Die Abberufung Vergers aus Turin S.322 - Die Frage des Abbruchs der Beziehungen zwischen dem Deutschen Bund und Sardinien S.332 - Bayern und die Asylfrage für den Papst S.334)	
VI. Kapitel:	Die Venetianische Frage	345
	(Die venetianische Frage bis zum Sommer 1860 S.345 - Gerüchte wegen eines Bündnisses zwischen Bayern und Österreich S.347 - Akute Kriegs- gefahr und die Haltung der Mächte S.349 - Die bayerischen Überlegun- gen und Bemühungen wegen Venetien S.352 - Französische Reklamationen wegen der bayerischen Initiative S.367 - Das Protokoll vom 22.Januar 1862 S.369)	

VII. Kapitel: Die Bildung des Königreichs von Italien	374
(Schwierigkeiten in Sizilien S.374 - Die Hoffnungen Franz'II. auf seine Restauration S.376 - Die Frage der Anerkennung des Königreichs von Italien S.382 - Die Haltung des Deutschen Bundes S.387 - Die Anerkennung durch Preußen und Rußland S.396)	
VIII. Kapitel: Die römische Frage	400
(Diplomatische Versuche Sardiniens S.400 - Heer, Finanzen und Verwaltung im Kirchenstaat S.405 - Spanischer Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung in der römischen Frage bei Napoleon S.407 - Der Kongreßvorschlag Napoleons S.411 - Die September Konvention S.413)	
IX. Kapitel: Die Anerkennung des Königreichs von Italien durch Bayern	420
(Der Entschluß zur Anerkennung S.420 - Die Durchführung S.426 - Die Wirkung der bayerischen Anerkennung S.429 - Die Besetzung des Gesandtschaftspostens S.435)	
Schlußbetrachtung	439
Anhang	442
Quellenverzeichnis	455
Literaturverzeichnis	459
Namenverzeichnis	465

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Abkürzungen

GSTM	Geheimes Staatsarchiv München
GHM	Geheimes Hausarchiv München
HSTW	Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien
AAE	Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris
ASTT	Archivio di Stato, Turin
ASTF	Archivio di Stato, Florenz
ASTN	Archivio di Stato, Neapel
N.Th.	Nachlaß Therese
N.Pfi.	Nachlaß Pfistermeister
N.Pf.	Nachlaß von der Pfordten
APPr.	Die auswärtige Politik Preußens 1858 - 1871, herausgegeben von der historischen Reichs- kommission
..DF	Mémoires et Documents France

V o r w o r t

Nach der Beendigung des Krimkrieges tauchte als nächstes Problem von europäischem Ausmaß das der nationalen Einigung Italiens auf. Die Geschehnisse der italienischen Einigung sind zwar in zahlreichen Arbeiten von den verschiedenen Standpunkten der europäischen Großmächte aus beleuchtet worden, nicht aber von dem Standpunkt eines kleineren Staates, der zwar an der italienischen Frage nicht völlig unbeteiligt, aber doch nicht unmittelbar daran interessiert war und dadurch zu einer objektiveren Beurteilung fähig wurde. Bayern scheint für diese Aufgabe besonders geeignet zu sein. Seit frühester Zeit bestanden politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Bayern und Italien. Aber durch die beschränkten machtpolitischen Möglichkeiten im 19. Jahrhundert kam das direkte Interesse Bayerns an der italienischen Frage nicht dem der europäischen Großmächte gleich. So kann angenommen werden, daß es für die bayerischen Berichterstatter nicht notwendig war, die Vorgänge und Zustände in Italien nach irgendeiner Seite hin zu färben, und ihr Urteil mag deshalb nicht ohne Bedeutung sein. Abgesehen von dem Wert, den die bayerische Berichterstattung haben mag, blieben die Ereignisse in Italien natürlich nicht ohne Auswirkung auf Bayern. Diese Arbeit soll nun zeigen, wie weit die dynastischen Bindungen, die zwischen dem bayerischen Königshaus und einigen regierenden Fürstenhäusern Italiens bestanden, zur Richtschnur der bayerischen Politik gemacht wurden, wie weit das bayerische Interesse mit dem Österreichs gemeinsam ging, und welche Folgen dann hieraus von der bayerischen Regierung für notwendig erachtet wurden. Da die Interessen Preußens und Österreichs bei der italienischen Frage verschiedene und entgegengesetzte waren, kam der Dualismus innerhalb des Deutschen Bundes gefährlich zum Vorschein, woraus eine Rückwirkung der italienischen auf die

deutsche Frage entstand. Durch diese Auswirkung wurde das italienische Problem für Bayern bedeutend, weil dabei die Gelegenheit geboten wurde, die Entwicklung der deutschen Verhältnisse entscheidend zu beeinflussen und die Grundlage für alle weiteren Ereignisse zu gestalten. Der Frage, wie weit und in welcher Weise Bayern diese Aufgabe bewältigte, ist wegen ihrer Wichtigkeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Natürlich begann das italienische Risorgimento schon vor dem Jahr 1859. Trotzdem wurde dieser Zeitpunkt als Anfang der Arbeit gewählt, weil erst in diesem Jahr das italienische Problem sich eindeutig zu einem europäischen erweiterte. Das Jahr 1865 beendete mit der Anerkennung des Königreiches Italien für Bayern das Problem der nationalen Einigung Italiens. Diese Arbeit beschränkt sich ausschließlich auf den Zeitraum zwischen 1859 und 1865 und läßt die Frage der Beziehungen Bayerns zu den italienischen Staaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts außer Betracht. Auch werden hier nur die politischen, nicht aber die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen Bayerns zu Italien berücksichtigt, weil zu allen diesen Fragen weitere umfangreiche Studien, die bisher noch nicht unternommen wurden, notwendig erscheinen.

Die Arbeit entstand unter der Anregung und Anleitung meines verehrten Lehrers, Herrn Prof. Dr. H. Rall, dem ich für alle Mühe und Hilfe aufrichtig danke. Mit der gütigen Erlaubnis weiland Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen Rupprecht von Bayern durfte ich alle einschlägigen Akten des Geheimen Hausarchivs München benützen. Die Benützung konnte auch nach dem Ableben Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen Rupprecht weitergeführt werden, wofür ich Seiner Königlichen Hoheit Herzog Albrecht von Bayern meinen besonderen Dank aussprechen möchte. Ebenso danke ich Seiner Königlichen Hoheit Herzog Ferdinand von Bourbon-Calabrien für die freundliche Erlaubnis, Akten eingesehen zu dürfen, die sich heute

im Archivio di Stato in Neapel befinden. Weiter wurden zur Anfertigung dieser Arbeit Akten aus dem Geheimen Staatsarchiv München, dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, dem Archive du Ministère des Affaires Étrangères in Paris und dem Archivio di Stato in Turin und Florenz herangezogen. Alle diese Archive standen mir mit großer Liebenswürdigkeit hilfreich zur Seite, wofür ich herzlich danke. Leider konnten die sicherlich aufschlußreichen Material enthaltenden Bestände des Vatikanischen Archivs nicht eingesehen werden, da diese für den Zeitraum nach 1846 der Benützung noch nicht offen stehen. Wenn man von diesem Archiv und dem preußischen und russischen Archiv, die der Benützung ebenfalls nicht zugänglich sind, abläßt, scheint wesentlich Neues enthaltendes Material zum Thema dieser Arbeit kaum noch vorhanden zu sein.

I. Teil

Die italienische Frage bis zu Beginn des Krieges 1859

E i n l e i t u n g

Die Situation in Italien 1859

Vor dem Krieg von 1859 stand Italien eindeutig unter der Vorherrschaft und dem Einfluß Österreichs. Auf dem Wiener Kongreß war Österreich der Besitz der Lombardei und Venetiens zugesprochen und von den Mächten garantiert worden. Daneben hatte Österreich durch den Artikel 53 der Wiener Schlußakte Besatzungsrechte in Comacchio und Ferrara (Kirchenstaat) und durch den Pariser Vertrag vom 10.6.1817 in Piacenza (Herzogtum Parma) erhalten. Außerdem hatte Österreich mit verschiedenen italienischen Staaten Spezialverträge abgeschlossen, die nicht in der Wiener Schlußakte aufgenommen waren, und die Österreichs Einfluß weit über seinen eigentlichen Besitz ausdehnten. Diese Verträge verpflichteten Österreich, bei innerer und äußerer Gefahr militärische Hilfe zu leisten und gaben Österreich das Recht, Modena und Parma in die Verteidigungslinie der italienischen Provinzen Österreichs einzubeziehen und Truppen in diese Staaten zu beordern, sobald das Interesse der gemeinsamen Verteidigung dies erforderte.¹⁾ Mit Toskana bestand ein Defensivvertrag zur Garantie der Sukzessionsrechte gegen Äußere und innere Feinde.²⁾ Ein ähnlicher Vertrag war mit dem Königreich Beider Sizilien abgeschlossen worden, der einen Artikel enthielt, keine Reformen einzuführen, die nicht mit dem Regierungssystem in der Lombardei und Venetien übereinstimmten.³⁾

1) Defensiv- und Offensivallianz zwischen Österreich und Modena vom 24.12.1847,
Defensiv- und Offensivallianz zwischen Österreich und Parma vom 4.2.1848, siehe Anhang

2) Allianzvertrag zwischen Österreich und Toskana vom 12.6.1815, siehe Anhang

3) Geheime Zusatzartikel des Allianzvertrages zwischen Österreich und Sizilien vom 12.6.1815, siehe Anhang

Die modenewische und toskanische Dynastie waren habsburgische Secundogenituren. Parma und das Königreich Beider Sizilien wurden von bourbonischen Linien regiert. Einzig im Königreich Sardinien herrschte eine Dynastie italienischer Abstammung. Aber dort übte Frankreich seit einigen Jahren einen gewissen Einfluß aus, seit der Zeit, als Piemont sich "zum Wächter der Tore Italiens ins französische Interesse" gestellt hatte.⁴⁾ Cavour hatte in der Zeit seines Handels- und Finanzministeriums die wirtschaftlichen Verhältnisse des Königreichs Sardinien wesentlich verbessert. Wie kein anderer Staat in Italien war Sardinien innenpolitisch in sicherem und ruhigem Zustand, sodaß die Voraussetzung für eine kräftige Außenpolitik geschaffen war.

Als dominierende Macht in Oberitalien war Österreich der natürliche Gegner jedes machtpolitischen Vergrößerungsstrebens von Sardinien. Dieses verband als moralische Stütze sein Machtstreben mit den nationalen und liberalen Ideen des Jahrhunderts und gewann durch die propagandistische Ausnützung dieser Ideen eine sehr vorteilhafte Stellung gegenüber Österreich. Trotzdem konnte Sardinien, darauf allein gestützt, einen Kampf mit Österreich nicht wagen. Es mußte sich in Europa einen Bundesgenossen suchen. Mit außergewöhnlichem Geschick hatte Cavour gegen die Meinung des Ministeriums den Bündnisvertrag vom 26.1.1855 mit den Westmächten im Krimkrieg durchgesetzt. Damit hatte sich Sardinien Ansehen in Europa errungen und war zum erstenmal an einem Kongreß über internationale Fragen beteiligt worden. Auf dem Pariser Kongreß war es Cavour in der bekannten Sitzung vom 8. April 1856 gelungen, die italienischen Verhältnisse zur Sprache zu bringen und das Interesse Europas daran zu wecken. Napoleon III. hatte sich bereit gezeigt, die sardinischen Pläne zu unterstützen, die mit dem Verlangen der Italiener nach natio-

4) 15.1., 9.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

naler Unabhängigkeit und Beendigung der österreichischen Fremdherrschaft im Einklang standen.

Napoleon, der die Italiener bei der Erfüllung dieser Wünsche unterstützte, tat dies nicht aus selbstloser Hilfsbereitschaft, auch nicht als unbedingter Anhänger der liberalen und nationalen Ideen, noch um Reformen in den einzelnen Staaten Italiens zu erzwingen. Dies waren nur Vorwände. In Wirklichkeit bedeutete für Frankreich der Krieg von 1859 die Fortsetzung des Jahrhunderte alten Ringens mit Österreich um die Vorherrschaft in Italien. Beide aber verloren den Kampf. Für Österreich begann damit der Zerfall seiner Großmachtstellung. Für Frankreich war es nur ein letzter mißglückter Versuch, in Italien einen Satelliten zu finden. Napoleon als der Erbe bonapartistischer Ideen war dadurch notgedrungen ein Revisionist der Verträge von 1815. Er erstrebte Kompensationen für Frankreich zu erhalten und in Europa eine dominierende Rolle zu spielen und suchte das mit Hilfe des Nationalitätenprinzips zu erreichen. Napoleon förderte wohl die italienische Einigung, aber ohne sie herbeizuwünschen, wie er auch die deutsche Einigung geschehen ließ, ohne dagegen zu intervenieren.⁵⁾

5) vergl. P. Renouvin, *La Politique extérieure du second Empire*, Paris 1940.

Über den heutigen Stand der Ansichten und Forschung über Napoleon III. gibt Droz in der kritischen Bibliographie "L'Epoque Contemporaine", Paris 1953, einen guten Überblick. Darüber ist man sich heute einig, daß Napoleon die Verträge von 1815 revidieren wollte, und daß die Idee des Nationalismus kein entscheidendes Element der napoleonischen Politik war. Man neigt zu der Annahme, daß überhaupt kein fester Leitgedanke in Napoleons Politik zu finden ist, sondern vielmehr eine "suite d'idées fixes", wie Bismarck schon urteilte, die Napoleon dann meistens mit unzureichenden Mitteln, mit Unsicherheit und mangelnder Energie und Konsequenz verfolgt hatte.

Vergl. ferner P. de la Gorce, *Napoléon III et sa politique*, Paris 1933; M. Blanchard, *Le second Empire*, Paris 1950; O. Aubry, *Das zweite Kaiserreich*, Paris 1951

Napoleon lud im Sommer 1858 Cavour zu einer Besprechung nach Plombières ein. Dort wurde am 21. Juli zwar kein Vertrag geschlossen, aber der Plan besprochen, wie der Krieg gegen Österreich zu beginnen sei, und welche Ziele man dabei verfolgen wolle. Das Programm "Italien frei bis zur Adria" wurde aufgestellt, das der Neubildung Italiens zu einer Konföderation unter dem Vorsitz des Papstes.⁶⁾ Die große Schwierigkeit lag darin, daß Napoleon nur dann seine Hilfe leisten wollte, wenn der Krieg keinen revolutionären Anstrich trüge, und Sardinien nicht der angreifende Teil wäre. Man mußte also einen rechtmäßigen Vorwand finden, um die europäischen Mächte nicht auf die Seite Österreichs zu drängen. Die Besprechungen in Plombières wurden unter strengster Geheimhaltung geführt.

Vorher schon hatte Cavour die wirtschaftlichen Beziehungen seines Landes mit Österreich gestört. Es hatte einige untergeordnete Konflikte gegeben, und im März 1857 waren zwischen beiden Staaten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden.

6) Es existiert über die Verhandlungen in Plombières ein einziges Dokument, nämlich der Bericht Cavour's an Viktor Emanuel vom 24.7.1858 aus Baden-Baden. Vergl. F. Valsecchi, *La Politica europea e la preparazione diplomatica della seconda guerra per l'indipendenza italiana*, Milano 1950/51

I. K a p i t e l

Die bayerischen Beobachtungen über Frankreich und die italienischen Staaten

(Frankreich - Sardinien - Sizilien - Kirchenstaat - Toskana)

F r a n k r e i c h

Das über Italien sich zusammenziehende Gewitter stand plötzlich in Form eines unausweichlichen Krieges am politischen Horizont, als Napoleon III. in der Neujahrsaudienz am 1. Januar 1859 mehr oder weniger beabsichtigt die bekannten Worte an den österreichischen Gesandten richtete: "Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind wie früher, aber ich bitte Sie dem Kaiser zu berichten, daß meine persönlichen Gefühle für ihn sich nicht geändert haben." Die bestürzende Wirkung dieser Worte in der Öffentlichkeit⁷⁾ konnte durch die aus politischer Berechnung nachträglich erfolgte beruhigende Auslegung von österreichischer und französischer Seite⁸⁾ kaum abgeschwächt werden. Auch die in München und anderswo verbreitete, aber wohl nicht berechtigte Meinung, daß der Affront gegen Österreich nur den Interessen von gewissen Börsenspekulanten dienen sollte, beseitigte das allgemeine Mißtrauen gegenüber Napoleon nicht⁹⁾.

Als unmittelbare Folge der Neujahrsansprache Napoleons muß die Verstärkung der österreichischen Truppen in der Lombardei angesehen werden. Der gärende Zustand dort, verursacht durch das Streben nach einer getrennten Verwaltung von Österreich, machte sich in Demonstrationen und Unruhen Luft und

7) 6.1., 9.1.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830
6.1.1859 Sonminatelli an Lenzoni ASTF Aff.Est.2471

8) 11.1.1859 Buol an Hartig, 8.1.1859 Buol an Hübner
GSTM III.R.28
6.1., 11.1.1859 Lerchenfeld GSTM MAIII Öst.50
4.1., 14.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38;vergl.auch A.P.Pr.

9) 10.1.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

führte zum Abbruch des Karnevals und zur Schließung der Universität Pavia.¹⁰⁾ Die österreichische Regierung konnte deshalb ihre militärische Verstärkung als notwendige Vorsichtsmaßregel zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in der Lombardei hinstellen.¹¹⁾ Aber die Regierungen, und auch die bayerische, ließen sich nicht täuschen über die tieferen Beweggründe der Truppenkonzentration.¹²⁾ Österreich zeigte sich bereit, den von Napoleon angekündigten Kampf aufzunehmen.

Es war für den in Paris akkreditierten bayerischen Gesandten, Baron Wendland, nicht einfach, sichere Anhaltspunkte über Frankreichs und Napoleons Politik zu geben. Aber er war nicht allein vor diese schwierige Aufgabe gestellt. Die Vertreter aller Mächte in Paris sahen sich derselben Situation gegenüber.¹³⁾ Denn Napoleons Wesen war so unberechenbar, er selbst so undurchdringlich schweigsam auch gegenüber engeren Freunden,¹⁴⁾ daß die Deutung seiner Persönlichkeit noch heute für die Geschichtsschreibung ein schwieriges und vielumstrittenes Problem darstellt. Die bayerischen Berichterstatter erkannten sehr richtig, daß die Angst vor den "Dolchen der italienischen Revolutionäre" Napoleon in seiner Italienpolitik vorwärtstrieb. In jungen Jahren war Napoleon den geheimen Verbindungen der Carbonari nahestanden und hatte ihnen Versprechungen gemacht. Das Attentat Orsinis ermahnte Napoleon diese einzulösen.¹⁵⁾ Ebenso erkannte Wendland schon damals, daß der Ehrgeiz, sich als Feldherr einer Armee auszuzeichnen, Napoleon auf einen Krieg zusteuerte. Ferner vermutete Wendland mit Recht, daß

10) 9.1., 15.1., 3.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
6.1., 9.1.1859 Lerchenfeld GSTM MAIII Öst.50

11) 11.1.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.28
6.1.1859 Lerchenfeld GSTM MAIII Öst.50

12) 15.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
7.1.1859 Lerchenfeld GSTM MAIII Öst.50

13) vergl. F.Valsecchi: La mediazione e la definizione dell'aggressore alla vigilia della guerra 1859, Rass.Stor. del Ris.1937

14) 11.1., 18.2.1859 Wendland, 17.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28

15) 11.1., 5.2.1859 Wendland, 5.2.1859 Marogna, 1.2., 17.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28/29
Man hat keinen Beweis, daß Napoleon tatsächlich dem Bund der Carbonari angehört hatte, vergl. P.Renouvin, Politique extérieure

Napoleon Sardinien bereits stark bindende Versprechungen gemacht habe, von denen er nicht mehr zurücktreten könne.¹⁶⁾ Infolgedessen ließ sich die Regierung in München nicht über den Sinn der Neujahrsworte täuschen und übersah, trotz der einigermaßen gemäßigt gehaltenen Rede Napoleons zur Eröffnung des Corps Législatif, nicht seine Entschlossenheit zu einem Krieg.¹⁷⁾ Allerdings befürwortete Wendland, daß den Worten Napoleons eine friedliche Auslegung gegeben werde,¹⁸⁾ wie es Österreich auch tat,¹⁹⁾ um die gespannte Atmosphäre zu beruhigen.

Ein dem Krieg entgegenarbeitendes Moment sahen die bayerischen Beobachter in der öffentlichen Meinung des französischen Volkes, das sich nur dann für einen Krieg begeistern werde, wenn es in seinem Nationalstolz angegriffen würde,²⁰⁾ weiterhin im katholischen Klerus, in den Kreisen der Industrie und bei dem französischen Außenminister Walewski, von dem sie mit Recht behaupten konnten, daß er, soweit es in seinen Kräften stand, für den Frieden wirkte.²¹⁾ Dem Gerücht zufolge übermittelte das Bankhaus Rothschild dem französischen Außen-

16) 10.2.1859 Wendland, 5.2.1859 Marogna GSTM III.R.28

17) 7.2., 8.2., 9.2.1859 Wendland, 12.2.1859 Gise, 9.2.1859 Malzen, 11.2.1859 Bray, 10.2.1859 Cetto, 11.2.1859 Perglas GSTM III.R.28

18) 9.2.1859 Wendland GSTM III.R.28

19) 13.2.1859 Buol an Hartig, 9.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28

20) 12.2.1859 Gise, 1.2., 5.2., 9.2., 15.2.1859 Wendland GSTM III.R.28, 7.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38

Auch während des Krieges begeisterte sich die französische Bevölkerung nicht, erst nach dem Sieg von Magenta wurde der Krieg in Frankreich populärer (3.5., 7.6.1859 Wendland GSTM III.R.31/32); vergl. über die dem Krieg abgeneigte Stimmung in Frankreich bei Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Berlin 1889, III.S.438, ebenso bei M.Blanchard, Second Empire

21) 5.2.1859 Marogna, 2.2.1859 Perglas, 5.2.1859 Wendland, 17.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28

Daß diese Meinung über Walewski richtig war, beweist eindeutig der Nachlaß Walewskis, herausgegeben von G.Raindre, Les papiers inédits du Comte Walewski, Revue de France, 1925

minister große Geldgeschenke, damit er eine friedliche Politik betreibe.²²⁾

trotz alledem schien es, als ob Napoleon sich von seinen Plänen nicht zurückhalten ließe. So wußte man in München von dem Befehl Napoleons, den er Mitte Februar an die Präfekten ergo-
hen ließ, jede Meinungsäußerung der Öffentlichkeit gegen einen Krieg zu unterbinden.²³⁾ Daneben zeigte die französische Rüstung, die im Januar im Stillen begonnen und dann in immer größerem Rahmen betrieben wurde, deutlich die von Frankreich drohende Gefahr. Nach Wendlands Berichterstattung nahmen die Kriegsvorbereitungen jedoch vorerst kein so extremes Ausmaß an, daß vor Juli - August mit der Schlagfertigkeit der französischen Armee gerechnet werden mußte.²⁴⁾ Ganz unrecht hatte Wendland mit seiner Beurteilung der Lage nicht, denn es stellte sich heraus, daß Frankreich bei Kriegsausbruch im April tatsächlich nur sehr unvollkommen gerüstet war und noch längere Zeit der Vorbereitungen benötigt hätte.²⁵⁾

S a r d i n i e n

In Turin bestand angeblich aus Geldmangel²⁶⁾ keine bayerische Gesandtschaft. Die diplomatischen Beziehungen wurden durch Verger wahrgenommen, der zugleich auch in Neapel und Rom akkreditiert war und in Rom residierte. Immerhin erachtete es die bayerische Regierung für wichtig genug, direkt aus Sardinien genauere Nachrichten zu erhalten, als Verger sie aus Rom geber

22) 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

23) 1., 5.2.1859 Wendland GSTM III.R.28

24) 14.1., 20.1., 26.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38

11.1., 1.2., 12.2., 15.2., 21.2., 1.4., 3.4., 6.4., 11.4.1859
Wendland, 23.1.1859 Bray, 6.2., 17.2.1859 Lerchenfeld
GSTM III.R.28-30

25) vergl. G.Bapst: Napoleon III. und Italien, Deutsche Revue 1903; E.Daniels: Die politische Vorgeschichte des Krieges von 1859, Preuß.Jahrb.206, 1926

26) 23.3.1859 Cantono ASTT Bariera S 38

konnte und ernannte deshalb Doenniges, den langjährigen Berater und Jugendfreund König Max'II., der zu "wissenschaftlich-politischen Zwecken"²⁷⁾ seit Ende November 1856 in Nizza weilte, zum Attaché. Im März 1859 wurde Doenniges zum Geschäftsträger in Turin befördert und war somit zur offiziellen Korrespondenz berechtigt. Durch ihn gelangten zahlreiche und aufschlußreiche Informationen nach München, die zusammen mit denen des äußerst kritischen Vergers ein Bild über die Zustände und die Lage Italiens gaben, das sich als sehr zutreffend erwies.

Schon im Jahre 1858 meldete Doenniges eine heftige Kriegssagitation in Piemont, die zwar um die Jahreswende etwas in den Hintergrund trat, aber durch die Sprache Napoleons erneut aufflackerte.²⁸⁾ Aus allen Teilen Italiens, Neapel- Sizilien ausgenommen, strömten Emigranten nach Sardinien, die sich dort in die Freiwilligencorps einschrieben. Doenniges legte auf die Richtigstellung Wert, daß es nicht ein Abschaum war, der sich da sammelte, wie es die deutsche Presse darstellte, sondern Studenten, Künstler, Handwerker, Leute aus den besten Familien und fast keine Bauern. Er vermutete, daß die italienischen Regierungen die Emigrationen zuließen, weil sie diese eben nicht hindern könnten.²⁹⁾ Die Beobachtung Vergers, daß unmittelbar vor Kriegsausbruch die Zahl der Auswanderer sprunghaft anstieg, aber dann einige Tage vor Ausbruch der Revolution in Toskana plötzlich aufhörte, ließ bezeichnende Rückschlüsse auf die Haltung der sardinischen Regierung zu.³⁰⁾

Den einen Teil der sardinischen Aktionspartei bildeten die emi-

27) 11.11.1856 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
vergl. über die Entsendung Doenniges nach Turin bei
H.Laible, Wilhelm Doenniges und König Max II. von Bayern,
Diss. München 1942, S.229 ff.

28) 20.7., 27.7., 29.11., 25.12., 30.12.1858, 2.1., 9.1.,
15.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard. 14

29) 15.3., 16.4., 20.4., 28.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

30) 3.5.1859 Verger GSTM III.R.31

grierten Italiener, den andern die Mazzinisten. Diese waren ebenso wie die Emigrantenpartei national gesinnt, aber nicht monarchistisch, sondern republikanisch-revolutionär. Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Parteien bestand darin, daß die aus einer geistigen Oberschicht bestehende Emigrantenpartei auf die Verwirklichung ideeller Ziele ausgerichtet war, die sich aus den unteren Volksschichten zusammensetzende Mazzinistenpartei jedoch auch vorwiegend materielle Interessen im Auge hatte. Die schlechte finanzielle Lage des Königreichs gab zu großer Mißstimmung Anlaß, welche die Mazzinisten mit der Regierungsoption teilten. Das Oppositionsblatt "Armonia" schrieb beispielsweise, daß der "grido di dolore" bei den Italienern in Piemont durch die schlechte Finanzpolitik viel berechtigter sei, als bei den übrigen Italienern, wie zum Beispiel bei den Toskanern, die in Wirklichkeit ganz zufrieden seien. Die Differenzierung der sardinischen Parteien mußte in München dank der guten Berichterstattung deutlich erkennbar gewesen sein.³¹⁾ Die Hoffnungen in Wien und Rom, daß aus der materiellen Unzufriedenheit heraus Aufstände und Unruhen gegen die sardinische Regierung zu erwarten seien, die nicht ohne Rückwirkung auf die Außenpolitik bleiben könnten, hielten die bayerischen Beobachter nicht für vollständig unbegründet.³¹⁾

Die Aktionspartei drängte mehr zum Krieg, als es der sardinischen Regierung erwünscht sein konnte. Eine Bestätigung dafür sah Doenniges in den Gerüchten über einen möglichen Rücktritt Cavour's, des Ministerpräsidenten, falls sich ein Krieg als undurchführbar erweisen sollte. Er hielt, wie auch allgemein angenommen wurde, Cavour für einen zu geschickten Diplomaten, als

31) 1.2.1859 Gise, 19.1.1859 Stobaeus, 23.3.1859 Verger GSTM III.R.28/29, 20.1.1859 Nr.17 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27

daß er sich offen in Widerspruch zu allen europäischen Staaten und zu dem bestehenden Recht setzen werde.³²⁾ Cavour mußte geschickt laviieren, um einerseits seine Anhänger nicht zu enttäuschen, andererseits aber sich den Wünschen seines französischen Bundesgenossen zu fügen. Es blieb Doenniges nicht verborgen, daß Cavour auf französischen Wink hin die Aussichten auf einen Krieg zu Beginn des Jahres desavouieren mußte. Ebenso wußte er, daß Napoleon an der Redaction der Thronrede Viktor Emanuels zur Eröffnung der Kammern am 10. Januar beteiligt war und ihr ein "beruhigendes Gewicht" gab. Den Empfehlungen Napoleons folgend, wies Viktor Emanuel am Schluß seiner Rede darauf hin, daß die Situation nicht frei von Gefahren sei, weil man, obwohl die Verträge respektierend, nicht unempfindlich für die Schmerzensrufe sei, die sich von so vielen Teilen Italiens her erheben. Trotzdem genügte nach der Schilderung Doenniges' dieser Hinweis, um den überschwenglichen und enthusiastischen Beifall der kriegerisch gesinnten Kammern zu erregen.³³⁾

Die Stellung Cavour's wurde erleichtert, als im Januar der Bündnisvertrag zwischen Sardinien und Frankreich, der aus den Besprechungen in Plombières hervorgegangen war, abgeschlossen wurde.³⁴⁾ Der Vertrag wurde natürlich geheim gehalten. Aber eine in die "Indépendance Belgique" lancierte Meldung über einen Offensiv- und Defensivkontrakt zwischen Frankreich, Sardinien und Rußland ließ die diplomatische Welt Verdacht schöpfen. Doenniges zog in Berechnung, daß so sehr auch Cavour ein Interesse habe, den europäischen Staaten ein Bündnis mit Frankreich vor Augen zu halten, Napoleon dies doch verschweigen werde. Die Vermutungen über ein etwaiges Abkommen wurden aber weiter bestärkt durch die am 30. Januar vollzogene Eheschließung der Tochter Viktor Emanuels, Prinzessin Clotilde, mit dem Vetter Napoleons III., dem Prinzen Jérôme Napoleon.³⁵⁾

32) 18.1., 27.1., 14.2., 22.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

33) 2.1., 11.1., 18.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
14.1.1859 Verger GSTM III.R.28; 17.1.1859 Verger GSTM MAIII

34) Vertrag vom 26.(28.)1.1859, gedruckt bei Matter, /p.Stuhl 27
Cavour et l'Unité italienne, Paris 1927 III. S.137 ff

35) 15.1., 5.2., 9.2., 14.2., 11.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Doenniges beobachtete eine scharfe Opposition in Piemont gegen diese Heirat, die man als Machwerk Cavour's ansah. Die Hocharistokratie hielt sich von den Feierlichkeiten fern, weil sie das Haus Bonaparte der alten savoyischen Dynastie nicht für ebenbürtig erachtete.³⁶⁾ Schon damals nannte man die Heirat "un nouveau sacrifice d'Iphigénie"³⁷⁾, und noch heute lebt die Prinzessin als Märtyrerin für die italienische Einigung in der Erinnerung der Italiener fort, die ihr persönliches Glück für eine staatspolitische Ehe mit einem menschlich minderwertigen Mann opferte. Es war der Kaufpreis, und nicht der einsige, den Piemont für die französische Allianz zahlen mußte.

Napoleon hatte damit eines seiner Ziele erreicht, nämlich verwandtschaftliche Verbindungen mit europäischen Fürstenhäusern zu schaffen, um auf diesem Wege die Gleichstellung des Hauses Bonaparte mit den alten Dynastien zu erzwingen. Wenn auch der französische Gesandte in Rom verbreitete, daß Napoleon jetzt Sardinien fallen lassen werde, ließen sich Verger und auch Doenniges nicht täuschen und legten ihrer Regierung die Ansicht nahe, daß "Frankreich, was immer auch Piemont tue, Sardinien nie aufgeben werde" und umgekehrt Sardinien die "Avantgarde Frankreichs in Italien" bleibe.³⁸⁾

Wie die Diplomatie in Turin, so hielt auch Doenniges zwar nicht einen Offensivvertrag, aber doch ein Abkommen zwischen Frankreich und Sardinien für sicher, in dem Frankreich das Versprechen gegeben habe, bei einem Angriff auf Sardinien Hilfe zu leisten, und in dem Verabredungen getroffen seien, Frankreich für den Erhalt der Lombardei, Modenas und Parmas die Gebiete um Nizza und Savoyen zur Verfügung zu stellen.³⁹⁾ Diese Vermutungen trafen, wie sich später herausstellte, auch zu.

36) 24.1., 27.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
19.1.1859 Stobaeus GSTM III.R.28

37) 16.1.1859 Nerli an Lenzoni ASTF Aff.Est.2433

38) 22.2.1859 Verger GSTM III.R.28, 15.1.1859 Doenniges MAIII

39) 5.2., 11.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14 /Sard.14

Ebenso durchschaute man in München die Pläne Sardiniens und Frankreichs, wie Österreich zu einem aggressiven Schritt verleitet werden könne. Doenniges kalkulierte richtig, daß Österreich wegen des Unterbleibens von Reformen in der Lombardei von französischer Seite nicht zur Verantwortung gezogen werden, und ebenso die Frage des Kirchenstaates nicht als Vorwand dienen könne, da dort Frankreich in derselben Situation wie Österreich sei, und außerdem eine Einigung in dieser Frage möglich erscheine.⁴⁰⁾ Der Plan Frankreichs und Sardiniens ging vielmehr dahin, in Modena eine Revolution anzuzetteln, um dadurch Österreich zur Intervention zu verleiten, die man als unzulässig erklären würde. Doenniges unterließ nicht, seine Regierung auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen, und auch Buol, der Außenminister in Wien, rechnete mit einem solchen Fall.⁴¹⁾

Kaum fühlte sich Cavour der Hilfe Frankreichs sicher, begann er die ihm erforderlich scheinenden Kriegsvorbereitungen zu treffen. Bisher waren noch keine außerordentlichen Vorbereitungen festzustellen gewesen. Anfang Februar aber wurden die beurlaubten Offiziere eingezogen, Truppen von der Insel Sardinien nach Alessandria gebracht, und eine Anleihe von 50 Millionen fcs für Rüstungszwecke zur Verteidigung des Territoriums, der Freiheit und Unabhängigkeit Piemonts gefordert, die durch die Rüstung Österreichs notwendig seien.⁴²⁾

40) 7.2., 9.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

41) 6.2.1859 Buol an Hübner, 24.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28
28.1. Wich GSTM MAIII Öst.50

15.1., 18.1., 19.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

7.2.1859 Doenniges GHM 77/3/77

Es ist also unrichtig, wenn H. Kentmann: Preußen und die deutsche Bundeshilfe an Österreich im Jahre 1859, MIÖG 1932 S.316 behauptet, daß man erst heute wisse, daß Sardinien in Italien Unruhen provozieren wollte, um auf die Intervention Österreichs zu spekulieren.

42) 9.1., 15.1., 18.1., 5.2., 9.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

20.1.1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27

Trotz all diesen Anzeichen, die auf ein entschlossenes Vorwärtsgen bis zum Krieg deuteten, hielt Doenniges den Augenblick des Losschlagens noch nicht für gekommen. In dem vieldeutigen Passus der Thronrede sah er nur eine "einfache Anrede".⁴³⁾ Trotz dem Hinweis Viktor Emanuels, die Verträge achten zu wollen, kommentierte aber die Presse in München anders, und selbst das ministerielle Blatt, die Münchner Gazette, erkannte in der Rede nur eine "Deklaration nicht friedlicher Prinzipien".⁴⁴⁾ Die geforderte Anleihe schien Doenniges zu gering für einen geplanten Krieg.⁴⁵⁾ Von der Pfordten, der bayerische Außenminister, begegnete jedoch den Rechtfertigungen über den defensiven Charakter der sardinischen Rüstung nur mit Skepsis.⁴⁶⁾ Die Diskussion über die Anleihe im Parlament ließ dann Doenniges die wahren Absichten Cavour's deutlich erkennen. Der rechte Flügel hielt die militärischen Vorbereitungen für Verteidigungszwecke für unnötig, weil Österreich doch nicht angreifen werde. Cavour erklärte auf diese Einwendung offen, er aber wolle den Krieg, da er das einzige Mittel sei, den Verpflichtungen, die er der Emigration gegenüber übernommen habe, nachzukommen.⁴⁷⁾ Nach dieser Erklärung konnte Doenniges nicht länger die Absichten der sardinischen Regierung abstreiten.

S i z i l i e n

Bayern und das Königreich Sardinien waren durch keinerlei gemeinsame allgemeine politische und dynastische Interessen verbunden. Ganz anders jedoch stand es mit den Beziehungen zwischen Bayern und dem Königreich Beider Sizilien. 1857 war der

43) 2.1., 9.1., 11.1., 18.1., 5.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard

44) 22.1.1859 Cova an Cavour ASTT S 38 Baviera

14

45) 5.2.1859 Doenniges MAIII Sard.14

46) 9.2.1859 Cova an Cavour ASTT Baviera S 38

13.2.1859 Hartig an Buol HSTW IV Bavière 26

47) 14.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Plan gefaßt worden, den Kronprinzen von Kalabrien mit der Wittelsbacherin, der Herzogin Marie in Bayern, der Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich, zu vermählen.⁴⁸⁾ Schon bei früherer Gelegenheit hatte man eine Verbindung der beiden königlichen Häuser in Erwägung gezogen. Durch die zahlreichen Reisen König Ludwigs I. nach Italien, bei denen er auch mehrmals nach Neapel gelangte, wurden die persönlichen Beziehungen und Sympathien zwischen den königlichen Familien gefestigt und gemehrt. König Ferdinand von Sizilien hätte zwar nicht ungern die Prinzessin Clotilde, Tochter Viktor Emanuels, als künftige Königin gewählt. Dagegen standen aber die revolutionären Tendenzen des Hauses Savoyen und die Zwietracht Piemonts mit dem Kirchenstaat.⁴⁹⁾ Die Verbundenheit der sizilianischen Dynastie mit dem Kirchenstaat war so groß, daß man aus diesen Gründen von einer solchen Verbindung absah.⁵⁰⁾ Die Ehe mit der bayerischen Prinzessin wurde im Januar 1859 geschlossen, die selbstverständlich nicht ohne politische und andere Folgen bleiben konnte und sollte. So kam es, daß Bayern dem Schicksal des sizilianischen Königreiches nicht mehr gleichgültig entgegensehen konnte.

Der Zustand in Neapel-Sizilien war nach den Informationen, die in München einliefen, nicht ohne Gefahren. Der in Neapel residierende König Ferdinand II. war alt und schwer leidend. Nach Vergers Urteil regierte er in einer so äußerst absolutistischen Weise und aus einer so krankhaften Angst heraus, seine Autorität zu wahren, daß in dem Augenblick, wo er durch Krankheit an der Arbeit gehindert wurde, jedes Regierungsgeschäft stillstand. Die Verwaltung des Landes schien Verger rückständig, schlecht und korrupt. Sie wurde mit Hilfe und unter dem Druck eines

48) 3.5.1857 Verger an Pfordten GSTM N.Pf.30
16.8.1857 Marie an Auguste GHM N.Th.101

49) vergl. Alfred Zazo: La politica estera del Regno delle Due Sicilie nel 1859 - 60, Napoli 1940

50) Bei Abwesenheit des sizilianischen Gesandten in München wurde die Vertretung stets dem Nuntius anvertraut. (Akten der sizilianischen Gesandtschaft in München, jetzt ASTN)

strengen Polizeisystems durchgeführt, das in Vergers Augen die Ursache der großen Unzufriedenheit bei der Bevölkerung war. Die Wünsche nach freiheitlicheren Regierungsformen, nach gerechterer und besserer Verwaltung waren laut und der Meinung des bayerischen Beobachters nach berechtigt. Nicht nur rückschauend, sondern schon zu ihrer Zeit riefen die Zustände in Südtalien die Empörung und das Mißfallen in ganz Europa wach.⁵¹⁾ Das kritische Urteil des bayerischen Gesandten, der keinen Anlaß hatte, irgendeine Absicht damit zu verfolgen, darf wohl als objektiv gewürdigt werden.

Anlaßlich der Vermählung des Kronprinzen erließ König Ferdinand eine Strafmilderung für politische Gefangene. Zum Teil wurden die Strafen in Exilierung verwandelt. Die Gefangenen protestierten jedoch dagegen und wollten ihre Strafe lieber absitzen. Verger befürchtete, daß Ferdinand glaube, er sei nun mit seiner Amnestie sowohl den allgemeinen Wünschen seines Volkes, als auch den Reform-Wünschen der Mächte nachgekommen und habe damit den Blick der Mächte auf die Zustände in den anderen italienischen Fürstentümern abgelenkt. Fast gleichzeitig mit den Begnadigungen erließ der König ein Dekret, wonach die Magistratsgerichte für politische Verbrechen durch Kriegsgerichte ersetzt wurden. Nach bayerischer Beobachtung wurde damit der anfänglich gute Eindruck der Amnestie vollends aufgehoben.⁵²⁾

Für das wirtschaftliche Leben setzte sich Ferdinand mit großem Interesse ein. Wie in keinem andern italienischen Staat wurden in Sizilien das Eisenbahnnetz ausgebaut, und Straßen angelegt. In der heutigen Geschichtsschreibung ist man sich darüber einig, daß man der Regierungstätigkeit Ferdinands II.

51) 5.3., 22.3., 14.6.1859 Verger GSTM III.R.29 + 32
24.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

52) 14.1., 17.1.Nr. 12+13, 20.1.Nr.18, 22.1.1859 Verger GSTM
III.R.28

in dieser Hinsicht die Anerkennung nicht absprechen kann.⁵³⁾

In München wußte man, daß die Bevölkerung in Sizilien von dem alten König eine Änderung der bestehenden Ordnung nicht mehr erwartete und ihre Hoffnungen auf den Kronprinzen und seine junge Gemahlin setzte. Die lebensfrohe, natürliche und anmutige bayerische Prinzessin, eine der fünf berühmt schönen Schwestern der herzoglichen Linie kam als eine Bilderbraut aus einem wohlgeordneten, fortschrittlich gesinnten Staat und begab sich in ein Land der Reaktion, wo nur mit Gewalt und Terror die Ordnung mühsam aufrecht erhalten werden konnte. Gewohnt an einem Hof zu leben, der in enger Verbundenheit mit der Bevölkerung stand, von ihr geliebt und geehrt, mußte sie nun ein völlig isoliertes und zurückgezogenes Leben führen, zu dem sie sich sicherlich nicht aus eigenem Antrieb bereit fand. Von dem Volk wurde die Abgeschlossenheit der königlichen Familie bedauert und beklagt. Und es wäre der Prinzessin Marie sicher ein Leichtes gewesen, die Herzen der für alles Schöne so begeisterungsfähigen Italiener zu gewinnen und die Anhänglichkeit der Untertanen an ihr Herrscherhaus zu stärken. Waren doch in Süditalien im Gegensatz zu den oberitalienischen Fürstentümern, die politischen Bestrebungen für einen Anschluß an das Haus Savoyen und für ein geeintes nationales italienisches Reich keineswegs populär, wenn auch eine solche Bewegung vorhanden war und im Lauf der Zeit dann zunahm. Der die Dinge klar erkennende und die Situation in Neapel durchschauende bayerische Gesandte unterließ und versäumte nicht, wiederholt auf diesen Umstand hinzuweisen und ebenso auf die gefährdrohende Isolierung des jungen Paares aufmerksam zu machen, in die es durch das Königliche Paar gezwungen wurde.⁵⁴⁾

-
- 53) vergl. R. Moscati: Ferdinando II nei documenti diplomatici austriaci, Napoli 1947
Die Erkundigungen der neopolitanischen Regierung in München nach den neuesten technischen Verfahren und Methoden sind auffallend zahlreich. (Akten der sizilianischen Gesandtschaft in München, jetzt ASTN)
- 54) 18.2., 5.3., 22.3., 26.4., 1.5., 22.5., 28.5., 14.6.1859 Verger
GSTM III.R.28+29, 30-32
Isabella Trapani an Auguste GHM N.TH. 89

Aus eigenem Antrieb bat Verger die nach Neapel reisende Königin Elisabeth von Preußen, Tochter Max'I. Josef von Bayern, sich zu bemühen, daß das junge Paar aus der Einsamkeit, in der es ohne jede Verbindung mit der Welt und der Gesellschaft lebte, befreit werde.⁵⁵⁾ Verger erkannte richtig, daß die bayerische Prinzessin von vornherein wegen ihrer engen Verwandtschaft mit dem österreichischen Kaiserhaus,⁵⁶⁾ einem Argwohn begegnen mußte, der in der Befürchtung bestand, daß womöglich der Einfluß von österreichischer Seite, der mit der Königin, der österreichischen Erzherzogin Maria Theresia, Tochter des Erzherzogs Karl, ohnehin schon erheblich war, noch vergrößert werden könne. Die Königin von Neapel war unpopulär, und wie Verger wußte, war der österreichische Einfluß selbst bei der monarchischen Partei verhaßt.⁵⁷⁾ Verger sah aber keine Möglichkeit für Marie, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, solange sie nicht mit Menschen in Berührung kam. Nachdem was Verger zu Ohren kam, wurde Marie ein großer Einfluß auf Franz zugeschrieben, einerseits für absolutistisch und österreichisch, andererseits für konstitutionell und selbst der sardinischen Sache für günstig gesinnt gehalten. Von den wenigen Neapolitanern, die mit ihr in Berührung kamen, wußte Verger, daß sie geschätzt und ihr Bestreben, die Sympathie des neuen Heimatlandes zu erwerben, anerkannt wurde.⁵⁸⁾ Die Hoffnungen, daß der Kronprinz sich durch die Heirat emanzipiere, waren vergeblich. Verger sah große Schwierigkeiten bei dem Regierungswechsel voraus, wenn der junge König, bisher von den Regierungsgeschäften ganz fern gehalten, sich die richtigen Männer mit großer Fähigkeit und wahrer Kenntnis der Dinge und der Menschen für seine Regierung auswählen sollte, um somit den Erwartungen des Volkes zu entsprechen. Verger befürchtete, daß das anfängliche Wohlwollen, das man dem jungen

55) 22.3.1859 Verger GSTM III.R.29

56) Marie war die Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich

57) 12.4., 17.4., 25.4., 30.4.1859 Verger GSTM III. /reich
R.30/31

58) 17.4., 25.4.1859 Verger GSTM III.R.30

1.4.1859 Isabella Trapani an Auguste GHM N.TH. 89

Monarchen entgegenbringen werde, dank der Erinnerung an seine verstorbene Mutter, Maria Christina von Savoyen, Tochter Viktor Emanuels I., die wie eine Heilige im Volk verehrt wurde, bald schwinden werde, wenn nur zu geringe Konzessionen im liberalen Sinn gemacht würden.⁵⁹⁾

Außenpolitisch war Neapel - Sizilien ziemlich isoliert. Seit 1856 bestanden keine diplomatischen Beziehungen mehr mit England und Frankreich. Die Hochzeit des Kronprinzen nahm man zum Anlaß, um eine Annäherung zu diesen Staaten herbeizuführen. Von dem Gesandten in München, Conte Ludolf, ging die Anregung aus, den englischen, französischen und sardinischen Gesandten in München zu dem Festessen der sizilianischen Gesandtschaft anläßlich der Vermählung einzuladen, was von der Regierung in Neapel gern und freudig bewilligt wurde.⁶⁰⁾ Aber König Ferdinand hielt es unter seiner Würde, auf diplomatischem Wege die Rückkehr des englischen und französischen Gesandten einzuleiten. Preußen hatte seine Vermittlung in dieser Frage vergebens angeboten.⁶¹⁾ Auch war in München bekannt, daß die von der sizilianischen Regierung erbetenen Bemühungen der päpstlichen Regierung zu keinem Ergebnis führten, weil Ferdinand II. starrsinnig auf seiner Einstellung verharrte, durch keine schriftliche Demarche die Initiative zu ergreifen, wie es Napoleon wünschte.⁶²⁾

Trotzdem war Sizilien außenpolitisch in keiner gefährdeten oder exponierten Lage. Die Einigungspläne Sardinien richteten sich nicht gegen die Dynastie, die europäischen Mächte hatten alle keine Ambitionen, den bestehenden Zustand zu ändern, und

59) 18.2., 5.3., 22.3., 13.4., 17.4.1859 Verger GSTM III.R.28-30

60) vergl. A.Zazo, *Politica estera della Due Sicilie*

61) 9.3.1859 Verger, 24.2., 23.3.1859 Bray GSTM III.R.28/29
27.1.1859 Bray GSTM MAIII Pr.61

vergl. N.Bianchi, *Storia documentata della diplomazia europea in Italia*, Torino 1865-72, S.113 ff

62) 20.1.Nr.18, 18.2., 22.2.1859 Verger GSTM III.R.28
27.1.1859 Bray GSTM MAIII Pr.61

die Bourbonen selbst kein Expansionsbestreben, durch das sie in Kollision mit Europa geraten konnten. Unbehelligt von außen hätte das Königreich sein Bestehen verlängern können, wenn es nur mit den Schwierigkeiten im Innern zurecht gekommen wäre. Dies war die einzige Gefahr, die ihm drohte. Hätten die letzten Bourbonen nur ein wenig verstanden, den Wünschen ihres Volkes entgegen zu kommen und es mit Dankbarkeit an sich zu fesseln, so hätte es gewiß zu jener Zeit keine unabweislichen Gründe für ihren so hoffnungslosen und tiefen Sturz gegeben. So aber ist das Ende der bourbonischen Herrschaft in Sizilien wahrhaft ein tragisches zu nennen.

K i r c h e n s t a a t

Der Kirchenstaat befand sich in einer ähnlichen Lage wie das Königreich Sizilien: von außen war sein Bestand weniger bedroht als von innen heraus. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hatten Österreich und Frankreich seit den Wirren von 1848/49 Truppen im Kirchenstaat stationiert. Natürlich ging das Streben der päpstlichen Regierung dahin, diesen anormalen Zustand zu beseitigen und sich selbst in die Lage zu versetzen, die Ruhe und Sicherheit im eigenen Land aufrecht erhalten und garantieren zu können.⁶³⁾

Aus diesem Grunde bemühte sich die päpstliche Regierung vor allem um die Bildung eines eigenen und zuverlässigen Heeres. Die aus ungefähr 15 000 Mann bestehende Armee setzte sich zum größten Teil aus Angeworbenen zusammen. Die geplante Vergrößerung des Heeres wollte man, wie Verger mitgeteilt wurde, mittels einer Konskription durch Heranziehung eigener Leute nicht durchführen, weil man dadurch nur neue Unzufriedenheit im Lande herauf zu beschwören fürchtete. Folglich mußte man auch weiterhin im Ausland Soldaten werben.⁶⁴⁾

63) vergl. J.Schmidlin: Papstgeschichte der neuesten Zeit München 1934, II.S.45 ff + S.66 ff

64) 25.2., 2.3.Nr.47, 13.4.1859 Verger, 28.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28-30

Die bayerische Regierung, an die sich der Kirchenstaat unter anderen auch wandte, zeigte wenig Entgegenkommen in dieser Frage. Sie gestattete die Anwerbung von Freiwilligen in den päpstlichen Dienst weder offiziell, noch ließ sie diese stillschweigend zu, wie es von Antonelli, dem Kardinalstaatssekretär, vorgeschlagen worden war. Nach der bayerischen Verfassung mußte jeder, der Dienste in einem auswärtigen Heer verrichten wollte, die Erlaubnis des Königs einholen. Das einzige Zugeständnis der bayerischen Regierung bestand darin, daß man versprach, im Einzelfall nicht kleinlich mit der Genehmigung zu verfahren.⁶⁵⁾

Wie konnte man aber erwarten Unruhen zu vermeiden, wenn man sich nur darauf beschränkte sie zu unterdrücken, anstatt ihre Ursachen zu beseitigen. Dies hätte Reformen der inneren Verwaltung erfordert, die sowohl vom Volk als auch von den Großmächten gewünscht wurden. Das Volk wünschte diese Reformen, weil es an dem liberalen Fortschritt der Zeit teilhaben wollte, die Großmächte hingegen, um damit einen europäischen Unruheherd zu beseitigen. Die Wünsche der Bevölkerung des Kirchenstaates gingen in erster Linie dahin, daß die Verwaltung in die Hände von Laien gelegt werde, anstelle von Klerikern. Nach der Ansicht des bayerischen Gesandten war dies das vorrangigste Begehren des Volkes, von dem er betonte, daß es sich keineswegs gegen die religiöse Macht des Papstes auflehnte. Nach der Feststellung Vergers waren die nationalen Tendenzen im Kirchenstaat hauptsächlich Manifestationen der Antipathie gegen Österreich, die immer größer wurde. Nur die revolutionäre Partei der Mazzinisten erstrebte einen Anschluß auch des Kirchenstaates an Sardinien, wogegen aber die liberale Partei die temporelle Macht des Papstes respektierte.⁶⁶⁾

65) 2.3.1859 Verger GSTM III.R.29; 19.3.1859 Pfordten an Verger GSTM Gesandtschaft am p.Stuhl 2592

66) 25.2.Nr.45, 12.4., 25.4., 26.4., 1.5., 3./4.5., 7.5., 8.5., 21.5.1859 Verger GSTM III.R.28-31

Doenniges und Verger waren beide der Ansicht, die sie ihrem König übermittelten, daß der Kirchenstaat dringend der Reformen bedürfe.⁶⁷⁾ Die längeren Reisen, die Max als Kronprinz und später als König nach Italien unternahm, dürften ihm Gelegenheit geboten haben, sich Kenntnis und Urteil über die allgemeinen Zustände in Italien anzueignen. 1856 hatte König Max anlässlich einer Abendunterhaltung mit seinen Gästen die Lage Italiens besprochen, woraus man schließen darf, daß sich Max schon damals Gedanken über die Gärung im Süden gemacht hatte.⁶⁸⁾

Verger mußte feststellen, daß die päpstliche Regierung den Wünschen des Volkes in keiner Weise entgegen kam. Als bezeichnend für die Haltung der römischen Regierung berichtete Verger, daß sie das Bekanntwerden der im Königreich Sizilien erlassenen Gnadenakte zu vermeiden suchte und sich erst nach wiederholten Vorstellungen des sizilianischen Gesandten bereit fand, sie in der offiziellen Presse zu veröffentlichen. Ganz im Gegensatz hierzu war es ihrer reaktionären Haltung sehr willkommen, als in Sizilien die Befugnisse der Kriegsgerichte erweitert wurden eine Maßnahme, die nach dem Zeugnis Vergers in der Presse des Kirchenstaates ohne Verzögerung sofort veröffentlicht wurde.⁶⁹⁾

Je unvermeidlicher der Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und Österreich schien, desto mehr mußte die Frage der inneren Reformen des Kirchenstaates gegenüber der nationalen in den Hintergrund treten. Verger gewann die Ansicht, daß dem Staatssekretär Antonelli ein solcher Krieg nicht unwillkommen sei, weil dadurch sowohl die Großmächte als auch das Volk von der Reformfrage abgelenkt würden.⁷⁰⁾ Bei Erhaltung des Friedens befürchtete Verger die Unvermeidlichkeit von Aufständen in Rom, angetrieben durch die sich auf Rom konzentrierenden Agitationen der revolutionären Partei, die sonst ihr Schwerege-

67) 22.3.1859 Verger GSTM III.R.29; 24.1., 9.2., 25.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Exposé Anfang März Doenniges GHM 77/3/77

68) Abendunterhaltungen 25.1., 16.5.1856 GHM 74/6/16

69) 17.1., 22.1.1859 Verger GSTM III.R.28

70) 29.3., 18.4., 25.4.1859 Verger GSTM III.R.29/30

wicht auf Oberitalien verlegen würde. Jedoch versuchte Antonelli den bayerischen Gesandten zu beruhigen, da es nicht die Art der Römer sei, die Initiative zu ergreifen, und außerdem der Kirchenstaat vorerst noch außerhalb des sardinischen Interesses liege.⁷¹⁾ Die weiteren Ereignisse entwickelten sich in der Linie der Antonellischen Auffassung; für die Befürchtungen Vergers war keine Voraussetzung mehr gegeben.

In Unterhaltungen mit Verger polemisierte Antonelli heftig gegen den Nationalismus. Nach ihm handelte es sich bei den Problemen in Italien nicht um ein Problem des Nationalismus, sondern um die prinzipielle Frage, nämlich ob die Souveränität von Staaten zweiter Ordnung immer durch stärkere Staaten bei offener Verletzung von Verträgen und des internationalen Rechtes mißachtet werden dürfe. Er stützte sich mit Recht dabei auf die zwiespältige Stellung Napoleons, dem als Herrscher von Korsika, Algerien und Elsaß die Berechtigung fehle, anderswo nationalistische Ansprüche anzuerkennen. Mit dem Hinweis auf die Gefahr, welche die Verwirklichung solcher Ansprüche in einem Präzedenzfall heraufbeschwören würde, propagierte er nachdrücklich die Solidarität des Kirchenstaates mit den deutschen Staaten zweiter Ordnung, also Bayerns. Sonst bekümmerte sich Antonelli sehr wenig um die deutschen Verhältnisse. Aber jetzt lag ihm daran, die Notwendigkeit für die deutschen Staaten zu betonen, in einem Krieg Österreich helfen zu müssen, gleichgültig, welcher Teil der angreifende sein werde.⁷²⁾

Verger war richtig informiert, daß die päpstliche Regierung bestrebt war, in einem Krieg unbedingt neutral zu bleiben und deshalb Schwierigkeiten voraussah, welche die Anwesenheit von Truppen der kriegführenden Gegner in ihrem Staate mit sich brin-

71) 12.4.1859 Verger GSTM III.R.30

20.1.Nr.17 1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27

72) 22.2., 2.3., 23.3., 29.3.1859 Verger GSTM III.R.28/29

20.1.Nr.17 1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27

gen würde.⁷³⁾ Man wußte in München, daß aus dieser Erwägung heraus im Februar - März mit den Regierungen in Wien und Paris über einen Evakuierungsplan verhandelt wurde. Die Franzosen sollten Rom verlassen und nur Civita - Vecchia besetzen, die Österreicher sich nur auf die Garnisonen von Bologna und Ancona beschränken.⁷⁴⁾ Als Parteigänger Sardiniens konnte es Napoleon nur angenehm sein, einen Teil seiner Verantwortung für die Ruhe und Ordnung im Kirchenstaat mit der Räumung Roms loszuwerden, wenn er auch ein militärisches Interesse an der Anwesenheit möglichst vieler französischer Truppen in Italien gehabt haben mag. Letztere Erwägung zog Verger vor allem in Betracht. Aber er traute den Versicherungen Napoleons gegenüber dem Papst nicht, daß er immer der erste Sohn und Verteidiger der Kirche und der Ordnung sein würde.⁷⁵⁾

Die Pläne Napoleons für die Neuordnung Italiens waren kein Geheimnis. Schon 1856 erfuhr man in München durch den König von Württemberg über den französischen Plan, dem Papst mit einer reichlichen Zivilliste nur Rom und Umgebung vorzubehalten, den Rest des Kirchenstaates aber möglichst unabhängig zu machen.⁷⁶⁾ Anfang des Jahres 1859 erschien eine Broschüre "L'Empéreur Napoléon III et l'Italie". Die Schrift hatte insofern Bedeutung, weil man überall - auch in München - wußte, daß sie von La Guéronnière, dem Direktor des Service de la Presse, verfaßt worden war. Daher mußte man annehmen, daß die Flugschrift, wenn nicht von Napoleon selbst diktiert, so doch

-
- 73) 25.2. Nr.44 u.45 1859 Verger GSTM III.R.28
74) 22.2., 25.2. Nr.44 u.45, 14.3., 29.3.1859 Verger
25.2.1859 Buol an Apponyi GSTM III.R.28/29
75) 22.2.1859 Verger GSTM III.R.28
76) 10.2.1859 Neumayr GSTM III.R.28

von ihm inspiriert war.⁷⁷⁾ In der Schrift wurden das Nationalitätenprinzip und eine italienische Konföderation propagiert. Obwohl dem Papst die Stellung als Oberhaupt der Konföderation zugesichert war, machte Antonelli dem bayerischen Gesandten gegenüber kein Hehl daraus, daß der Papst eine solche Lösung der italienischen Frage ablehne und den ihm zugesicherten Platz in der Konföderation nicht einnehmen werde; dies aus der Überlegung heraus, daß der Revolution Tür und Tor geöffnet werden würde, wenn die Lösung der italienischen Schwierigkeiten nach dem Nationalitätenprinzip erfolgte.⁷⁸⁾ Doenniges und Verger gewannen beide übereinstimmend den Eindruck, daß der Gedanke einer Konföderation unter dem Primat des Papstes auch bei den Italienern durchaus keinen Anklang finde, zumindestens aber vorerst noch als müßig betrachtet werde. Höchstens die liberale Partei im Kirchenstaat halte eine solche Lösung für erstrebenswert.⁷⁹⁾

-
- 77) 5.2.1859 Wendland; 6.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28; 10.2.1859 Neumayr GSTM III.R.28, vergl. O.Aubry, Zweites Kaiserreich, S.276.
Der König von Württemberg behauptete, daß Napoleon diese Schrift nicht guthieß (22.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14), was mit den Tatsachen nicht übereinstimmte.
Neben dieser Schrift erschienen noch eine ganze Reihe von Broschüren, die alle für Napoleons Politik Stimmung machen sollten. So beispielsweise eine Landkarte für das Jahr 1860, woraus alle Territorialveränderungen zu ersehen waren, die sich die französische Kriegspartei erträumte, und die eine völlige Umgestaltung der europäischen Verträge voraussetzen würde. Danach würde Rußland Gallizien, Österreich Ägypten, Serbien und Bosnien erhalten und Gallizien und die Lombardei und Venetien abtreten. Preußen würde Hannover, Mecklenburg, Braunschweig, Kurhessen, die drei Anhalt, die zwei Lippe, Teile von Schwarzburg-Sondershausen bekommen und das linke Rheinufer an Belgien abgeben. Sardinien würde durch die Lombardei und Venetien, Parma, Modena und die Legationen vergrößert werden. Parma würde Sizilien und der Papst die Abruzzen erhalten. Frankreich hingegen würde seine Grenzen nicht verändern.
- 78) 22.2.1859 Verger GSTM III.R.28
- 79) 25.4., 1.5., 7.5.1859 Verger GSTM III.R.30/31
12.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
Exposé Anfang März Doenniges GHM 77/717

Die Bereitwilligkeit Frankreichs, den Evakuierungswünschen des Heiligen Stuhles zu entsprechen, erregte in Wien Mißtrauen, weil man darin nur einen Vorwand sah, die österreichischen Truppen aus den Legationen zu entfernen⁸⁰⁾ und Unordnung und Revolution im Kirchenstaat zu erleichtern.⁸¹⁾ Die bayerischen Vertreter teilten dieses Mißtrauen, weil man befürchtete, daß die päpstliche Regierung allein nicht imstande sein werde, die Ordnung aufrecht zu erhalten und erneut fremde Hilfe werde erbitten müssen, was die allgemeine Lage noch schwieriger machen würde.⁸²⁾ Verger, der von Anfang an an der Durchführung des Evakuierungsplanes zweifelte, sollte rechtbehalten.⁸³⁾ Die österreichische Regierung baute Ancona zu einem militärischen Stützpunkt aus, verstärkte ihre Truppen, ließ Häuser räumen und verhängte am 1. Mai den Belagerungszustand über die Stadt. Der päpstliche Stuhl protestierte. Verger sah diesen Protest als berechtigt an, wenn er auch die militärische Notwendigkeit des österreichischen Vorgehens nicht verkannte.⁸⁴⁾ Die französische Regierung, die anfänglich dem Evakuierungsplan zugestimmt hatte, verstärkte ebenfalls, allerdings im Einverständnis mit der päpstlichen Regierung, ihre militärische Position in Civita - Vecchia.⁸⁵⁾

T o s k a n a

Das Großherzogtum Toskana war für Österreich die Schlüsselstellung seiner Herrschaft in Italien. Würde es Österreich nicht gelingen, Toskana fest an seiner Seite zu halten, so erhielt das ganze österreichische System den Todesstoß, der Kirchenstaat würde ungedeckt, die Herzogtümer und Österreich von der Flanke her bedroht sein. Diese Situation nicht richtig

80) Legationen wurden die Provinzen genannt, die von einem Kardinallegaten verwaltet wurden.

81) 28.2., 4.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

82) 14.1., 25.2.Nr.44+45 1859, Verger, 17.2.1859 Montgelas GSTM III.R.28; 12.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

83) 2.3.1859 Verger GSTM III.R.29

84) 22.1., 24.1., 5.3., 2.4., 18.4., 25.4., 26.4., 27/28.4., 30.4., 1.5., 9.5., 11.5., 24.5.1859 Verger GSTM III.R.28-31

85) 1.2.1859 Wendland, 10.3., 23.3., 1/2.5., 5.5., 8.5.1859

erkannt zu haben, oder sich mit zu geringem Nachdruck um den unbedingten Beistand Toskanas bemüht zu haben, war ein schwerer Fehler der Österreicher.⁸⁶⁾

Toskana mußte wählen zwischen Reaktion und Revolution, zwischen Österreich oder Piemont; entweder die revolutionäre Agitation mit Erfolg bekämpfen, eine innenpolitische starke Stellung erringen, um sich dann eindeutig auf Österreichs Seite stellen zu können, oder aber der revolutionären Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen, um gemeinsame Sache mit Piemont machen zu können. Daß der Großherzog Leopold II. keine von beiden Stellungen eindeutig bezog, besiegelte seinen Untergang. Es widerstrebte seinem Innersten, gemeinsame Sache mit den Revolutionären zu machen, und es fehlte ihm der Mut, diesen energisch entgegenzutreten. Aus Angst vor einem Einmarsch sardinischer Truppen band er sich nicht an Österreich und versuchte Aktionsfreiheit und Neutralität zu behalten.⁸⁷⁾ Damit beschwor Leopold die Feindschaft Piemonts herauf, ohne sich die Hilfe Österreichs zu sichern, er machte sich die revolutionäre Partei zum Feinde, ohne gegen sie die Reaktion zu organisieren.

Um ja nicht den Ausbruch der Revolution zu provozieren, heuchelte die toskanische Regierung Taubheit und Blindheit vor der Aufregung und Unruhe im Lande. In Scharen verließen junge Leute Toskana, um sich in die sardinischen Freiwilligencorps einzureihen, und die toskanische Regierung tat nichts dagegen und hoffte nur, auf diese Weise die Revolutionäre loszuwerden. Wenn es auch zu keinen offenen, turbulenten Demonstrationen kam, so übersahen die bayerischen Beobachter doch nicht, daß in Toskana eine unterirdisch brodelnde Bewegung bestand. Sie wußten auch, daß sardinische Emissare die Revolution schürten

ad 85) Verger GSTM III.R.28-31

86) vergl. F.Valsecchi: Toscana ed Austria nel 1859 nei documenti diplomatici austriaci, Firenze

87) Autografo des Großherzogs Leopold ASTF Carte Bianchi-Ricasoli Busta G.

und für die italienische Sache warben. Sie beurteilten die Lage richtig, als eine Bewegung, die von der Schicht der Intelligenz, der gehobenen Kreise, der Aristokratie, der Militärs, ja sogar des Klerus, der Beamten und zum Teil auch des Pöbels in den Städten getragen wurde, wogegen die Masse der Bauern ihr indifferent gegenüber stand. Verger und Doenniges hoben hervor, daß man sich nicht in erster Linie gegen die großherzogliche Dynastie wandte, obwohl man unzufrieden war über die kalten Beziehungen des Herrscherhauses zu seinem Volk, sondern gegen Österreich. Österreich hatte wohl die Kraft und Ausdehnung der nationalen Bewegung in Oberitalien unterschätzt. Nach dem Urteil Doenniges' und Vergers waren die revolutionären Bewegungen in Toskana, wie auch in Modena und Parma, nicht ein Kampf demokratischer und mazzinistischer Prägung gegen die bestehende Verfassung; sie umfaßten nicht wie früher nur wenige von Frankreich und Piemont aufgestachelte Unzufriedene und Revolutionäre, sondern waren ein nationaler Kampf des ganzen Volkes gegen Österreich.⁸⁸⁾ Einen wesentlichen, allerdings schwer nachweisbaren Anteil an dieser Agitation, der von den bayerischen Berichterstattern nicht beobachtet wurde, hatten neben dem Geheimbund der Carbonari, auch die Freimaurer.⁸⁹⁾ Daß sich die italienische Aristokratie an der

-
- 88) 20.1., 25.2., 18.4.1859 Verger, 19.1.1859 Stobaeus GSTM III.R.28-30; Exposé Anfang März Doenniges GHM 77/3/77 31.3., 7.5., 29.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14 vergl. die Berichte des toskanischen Innenministers Baldasseroni, der laufend beruhigende Berichte über die Stimmung in Toskana verfaßte, die keine Aufstände oder Unruhen zu befürchten ließen und somit den Großherzog in Unkenntnis der wahren Lage ließ. ASTF Carte Bianchi-Ricasoli Busta G
- 89) 14.2.1858 an Ritthäuser, ASTF Carte Bianchi-Ricasoli Busta Inserto F Documenti dipl. intercettati. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Carboneria eine Sekte war, die sich wohl freimaurerische Rythen zugelegt hatte, von den Freimaurern aber niemals als zu ihnen gehörig anerkannt wurde, und vornehmlich politische Ziele hatte. Allerdings gesteht die freimaurerische Literatur zu, daß ihr Bund das Gefühl für nationale Einheit und Freiheit bei den Italienern geweckt hat. Während das Freimaurertum in

unterirdischen Bewegung mit nationaler Tendenz beteiligte, war auch Ludwig I. während seiner langjährigen Freundschaft mit Marianina Florenzi bekannt geworden, wie aus ihrem äußerst lebhaftem Briefwechsel hervorgeht.⁹⁰⁾

Wenn man sich in Österreich vielleicht noch zu Anfang des Jahres einer optimistischen Beurteilung der Lage hingegeben hatte, so konnte man aber im April keine Zweifel mehr darüber haben, daß das Spiel in Toskana verloren war.⁹¹⁾ In München hatte man wenig genaue Kunde von den Vorgängen in Toskana, da in Florenz kein eigener Gesandter weilte. Aber Verger teilte die ihm zu Ohren kommenden Meinungen über Toskana seiner Regierung mit, wonach keine Hoffnung vorhanden sei, daß die toskanische Armee sich auf österreichischer Seite schlagen werde.⁹²⁾

ad 89) Italien diese Ideen mehr spirituell und abstrakt propagierte, habe die Carboneria sie konkreter, politischer verfolgt. Die Begründung eines politischen Bundes wie die Carboneria sehen die Freimaurer als Beweis an, daß ihre Vereinigung kein politischer Bund war. Allerdings habe der Kampf, den das italienische Freimaurertum aus liberaler und antiklerikaler Einstellung für nötig erachtete, auf politisches Gebiet hinübergespielt, und dieser sei mit politischen Mitteln ausgetragen worden.

Lenning; Allgemeines Handbuch der Freimaurerei, 1900/01
E.Lennhoff-Posner; Internationales Freimaurerlexikon,
Wien 1932

G.Leti; Carboneria e massoneria nel Risorgimento,
Genova 1925

A. Luzio; La Massoneria e il Risorgimento italiano,
Milano 1917

Diese These, die die Verantwortlichkeit aller politischen Betätigung den Carbonari überläßt, ist insofern leicht aufrecht zu erhalten, aus dem Grunde, daß fast alle Freimaurer zugleich auch Carbonari waren oder umgekehrt.

90) vergl. A. Zucconi, Lodovico innamorato, Milano 1944

91) 6.2.1859 Buol an Hübner GSTM III.R.28

92) 5.4., 18.4.1859 Verger GSTM III.R.30

II. K a p i t e l

Das Verhalten Bayerns und der anderen deutschen Staaten gegenüber der italienischen Frage

(Das Interesse Bayerns an der italienischen Frage - Preußen und Österreich zur italienischen Frage - Die Rückwirkung der Haltung Englands und Rußlands auf die preußische Politik - Der bayerische Vermittlungsvorschlag - Notenwechsel zwischen Preußen und Österreich - Die Haltung der bayerischen Regierung und die bayerische Anfrage bei den Mittelstaaten - Die Haltung der Mittelstaaten)

Das Interesse Bayerns an der italienischen Frage

Bayern war nach Österreich und Preußen der größte deutsche Staat. Außer den linkerheinischen Besitzungen in der Pfalz war der bayerische Staat ein zusammenhängendes, geschlossenes Gebiet, in wohlgeordneten und gesunden Verhältnissen. Frankreichs vorgeschobene Stellung am oberen Rhein, in Elsaß-Lothringen, machte aber Bayern mit seinen pfälzischen Besitzungen anfällig. Bayern hatte zu dieser Zeit ungefähr 5 Millionen Einwohner und ein Heer von 50 - 60 000 Mann. Das Verhältnis der Einwohner zur Heeresstärke war ein normales und ein den anderen Staaten entsprechendes. Der Umfang des bayerischen Militäraufgebotes war im Vergleich zu der preußischen und österreichischen Armee mit damals ungefähr 220 000 und 350 000 Mann natürlich nur gering.⁹³⁾ Zwar wurden in Bayern seit langer Zeit keine militärischen Reformen zur Modernisierung der Armee durchgeführt, was an den finanziellen Möglichkeiten nicht hätte scheitern können. Ob sich aber das bayerische Heer in einem wesentlich schlechteren Zustand befand, als die Armeen anderer Staaten, läßt sich, solange eingehende Studien darüber fehlen, nicht sagen. Vermutlich darf man aber wohl annehmen, daß die bayerische Armee sich nicht durch einen außergewöhnlich gu-

93) vergl. E. Frauenholz, Deutsche Kriegsgeschichte und Heeresgeschichte, München 1927

ten Zustand auszeichnete. Trotzdem hätte das bayerische Heer auch bei bester Pflege und Ausbildung niemals über das militärische Potential eines Mittelstaates hinauswachsen können. Ein anderes politisches Machtmittel war Bayern nicht gegeben. Obwohl es eine blühende und aufsteigende Wirtschaft besaß, hatte diese in der damaligen Zeit weder in Bayern noch in anderen europäischen Ländern eine politische Auswirkung. Aus diesem Grunde war jede unabhängige, rein bayerische Politik in Europa nicht denkbar, weil das dazu notwendige militärische Gewicht fehlte.

Die militärische Macht Bayerns konnte auch nicht zur selbstständigen Verteidigung seines pfälzischen Besitzes genügen, sodaß Bayern wegen seiner vorgeschobenen Stellung am Rhein auf den Schutz eines anderen Staates angewiesen war. Dadurch wurde die politische Handlungsfreiheit Bayerns wesentlich beschränkt. Die Bundesverfassung gab zwar Bayern eine gewisse Garantie für seinen Besitz. Ebenso konnte es auf das preussische Interesse rechnen, die eigenen Besitzungen am Niederrhein zu verteidigen. Bei einem Zugriff Frankreichs, der zweifellos von Elsaß-Lothringen her ausgehen würde, war aber die bayerische Pfalz zu allernächst bedroht, und es bestand die Möglichkeit, daß Süddeutschland von französischen Truppen bereits überflutet war, bis die preussischen Truppen am Rhein aufmarschiert sein konnten. Außerdem war die Möglichkeit denkbar, daß sich Preußen bei einem ungünstig verlaufenden Krieg mit Frankreich auf Kosten Bayerns verständigen würde. In diesem Fall war für Bayern immerhin die Alternative vorhanden, eine Rheinbundpolitik zu erwägen. Bei jeglicher politischer Entscheidung in einem europäischen Konflikt mußte Bayern also die mögliche Rückwirkung auf den pfälzischen Besitz beachten und diese mit seinen anderweitigen bei einer europäischen Krise maßgebenden Interessen abwägen und in Einklang bringen.

Seit dem Ende der napoleonischen Epoche hatte sich Italien wiederholt als ein Unruheherd gezeigt. Bisher war jedoch das

italienische Problem ein begrenztes geblieben und hatte kein europäisches Ausmaß angenommen, da keine europäische Großmacht ein anderes Interesse hatte, als die Befriedigung Italiens. So war Österreich in den Kriegen 1848/49 in der Lage, sich allein zu behaupten, weil es nur die Aufständischen und Sardinien zu Gegnern hatte, nicht aber Frankreich.⁹⁴⁾ Inzwischen hatte sich aber die Lage in Italien vollständig verändert, weil Frankreich dort als Gegner Österreichs auftrat und somit das italienische Problem zu einem europäischen machte.

Schon aus dynastischen Rücksichten konnte Bayern gegenüber der zu erwartenden Auseinandersetzung in der italienischen Frage nicht gleichgültig bleiben. Zunächst waren das Königreich Beider Sizilien und der Kirchenstaat durch Frankreich und Sardinien noch nicht bedroht, sondern nur die oberitalienischen Fürstentümer und Österreich. Bayern hatte mit diesen Fürstentümern, ausgenommen Parma, nahe verwandtschaftliche Bindungen. Die Schwester König Max' II., Adelgunde, war die Gemahlin des Herzogs Franz von Modena. Die Tochter des Großherzogs Leopold II. von Toskana, Prinzessin Auguste, war mit dem Prinzen Luitpold, dem späteren Prinzregenten von Bayern vermählt.

Die dynastischen Gesichtspunkte deckten sich mit den eigenen allgemeinen politischen Interessen Bayerns. Die Mittelstaaten sahen in dem bestehenden System des Deutschen Bundes, in dem sich die beiden deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, die Waage hielten, eine Garantie ihrer eigenen Existenz. Bei einer solchen Machtverteilung war den Mittelstaaten die Möglichkeit politischen Lebens gegeben, sei es in der Rolle des Vermittlers, oder als Zünglein an der Waage. Notgedrungen waren die Mittelstaaten also immer Gegner der Bestrebungen des Staates, der die alleinige Vormacht innerhalb des Deutschen Bundes zu erringen suchte, mochte es nun Preußen oder Österreich sein. In letzter Zeit machten sich die Vorherrschafts-

94) Ob von Österreich überhaupt die Hilfe der deutschen Staaten 1848/49 gewünscht wurde und welche Einstellung bei der deutschen Regierungen damals vorhanden war, kann, solange genaue Untersuchungen darüber nicht vorliegen, nicht festgestellt werden.

gelüste Preußens bedrohlich bemerkbar, sodaß sich Bayern und die meisten Mittelstaaten bewogen fühlten, Österreich aus diesem Grunde als Gegengewicht zu stützen und eine Schwächung Österreichs durch den Verlust seiner italienischen Besitzungen zu verhindern.

Im Hinblick auf die Bedrohung der Rheinpfalz sah sich Bayern auf die aktive Hilfe Österreichs angewiesen. Dies hob Doenniges besonders hervor.⁹⁵⁾ Falls Österreich wesentlich geschwächt aus einem Kampf in Italien hervorgehen würde, könnte es zu einer Hilfeleistung am Rhein nicht mehr in der Lage sein, oder aber jegliches eigene Interesse am Rhein verlieren. Letzterer Fall konnte bei dem Verlust seiner italienischen Besitzungen eintreten, weil dann jedes unmittelbare Interesse an einem Konflikt Österreichs mit Frankreich beseitigt wäre, und sich Österreich auf Kosten der kleineren deutschen Staaten für den verlorenen Besitz zu entschädigen trachten könnte.

Die Hilfe Preußens in der Rheinfrage wurde von Bayern nicht in Berechnung gezogen, ~~da es, weil man sie~~ durch das beteiligte preussische Interesse für gesichert, aber nicht für ausreichend hielt, sei es, weil man die Gefahr einer Verständigung Preußens und Frankreichs auf Kosten Bayerns bei einem ungünstig verlaufenden Krieg erkannte.

Dynastische Interessen, das innerdeutsche und das gegen Frankreich gerichtete Interesse waren für Bayern bei der italienischen Frage maßgebend. Um eine Machtsteigerung Preußens und Frankreichs auf Kosten Österreichs zu verhindern, stellte sich die bayerische Regierung auf die Seite Österreichs und kam damit gleichzeitig den dynastischen Verpflichtungen nach.

Die Schwierigkeit für die bayerische Regierung lag nun darin, die notwendigen Konsequenzen aus dem von ihr vertretenen Stand-

95) 25.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

punkt ziehen zu können. Bayern war ein konstitutioneller Staat, und die Regierung somit von dem Parlament im gewissen Grade abhängig. König Max war bedacht, die Verfassung nicht zu verletzen und möglichst ohne dauernden Gegensatz zu der öffentlichen Meinung zu regieren. Diese Rücksicht ging so weit, seinen Minister von der Pfordten zu demissionieren, ohne daß Meinungsverschiedenheiten zwischen von der Pfordten und König Max bestanden.⁹⁶⁾ Eine Ausrichtung der bayerischen Politik nach ausschließlich dynastischen Gesichtspunkten konnte wohl kaum auf Verständnis bei der bayerischen Bevölkerung stoßen. Wie weit sie einer gegen Preußen gerichteten Politik der bayerischen Regierung folgen würde, war zu Beginn der italienischen Krise in keiner Weise vorauszusehen. Da aber die Mehrheit der Öffentlichkeit in der italienischen Frage die Parteinahme für Österreich verlangte, zwar kaum in der Erkenntnis der gesamten politischen Interessen der bayerischen Regierung, sondern mehr aus Angst vor den französischen Absichten, brauchte die bayerische Regierung von vornherein nicht mit Schwierigkeiten bei der Vertretung ihres Standpunktes von dieser Seite rechnen.

Eine vertragliche Verpflichtung zur Hilfeleistung bestand für Bayern nicht, weder zu Gunsten der oberitalienischen Staaten, noch zu Gunsten Österreichs. Die Grundgesetze des Deutschen Bundes sahen eine gemeinsame Verteidigung der außerdeutschen Besitzungen Preußens und Österreichs nicht vor, es sei denn, die Bundesversammlung konstatierte mit Stimmenmehrheit eine gleichzeitige Gefahr für das Bundesgebiet.⁹⁷⁾ Ein direktes und selbständiges Eingreifen Bayerns in die italienische Frage war wegen des beschränkten militärischen Machtaufgebotes nicht möglich oder würde wirkungslos bleiben.

96) vergl. E.Franz, Ludwig Freiherr von der Pfordten, München 1938, S.250 ff

97) Artikel 46 und 47 der Wiener Schlußakte vom 15.5.1820

Die Möglichkeiten der bayerischen Politik lagen auf anderer Ebene, nämlich auf der innerhalb des Deutschen Bundes. Als eine Einheit besaß der Deutsche Bund eine starke und gefürchtete Stellung in Europa. Die Einheit war aber durch die verschiedenartigen außenpolitischen Interessen Preußens und Österreichs in Europa ständig, und auch in der italienischen Frage, gefährdet. Das Feld politischer Betätigung Bayerns bestand nur darin, die Einigkeit des Deutschen Bundes herzustellen. Dabei konnte sich Bayern auf eine vermittelnde Rolle beschränken. Sollte der Erfolg ausbleiben, konnte es je nach seinen eigenen Interessen die ausschließliche Partei Preußens oder Österreichs ergreifen. Dieser Möglichkeit konnte Bayern ein noch größeres und wirksameres Gewicht erteilen, indem es die anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten zur selben Stellungnahme veranlaßte, wobei die Größe des bayerischen Staates ihm eine natürliche Führerstellung unter den deutschen Mittel- und Kleinstaaten gab. Die Parteinahme auf der Seite einer der deutschen Großmächte konnte eine zwangsweise Herbeiführung der Einigkeit des Deutschen Bundes erwirken, oder eine völlige Trennung von der anderen deutschen Großmacht. Schon die Parteinahme Bayerns allein auf der Seite einer der deutschen Großmächte konnte zur Folge haben, daß die Unterstützung durch das bayerische Heer ausreichte, besonders wenn es sich in einem guten und tüchtigen Zustand befand, um eine ausschlaggebende und entscheidende Wirkung bei militärischen Ereignissen auszuüben. Eine letzte politisch wirksame Alternative Bayerns konnte darin bestehen, zusammen mit den anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten von Preußen und Österreich unabhängige Wege zu gehen. In diesen Linien war der Spielraum bayerischer Politik abgegrenzt. Die auf einem dieser Wege herbeigeführte Entscheidung in europäischen Fragen mußte zugleich auch eine Rückwirkung auf die innerdeutsche Frage zur Folge haben. Die Lösung des italienischen Problems war folglich mit

der Lösung des deutschen Problems gekuppelt. Eine Stellungnahme Bayerns und der anderen deutschen Staaten zu der italienischen Frage war an die deutsche Frage gebunden, und die Lösung des deutschen Problems wurde durch die italienische Frage indirekt vorangetrieben.

Frankreich und Sardinien waren sich der Gefahr durchaus bewußt, die ein direkter Angriff auf die Lombardei oder Venedig in sich barg. Daß dann der Deutsche Bund nach Artikel 47 der Wiener Schlußakte eine allgemeine Gefahr für das Bundesgebiet konstatieren würde, war fast mit Sicherheit vorauszu-
sehen.⁹⁸⁾ Deshalb suchten die gegnerischen Mächte einen Kriegs-
anlaß, der dem deutschen Interesse keinen Grund geben würde, sich an dem Konflikt zu beteiligen. Diese Möglichkeit boten die rechtlich immerhin umstrittenen Spezialverträge Österreichs mit den oberitalienischen Fürstentümern, sodaß man damit rechnen mußte, daß der Krieg auf Grund des von Österreich wahrgenommenen Interventionsrechtes in Modena, Parma oder Toskana ausbrechen werde. Die diesbezüglichen Pläne Frankreichs und Sardinien waren der bayerischen Regierung nicht unbekannt.

Nach bestehenden völkerrechtlichen Gesichtspunkten konnte die Rechtsgültigkeit der österreichischen Separatverträge durchaus verteidigt werden. Man konnte den Souveränen nicht das Recht absprechen, miteinander Verträge auf gegenseitige Hilfeleistung abzuschließen. Aber es liegt nun einmal im Wesen des internationalen Rechtes, daß es ständig im Fluß begriffen ist, und daß sich mit dem Wandel von Anschauungen auch immer neue Prinzipien durchsetzen, die allmählich als neues Recht anerkannt werden. Ein solcher Umwandlungsprozeß vollzog sich zu eben dieser Zeit, als die Völker begannen das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu empfinden und ihr Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen. Damit hing es zusammen, daß sich die Meinung immer mehr durchsetzte, wonach die Suprematie und die bewaffnete In-

98) 15.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk. 38

tervention eines anderen Staates mit der Unabhängigkeit des eigenes Landes nicht mehr vereinbar wäre.

Diese neuen Anschauungen traten auch innerhalb der bayerischen Regierung zum Vorschein. Ihr Vertreter war Doenniges, der zwar bis März 1859 mit den Ansichten seiner Regierung einig war, dann aber eine deutliche Meinungsänderung vollzog, die ihn in Gegensatz zu der Regierungsauffassung brachte. Während er nämlich bisher die Verträge Österreichs mit Toskana, Parma und Modena als zu Recht bestehend verteidigte und die gegenteilige Anschauung Sardiniens und Frankreichs als "Proklamation modernen Völkerrechts" bezeichnete,⁹⁹⁾ plädierte er seit März 1859 für die Revision dieser Verträge, weil sie dem Prinzip der Unabhängigkeit der Staaten widersprächen. Die Unabhängigkeit der Länder sei aber die Grundlage des politischen Gleichgewichtes, und die bewaffnete Intervention nur zulässig, wenn der eigene Staat bedroht sei. Die rechtlichen Überlegungen sind jedoch für die Haltung der Staaten nicht ausschlaggebend, wenn sie auch dazu dienen, den Standpunkt zu vertreten und zu rechtfertigen, der aus politischen Erwägungen eingenommen werden muß. Doenniges übersah den politischen Beweggrund nicht, der für Österreich maßgebend war, indem es versuchte, weiterhin seinen Einfluß in Oberitalien zu behaupten. Aber er machte Österreich den Vorwurf der Unterlassung auf Einführung von Verfassungsreformen in Italien zu dringen, ja den Wunsch danach mit Gewalt unterdrückt zu haben. Wohl habe Österreich Ruhe und Frieden hergestellt, aber die Ursache der Revolution in Italien nicht beseitigt, was Doenniges als eine notwendige Folge des Interventionsrechtes erwartet hätte. Dadurch sei nun der Wunsch nach Unabhängigkeit entstanden, was sich Piemont und Frankreich zunutze mache. Österreich habe sich selbst zuzuschreiben, wenn ihm

99) 12.2., 22.2., 15.3., 4.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
7.2., 25.2.1859 Doenniges GHM 77/3/77

in Italien Schwierigkeiten erwachsen seien, und wenn nun ganz Europa von Österreich Konzessionen verlange.¹⁰⁰⁾

Doenniges hatte mit seiner Beurteilung freilich nur zum Teil Recht. Einmal war nicht zu übersehen, daß Österreich den Provinzen der Lombardei und Venetien im Vergleich zu den anderen italienischen Staaten ein weitaus fortschrittlicheres Regierungssystem gegeben hatte. Diese Tatsache wurde zwar von Doenniges bestätigt, aber nicht gewürdigt.¹⁰¹⁾ Für seinen Teil hatte Österreich wohl das getan, was es für möglich hielt. Sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates einzumischen, war aber völkerrechtlich nicht zulässig. Juristisch konnte man Österreich in dieser Beziehung keine Verpflichtung auferlegen. Sicherlich wäre es politisch vorteilhaft gewesen, wenn Österreich in der Lage gewesen wäre, sich an die Spitze der Ideen der Zeit zu stellen. Diese waren aber gerade in den oberitalienischen Fürstentümern weniger gegen die bestehenden Regierungsformen gerichtet, als für eine nationale Zusammengehörigkeit. Man konnte natürlich nicht erwarten, daß Österreich die nationale Idee als politisches oder rechtliches Prinzip akzeptieren werde, und sich damit selbst die Daseinsberechtigung seines eigenen aus so vielen Nationalitäten bestehenden Staates absprechen würde. Sardinien hingegen war in der Lage, die Idee des Nationalismus zum eigenen Vorteil auszunützen und Österreich mußte versuchen zu verhindern, daß einem Prinzip in Italien Geltung verschafft werde, was einmal anerkannt, den Untergang Österreichs herbeiführen mußte.

König Max und von der Pfordten akzeptierten die Meinung Doenniges nicht, daß man Österreich nur dann zum Schutz seiner Verträge beistehen könne, wenn Österreich die Verträge revidieren würde, andernfalls man aber einen Krieg, der in Folge der unveränderten Verträge entstünde, unbeachtet lassen solle. Sie

100) 4.4., 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
Exposé Anfang März Doenniges GHM 77/3/77

101) 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

erkannten die Spezialverträge als mit vollem Recht bestehend an, da diese zur Verteidigung der Lombardei dienten. Die bayerische Regierung sah eine Unterstützung Österreichs zur Aufrechterhaltung der Spezialverträge in richtiger Erkenntnis als notwendig an, weil ein Krieg in Italien, gleichgültig aus welchem Anlaß, einzig und allein die Verdrängung Österreichs aus seiner Einflußsphäre und seinen Besitzungen in Italien bezwecke.¹⁰²⁾ Es wäre falsch zu meinen, daß der bayerischen Regierung daran gelegen gewesen wäre, die Unabhängigkeit Italiens prinzipiell zu verhindern. Das bayerische Interesse richtete sich vielmehr gegen eine Vertreibung Österreichs aus der Lombardei und aus Venetien und gegen die zu befürchtende Ersetzung des österreichischen Einflusses in Oberitalien durch den französischen. Diesen Standpunkt machte von der Pfordten dem sardinischen Gesandten in München deutlich klar.¹⁰³⁾

Preußen und Österreich zur italienischen Frage

So bestimmt sich auch König Max und von der Pfordten für die Aufrechterhaltung des Besitzes und der Rechte Österreichs in Italien aussprachen,¹⁰⁴⁾ so waren sie doch ehrlich bemüht, den Ausbruch eines Konfliktes überhaupt vermeiden zu helfen.¹⁰⁵⁾ Dazu schien ihnen ein entschlossenes, aber in keiner Weise aufreizendes Auftreten geeignet, dem Kriegswillen Frankreichs und Sardinien entgegenzusetzen. Deshalb begrüßten sie die militä-

102) 25.2.1859 Notiz Max' GHM 76/6/36

6.4.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

103) 31.1.1859 Barral ASTT Francoforte 5/34

Darin täuschte sich Barral sicher, daß er meinte, durch die bloße Versicherung, daß die Lombardei nicht zu Frankreich käme, man den Deutschen Bund vielleicht zur Neutralität bestimmen könnte.

15..3.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

104) 12.1., 16.1.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

29.1.1859 Pfordten an Lerchenfeld GSTM III.R.28

105) 14./19.5.1859 Notiz Max', handschriftliche Notiz Max' ohne Datum GHM 79/1/165

rische Verstärkung in der Lombardei als eine "zeitgemäße Kraftentwicklung". Andererseits warnten sie aber die österreichische Regierung, Sardinien nicht zu provozieren und Frankreich keinerlei Vorwand oder Anlaß zu einem Krieg zu bieten.¹⁰⁶⁾

Die Hoffnung auf eine Einschüchterung Napoleons hatten jedoch nur Aussicht auf Erfolg, wenn der ganze Deutsche Bund seine Entschlossenheit zu erkennen gab, Österreich bei der Verteidigung seiner Rechte zu unterstützen, sodaß Frankreich die Rheingrenze nicht ungedeckt lassen konnte. In dieser Absicht wandte sich die bayerische Regierung Mitte Januar an das preußische Kabinett.¹⁰⁷⁾ Aber es zeigte sich, daß Preußen, das bisher noch keine Stellung bezogen hatte, anderer Ansicht war. Es fürchtete, daß Napoleon die Kundgebung einer dritten Macht zu Gunsten Österreichs als Koalition gegen ihn betrachte und ihn verletze, und daß Österreich dadurch nur unbesorgter werde. Zudem lehnte Preußen es ab, ohne Einflußnahme auf die österreichischen Entscheidungen Hilfe zu versprechen, weil Preußen sonst auch für alle etwaigen Fehler Österreichs einstehen müsse. Man sah in Berlin eine Möglichkeit zur Vermeidung des Krieges, die darin bestand, daß Österreich auf jede bewaffnete, wenn auch berechtigte Intervention in außerösterreichischen Territorien verzichte und die Vollziehbarkeit der Spezialverträge von der Zustimmung der Großmächte abhängig mache, sodaß also die Aufrechterhaltung der Ruhe in nicht-österreichischen Gebieten den Großmächten überlassen bleibe. Diesen Rat ließ Preußen auf Betreiben Englands in Wien mitteilen.¹⁰⁸⁾

106) 12.1., 16.1.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

107) 17.1.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28

108) 17.1., 23.1.1859 Bray GSTM III.R.28

Von einer engen Interessengemeinschaft von der Pfordtens mit Preußen zu Beginn des Konfliktes, wie sie E.Franz: v.d.Pfordten S.266 konstatiert, kann man nicht gut sprechen. Preußen hatte noch gar keine bestimmte Stellung in dem bevorstehenden Kampf eingenommen. Von der Pfordten und König Max aber haben zu der Zeit bereits sich in Gesprächen mit dem österreichischen Gesandten auf die Seite Österreichs gestellt und ein Mahnwort in Berlin für nötig gehalten. 4.2., 6.2.1859 Lerchenfeld; 23.1.1859 Bray; 13.2.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.28; vergl. 21.1.1859 Schleinitz an Fleming AP Pr.

Von Österreich wurde aber dieses Ansinnen sehr bestimmt mit der Begründung abgelehnt, daß eine Intervention überhaupt überflüssig werde, wenn Sardinien die künstlich geschürte revolutionäre Agitation unterließe und Frankreich diese sardinische Politik nicht weiter unterstützte. Österreich war sehr empört über die preußischen Ratschläge. Dies ging aus den Worten Buols an den bayerischen Gesandten hervor: es seien Zumutungen, in denen wahrhaft Verletzendes liege; Österreich brauche aber die Vermittlung Preußens nicht, wenn es die "bonne grâce des hochherzigen Napoleons" anflehen wolle.¹⁰⁹⁾ Von der Pfordten unterschätzte nicht die Gefahr, die Preußen bedacht hatte, nämlich daß eine vorzeitige Bindung des Deutschen Bundes an Österreich letzteres veranlassen könne, den Deutschen Bund, wie auch im Krimkrieg, einfach zu übergehen und den Beitritt zu bereits gefaßten Beschlüssen zu verlangen, wozu von der Pfordten nicht bereit gewesen wäre. Dies ließ er auch der österreichischen Regierung wissen. Um der von Preußen bedachten Gefahr vorzubeugen, hielt von der Pfordten einen Gedankenaustausch zwischen den Regierungen und eine Informierung über die beabsichtigten Pläne Österreichs für empfehlenswert. Er entsprach darin dem von Preußen geäußerten Wunsch, den er in seinem erklärlichen und naheliegendem Bestreben, zunächst eine Vermittlungspolitik zwischen den beiden Großmächten zu versuchen, gern nach Wien weiterleitete. Zugleich teilte er der österreichischen Regierung mit, daß er glaube, es bestehe einige Hoffnung auf die Bereitschaft Preußens, in einem Krieg Hilfe zu leisten.¹¹⁰⁾

Die österreichische Regierung kam der von Bayern und auch von anderen deutschen Regierungen geäußerten Bitte¹¹¹⁾ nach und

109) 28.1.1859 Buol an Koller GSTM III.R.28; vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.307

110) 4.2.1859 Lerchenfeld, 14.2.1859 Perglas GSTM III.R.28
29.1.1859 Pfordten an Lerchenfeld, 29.1.Pfordten an Lerchenfeld Vertraulich GSTM III.R.28
30.1.1859 Hartig ESTW IV Bavière 26

111) 6.2.1859 Lerchenfeld, 7.2.1859 Bray, 7.2.1859 Kneesebeck, 5.2.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.28, 25.1.1859 Wich GSTM LAIII Öst. 50

erließ ein Rundschreiben, das an alle deutschen Regierungen außer Preußen gerichtet war und in Berlin nur mitgeteilt wurde.¹¹²⁾ Über diese Vernachlässigung war Preußen offensichtlich verletzt und faßte den "Zuruf an alle deutschen Regierungen wie ein moralisches Zwangsmittel" gegen sich auf. Erschreckt über die Verstimmung in Berlin, wies von der Pfordten den Gesandten in Wien sofort an, in Zukunft solchen formalen Einwänden vorzubeugen.¹¹³⁾ Natürlich konnte der österreichischen Regierung nicht das Recht abgesprochen werden, mit den deutschen Staaten politische Kommunikationen zu pflegen, noch dazu solange es sich nicht um einen geplanten Vorschlag beim Deutschen Bund handelte, und damit rechtfertigte sich auch Buol.¹¹⁴⁾ Aber es wäre wohl richtiger gewesen, die preußische Regierung nicht zu übergehen und jede Kränkung zu vermeiden.

Die in dem Zirkular dargelegten Absichten Österreichs waren ganz in Rücksicht auf Preußen abgefaßt. Die bayerische Regierung zollte dem Rundschreiben auch die Anerkennung eines mit "Vorsicht gemachten Schrittes".¹¹⁵⁾ Österreich verzichtete vorläufig darauf, Schritte beim Bund zu unternehmen, aber es wünschte, daß die Regierungen sich erst untereinander einigten, bevor die Kriegsbereitschaft zur Verteidigung der "vertragsmäßigen Rechte" Österreichs in Italien gegen jeden Angriff konstatiert werde.¹¹⁶⁾ Diese Formulierung bezüglich der vertragsmäßigen Rechte war sehr weit gefaßt. Aber die österreichische Regierung gab auf erbetene Erläuterung in München unzweideutig zu verstehen - und darüber hatte sie auch in Berlin keine Zwei-

112) vergl. APPr.Nr. 135 Anm.1

113) 19.2.1859 Bray, 25.2.1859 Pfordten an Lerchenfeld Vertraulich GSTM III.R.28

114) 20.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28

115) 8.2.1859 Hartig HSTW IV. Bavière 26, 9.2.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28; vergl. E.Franz, v.d.Pfordten S.267

116) 5.2.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.28; vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.308 f

fel gelassen -, daß sie es nicht nur als ihr Recht, sondern als ihre Pflicht erachte, bei der Unterstützung einer Revolution in Modena oder Parma durch Sardinien dort zu untervernie- ren, und sie legte die Ansicht nahe, daß nicht nur aus recht- lichen, sondern vor allem aus politischen Beweggründen auch in einem solchen Falle die Bedrohung des Bundesgebietes gege- ben sei.¹¹⁷⁾

So sehr von der Pfordten diesen Standpunkt guthieß, so hatte er doch Veranlassung zu befürchten, daß Preußen sich nicht zu dieser Meinung bekennen werde.¹¹⁸⁾ Die Informationen aus Ber- lin und ein Rundschreiben der preußischen Regierung vom 12.Fe- bruar ließen erkennen, daß Preußen uninteressiert daran war, für die Behauptung der österreichischen Einflußsphäre in Ober- italien einzustehen, sich aber an der Verteidigung Venetiens und der Lombardei gegen einen vereinten Angriff Sardiniens und Frankreichs beteiligen werde.¹¹⁹⁾

Die Hoffnungen auf ein solches Verhalten Preußens stützten sich wesentlich auf die Einstellung und Sprache des Prinzregenten von Preußen, während der preußische Außenminister Schleinitz sich viel zurückhaltender und reservierter äußerte. Dies wur- de nicht nur von den bayerischen Berichterstattem, sondern übereinstimmend auch von den führenden politischen Persönlich- keiten in dieser Zeit konstatiert.¹²⁰⁾ Allerdings lehnte auch der Prinzregent jede vorzeitige Bindung an Österreich ab. Der preußischen Regierung schien diese Zurückhaltung zum Teil aus

117) 13.2.1859 Buol an Hartig, 28.1.1859 Buol an Koller GSTM III.R.28, 8.2.1859 Hartig HSTW IV Baviere 26

118) 18.2.1859 Hartig HSTW IV Baviere 26; 9.2.1859 Pfordten an Max GSTM III.R.28, 8.2.1859 Hartig HSTW IV Baviere 26

119) 7.2., 11.2., 19.2., 24.2.1859 Bray, 12.2., 16.2.1859 Gise, 1.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28

120) 8.2.1859 Gise, 1.2.1859 Lerchenfeld, 13.2.1859 Bray GSTM III.R.28

vergl. H.Oncken, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854-71, Berlin 1927, I S.81

Johann G. Herzog zu Sachsen, Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen, Leipzig 1911 (Prinzregent von Preußen an König Johann v.17.4.1859)

F.Beust, Aus Drei Vierteljahrhundert, Stuttgart 1887 I.S. 221; Ernst II, Aus meinem Leben III.S.453+457

Rücksicht auf die europäischen Großmächte geboten, und sie betonte die Übereinstimmung ihrer Ansichten mit denen der englischen Regierung.¹²¹⁾

Die Rückwirkung der Haltung Englands und Rußlands auf die preußische Politik

In England regierte in der ersten Hälfte des Jahres 1859 das konservative Derby-Ministerium.¹²²⁾ Das zur Tradition gewordene Interesse Englands an der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts verbürgte eine Politik, die auf Erhaltung des Friedens zielte, und wenn dies nicht möglich, zumindestens den Krieg zu lokalisieren strebte. Außerdem sah England mit Mißtrauen das Erstarken der französischen Marine und war bedacht, keine Ausbreitung des französischen Einflusses zur See zu dulden. Vorerst blieb die englische Regierung gegenüber der italienischen Frage verhältnismäßig reserviert. Einen offenen Bruch der vertraglichen Rechte Österreichs in Italien durch Frankreich würde England also wohl nicht zulassen. Es konnte jedoch angenommen werden, daß dieser Fall nicht eintreten werde. Deshalb hielten die bayerischen Beobachter im Ausland alle für sehr wahrscheinlich, daß sich England in einem Krieg neutral verhalten und eine aktive Teilnahme vermeiden werde.¹²³⁾ Von der Pfordten akzeptierte diese Meinung und legte sie seinem König nahe.¹²⁴⁾

121) 19.2.1859 Bray GSTM III.R.28

122) Über die Politik der Großmächte vergl. H.Ley, Die italienische Einigung und die englische Politik, Leipzig 1935
H.v.Srbik, Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom heiligen Reich bis Königgrätz, München 1942
A.Stern, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Stuttgart-Berlin 1920
F.Valsecchi, La politica europea e la preparazione diplomatica della seconda guerra per l'indipendenza italiana, Milano 1950/51; F.Valsecchi, La mediazione

123) 16.5.1859 Bray, 22.2.1859 Buol an Koller, 4.2.1859 Cetto, 11.1., 1.2.1859 Wendland GSTM III.R. 28-31
24.1., 5.2., 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

124) 4.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
9.2.1859 Pfordten an Max, 25.2.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28

Doch saß das konservative Ministerium nicht allzu fest im Sattel. Flüchtlinge aus Italien, die in England Unterschlupf gefunden hatten, gewannen einen Teil der öffentlichen Meinung für ihre Ideen, und die liberale Whig-Opposition mit Palmerston und Russell an ihrer Spitze sympathisierte lebhaft mit den freiheitlichen und nationalen Ideen Italiens. Ein Wechsel der Regierung war vorauszusehen. Die Politik einer Whig-Regierung konnte aber im voraus nicht bestimmt charakterisiert werden. Cetto, der bayerische Gesandte in London, rechnete damit, daß auch eine neue Regierung dieselbe gegen Frankreich und Sardinien gerichtete Außenpolitik beibehalten werde. Wendland in Paris hatte den Eindruck, daß bei einem englischen Regierungswechsel der Krieg überhaupt nicht mehr zu umgehen sei. Doenniges beurteilte die Lage für Österreich nach einem englischen Regierungswechsel als wesentlich ungünstiger, weil Palmerston schon früher die Ansicht geäußert habe, daß Österreich auf die Dauer die Lombardei nicht behaupten könne.¹²⁵⁾

Preußen, das sich die Freundschaft mit England erhalten wollte, wurde durch die schwache parlamentarische Stellung des englischen Ministeriums zur größten Vorsicht genötigt.¹²⁶⁾

Während die Beziehungen Preußens zu England gut waren, kühlte sich das Verhältnis Preußens zu Rußland etwas ab. Die russische Außenpolitik war von dem Motiv geleitet, eine Abänderung der Pariser Friedensbestimmungen über die Donauangelegenheiten herbeizuführen. Damit rechnete die bayerische Regierung, und sie wußte auch, daß Rußland das feindliche Verhalten Österreichs im Krimkrieg nicht vergessen hatte, und daß vor allem der russische Außenminister Gortschakoff deshalb große Ressentiments gegenüber Österreich bewahrte. Aus diesem Grunde zeigte Rußland eine gewisse Schadenfreude, Österreich in Schwierigkeiten zu sehen und erhoffte, von einem geschwächten Österreich in den

125) 4.2., 9.3.1859 Cetto, 1.3.1859 Wendland GSTM III.R.28/29
24.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

126) 6.2.1859 Bray GSTM III.R.28

Donauangelegenheiten leichter Konzessionen zu erhalten und das Übergewicht im Orient zu erringen. Um diese Ziele zu erreichen, war ein Eingreifen Rußlands in den Streit um die italienische Frage nicht unbedingt notwendig. Die Ansicht, die allgemein und auch bei den bayerischen Berichterstattem vertreten wurde, war daher begründet und richtig, daß Rußland in einem etwaigen Krieg die Neutralität wahren werde, die zwar nicht gerade freundlich für Österreich sein, sondern ungefähr der Haltung Österreichs zu Rußland im Krimkrieg entsprechen werde.¹²⁷⁾

Durch Doenniges wurde der bayerischen Regierung eine Äußerung der Großfürstin Olga bekannt, wonach diese von Gortschakoff erfahren habe, daß Rußland unter allen Umständen neutral bleiben werde.¹²⁸⁾ Trotzdem war es nicht sicher, ob man eine auch in jedem Falle neutrale Haltung Rußlands erwarten durfte. Zumindestens konnte eine solche bündige Erklärung, wie sie von der Großfürstin Olga wiedergegeben wurde, nicht restlos im Sinne der russischen Regierung sein.

Anfangs vermied Gortschakoff jede Stellungnahme zu der italienischen Frage, obwohl er nach der Meinung des bayerischen Gesandten von der Unabwendbarkeit eines Krieges überzeugt war. Es war der bayerischen Regierung bekannt, daß Gortschakoff noch im Februar die englische Bitte abgelehnt hatte, sich kategorisch und offen zu den Verträgen von 1815 zu bekennen, um so die Erhaltung des Friedens zu fördern.¹²⁹⁾ Nachdem Mitte März der englische Versuch, zwischen Paris und Wien zu vermitteln, erfolglos blieb, beobachteten die bayerischen Berichterstatter eine Annäherung Rußlands an die vermittelnden Mächte, Preußen und

127) 5.2., 19.2., 19.3., 16.5.1859 Bray, 11.2.1859 Perglas, 29.4., 5.5.1859 Lerchenfeld, 17.2., 11.3.1859 Montgelas GSTM III.R.28-31, 31.1.1859 Montgelas GSTM MAIII Ruß.51 24.1., 7.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14, 25.2.1859 Doenniges GHM 77/3/77
19.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard. 14
17.2., 11.3.1859 Montgelas, 16.3.1859 Lerchenfeld GSTM II R.28/29

England, und ein Heraustreten Rußlands aus seiner bisherigen Reserve. Mitte März erließ die russische Regierung ein Pferdeausfuhrverbot, eine Maßnahme, die offensichtlich zum Nachteil Österreichs getroffen wurde.¹³⁰⁾ Die russischen Gesandten, die bisher aus Mangel an präzisen Instruktionen die italienische Streitfrage mit Schweigen übergingen,¹³¹⁾ entwickelten nur die Anschauung ihrer Regierung darüber. Aus dem Interesse heraus, Österreich allein seinem Schicksal in Italien zu überlassen, bemühte sich Rußland vor allem, die deutschen Staaten von einem rein italienischen Krieg, der sich außerhalb des österreichischen Territoriums abspielte, fernzuhalten, mit der Begründung, daß der Deutsche Bund zur Teilnahme an einem solchen Krieg nicht verpflichtet sei. Für den Fall, daß Frankreich dem Krieg aber doch ein weiteres Ausmaß verleihen würde, versprach Rußland dem Deutschen Bund seine Hilfe, weil es dann das europäische Gleichgewicht für bedroht halte. Diese Anschauung entwickelte der russische Gesandte in Wien dem dort weilenden bayerischen Vertreter Lerchenfeld.¹³²⁾

Die bayerische Regierung war darüber unterrichtet, daß Rußland zusammen mit Frankreich in Berlin das Angebot gemacht hatte, die Garantie für die Integrität des deutschen Bundesgebietes zu übernehmen, wenn der Deutsche Bund die Neutralität ausspräche. Preußen ging aber nicht darauf ein, weil es freie Hand nach beiden Seiten hin behalten wollte, um dann nach eigenem Ermessen, je nach den Umständen zwischen den streitenden Parteien vermitteln oder in den Kampf eingreifen zu können. Ebenso war in München bekannt, daß Preußen auch auf einen zweiten Vorschlag nicht einging, der vorsah, daß Rußland selbst ohne preußische Neutralitätserklärung die Zusicherung gebe, daß das deutsche Territorium respektiert werde. Die preußische Regierung erkannte richtig, daß bei diesem Vorschlag die Nichtbeteiligung

130) 18.3.1859 Montgelas, 19.3.1859 Bray GSTL III.R.29

131) 15.3.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

132) 16.3.1859 Lerchenfeld GSTL III.R.29

des Deutschen Bundes am Krieg stillschweigend vorausgesetzt werde.¹³³⁾

Die Sprache, die die russische Regierung in Berlin hören ließ war so gehalten, daß Preußen befürchten mußte, Rußland werde aus seiner Neutralität zu Gunsten Frankreichs heraustreten, wenn Preußen und der Deutsche Bund für Österreich Partei ergreifen würden. Nach Ansicht der bayerischen Gesandten erschreckte die Möglichkeit, in einen Zweifrontenkrieg zwischen Frankreich und Rußland zu geraten, die preußische Regierung so sehr, daß sie alles zu vermeiden suchte, was Rußland zu einem förmlichen Bündnis mit Frankreich drängen konnte. Eine äußerst vorsichtige und abwartende Haltung schien Preußen daher am geeignetsten. So wurde die preußische Regierung auch durch die Rücksicht auf Rußland in seiner zurückhaltenden Politik bestärkt.¹³⁴⁾

Der bayerische Vermittlungsvorschlag

Durch die gute Berichterstattung der bayerischen Gesandten wurde von der Pfordten in die Lage versetzt, die tieferen Beweggründe der preußischen Politik richtig einzuschätzen und sie bei seinen Bemühungen, zwischen den Regierungen in Wien und Berlin zu vermitteln, von vornherein in Betracht zu ziehen.

In dem Rundschreiben der preußischen Regierung vom 12. Februar wurde der Entschluß, sich in jeder Hinsicht Freiheit der Stellung zu wahren, damit begründet, daß man bei den Meinungsverschiedenheiten in der italienischen Frage zwischen den streitenden Mächten vermitteln zu können hoffe.¹³⁵⁾ Von der Pfordten

133) 1.3., 21.5., 31.5.1859 Bray, 11.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29-32

134) 6.2., 1.3.1859 Bray, 4.3.1859 Gise, 6.2., 10.2., 14.2., 16.3., 11.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28-31
vergl. die übereinstimmende Darstellung bei Ch.Friese: Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum polnischen Aufstand Berlin 1931, S.173 ff, S.184, S.189 ff; APPr Werker 3.2.18

135) 12.2.1859 Schleinitz GSTM III.R.28, vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.309/310

konnte wohl eine andere Stellung Preußens nicht erwarten, aber er war auch keineswegs befriedigt über die preußische Auffassung der Lage.¹³⁶⁾ Er bemühte sich in der Antwortnote vom 25. Februar an die preußische Regierung zu zeigen, daß eine Vermittlung überhaupt keinen Erfolg verspreche, weil es sich in Italien nicht um eine Verschiedenheit der rechtlichen Standpunkte, sondern darum handle, daß dem Rechte der einen Partei nur die Wünsche der anderen Partei gegenüberstünden. Ein Vermittlungsbestreben bei einer solchen Konstellation habe nur zur Folge, daß die Gegenpartei in der Verwirklichung ihrer Wünsche ermutigt werde.¹³⁷⁾

Die vertrauliche Instruktion für den bayerischen Gesandten in Berlin vom selben Tag enthielt weitere Ausführungen zu diesen Argumenten.¹³⁸⁾ Nämlich, daß die Lombardei kein Objekt einer Vermittlung darstellen könne, weil sie rechtlich unbestreitbar zu Österreich gehöre. Bei den Schutzverträgen Österreichs mit den italienischen Staaten handle es sich aber nicht nur um Rechte, sondern gleichzeitig um Verpflichtungen, von denen Österreich sich nicht lossagen könne. Zudem habe Frankreich mit den Besatzungen im Kirchenstaate den Einfluß Österreichs in Italien in der letzten Zeit sowieso eingeschränkt, sodaß gerade Frankreich keinen Grund habe, Österreich wegen seiner Beziehungen zu Italien zur Rechenschaft zu ziehen. Schließlich bleibe nur der Kirchenstaat als Gegenstand einer Vermittlung, wobei aber der Wille des Papstes maßgebend sei und nicht übergangen werden dürfe.

In der vertraulichen Instruktion legte von der Pfordten seine von dem König gebilligte Ansicht dar, daß es bei der sogenannten italienischen Frage nur darum gehe, Österreich aus Italien zu verdrängen, daß Preußen aus Interesse an der Erhaltung der

136) 18.2.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
vergl. E. Franz, Von der Pfordten, S. 267

137) 25.2.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28, siehe Anhang

138) 25.2.1859 Pfordten an Bray Vertraulich GSTM III.R.28,
siehe Anhang

gegenwärtigen europäischen Staatenverhältnisse für die Lombardei eintreten müsse, daß die Schutzverträge zur Verteidigung der Lombardei dienten, daß Österreich aber ohne Hilfe des Bundes dem gemeinsamen Angriff Frankreichs, Sardinien und der Revolution nicht gewachsen sei, und daß nach einer Schwächung Österreichs die Gefahr bestehe, daß Frankreich dann seine "natürlichen Grenzen" geltend mache, und der Bund sich ohne Österreichs Hilfe verteidigen müsse.

In der ostensiblen Note an die preußische Regierung betonte von der Pfordten, daß man Preußen keineswegs drängen und Preußen jede Antragstellung überlassen wolle, daß aber die bayerische Regierung jederzeit zu gemeinsamen Schritten des Bundes bereit sei. Als eine Möglichkeit, zwischen Berlin und Wien eine Einigung zu erzielen, schlug von der Pfordten dem preußischen Kabinett vor, es möge den Deutschen Bund zu der Erklärung veranlassen, daß der Bund alle Ländergebiete seiner Mitglieder werde verteidigen helfen. Nach von der Pfordtens Meinung konstatierte eine solche Erklärung nur das Eintreten für die Heilighaltung der europäischen Verträge und könnte Preußen deshalb auch in keine Schwierigkeiten mit England bringen. Von der Pfordten gestattete dem bayerischen Gesandten in Berlin auch zuzugestehen, daß in einer solchen Erklärung ausdrücklich erwähnt werde, daß vom Deutschen Bund keine Verpflichtungen für die österreichischen Spezialverträge übernommen werden, und daß Österreich bei einem alleinigen Angriff durch Sardinien keine Hilfe brauche.

König Max hätte eine Verpflichtung Preußens auch für die Spezialverträge sehr gewünscht. Aber er schloß diesen Wunsch bei dem Vermittlungsvorschlag aus, weil er die Unmöglichkeit voraussah, auf einer solchen Basis die Zustimmung der preußischen Regierung zu gewinnen.¹³⁹⁾ Er begnügte sich mit einem Vorschlag, der den Nachrichten aus Preußen zufolge einige Aussicht auf

139) 25.2.1859 Notiz Max GHM 76/6/36

Erfolg hatte. Von der Pfordten erhoffte von dem Vermittlungsvorschlag zumindestens eine Ermunterung der preußischen Regierung zu positiveren Äußerungen ihrer Ansichten.¹⁴⁰⁾

Notenwechsel zwischen Preußen und Österreich

Es blieb der bayerischen Regierung nicht verborgen, daß die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen in der Zwischenzeit nicht inniger wurden. In Wien war man unzufrieden, daß Preußen seine Stellung als europäische Großmacht stärker geltend machte, als seine Stellung innerhalb des Bundes.¹⁴¹⁾

In der Note vom 22. Februar drängte Buol die preußische Regierung nochmals dazu, gemeinsame Maßregeln am Bund einzuleiten. Gleichzeitig drohte er, daß die österreichische Regierung nur noch bis zur Mobilmachung ihrer Armee in Italien warte; sie werde aber dann dem Deutschen Bund davon Anzeige erstatten, weil sie diesen Zeitpunkt für den letzten Augenblick halte, um Beschlüsse zur gemeinsamen Abwehr zu fassen. Buol wiederholte seine Ansicht, daß Preußen und die deutschen Staaten sowohl bei einem Angriff Frankreichs als auch bei einem Krieg, der aus den Schutzverträgen entstehen werde, nicht Zuschauer bleiben dürften. Werde Preußen aber den Eindruck aufkommen

140) 18.2., 23.2.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
Die Mitteilung des sizilianischen Gesandten an seine Regierung über die von Bayern gegebene Antwort an Preußen ist sehr vereinfacht. Bianchini meldete, daß Bayern im Kriegsfall mit Piemont allein nicht teilnehmen werde, weil kein Schaden für Deutschland zu befürchten sei; im Fall des Krieges mit Frankreich und Sardinien aber werde Bayern der österreichischen Politik folgen. (18.3.1859 Bianchini, jetzt ASTN) Eine solch positive Erklärung ohne Rücksicht auf das Verhalten Preußens ist von Bayern, wie man sieht, jedoch nicht abgegeben worden. Es ist aber wahrscheinlich, daß Pfordten gegenüber Bianchini eine solch eindeutige Sprache beabsichtigt hatte.

141) 4.2., 25.2., 13.3.1859 Lerchenfeld
4.2.1859 Bray GSTW III.R.28/29

lassen, daß es einen Unterschied mache zwischen einem direkten Angriff auf Österreich und einem Krieg in den italienischen Herzogtümern, so würde es dadurch die Ruhe in den Herzogtümern stark gefährden.¹⁴²⁾

Buol bat die österreichische Regierung um Unterstützung der österreichischen Auffassung in Berlin. Von der Pfordten billigte zwar die österreichischen Ansichten, aber er stellte die vorherige Einigung zwischen Österreich und Preußen als Bedingung für jedes Vorgehen beim Bund. Ein weiteres Drängen in Berlin hielt von der Pfordten wohl für unangebracht, weil er der Bitte Buols nicht nachkam.¹⁴³⁾ In Wien zeigte man sich über die Auffassung der bayerischen Regierung durchaus erfreut, und man war auch mit dem Vorschlag von der Pfordtens einverstanden, sich mit einem Defensivbund zur gemeinsamen Abwehr eines Angriffes auf österreichischen Territorialbesitz zu begnügen.¹⁴⁴⁾

In München war man der Ansicht, daß die preußische Regierung nicht gerade schlecht von der bayerischen Note beeindruckt wurde, aber daß sie über das neuerliche Drängen Österreichs für einen Bundesbeschluß verletzt und irritiert war.¹⁴⁵⁾ Die Antwort der preußischen Regierung war dementsprechend scharf gehalten. Darin erklärte die preußische Regierung, daß sie ihre Entschlüsse in der Eigenschaft als europäische Großmacht fasse und alles tue, um Schritten am Bund vorzubeugen, die nicht ihren Absichten entsprächen.¹⁴⁶⁾

Betrübt, ja fast schon resigniert antwortete die österreichische Regierung am 6. März, daß sie bemüht sein werde, nichts ohne Preußens Zustimmung am Bund zu unternehmen. Sie unterließ dabei nicht, auf die Gefahr der französischen Rüstungen hinzuweisen, die schließlich sich auch gegen die Rheingrenze richten könnten.¹⁴⁷⁾ Bray meinte, daß diese Depesche in Berlin et-

142) 22.2.1859 Buol an Koller GSTM III.R.28

143) 23.2.1859 Buol an Hartig, 25.2.1859 Pfordten an Lerchenfeld GSTM III.R.28/29; 2.3., 4.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

144) 2.3.1859 Lerchenfeld, 13.2.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.

145) 1.3.1859 Bray, 4.3.1859 Gise GSTM III.R.29 / 28/29

146) 28.2.1859 Bray GSTM III.R.29, 27.2.1859 Schleinitz APPr.

147) 2.3., 5.3.1859 Lerchenfeld, 3.3., 6.3., 7.3.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.29

was versöhnender wirke. Aber sie änderte an den Entschlüssen der preußischen Regierung nichts.¹⁴⁸⁾

Die Ablehnung des bayerischen Vorschlages durch Preußen, mit der lakonischen Begründung, daß keine Bedrohung des Bundesgebietes festzustellen sei, wonach der Artikel 47 der Wiener Schlußakte Verwendung finde,¹⁴⁹⁾ konnte in München nicht mehr unerwartet gewesen sein. Der Gesandte in Berlin hatte inzwischen über den negativen Ausgang des bayerischen Vermittlungsversuches keine Zweifel gelassen.¹⁵⁰⁾

Die Haltung der bayerischen Regierung und die bayerische Anfrage bei den Mittelstaaten

Auf Grund der Nachrichten aus Berlin bestand keine Hoffnung mehr, daß Preußen vor Kriegsausbruch einen Entschluß fassen werde.¹⁵¹⁾ Die preußische Regierung rechtfertigte ihre Haltung immer wieder mit ihrem Bestreben, den Krieg von deutschen Territorien fernzuhalten.¹⁵²⁾

Um diese Zeit wurde von verschiedenen bayerischen Gesandten erstmalig die Meinung geäußert, daß Preußen die Erfüllung seiner Bundespflichten deshalb möglichst lange hinauszögerte, um dann später für seine Hilfe Konzessionen von Österreich verlaufen zu können, die auf Gleichstellung Preußens am Bunde und Abänderung der Bundesverfassung zu Gunsten Preußens hinausliefen.¹⁵³⁾

Bereits früher und auch bevor von der Pfordten diese neue Meinung zu seiner eigenen machte, hatte König Max selbst den gleichen Verdacht über die preußischen geheimen Absichten geschöpft.¹⁵⁴⁾

148) 13.3.1859 Bray GSTM III.R.29

149) 5.3.1859 Schleinitz an Ladenberg GSTM III.R.29

150) 1.3., 2.1859 Bray GSTM III.R.29

151) 4.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

152) 28.2.1859 Bray GSTM III.R.29

153) 15.3.1859 Wendland, 18.2.1859 Gise, 26.2., 19.3.1859 Bray GSTM III.R.28/29

154) 4.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

Eine solche etwaige Politik Preußens verurteilte Max natürlich. Er bezeichnete sie als "gewagt, zweifelhaft, auch vom eigenen Standpunkt Preußens aus, jedenfalls aber egoistisch, und die anderen deutschen Staaten in Verlegenheit bringend".¹⁵⁵⁾

Max mußte nun die Entscheidung treffen, ob er eine von Preußen unabhängige Politik anstreben sollte oder nicht. Natürlich konnte eine offizielle Erklärung für Österreich, an der sich Preußen nicht beteiligte, längst nicht in dem Maße auf die Politik Frankreichs einschüchternd wirken, wie man es eigentlich bezweckte und erwünschte.

Von allen Seiten wurde Max davor gewarnt, Verpflichtungen zu übernehmen, die Preußen ablehne. So warnte Wendland den König wiederholt und eindringlich, vor allem in seiner persönlichen Korrespondenz, die er mit dem König, der ihm seit seiner Jugend freundschaftlich verbunden war, pflegte. Wendland hatte bis Mitte April die feste Hoffnung, daß es wenigstens vorläufig noch zu keinem Krieg kommen werde, einmal weil Frankreich seine Rüstung nicht vor dem Sommer beendet haben könne, und in der Zwischenzeit immerhin die Möglichkeit bestehe, daß es Napoleon ermöglicht werde, sich aus seiner präponierten Stellung gegenüber Italien zurückzuziehen, ein andermal, daß ihm aus Angst vor einer europäischen Koalition gegen Frankreich die Hände gebunden würden. Überhaupt neigte Wendland dazu, die Lage im Hinblick auf Frankreich beruhigend und so darzustellen, als ob von dieser Seite weniger zu einem Krieg gedrängt werde. Deshalb war es erklärlich, daß Wendland seiner Regierung, solange noch Friedenshoffnungen vorhanden waren, zu äußerster Vorsicht riet und die Ratschläge gab, sich mit Frankreich nicht schlecht zu stel-

155) 25.2.1859 Notiz Max GHM 76/6/36

len, vorerst keine herausfordernden Maßregeln ohne Preußen zu ergreifen, keine gegen Frankreich feindliche Stellung einzunehmen aus Furcht, daß Frankreich sich für eine feindliche Demonstration an Bayern rächen könne.¹⁵⁶⁾ Derselbe Rat kam auch von Doenniges, der davor warnte, sich allein auf einen Vorposten zu stellen, auf dem man dann später verlassen sein könne. Und zwar ließ Doenniges diese Ermahnungen schon zu dem Zeitpunkt hören, als er noch die Ansicht vertrat, daß Deutschland zu Österreich stehen müsse und die Hoffnung hatte, daß Frankreich dann keinen Krieg beginnen werde. Später, als Doenniges seine Meinung, vielleicht nicht ohne Beeinflussung durch den König Wilhelm von Württemberg, dahingehend geändert hatte, daß man den österreichischen Dominierungsgelüsten in Italien nicht Vorschub leisten solle, und Napoleon einen diplomatischen Rückzug ermöglichen müsse, war es natürlich selbstverständlich, daß Doenniges seine Regierung zu zurückhaltender Politik aufforderte.¹⁵⁷⁾

Die Ansichten Wendlands mögen vielleicht nicht ohne Wirkung auf von der Pfordten geblieben sein. Jedenfalls war bei dem bayerischen Außenminister zu diesem Zeitpunkt keine Tendenz zu einem Vorgehen ohne Preußen zu erkennen. Anlässlich der Aufklärung eines Mißverständnisses sah sich von der Pfordten gezwungen, sich über die Politik, die er einzuschlagen gedachte, zu äußern. Er erklärte eindeutig, daß er die Verantwortung nicht übernehmen könne, Bayern allein in einen Krieg gegen Frankreich zu stürzen, wenn Nord- und Süddeutschland durch die preußische Neutralität zur gleichen Haltung gezwungen werde.¹⁵⁸⁾

-
- 156) 27.1., 10.2., 15.2., 18.2., 21.2., 5.3., 15.3.1859 Wendland GSTM III.R.28/29; 9.2., 31.3., 8.4., 16.4., 24.4.1859 Wendland GHM 77/5/86
 - 157) 15.1., 24.1., 27.1., 22., 5.2., 12.2., 11.3., 26.3., 4.4., 7.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
7.2.1859 Doenniges GHM 77/3/77
 - 158) 6.3.1859 Pfordten an Perglas GSTM III.R.29
Hannover hatte Pfordten beschuldigt, eine Rheinbundpolitik zu betreiben.(3.3.1859 Perglas GSTM III.R.29) Dieses Mißverständnis wurde durch eine entstellte Berichterstattung

Von der Pfordten war sich offensichtlich der Gefährdung der bayerischen Rheinpfalz und der Unmöglichkeit, sie allein zu behaupten oder zu verteidigen, wohl bewußt.

Da die bayerische Regierung die Teilnahme Preußens bei jeglichem Vorgehen für notwendig erachtete, blieb als einzige Hoffnung, Preußen doch aus seiner Zurückhaltung herausreißen zu können. Die Bemühungen der bayerischen Regierung waren also weiterhin ausschließlich auf dieses Ziel gerichtet. Zunächst hielt es von der Pfordten für richtig, keinerlei Druck auf die preußische Regierung auszuüben, solange die Aussicht auf eine direkte Einigung zwischen Preußen und Österreich bestand. Aus diesem Grunde lehnte er jede Polemik zwischen den Mittelstaaten über die österreichische Note vom 5. Februar und eine identische Beantwortung des preußischen Zirkulars vom 12. Februar ab.¹⁵⁹⁾ Dies war von verschiedenen deutschen Regierungen gewünscht worden.¹⁶⁰⁾ Es darf wohl kaum angenommen werden, daß von der Pfordten die Mitwirkungen der deutschen Regierungen bei dem bayerischen Vorschlag in Berlin ausgeschlagen hatte, um ehrgeizige Absichten zu befriedigen, und um Bayern die erste Rolle unter den deutschen Regierungen spielen zu lassen. Sicherlich war aber die Erklärung von der Pfordtens, daß man erst die preußische Einstellung näher kennen lernen wolle, nur eine Ausrede zur Umgehung einer gemeinsamen Note der Mittelstaaten.

ad 158) verursacht. Pfordten äußerte zu dem hannoveranischen Gesandten die Befürchtung, daß Frankreich sich nach einer österreichischen Niederlage gegen Preußen wenden würde, und Süddeutschland von französischen Armeen überflutet werde, sodaß man dann zu einer Allianz mit Frankreich gegen Preußen gezwungen sein werde. Daher begründete die jetzige Neutralität Preußens die Gefahr eines Rheinbundes. Die gleichen Überlegungen hatte Pfordten auch zu dem österreichischen Gesandten geäußert. (18.2.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26)

159) 13.2.1859 Pfordten an Dalwigk, 16.2.1859 Pfordten an Perglas GSTM III.R.28

160) 15.2., 26.2.1859 Perglas; 22.2.1859 Malzen GSTM III.R.28

Die nach München gelangten Informationen waren nämlich durchaus genügend, um sich ein Bild über Preußens Haltung machen zu können.

König Max und von der Pfordten rechneten offenbar von vornherein mit der Ablehnung ihres Vorschlages durch Preußen. Denn am selben Tag, als die bayerische Regierung ihren Vorschlag nach Berlin übermittelte, wandte sie sich an die deutschen Mittelstaaten zwecks Verständigung über einen gemeinsamen Schritt bei Preußen. Von der Pfordten hatte am 24. Februar seinem König die Gefahr einer Volkserhebung und innerpolitischer Verwicklungen bei weiterer Untätigkeit der Regierungen sehr deutlich vor Augen geführt.¹⁶¹⁾ Er hatte seine Meinung geäußert, daß Bayern die Einigung der deutschen Regierungen herbeiführen müsse; durch die Möglichkeit, bei der französischen Regierung deshalb Anstoß zu erregen, dürfe man sich nicht abhalten lassen. Aber er ließ dieser Meinungsäußerung keinen konkreten Plan folgen. Trotzdem darf man von der Pfordten wohl nicht unterstellen, daß er selbst nicht gewußt hätte, was jetzt zu tun sei. Er wollte wohl eher durch eine bewußte Zurückhaltung dem König die Initiative überlassen. Sicherlich erschreckt über die innerpolitischen Gefahren, die von der Pfordten als so drohend ausgemalt hatte - ein Argument, das sehr geschickt auf den Charakter Max' berechnet war -, schlug der König tatsächlich umgehend, schon am darauffolgenden Tag vor, die Ansichten der deutschen Regierungen über einen gemeinsamen Schritt in Berlin zu sondieren. Am 25. Februar wurde die bayerische Anfrage an die größeren deutschen Mittelstaaten abgesandt.¹⁶²⁾

161) 24.2.1859 Pfordten an Max GSTM III.R.28

162) 25.2.1859 Pfordten an die Gesandten in Dresden, Hannover, Stuttgart, Kassel, Frankfurt, Darmstadt und Karlsruhe
GSTM III.R.28

Die Haltung der Mittelstaaten

Alle deutschen Regierungen waren über die Sprache Preußens beunruhigt und mißtrauisch und bemühten sich, die preußische Regierung zur Erfüllung der Bundespflichten zu veranlassen.¹⁶³⁾

Besonders nachdrücklich setzte sich Hannover für Bundesmaßnahmen ein. Anfangs wolle Hannover dabei auf die Beteiligung Preußens keinesfalls verzichten.¹⁶⁴⁾ Mit der Zeit aber ließ Hannover immer mehr die Rücksichten auf Preußen fallen, was wegen der unmittelbaren Nachbarschaft Hannovers zu Preußen nicht ohne weiteres zu erwarten war. Die öffentliche Meinung war erregt über die Untätigkeit der Regierungen, und die zweite Kammer in Hannover verlangte, daß sich der Außenminister in Frankfurt und Berlin energisch für gemeinsame Maßnahmen einsetze. Der österreichische Gesandte in Hannover ermunterte die Regierung kräftig, sich für die österreichische Sache voranzustellen, und der König von Hannover war von dem Ehrgeiz getrieben, als der deutscheste Regent zu gelten.¹⁶⁵⁾ Man bedauerte in Hannover sehr, daß die bayerische Regierung den zweimaligen Vorschlag einer identischen Note an Preußen abgelehnt hatte und war der Ansicht, daß Bayern sich nicht so verhalte, wie es die nationale Meinung erwarte.¹⁶⁶⁾ Daraufhin wandte sich die hannoveranische Regierung an Sachsen mit dem Projekt, sich über einen Bundesantrag zu einigen; Preußen solle nochmals gebeten werden, die Initiative zu ergreifen, und bei einem Zögern Preußens solle man den Antrag selbst lancieren und

163) 14.2., 15.2., 19.2., 21.2., 25.2.1859, Perglas, 4.3.1859 Thüngen, 16.2., 18.2.1859 Gise, 18.2.1859 Beust, 26.2.1859 Meysenbug, 2.3.1859 Hügel, 24.2.1859 Platen GSTM III.R.28 vergl. Johann zu Sachsen, Briefwechsel zwischen König /2 Johann von Sachsen und den Königen von Preußen (8.2.1859) E.Schmidt: Das Verhältnis Sachsen-Meiningsens zur Reichsgründung 1851-1871, Diss.Halle 1930, S.25 H.Oncken, Großherzog Fr.von Baden I.S.78 Ernst II., Aus meinem Leben, III. S.456, S.440

164) 3.2., 19.2.1859 Perglas GSTM III.R.28

165) 24.2., 25.2., 28.2., 1.3., 2.3.1859 Perglas GSTM III.R.28/

166) 26.2., 25.3.1859 Perglas GSTM III.R.28/29

zwar dann, wenn Österreich den geeigneten Moment für gekommen halte.¹⁶⁷⁾ Vielleicht war die hannoveranische Regierung so verstimmt über die Haltung der bayerischen Regierung, daß sie aus diesem Grund von dem Projekt in München nichts mitteilte. Auf die bayerische Anfrage erklärte sie, daß die deutschen Mittelstaaten auch ohne Preußen handeln sollten. Bei der Neutralität Preußens müsse nicht auch ganz Deutschland neutral bleiben. Und zwar sollte alles mit der Begründung des Artikels 47 der Wiener Schlußakte nach den Bundesgrundsätzen entschieden werden.¹⁶⁸⁾

Das Königreich Sachsen ließ sich durch die geographische Nähe zu Preußen wesentlich stärker einschüchtern, als das Königreich Hannover. Die sächsische Regierung erkannte den Rechtsstandpunkt Österreichs in Italien wohl an und sah in der Behauptung der österreichischen Rechte in Italien gleichzeitig ein deutsches Interesse. Dabei hatte Beust, der sächsische Außenminister, aber kein vollständiges Vertrauen zu der Befähigung und zu dem Charakter Buols, des österreichischen Außenministers, und er war über dessen zeitweilige Rücksichtslosigkeit gegen die deutschen Staaten verärgert.¹⁶⁹⁾ Die sächsische Regierung teilte mit Bayern die Ansicht, daß Österreich und Preußen sich zuerst einigen mußten.¹⁷⁰⁾ Zu Beginn des Jahres stand sie aber der preußischen Auffassung nahe, indem sie ebenfalls fürchtete, Frankreich durch eine vorzeitige Erklärung des Bundes zu provozieren und Österreich dadurch unvorsichtiger werden zu lassen.¹⁷¹⁾ Trotzdem schien Beust zu einer kollektiven Aktion in

167) 4.3.1859 Beust, 27.2.1859 Platen GSTM III.R.28/29

168) 28.2., 3.3.1859 Perglas GSTM III.R.29

23.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

169) 19.2.1859 Beust an Gesandten in Berlin, 10.2.1859 Lerchenfeld, 1.2.1859 Gise GSTM III.R.28

170) 7.2.1859 Bray, 10.2.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28

171) 1.2.1859 Gise, 18.2.1859 Bose, 15.2.1859 Beust, 19.2.1859 Bray GSTM III.R.28/29; vergl. F.Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten II S.227; Johann zu Sachsen, Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen von Preußen (15.5.1859). P.Hassel: Aus dem Leben König Alberts von Sachsen, II.S. 34 Berlin Leipzig 1900; H.Steinhausen: Beiträge zur hessischen Politik in der Zeit der Reichsgründung, Diss. Rostock 1933

Berlin bereit und machte den Vorschlag einer Ministerkonferenz der Mittelstaaten. Von der Pfordten ging darauf nicht ein.¹⁷²⁾ Es mag sein, daß sich Beust aus Verstimmlung darüber ablehnend gegenüber dem bayerischen Vorschlag verhielt. Die Eitelkeit mag bei Beust eine gewisse Rolle in seiner Politik gespielt haben.¹⁷³⁾ Ob es nun verletzte Eitelkeit, Vorsicht oder Überzeugung war, die sächsische Regierung lehnte jedenfalls sowohl das Projekt der hannoveranischen Regierung, als auch ein gemeinschaftliches Drängen in Berlin als verfrüht ab, bis Österreich einen Antrag wirklich gestellt habe.¹⁷⁴⁾

König Johann von Sachsen jedoch mahnte den Prinzregenten von Preußen, den rechten Augenblick des Eingreifens nicht zu übersehen.¹⁷⁵⁾ Bis zum Ausbruch des Krieges blieb aber die sächsische Regierung bedacht, Preußen zu schonen, wenn auch der oberste Rat der Krone in Dresden am 17. März 1859 den Beschluß faßte, wonach die sächsische Regierung einem etwaigen Antrag Österreichs in Frankfurt auf Hilfeleistung beistimmen solle.¹⁷⁶⁾ Das blieb freilich wirkungslos, weil der vorgesehene Fall nicht eintrat.

Eine der bayerischen völlig entgegengesetzte Auffassung der Lage hatte der König Wilhelm von Württemberg. Es lag König Max sehr daran, diese genau zu erfahren.¹⁷⁷⁾ Doenniges hatte bei mehreren Unterredungen mit dem in Nizza weilenden König von Württemberg Gelegenheit, dessen Einstellung kennen zu lernen. Persönlich gegen Buol eingenommen und ein Gegner der Büolschen Politik, lehnte König Wilhelm jedes Interesse Deutschlands an den Besitzverhältnissen in der Lombardei ab. Ja, ihm schien ein

172) 18.2.1859 Gise GSTM III.R.29

Am 20. April fand ein Treffen zwischen Beust, Hügel, Dalwigh und Meyssenbug in Karlsruhe statt.

173) 5.2.1859 Perglas GSTM III.R.28

174) 4.3.1859 Gise GSTM III.R.29

175) vergl. Johann zu Sachsen, Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen von Preußen (21.3.1859)

176) vergl. P.Hassel: König Albert von Sachsen II.S.39 ff

177) 16.2.1859 Max an Pfordten GSTM III.R.28

gewisses Gleichgewicht des österreichischen und französischen Einflusses in Italien nur willkommen. Er hatte nicht vergessen, wie Österreich den süddeutschen Staaten das Bündnis in Bregenz damit gedankt hatte, daß es sich hinterrücks mit Preußen verständigt hatte. Aus dieser Erfahrung glaubte er gelernt zu haben, daß die süddeutschen Staaten von Österreich nichts zu erwarten hätten und wohl immer von Österreich im Stich gelassen werden könnten. Deshalb war König Wilhelm keinesfalls bereit, sich für Österreich zu opfern, für Österreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen, Gut und Blut an österreichische Interessen zu wenden, ohne dafür einen Vorteil oder Dank zu erwarten. Die deutschen Staaten müßten nach seiner Ansicht abwarten, bis Frankreich sich in Italien wirklich engagiert habe, damit auf keinen Fall der Po am Rhein verteidigt werde, und Frankreich sich mit seiner ganzen Macht auf Deutschland werfe, weil weder Baden noch Württemberg und Bayern im Augenblick seinem Stoß aus Frankreich entgegenstehen könnten. Er ließ in Berlin wissen, daß er sich vollkommen dem preußischen Standpunkt anschließe, sich solange wie möglich aus dem Kampf fernzuhalten, um dann gemeinsam mit Preußen und England dem Kampf Halt zu gebieten und den Frieden herzustellen.

Er warnte vor irgendwelchen Demonstrationen ohne Teilnahme Preußens wegen der Gefahr, die Zeche allein bezahlen zu müssen. Er lehnte die Bedrängung der preußischen Regierung ab.¹⁷⁸⁾ Aus dieser Einstellung heraus, und deshalb nicht verwunderlich, mißbilligte König Wilhelm die Politik von der Pfordten als unbesonnen, als ein voreiliges Provozieren zum Krieg und als Hingabe an Österreich. Aus persönlicher Abneigung gegen von der Pfordten sah er als treibendes Motiv der bayerischen Politik nur die Eitelkeit und das Bestreben, große Politik zu spielen, zu der man nicht einmal die nötige Haltung finden könne.¹⁷⁹⁾

-
- 178) 7.2., 25.2., 21.3.1859 Doenniges GHM 77/3/77
10.2., 8.3.1859 Neumayr, 4.3.1859 Bray GSTM III.R.28/29
vergl. Th.Griewank und F.Hellwag: Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859-66, Stuttgart 1934, S.14 ff
- 179) 21.3.1859 Doenniges GHM 77/3/77
12.4.1859 Reculot AAE Wurttemberg 83

Der fortschrittlich und liberal gesinnte Großherzog von Baden der durch enge Familienbeziehungen mit dem preußischen Königshaus verbunden war, sah mit Bedauern und Enttäuschung die unentschlossene und zweideutige Haltung Preußens, die eine einheitliche Front Preußens, Österreichs und des Deutschen Bundes gegen Napoleon unmöglich machte. In Napoleon erblickte er den Feind des Deutschen Bundes, der bekämpft werden müsse, weil er sich anmaße, der Schiedsrichter Europas zu sein und das revolutionäre Prinzip unterstütze. Auch der Großherzog versuchte, wie so viele anderen deutschen Fürsten, bei einem Aufenthalt in Berlin den Prinzregenten von der Neutralitätspolitik abzubringen.¹⁸⁰⁾

Die unmittelbare Nachbarschaft zu Frankreich ließ die badische Regierung vorsichtig bleiben, um sich gegen Frankreich nicht zu kompromittieren. Man hatte Angst vor Frankreich und eine offene patriotische Stimmung gegen Frankreich zeigte sich kaum. Der badische Außenminister Meysenbug hieß ein Schutz- und Trutzbündnis, wie es Bayern erstrebte, nicht gut und befürwortete eine Erklärung des Bundes nur, wenn dieser absolut zu einer Stellungnahme gezwungen werde, was nach badischer Auffassung jetzt noch nicht der Fall sei.¹⁸¹⁾

Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt ging mit der bayerischen Ansicht konform. Der Großherzog und der Außenminister Dalwigk waren beide überzeugt davon, daß Österreich auch in seinen außerdeutschen Besitzungen geholfen werden müsse. Dalwigk plädierte eindringlich für eine selbständige und von Preußen unabhängige Politik der Mittelstaaten, wenn Preußen zu lange zögern sollte. Er schreckte auch nicht vor einem Krieg gegen Fr

180) vergl. H.Oncken: Großherzog Fr. von Baden, vor allem S.9
181) 15.2., 27.2.1859 Malzen, 1.3.1859 Meysenbug an den Gesan
in Wien GSTM III.R.28/29; vergl. Th.Griewank, Württemberg
S.15

reich zurück. Nach seiner Berechnung müßten die deutschen Staaten ohne Preußen eine Streitmacht von 120 000 - 150 000 Mann aufbringen können, die sich mit österreichischer Verstärkung auf 250 000 Mann erhöhen dürfte. Diese Zahl hielt Dalwigg für ausreichend, um mit einem Angriff auf Frankreich dann zu beginnen, sobald sich Frankreich in Italien engagiert habe. 182)

Das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel wollten sich beide nicht zur Teilnahme an gemeinsamen Schritten der deutschen Staaten entschließen. Ersteres hielt den Zeitpunkt für verfrüht, letzteres wollte es mit Preußen nicht verderben. 183)

Es zeigte sich also, daß die meisten deutschen Staaten nicht gewillt waren, durch ein gemeinsames Auftreten Preußen unter Druck zu setzen. Das Ergebnis der bayerischen Anfrage fiel überwiegend negativ aus. Kurhessen hatte Angst vor Preußen, Baden vor Frankreich, Württemberg scheute vor einem Opfer für Österreich zurück. Sachsen war eingeschüchtert, und nur Hannover und Hessen-Darmstadt erklärten sich zustimmend, wobei Hannover wegen seiner schärferen Einstellung zu Preußen isoliert stand. Die bayerische Regierung mußte ihren Plan fallen lassen, weil die deutschen Staaten aus Ängstlichkeit oder aus anderer Anschauung ihre Beihilfe nicht gewährten.

-
- 182) 19.2.1859 Dalwigg an Pfordten, 28.2.1859 Schrenck GSTM III.R.28/29; vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.4, 6, 10
F.Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten I.S.222
Dalwigg habe mit "beispielloser Heftigkeit und Zuversicht" den Krieg gegen Frankreich gepredigt.
- 183) 2.3.1859 Schrenck, 4.3., 6.3., 8.3.1859 Thüngen GSTM III.R.29

III. K a p i t e l

Das Verhalten Bayerns gegenüber Frankreich und Sardinien

(Französische und sardinische Beobachtungen über die bayerische Regierung und die öffentliche Meinung in Bayern - Spannungen zwischen Frankreich und Bayern - Bayerische Bemühungen die Sprache Preußens gegenüber Frankreich und Sardinien abzuschwächen)

Französische und sardinische Beobachtungen über die bayerische Regierung und die öffentliche Meinung in Bayern

So entschieden die preußische Regierung jede Manifestation am Bund ablehnte, so hielt sie doch militärische Vorbereitungen für notwendig. Bereits Ende Januar gab sie der bayerischen Regierung den Rat, ohne Aufsehen das Material des Heeres in Stand zu setzen und zu vervollständigen. Dasselbe empfahl Preußen immer wieder auch den anderen deutschen Regierungen.¹⁸⁴⁾

Im Februar begann man in Bayern im Stillen für den Kriegsfall vorzubereiten.¹⁸⁵⁾ Außer bei dem französischen Gesandten in München erregten diese Vorbereitungen auch kein Aufsehen. Und selbst der französische Gesandte schien deshalb nicht besonders beunruhigt zu sein. Er schätzte, daß die Vorbereitungen wohl erst Ende des Jahres beendet sein würden.¹⁸⁶⁾

Von Bundes wegen wurden also keine Beschlüsse zu militärischen Maßnahmen gefaßt. Preußen willigte nur darin, wenn auch ungern, ein, daß eine Matrikularumlage für Armierung der Bundesfestungen durch die Militärkommission in Frankfurt genehmigt werde. Ein Beschluß, die Festungen auch tatsächlich zu armieren, wurde jedoch nicht ausgesprochen.¹⁸⁷⁾

184) 28.2.1859 Gise, 15.2.1859 Ladenberg an Pfordten, 23.1., 19.2., 24.2., 28.2.1859 Bray, 18.3.1859 Schleinitz an Löwenstein GSTM III.R.28/29

185) 13.2.1859 Pfordten an Dalwigk, 24.2.1859 Lerchenfeld, 6.3.1859 Degenfeld GSTM III.R.28/29

186) 18.2., 23.2., 2.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

187) 21.2., 10.4.1859 Leneval AAE Bavière 236

187) 28.2., 6.3., 13.3.1859 Bray, 5.3.1859 Schleinitz an Ladenberg GSTM III.R.29

Eine einzige gemeinsame Vorsichtsmaßregel, ein Pferdeausfuhrverbot, wurde zwar nicht durch den Deutschen Bund, aber von dem Zollverein getroffen. Am 2. März ließ sich Preußen schließlich herbei, das Verbot zu beantragen, sodaß es Anfang März in den verschiedenen Staaten wirksam wurde.¹⁸⁸⁾

König Max hatte die Maßnahme persönlich am 31. Januar angeregt und eine diesbezügliche Anfrage an die preußische Regierung richten lassen.¹⁸⁹⁾ Wahrscheinlich war Max durch zwei Meldungen Wendlands aus Paris beunruhigt worden, wonach Napoleon den Einkauf von 30.000 Pferden befohlen habe.¹⁹⁰⁾

Die preußische Regierung hielt ein Verbot der Pferdeausfuhr vorerst noch nicht für notwendig. Ebenso dachten die meisten anderen deutschen Regierungen, wie Württemberg und Baden. Selbst Hannover, sonst der eifrigste Fürsprecher österreichischer Interessen, lehnte diese Maßnahme ab, weil es nicht gewillt war, den Hauptzweig seiner Wirtschaft, nämlich den Pferdeexport, zu beschränken.¹⁹¹⁾

Inzwischen hatte der Abgeordnete Freiherr von Lerchenfeld im Bayerischen Landtag die Regierung wegen eines solchen Verbotes interpelliert. Von der Pfordten fühlte sich durch die ablehnende Haltung Preußens bewogen, die Interpellation negativ zu beantworten. Er erreichte die Einwilligung des Königs dazu, indem er ihn überzeugte, daß ein von Bayern allein erlassenes Verbot völlig wirkungslos bleiben müsse und nur den Anschein einer politischen Demonstration erwecken werde.¹⁹²⁾ Als dann Ende Februar der Pferdehandel tatsächlich einen merklichen Aufschwung nahm, plädierte von der Pfordten erneut in Berlin für das Ausfuhrverbot und diesmal mit Erfolg.¹⁹³⁾

188) 5.3., 10.3.1859 Perglas, 5.3.1859 Wittgenstein, 28.2.1859 Bray Telegramm GSTM III.R.28/29

189) 31.1.1859 Max an Pfordten, 31.1.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28

190) 14.1., 26.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38

191) 5.2.1859 Bray Telegr. 9.2., 16.2., 27.2.1859 Malzen, 11.2., 13.2.1859 Perglas, 13.2., 17.2., 18.2.1859 Neumayr, 18.2.1859 Hügel GSTM III.R.28/29, 14.2.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44

192) 9.2.1859 Pfordten an Max GSTM III.R.28, 13.2.1859 Cova ASTT Baviera S 38; 13.2.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

193) 26.2.1859 Neumayr, 25.2.1859 Pfordten an Bray GSTM III.R.28

Natürlich achtete die französische Regierung genau und aufmerksam auf irgendwelche Anzeichen einer feindlichen Haltung in Deutschland, wie zum Beispiel des im Hinblick auf Frankreich erlassenen Pferdeausfuhrverbotes. Durch die im bayerischen Landtag erfolgte Interpellation hellhörig geworden, unterließ es die französische Regierung nicht, zu warnen: sie werde ein solches Verbot als Provokation auffassen. Von der Pfordten legte Wert darauf sie zu überzeugen, daß die bayerische Regierung diese Wirkung gerade vermeiden wolle. Wendland konnte seine Regierung verteidigen, weil die Landtagsinterpellation ja auch ablehnend beantwortet worden war. Noch am selben Tag als von der Pfordten von der französischen Warnung gehört hatte, richtete er beruhigende Worte nach Paris. Er habe absichtlich im Landtag bei einer neuerlichen Interpellation und bei Ausfällen gegen Frankreich geschwiegen, um ja keine Diskussion heraufzubeschwören und um jede Demonstration und Provokation zu umgehen.¹⁹⁴⁾ Natürlich verschwieg von der Pfordten, daß er sich gleichzeitig in Berlin für den Erlaß des Verbotes eingesetzt hatte. Zweifellos wollte von der Pfordten Frankreich in keiner Weise Gelegenheit geben, sich herausgefordert zu fühlen, aber er konnte auch nicht länger die Notwendigkeit des Verbotes übersehen.

Sowohl der französische, als auch der sardinische Gesandte in München nahmen die bayerische Regierung in dieser Angelegenheit in Schutz. Beide hielten die öffentliche Meinung für so bestimmend, sodaß die bayerische Regierung ihr nicht länger habe widerstehen können. Im Gegensatz dazu ließ der sardinische Gesandte in Frankfurt keine Entschuldigung gelten und sah

194) 23.2.1859 Wendland, 25.2.1859 Pfordten an Wendland GSTM
III. B. 28

in dem Pferdeausfuhrverbot eine eindeutige Manifestation der bayerischen Haltung und ein von Österreich inspiriertes Manöver.¹⁹⁵⁾ Letztere Behauptung traf in keiner Weise zu.¹⁹⁶⁾ Der sardinische Gesandte in München erkannte die Haltung von der Pfordten und des Königs lobend an und als gemäßigt gegenüber der exaltierten Partei. Von der Pfordten habe sich klug der Lerchenfeld-Interpellation widersetzt, sei aber nicht gegen das Parlament angekommen, weil ein antiösterreichisches Ministerium sich nicht halten könne. Der sardinische Vertreter hob zudem das Wohlwollen und die Freundlichkeit hervor, mit dem ihm von der Pfordten stets begegnet sei. Der von Natur friedlich gesinnte König Max sei nur bestrebt, mit Frankreich und den italienischen Staaten gute Beziehungen zu behalten.¹⁹⁷⁾

Besonders Meneval, der französische Gesandte, setzte sich nach besten Kräften ein, keinen Zorn über die verantwortlichen Kreise Bayerns in Paris aufkommen zu lassen, weil sie im Schlepptau der öffentlichen Agitation handeln müßten. Keiner schilderte wie er so eindringlich und weitsichtig die Situation Bayerns und der kleineren Staaten, die er durch mehrjährigen Aufenthalt in München zu kennen vorgab. Er malte mit starken Farben die Veränderung, die seit 25 Jahren mit Deutschland vor sich gegangen sei, wie die vielen verschiedenen Staaten in Deutschland durch Zollverein, Eisenbahn und Industrie zu einer größeren Einheit verschmolzen wären, wie sie begonnen hätten 1813 ein gemeinsames nationales Gefühl zu empfinden, das gegen Frankreich gerichtet sei, und wie dieses Gefühl angewachsen sei zu einem leidenschaftlichen Willen, sich eine politische Rolle in Europa zu erzwingen, die der Größe und Vitalität Deutschlands entspreche. Und Meneval verhüllte nicht, daß diese Passion, die alle Deutschen ergriffen habe, wenn auch nicht

195) 11.2.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44

196) Pfordtens Initiative ging nicht auf das österreichische Zirkular vom 22.2. zurück, in dem das Verbot angeraten wurde, von dem aber Pfordten am 25.2.1859 noch keine Kenntnis hatte.

197) 7.3.1859 Cova, 15.3., 24.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

systematisch feindlich gegenüber Frankreich sei, so aber doch dieses Land mit Mißtrauen beobachte aus inferiorer Angst vor der Größe und Macht Frankreichs, und sich gegen diesen Nachbarn wenden werde, wenn der erste Anlaß in Europa dazu Gelegenheit bieten werde. Und gegenüber diesem leidenschaftlichen Willen stünden die Regierungen der kleinen und mittleren Staaten, denen bisher erlaubt gewesen sei, nach dem eigenen Interesse der Krone Allianzen zu schließen und meistens die Frankreichs suchten, völlig machtlos, bar jeder Autorität und jeden Einflusses auf die starke öffentliche Meinung, die sie zwingt, sich gegen Frankreich zu wenden, ein Land, das gerade ihnen immer wohlgesinnt sei.¹⁹⁸⁾

Von der Pfordten hatte nicht unterlassen, die Befürchtungen Menevals zu bestärken und wiederholt darauf hingewiesen, daß er die erregten Leidenschaften kaum zügeln könne.¹⁹⁹⁾ Tatsächlich stand die ganze Bevölkerung Bayerns, wenn auch die Beweggründe verschieden gewesen sein mögen, hinter Österreich. Die ausländischen Gesandten in München beobachteten richtig, daß die Bevölkerung Bayerns von einem tiefen Haß gegen Frankreich beseelt war, der mehr oder weniger aus Angst entsprang, und den die Presse schürte. Seien es die Ultramontanen oder Protestanten, die Demokraten oder Liberalen, die eine Umgestaltung Deutschlands im Auge hätten, seien es die durch die Baisse der in Bayern weitverbreiteten österreichischen Fonds geängstigten Aktienbesitzer, seien es die Studenten oder die Aristokratie, alle würden sich spontan für Österreich erklären und einen Krieg befürworten. Wenn sich anfänglich die patriotische Aufregung hauptsächlich gegen Frankreich richtete, so dehnte sie sich im Laufe des Frühjahrs auch gegen Piemont aus, dessen Vergrößerungsstreben und Kriegslust verurteilt wurde.²⁰⁰⁾

-
- 198) 23.1., 30.1.1859 Meneval AAE Bavière 236
 199) 11.2., 27.2., 21.3., 25.4.1859 Meneval AAE Bavière 236
 200) 10.1., 14.4.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
 22.1., 9.2., 10.2., 21.2., 26.2.1859 Cova, 15.3., 18.4.,
 4.5., 10.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
 16.5.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50
 13.4., 26.4.1859 Bianchini, jetzt ASTN
 25.5.1859 Max Notiz GEM 79/1/165

Die erregte öffentliche Stimmung fand in der Presse ihren Niederschlag. Dort wurde offen und eindeutig der Krieg gegen Frankreich propagiert. Gehässige Artikel und heftige Ausfälle gegen Frankreich erschienen vor allem in der Augsburger Allgemeinen, eine der am meisten gelesenen Zeitungen in Süddeutschland. Die Reaktion des französischen Vertreters auf die Beschimpfungen und die Beleidigungen, die der Haß gegen Frankreich in den Zeitungen täglich zum Ausdruck brachte, ist einmalig und erwähnenswert.²⁰¹⁾ Meneval, der diesen Beschuldigungen unmittelbar ausgesetzt war, plädierte in Paris, die kleinen Regierungen dafür nicht verantwortlich zu machen und sie zu schonen. Denn nach seiner Überzeugung werde die öffentliche Erregung zweifelsohne die Regierungen in einen Krieg zwischen Frankreich und Österreich, selbst außerhalb des deutschen Bundesgebietes, hineinreißen gegen das Interesse des eigenen Staates und der Dynastie und werde unter dem Vorwand des Patriotismus die föderale Konstitution stürzen, die kleinen Staaten mediatisieren, sodaß sie das erste Opfer der Agitation selbst sein würden, die sie nicht mehr zügeln und beherrschen könnten. Deutschland treibe wie ein Schiff ohne Steuermann im Sturm. Bayern habe aufgehört ein unabhängiger Staat zu sein. Aktion und politische Initiative seien nicht mehr beim König und bei der Regierung. Aber Frankreich, dessen Werk die kleinen Staaten seien, habe ein Interesse an ihrem Fortbestehen und könne nicht wünschen, die Schwierigkeiten, in denen sich

ad 200) vergl. A.Mittelstaedt: Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland, Diss.Stuttgart
 K.v.Raumer: Das Jahr 1859 und die deutsche Einheitsbewegung in Bayern, Heidelberg 1925
 Th.Scheffer: Die preußische Publizistik im Jahr 1859 unter dem Einfluß des italienischen Krieges, Berlin 1901
 W.v.Klöber: Die Entwicklung der deutschen Frage 1859-71 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung, München
 F.Valsecchi: Il 1859 in Germania, Idee e problemi, 1932
 Arch.stor.Ital.1935
 F.Valsecchi: Il 1859 in Germania, La stampa ed i partiti, Studi Germanici 1935
 H.v.Srbik: Deutsche Einheit, II.S.377 ff
 201) 11.5., 20.5., 26.6.1859 Bianchini jetzt ASTN
 30.1., 11.2., 10.4.1859 Meneval AAE Bavière 236
 12.1.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830

die Regierungen gegenüber der öffentlichen Meinung befänden, noch zu vergrößern, indem ihnen die Verantwortung über die Agitation zugeschoben werde. Darum bat Meneval den Beleidigungen gegenüber, die sich Deutschland zu Schulden kommen ließ, geduldig und mitleidig zu sein, Bayern wie einen Kranken zu betrachten und es mit mehr "indulgence" als mit Strenge zu behandeln, mehr Mitleid als Ärger zu empfinden.²⁰²⁾

Wenn man vielleicht zu der Annahme verführt wird, die Meinungsbildung Menevals auf den Sturz von der Pfordtens zurückzuführen, der sich um diese Zeit abspielte, so geht man fehl. Die Führer der Landtagsopposition waren Karl Brater, Marquard Barth und Josef Völk. Bei dem Kampf gegen die Regierung waren es innenpolitische Fragen, von denen sie sich leiten ließen. In ihren außenpolitischen Meinungen gingen die Wortführer der Opposition wie Karl Brater eben nicht mit der Stimmung der Öffentlichkeit konform. Im Gegensatz zu dem allgemeinen Begeisterungsturm und Kriegstaumel dachten sie anders. Sie verteidigten die Sache Italiens und warnten vor einem Vorgehen der deutschen Staaten ohne Preußen. Die "Bayerische Wochenschrift", von Brater am 1. Januar 1859 gegründet, war das Organ dieser Gruppe, zu der auch Rohmer, Bluntschli, Baumgarten und Sybel gehörten. Doch war der Kreis dieser Männer nur klein. Er stand ziemlich "isoliert" mit seinen außenpolitischen Ansichten und fand nur vereinzelt Zustimmung.²⁰³⁾ Die Tätigkeit und Meinung dieser Männer in außenpolitischer Hinsicht wurde von den auswärtigen Beobachtern in München gar nicht wahrgenommen.

202) 30.1., 11.2., 21.2., 27.2., 5.3., 13.3., 10.4., 25.4.1859
Meneval AAE Bavière 236

203) Bluntschli: Denkwürdiges aus meinem Leben, Nördlingen 1884
II.S.256

204) vergl. Th.Schieder: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-72, München 1936
M.Ferres: Heinrich von Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859-62, Berlin 1930
J.C.Bluntschli: Denkwürdiges aus meinem Leben
J.Schultze: Eine preußische Zeitungsgründung in München 1859, Deutsche Rundschau Bd.192

Die der Regierung drohenden Gefahren, so wie sie Meneval schilderte, kamen also nicht von dieser Seite, sondern lagen in der allgemeinen öffentlichen Stimmung, die der Regierung eine französischenfreundliche und verräterische Politik zum Vorwurf machte.²⁰⁵⁾ Der Brater Kreis stand aber im Widerspruch zu dieser in der Allgemeinheit vertretenen Ansicht. Deshalb kann die Meinungsbildung Menevals über die allgemeine Lage von dem Sturz von der Pfordten nicht beeinflusst worden sein, oder aber sind die tatsächlichen Hintergründe des Ministerwechsels von dem französischen Gesandten verkannt worden.

Spannungen zwischen Frankreich und Bayern

Die französische Regierung schenkte den Berichten ihres Gesandten aufmerksame Beachtung. Sie versuchte das Mißtrauen der bayerischen Regierung mit beruhigenden Versicherungen zu mindern, wie beispielsweise, Frankreich werde die Verträge achten, Sardinien werde im Falle der Provokation des Krieges keine Unterstützung durch Frankreich erhalten.²⁰⁶⁾

Zwischen Meneval und von der Pfordten kam es natürlich zu Diskussionen über die Ausfälle in der bayerischen Presse gegen Frankreich, über das Mißtrauen in die friedlichen Absichten der französischen Regierung und über die kriegerische Sprache in den Zeitungen. Die französische Regierung verlangte wiederholt von der bayerischen Regierung ein Einschreiten gegen die Presse, um die Aufregung in der Öffentlichkeit zu dämpfen. Aber von der Pfordten lehnte dieses Ansinnen als unmöglich ab, da in Bayern keine gesetzliche Möglichkeit zur Beeinflussung der Pres-

205) 11.2., 27.2., 21.3., 23.4.1859 Meneval AAE Bavière 236

206) Randvermerk Walweski's auf Depesche Menevals vom 30.1.1859 AAE Bavière 236; 17.1., 24.1., 22.2.1859 Walewski an Meneval AAE MDF 742; 15.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38 5.2.1859 Perglas, 5.2.1859 Marogna GSTM III.R.28 vergl. über die Unterredung Beusts mit Napoleon am 23.4.1859 bei F.Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten I. S.234 ff

sebestand. Er konnte Meneval nur den Rat geben, gegen ein betreffendes Blatt selbst den Klageweg zu beschreiten.²⁰⁷⁾

Natürlich war auch die Polemik in der französischen Tagespresse kriegerisch gehalten. Aber die französische Regierung war bemüht, friedliche Tendenzen glaubhaft zu machen. Besonders seit Mitte Februar und während des englischen Vermittlungsversuches war dieses Bestreben der französischen Regierung deutlich erkennbar. In der offiziellen französischen Zeitung, dem Moniteur, wurden beruhigende Artikel veröffentlicht.²⁰⁸⁾ Aber das diplomatische Corps in München nahm die Erklärungen des Moniteurs nicht ernst, und die österreichische Regierung warnte vor einer französischen Täuschung, da die friedlichen Töne aus Frankreich nur beabsichtigten, später, bei anderer Gelegenheit, alle Schuld auf Österreich zu schieben.²⁰⁹⁾

Der einzige Beweis einer friedlichen Politik Frankreichs war der Rücktritt des Prinzen Napoleon von seinem Ministerposten. Es war bekannt, daß dieser der einflußreichste Wortführer der Kriegspartei war, sodaß man dessen Sturz mit einer Niederlage der Kriegspartei gleichsetzte.²¹⁰⁾ Allerdings erfuhr man aus zuverlässiger Quelle, nämlich durch Doenniges, der es von dem aus Paris stets gut unterrichteten König von Württemberg wußte, daß der Prinz trotzdem noch täglich von Napoleon empfangen werde.²¹¹⁾ Einerseits waren es die friedlichen Symptome aus Frankreich, die von der Pfordten veranlaßten der Augsburger Allgemeinen Zeitung eine gemäßigte Sprache anzuraten.

-
- 207) 30.1., 13.2., 19.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
 22.2.1859 Walweski an Meneval AAE MDF 742
 25.2.1859 Pfordten an Wendland, 15.3., 19.3.1859 Wendland GSTM III.R.28/29
 26.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38
 208) 5.3.1859 Wendland, 8.3.1859 Gise, 6.3.1859 Bray GSTM III.
 13.2.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26 /R.29
 209) 8.3., 10.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29
 13.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
 210) 8.3.1859 Wendland, 5.2.1859 Marogna GSTM III.R.28/29
 24.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
 211) 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Andererseits bestimmten ihn dazu die von verschiedenen Seiten kommenden Ratschläge und Mahnungen. Bray, der Gesandte in Berlin, warnte vor einer Aufreizung eines starken Nachbarn durch Demonstrationen. Wendland bat dringend um Abstellung der gehässigen Artikel, damit die öffentliche Meinung in Frankreich nicht zum Krieg aufgehetzt werde. Aus demselben Grund kritisierte auch Doenniges die Sprache der Augsburger Allgemeinen. Nach seinem Urteil waren die Ausfälle gegen Frankreich und Italien übertrieben, ungerecht und die Wahrheit verschweigend.²¹²⁾ Selbst die englische Regierung fühlte sich berufen, in Stuttgart, Karlsruhe und München Mäßigung anzuraten; die Kriegspartei in Frankreich fordere Napoleon bereits auf, die unehrenhaften Beschimpfungen in der deutschen Presse nicht hinzunehmen.²¹³⁾

Von der Pfordten verschloß sich der Zweckmäßigkeit dieser Ratschläge nicht und erkannte selbst die Gefahr einer Verletzung des französischen Nationalstolzes. Er hatte auch Recht, wenn er das beste Mittel zur Beruhigung der Erregung in Süddeutschland darin sah, daß Preußen sich möglichst schnell zu geeigneten Maßnahmen herbeiließe.²¹⁴⁾ Der Versuch, die Augsburger Allgemeine zu größerer Achtung vor der Souveränität Napoleons und des französischen Volkes zu bestimmen, blieb erfolglos. Die Redaktion lehnte ohne Umschweife eine Änderung ihres Kurses ab.²¹⁵⁾

212) 15.2., 28.2.1859 Bray, 15.3., 19.3., 1.4., 8.4.1859
Wendland GSTM. III.R.28-30

24.1., 27.1., 11.3.1859 Doenniges GSTM. MAIII Sard.14

213) 18.3.1859 Walzen, 17.3.1859 Hügel an Degenfeld GSTM. III.

214) 25.2.1859 Pfordten an Lerchenfeld, /R.29
8.3.1859 Pfordten an Lerchenfeld (Augsburg) GSTM. III.R.28/

215) 9.3.1859 Lerchenfeld (Augsburg) an Pfordten /29
GSTM. III.R.29

Daß die Augsburger Allgemeine von Österreich subventioniert wurde, wie es Cantono fast für sicher hielt (16.5. 1859 Cantono ASTT Monaco 8/50) war wohl nicht der Fall. Vergl. darüber: A.Mittelstaedt, Der Krieg von 1859. Aber daß viele Zeitungen in Deutschland von Österreich unterstützt wurden, kann nicht abgestritten werden, wie es Schrenck in Frankfurt dem französischen Vertreter gegenüber versuchte (28.2.1859 Bondy an Walewski AAE Allemagne

auch Meneval versuchte auf Anweisung seiner Regierung die bayerische Presse über die Absichten Frankreichs zu beruhigen und bemühte den Erzbischof Scherr, die Verbindung mit der Redaktion einer katholischen Zeitung aufzunehmen. Aber auch dieser Weg blieb ohne Wirkung.²¹⁶⁾

Die Ausfälle gegen Frankreich und die damit verbundenen Mißhelligkeiten steigerten sich derartig, daß der wahrlich nachsichtige Meneval eines Tages mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte. Es scheint zwar, als ob Meneval seine Abreise nicht ernsthaft in Erwägung gezogen hatte, obwohl ihm seine Regierung weitgehende Entscheidungsfreiheit über diesen Punkt zubilligte. Veranlaßt wurde diese Drohung durch eine Aufforderung in der Presse, man solle die von Napoleon verliehenen Orden zurückschicken. Aber von der Pfordten unternahm sogleich Schritte, um solche Rückgaben zu verhindern.²¹⁷⁾

Der bayerischen Regierung lag daran, ihre Beziehungen zu Frankreich nicht zu verschlechtern. Wenn von der Pfordten auch von seinem Vertrauen zu Napoleon sprach,²¹⁸⁾ so ließ sich Meneval doch nicht täuschen, daß von der Pfordten die französische Politik als eine des beschlossenen Krieges ansehe.²¹⁹⁾ Es gelang der bayerischen Regierung sich geschickt der Verantwortung für die Mißstimmung zu entziehen, die durch die Frankreich feindlichen Artikel in der Presse hervorgerufen wurde, ohne daß die französische Regierung sich auf ein absolut wohlwollendes Verhalten Bayerns verlassen konnte.²²⁰⁾

216) 22.2.1859 Walewski an Meneval AAE MDF 742
2.3.1859 Hartig HSTW IV. Bavière 26

217) 8.3.1859 Meneval AAE Bavière 236, 14.3.1859 Walewski an Meneval AAE MDF 742

8.3.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

2.6.1859 Bianchini jetzt ASTN

218) 30.1.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

219) 27.2.1859 Meneval AAE Bavière 236

220) 30.1., 11.2., 10.4.1859 Meneval AAE Bavière 236

Die Einstellung des Königs wurde von französischer Seite richtig beurteilt. Man hielt ihn weder den nationalen Ideen der liberalen Partei gegenüber für aufgeschlossen, noch für so unbedingt Österreich freundlich gesinnt, als daß er die Interessen seines Landes und seiner Familie den Nachbarn opfern werde. Meneval überbewertete andererseits nicht den Einfluß und die Autorität des Königs und zog seine geringe Neigung zu eigener Initiative in Berechnung. Er hoffte zwar, daß die Regierung sich gegen die öffentliche Meinung durchsetzen werde, aber rechnete nur vage mit dieser Möglichkeit, da er den tatsächlichen Einfluß des Volkes überschätzte. Zudem glaubte Meneval, daß die bayerische Regierung von dem zwar nicht revolutionär gesinnten, aber mit Österreich sympathisierenden bayerischen Heer keine Unterstützung zu erwarten habe und glaubte, daß die Armee dem ganz und gar unmilitärischen König keine freie Wahl in seinen Entschlüssen lasse.²²¹⁾

Wiederholte Gerüchte gaben der französischen Regierung immer wieder Anlaß, das Vertrauen auf die bayerische Regierung nicht zu hoch steigen zu lassen. So erhielt Napoleon wohl von einem seiner Gesandten in Deutschland die Meldung, Bayern treibe die deutschen Regierungen in eine Frankreich feindliche Stellung. Ein anderesmal hieß es bereits, Bayern habe mit Österreich ein Separatbündnis geschlossen. Beide Behauptungen entbehren jeglicher realen Grundlage. Man kann die Schritte, welche Bayern zur Einigung der Regierungen in Wien und Berlin unternommen hatte, keinesfalls als einen Impuls für eine Frankreich feindliche Haltung bezeichnen. Die Gereiztheit, die man in Paris über die falschen Meldungen erkennen ließ, zeigte deutlich die Beunruhigung über ein solches et-

221) 31.3.1859 Wendland GHM 77/5/86, 11.2., 27.2.1859 Meneval
AAE Bavière 236

222) 27.1.1859 Wendland, 31.1.1859 Pfordten an Wendland GSTM

223) 24.4.1859 Bray GSTM III.R.30 /III.R.28

waiges Vorgehen Bayerns.²²²⁾ Ende April wurden zwischen dem französischen Gesandten in Berlin und Schleinitz die rechtlichen Folgen einer Separatkonvention deutscher Staaten mit Österreich theoretisch erörtert. Der französische Gesandte erkundigte sich nach dem Verhalten des Deutschen Bundes bei folgender Situation: Angenommen, ein einzelner deutscher Staat, beispielsweise Bayern, stelle Österreich nach Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Frankreich ohne Bundesbeschluß und Ermächtigung der Bundesversammlung Truppen zur Verfügung, und angenommen der Gegner beantworte einen solchen Akt der Feindseligkeit gleichfalls mit Feindseligkeit, sei dann der ganze Bund - so fragte der französische Gesandte - zum Schutze dieses Staates verpflichtet.²²³⁾ Wahrscheinlich war diese Diskussion durch ein neuerliches Gerücht aufgeworfen worden.²²⁴⁾ Vielleicht aber wollte die französische Regierung nur sondieren, ob sie unter gewissen Umständen einen Anlaß finden könne, der ermögliche ohne Frankreich die Verantwortung aufzubürden, die französischen Pläne in Deutschland und gegen Deutschland zu verwirklichen. Ein derartiger Vertrag, wie gerüchtweise Verbreitung fand, wurde von der bayerischen Regierung in dieser Zeit noch nicht einmal erwogen.²²⁵⁾ Von der Pfordten konnte sich reinen Gewissens und mit Bestimmtheit gegen diesen Verdacht verwahren, und er tat dies auch.²²⁶⁾

Bayerische Bemühungen die Sprache Preußens gegenüber Frankreich und Sardinien abzuschwächen

Trotzdem hatte die bayerische Regierung kein Interesse, die Hoffnungen Frankreichs auf die Neutralität Deutschlands zu

222) und 223) bereits auf Seite 75 angeführt!

224) 29.4.1859 Moustier an Walewski AAE Prusse 333

25.3.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830

28.4.1859 Launay an Cavour ASTT Prussia 36

225) Die Meinung, daß Pfordten eine solche Separatkonvention vorgeschlagen habe, wie Launay sie am 4.5.1859 vertrat, muß als völlig irrig abgelehnt werden. (ASTT Prussia 36)

226) 16.2.1859 Pfordten an Wendland GSTM III.R.28

bestärken. Sie stimmte mit den österreichischen Ansichten überein, die ihr wiederholt nahegelegt worden waren,²²⁷⁾ daß nämlich Frankreich Österreich isolieren und zwingen wolle, ohne Unterstützung der deutschen Staaten freiwillig Konzessionen zu machen. Die bayerische Regierung erachtete es für notwendig, diese französischen Kalkulationen zu durchkreuzen.²²⁸⁾

Den Berichten des bayerischen Gesandten aus Paris zufolge war die preußische Sprache so gehalten, daß die französische Regierung mit Bestimmtheit auf die Neutralität Preußens zählen konnte, falls der Krieg auf Italien lokalisiert bliebe. Wendland berichtete sogar von der Meinung der französischen Regierung, daß Preußen sich auf eine Vermittlung beschränken werde, wobei es Österreich zu Konzessionen drängen werde, um sich dann bei einer österreichischen Weigerung von der Pflicht zur Hilfeleistung entbunden zu fühlen.²²⁹⁾

Auch in Turin muß Preußen eine gleiche Meinung verursacht haben. Die Äußerung Schleinitz', daß man Österreich in eine ähnliche Lage wie die Türkei bringen wolle, legte die sardinische Regierung in dem Sinn aus, daß Preußen Österreich isolieren und ihm dann Reformen abnötigen wolle. Der preußische Gesandte bekundete eine Österreich nicht freundliche Einstellung und verbreitete die Meinung, daß Österreich auf die Dauer die Lombardei nicht halten könne, daß Preußen sich eng an England anschließen und sich vorläufig nicht weiter engagieren werde.²³⁰⁾ Nur Pourtalès, der preußische Gesandte in Paris, äußerte Cavour

227) 17.2., 20.2.1859 Lerchenfeld, 13.2.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.28

228) 16.1.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

229) 3.2., 10.2., 15.3.1859 Wendland GSTM III.R.28/29
vergl. H.Oncken: Großherzog Fr.von Baden ..., Berichte Roggenbachs über die Sprache Pourtalès und des Prinzregenten von Preußen zu Blommfield ect. und die Überzeugung in Paris, daß Preußen neutral bliebe. vergl. ferner AFPr. Berichte Launay', Moustier und Blommfield an ihre Regierungen.

230) 2.3., 4.3., 7.4.1859 Doenniges GSTM LAIII Sard.14
7.2.1859 Doenniges GHM 77/3/77

gegenüber Bedenken, daß die preußische Regierung durch die Stimmung in Deutschland bei einem von Frankreich provozierten Krieg mit fortgerissen werden könne.²³¹⁾ Nach alledem kam bei der bayerischen Regierung die Befürchtung auf, daß Napoleon bestimmt mit der preußischen Neutralität rechnete.²³²⁾

In Paris dagegen wird man der preußischen Neutralität nicht so sicher gewesen sein. Dies geht aus der ängstlichen Beobachtung hervor, mit der die französische Regierung das Verhalten der deutschen Staaten verfolgte. Ebenso unsicher fühlte sich Sardinien und hatte zumindestens anfangs des Jahres große Befürchtungen wegen Deutschland.²³³⁾ Die sardinische Regierung versuchte mit großer Beredsamkeit die Analogie der Situation Preußens und Sardinien in Berlin darzulegen. Sie wies auf die "juste milieu" hin, die beide Staaten mit ihrer konstitutionellen Politik zwischen der Revolution und Reaktion einnahmen und darauf, daß sie den gleichen Gegner, nämlich Österreich, hätten. Sich offen für Piemont zu erklären, das getraute sich die preußische Regierung aber doch nicht, und sie erntete für diese Zurückhaltung keine Anerkennung von Sardinien.²³⁴⁾

Die französische Regierung wußte genau, wie entscheidend und ausschlaggebend die Haltung Preußens für die des ganzen Deutschen Bundes war. Meneval sah richtig voraus, daß die kleine-

231) 7.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

232) 16.1.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

233) 9.1.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

234) 22.1.1859 Launay ASTT Prussia 36

vergl. F.Valsecchi: La politica di Cavour e la Prussia nel 1859, Arch.stor.Ital.1938; ferner APPr.

P.de la Gorce: La Prusse avant Sadowa, Paris 1898

Gorce unterstreicht in dieser Untersuchung neben der politisch ähnlichen Situation Preußens und Sardinien auch ihre innere Ähnlichkeit: " la même discipline forte et austère, la même avidité de conquête, la même médiocrité de richesses et la même ardeur à grandir, un souci presque exclusif de la politique de la guerre, une vie simple, économe jusqu'à la parcimonie, somptueuse seulement quand le bon renom de la patrie l'exigeait, quelque chose de bien administré, de régulier, de rectiligne, et dont on retrouvait l'image jusque dans les froides et sévères capitales des deux pays".

ren und mittleren deutschen Staaten, so sehr sie auch die Liberalen und die öffentliche Meinung dazu treiben mochten, es nicht wagen konnten, ohne Preußen einen Krieg mit Frankreich zu provozieren.²³⁵⁾ Die französische Regierung ließ sich gern davon überzeugen.²³⁶⁾ Die französische Ansicht allerdings, daß die Bundestruppen und auch die bayerischen vor Ende des Jahres nicht schlagkräftig und versammelt sein könnten, und somit auf keinen Fall vor diesem Zeitpunkt von Seiten Bayerns an einen Krieg gedacht werden könne, hätte sich im Ernstfall als eine Fehlspekulation erwiesen. Die Kriegsvorbereitungen der deutschen Staaten waren nämlich schon im Sommer praktisch beendet. Zunächst wurde Frankreich in seinen Hoffnungen auf Preußen nicht getäuscht. Die Pflege bester Beziehungen zwischen beiden Ländern wurde auch in Berlin begrüßt. Der französische Gesandte war von der Liebenswürdigkeit des Prinzregenten und des Außenministers Schleinitz sehr befriedigt. Von letzterem hörte er nicht ein einzigesmal von der Absicht der preußischen Regierung, Österreich helfen zu wollen. Der französische Gesandte in Frankfurt, Salignac-Fénelon, war ebenso befriedigt von seinen Beziehungen zu Bismarck.²³⁷⁾ Er deutete allerdings mehrmals die Möglichkeit an, daß Preußen sich einem Mehrheitsbeschluß des

235) 10.4., 25.4.1859 Meneval AAE Bavière 236

236) 9.5.1859 Walewski an Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830
vergl. Ernst II: Aus meinem Leben III.S.438: "Es ist, so sehr man dies nach der Folge der tatsächlichen Ereignisse fast vergessen hat, nichtsdestoweniger sicher, daß in dem damaligen Vorbereitungsstadium des Krieges ein einziges kräftiges Wort von Seite Preußens und Deutschlands hingereicht hätte, den furchtbaren Krieg von 1859 zu verhindern". Auch Doenniges war der Ansicht, daß der Krieg noch länger zu vermeiden wäre, wenn Preußen ein besonnenen und warnendes Wort an Frankreich richtete. (9.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14). König Ludwig I. hat zu dem österreichischen Gesandten wiederholt geäußert, daß er die beste Garantie für den Frieden gewesen sei, wenn Preußen und Deutschland sich nach den Neujahrsworten für Österreich erklärt und den Entschluß ausgesprochen hätte, jeden Angriff auf Österreich mit gemeinsamen Waffen zurückzuweisen. (28.3.1859 Hartig HSTW IV 26 Bavière)

237) AAE Prusse 333 12.1.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830

Bundes auf Grund des Artikels 47 schwer entziehen könne, weil der Prinzregent zu viel Respekt vor den Verträgen habe, und die preußische Armee nicht abgeneigt sei, sich in einem Krieg mit Ruhm zu bedecken. Es kamen ihm Zweifel, ob Preußen nicht ein täuschendes Spiel treibe, und im gekommenen Augenblick die Maske abwerfen werde, sodaß Frankreich einer starken Koalition gegenüber stehen werde.²³⁸⁾ Man kann vermuten, daß es Schrenck war, der bayerische Gesandte in Frankfurt, der Salignac-Fénelons Optimismus über Preußen gedämpft hatte. Denn der französische Gesandte legte den Äußerungen Schrencks großes Gewicht bei, da er ihn als einen der einflußreichsten und distinguiertesten Mitglieder der Bundesversammlung einschätzte, den er für klug, maßvoll und für keinen feurigen und leidenschaftlichen Menschen, sondern für einen kalten, überlegten Juristen hielt, der durch tägliche intime Briefe aus Berlin besonders gut unterrichtet sei.²³⁹⁾

Auch Wendland in Paris benutzte manchmal die Gelegenheit, um seine Überzeugung auszudrücken, daß der Prinzregent von Preußen ohne Zweifel eine entschiedene Politik befolgen, und Deutschland in allen äußeren Fragen einig sein werde. Er glaubte zwar nicht, daß er Walewski davon restlos überzeugen könne und war bewußt vorsichtig mit solchen Äußerungen, weil er fürchtete, bei zu offener und lauter Wiederholung dieser Meinung, den Ärger der französischen Regierung gegen Bayern heraufzubeschwören.²⁴⁰⁾

Ohne aus seiner wahren Einstellung ein Hehl zu machen, brachte es von der Pfordten fertig, bei dem französischen Gesandten Meneval großes Verständnis für die politische Lage Bayerns, ja

-
- 238) 10.4.1859 Salignac-Fénelon, 15.2., 19.2.1859 Bondy AAE
 Allemagne 830
 239) 28.2.1859 Bondy, 18.4.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne
 240) 11.1., 5.2., 17.4.1859 Wendland GSTM III.R.28-30 7830
 15.1.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38, 31.3., 16.4.1859
 Wendland GHM 77/5/86
 Der preußische Gesandte Pourtalès machte Wendland wegen
 dieser Sprache Vorwürfe vergl. APPr.Nr.369,3

fast Mitleid zu finden. Er führte die Macht der öffentlichen Meinung an, die sich überall für die Parteinahme zu Gunsten Österreichs ausspreche und die bayerische Regierung, sollte sie zögern, mitreißen werde. Und er legte dar, daß die bayerische Regierung aus dem Interesse der eigenen Sicherheit gezwungen sei, sich mit der österreichischen Politik solidarisch zu erklären, sich an die Folgen des Vertrages von Basel von 1795 für Bayern zu erinnern, und sich nicht ohne Verteidigung der Feindschaft Frankreichs auszusetzen. Er behauptete, daß der erste Kanonenschlag gegen Deutschland den Deutschen Bund zum Alliierten Österreichs mache, und daß auch Preußen sich nicht aus den nationalen Leidenschaften heraushalten könne, und daß seine Neutralität, die es vielleicht Frankreich verspreche, nach der ersten österreichischen Niederlage unmöglich werde. Daneben drückte von der Pfordten seine traurige Überzeugung aus, daß er mehr und mehr einen Krieg für unvermeidlich halte und beteuerte, daß ihm der Gedanke an einen Krieg gegen Frankreich schmerzlich sei. Aber Bayern könne sich den schrecklichen und unvermeidlichen Konsequenzen nicht entziehen, weil seine Rolle verhängnisvoll vorgezeichnet sei, auch wenn der Krieg es ruinieren und vielleicht vernichten werde. Die letztere Überlegung war es, die dem französischen Gesandten offensichtlich besonderen Eindruck machte.²⁴¹

241) 21.2.1859 Meneval AAE Bavière 236

30.1., 25.2.1859 Pfordten an Wendland GSTM III.R.28
Nach den Aufzeichnungen Hartigs äußerte sich von der Pfordten angeblich zu Meneval außerdem: man täusche sich in Frankreich arg, wenn man meine, die Zeit des Rheinbundes werde wiederkehren. Deutschland kenne jetzt besser sein Interesse und seine Stellung und werde einem Angriff auf Österreich in Italien nicht ruhig zusehen. In Frankreich möge man die Folge eines Friedensbruches wohl bedenken. Alle deutschen Staaten habe Napoleon gegen sich, wenn er eine Kollision mit Österreich herbeiführe. Er habe wohl Achtung vor dem Kaiser als eminenten Mann und schätze die französische Nation hoch, aber den Versuch einer französischen Suprematie über Deutschland würde er mit Entschiedenheit zurückweisen und dies sei der Wille Deutschlands. (30.1., 13.2., 19.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26)
Wörtlich sind davon in den Berichten Menevals keine Spuren zu finden, doch sie widersprechen dem Sinne nach nicht den von v.d.Pfordten direkt überlieferten Äußerungen.

Mit viel weniger Schonung und unumwundener begegnete von der Pfordten dem sardinischen Gesandten. Energisch mißbilligte er das Gebahren der französischen und sardinischen Regierung. Von den Nationalitätsbestrebungen, die Cantono anführte, wollte er nichts wissen und ließ nur das Recht und die Verträge gelten unter Anführung der deutschen Provinzen, die Rußland und Frankreich besaßen und denen dieser Besitz ebenfalls nicht streitig gemacht werden könne. Die Erklärungen von der Pfordtens, daß der ganze Deutsche Bund einem Angriff auf Österreich nicht ruhig zusehen werde, überzeugten den sardinischen Gesandten, der im Falle eines sardinischen Angriffes mit der Neutralität Deutschlands, bei Einmischung Frankreichs aber mit einer Kriegserklärung des Deutschen Bundes gegen Frankreich rechnete.²⁴²⁾

Auch Beust und Dalwigk versuchten die französische Regierung vor der irrigen Meinung einer deutschen Neutralität zu warnen und wiesen die Zumutung einer solchen Haltung zurück, weil das Interesse der deutschen Staaten eine Beschützung Österreichs erheische. Dalwigk reiste eigens nach Mannheim, um die Großherzogin Stephanie von Baden zu bestimmen, ihren Einfluß in Paris in diesem Sinne geltend zu machen. Beust benützte seine Anwesenheit in Paris Ende April, um dort dieselbe Meinung hören zu lassen.²⁴³⁾ Die preußische Regierung jedoch desavouierte diese Äußerungen, indem sie jede Solidarität damit ablehnte.²⁴⁴⁾

242) 12.1., 13.2.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
15.3.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

243) 1.2.1859 Gise, 25.4.1859 Wöndland GSTM III.R.28-30
vergl. F.Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten I.S.234
ferner: H.Steinhagen, Hessische Politik, S.6 + S.8 f

244) 29.4.1859 Bray GSTM III.R.31

Der Einstellung des Königs von Württemberg entsprechend, war die Beeinflussung des französischen Gesandten in Stuttgart nicht im Sinne der bayerischen Regierung. Als der König von Württemberg anfangs des Jahres in Nizza weilte, bekannten sich zwar seine Minister für die österreichische Politik.²⁴⁵⁾ Wahrscheinlich getrauten sie sich nicht eine der öffentlichen Stimmung entgegengesetzte Meinung zu äußern.²⁴⁶⁾ Nach der Rückkehr des Königs von Württemberg im April aber änderte sich die Berichterstattung des französischen Gesandten. Der König konstatierte offen, daß die italienische Frage die wahren Interessen Deutschlands nicht berühre, weil die Schwächung des österreichischen Einflusses in Italien keine Gefahr für Deutschland bedeute. Die Gefahr bestehe vielmehr darin, daß die deutschen Staaten auf ihre eigenen Kräfte angewiesen seien, wenn Österreich seine Kräfte nur außerhalb der Bundesgebiete in Aktion setzen werde. Er versicherte, daß wohl kein Staat, auch Bayern nicht, etwas unternehmen werde, solange Preußen neutral bleibe.²⁴⁷⁾

245) AAE Wurtemberg 83

246) 25.2.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Der König von Württemberg äußerte zu Doenniges, seine Minister machten gleich in die Hose, wenn in der Kammer oder der Presse sich enthusiastische Stimmen erheben.

247) 12.4.1859 Reculot AAE Wurtemberg 83:

"Les affaires de l'Autriche en Italie ne nous regardent pas plus que la question de l'union des Principautés du Danube. Tenons nous donc tranquilles aussi longtemps que les intérêts véritable de l'Allemagne ne seront pas compromis..... Du reste vous pouvez être assuré que personne ni en Bavière ni ailleurs, ne bougera tant que la Prusse, qui peut seule assurer l'indépendance de la Confédération, restera neutre... Je ne vois pas que l'affaiblissement de son (Österreich) influence de l'autre côté des Alpes soit un danger pour l'Allemagne. Le danger est au contraire de défendre cette puissance en dehors de ses possessions fédérales. En portant tous ses moyens d'action soit en Italie soit en Orient l'Autriche devient impuissante en Allemagne et la Confédération se trouve livrée à ses propres forces. L'Autriche a toujours été un

IV. K a p i t e l

Diplomatische Verhandlungen zwischen den Großmächten

(Die englischen Vermittlungsversuche in Turin und die Mission Cowley's - Der Vorschlag zu einem Kongreß der Großmächte - Österreichs Kriegsentschlossenheit)

Die englischen Vermittlungsversuche in Turin und die Mission Cowley's

Von der Möglichkeit ausgeschlossen, in die politischen Verhältnisse der italienischen Frage entscheidend einzugreifen, konnte Bayern nur versuchen, mit seinen politischen Ansichten die Großmächte so gut es ging zu beeinflussen. In Paris hatte es immerhin den Erfolg, daß die französische Regierung ihre Befürchtungen wegen der Haltung Deutschlands nicht aufgab. Weitere Bemühungen galten der Beeinflussung Englands. Der bayerische Gesandte in Wien, Lerchenfeld, war in dieser Hinsicht bei dem englischen Gesandten in Wien tatkräftiger, als der in London akkreditierte Gesandte Cetto, der sich überhaupt wenig auszeichnete, weder durch ausführliche Berichterstattung, noch durch besondere Tätigkeit oder durch auffallende Fähigkeit.

Die englische Auffassung der italienischen Frage ähnelte derjenigen Preußens, und divergierte stark mit der Österreichs und Bayerns. Man machte den anormalen Zustand des Kirchenstaates, der nur mit Hilfe fremder Bajonette Ruhe halten konnte, in der Hauptsache für die Unzufriedenheit in Italien verantwortlich. Lerchenfeld versuchte die Voreingenommenheit, wie er meinte, und die Vorurteile der englischen Regierung zu berichtigen. Er argumentierte damit, daß die Unterhaltung der Besatzungstruppen im Kirchenstaat weniger eine Belastung für die päpstliche Regierung darstelle, als vielmehr für die

österreichische und französische, und daß die Besatzung als solche keinerlei Einfluß auf das übrige Italien ausübe. Die ganze Agitation und Erregung in Italien werde nur von der sardinischen Regierung propagiert, sodaß die Unzufriedenheit und Unruhe andauern werde, solange Frankreich die Tendenzen der sardinischen Politik unterstütze und die anderen Mächte, besonders England die Lage weiterhin falsch beurteile. Lerchenfeld zweifelte allerdings selbst stark daran, ob er den englischen Gesandten tatsächlich überzeugen konnte.²⁴⁸⁾

Ob nun die bayerische Argumentierung bei der englischen Regierung eine Wirkung erzielte oder nicht, sie erachtete es aus dem ehrlichen Bestreben, den Frieden in Europa zu erhalten, immerhin für notwendig, die sardinische Regierung mehrmals zu warnen. Wie der bayerischen Regierung bekannt wurde, erklärte England in Turin, daß es in einem Krieg auf der Seite des Rechtsverletzten stehen werde, es machte darauf aufmerksam, daß Sardinien die Freundschaft und alle erworbenen Sympathien in England verscherze, wenn es weiterhin die aggressive Haltung fortsetze. Es machte Vorhaltungen wegen der Bildung von Freiwilligencorps aus Flüchtlingen und den heimlichen Vorbereitungen Garibaldis.²⁴⁹⁾ In Piemont versuchte man diese Ermahnungen zu bagatellisieren, indem man auf den möglichen Sturz des Derby-Ministeriums hinwies. Erst nach einer Rede Derbys im Oberhaus gelang es der sardinischen Regierung nicht mehr, die deutlich ausgesprochenen Warnungen an Frankreich und Piemont zu leugnen, und die Anhänger Cavour's wurden nach Angabe Doenniges doch etwas "stutzig".²⁵⁰⁾

In der Hoffnung auf diplomatischem Weg zur Klärung der gespannten Lage beitragen zu können, forderten England und Preußen die sardinische Regierung auf, ihre Beschwerden genau zu

248) 19.2.1859 Bray, 12.2., 25.2.1859 Lerchenfeld
4.2.1859 Cetto GSTM III.R.28

249) 4.2., 9.3.1859 Cetto GSTM III.R.28/29, 2.2.1859 Doenniges
GSTM MAIII Sard.14

250) 9.2., 19.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Formulieren.²⁵¹⁾ Als solche zählte Cavour in dem Memorandum vom 1. März auf:

1. die von Österreich begonnene Aufrüstung,
2. Österreichs Abneigung gegen das konstitutionelle Regime in Sardinien und sein Bestreben unter Zerstörung der sardinischen Verfassung den österreichischen Einfluß auf Piemont auszudehnen.
3. Die Ablehnung Österreichs seine Besatzungstruppen aus Italien zurückzuziehen.
4. Die Beibehaltung Piacenzas als großen Waffenplatz, weshalb Sardinien sich nicht entwaffnen könne.

Als radikale Abhilfe all dieser Übel schlug Cavour einfach die Entfernung der österreichischen Herrschaft in Italien vor. Er sah aber ein, daß einer solchen Aktion die europäischen Völker entgegenstünden, sodaß er palliativ die selbständige Stellung des lombardo-venetianischen Königreiches, innere Reformen und eine Art italienischer Liga vorschlug.²⁵²⁾

Doenniges ging in seiner Eingenommenheit für Sardinien so weit, daß er die Vorhaltungen der sardinischen Regierung für durchaus begründet ansah.²⁵³⁾ Dagegen war selbst die preussische Regierung von dem Memorandum nicht günstig beeindruckt und hielt die Zustimmung Österreichs zu den Vorschlägen für ausgeschlossen.²⁵⁴⁾ Über die Einstellung Englands zu dem Memorandum Cavour war man in München durch Doenniges unterrichtet. Die englische Regierung versprach Cavour ihre Unterstützung zur Revision der Separatverträge, zur Durchführung von Reformen und bezüglich Piacenza, womit sich Cavour, nach der Aussage des englischen Gesandten, zufrieden geben wollte.²⁾

Im Februar schickte die englische Regierung ihren Gesandten in Paris, Cowley, nach Wien, um eine Vermittlung zwischen

251) 25.1.1859 Wich GSTM MAIII Öst.50, 6.3.1859 Buol an Koll.
GSTM III.R.29

252) 7.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14, 13.3.1859 Bray G
III.R.29

253) 16.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

254) 13.3.1859 Bray GSTM III.R.29, vergl. 18.3.1859 Launay a
Cavour APPr.

Frankreich und Österreich anzubahnen. Lerchenfeld hörte die Vermutung, daß diese Sendung mehr von der Initiative der französischen Friedenspartei, als von England ausgegangen sei. Cowley genoß das besondere Vertrauen Napoleons, sodaß man allgemein in Europa Vertrauen zu der gewählten Persönlichkeit hegte, der Mission gewichtige Bedeutung beimaß und mit Spannung den Ausgang der Negotiationen erwartete.²⁵⁶⁾ Über die Verhandlungen erfuhr man in München, aber auch anderswo, wenig.²⁵⁷⁾

Man hörte nur aus London und Berlin, daß Cowley keine direkten Vorschläge zu unterbreiten habe, sondern nur informativische Auskünfte zur Präzisierung der Differenzpunkte ermitteln sollte, was auch tatsächlich der Fall war.²⁵⁸⁾ Sowohl Lerchenfeld in Wien, als auch Bray in Berlin waren skeptisch, ob die österreichische Regierung sich zu Konzessionen bereit erklären werde, die Napoleon als genügend betrachten würde.²⁵⁹⁾

Auch Cowley selbst schien nach Aussage Lerchenfelds wenig zuversichtlich für den Erfolg seiner Mission zu sein, da er vor allem eine Revision der Spezialverträge für nötig hielt.²⁶⁰⁾ Dazu zeigte aber die österreichische Regierung nicht die geringste Neigung.²⁶¹⁾ Schriftliche Punktationen wurden nicht verfaßt. Österreich gab nur das Versprechen, Sardinien nicht anzugreifen.²⁶²⁾ Eine analoge Versicherung erreichte die englische Regierung dann auch von Cavour.²⁶³⁾ Weiterhin versprach die österreichische Regierung auf Reformen in Italien hinwirken zu wollen und nichts gegen eine Evakuierung des Kirchenstaates einzuwenden.

255) 7.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

256) 28.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

257) 13.3.1859 Meneval AAE Bavière 236
vergl. F.Valsecchi: La mediazione

258) 7.3.1859 Cetto, 28.2.1859 Bray GSTM III.R.29, 26.3.1859
Doenniges GSTM MAIII Sard.14

259) 24.2.1859 Lerchenfeld, 4.3.1859 Bray GSTM III.R.28/29

260) 28.2., 1.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

261) 24.2., 5.3., 8.3.1859 Lerchenfeld, 6.3.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.28/29

262) 15.3.1859 Cetto GSTM III.R.29

263) 7.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Cetto behauptete, daß wegen der Abänderung der Spezialverträge nichts erreicht worden sei.²⁶²⁾ Der König von Württemberg meinte ebenfalls, daß dieser Punkt in der Instruktion Cowleys gar nicht enthalten gewesen sei. Dasselbe meldete Bray.²⁶⁴⁾ Man muß aber in Wien doch darüber verhandelt haben, denn die österreichische Regierung hatte die Revidierung der Separatverträge schließlich doch zugestanden, wenn auch unter der Bedingung, daß die italienischen Fürstentümer dies selbst wünschten. Die englische Regierung versuchte daraufhin, die Fürsten von Modena und Parma dazu zu bringen, diesen Wunsch auszusprechen. Die österreichische Regierung hingegen wirkte dem englischen Einfluß entgegen, indem sie in doppelzüngiger Weise den Regierungen von Modena und Parma sagen ließ, daß Österreich eine Abänderung der Verträge durchaus nicht wünsche.²⁶⁵⁾ Österreich hielt verständlicherweise seinen Standpunkt über die Frage der Abänderung der Spezialverträge geheim, sodaß die bayerische Regierung darüber nicht informiert war.

Es bestand die Gefahr, daß Österreich zum provozierenden Teil gestempelt werde, wenn es auf billige Vorschläge nicht eingingen und seine Beziehungen zu England dadurch abkühlen würde.²⁶⁶⁾ Die französische und sardinische Regierung vertraten ohnehin die Ansicht, daß Österreich an den Zuständen in Italien allein die Schuld trage, jedem Fortschritt abgeneigt sei, und die gegenwärtige Krise durch seine Truppenverstärkung in der Lombardei verursacht habe.²⁶⁷⁾ Bismarck vertrat diese Meinung auch in Frankfurt.²⁶⁸⁾ Als Österreich noch während der Mission Cowleys seine italienische Armee mobilisierte, wurde die preußische Regierung in der Überzeugung bestärkt, daß Öster-

264) 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14, 24.2.1859 Bray GSTM III.R.28

265) vergl. F.Valsecchi: La mediazione...S.31 ff
La politica europea

HSTW XI Modène et Parme 23

266) 25.2.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28

267) 12.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38; 22.2.1859 Walewski Zirkular AAE MDF 742; 26.3.1859 Malzen GSTM III.R.29

268) 28.2., 2.3.1859 Schrenck GSTM III.R.29

reich den Moment für einen Krieg als günstig betrachte, nur noch bewaffnet unterhandeln wolle und zudem hoffe, die deutschen Staaten mitreißen zu können, wenn der Kriegausbruch alsbald erfolge. Allerdings war Preußen gerecht genug, um die österreichische Regierung nicht als einzige für die Krisis verantwortlich zu machen.²⁶⁹⁾ Auch Cowley äußerte sich in dieser Beziehung einmal zu Lerchenfeld, es seien Deutschland und Österreich zusammen, welche den Krieg weit eher provozierten als Napoleon, der Angst vor einem österreichischen Angriff auf Sardinien habe. Das Kriegsgeschrei und das Mißtrauen gegenüber der französischen Rüstung habe Napoleon gezwungen, einer Stimme zu folgen, die im Gegensatz zu seinen Intentionen sei.²⁷⁰⁾

Es fehlte in dieser Zeit nicht an Bemühungen auf Österreich mäßigend einzuwirken. So forderten England und Rußland die österreichische Regierung zu einer konzilianten Haltung auf und zur Einstellung der feindlichen Äußerungen in der Presse.²⁷¹⁾ Die sächsische Regierung legte dar, daß es für Österreich nachteilig sei, wenn es einen Krieg provoziere, weil Preußen und England dadurch zur Neutralität bestimmt würden, und die deutschen Staaten erst dann Hilfe schicken könnten, wenn Preußen es auch tue.²⁷²⁾

Bayerischerseits waren in dieser Richtung Cetto von London aus, vor allem aber Wendland von Paris aus bemüht, indem sie ihre Regierung zu einer mäßigenden Beeinflussung Österreichs drängten, damit dieses billige Vorschläge annehme und Konzessionen zugestehen möge, die die Macht und das Ansehen Österreichs nicht verringerten, aber einen Krieg vielleicht abwenden würden. Wendland war von den französischen Ansichten wohl beeinflusst und glaubte, daß Österreich mehr als einen Grund habe, seine bisherige Politik zu ändern und namentlich den

269) 4.3., 19.3.1859 Bray, 5.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

270) 1.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

271) 17.2.1859 Lerchenfeld, 4.3.1859 Bray GSTM III.R.28/29

272) 1.2., 15.3.1859 Gise GSTM III.R.28/29

herben und unfreundlichen Ton zu vermeiden, durch welchen es verletze und sich seine Sympathien verscherze.²⁷³⁾ Er hoffte sehr, daß seine Ratschläge nach Wien weitergegeben würden, wovon jedoch keine Spuren zu finden sind.

Lerchenfeld sorgte durch seine Berichterstattung dafür, daß die bayerische Regierung sich keine Illusionen zu machen brauchte über die Entschlossenheit der österreichischen Regierung, einen raschen Kriegausbruch einer ewigen Ungewißheit vorzuziehen. Zur Begründung dieser Einstellung führte Lerchenfeld an, daß die Teilnahme Preußens und Englands doch nicht zu sichern sei, daß eine notwendige Entscheidung noch schwerer werde, wenn man sie hinausschiebe, und daß Österreich die Belastung seines Staatsschatzes durch die Rüstung nicht lange tragen könne.²⁷⁴⁾

Von der Pfordten teilte nicht die Ansicht, nach der es die österreichische Regierung sei, die den Krieg provoziere. Er verteidigte Österreich bei dem sardinischen Gesandten als den von Piemont herausgeforderten Teil.²⁷⁵⁾ Diese Haltung dem sardinischen Gesandten gegenüber könnte natürlich von politischer Berechnung bestimmt worden sein und nicht den unbedingten Beweis der echten Einstellung von der Pfordtens ergeben. Aber es war zweifellos von der Pfordtens ehrliche Ansicht, denn sonst würde er kaum dem österreichischen Gesandten mitgeteilt haben, wie sehr er fürchte, daß Napoleon mit der Cowley-Mission nur Zeit und die öffentliche Meinung für sich gewinnen wolle.²⁷⁶⁾ Und wie sollte man sonst verstehen, daß er Cowleys Argumentierung, Napoleon habe Angst vor einem österreichischen Angriff, mit einer bei ihm so seltenen Randbemerkung versah, worin er mit dem ärgerlichen Hinweis auf die von Napoleon inspirierten

273) 24.2.1859 Cetto, 5.2., 14.2., 16.2., 23.2., 24.2.1859
Wendland GSTM III.R.28

274) 23.2., 28.2., 5.3., 13.3., 15.3., 26.3., 21.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.28-30

275) 12.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

276) 13.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

tendenziösen Broschüren die Argumentierung Cowleys als lächerlich oder unverschämt bezeichnete.²⁷⁷⁾ Die tatsächliche Einstellung von der Pfordtens geht erneut aus einer seiner Randnoten zu einem Artikel des Monteurs hervor, der im April erschien. Der Artikel sollte die Aufregung in Deutschland beruhigen, wozu behauptet wurde, die französische Regierung hege keine Eroberungsgelüste gegen den Deutschen Bund, sondern wünsche nur, daß die Nationalitäten in Deutschland und Italien sich erhielten und stärkten. Mit dem Bemerkten, daß Frankreich kein nationales Deutschland fürchte, dessen Organisation mit den unitarischen Tendenzen, wie bereits im Zollverein, in Übereinstimmung gebracht werde, wollte man sicherlich den Ambitionen Preußens schmeicheln, wenigstens faßte Wendland diese Bemerkung in diesem Sinne auf.²⁷⁸⁾ Von der Pfordtens sah in diesem Artikel die Enthüllung eines rein revolutionären Programms, das nur noch Nationalitäten und keine Staaten und Regierungen mehr kenne. Er reagierte so stark darauf, daß er es für ein Unglück hielt, wenn es jetzt nicht zum allgemeinen Krieg und zur Entthronung Napoleons käme.²⁷⁹⁾

Der Vorschlag zu einem Kongreß der Großmächte

Mit der Rückkehr Cowleys nach Paris stiegen die Aussichten auf Erhaltung des Friedens etwas.²⁸⁰⁾ Über die Ergebnisse seiner Mission hörte man nichts mehr. Aber kurz danach trat die

277) Randnote Pfordtens bei Bericht Lerchenfelds vom 1.3.1859
GSTM III.R.29

278) 11.4.1859 Wendland GSTM III.R.30

279) Randnote Pfordtens bei Bericht Wendlands vom 11.4.1859
GSTM III.R.30

280) 14.3.1859 Cetto GSTM III.R.29

Der neapolitanische Geschäftsträger in München berichtete an seine Regierung, daß Wendland mit Walewski eine Unterredung gehabt habe nach der Rückkehr Cowleys nach Paris, in der der französische Außenminister geäußert habe, daß er zufrieden sei und nicht mehr am Frieden zweifle. (23.3.1859 Bianchini, jetzt ASTN) Diese Aussage ist in Wendlands Berichterstattung nicht zu finden.

russische Regierung mit dem Vorschlag an die österreichische Regierung heran, einen Kongreß der fünf Großmächte über die italienische Frage zu veranstalten. Den Berichten des bayerischen Gesandten zufolge war der Gedanke eines Kongresses ursprünglich von der französischen Regierung ausgegangen, und die russische Regierung war dann auf Vorstellungen Englands hin mit dem Plan hervorgetreten, wohl auch deshalb, weil Rußland nicht abgeneigt war, Österreich in eine heikle Situation zu bringen.²⁸¹⁾ Österreich konnte es sich auf keinen Fall leisten, den Kongreß abzulehnen und mußte die Bereitschaft zum Frieden zeigen, um die deutschen Staaten und England auf seiner Seite zu halten. Darüber schien sich Österreich nach der Meinung Lerchenfelds klar zu sein.²⁸²⁾

Es entspann sich nun in der folgenden Zeit ein verwirrendes Gehege von Verhandlungen zwischen den Großmächten, die im Rahmen dieser Arbeit nicht genau dargelegt werden brauchen. Man hat diese Verhandlungen ein diplomatisches Meisterwerk genannt, aber auch ein Meisterstück historischen Unverständnisses über die Kräfte, Interessen und Probleme, die auf dem Spiele standen.²⁸³⁾ Die englische Regierung entwarf ein Programm mit vier Punkten, über die auf dem Kongreß verhandelt werden sollten, nämlich:

1. über die Evakuierung des Kirchenstaates
2. über Reformen im Kirchenstaat
3. über die Substituierung der österreichischen Separatverträge mit den italienischen Herzogtümern durch eine italienische Konföderation
4. über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Österreich und Sardinien.

281) 23.2.1859 Bray, 1.4.1859 Montgelas, 25.3.1859 Gise, 23.3.1859 Perglas GSTM III.R.29/30
Die Frage des Ursprunges des Kongreßgedankens ist bei Ch.Friese, Rußland und Preußen S.179 nicht gelöst. Bei O.Aubry, zweite Kaiserreich, S.280 f. heißt es, Napoleon habe Gortschakoff gebeten den Kongreß vorzuschlagen.

282) 26.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

283) F.Valsecchi, La politica europea

Der status quo nach den Verträgen von 1815 sollte auf dem Kongreß nicht angetastet werden.

Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten einer Einigung lagen in der österreichischen Bedingung der Entwaffnung Sardinien und in der Frage der Beteiligung der italienischen Staaten am Kongreß. Österreich trug Bedenken, entgegen dem Aachener Protokoll über innere Angelegenheiten anderer Staaten ohne deren Beteiligung zu verhandeln. Deshalb plädierte Österreich für die Teilnahmeberechtigung der italienischen Staaten, aber nicht Sardinien, weil dieses nur mit seiner äußeren Politik an den Fragen interessiert sei.²⁸⁴⁾

Für die sardinische Regierung war der Kongreßvorschlag ein harter Schlag. Doenniges erkannte dies sehr richtig. Nach seinen Informationen hielt die sardinische Regierung eine Lösung auf diplomatischem Wege für ausgeschlossen, d.h. sie wollte eine solche umgehen, weil sie fürchtete, daß Österreich die Lombardei keinesfalls freiwillig abtreten werde, ja eher, daß der Besitz der Lombardei auf einem Kongreß Österreich erneut garantiert werde. Was Sardinien sich durch Opfer im Krimkrieg erkaufte hatte, die Beteiligung im Konzert der Großmächte, wollten die europäischen Staaten nun nicht weiterhin zulassen. Wie Doenniges richtig bemerkte, war Piemont also schon gegen die Idee eines Kongresses an sich und mußte außerdem noch um seine Beteiligung am Kongreß kämpfen.²⁸⁵⁾

Zu diesem Zweck fuhr Cavour Ende März eigens nach Paris und versuchte auch die englische Regierung zu gewinnen. Aber Napoleon konnte trotz großen Anstrengungen die Zulassung Sardinien zu dem Kongreß nicht erreichen. Allerdings schien Cavour Paris nicht hoffnungslos verlassen zu haben. Die Mei-

284) vergl. über die Verhandlungen bei F.Valsecchi, La mediazione; Horst Ley, Die englische Politik

285) 27.1., 2.2., 15.3., 26.3.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

nungen gingen darüber zwar auseinander; die Einen sagten, er sei wenig zufrieden, die Andern dagegen, er sei sehr zufrieden abgereist. Die Auslegung Wendlands mag wohl zutreffen, daß Cavour zu viel Geist habe, um seine Enttäuschung über den Ausschluß vom Kongreß der Öffentlichkeit zu zeigen, und daß es Cavour vielmehr daran lag, die Welt von einer unbegrenzten Intimität zwischen Frankreich und Sardinien glauben zu machen.²⁸⁶

Österreich konnte seine Forderung der Entwaffnung Sardiniens bei den Großmächten nicht durchsetzen und schlug deshalb eine allgemeine Abrüstung vor. Damit brachte es Sardinien und auch Frankreich in eine schwierige Lage. Cavour suchte einen Ausweg daraus, indem er einer Entwaffnung nur unter der Bedingung gleichberechtigter Teilnahme am Kongreß zustimmte. Daraufhin machten England und Preußen den Vorschlag, alle italienischen Staaten mit beratender Stimme zuzulassen. Dies lehnten der Kirchenstaat und Sizilien ab, und Toskana wich einer eindeutigen Stellungnahme aus. Nach Verger war bei der neapolitanischen Regierung die Abneigung gegen die Teilnahme an einem Kongreß am stärksten. Die Einstellung Ferdinands II. war selbst gegen eine gleichberechtigte Teilnahme gerichtet, weil er sich aus dem Konflikt vollständig heraushalten wollte. Er betrachtete es als unter seiner Würde, auf die Stufe zweit- oder drittrangiger Staaten gestellt zu werden und erkannte keinem Staat das Recht zu, einen anderen unabhängigen Staat vor die Gerichte zu schranken zu rufen. Die päpstliche Regierung teilte diese Ansicht und ging mit der neapolitanischen Regierung in dieser Frage Hand in Hand.²⁸⁷⁾ Die toskanische Regierung hielt eine

286) 26.3., 17.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
2.4.1859 Lerchenfeld, 1.4.1859 Wendland GSTM III.R.30

287) 2.4., 5.4.1859 Verger GSTM III.R.30
30.3., 15.4.1859 Martini an Buol HSTW XI Naples 12
31.3.1859 Bargagli an Lenzoni ASTF Segretario di Gabinetto
vergl. N.Bianchi: Storia documentata /20/43
Brays Meldung, daß Sizilien und der Kirchenstaat am Kongreß teilnehmen würden unter der Bedingung des gleichberechtigten Votums ist falsch (3.4.1859 Bray GSTM III.R.30)

Weigerung auf dem Kongreß zu erscheinen für unklug, weil sie befürchtete, daß dann Sardinien womöglich allein dort vertreten sein könne. Eine Entscheidung wollte sie erst dann treffen, wenn sie die Stellung Sardiniens im Falle einer Nichtbeteiligung der anderen italienischen Staaten auf dem Kongreß kannte.²⁸⁸⁾ Die bayerische Regierung wußte nur, daß Toskana ein größeres Interesse an der Teilnahme am Kongreß hatte, als der Kirchenstaat oder Sizilien.²⁸⁹⁾

England, seiner Bemühungen nicht müde, machte nun den Vorschlag, die Entwaffnung durch Kommissare regeln zu lassen, von denen Sardinien einen stellen sollte. Sobald diese Kommission ihre Arbeit aufgenommen hätte, sollte der Kongreß zusammentreten und zwar mit Teilnahme der italienischen Staaten analog des Laibacher Kongresses von 1821. Diesen Vorschlag nahmen Frankreich und Sardinien an, aber Österreich lehnte ihn ab.

Von der Pfordten versprach sich nicht viel von einem Kongreß und in seiner bekannten Befürchtung, Napoleon wolle nur Zeit gewinnen, bedauerte er, daß Österreich notgedrungen dem Kongreß zustimmen mußte und infolge seiner Rüstung Millionen verlieren werde und beklagte von vornherein jedes etwaige Zugeständnis, das Österreich auf französisches Drängen abgenötigt werde.²⁹⁰⁾

Österreichs Kriegsentschlossenheit

Während der erregten Verhandlungen zwischen den Großmächten und den wechselnden Erfolgsaussichten, von denen der bayeri-

288) 31.3., 1.4., 6.4.1859 Lenzoni an Bargagli ASTF Segretario di Gabinetto 20/43

7.4.1859 Martini an Buol HSTW XI Naples 12

289) 2.4., 9.4.1859 Verger GSTM III.R.30

290) 30.3., 6.4.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

23.3.1859 Bianchini, jetzt ASTN

schen Regierung mehr oder weniger exakte Nachrichten zukamen, wurde von der Pfordten immer mehr in seiner Überzeugung bestärkt, daß ein Krieg unvermeidlich bevorstehe und den einzigen Ausweg aus der "durch Frankreich absichtlich herbeigeführten Lage" darstelle.²⁹¹⁾ Die österreichischen Rüstungen ließen einen unmittelbaren Kriegsausbruch erwarten. Lerchenfeld beurteilte die Situation in Wien sehr richtig, daß Buol sowohl als auch Kaiser Franz Josef keinerlei Hoffnung auf Erfolg der Vermittlung hätten, weil die österreichische Regierung die Bedingung der vorherigen Entwaffnung Sardinien nicht fallen lasse, und die sardinische Regierung auf ihrer Teilnahme am Kongreß bestehe. Weiterhin meldete Lerchenfeld von der in Wien maßgebenden Meinung, daß ein Krieg nicht zu umgehen sei, weil Napoleon sich zu weit mit der italienischen Revolution eingelassen habe, und die österreichische Regierung die Opfer nicht zugeben könne, welche von ihr verlangt würden. Zudem denke man in Wien mit Angst an einen Zeitgewinn Napoleons zur Vollendung seiner Rüstung.²⁹²⁾ Die einzige Möglichkeit zur Vermeidung eines Krieges - so argumentierte die österreichische Regierung - werde von Preußen und England nicht wahrgenommen, da beide unterließen, Frankreich unter Druck zu setzen und mit einer anderen Gefahr, als der eines Krieges mit Österreich allein, zu drohen; durch die Verkennung dieser anderen Gefahr werde aber die eigentliche Veranlassung zum Krieg gegeben.²⁹³⁾

Von französischer Seite erwartete Wendland in Paris kein Nachgeben, und er rechnete mit einem Angriff Österreichs auf Sardinien.

291) 10.4.1859 Meneval AAE Bavière 236, 13.4.1859 Bianchini, jetzt ASTN; 6.4.1859 Hartig HSTW Bavière 26, 18.4.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830

292) 3.4., 7.4., 8.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30
Buol hatte am 6. April in der Ministerkonferenz erstmalig den Ausweg vorgeschlagen, den Krieg durch ein Ultimatum an Sardinien zu provozieren. vergl. J.v.Paio: Zur politischen Vorgeschichte des Feldzuges von 1859, MIOG 1929

293) 10.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30

nien. 294)

Die preußische Regierung machte sich über die Entschlossenheit Österreichs zum Krieg ebenfalls keine Illusionen, kritisierte diese Haltung aber scharf. Sie argumentierte bei dem bayerischen Gesandten damit, daß die Ablehnung Sardiniens, sich zu entwaffnen, nicht von Bedeutung sei, weil die Großmächte den allgemeinen Abrüstungsplan angenommen hätten, Sardinien aber ohne Hilfe Frankreichs nichts ausrichten könne. Österreich werde bei einem Kongreß auf zwei befreundete Stimmen zählen können und mit seiner eigenen die Mehrheit bilden. Bei einem Angriff Österreichs auf Sardinien aus militärisch-strategischen Gründen werde es aber alle politischen Vorteile verspielen.²⁹⁵⁾

Ähnliche Überlegungen führte Doenniges an. Er rechtfertigte die Haltung der sardinischen Regierung gegenüber der Kongreßfrage und hatte volles Verständnis dafür, daß Sardinien nicht bereit war, sich ohne österreichische Konzessionen zu entwaffnen, weil es ein zweites Mal ohne neue Anleihe und ohne Berufung der Kammern nicht mehr aufrüsten könne. Ihm schien die Lage Österreichs auf einem Kongreß durchaus vorteilhaft; die exaltierten Wünsche der Emigranten würden bestimmt nicht erfüllt werden, weil Cavour wohl alle Fragen zur Sprache bringen könne, dabei aber den anderen italienischen Staaten gegenüberstehe, die Österreichs Partei verstärken, sodaß Sardinien schließlich doch entwaffnen müsse.²⁹⁶⁾

Wenn man den bayerischen Berichten aus Berlin Glauben schenken darf, dann war auch die englische Regierung über Österreichs Einstellung ungehalten.²⁹⁷⁾ Die preußische Regierung be-

294) 17.4.1859 Wendland GSTM III.R.30

295) 9.4., 15.4.1859 Bray GSTM III.R.30

296) 7.4., 20.4., 21.4.1859 Doenniges GSTM LAIII Sard.14

297) 9.4.1859 Bray GSTM III.R.30

gegnete den österreichischen Beschuldigungen mit der allerdings nicht zutreffenden Behauptung, daß Napoleon sowieso nicht mit der Lokalisierung eines Krieges rechne und sich auch nicht durch eine drohende Erklärung des Deutschen Bundes abhalten lassen werde, wenn er den Krieg tatsächlich beschlossen habe. Außerdem erwähnte Schleinitz dem bayerischen Gesandten gegenüber, daß die preußische Regierung die Initiative eines Bruches mit Frankreich ergriffen habe.²⁹⁸⁾ Von einer solchen Änderung der preußischen Haltung konnte aber nicht die Rede sein. Der preußische Gesandte in Paris war zu einer Erklärung vor der französischen Regierung angewiesen, wonach Preußen sich volle Handlungsfreiheit erhalten wolle, sich weder durch die öffentliche Meinung, noch durch die Mittelstaaten drängen lasse, aber den Verpflichtungen gegenüber dem Deutschen Bund nachkommen werde.²⁹⁹⁾ Pourtalès gestand dem bayerischen Gesandten wohl ein, daß er nicht beauftragt sei, die Meinung zu vertreten, daß der Deutsche Bund zu Österreich stehen werde. Er bezweifle aber persönlich, ob die öffentliche Meinung in Deutschland nicht doch so mächtig sein und der preußischen Regierung keine freie Wahl lassen werde.³⁰⁰⁾

298) 9.4.1859 Bray GSTM III.R.30

299) vergl. APPr. vor allem Nr. 137, 285, 309

300) 17.4.1859 Wendland GSTM III.R.30

V. K a p i t e l

Bayerns Verhalten gegenüber dem Deutschen Bund, Preußen und

Österreich im März und April 1859

(Die bayerische Mobilmachung und Anfrage in Berlin - Die Frage der Bundesfestungen - Bayerische Ratschläge an Österreich - Preußens Stellungnahme zur bayerischen Anfrage)

Die bayerische Mobilmachung und Anfrage in Berlin

Als von der Pfordten gar nicht mehr an die Erhaltung des Friedens glaubte, beantragte er am 11. April bei Max, daß alle Vorbereitungen zur Kriegsbereitschaft der bayerischen Armee getroffen würden.³⁰¹⁾ Man hat Max oft den Vorwurf der Unentschlossenheit gemacht. Der österreichische Gesandte Hartig tadelte, daß der König vor jedem wichtigeren Entschlusse zurückschrecke, nichts mehr als die Störung seiner gewohnten Ruhe scheue und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nicht erfasse. Er beschuldigte besonders die gelehrte Umgebung des Königs, die von preußischer und russischer Seite beeinflusst sei, daß sie die Befürchtungen einer Gefahr für Deutschland unterdrücke und von jedem selbständigen Handeln entschieden abrate.³⁰²⁾ Es zeigte sich aber, daß diese Beurteilung des Königs mindestens in diesem Fall nicht zutraf. Es mag zwar sein, daß Max noch nicht jede Hoffnung auf Frieden aufgegeben hatte,³⁰³⁾ aber in der damaligen Situation schob er die Entscheidung über die Mobilisierung des bayeri-

301) 11.4.1859 Pfordten an Max GSTM III.R.30

302) 23.3., 1.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

303) vergl. F.Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten I S.221: Beust wäre bei seiner Durchreise durch München im April überrascht gewesen, daß König Max " sich nicht sehr begeistert für die österreichische Sache zeigte" und Beust aufforderte, alles zu tun um "den dummen Krieg" zu vermeiden.

vergl. ferner Th.Griewank, Württemberg, S.24 König Max habe die Hoffnung auf Frieden noch immer nicht aufgegeben.

schen Heeres nicht im geringsten hinaus. Auf den Antrag von der Pfordtens hin verlangte er eine Besprechung mit dem Kriegsminister von Lüder und mit den Generälen von der Mark und von der Tann.³⁰⁴⁾ Als diese mit den detaillierten Vorschlägen von der Pfordtens einverstanden waren, gab Max umgehend am 13. April den Befehl, die Kriegsbereitschaft ohne Aufsehen und Lärm zu vollziehen.³⁰⁵⁾ Man begann sofort mit den Vorbereitungen, was den auswärtigen Vertretern in München allerdings doch nicht verborgen bleiben konnte.³⁰⁶⁾

Und nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern auch schon früher hatte König Max eine aktive Haltung bewiesen. Er war es, der das Pferdeausfuhrverbot des Zollvereins zuerst anregte, wegen der Rücksicht auf Preußen allerdings vorläufig nicht weiter darauf bestand. Er selbst regte den Versuch an, mit den Mittelstaaten ein gemeinsames Auftreten gegenüber der preußischen Regierung zustande zu bringen, das sowohl wegen der Mittelstaaten als auch wegen der festen Haltung Preußens nicht erzielt wurde. Ferner war er sofort mit von der Pfordtens Vorschlag einverstanden, bei der preußischen Regierung einen neuen Vorstoß zu machen, um ihre Absichten zu erkunden.³⁰⁷⁾

Max hatte bereits im März eine Stellungnahme Preußens provozieren wollen,³⁰⁸⁾ was von der Pfordtens allem Anschein nach nicht billigte und des Königs Wunsch nicht berücksichtigte. Max gab der Fragestellung von der Pfordtens, ob und welche Anträge Preußen im Kriegsfall in Frankfurt stellen werde, noch eine genauere Formulierung, nämlich was Preußen als casus belli

304) Signat auf Antrag Pfordtens vom 11.4.1859 GSTM III.R.30

305) 12.4.1859 Pfordtens an Max GSTM III.R.30

306) 13.4., 11.5., 20.5., 26.6., 8.7.1859 Bianchini, jetzt ASTN
12.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
4.5.1859 Launay ASTT Prussia 36

25.4., 4.5., 14.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

307) 11.4.1859 Pfordtens an Max GSTM III.R.30

308) 2.3.1859 Max an Pfordtens GSTM III.R.29

betrachte und was es überhaupt zu tun gedenke. Außerdem ließ die bayerische Regierung in Berlin anfragen, ob eine Initiative Bayerns beim Deutschen Bund begrüßt werde, was erkennen ließ, daß die bayerische Regierung immerhin mit diesem Gedanken spielte und wohl auch damit rechnete, daß schon die Inaussichtstellung einer bayerischen Initiative einen gewissen Druck auf die preußische Regierung ausüben werde.³⁰⁹⁾

Die Frage der Bundesfestungen

Noch immer waren vom Bund keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt worden, außer über die Vervollständigung und Verstärkung der Artillerieausrüstung. Am 13. Mai wurde bei der Militärkommission die Armierung der Bundesfestungen beantragt.³¹⁰⁾

Preußen wollte diese Maßnahme nicht als Kriegsvorbereitung des Bundes erscheinen lassen, weil hierfür noch kein Grund vorhanden sei. Es machte deshalb den Vorschlag, wonach die einzelnen Regierungen die Durchführung der Maßnahme übernehmen und die dazu nötigen Gelder vorstrecken sollten, die der Bund später zurückvergüten müsse.³¹¹⁾

Österreich ging wider Erwarten auf den Vorschlag Preußens ein, obwohl es die Umgehung der Bundesbehörden nicht ohne Bedenken ansah.³¹²⁾ Die Nachgiebigkeit der österreichischen Regierung war immerhin erstaunlich, nachdem sie am 22. Februar noch erklärt hatte, sie werde bei Mobilmachung der Armee in Italien am Bund davon Anzeige machen. Dies hatte sie dann doch unterlassen, wogegen sie Lerchenfeld gegenüber Mitte März

309) 12.4.1859 Pfordten an Bray Signat Max' auf Entwurf Pfordtens an Bray vom 12.4.1859 GSTM III.R.30

310) vergl. H. Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S. 313 ff

311) 13.3.1859 Schleinitz an Fleming GSTM III.R.30

312) 20.3.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.29

- gerade zu der Zeit, als die Frage der Bundesfestungen diskutiert wurde - zwar den Kriegsausbruch als den Moment bezeichnete, wo sie Anträge am Bund stellen und zur Aufstellung einer Armee am Rhein raten werde, aber mißtrauischer denn je über die Haltung Preußens, die Mittelstaaten hat, doch schon jetzt den Fall einer Nichteinigung am Bund zu erwägen und ihre Haltung untereinander zu beraten.³¹³⁾ Das überraschende Eingehen Österreichs auf den preußischen Vorschlag ist wohl damit zu erklären, daß es im Augenblick vorzog, daß tatsächliche Vorbereitungen getroffen würden und wegen Formfragen nicht kleinlich und störrisch sein wollte.³¹⁴⁾

Württemberg und Baden stimmten dem preußischen Vorschlag zu. Hannover war ebenfalls, das Einverständnis Österreichs vorausgesetzt, dazu bereit.³¹⁵⁾ Die bayerische Regierung hatte die meisten Bedenken gegen die Umgehung des Bundes. Sie war sehr enttäuscht über das Nachgeben Österreichs, weil sie fürchtete, es könne ein Präzedenzfall geschaffen werden, der schließlich die Auflösung des Bundes nach sich ziehen werde. Von der Pfordten war mit der Umgehung des Bundes absolut nicht einverstanden. Er widerlegte die preußischen Ansichten in dieser Frage mit den Argumenten, daß bei der gegenwärtigen Aufrüstung fast aller Deutschland umgebenden Mächte, militärische Vorbereitungen des Bundes nicht als Provokation ausgelegt werden könne. Wenn man aber in der Armierung der Bundesfestungen eine ungerechtfertigte Demonstration erblicken würde, dann in der Tatsache als solche und gleichgültig, ob die Maßnahme durch den Bund oder durch die deutschen Regierungen durchgeführt werde. Gegen den preußischen Vorschlag führte von der Pfordten an, daß man der Bevölkerung in Deutschland wiederum den Anlaß gebe, sich über die Untätigkeit des Bundes

313) 17.3.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.29

314) Die Darlegungen H.Kentmanns, Preußen und die Bundeshilfe, S.320, daß Österreich den preußischen Vorschlag abgelehnt hat, treffen nicht zu.

vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit, II.S.347

315) 31.3.1859 Buol an Rechberg GSTM III.R.30

29.3.1859 Bray, 5.4.1859 Malzen, 2.4.1859 Gise GSTM III.
R.29/30

zu beklagen, in einer Angelegenheit, die unbestreitbar zu den Verpflichtungen des Bundes gehöre. Außerdem sei es der bayerischen Regierung nach der gesetzlichen Regelung ihres Finanzhaushaltes unmöglich, Vorschüsse für den Bund zu geben. König Max war mit den Darlegungen von der Pfordtens einverstanden. Aber er ließ nicht zu, daß gleichzeitig die Notwendigkeit betont werde, den Artikel 47 der Wiener Schlußakte anzuwenden.³¹⁶⁾ Vermutlich wollte König Max die preußische Regierung nicht noch mehr verstimmen, als es durch die Ablehnung des Vorschlages bezüglich der Festungsfrage ohnedies geschah.

Bevor die österreichische Regierung die Einstellung der bayerischen Regierung in dieser Frage erfahren hatte, schlug Reehberg, der Präsidialgesandte in Frankfurt, einen Mittelweg vor, nämlich bereits bewilligte und an den Bund eingezahlte Gelder für die Armierungskosten der Bundesfestungen zu verwenden, weil auf diese Weise ein eigener Beschluß nicht notwendig werde. Preußen erklärte sich mit dieser Lösung einverstanden, und auch Bayern gab seine Zustimmung, da so den Wünschen einigermaßen entsprochen wurde und der Bund nicht zu umgangen werden brauchte.³¹⁷⁾

Es wäre hier Gelegenheit gewesen energisch gegen Preußen aufzutreten, um zu zeigen, daß man unbeirrbar an den Bundesvorschriften festhalten wollte. Bayern war dazu entschlossen, aber Österreich selbst war es, das nachgegeben hatte und den Mittelstaaten in den Rücken gefallen war.

Während die bayerische Regierung zu Beginn der englischen Krise eine gewisse Schonung und Rücksichtnahme gegenüber der preussischen Regierung erkennen ließ und nur laue Versuche machte,

316) 26.3.1859 Pfordten an Max, 2.4.1859 Pfordten an Bray
GSTM III.R.29/30 siehe Anhang

317) 29.3.1859 Bray GSTM III.R.29
15.4.1859 Degenfeld an Pfordten und Vermerk Pfordtens
GSTM III.R.30
1.4.1859 Buol an Koller GSTM III.R.30
vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.320

auf sie einzuwirken, so trat mit der Mobilisierung des bayerischen Heeres und der letzten Anfrage an die preußische Regierung ein Wendepunkt in der Haltung der bayerischen Regierung ein. Im Gegensatz zu der bisherigen Tendenz, sich nicht am Bund voranzustellen und keinen Antrag dort einzubringen, war jetzt offensichtlich ein festeres und entschlosseneres Auftreten gegenüber Preußen zu beobachten.

Bayerische Ratschläge an Österreich

In Wien bemühte sich die bayerische Regierung nochmals um ein einlenkendes Verhalten Österreichs. König Max forderte diesen Schritt am selben Tag von seinem Außenminister, als er aus Berlin einen neuerlichen Bericht über die preußischen Anschuldigungen wegen des provokatorischen Auftretens Österreichs erhielt.³¹⁸⁾ In dieser Sache ist eine gewisse Diskrepanz der Ansichten zwischen von der Pfordten und König Max zu erkennen. Nach der Einstellung von der Pfordtens konnte nicht erwartet werden, daß dieser mit dem Vorschlag des Königs einverstanden war. Er kam dem königlichen Wunsch zwar nach, aber in einer abgeschwächten Formulierung. Max wollte Österreich den Rat geben, doch auf den Kongreßvorschlag einzugehen, damit kein Mittel unversucht bleibe, den Krieg zu verhüten.³¹⁹⁾ Von der Pfordten hingegen empfahl in der Note an die österreichische Regierung die ernstliche Erwägung des Vorschlages der allgemeinen Entwaffnung, weil bei österreichischer Zustimmung Sardinien und Frankreich gezwungen seien, ihre Kriegspläne aufzugeben oder keine Zweifel mehr darüber zu lassen, wer den Krieg haben wolle.³²⁰⁾ Während der Vorschlag des Königs mehr seiner Friedensliebe entsprang, ist in der Formulierung von der Pfordtens weniger die Absicht zu erkennen, einen Krieg

318) 9.4.1859 Bray GSTM III.R.30

319) 13.4.1859 Max an Pfordten GSTM III.R.30

320) 14.4.1859 Pfordten an Lerchenfeld GSTM III.R.30

überhaupt zu vermeiden, als durch diplomatisches Verhalten, Frankreich und Sardinien offensichtlich am Kriegausbruch schuldig werden zu lassen. Für die Annahme, daß König Max vielleicht die österreichische Niederlage voraussah, und der königliche Wunsch womöglich aus dieser Überlegung hervorging, kann kein Beweis erbracht werden. Hingegen ist eine allerdings undatierte Notiz des Königs vorhanden, worin er die Hoffnung ausdrückt, daß Österreich vielleicht allein mit Italien fertig werde.³²¹⁾

Die österreichische Regierung änderte ihre Haltung auf diesen Rat hin in keiner Weise. Sie gab der bayerischen Regierung eine Antwort erst als die Entscheidung über Krieg oder Frieden schon gefallen war.³²²⁾

Eigentümlicherweise wollte Schrenck in Frankfurt den österreichischen Präsidialgesandten über den Schritt seiner Regierung in Berlin nicht informieren. Man kann nicht gut annehmen, daß Schrenck davon keine Kenntnis gehabt hätte, da er bald nach der Absendung der bayerischen Note eine Audienz bei König Max hatte, der sich um diese Zeit gerade in Darmstadt aufhielt. Es wäre kein Grund denkbar, warum der König seinen Gesandten nicht von den neuesten Vorgängen hätte unterrichten sollen. Nachdem Schrenck mit König Max zusammengekommen war, erklärte er Rechberg in einer Unterredung ausdrücklich, daß Bayern fest entschlossen sei, einem Bundesbeschluß zuzustimmen, durch welchen der Bund sich verpflichten würde, an einem Krieg gegen Frankreich teilzunehmen, daß Bayern aber vermeiden werde, sich voranzustellen und einen solchen Beschluß beim Bund zu beantragen. Rechberg erfuhr am selben Tag, an dem er seinen Bericht über die Unterredung mit Schrenck datiert hatte, von der bayerischen Note an Preußen. Er erklärte sich den Widerspruch zwischen der Sprache Schrencks und der durch die Note gekenn-

321) Notiz Max GHL 79/1/165

322) 21.4.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.30

zeichneten Haltung der bayerischen Regierung durch die Annahme, "der sehr entschiedene Herr von der Pfordten" habe in Abwesenheit des Königs ohne dessen Befehl den Erlaß an Bray abgeschickt.³²³⁾ Noch erstaunlicher muß die Situation für Rechberg geworden sein, als dieser aus einer nicht näher bezeichneten Quelle erfuhr, daß Schrenck angeblich selbst die bewußte Note mitredigiert haben solle.³²⁴⁾ Diese Behauptung muß jedoch ein Irrtum gewesen sein. In den Akten sind keine Spuren zu finden, daß Schrenck an der Abfassung der Note beteiligt war. Man kann sich das Verhalten Schrencks höchstens damit erklären, daß Max die Sprache Schrencks befohlen hatte, um nicht einer Ermunterung der österreichischen Regierung zur Unvorsichtigkeit beschuldigt zu werden.

In Hannover war man erbittert darüber, daß Bayern ohne Verständigung mit den anderen Mittelstaaten die Initiative gegenüber Preußen in die Hand genommen hatte. Die hannoveranische Regierung machte der bayerischen deswegen Vorwürfe und kritisierte das Verhalten Bayerns, das sich von dem Entschluß Preußens abhängig gemacht habe. Sie erklärte, jeder weiteren Verpflichtung gegenüber Bayern enthoben zu sein und ihre eigenen Wege gehen zu wollen.³²⁵⁾ Diese aus kleinlicher und verderblicher Eifersucht eingegebenen Vorwürfe können nicht anders als lächerlich bezeichnet werden. Von der Pfordten hatte sie auch so empfunden³²⁶⁾ und wollte anfangs überhaupt nicht darauf eingehen. Er zog es dann doch vor, der hannoveranischen Regierung eine Rechtfertigung zu geben, man habe gar keinen Antrag, sondern nur eine Anfrage gestellt, die nicht im Widerspruch zu dem versprochenen gemeinschaftlichen Vorgehen stehe. In einer etwas beleidigenden Weise unterdrückte von der Pfordten sein Mißfallen über die Eifersucht

-
- 323) 20.4.Nr.28A + 28B 1859 Rechberg an Buol HSTW II Deutscher Bund 43
324) 22.4.1859 Rechberg an Buol Telegramm HSTW II Deutscher Bund 43
325) 21.4.1859 Perglas GSTM III.R.30
326) Vermerk Pfordtens auf Bericht von Perglas vom 21.4.1859 GSTM III.R.30

Hannovers nicht. Bayern könne die Stellung, die es im Bunde einnehme und die Verpflichtung, welche diese Stellung auferlege, nicht den Wünschen einer Regierung opfern, welche mit unverkennbarer Unruhe sich einen über ihre Macht hinausgehenden Einfluß beizulegen bestrebt sei.³²⁷⁾

Ein Vorwurf kann der bayerischen Regierung wegen ihres alleinigen Vorgehens kaum gemacht werden. Abgesehen von der Verzögerung, die bei einem gemeinsamen Schritt der Mittelstaaten in Berlin eingetreten wäre, konnte die bayerische Regierung nach ihrer früheren Erfahrung kaum annehmen, daß eine Einigung über einen solchen Schritt mit allen Mittelstaaten erzielt worden wäre.

Preußens Stellungnahme zu der bayerischen Anfrage

Der österreichische Gesandte in Berlin meinte zu wissen, daß die bayerische Note aneifernd und nützlich gewirkt habe, Schleinitz allerdings sei unangenehm davon berührt worden.³²⁸⁾ Der Schritt der bayerischen Regierung hatte insofern einen Erfolg, als sich die preußische Regierung in ihrer Antwort mit der Definierung des casus belli im gewissen Sinne festlegte. Danach war ein Eingreifen Preußens unmittelbar bei Kriegsausbruch nicht zu erwarten, sondern erst dann, wenn bereits ein Zusammenstoß zwischen Frankreich und Österreich stattgefunden hatte. Für diesen Fall versprach es je nach den Umständen militärische und strategische Maßregeln zu beschließen, die aber verhindern müßten, daß der Kriegsschauplatz von Italien nach Deutschland verlegt werde. Die Hinauszögerung der preußischen Hilfe an Österreich begründete Schleinitz damit, daß sich Österreich durch seine Absicht, so bald wie möglich loszuschlagen, aller politischen Vorteile beraube, und daß außerdem die Rü-

327) 25.4.1859 Pfordten an Perglas GSTM III.R.30

328) 19.4.1859 Koller an Buol HSTW III Prusse 65

stung der deutschen Staaten erst beendet sein müsse.³²⁹⁾

Allgemein rechnete man damit, daß Preußen mit der Zeit aus seiner neutralen Stellung heraustreten werde. Bray war dieser Ansicht.³³⁰⁾ Die preußischen Gesandten in Paris und Wien äußerten sich im gleichen Sinn, allerdings mehr in Form ihrer persönlichen Meinung.³³¹⁾ Beust hatte ebenfalls auf einer Reise nach Berlin den Eindruck gewonnen und von dem Prinzregenten die Versicherung erhalten, daß erst ein Angriff Frankreichs auf österreichische Besitzungen für Preußen das Zeichen sei, entscheidende Schritte zur Unterstützung Österreichs zu ergreifen. Nach Andeutungen des Fürsten von Hohenzollern, hielt es Beust weiterhin für wahrscheinlich, daß Preußen von Österreich Zugeständnisse wegen seiner Stellung am Bund verlange.³³²⁾

Von der Pfordten hatte richtig kalkuliert, daß Preußen es sich nicht leisten könne, eine unbewaffnete Neutralität einzuhalten.³³³⁾ Tatsächlich wurden um diese Zeit militärische Vorbereitungen der preußischen Regierung beobachtet. Material und Pferde waren schon genügend vorhanden, die Einberufungsbefehle lagen bereit, und Bray meinte, daß sie in 8-14 Tagen abgeschickt würden. Zum Teil wurden die auf längerem Urlaub befindlichen Lannschaften einberufen.³³⁴⁾

Diese Beobachtung der preußischen Vorbereitung trug sicherlich dazu bei, irgendwelche Bedenken der bayerischen Regierung gegen die Mobilisierung des eigenen Heeres zu zerstreuen. Preußen hatte ja auch früher den deutschen Regierungen die Fortsetzung der Kriegsvorbereitungen empfehlen und sogar zu der Zeit, als man noch Hoffnungen für die Annahme des Kongreßvorschlages hegte.³³⁵⁾ Gleichzeitig mit ihrer Antwort-

329) 15.4.1859 Bray GSTM III.R.30

330) 9.4., 11.4.1859 Bray GSTM III.R.30

331) 6.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30, 7.4.1859 Doenniges GSTM LAIII Sard.14

332) 13.4.1859 Gise GSTM III.R.30; vergl. P.Hassel, König Albert von Sachsen II.S.41; ferner Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten I.S.221 + 229 ff

333) 7.4.1859 Pfordten an Pfistermeister GFM I.Pfi.34/4

334) 9.4., 11.4.1859 Bray GSTM III.R.30

335) 3.4.1859 Bray GSTM III.R.30

tung der bayerischen Anfrage bat die preußische Regierung um Auskunft, wie lange Bayern brauche, um sein Bundeskontingent mobil zu machen und ließ mitteilen, daß Preußen seinerseits drei Wochen benötige, um 150 000 Mann am Rhein aufzustellen.³³⁶⁾ Der bayerische Kriegsminister rechnete mit 6 Wochen.³³⁷⁾ Von der Pfordten schien diese Zeit vielleicht etwas zu lang, oder er wollte der preußischen Regierung nicht den Anlaß zum Hinausschieben eines Bundesbeschlusses geben, denn er fügte hinzu, daß nach seiner Überzeugung bereits vier Wochen ausreichen würden.³³⁸⁾

336) 15.4.1859 Bray GST. III.R.30

337) 18.4.1859 Pfordten an Lüder GST. III.R.30

338) 20.4.1859 Pfordten an Bray GST. III.R.30

VI. K a p i t e l

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich und das Ultimatum

(Die Mission des Erzherzogs Albrecht - Die Reaktion auf das Ultimatum Österreichs bei den Großmächten - Die Reaktion Bayerns und der anderen deutschen Staaten)

Die Mission des Erzherzogs Albrecht

Es ist bemerkenswert, daß die bayerische Regierung sich genau an dem Tag zu dem drängenden Schritt bei der preußischen Regierung entschloß, an welchem Österreich den Erzherzog Albrecht in außerordentlicher Mission nach Berlin schickte, um mit Preußen eine Einigung zu erzielen. Buol gab den deutschen Regierungen ausführlich Auskunft über den Zweck der Entsendung.³³⁹⁾

Albrecht hatte die weiteren Pläne Österreichs bekanntzugeben: Der Kaiser werde an die sardinische Regierung eine letzte Aufforderung zur Entwaffnung richten; falls Sardinien ablehne, werde Österreich sich der Erklärung entbunden fühlen, Sardinien nicht anzugreifen. Albrecht hatte außerdem den Auftrag, die Grundlinien einer Allianz mit Preußen festzulegen. Von den deutschen Staaten erwartete Österreich, daß sie sich dann dieser Allianz, ohne auf die Form der Vereinigung Wert zu legen, anschließen würden. Österreich verlangte von Preußen ein Bündnis, für das es selbst nichts anbieten wollte außer der Bereitwilligkeit, die preußischen Wünsche bei der Durchführung der Allianz zu berücksichtigen. Falls Preußen sich ablehnend verhalte, wollte Österreich beim Deutschen Bund von seinen nahezu vollendeten Rüstungen Anzeige machen und darauf hinweisen, daß eine Invasion französischer Truppen in Italien die politischen Interessen Deutschlands und die Integrität des Bundes ge-

339) 11.4.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.30 vergl. H. Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S. 325-335
11.4., 12.4., 15.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30

fährde. Für diesen Fall sollte Albrecht erkunden, wie Preußen sich verhalten werde, wenn eine andere deutsche Regierung den Antrag auf Kriegsbeteiligung beim Bund stellen würde. Buol legte den deutschen Regierungen nahe, die Eventualität eines preußischen Protestes gegen einen Mehrheitsbeschluß beim Bund und die unter diesen Umständen mögliche Haltung der deutschen Regierungen in Erwägung zu ziehen.

Beust zeigte sich über die Schritte der österreichischen Regierung bestürzt. Die Mission Albrechts schien ihm übereilt, das Verfahren Österreichs, mit Preußen eine Allianz zu schließen, diktatorisch, ein österreichischer Angriff auf Sardinien vor Europa unverantwortlich. Er protestierte gegen die Zumutung, die deutschen Regierungen sollten sich einem Bündnis anschließen, das nicht nach dem normierten Verfahren durchgeführt werde. Er lehnte einen Mehrheitsbeschluß als dem deutschen Interesse widersprechend ab, weil Deutschland ohne Preußens Hilfe und selbst bei Unterstützung von 3 preußischen Corps einem französischen Angriff nicht gewachsen sei, die bloße Kriegsbereitschaft aber den deutschen Staaten nur empfindliche Lasten aufbürde, ohne Österreich erheblichen Nutzen zu bringen.³⁴⁰⁾

Die Antwort der bayerischen Regierung auf die österreichischen Eröffnungen wurde durch die Abwesenheit des Königs etwas verzögert. Aber von der Pfordten äußerte sich bereits bei Mitteilung der Depesche dem österreichischen Gesandten gegenüber in einer

540) 16.4.1859 Gise GSTM III.R.30

vergl. P.Hassel, König Albert von Sachsen II.S.44 (Beust an Könneritz) "Ich bin gewiß kein Schwärmer für Preußen, aber wäre ich dort Minister, so würde mir das Blut zu Kopfe steigen, wenn man mir an der Spitze einer solchen Militärmacht vorschläge, in einen meinen nächsten Interessen fernliegenden und höchst gefährlichen Krieg gegen die Zusicherung einzutreten, daß auf meine Wünsche bei der Ausführung billige Rücksicht genommen werden soll". vergl. ferner F.Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I .S.230

Lerchenfeld aus Wien berichtete hingegen, daß Sachsen der österreichischen Auffassung volle Billigung zolle.

(15.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30) Die bayerische Regierung wird sich aber trotzdem nicht täuschen haben lassen, da ihr aus Dresden direkt anderslautende Meldung zukam.

mit der später abgefaßten schriftlichen Note übereinstimmenden Weise.³⁴¹⁾ Ebenso wie die sächsische Regierung betonte von der Pfordten, man lege Wert darauf, daß die vorgeschriebenen Formen der Bundesverfassung eingehalten würden. Aber im Gegensatz zu der sächsischen Regierung sprach sich die bayerische Regierung für einen Bundesbeschluß aus, auch für den Fall einer Nichteinigung zwischen Preußen und Österreich. Sie hatte allerdings nach ihren Informationen berechtigten Anlaß zu hoffen, daß auch Preußen bei Eingreifen Frankreichs in den Krieg den Artikel 47 der Wiener Schlußakte als gegeben anerkennen und sich der Bundesmajorität fügen werde. Sie hielt es für unwahrscheinlich, daß Preußen sich weigern werde, einen Mehrheitsbeschluß anzuerkennen und dadurch gleichsam die Auflösung des Deutschen Bundes zu verursachen. Eine einzige Einschränkung machte von der Pfordten bei den Prognosen über die Haltung Preußens und zwar für den Fall, daß Österreich selbst den Krieg in Italien beginnen würde. Unter diesen Umständen rechnete von der Pfordten mit Schwierigkeiten bei der Herbeiführung eines raschen und einmütigen Beschlusses zur Mobilmachung der Bundeskontingente, weil es ihm möglich schien, daß England und Preußen den Unterschied zwischen einem politischen und einem strategischen Angriff nicht gelten lassen und Österreich nicht unterstützen würden. Die bayerische Regierung legte natürlich Österreich nahe, diese Eventualität nicht eintreten zu lassen. Auf Anordnung des Königs mußte von der Pfordten in der Antwortnote an Österreich die Andeutung, der Unterschied zwischen einem strategischen und politischen Angriff sei an sich wohlbegründet, weglassen. Damit hätte die bayerische Regierung praktisch die Zustimmung zu einem österreichischen Angriff erteilt und es war nur klug von Max, dies zu verhindern und nicht den Zweck der Warnung

341) 14.4.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
21.4.1859 Pfordten an Lerchenfeld GSTM III.R.30.
siehe Anhang

vor einem aggressiven Handeln durch ein Bekenntnis allzugroßen Verständnisses für die Lage Österreichs fast gänzlich wieder aufzuheben.

Die Reaktion auf das österreichische Ultimatum bei den Großmächten

Bevor noch die Ergebnisse der Mission des Erzherzogs Albrecht bekannt wurden, überstürzten sich die Ereignisse in einer Weise, daß innerhalb einiger Tage die Entscheidung über Krieg und Frieden gefallen war. Am 19. April hatte der französische Gesandte in Wien den zwischen England und Sardinien besprochenen Vorschlag formuliert, die Entwaffnung Sardiniens, Frankreichs und Österreichs durch 6 Kommissare durchzuführen, den Kongreß der 5 Mächte abzuhalten und alle italienischen Staaten unter den nämlichen Modalitäten hinzuzuziehen wie bei dem Kongreß zu Laibach.

Für Österreich wurde die Lage mit diesem Vorschlag und mit der Einwilligung Sardiniens abzurufen äußerst schwierig. Österreich wies den Vorschlag zurück, weil es eine Teilnahme Sardiniens am Kongreß keinesfalls zulassen wollte. Der preussische Gesandte in Wien hatte die Anweisung seiner Regierung, unterstützt von Rußland und England, den Vorschlag nochmals der österreichischen Regierung zu empfehlen.³⁴²⁾ Ehe er dem Wunsch seiner Regierung nachkommen konnte, hatte die österreichische Regierung, ohne die Rückkehr und das Ergebnis der Sendung Albrechts abzuwarten, die direkte und ultimative Aufforderung zu entwaffnen an Sardinien gerichtet.³⁴³⁾

Unmittelbar danach machte England einen letzten Vermittlungsversuch mit dem Vorschlag, die Verhandlungen an der Stelle

342) 21.4.1859 Lerchenfeld
21.4.1859 Bray GSTM III.R.30

343) vergl. über den Entschluß zum Ultimatum von J.v.Paič, Zur politischen Vorgeschichte, und Fr.Engel-Jánosí, L'ultimatum austriaco del 1859, Rass.stor.del Ris.1937

wiederaufzunehmen, wo sie am Ende der Cowley-Mission gestanden hatten, jedoch die Entwaffnung Frankreichs, Österreichs und Sardinien sofort zu beginnen, oder aber den Zustand der Armeen unverändert zu lassen, bis der Ausgang der Vermittlung bekannt sei. Dieser letzte englische Vorschlag ging eigentlich von Wien aus.³⁴⁴⁾ Buol hatte am 22. April nach London telegraphiert, Österreich sei geneigt, Verhandlungen wieder aufzunehmen. Österreich nahm dann den Vorschlag auch an, Frankreich ging aber nicht mehr darauf ein.

Mit dem Ultimatum wurden die Verhandlungen, welche Erzherzog Albrecht in Berlin führte, abgebrochen. Man hatte dort nur mit Mißbehagen das Kommen des Erzherzogs gesehen,³⁴⁵⁾ und es war kaum anzunehmen, daß die preußische Regierung sich zu einer Allianz bereit erklärt hätte. Die Gleichstellung der Lombardei und Venetiens mit dem Bundesgebiet lehnte die preußische Regierung ab. Lerchenfeld meldete anfangs eine verhältnismäßig zuversichtliche Stimmung der österreichischen Regierung, die aber bald nachließ.³⁴⁶⁾ Bray wußte von dem Erzherzog selbst, daß dieser in politischer Hinsicht nicht sehr befriedigt sei, und daß ein Eingreifen Preußens in den Krieg erst nach einem Zusammenstoß zwischen Österreich und Frankreich zu erwarten sei.³⁴⁷⁾ Erzherzog Albrecht hatte die preußische Regierung auf die Möglichkeit eines österreichischen Ultimats in Turin vorbereitet. Aber in Berlin glaubte man doch nicht an den baldigen Eintritt dieser Möglichkeit, noch dazu, weil Preußen dringend davon abgeraten hatte. Die preußische Regierung war so ungehalten über diesen Schritt, der ihrer Ansicht nach Österreich kompromittierte, daß sie in Wien

344) vergl. F. Valsecchi: L'unificazione italiana e la politica europea, Milano 1940; Fr. Engel-Samosi: "L'ultimatum austriaco del 1859"

345) 12.4.1859 Bray GSTM. III.R.30

346) 18.4., 19.4.1859 Lerchenfeld GSTM. III.R.30

347) 14.4., 15.4., 20.4.1859 Bray GSTM. III.R.30

dagegen protestierte.³⁴⁸⁾

Die österreichische Regierung hatte die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es anfangs zwar den Krieg allein und ohne Hilfe Preußens und des Deutschen Bundes beginnen müsse, daß sie aber später doch von dieser Seite aktive Unterstützung finden werde.³⁴⁹⁾ Bezeichnenderweise meinte der sardinische Gesandte in Frankfurt zu wissen, die preußische Regierung wolle ihr Kontingent verweigern, wenn der Bund sich jetzt trotzdem für Österreich erklären werde.³⁵⁰⁾

In London wirkte die Nachricht von der österreichischen Somnation wie eine "platzende Bombe". Die englische Regierung beklagte die Übereilung und überschüttete den österreichischen Gesandten mit Vorwürfen. In Wien ließ sie eine scharfe Protestnote gegen die Haltung Österreichs übergeben mit der Erklärung, England könne danach Österreich nicht mehr helfen. Der österreichische Gesandte parierte diese Drohung mit der Entgegnung, Österreich habe auch bisher nicht mit der Hilfe Englands gerechnet.³⁵¹⁾ Diese Ansicht war nicht unbegründet, und auch der bayerische Gesandte in London rechnete mit der Neutralität Englands. Max hatte im März ausdrücklich um Aufschluß der mutmaßlichen Haltung Englands in einem Krieg gebeten.³⁵²⁾ Cetto hielt ein Eingreifen Englands für wahrscheinlich, falls auch Rußland sich beteiligen werde. Im übrigen erwartete er eine bewaffnete Neutralität Englands mit dessen Vorbehalt jeglicher Handlungsfreiheit. Der Regierungschef selbst erklärte Cetto, England werde keinesfalls helfen, Öster-

348) 23.4., 24.4.1859 Bray, 23.4., 26.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30

349) 23.4.1859 Schleinitz an Löwenstein GSTM III.R.30
18.4.1859 Lerchenfeld, 21.4.1859 Buol an Hartig GSTM III.R.30; vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.335

350) 25.4.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44

351) 22.4., 25.4.1859 Cetto, 22.4., 23.4., 27.4.1859 Lerchenfeld, 23.4.1859 Bray, 22.4.1859 Perglas GSTM III.R.30
25.4.1859 Doenniges GSTM LAIII Sard.14

352) 23.3.1859 Max an Pfordten GSTM III.R.29

reichs Rechte zu verteidigen oder die italienischen Regierungen gegen die Wünsche des Volkes für Reformen zu schützen. Aber die englischen Interessen im Mittelmeer werde man sorgfältig beachten und nicht gleichgültig sein gegenüber irgendwelcher Änderung der adriatischen Besitzverhältnisse.³⁵³⁾ Diese Ansicht herrschte nach dem Ultimatum weiterhin vor.³⁵⁴⁾ Von der Pfordten und Beust waren sich darüber im Klaren.³⁵⁵⁾ Natürlich hatte Österreich einige Sympathien in England verloren, aber wegen des Mißtrauens gegen Frankreich stellte sich England doch nicht eindeutig auf die Seite der Feinde Österreichs, obwohl es der italienischen Bewegung wohlgesinnt war.

Schon vor dem Ultimatum Österreichs trat Rußland mehr und mehr aus seiner Reserve heraus. Sachsen hatte diese Beobachtung in München mitteilen lassen.³⁵⁶⁾ Durch eigene Informationen wußte die Regierung in München auch, daß Rußland während der Verhandlungen über einen möglichen Kongreß den Vorschlag machte, ihn ohne Österreich und Sardinien stattfinden zu lassen. Preußen lehnte dieses Ansinnen jedoch sofort ab.³⁵⁷⁾ Man beobachtete in München weiter die Absicht der russischen Regierung, Frankreich für die russischen Interessen im Orient zu gewinnen und erwartete eine Politik Rußlands, die sich ganz danach richten werde, ob Frankreich für die Revision der Verträge von 1856 zu gewinnen sei oder nicht.³⁵⁸⁾

Um die gespannten Beziehungen zwischen Österreich und Rußland etwas zu bessern, schickte die österreichische Regierung vor dem Ultimatum einen Spezialgesandten nach Petersburg. Man wählte für diese Mission Karolyi aus, in der Annahme, dieser sei bei der russischen Regierung gern gesehen.³⁵⁹⁾ Der bayerische

353) 7.3., 19.4.1859 Cetto GSTM III.R.29/30

354) 25.4., 26.4., 27.4.1859 Cetto, 22.4.1859 Perglas GSTM III.R.3
25.4.1859 Bunsen an Doenniges GSTM MAIII Sard.14

355) 25.4.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
F.Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I.S.241
Ernst II: Aus meinem Leben III.S.470

356) 13.4.1859 Gise GSTM III.R.30

357) 11.4.1859 Cetto, 12.4.1859 Montgelas GSTM III.R.30

358) 7.6., 21.6.1859 Montgelas GSTM III.R.32

359) 15.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30

Gesandte in Petersburg meldete aber die in der russischen Hauptstadt vorherrschende Meinung, man habe eine markantere Persönlichkeit der österreichischen Diplomatie wählen müssen, um Rußland zu schmeicheln.³⁶⁰⁾ Da Karolyi vom Zaren nicht gleich empfangen wurde, inzwischen aber das Ultimatum gestellt, und die ganze Situation dadurch verändert worden war, blieb für Karolyi nichts mehr zu tun übrig.³⁶¹⁾

Die russische Regierung war nach bayerischen Berichten indigniert über das österreichische Verhalten, über die "beleidigende Rücksichtslosigkeit" gegenüber den Mächten, machte Österreich allein für den Krieg verantwortlich, protestierte in Wien und drohte aus der beobachtenden Neutralität hervorzutreten. Wie Bray meldete war sogar von der Abberufung Balabines aus Wien die Rede. 240 000 Mann wurden in Rußland einberufen und Truppen an die südöstliche Grenze vorgeschoben.³⁶²⁾ Diese Maßnahme bestärkte natürlich die Furcht, daß Rußland sich am Krieg beteiligen werde. Allerdings hatte man bei der bayerischen Regierung auch bisher nicht sicher mit der russischen Neutralität gerechnet.³⁶³⁾

Die französische Regierung bemühte sich, wegen der ultimativen Entwaffnungsforderung an Sardinien bestürzter und überraschter zu zeigen, als sie es vielleicht wirklich war, um somit Österreich ganz und gar die Schuld wegen des Kriegsausbruches in die Schuhe zu schieben. Bestürzt war sie nach Wendlands Ansicht höchstens deshalb, weil ihr keine Zeit mehr bleibe, ihre Rüstungsvorbereitungen zu vollenden.³⁶⁴⁾ Banneville, der französische Gesandte in Wien, eilte zu Buol und versicherte, daß Frankreich alle österreichischen Forderungen

360) 24.4.1859 Montgelas GSTM III.R.30

361) 27.4.1859 Montgelas GSTM III.R.30

362) 23.4.1859 Bray, 23., 29.4.1859 Lerchenfeld, 28.4.1859 Cetto, 27.4.1859 Montgelas GSTM III.R.30/31

363) 20.4.1859 Bray GSTM III.R.30

364) 24.4.1859 Wendland GHM 77/5/86; vergl. F.Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I. S.222 f

ja doch zugestanden habe, und Sardinien bereit sei, ohne jede Bedingung zu entwaffnen. Buol glaubte diesen Erklärungen nicht.³⁶⁵⁾ Einige Tage später ließ die französische Regierung Österreich wissen, daß die Überschreitung des Tessins und der sardinischen Grenze durch österreichische Truppen für sie den Grund zur Kriegserklärung darstelle.³⁶⁶⁾

Erschrecken konnte man die österreichische Regierung mit dieser Drohung natürlich nicht, weil sie das Ultimatum ja nur gestellt hatte, damit es endlich zum Krieg komme. Sie hatte höchstens Angst, wie Buol dem bayerischen Gesandten eingestand, daß Sardinien nachgeben und die unbedingte Zustimmung zur Entwaffnung in die Hände Frankreichs legen werde, was bedeuten würde, daß Österreich zwar auf der Abrüstung Sardiniens bestehen könnte, aber trotzdem damit die italienische Frage wieder nicht entschieden wäre.³⁶⁷⁾ Dieser Fall trat freilich nicht ein.

Die Reaktion Bayerns und der anderen deutschen Staaten

Die Reaktion bei den deutschen Regierungen auf die österreichische Somnation war verschieden. Der Großherzog von Hessen-Darmstadt verlor viel von seinem Enthusiasmus, Österreich zu helfen, aber war trotzdem bereit, sich in allen Fragen der Bundesmajorität zu beugen.³⁶⁸⁾ Hügel, der württembergische Außenminister, erkannte die Notwendigkeit für Österreich an, eine rasche Entscheidung herbeizuführen. Die "gewichtigen Gründe für ein Zusammengehen der deutschen Staaten" schienen ihm auch durch das Ultimatum nicht erschüttert, und der Nachteil, den Preußen dadurch erlitten hatte, glaubte er durch die

365) 22.4.1859 Lerchenfeld GSTM. III.R.30

366) 27.4.1859 Lerchenfeld GSTM. III.R.30

367) 22.4., 25.4.1859 Lerchenfeld GSTM. III.R.30

368) H.Steinhausen, Hessische Politik, S.11

Berechtigung, größere Zugeständnisse von Österreich für die Bundeshilfe verlangen zu können, aufgehoben zu sehen.³⁶⁹⁾

Der Großherzog von Baden beurteilte das Ultimatum als die "gerechtfertigteste aller Kriegserklärungen".³⁷⁰⁾ Beust jedoch sah, daß für Österreich nur Nachteile aus dessen Verhalten entstanden seien. Das österreichische Kabinett habe sich nach allen Seiten hin in eine schiefe Stellung gebracht, die französische Kriegspartei dadurch anwachsen lassen, und das ganze Verfahren sei so ungeschickt ausgeführt worden, daß Frankreich gerade so viel Spielraum bleibe, um zur rechten Zeit am Kampfplatz zu erscheinen.³⁷¹⁾

Von der Pfordten verstand die Einstellung der österreichischen Regierung durchaus und äußerte sich beistimmend zu ihrem Vorgehen, denn auch er erwartete ja von einem Kongreß keinerlei Ergebnisse, die den Frieden wirklich sichern könnten. Die Folgen des Ultimatus konnten nach von der Pfordtens Ansicht die Vorteile aufwiegen, welche Österreich dadurch gewann, daß es nicht länger auf eine Entscheidung warten mußte. Er glaubte, die ernsthafte Verstimmung in London werde auch nichts ändern an dem Entschluß der englischen Regierung, so lange ihre bewaffnete Neutralität zu wahren, bis ihre eigenen Interessen auf dem Spiele stünden. Und er hoffte, daß die Geiztheit Preußens durch die Stimmung in Deutschland und den Gang der Dinge ausgeglichen werde.³⁷²⁾ Diese Hoffnung war nicht unberechtigt, denn die öffentliche Meinung hatte sich bereits vor dem Ultimatum für eine Initiative Österreichs gegenüber Sardinien geäußert und zu erkennen gegeben, daß die Erhaltung des Friedens bedauert werde.³⁷³⁾

369) Th. Griebank, Württemberg, S. 24.

370) L. Oncken: Großherzog v. Baden I. S. 104

371) L. Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten I. S. 239

372) 25.4.1859 Hartig Telegramm, 25.4.1859 Hartig MSTW IV
Davière 26; vergl. Th. Griebank, Württemberg, S. 25

373) 20.4.1859 Hartig MSTW IV Davière 26, 22.4.1859 Bianchini,
jetzt ASTI

Allerdings verlangte von der Pfordten, daß die preußische Regierung jetzt geschont und nicht gedrängt werde, und daß die Mittelstaaten keine Schritte bei ihr tun oder Anträge am Bund stellen sollten, die den Anschein erwecken könnten, als wollte man Preußen Gewalt antun.³⁷²⁾ Dem sardinischen und französischen Gesandten gegenüber bemühte sich von der Pfordten die Notwendigkeit der Somnation darzulegen, weil der Krieg die einzige Lösung der schwebenden Fragen sei. Aber er mußte zugeben, daß man das Ultimatum als Provokation ansehen müsse. Seine bisher so bestimmte Sprache gegenüber der französischen Regierung wurde nun etwas zurückhaltender. Er äußerte den Wunsch, ohne zwar große Hoffnung auf seine Erfüllung zu setzen, daß keine Komplikationen entstehen sollten, welche die Sicherheit des Deutschen Bundes gefährdeten und er zeigte, daß er es immerhin für möglich hielt, der Deutsche Bund werde nicht gezwungen sein Österreich zu verteidigen. Diese Äußerungen wurden von dem französischen Gesandten natürlich mit größter Befriedigung aufgenommen.³⁷⁴⁾

Schrenck, Wendland und Doenniges konnten eine Kritik an dem österreichischen Vorgehen nicht unterdrücken.³⁷⁵⁾ Wendland fand es ungeschickt von der österreichischen Regierung nicht schon 8 Tage früher die Somnation gestellt zu haben, zu einem Zeitpunkt, wo England seine letzten Vorschläge noch nicht formuliert hatte, und wo Österreich nicht in der unangenehmen Lage gewesen wäre, diese zurückweisen zu müssen.³⁷⁶⁾ Am strengsten war Doenniges in seinem Urteil. Nach seiner Meinung war die Lage Österreichs trotz dem englischen Vorschlag vorteilhaft, denn Sardinien hätte dann abrüsten müssen und hätte wohl alle Fragen beim Kongreß vorbringen können, aber die anderen italienischen Staaten hätten dann die Partei Österreichs nur

374) 24.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

27.4.1859 Meneval AAE Bavière 236

375) 23.4.1859 Nr.57 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830

376) 24.4.1859 Wendland GHM 77/5/86

verstärkt. Er sprach Österreich nun jedes Recht auf Hilfe ab und sah einen militärischen Vorteil in der Provokation des Krieges nur dann, wenn Österreich damit rechnen könne, Frankreich und Sardinien allein zu bezwingen.³⁷⁷⁾

Es war also nun der Fall eingetreten, von dem von der Pfordten mit Recht befürchtet hatte, daß er die erfreulichen Aussichten auf die preußische Hilfe wieder zunichte machen könne, und die bayerische Regierung war nicht mehr gewillt, auf Preußen einen Druck auszuüben, wozu sie sich gerade kurz vorher entschlossen hatte. Von der rechtlichen Seite aus war die Frage der deutschen Bundeshilfe wesentlich zu ungunsten Österreichs verschoben worden. Österreich hatte Preußen in die Hand gespielt. Es konnte Preußen nicht schwer fallen, eine Verpflichtung zu militärischer Hilfe in Italien auf Grund der Bundesverfassung abzulehnen. Wenn auch von der Pfordten zugab, daß im Augenblick der Deutsche Bund nicht bedroht sei, so darf man ihm aber doch zutrauen, daß er bei der Frage der rechtlichen Konsequenzen zwischen einem tatsächlichen und ursächlichen Angreifer zu unterscheiden wußte. Davon unabhängig jedoch blieb die Frage des politischen Interesses Bayerns an der Erhaltung des status quo in Italien bestehen.

377) 12.4., 23.4., 26.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

I I . T e i l

Die italienische Frage bis zum Frieden von Villafranca 1859

Einleitung

Die Vorgänge in den oberitalienischen Herzogtümern

Österreich bemühte sich vergeblich um die aktive Hilfe Toskanas. Es kam ihm dabei weniger auf die tatsächliche militärische Unterstützung, als vielmehr darauf an, über Toskana disponieren zu können. Der Großherzog bestand aber auf der Neutralität Toskanas, deren Proklamation schon vorbereitet war, als Österreich einen letzten Versuch machte und den Adjutanten des Kaisers Franz Josef, Fliglý, nach Florenz sandte. Das einzige, was dieser ausrichten konnte, war, daß in der Präambel zur Neutralitätserklärung das Wort Neutralität vermieden wurde. Österreich erkannte diese Erklärung als traktatwidrig nicht an.³⁷⁸⁾ Da aber die großherzogliche Regierung keine österreichische Truppenhilfe anforderte, hatte Österreich auch keine Möglichkeit, dorthin Truppen zu schicken. Durch den Ausbruch der Revolution allerdings wurde dieser Umstand beseitigt und überholt.

Über die österreichischen Bemühungen hatte man in München keine Nachricht. Erst sehr viel später erfuhr die bayerische Regierung, daß Sardinien am 24. April dem toskanischen Außenminister ein Allianzangebot gemacht hatte.³⁷⁹⁾ Schon vorher hatte Sardinien seine Geneigtheit zu einer Allianz mit Toskana zu erkennen gegeben.³⁸⁰⁾ In München wußte man lediglich, daß der ehemalige toskanische Minister, Marchese Corsini, der toskanischen Regierung zu einem Bündnis mit Sardinien und dem Großherzog zur Abdankung zu Gunsten seines Sohnes riet.³⁸¹⁾ Im Falle einer Allianz mit Piemont und Frankreich bot Frank-

378) vergl. F. Valsecchi, Toscana ed Austria: 3.4.1859 Buol an Hübner

379) 24.4.1859 Buoncompagni an Lenzoni GSTM III.R.34

380) vergl. N. Bianchi, Storia documentata VIII S.77 ff

381) 5.4.1859 Verger GSTM III.R.30; 20.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard. 14

reich die Garantie der großherzoglichen Dynastie unter den wenigst entehrenden Bedingungen an.³⁸²⁾ Die toskanische Regierung beharrte jedoch auf ihrer neutralen Stellung, obwohl keine Aussicht bestand, daß diese von Frankreich, England oder Rußland anerkannt würde.

Noch ehe der Krieg offen zum Ausbruch kam, und die Österreicher den Tessin überschritten, brach in Florenz am 27. April die Revolution aus. Nach Ansicht Doenniges wurde sie durch das österreichische Ultimatum ausgelöst.³⁸³⁾ Es floß kein Blut dabei. Alle Parteien, die ganze Bevölkerung und das Militär standen geschlossen gegen den Großherzog.³⁸⁴⁾ Alle verlangten ein neues Ministerium, eine Verfassung und ein Bündnis mit Sardinien und Frankreich. Dazu wäre Leopold bereit gewesen, aber man verlangte außerdem noch die Abdankung zu Gunsten seines Sohnes.³⁸⁵⁾ Der Großherzog berief daraufhin das diplomatische Corps zu sich. Der österreichische Gesandte wollte unter allen Umständen vermeiden, daß Leopold Zugeständnisse an die Revolution mache und bewog Leopold zur Flucht ohne abzudanken. Auf diese Weise erhoffte er, für Österreich freie Hand über Toskana zu gewinnen. Der sardinische Gesandte Buoncompagni der von der Zwecklosigkeit einer Abdankung zu Gunsten des Sohnes überzeugt war, unterstützte den österreichischen Gesandten in seinen Bemühungen, den Großherzog zur Abreise zu bestimmen. So erstrebten die beiden Gegner wohl das gleiche, wobei jeder für sein eigenes Land die freie Disponibilität über Toskana zu erreichen suchte.³⁸⁶⁾

Am 28. April bereits verließ die großherzogliche Familie die Stadt und begab sich unter dem Schutz des Diplomatischen Corps nach Bologna und von dort nach Wien. In Florenz bildete sich

382) 26.4.1859 Nerli an Lenzoni ASTF Inventaria della Segreteria 2433

383) 30.4.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

384) 1./2.5.1859 Verger GSTM III.R.31

385) 5.5.1859 Verger, 29.4.1859 Wendland GSTM III.R.31

386) vergl. F.Valsecchi: Toscana ed Austria

sofort eine provisorische Regierung. Alles vollzog sich in Ruhe. Die Proklamation zum Anschluß an Piemont war schon vorbereitet, piemontesische Truppen wurden erbeten und Viktor Emanuel wurde die Diktatur angeboten. Zum außerordentlichen Kommissar Toskanas wurde Buoncompagni, der bisherige sardinische Gesandte in Florenz, ernannt, über den Doenniges hörte, daß er sich nicht revolutionär benommen und wesentlich zu der Ruhe in Florenz beigetragen habe.³⁸⁷⁾ Ridolfi wurde zum Leiter der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt.

Ursprünglich wird sich Sardinien keine Hoffnungen auf eine Einverleibung Toskanas gemacht haben. Aber mit der Flucht des Großherzogs änderte sich die Lage zu Gunsten Piemonts. Deshalb tadelte Doenniges die Flucht Leopolds mit Recht als politischen Fehler.³⁸⁸⁾ Sardinien nützte die Chance aus. Unter Vermeidung diktatorischer Formen machte es aus Toskana nur eine Art Protektorat und erklärte, daß Piemont die Rechte Toskanas nicht antasten und eine Vergrößerung Sardiniens nicht erstreben werde. Diese immerhin vorsichtige Haltung Sardiniens sah Verger in den Schwierigkeiten begründet, die Sardinien von Rußland, England und Preußen zu erwarten hatte, da diese nach wie vor Leopold II. als rechtmäßigen Herrscher betrachteten.³⁸⁹⁾ Wie die bayerischen Gesandten aus Petersburg und London meldeten, erkannte Rußland das Protektorat über Toskana,³⁹⁰⁾ und England die piemontesische Flagge in Toskana nicht an.³⁹¹⁾

Die bayerischen Berichterstatter beobachteten sehr richtig, daß die Annexionsbestrebungen Sardiniens vor allem bei der französischen Regierung auf Widerspruch stießen, weil Napoleon

-
- 387) 3.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
388) 7.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
389) 3./4.5.1859 Verger GSTM III.R.31
390) 10.6.1859 Montgelas GSTM III.R.32
391) 18.6.1859 Cetto GSTM III.R.32

andere, geheime Pläne mit Toskana verfolgte. Er wollte dort ein Königreich für den Prinzen Napoleon errichten. Aus diesem Grunde landete der Prinz im Mai in Livorno und zog mit französischen Truppen nach Florenz, wo er sich einige Wochen aufhielt. Napoleon motivierte diese Truppenentsendung damit, daß er Österreich militärisch von der Flanke bedrohen und außerdem die mazzinistischen Bestrebungen in Toskana parieren wolle. Man wußte in München, daß die sardinische Regierung über die französische Okkupation Toskanas beunruhigt war.³⁹²⁾ Aber man hörte auch, daß es dem Prinzen nicht gelang, die Sympathien der Toskaner zu gewinnen, und daß seine Kandidatur aussichtslos sei, da die Bevölkerung den Anschluß an Sardinien wünsche.³⁹³⁾ England und Preußen, so wurde nach München berichtet, protestierten in Paris wegen der Stationierung französischer Truppen in Toskana, die sie durch sardinische ersetzt wissen wollten.³⁹⁴⁾ Für Doenniges war die Hoffnungslosigkeit der französischen Pläne in Toskana einer der Gründe für die Friedensgeneigtheit Napoleons.³⁹⁵⁾

Unmittelbar nach dem Umsturz in Florenz eilte Ulloa, ein Venetianer, der sich bereits 1849 im Krieg gegen Österreich bewährt hatte, nach Florenz und wurde von Viktor Emanuel zum Chef des toskanischen Heeres ernannt. Nach bayerischen Informationen sollte die Armee von 15 000 auf 20 000 Mann vermehrt werden.³⁹⁶⁾ Sie beteiligte sich sofort am Krieg gegen Österreich, marschierte in Richtung Modena, Bologna und Ancona. Etwas später erklärte die Regierung in Florenz gegen Österreich den Krieg.

Kaiser Franz Josef protestierte als Chef des Hauses Habsburg-Lothringen gegen den Umsturz in Florenz als eine Verletzung

392) 24.5.1859 Verger GSTM III.R.32

393) 27.5.1859 Verger GSTM III.R.32

21.7., 26.7.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

394) 4.6.1859 Wendland GSTM III.R.32

395) 21.7., 26.7.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

396) 30.4., 1.5.1859 Verger GSTM III.R.31

der auf dem Wiener Kongreß garantierten Verträge. Das gleiche tat der Großherzog von Toskana. Die Aussichten für eine Restauration des Großherzogs erschienen Verger sehr gering.³⁹⁷⁾ Lerchenfeld meldete aus Wien, daß man sich dort ebenfalls keinen Illusionen hingabe.³⁹⁸⁾

Wie in Toskana erhoben sich am 28. April auch Teile des Herzogstums Modena, nämlich Massa und Carrara, gegen die rechtmäßige Regierung und riefen, wie Doenniges erfuhr, piemontesische Truppen zu Hilfe, die in diese Gebiete einmarschierten.³⁹⁹⁾ Die modenesischen Truppen mußten daraufhin Massa und Carrara aufgeben. Nach der Meinung Doenniges' waren diese zwischen Toskana und Piemont gelegenen Gebiete strategisch unhaltbar.⁴⁰⁰⁾ Später schickte Sardinien einen Regierungsintendanten dorthin und proklamierte die Einverleibung von Massa und Carrara in das Königreich Sardinien, das sich nach bayerischen Informationen zu dieser Annexion für berechtigt hielt, da die Unterdrückung der liberalen Partei ein Unrecht sei und deshalb die Revolution begünstigt habe.⁴⁰¹⁾ Aus persönlichen Briefen des Herzogs Franz von Modena wußte die königliche Familie in München, daß er sich über seine "prekäre" Lage keine Illusionen machte und den Krieg deutlich vorausgesehen hatte.⁴⁰²⁾ Man erfuhr in München auch, daß er die österreichische Regierung um Hilfe bat, die sie ihm nicht versagte. Österreichische Truppen marschierten in Modena ein. Am 11. Mai erklärte Piemont deshalb gegen Modena den Krieg.⁴⁰³⁾

397) 27.5.1859 Verger GSTM III.R.32

398) 9.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31

399) 3.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

400) 25.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

401) 29.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

402) 17.4.1859 Franz von Modena an Luitpold: "...denn auf 6 Wochen ohne Krieg glaube ich kaum rechnen zu können."
21.4.1859 Franz von Modena an Luitpold: "Wir stehen an der Schwelle wichtiger Ereignisse in Italien, doch eine Entscheidung ist notwendig denn sonst wird die Ansteckung des politischen Schwindels allgemein und alles ist besser als dieser jetzige Zustand.- Ich besorge nichts für hier solange nicht Frankreich in Italien mit seinen Armeen erscheint, dann erst wird unsere Lage prekär, aber bis dahin hoffe ich, daß Adelgunde..." GHM N.TH.24

403) 4.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31

5.5., 29.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

In Parma brach ebenfalls die Revolution aus, aber schon nach einigen Tagen siegten dort die parmensischen Truppen der rechtmäßigen Regierung. Die Regentin proklamierte die Neutralität Parmas, was nicht allein den Verträgen nach erlaubt, sondern durch die Lage des Landes geboten sei. Doenniges befürchtete aber, daß die Neutralität weder von Österreich noch von Sardinien anerkannt werde.⁴⁰⁴⁾ Lunigiana, ein Teil Parmas, wurde dann auch von Sardinien besetzt, als es von seinem Mutterlande abfiel.

404) 12.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

I. K a p i t e l

Die Politik der deutschen Staaten bis zur Mobilmachung

Preußens

(Die Marschbereitschaft des Bundesheeres und die Frage der Bundesfestungen - Die bayerische Politik - Die Einstellung Sachsens und Hessens zur preußischen Politik - Hannovers Antrag am Bund - Die politischen Erwägungen der bayerischen Regierung - Die weitere Behandlung des hannoveranischen Antrages - Die Mission Willisens - Das Vermittlungsbestreben Preußens - Die Überlegungen der bayerischen Regierung über die von Preußen angestrebte Vermittlung - Die Frage der mit Österreich abzuschließenden Separatverträge - Von der Pfordtens Besprechungen mit König Max in München - Die Mobilmachung Preußens und die Einladung zu Militärbesprechungen)

Die Marschbereitschaft des Bundesheeres und die Frage der Bundesfestungen

Noch bevor in Berlin das Ultimatum Österreichs an Sardinien bekannt wurde, faßte die preußische Regierung den Entschluß in Frankfurt die Marschbereitschaft des Bundesheeres zu beantragen,⁴⁰⁵⁾ was am 23. April auch zum Beschluß erhoben wurde. Die preußische Regierung befahl sofort die Kriegsbereitschaft der 3 preußischen Corps der Bundesarmee und einige Tage später auch die des gesamten preußischen Heeres. Zu diesem Entschluß Preußens mag die Mission des Erzherzogs Albrecht ebenso beigetragen haben, wie das Drängen des Königs von Hannover, der plötzlich und unerwartet nach Berlin reiste und günstig beeindruckt von dort zurückkehrte. Auch der Großherzog von Oldenburg sprach sich in Berlin für energische Maßnahmen aus.⁴⁰⁶⁾ Und nicht zuletzt übte vielleicht auch die drängende Note der bayerischen Regierung vom 12. April einen gewissen Einfluß aus.

405) 20.4.1859 Bray GSTM III.R.30

406) 20.4.1859 Bray

20.4., 21.4.1859 Perglas GSTM III.R.30

Die Marschbereitschaft des Bundesheeres war nicht gleichbedeutend mit der Mobilisierung und bestimmte nur, daß die Kontingente nach 14 Tagen zum Abmarsch fertig sein sollten. Dieser Zustand war in der Bundeskriegsverfassung eigentlich nicht vorgesehen. Preußen leitete die Marschbereitschaft von der eigenen Gesetzgebung her. Sie war dort vorgesehen, weil eine Mobilmachung in Preußen schwerwiegendere Folgen hatte als in den anderen Staaten des Bundes; sie schloß nämlich das Aufgebot der Landwehr mit ein, was eine Störung der bürgerlichen Verhältnisse bedeutete und nur dann angewendet wurde, wenn das Signal zum Kampf gegeben werden sollte.⁴⁰⁷⁾

Die preußische Regierung stellte ausdrücklich fest, daß die beantragten Maßnahmen einen rein defensiven Charakter trügen, daß von einer sofortigen Aufstellung des Bundesheeres nicht die Rede sein könne, daß Preußen vorerst noch nicht aus der abwartenden Stellung heraustrete, sich weiterhin völlige Handlungsfreiheit, ebenso jede Initiative am Bund vorbehalte und sich einem Mehrheitsbeschluß des Bundes auf Grund des Artikels 47 auf keinen Fall fügen werde.⁴⁰⁸⁾ Die bayerische Regierung mußte nach diesen Feststellungen schließen, daß die preußische Regierung auf keinen Fall die Initiative Bayerns am Bund begrüßen würde. In weiteren Rundschreiben an die deutschen Regierungen präzisierte Preußen seine Auffassung, wonach der Streit in Italien im bisherigen Verlauf die Interessen des Bundes durchaus nicht berühre, da der Bund nur die Wahrung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit seiner Gebiete bezwecke. Für eine mögliche Ausdehnung des Krieges sei aber Deutschland durch die Bereitschaftsmaßnahmen gesichert.⁴⁰⁹⁾

407) 4.5.1859 Bray GSTM III.R.31

408) 23.4.1859 Schleinitz an Löwenstein, 21.4., 23.4.1859
Bray GSTM III.R.30

Schon im Februar hatte Bray die Meinung geäußert, daß die preußische Regierung sich nicht durch einen Majoritätsbeschluß nötigen lasse. 28.2.1859 Bray GSTM III.R.29

409) 26.4., 29.4.1859 Schleinitz GSTM III.R.30/31

Es war sicherlich nicht die Absicht der preußischen Regierung, mehr als gewisse Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen.⁴¹⁰⁾ Nachdem Österreich sich durch das Ultimatum offensichtlich die Sympathien Europas verschertzt hatte, war von Preußen eine Änderung seiner bisherigen Politik nicht zu erwarten.

Der preußische Antrag hinterließ nach den Meldungen Lerchenfelds zunächst einen günstigen Eindruck in Wien, wo man einen solchen Antrag eigentlich erst nach dem Eintritt Frankreichs in den Krieg erwartet hatte.⁴¹¹⁾ Später sah man jedoch einiges Bedenkliches in der Eile, mit der Preußen seinen Antrag gestellt hatte. Dem bayerischen Gesandten gegenüber äußerte man die berechtigte Befürchtung, Preußen wolle die Kriegsvorbereitungen auf einen geringeren Stand belassen, als die Mehrzahl der Bundesregierungen es wünschten, wogegen es Österreich vorgezogen hätte, wenn der Bund erst nach der Kriegserklärung Frankreichs seine Maßnahmen, aber dann in einem umfassenderen Ausmaß getroffen hätte.⁴¹²⁾

Unterdessen war manches geschehen. Die sardinische Regierung hatte das österreichische Ultimatum ausweichend beantwortet; die Revolution war in Florenz, Massa und Carrara ausgebrochen; französische Truppen hatten die See- und Landgrenze Piemonts überschritten, worauf Kaiser Franz Josef seiner Armee den Befehl zum Einmarsch in Sardinien gegeben hatte. England hatte nochmals einen Vorschlag in Wien gemacht, von dem man auch in München wußte, und nach welchem Frankreich und Sardinien verpflichtet werden sollten, die Lombardei nicht anzugreifen, wogegen Österreich nicht in Sardinien einfallen dürfe.⁴¹³⁾ Der Vorschlag war vergeblich; das österreichische Heer hatte bereits den Befehl zum Überschreiten des Tessins erhalten.

410) vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.340

411) 21.4., 22.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30

412) 23.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30

413) 1.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31

Die Österreichische Regierung wünschte nun, daß bei der Anzeige dieser Ereignisse in Frankfurt entweder von Preußen, oder von den anderen königlichen Regierungen die Mobilisierung des Bundesheeres beantragt werde.⁴¹⁴⁾ Aber schon vor der Anzeige am Bund einigte sich dann der Österreichische und preussische Gesandte in Frankfurt dahingehend, daß die Anzeige an den Militärausschuß verwiesen und nur die Kriegsbesatzung der Bundesfestungen und die Aufstellung eines Observationscorps diskutiert werde.⁴¹⁵⁾ Die Verweisung der Österreichischen Anzeige an den Militärausschuß wurde ohne Schwierigkeiten von allen Regierungen zugestanden.⁴¹⁶⁾ Preußen sträubte sich aber gegen eine Truppenaufstellung und wünschte von den Regierungen eine dementsprechende Instruktion ihrer Gesandten in Frankfurt.⁴¹⁷⁾ Preußen stimmte der Kriegsbesatzung für die Bundesfestungen von Ulm und Rastatt nur zu, wenn der diesbezügliche Beschluß ohne Anspielung auf die Österreichische Anzeige formuliert werde.⁴¹⁸⁾

Von den Mittelstaaten äußerte Hannover offen seine Unzufriedenheit über die ungenügenden Vorbereitungen des Bundes, die Preußen für ausreichend hielt. Die hannoveranische Regierung wünschte die Anwendung des Artikels 47 und begehrte einen Mehrheitsbeschluß, der für alle Glieder des Bundes bindend sei, auch dann wenn Preußen seine Zustimmung versagen werde.⁴¹⁹⁾ Die Österreichische Regierung selbst riet davon ab, ebenso von dem Vorhaben der hannoveranischen Regierung, die Aufstellung eines Observationscorps zu beantragen, sodaß Hannover keiner der beiden Pläne verwirklichte.⁴²⁰⁾ Die bayerische Regierung hätte zu diesem Zeitpunkt keinen der beiden Anträge un-

414) 28.4.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

415) 1.5.1859 Niethammer GSTM III.R.31
vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit II. S.358

416) 2.5.1859 Niethammer, 1.5.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.

417) 1.5.1859 Schleinitz an Löwenstein GSTM III.R.31

418) 3.5., 5.5.1859 Niethammer GSTM III.R.31

419) 22.4.Nr.71+72, 27.4., 28.4., 29.4., 30.4.1859 Perglas
GSTM III.R.30/31

420) 24.4., 1.5.1859 Perglas GSTM III.R.30/31

terstützt. 421)

Außerdem waren die badische und sächsische Regierung nicht unangenehm davon berührt, daß der defensive Charakter der Bundesmaßnahmen von Preußen so deutlich betont wurde. Wie die hannoveranische Regierung, so drängten auch die sächsische und badische Regierung in Berlin auf Aufstellung eines Observationscorps an der Westgrenze, um die französischen Streitkräfte zu teilen, und um das Ansehen des Bundes zu stärken. 422) Aber Schleinitz beharrte unnachgiebig auf dem bisherigen Standpunkt, daß die preußische Regierung jede Initiative zu einer notwendigen Maßnahme für sich beanspruche und lieber aus dem Bund austreten werde, als sich gegen ihre Überzeugung durch einen Majoritätsbeschluß zu einem Krieg zwingen zu lassen. 423)

Die bayerische Politik

Ebenso wie Hannover, Baden und Sachsen ließ auch die bayerische Regierung ihre Meinung in Berlin hören. Vor Ausbruch des Krieges hatte Bayern versucht, Preußen zur Parteinahme für Österreich zu bestimmen, um damit in erster Linie einen Krieg überhaupt zu verhindern. Dies hatte man nicht erreicht. Nach der Provozierung des Krieges durch Österreich bemühte sich die bayerische Regierung um die Herbeiführung eines Bundesbeschlusses, der eine militärische Hilfe für Österreich ermöglichte. Nachdem sich Frankreich in den Streit eingemischt, Truppen nach Piemont geschickt hatte und dadurch als angreifender Teil erscheinen konnte, hielt es die bayerische Regierung an der Zeit, durch die Bundesversammlung prinzipiell die

-
- 21) 1.5.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.31
22) 27.4., 2.5.1859 Malzen, 29.4., 10.5.1859 Gise GSTM III.R.
vergl. H.Oncken: Großherzog Fr. von Baden, S.105 ff /30/31
23) 4.5.1859 Bray GSTM III.R.31

Frage zu klären, ob der Artikel 47 gegeben sei, d.h. ob dem Bundesgebiet Gefahr drohe oder nicht, um dann alle weiteren militärischen Maßnahmen darauf begründen zu können.⁴²⁴⁾ Deshalb forderte Bayern die preußische Regierung auf, den Artikel 47 in Frankfurt diskutieren zu lassen.⁴²⁵⁾ Eine Drohung, daß Bayern sonst selbst die Anregung zur Diskussion geben wolle, wurde weder beabsichtigt noch ausgesprochen.

Schrenck, der neue bayerische Außenminister, hatte vorgeschlagen, diese Aufforderung an die preußische Regierung zu richten. Bis zum 1. Mai hatte von der Pfordten die Geschäfte noch geführt und sich dann als bayerischer Bundesgesandter nach Frankfurt begeben. Von französischer Seite wurde angenommen, daß der Ministerwechsel keine Kursänderung der bisherigen Politik mit sich bringe. Meneval bedauerte den Weggang von der Pfordten, weil die Beziehungen zwischen beiden durch seine Ehrenhaftigkeit und offene Verbindlichkeit (*loyauté et obligeance française*) angenehm gewesen seien. Auch beurteilte er Schrenck als kalten Menschen, und hielt dessen Persönlichkeit und Worte für weniger gewichtig als die seines Vorgängers.⁴²⁶⁾

424) 4.5.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.31

425) 6.5.1859 Schrenck an Bray GSTM III.R.31

426) 27.3., 10.4., 18.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

Die tieferen Ursachen des Ministerwechsels wurden von den französischen, österreichischen, sardinischen und sizilianischen Gesandten in München nicht erwähnt. Die Opposition in den beiden Kammern führten sie darauf zurück, daß von der Pfordten Protestant war und nicht dem Adel angehörte (19.3.1859 Hartig, HSTW IV Bavière 26; 3.4.1859 Cantono ASTT Bavière S 38), daß seine Politik, die er zwar recht fertigen habe können, als eine Frankreich freundliche ausgelegt wurde, und die Verwaltung des Ministeriums Unzufriedenheit erregt hatte. (21.3.1859 Meneval AAE Bavière 13.4.1859 Bianchini, jetzt ASTN) Meneval hielt von der Pfordten für einen Mann ohne politische Prinzipien, die durch seine Leidenschaft ersetze, und meinte, wenn ihn der König nicht an offizieller Stelle an sich binde, würde er wieder das werden, was er vor der Revolution gewesen sei der "champion ardente et redoutable des aspirations unitaires", welche die Existenz der kleinen und mittleren Staaten bedrohe und früher oder später in Krieg oder Revolution ihre Vollendung fänden. (27.3.1859 Meneval AAE Bavière 236)

Neun Monate nach dem Eintritt in das Außenministerium faßte Schrenck einmal gegenüber dem österreichischen Gesandten sein Programm in folgenden Worten zusammen: "In den Krieg ziehen mit Preußen, in den Krieg ziehen auch ohne Preußen, aber in diesem Falle durch den Bund, d.h. Preußen eventuell majorisieren." Er fügte hinzu, daß er in München mit seiner Ansicht nicht habe durchdringen und beinahe wieder nach Frankfurt hätte zurückkehren können.⁴²⁷⁾ Es waren jedoch keine Spuren dafür zu finden, daß Schrenck's Meinung ernstlich im Gegensatz zu der des Königs stand. In der ersten Zeit seines Ministeriums regte zwar Schrenck vorwärtsdrängende Schritte gegenüber Preußen an, die König Max auch billigte. Aber schon bald beugte er sich der zögernden und vorsichtigen Politik des Königs, sodaß der französische Gesandte mit seiner Prognose Recht behalten sollte. Man kann überdies zweifeln, ob Schrenck mit seinen Äußerungen zu dem österreichischen Gesandten tatsächlich den wahren Sachverhalt angab und nicht vielmehr bemüht war, in Wien Eindruck zu machen und Wohlwollen für seine Person zu gewinnen.

In erster Linie war der bayerische Entschluß zu der Note an die preußische Regierung auf die Befürchtungen zurückzuführen, die durch die preußischen Zirkulare bestärkt wurden, daß nämlich Preußen die Tätigkeit des Bundes lähmen und einen gewissen diktatorischen Einfluß auf die übrigen Bundesstaaten ausüben wolle. Man war nicht gewillt eine solche Suprematie anzuerkennen und setzte sich nach wie vor für ein entschiedenes Vorgehen des gesamten Deutschlands ein. In dem Bestreben Preußens, die österreichische Vorlage zu ignorieren, sah man mit Mißbehagen wie fest Preußen gewillt war zu konstatieren, daß der ausgebrochene Krieg in Italien den Interessen des deutschen Bundes völlig fremd sei.⁴²⁸⁾ Deshalb kam die bayeri-

427) 15.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

428) 4.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

3.5.1859 Niethammer GSTM III.R.31

sche Regierung dem Wunsch Preußens, sich mit dem Antrag bezüglich der Bundesfestungen zu begnügen, nicht nach und versuchte die preußische Regierung zu weiteren Schritten anzuregen. Zu einem offenen Bruch Preußens mit dem Bunde wollte es die bayerische Regierung jedoch nicht kommen lassen.⁴²⁹⁾

Kaum hatte die bayerische Regierung ihre Wünsche in Berlin hören lassen, als die österreichische Regierung die Bitte äußerte, Bayern möge sich für die Aufstellung eines Observationscorps mit österreichischer Beteiligung aussprechen. Von hannoveranischer Seite konnte auf die Unterstützung dieses Wunsches gerechnet werden. Die österreichische Regierung argumentierte, wenn erst Bayern zustimme, würden die anderen süddeutschen Staaten zur gleichen Haltung veranlaßt werden. Sie drückte ihre Überzeugung aus, daß Preußen bei dem entschiedenen Willen Bayerns, Hannovers und der übrigen Staaten, auch ohne Preußen ein Observationscorps aufzustellen, schließlich doch nachgebe. Mit dem Hinweis auf die allgemeine Stimmung, nach der ein solcher Beschluß nötig sei, verknüpfte sie die leise Drohung, daß Österreich unter Umständen die deutschen Staaten allein ihrem Schicksal überlassen müsse, wenn Frankreich bei gänzlich passivem Verhalten des Bundes alle Truppen nach Italien ziehen könne, sodaß die Disponibilität der österreichischen Bundeskontingente dann für ein Observationscorps in Frage gestellt werde.⁴³⁰⁾

König Max wurde über die österreichische Anfrage etwas in Unruhe versetzt. Er wandte sich nicht an den neuen Außenminister um Rat, sondern erkundigte sich umgehend telegraphisch nach der Meinung von der Pfordtens.⁴³¹⁾ Dieser mißbilligte die Befürwortung eines österreichischen Antrages zwecks Aufstellung eines Observationscorps, ohne vorher der Zustimmung Preußens gewiß zu sein. Den Bestand des Bundes gefährden, ihn gar zu sprengen, ohne in der äußersten Not dazu getrieben zu werden, das war für von der Pfordtens ein schrecklicher Gedanke. Man sollte Preußen noch Zeit lassen zur Verständigung, solange

429) 4.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

430) 7.5., 8.5.1859 Buol an Hartig Telegr.. 8.5.1859 Hartig an Schrenck, 9.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31

431) 10.5.1859 Pfistermeister an v.d.Pfordtens GSTM Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka grUn 21/11

als Österreich in Italien noch keine Nachteile erlitten habe, und die österreichischen Truppen noch in Sardinien ständen. Preußen, so hoffte er, wolle nur Zeit zur Vollendung seiner Rüstungen haben.⁴³²⁾

Die letzte Note Bayerns an Preußen war noch nicht beantwortet, als von der Pfordten von seiner Regierung schon die Anweisung erhielt, wie die Frage des Observationscorps zu behandeln sei. Nicht die einzelnen deutschen Regierungen sollten den von Österreich gewünschten Antrag stellen. Der Militärausschuß müsse als Antragsteller hervortreten. Es sei die Aufgabe von der Pfordtens, die Aufstellung eines Observationscorps im Militärausschuß anzuregen und den Ausschuß für den entsprechenden Antrag zu gewinnen.⁴³³⁾ Keinesfalls also wollte die bayerische Regierung dem österreichischen Ersuchen in derselben Weise stattgeben, wie es Österreich gewünscht hatte. Vor Antritt seines neuen Postens in Frankfurt, hatte von der Pfordten das Vorgehen der bayerischen Regierung mit König Max in diesem Sinn besprochen.⁴³⁴⁾ Von der Pfordten war also mit der ihm erteilten Instruktion völlig einverstanden. Preußen erhielt eine Abschrift dieser Information und wurde gebeten

-
- 432) 10.5.1859 v.d.Pfordten an Pfistermeister GSTM Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka grün 21/11; 14.5.1859 v.d.Pfordten an Pfistermeister GHM 76/5/34
E.Franz, v.d.Pfordten, S.268, stellt irrtümlicherweise die Anfrage so dar, als ob es sich um die Mobilisation der bayerischen Armee handle, von der v.d.Pfordten abriet. Die militärischen Vorbereitungen für das bayerische Heer datierten bereits vom 12.April, und hier handelt es sich eindeutig um die Mobilisierung der Bundeskontingente auf Grund eines Beschlusses des Deutschen Bundes.
- 433) 11.5.1859 Schrenck an v.d.Pfordten GSTM III.R.31
Die Meldungen Kenevals vom 4.5.+14.5.1859 (AAE Bavière 236) nach Paris, daß die bayerische Regierung weder die Aufstellung eines Observationscorps' noch die Mobilisierung erwäge, entsprechen, wie man sieht, nicht den Tatsachen.
- 434) 12.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.31
In den Verhandlungen, die v.d.Pfordten mit Rechberg und Beust am 9.+10.5. führte, sprach er sich ganz im Sinn der Instruktion vom 11.5. aus. Er vertrat die Ansicht seiner Regierung, daß Preußen wohl nur eine kleine Anregung benötige, um selbst die Initiative zu ergreifen. (vergl. F.Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I. S.247 ff)

durch Anregung im Militärausschuß der Antragstellung anderer Regierungen vorzubeugen.⁴³⁵⁾

Die Einstellung Sachsens und Hessens zur preußischen Politik

Allmählich trat die Frage an die deutschen Regierungen heran, ob sie ihren bisherigen Vermittlungsstandpunkt verlassen sollten und bereit waren, auch ohne Preußen Österreich zu helfen. Während die sächsische Regierung noch im April an der Meinung festhielt, daß ohne die Mitwirkung Preußens nichts für Österreich unternommen werden könne, änderte sie jetzt ihre Einstellung. Dieser Meinungswechsel entsprang wohl der Angst vor einer zu starken Abhängigkeit von Preußen. Vorerst wollte sie Preußen noch etwas Zeit lassen und war daher mit dem bayerischen Vorhaben im Militärausschuß einverstanden. Große Hoffnungen auf eine Änderung der preußischen Politik hatte Beust nicht mehr. Sollten sich die Bemühungen bei der preußischen Regierung als erfolglos erweisen, dann war Beust dazu bereit, es auf einen Majoritätsbeschluß ankommen zu lassen und ihn auch unbedingt durchzuführen. Er befürchtete keine gefährlichen Nachteile bei der Aufstellung eines Observationscorps, weil er darin allein keinen Anlaß zu einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland erkannte. Er rechnete damit, daß Frankreich nicht angreifen werde, und daß man Österreich von einem Angriff abhalten könne. Nach seiner Meinung war der Bund zu solchen Vorsichtsmaßnahmen berechtigt. Er versprach sich eine gute Wirkung auf die Bevölkerung, von der er Schwierigkeiten voraussah, wenn die Regierungen weiter untätig blieben und setzte eine letzte Hoffnung darein, Preußen zuguterletzt doch noch zum Anschluß zu bewegen. Sollte sich dies aber nicht bewahrheiten, und der schlimmste Fall eintreten, dann sei ein Untergang in Ehren besser, als der Verlust der Selbständigkeit.⁴³⁶⁾

⁴³⁵⁾ 12.5.1859 Schrenck an Bray GSTM. I. S. 31

⁴³⁶⁾ 15.5.1859 Gise, 11.5.1859 v.d. Florentin GSTM. III. R. . .
vergl. F. Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten I. S. 247 ff

Die Auffassung Dalwigs, des Außenministers von Hessen-Darmstadt, stimmte soweit mit den Ansichten der bayerischen und sächsischen Regierung überein, als auch er das Hinausschieben eines Mehrheitsbeschlusses bis Ende Mai für richtig hielt, bis nämlich die Bundeskontingente marschbereit seien. Darüber hinaus aber wollte Dalwig ohne weitere Rücksichten auf Preußen, die Mobilmachung des Bundesheeres beantragt haben. Er hielt die deutschen Staaten auch ohne Preußen für stark genug, um einen Krieg gegen Frankreich beginnen zu können. Es schien, als ob ihm diese letztere Alternative nicht einmal unerwünscht war.⁴³⁷⁾

Die preußische Regierung legte immer wieder nachdrücklich dar, daß sie im Ernstfall eines Mehrheitsbeschlusses nicht davor zurückschrecken werde, den Deutschen Bund aufliegen zu lassen. Sie gab zu bedenken, daß sie in diesem Fall auch nur verpflichtet sei, 3 Armeecorps zu stellen, aber nicht die übrigen 6 Corps der preußischen Armee. Wenn man schon verlange, daß Preußen mit seiner ganzen Macht eingreife, dann dürfe man aber auch Preußens freier Selbstbestimmung keinen Zwang antun. Sie werde ihre Entscheidungen nur nach den großen nationalen Interessen Deutschlands treffen. Als solche betrachte sie aber nicht die einfache Wiederherstellung unhaltbarer Zustände in Italien, weil dadurch der tiefere Grund des Krieges nicht beseitigt werde. Sie wähte, daß Deutschland in der Lage sein könne, den Frieden zu diktieren, wenn es erst zuletzt und ungeschwächt auftrete. Das Ersuchen Bayerns, die Diskussion des Artikels 47 jetzt anzuregen, lehnte sie ab. Wenn sie bisher ein Eingreifen in den

ad 436) und S.254

Die Ansicht H.v.Srbik, Deutsche Einheit II.S.357, daß Österreich sich vor allem auf Beust und Dalwig verlassen konnte, entspricht was Beust betrifft nicht ganz den Tatsachen. Beust war bis April zurückhalten-der als die bayerische Regierung (vergl. S.58 f) und sein Verhalten ging dann auch nie weiter als das der bayerischen Regierung.

437) vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.12 ff

Krieg in Aussicht gestellt hatte, falls Frankreich sich daran beteiligte, so sprach sie jetzt nur noch von dieser Möglichkeit, falls Rußland auf französischer Seite am Krieg teilnehmen werde.⁴³⁸⁾

Die sächsische Regierung wurde in ihrer Tendenz, Österreich um jeden Preis zu helfen umsomehr bestärkt, je größer das Mißtrauen gegenüber den Absichten Preußens wurde. Preußen, so argwöhnte Beust, werde sich die Unterstützung Österreichs teuer bezahlen lassen, oder einen für Österreich nachteiligen Frieden herbeiführen wollen. Im ersteren Fall werde Preußen sich von Österreich, im letzteren Fall von den Großmächten belohnen lassen, in beiden Fällen aber auf Kosten der Mittelstaaten. Ferner rechnete Beust damit, daß Preußen wirklich im Stand sei, den Bund aufliegen zu lassen und seinen Einfluß in Deutschland mit Waffengewalt auszudehnen und zu vergrößern.⁴³⁹⁾ Letztere Befürchtung war wohl nicht unberechtigt. Ob die preußische Regierung um diese Zeit tatsächlich mit dem Gedanken einer militärischen Besetzung Süddeutschlands spielte, wie es aus Andeutungen gegenüber dem englischen und französischen Gesandten zu entnehmen war, ist letzten Endes doch fraglich.⁴⁴⁰⁾ Eher kann man vermuten, daß die Äußerungen, Preußen rüste nur, um die deutschen Staaten im Zaum zu halten und Herr der Bewegung in Deutschland zu bleiben, zur Verteidigung und Rechtfertigung der preußischen Rüstungen dienen sollte.⁴⁴¹⁾

438) 11.5., 13.5.1859 Bray, 12.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.

439) 11.5.1859 v.d.Pfordten, 15.5.1859 Gise GSTM III.R.31 /3/ vergl. F.Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I.S.248

440) 16.5., 17.5.1859 Moustier AAE Prusse 334, vergl. F.Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I.S.252 f; vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.347 Anm.53
16.5.1859 Moustier: " La situation des états du midi est telle, a ajouté le ministre (Schleinitz), que nous ne savons pas si nous serons pas obligés de faire avancer des troupes de leur côté pour les intimider..."

441) vergl. Ernst II, Aus meinem Leben, III.S.475

Um den Befürchtungen wegen Preußen zu begegnen, drängte Beust die Mittelstaaten zur baldigen Hilfeleistung an Österreich, ehe letzteres bereits Niederlagen in Italien erlitten habe. Ähnliche Besorgnisse wegen Preußen hegte auch Dalwigk.⁴⁴²⁾ König Max traute Preußen wohl nicht ganz so übles zu, wie Beust es darlegte. Die Fragezeichen am Rand des Berichtes über Beusts Meinung lassen darauf schließen.

Hannovers Antrag am Bund

Nach den Wünschen Beusts und Dalwigks sollte Bayern den entscheidenden Antrag am Bund stellen und zwar nach Ablauf der Frist, die man Preußen zubilligen wollte. Aber von der Pfordten riet davon ab,⁴⁴³⁾ und auch König Max war zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht dazu bereit. Einer Entscheidung über diese Frage wurde die bayerische Regierung enthoben. Die hannoveranische Regierung beantragte nämlich am 13. Mai die Aufstellung eines Observationscorps.

Von der Pfordten, Beust und auch Rechberg hatten sich vergeblich um die Verhinderung dieses Antrages bemüht, denn sie hatten gerade vereinbart, Preußen noch etwas Zeit zu lassen und eine Krise am Bund noch nicht heraufzubeschwören.⁴⁴⁴⁾

-
- 442) vergl. H. Steinhagen, Hessische Politik, S. 14
Selbst Bray, der sich immer bemühte, Verständnis für den preußischen Standpunkt in München zu gewinnen, ließ die wahren Absichten Preußens durchblicken, zwar mit der Einschränkung, daß wenn die Staatsgewalt in weniger loyalen Händen ruhen würde, Preußen die Abrundung und Konsolidierung seines Territoriums verfolgte. So wie die Sachen stünden, nämlich während des Krieges die faktische Hegemonie in Deutschland und im Frieden die Gleichstellung mit Österreich. (16.5.1859 Bray GSTM III.R.31)
auch der badische Außenminister war besorgt, daß sich Preußen die Hilfe bezahlen lassen wolle mit der Verbesserung der preußischen Stellung im Bund. (vergl. H. Oncken: Großherzog Fr. von Baden S. 85 ff)
- 443) 11.5.1859 v.d. Pfordten GSTM III.R.31 vergl. H. Steinhagen, Hessische Politik, S. 14
- 444) 12.5.1859 v.d. Pfordten, 12.5.1859 Perglas GSTM III.R.31
Der französische Gesandte in Frankfurt war über die Vorgänge falsch unterrichtet. Nach seinem Bericht habe v.d. Pfordten auf die Beantragung eines Observationscorps' we-

Überdies hatte man bereits von der preußischen Sondermission Kenntnis, welche den deutschen Regierungen vor allem nahelegen sollte, die Antragstellung eines Observationscorps nicht zu befürworten. Als Begründung führte die preußische Regierung an, man möge erst die Verhandlungen in Wien abwarten, die Generalleutnant Willisen zu führen beauftragt war.⁴⁴⁵⁾ Am 9. Mai war dieser nach Wien entsandt worden. Willisen sollte Österreich davon überzeugen, daß Preußen die Wahl des Momentes für ein militärisches Einschreiten überlassen werden müsse.⁴⁴⁶⁾

Die hannoveranische Regierung ließ sich von ihrem Vorhaben aber nicht abbringen. Aber angesichts der neuen Situation und um die Irritation nicht noch mehr zu steigern, hielt es von der Pfordten für besser, seinen Auftrag zu verschieben und die Diskussion des Artikels 47 im Militärausschuß noch nicht anzuregen.⁴⁴⁷⁾ Die preußische Regierung legte sofort Verwahrung gegen den hannoveranischen Antrag ein.⁴⁴⁸⁾ Die Beratung wurde in der Sitzung vom 13. Mai um eine Woche ausgesetzt, und die Regierungen gewannen Zeit, sich über ihre Stellungnahme klar zu werden.

Die politischen Erwägungen der bayerischen Regierung

Die bayerische Regierung zeigte sich über den Schritt Hannovers nicht erfreut. Sie war wie die meisten deutschen Regierungen bereit, vorerst noch Rücksicht auf Preußen zu nehmen und noch einige Zeit die Entwicklung der Dinge abzuwarten.⁴⁴⁹⁾

Diese Einstellung war auch zu rechtfertigen, da sie den Interessen Bayerns vorläufig noch nicht schadete.

Gewiß, Österreich konnte sich vielleicht allein gegen seine Feinde behaupten und in dem Besitz der Lombardei und Veneziens bleiben. Es war keine Frage, daß in diesem Fall die Beteiligung der deutschen Staaten am Krieg überflüssig war.⁴⁵⁰⁾

Zwar hatte Österreich wenig Aussicht auf die Gunst des Kriegsglücks. Die Berichte und Nachrichten aus Italien konnten in München keine Zweifel darüber lassen, daß Österreich nicht nur Frankreich und Sardinien zu Gegnern hatte, sondern auch das revolutionäre Oberitalien und zudem mit der Gefahr rechnen mußte, daß die anderen Nationalitäten in den österreichischen Ländern revolutioniert würden.⁴⁵¹⁾ Aber man konnte sich damit beruhigen, auch für diesen schlimmeren Fall vorgesorgt zu haben, weil die dazu nötigen militärischen Vorbereitungen, wenn auch nicht von Bundes wegen, so doch von allen Regierungen einzeln in Gang gebracht worden waren, und ihre Vervollendung in wenigen Wochen erwartet werden durfte.

Darüber brauchte man nicht damit rechnen, daß vorher ein Angriff von französischer Seite am Rhein stattfinden werde. Hatte doch Frankreich am 27. April den deutschen Regierungen seinen Respekt vor der Neutralität anderer Staaten versichert und erklärt, daß es keine Erobernden Intentionen besitze.⁴⁵²⁾

450) 23.5.1859 v.d.Pfordten GHL 76/5/34

29.5.1859 Doenniges GHL 77/3/77

14.5.1859 Kotiz Max GHL 79/1/165

Löher, Professor an der Juristischen Fakultät der Universität München und wissenschaftlicher Berater Max' II., war zwar anderer Ansicht. Er glaubte, daß egal ob Frankreich oder Österreich in dem Kampf siegten, oder der Krieg unentschieden sich in die Länge ziehe, Napoleon auf alle Fälle den Krieg am Rhein beginnen werde, und Deutschland von Österreich im Stich gelassen werde. Und Napoleon werde auch Revolutionen in der Schweiz und in Süddeutschland anzetteln. (Löher GHL 74/6/17)

451) siehe .S.28 Anm.88

452) 27.4.1859 Walewski GSTL III.R.31

1.5.1859 Walewski an Leneval AAE MDF 742

9.5.1859 Walewski AAE Bavière 236

Der Deutsche Bund beantwortete das französische Zirkular vom 27.4.1859 nach einer lebhaften Debatte mit einer ein-

Und man sagte Wendland in Paris sogar, daß Frankreich selbst den Fall, wo der Deutsche Bund Truppen nach Österreich senden werde, noch nicht als einen casus belli ansehen werde. Dennoch lag für Wendland ein französischer Angriff am Rhein durchaus im Bereich der Möglichkeit, sobald deutsche Truppen in Italien intervenierten.⁴⁵³⁾ Der französischen Beteuerungen nicht genug, erklärte Walewski noch Ende Juni laut, daß Frankreich Deutschland nicht angreifen werde.⁴⁵⁴⁾ Trotz diesen Beteuerungen zeigte sich Schrenck nicht frei von Mißtrauen gegenüber der Politik Napoleons.⁴⁵⁵⁾ Konnte man sich auf solche Bekundungen unbedingt verlassen? War der König von Württemberg nicht immer gut über Frankreich unterrichtet und war er nicht, wie auch Bray, der sicheren Meinung, Frankreich plane nichts am Rhein?⁴⁵⁶⁾ Ja, man sollte sich auf die französischen Beteuerungen verlassen, Napoleon mußte ein echtes Interesse daran haben, Deutschland und Europa von dem Konflikt fernzuhalten.

Bei allen Zweifeln waren sich doch sämtliche deutschen Regierungen in der Überzeugung einig, daß eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland irgendwann einmal in der näheren Zukunft nicht abzuwenden sei. Und in dieser Sicht drängte sich die Frage auf, ob nicht vielleicht für einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland der jetzige Zeitpunkt vorteilhafter sein könne, als ein späterer. König Max hielt es für unwahrscheinlich, daß Napoleon selbst bei einem unglücklichen Ende des Krieges in Italien auf seine Pläne am

ad 452) fachen Empfangsbestätigung. (1.5.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44) Das sardinische Zirkular vom 9.5.1859 das sehr offen das Nationalitätsprinzip proklamierte, ebenso das Ziel Sardiniens, Österreich aus Italien zu vertreiben, wurde dem Deutschen Bund nicht zur Kenntnisnahme vorgelegt. Preußen und Rußland hatten dies dem sardinischen Gesandten geraten. (16.5.1859 Barral ASTT Francoforte 5/34; vergl. F.Valsecchi, Cavour e la Prussia)

453) 10.5., 5.7.1859 Wendland GHM 77/5/86

21.5., 29.5.1859 Wendland GSTM III.R.31/32

454) 25.6.1859 Wendland GSTM III.R.32

455) 4.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

456) 25.2.1859 Doenniges GHM 77/3/77, 31.5.1859 Bray GSTM III.R.32

Rhein verzichten werde. Er kalkulierte vielmehr mit der Möglichkeit, daß Napoleon zusammen mit Rußland eine Niederlage in Italien am Rhein auszugleichen suchen werde. Und die Spekulation auf die baldige Entthronung oder den nahen Tod Napoleons war für Max doch ein zu schlüpfriger Boden, um darauf seine politischen Entscheidungen aufzubauen.⁴⁵⁷⁾ So kam er zu dem Schluß, bei einer Bedrohung der Mincio Linie sei ein deutscher Angriff auf Frankreich wünschenswert, sobald die deutschen Armeen schlagfertig seien.⁴⁵⁸⁾ Die Vorteile eines solchen Verhaltens sah Max darin, daß die jetzigen Rüstungen nicht umsonst seien, daß Deutschland auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht besser vorbereitet sein könne, als in wenigen Wochen, daß ein Eingreifen Rußlands im Moment weniger entscheidend sein könne, daß Österreich noch im Vollbesitz seiner Kräfte sei, aber später vielleicht Deutschland nicht mehr helfen werde, und daß Frankreich jetzt nicht vollständig für einen Krieg gegen Deutschland vorbereitet sei.⁴⁵⁹⁾ Trotz diesen Vorteilen schien Max nicht restlos von der Ratsamkeit eines Angriffes auf Frankreich überzeugt gewesen zu sein.⁴⁶⁰⁾

Von den Ratgebern des Königs waren Wendland und Bray anderer Ansicht. Sie warnten vor einem Angriff auf Frankreich aus Furcht vor der Erregung des französischen Nationalgeistes, der Napoleon nur in die Hände arbeiten würde.⁴⁶¹⁾ Wendlands Ratschläge waren bisher auf Schonung und Rücksichtnahme gegenüber Frankreich abgestimmt. Als der Krieg aber einmal ausgebrochen war, riet er zu einer entschlossenen Hilfe der gesamten deutschen Staaten für Österreich ehe es zu spät sein könnte. Dabei zog er das Versprechen des Deutschen Bundes in

457) 11./13.5., 14./19.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

458) 14./19.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

459) 11.5., 14./19.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

460) vergl. H.Steinhagen, Hessische Politik, S.10: 21.4.1859 Dalwigk an Großherzog von Hessen-Darmstadt

#61) 31.5.1859 Bray, 30.6.1859 Wendland GSTM III.R.32

14.6., 1.7.1859 Wendland GHM 77/5/86

Betracht, die österreichischen Provinzen in Italien, wenn nötig, durch deutsche Bundestruppen zu schützen und somit zu ermöglichen, daß Österreich alle disponiblen Truppen nach Italien werfen könne. Den Vorteil dieser Haltung sah er darin, daß Frankreich daraus kaum einen Kriegsgrund konstruieren werde; andererseits wußte er, daß Österreich trotz dieser Haltung des Deutschen Bundes nicht gerettet werden konnte. Als weitere Möglichkeit empfahl er die Entsendung von Bundestruppen nach Italien, wodurch Österreich stark genug würde, Frankreich zu schlagen. Auch in diesem Fall fürchtete Wendland nicht, daß Frankreich über eine nur drohende Haltung gegenüber Deutschland hinausgehen und einen Angriff am Rhein wagen werde. Als ultima ratio dachte er an die Drohung durch Aufstellung großer Heere am Rhein oder an einen eventuellen Angriff auf Frankreich.⁴⁶²⁾

Sybel, dessen Meinung zu diesem Zeitpunkt zwar noch von Max angehört wurden, aber nicht mehr viel galt, hielt einen Angriff auf Frankreich nur dann für ratsam, wenn ein Krieg überhaupt unvermeidlich sei, wovon er aber nicht überzeugt war.⁴⁶³⁾

Doenniges und von der Pfordten unterstützen die Meinung des Königs. Max hatte von Doenniges ein Gutachten über diese Frage erbeten, das aber so spät in München eintraf, daß es auf die Meinungsbildung des Königs keinen Einfluß ausgeübt haben kann. Doenniges plädierte lebhaft für einen Offensivkrieg gegen Frankreich, keinesfalls gegen Italien oder Piemont, sondern allein gegen Frankreich. Auch solle Deutschland sich nicht gegen die Unabhängigkeit Italiens erklären, sondern diese als Prinzip anerkennen. Dadurch hoffte Doenniges

462) 3.5., 21.5.1859 Wendland GSTM. III.R.31
10.5.1859 Wendland GHM 77/5/86

463) vergl. K.Ferres, H.v.Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 - 1862, Berlin 1930
K.A.v.Müller, Historisch politische Denkschriften Sybels für König Max II. von Bayern aus den Jahren 1859-61, Hist.Zeitschrift 162, 1940, S.70

die öffentliche Meinung aller Parteien in Deutschland zu gewinnen, wodurch Napoleon seinen Vorwand beim französischen Volk verlieren werde; man könne vielleicht verhindern, daß die italienisch-nationale Partei, Sizilien und den Kirchenstaat zum Krieg gegen Österreich fortreißen werde. Weiterhin könne man sich gegenüber Rußland und England rechtfertigen. Den Angriff auf Frankreich müsse man mit der Rechtsverletzung österreichischen Gebietes und der Einmischung Frankreichs in Italien begründen. Wenn Frankreich die Lombardei angreife, dann sei der Augenblick zur Offensive gekommen, spätestens aber wenn die Österreicher bis zur Mincio Linie zurückgeschlagen worden seien. Er warnte davor, solange zu warten bis Österreich vollkommen geschlagen sei, weil Napoleon dann das geschwächte Deutschland angreifen werde, ermutigt durch die Erfahrung, daß es Deutschland nicht gewagt habe anzugreifen, als die französischen Kräfte geteilt waren. Andernfalls würde er aber durch einen deutschen Angriff Respekt bekommen und der Krieg werde dadurch kürzer. Er riet dazu, von Luxemburg, Trier, Mainz und der Pfalz her in Frankreich einzurücken, die Ardennen und Vogesen als Pfand zu besetzen, damit Frankreich in Italien keine Eroberungen mache und selbst Savoyen nicht annektiere. Auf keinen Fall aber dürfe Deutschland für sich Eroberungen erstreben, weil man sonst den französischen Volkskrieg provozieren werde.⁴⁶⁴⁾

Den größten Einfluß auf die Ansichten des Königs übte wohl von der Hofordten aus. Zwar sind von ihm nur wenig umfangreiche schriftliche Auslassungen vorhanden. Aber bis Mai dürfte er sich jedenfalls gesprächsweise mit dem König auseinander-

464) 29.5.1859 Doenniges GHA 77/3/77

Der Gedanke Doenniges' einer Offensive gegen Frankreich war wohl wesentlich von König Wilhelm von Württemberg inspiriert, der sie politisch absolut ablehnte, aber vom militärischen Gesichtspunkt aus einen Angriff als einzige Erfolgchance sieht. (25.2.1859 Doenniges GHA 77/3/77)

gesetzt haben. Zweifellos ist, daß auch er einen Angriffskrieg gegen Frankreich für erstrebenswert hielt, mit der allgemeinen Begründung, daß Napoleons Politik mit Frieden, Recht und Ehre Europas unverträglich sei, und man mit vereinten Kräften streben müsse, diese Politik unschädlich zu machen. Man könne auch von der öffentlichen Meinung nicht mehr absehen. Sie sei ein sittliches Urteil der ganzen Nation über das System des Egoismus, der Lüge und Herzlosigkeit, wie es noch nie existiert habe. Auch er hielt den Moment des Angriffes für gekommen und den Anlaß dazu für gegeben, wenn französische Truppen österreichisches Territorium betreten hätten.⁴⁶⁵⁾

Doenniges' und von der Pfordtens Ziel war - in einer damaligen Ausdrucksweise formuliert - "die Verteidigung des Po am Rhein", die natürlich die Aufstellung des Observationscorps gefordert hätte. Die Voraussetzung bei allen Überlegungen war aber das Einverständnis Preußens und seine Beteiligung an einer Aktion gegen Frankreich. Ohne diese Voraussetzung bot sich eine völlig andere Konstellation. Mit dem Entschluß, Preußen noch 4 - 6 Wochen Zeit zu lassen,⁴⁶⁶⁾ gewann man auch selbst noch Zeit für die endgültige Entscheidung, ob man auch ohne Preußen für Österreich aktiv eintreten könne. So blieb im Augenblick nur die Frage, wie man sich gegenüber dem hannoveranischen Antrag verhalten sollte.

Für Schrenck enthielt der Antrag Hannovers außer einem Vorteil für Österreich eine Sicherung gegen den Westen, weshalb Bayern ihn mit dem Vorbehalt seiner endgültigen Entscheidung befürworten sollte.⁴⁶⁷⁾ Max war damit nicht einverstanden. Er erlaubte die Zustimmung zu dem Antrag nur bei Einstimmigkeit und gestattete auch nicht, daß Preußen gedrängt werde. Er fand

465) 23.5.1859 v.d.Pfordten GHM 76/5/34

466) vergl. APPr.Nr.482,2

467) 13.5.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.31

auch einen Ausweg, wie der Antrag weiter behandelt werden könne, falls Preußen sich nicht dafür erklärte. Er schlug nämlich vor, daß die Truppen, die für das Observationscorps bestimmt waren, vorerst marschfertig in Oberdeutschland entlang den Eisenbahnen vorgeschoben würden und so im Notfall sofort zur Grenze gebracht werden könnten.⁴⁶⁸⁾ Der Vorschlag war nicht ungeschickt und ein Beweis für die Taktik des Königs, aus der richtigen Einschätzung der Machtfaktoren nur soviel zu fordern, als auch tatsächlich erreichbar war. Andererseits blieb dadurch auch weiterhin der Bund aus dem Spiel, wodurch aber das von den Mittelstaaten befürchtete Bestreben Preußens nur unterstützt wurde. Wenn Max trotzdem und ungeachtet der Ratschläge von der Pfordtens und Schrencks auf die Aufstellung eines Observationscorps verzichtete und dafür die Echellonierung der Truppen entlang den Eisenbahnen anregte, so tat er dies aus der Überzeugung heraus, daß von Frankreich kein rascher Angriff drohe, auf Grund seiner Anregung aber allen Eventualitäten Rechnung getragen sei, da die Truppen sehr schnell in Aufstellung gebracht werden könnten, wenn Venetien in Gefahr sei und zugleich die öffentliche Erregung über die Untätigkeit der Regierungen beruhigt werde.⁴⁶⁸⁾

Die weitere Behandlung des hannoveranischen Antrages

Das also waren die Gedanken, welche sich die bayerische Regierung über die von Hannover am 13.Mai beantragte Aufstellung eines Observationscorps machte. Am 19.Mai wurde die Beratung über den hannoveranischen Antrag wieder aufgenommen, und der Antrag ordnungsgemäß an den Militärausschuß verwiesen. Preußen gab eine Erklärung ab, daß es die Initiative für

⁴⁶⁸⁾ 11./13.5., 14.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165
17.5., 18.5.1859 Schrenck an v.d.Pfordten GSTM III.R.31

alle Maßregeln für sich beanspruche. Von der Pfordten erachtete es für unumgänglich und auch für vorteilhaft, daß der "schroffen und anmaßenden" Regierungserklärung Preußens eine ebensolche der bayerischen Regierung entgegenzusetzen sei, welche die Rechte der Bundesglieder wahren und Preußen zur Äußerung seiner Ziele veranlassen solle. Ebenso dachten die anderen Mittelstaaten.⁴⁶⁹⁾

Von der Pfordten entwarf sofort ein Konzept, welches Max mit einem Zusatz erweiterte, indem er stärker als von der Pfordten betonte, daß Bayern ebenfalls das Recht zur Initiative und das Recht besitze, Anträge zu stellen, wovon es gegebenenfalls auch Gebrauch zu machen gedenke.⁴⁷⁰⁾ In der Bundestagssitzung am 26. Mai gab von der Pfordten diese Erklärung ab, der sich Sachsen, Baden und Darmstadt anschlossen, während Hannover, Württemberg und Nassau eine zwar eigene Erklärung, aber im gleichen Sinn machten. Preußen behielt sich daraufhin das Protokoll offen und äußerte vertraulich, daß es nicht darauf bedacht sei, die Rechte der Mittelstaaten zu schmälern, daß es lediglich das Vertrauen der Regierungen in Anspruch nehme.⁴⁷¹⁾ Preußen kam nicht mehr auf diese Angelegenheit zurück.

469) 19.5., 20.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.31

470) 23.5.1859 Schrenck an Max, 23.5.1859 Schrenck an v.d. Pfordten GSTM III.R.31

V.d.Pfordten hatte folgenden Wortlaut vorgeschlagen:
"Sie (die königliche Regierung) wird es daher auch nur dankbar erkennen, wenn Preußen die Initiative für die notwendigen militärischen Maßregeln, zu welcher übrigen alle Bundesglieder gleich berechtigt sind, und auf welche daher auch die königliche Regierung für sich nicht verzichten kann, ergreifen will. Sie wird dieser Initiative umso vertrauensvoller entgegensehen..." Die Einfügung des Königs lautete: "Sie wird den königlich preussischen Vorschlägen auf Einleitung der notwendig erscheinenden militärischen Maßregeln, unter Wahrung des Rechtes vorkommenden Falls selbst mit derartigen Vorschlägen hervortreten, umso vertrauensvoller..."

471) 26.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.31 vergl. Th. Griewank, Württemberg, S.35

Dadurch daß von der Pfordten nicht selbst eine Stellungnahme zu der preußischen Erklärung abgegeben hatte, sondern sie seiner Regierung überließ, wurde die Behandlung des hannoveranischen Antrages bewußt verzögert. Dies entsprach der durch Alvensleben übermittelten Bitte der preußischen Regierung, die Verhandlungen in Wien abzuwarten. Die bayerische Regierung ging ausdrücklich auf den preußischen Wunsch ein, aber hinzufügend, daß Preußen doch bald seinen Standpunkt klarlegen möge, weil andernfalls die deutschen Regierungen von ihrem Recht, Anträge zu stellen, Gebrauch machen würden.⁴⁷²⁾ Man kann nicht umhin, aus diesen Worten eine gewisse Drohung herauszuhören.

In Stuttgart und Karlsruhe wurde es Alvensleben ebenfalls versprochen, daß man für ein Hinausschieben des hannoveranischen Antrages wirken wolle. Der König von Sachsen bedrängte hingegen in einem persönlichen Schreiben den Prinzregenten von Preußen, sich mit Wien zu verständigen und ließ keinen Zweifel, daß andernfalls die sächsische Regierung das Observationscorps befürworten werde.⁴⁷³⁾

In der nächsten Sitzung in Frankfurt am 23.Mai wollte Preußen den Antrag Hannovers nicht behandeln. Aber von der Pfordten drohte nun selbst zu beantragen, daß gemäß der üblichen Verfahrensweise ein Referent bestimmt werde. Daraufhin wurde von der Pfordten von Preußen für diese Aufgabe vorgeschlagen. Von der Pfordten machte seiner Regierung sogleich einen Vorschlag, wie er sich zu äußern gedachte. Und zwar wollte er in erster Linie bei den Verhandlungen die prinzipielle Frage einstreuen, ob die Begründung aller Maßnahmen

472) 18.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
27.5.1859 Schrenck an Bray, 21.5.1859 Schrenck an Malzen
GSTM III.R.31, vergl. APPr. Nr.411,1

473) vergl. APPr. Nr.411,1; ferner: Johann zu Sachsen, Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen von Preußen (König Johann, 15.5.1859) Die Mission Alvenslebens wird wohl nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, Preußen wieder zu beruhigen und den Gedanken einer militärischen Besetzung fallen zu lassen, falls dies wirklich ernsthaft in Erwägung gezogen worden war. (21.5., 24.5., 29.5.1859 Moustier AAE Prusse 334)

auf Artikel 47 der Wiener Schlußakte zu beziehen sei, weil dem Bund Gefahr drohe, oder ob die Begründung durch die Stellung des Deutschen Bundes als Großmacht gegeben sei, die zu Rüstungen berechtige, weil die anderen Großmächte dies auch taten.⁴⁷⁴⁾

Max war mit der vorgeschlagenen Begründung der Großmachtstellung des Deutschen Bundes nicht einverstanden. Die rein defensiven Charakter tragenden Grundgesetze hielt Max für ungeeignet, um darauf militärische Maßregeln zu begründen.⁴⁷⁵⁾ Neben der offiziellen Instruktion durch das Außenministerium⁴⁷⁶⁾ erhielt von der Pfordten ein persönliches Handschreiben des Königs, der ihm darin besonders ans Herz legte, für Bayern keine Verwicklungen aus "einem etwa doch zu voreiligem Vorgehen heraufzubeschwören". König Max legte Wert auf die Durchführung seines Planes der Echellonierung der Truppen.⁴⁷⁷⁾ Der Außenminister Schrenck war bei der Beurteilung dieser Frage nicht beteiligt. Die Schreiben seiner Regierung und seines Königs erreichten jedoch von der Pfordten zu spät, und er referierte am 30. Mai nach seinen eigenen Überlegungen. Er schlug vor, zur Klärung der Motivierung mit dem politischen Ausschuß, zur Klärung der militärischen Einzelheiten, wie beispielsweise Zusammensetzung, Standort, Kommando eines Observationscorps, mit der Militärkommission in Verbindung zu treten. Erst nach Stellungnahme des Militärausschusses sah sich von der Pfordten in der Lage, in einem eingehenden Vortrag zu referieren.⁴⁷⁸⁾

Der preußische Gesandte schwieg auf den Vorschlag von der Pfordtens und wollte erst Instruktion einholen. Er äußerte vertraulich zu von der Pfordten, daß er in Berlin befürwortet habe, weitere militärische Maßnahmen zu beantragen, wie

474) 23.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.31

475) Signat Max' auf Antrag von Schrenck vom 26.5.1859 GSTM III.R.31

476) 29.5.1859 Schrenck an v.d.Pfordten GSTM III.R.31

477) 28.5.1859 Max an v.d.Pfordten GSTM N.Pf. 125

478) 30.5.1859 v.d.Pfordten Referat GSTM III.R.32

die Echellonierung der Truppen, sodaß zu hoffen sei, auf diese Weise eine Einigung zu erzielen.⁴⁷⁹⁾ Als von der Pfordten wahrnahm, daß er gegen die Weisungen seiner Regierung vorgegangen war, beeilte er sich, die Befürchtungen in München zu zerstreuen. Man habe Preußen sehr geschont, und wohl niemand wolle den hannöveranischen Antrag zwangsweise durchsetzen. Den Auswegvorschlag seines Königs habe er noch nicht offiziell gemacht und ihn nur frageweise angedeutet, um der ehrgeizigen Initiative Preußens nicht vorzugreifen.⁴⁸⁰⁾

Eine Woche später in der folgenden Ausschußsitzung am 6. Juni wünschten Bayern, Württemberg, Sachsen und Hessen, daß die Rüstungen des Bundes mit der Berufung auf Artikel 47 begründet werden sollten. Aber Preußen war dagegen und wünschte auch nicht, daß auf die Großmachtstellung des Bundes hingewiesen werde. Die preußische Regierung wollte nur auf die allgemeine Gefahr, aber auf keine spezielle anspielen. Die Echellonierung der Truppen entlang der Eisenbahnen wurde als schon im Bundesbeschluß vom 28. April enthalten bezeichnet. Es wurde beschlossen, vor einer weiteren Berichterstattung das Ergebnis der Willisen Verhandlungen abzuwarten.⁴⁸¹⁾

Die Mission Willisens

In Wien war man inzwischen bei den Verhandlungen der Willisens Mission zu keiner Einigung zwischen Österreich und Preußen gekommen. Am 30. Mai fuhr Willisen nach Berlin zurück. Das Ergebnis seiner Mission sollte nach erfolgter Präzisierung des österreichischen Standpunktes noch schriftlich fixiert werden. Hauptsächlich wurde über den Moment und die Bedingungen einer bewaffneten Intervention Preußens und des Deutschen Bundes verhandelt. Soviel die bayerischen Gesandten in Berlin und Wien in Erfahrung bringen konnten, war die preußische Regierung zur einfachen Wiederherstellung der Zustände in Italien nicht geneigt und erst dann zu einem Vorgehen bereit, wenn der europäische Rechtszustand gefährdet oder bedroht erscheine, wenn Österreichs Machtstellung und Territo-

479) 30.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32

480) 31.5.1859 v.d.Pfordten GHM 76/5/34

481) 6.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32

rialbestand ernstlich gefährdet sei. Für den gesamten österreichischen Besitz in Italien wollte sie keine Garantie übernehmen, sondern nur für das Gebiet hinter dem Mincio, also für Venetien eintreten. Die österreichische Regierung dagegen bestand auf der Festlegung des durch die Verträge von 1815 festgestellten Territorialbesitzes. Nach den Darlegungen Kentmanns zeigten sich die Schwierigkeiten bei der Formulierung, ob die ungeschmälerte oder nur die wesentliche Aufrechterhaltung des Territorialbesitzes garantiert werden sollte. Österreich wollte sich bei einem preußischen Entgegenkommen verpflichten, keine Separatverträge mit den deutschen Staaten abzuschließen, außer in höchster Not, es wollte Preußen die Initiative überlassen und in diesem Sinn auf die anderen deutschen Regierungen einwirken und auf die Aufstellung eines Observationscorps verzichten.⁴⁸²⁾

Es kam zu keiner Einigung zwischen den Kabinetten in Wien und Berlin. Die preußische Regierung lehnte am 14. Juni einen Notenaustausch ab. Später, am 24. Juni gab Preußen den deutschen Regierungen weitgehenden Aufschluß über die Verhandlungen Willisens und ihren negativen Ausgang.⁴⁸³⁾

Das Vermittlungsbestreben Preußens

Willisen hatte in Wien die Absicht der preußischen Regierung mitgeteilt, eine europäische Vermittlung anzubahnen. Die österreichische Regierung erwiderte auf diese Eröffnungen, daß sie einen Verteidigungskrieg in eigenen Ländern und für

482) 30.5., 1.6.1859 Lerchenfeld, 24.5., 6.6.1859 Bray GSTM III, R.31/32; vergl. H. Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.352 ff

483) 14.6.1859 Schleinitz an Werther, 24.6.1859 Schleinitz APB

484) 23.5.1859 Lerchenfeld GSTM III, R.31

verwandte Dynastien führe, der die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge bezwecke. Falls diese von Frankreich und Sardinien anerkannt würden, sei Österreich zum Frieden bereit. Diese Auffassung über eine Vermittlung entsprach aber nicht derjenigen der preußischen Regierung.⁴⁸⁴⁾

Die preußische Regierung verlangte mindestens die Aufgabe der Verträge Österreichs mit Neapel, Toskana, Modena und Parma, und versprach die Erhaltung des Gesamtbesitzes Österreichs in Italien anzustreben. Von einer Verpflichtung bei Ablehnung des Programmes durch Frankreich den Krieg zu beginnen, war nichts zu hören, sondern nur von der Möglichkeit eines daraus entstehenden Krieges für den Bund.⁴⁸⁵⁾

Der bayerische Gesandte in Berlin zweifelte, ob Preußen bei einem Frieden tatsächlich auf den Verbleib der Lombardei bei Österreich bestehen werde, da Schleinitz nur für Venedig sich bestimmt ausgesprochen und geäußert habe, daß Rußland mit Befriedigung sehe, wenn Österreich die ganze Lombardei verliere, was Preußen vielleicht nicht zugeben könne.⁴⁸⁶⁾

Mit einem förmlichen Vermittlungsvorschlag hielt Preußen zunächst noch zurück, weil es nach Ansicht Brays erst ein größeres kriegerisches Ereignis abwarten wolle, und außerdem die Beteiligung Englands und Rußlands erstrebe.⁴⁸⁷⁾ Das größere kriegerische Ereignis trat am 4. Juni mit der Schlacht bei Magenta ein, die Österreich verlor. Nach Angaben Brays schwankte die preußische Regierung nun sehr, ob sie mit der Vermittlung hervortreten solle oder nicht. Da sie aber wußte, daß Frankreich wohl eine Vermittlung anzunehmen bereit war, aber nur eine europäische und nicht die einer einzelnen Macht, wartete sie noch damit.⁴⁸⁸⁾

485) 17.6., 20.6.1859 Wich GSTM III.R.32, 24.6.1859 Schleinitz APPr.; vergl. H. Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.

486) 25.5., 31.5., 17.6., 2.7.1859 Bray GSTM III.R. /375 f 31-33; vergl. Ch. Friese, Rußland und Preußen, S. 199 Anm. 96, daß Schleinitz kein Hehl daraus gemacht habe, daß man auch auf andere Vorschläge eingehen werde.

487) 31.6., 6.6.1859 Bray GSTM III.R.32

488) 8.6., 16.6.1859 Bray GSTM III.R.32

Man wußte in München, daß sich die französische Regierung schon Mitte Mai einer Vermittlung durch England, Rußland und Preußen zugänglich gezeigt hatte und wußte auch von der französischen Stimmungsmache in England für einen Plan, wonach Frankreich nach seiner ersten gewonnenen Schlacht mit dem Vorschlag hervortreten wolle, der die Unabhängigkeit der Lombardei unter einem österreichischen Erzherzog mit eigener Verfassung und getrennter Verwaltung zur Grundlage hatte.⁴⁸⁹⁾ Auch nach der Schlacht von Magenta blieb die französische Regierung bayerischen Meldungen zufolge bei diesem Vorschlag und versicherte, für sich keine Eroberungen machen zu wollen, ebenso zufrieden zu sein, wenn Piemont nichts bekomme und selbst bei sieghaftem Ausgang des Krieges nichts gegen die Wiedereinsetzung der vertriebenen Dynastien zu haben, aber den Leitgedanken einer italienischen Konföderation zu verfolgen.⁴⁹⁰⁾ Wendland war der Meinung, daß Frankreich keine unehrenhaften Bedingungen für Österreich vorschlagen werde, da es froh sei, sich aus einer schwierigen Situation befreien zu können.⁴⁹¹⁾

Soviel man in München wußte, war England einer solchen Regelung nicht abgeneigt; die englische Regierung wollte gleichfalls die Lombardei als Secundogenitur für Österreich erhalten, die anderen Rechte Österreichs in Italien aber preisgegeben wissen; sie erstrebte ebenfalls die Aufrichtung einer norditalienischen Macht, die stark genug wäre, sich dem französischen Einfluß zu entziehen und die Unabhängigkeit gegenüber Österreich zu behaupten.⁴⁹²⁾ England fragte bei der russischen Regierung an, ob sie zu einer gemeinsamen Erklärung

489) 13.5., 21.5., 30.5.1859 Wendland, 31.5.1859 Bray GSTM III.R.31/32

10.5.1859 Wendland GHM 77/5/86

Allerdings meinte Wendland, daß der französische Gesandte in London ohne höheren Befehl spreche, weil er immer gegen einen Krieg gewesen sei und Napoleon aus einer unangenehmen Situation befreien wolle.

490) 17.6., 27.6.1859 Bray GSTM III.R.32

491) 29.5.1859 Wendland GSTM III.R.32

492) 7.6.1859 Lerchenfeld, 27.5.1859 Bray GSTM III.R.31/32

für die Erhaltung des österreichischen Besitzes in Italien nach den Verträgen bereit sei. Die bayerische Regierung hatte Nachricht, daß Rußland mit der Begründung ablehnte, Österreich habe durch den Kriegsbeginn die Verträge selbst zerstört und jetzt müßten die Waffen entscheiden. Allerdings zeigte Rußland sich nicht abgeneigt, Frankreich dafür zu engagieren am Mincio Halt zu machen und diesen Fluß als Grenze Österreichs anzuerkennen. Dies wurde übereinstimmend von Petersburg, Wien und Dresden nach München gemeldet.⁴⁹³⁾ Preußen ging auf den Plan der Aufrichtung einer starken norditalienischen Macht als Vermittlungsvorschlag nicht ein.⁴⁹⁴⁾

Die Überlegungen der bayerischen Regierung über die von Preußen angestrebte Vermittlung

In der richtigen Beurteilung der Lage war es für die bayerische Regierung völlig unsicher, ob Preußen auf der Erhaltung des österreichischen Gesamtbesitzes in Italien unter allen Umständen bestehen werde; viel sicherer erschien es ihr, daß Preußen dies nur erstrebe. Folglich mußte die bayerische Regierung damit rechnen, daß Österreich vielleicht gezwungen werde, die Lombardei abzutreten. Nach ihren bisherigen Überlegungen konnte sie das nicht begrüßen.

Dies konnte den König jedoch schon bald nach Kriegsbeginn nicht davon abhalten in seinen Erwägungen zu prüfen, ob es den bayerischen und deutschen Interessen vielleicht doch genüge, wenn Österreich nur Venetien behielte. Max sah die Gefahren einer Preisgabe der Lombardei vor allem aber in einer

493) 15.5.1859 Gise, 10.6.1859 Montgelas, 18.6.1859 Cetto GSTM III.R.31/32

Wendland war wohl der irrtümlichen Ansicht, daß Rußland entschlossen sei, die Vermittlung aufzunehmen. (13.5., 21.5.1859 Wendland GSTM III.R.31)

494) 27.6.1859 Bray GSTM III.R.32

Ausbreitung der Revolution über ganz Italien, über die Schweiz und auch Süddeutschland, einer revolutionären Bewegung, die in Frankreich ihre Stütze fand. "Ferner würde dieser ungeheuren Macht gegenüber ein geschwächtes Österreich stehen und bedroht durch die emporstrebenden und mit Frankreich verbündeten Nationalitäten der Südslawen und Rumänen, bedroht durch die russische Macht im Bündnis mit panslawistischen Ideen, in welche feindliche Elemente die auf die Dauer vielleicht unzuverlässige magyarische Nationalität eingeschoben ist." Er war aber nicht restlos von der Stichhaltigkeit dieser Gründe überzeugt. Er hielt es immerhin für möglich, daß Österreich, bevor es zu sehr geschwächt sei, in die Abtretung der Lombardei einwilligen und dann diesen Gefahren widerstehen könne.⁴⁹⁵⁾

Zu all diesen Fragen erbat Max die Stellungnahme Doenniges', den er über die italienischen Verhältnisse als gut unterrichtet ansehen durfte. Dieser lehnte nach dem österreichischen Ultimatum überhaupt jegliche rechtliche Verpflichtung der deutschen Staaten gegenüber Österreich ab. Die Angst vor der Ausbreitung der Revolution in der Schweiz und Süddeutschland, beeinflusst durch Frankreich, hielt er für unbegründet und in Italien nur soweit möglich, als Frankreich gemeinsam mit Piemont vorgehe, weil niemand in Italien die Herrschaft Frankreichs, sondern jeder nur die des konstitutionellen Piemonts wünsche. Er glaubte nicht, daß Österreich die Lombardei freiwillig abtreten werde, nur ein totaler Kriegsverlust könne Österreich zur Aufgabe der Lombardei zwingen; Österreichs Ehre und Rechtsprinzipien seien zu sehr mit dem Besitz der Lombardei verknüpft. Für ihn lag in der Zugehörigkeit der Lombardei zu Österreich kein bayerisches Interesse, weil nach seiner Meinung Österreich auch bei einem Sieg auf die Dauer nicht in der Lage sein könne, die Ruhe in der Lom-

495) 19.5., 14.5., 23.5.1859 Max Notiz GHN 79/1/165

bardei zu erhalten. Er sah in einer Abtretung der Lombardei nur dann eine tatsächliche Schwächung Österreichs, wenn es nicht gelänge, die Staatsschulden in Form von Kriegskosten auf die Lombardei abzuwälzen, d.h. also wohl, daß bei einem für Piemont siegreichen Kriegsende die von Österreich zu zahlenden Kriegskosten um die Staatsschulden der Lombardei vermindert werden sollten. Politisch gesehen sei das Aufgeben der Lombardei, dieses ewigen Unruheherdes und stets gefährlichen Besitzes, eher ein Vorteil für Österreich, es sei denn Österreich würde ganz Piemont miterobern, wozu natürlich keine Aussicht bestehe. Selbst wenn Österreich Konzessionen bezüglich einer getrennten Verwaltung in der Lombardei machen würde, erhoffte sich Doenniges keine Besserung der Lage, weil diese gegenüber der schon zu stark gewordenen piemontesischen Partei in der Lombardei zu spät kämen. Auch eine Gefährdung Venetiens kam für Doenniges bei einer Abtretung der Lombardei nicht in Betracht, weil seiner Meinung nach der Haß gegen Österreich in Venetien nicht so heftig war, und Österreich mit Hilfe der Festungen dort leichter die Herrschaft erhalten könne. Er meinte, daß es eben keine vollständigen Lösungen der nationalen Fragen gebe. Zudem rechnete er für die Zukunft mit einer gewissen inneren Schwäche von Piemont, die aus den Gegensätzen zwischen Mailand und Turin innerhalb einer italienischen Konföderation entstehen könnten, welche Österreich zugute kämen. Für Deutschland bestand nach seiner Ansicht keine Notwendigkeit einer gewissen nationalen Unabhängigkeit Italiens entgegenzutreten, und er hielt ein vergrößertes und verstärktes Sardinien als Zwischenstaat zwischen Frankreich und Österreich nur für begrüßenswert. Verhindert müsse aber werden, daß Frankreich in Sizilien, Toskana, Modena oder Parma mit einer napoleonischen Dynastie ein Protektorat aufrichte, und daß Frankreichs Einfluß sich in Italien vollkommen festsetze. Frankreich könne dann Österreich von Italien aus in Schach

halten und verhindern, daß Österreich Deutschland am Rhein schütze. Österreich würde dann den Westen aufgeben. Es müsse also in Italien Verona, Mantua und Venedig als eine Vor-mauer behalten. Die Frage sei jetzt, wie der französische Einfluß zu verhindern sei, und später, ob Italien wirklich unabhängig sein könne. Aufzuhalten sei Frankreich nur durch einen Krieg am Rhein. Deshalb begrüßte Doenniges die geplante bewaffnete Vermittlung Preußens und war der Meinung, daß selbst bei einem Krieg der Charakter einer Vermittlung nie aufgegeben werden dürfe, indem man vorgebe, nur das Recht und die Verträge von 1815 zu schützen.⁴⁹⁶⁾

Von der Pfordten war nach wie vor anderer Ansicht. Er ging von der Voraussetzung aus, daß Österreich nur vollständig geschlagen und widerstandslos in die Abtretung der Lombardei einwilligen werde. Sei dann erst das Land bis zum Mincio verloren, so werde selbst Venetien immer neuen Angriffen ausgesetzt sein. Ein teilweiser Sieg Sardiniens werde es zu weiteren Angriffen ermutigen, weil Piemont nicht nur den Besitz der Lombardei, sondern die vollständige Vertreibung Österreichs aus Italien erstrebe. Eine europäische Garantie für Venetien sei wertlos, da Europa seine wiederholten Garantien für die Lombardei als wirkungslos erkennen habe lassen. Als Folgen, die aus der Schwächung Österreichs für Deutschland und Bayern entstünden, zitierte von der Pfordten die schon bekannten Argumente, daß die Gothaer Politiker als die erbittertsten Feinde von Bayern angesehen werden müßten; Österreich werde dann als Gegengewicht gegen diese Bestrebungen nicht mehr in Frage kommen. Blicke aber Österreich stark, so

496) 3.5., 7.5.1859 Doenniges GSTM. MAIII Sard.14

29.5.1859 Doenniges GHM 77/3/77

H.Laible, W.Doenniges und König Max II. von Bayern, hält die Ansichten in dem Schreiben vom 7.5.1859 für die des Königs von Württemberg. Das Original dieses Schreibens, das im GSTM liegt und von dem nur ein Auszug im GHM liegt, dürfte H.Laible wohl unbekannt gewesen sein. Aus dem Original geht eindeutig hervor, daß es sich um die Meinung Doenniges' handelt.

auch der Deutsche Bund und in ihm Bayern selbständig. Andernfalls habe Bayern nur die Wahl der Unterordnung unter Preußen oder Frankreich.⁴⁹⁷⁾

Schon bevor Doenniges' und von der Pfordtens Darlegungen zu diesen Fragen den König erreichten, hatte sich Max zu dem Standpunkt durchgerungen, daß Österreich sich mit dem Besitz von Venetien begnügen könne.⁴⁹⁸⁾ Sollte der König die Denkschrift Sybels, die auf den 23. Mai 1859 datiert ist, an diesem selben Tag schon in Händen gehabt haben, dann dürfte ein Einfluß der Sybelschen Gedanken auf Max nicht abzuweisen sein. Am 30. Mai hatte Sybel eine Unterredung mit Max. Das Eingangsdatum der Denkschrift ist nicht festzustellen. Immerhin dürfte die Möglichkeit eines Einflusses Sybels auf die königliche Auffassung nicht abzulehnen sein. Die Ansichten Sybels und Doenniges' ähnelten sich in den Gedanken, daß die deutschen Staaten ohne Einigung über ein Vermittlungsprogramm nicht in einen Krieg eingreifen dürften. Einer solchen Vermittlung entsprechend schlug Sybel vor, Österreich die Legationen als Ersatz für die Lombardei anzubieten.⁴⁹⁹⁾ Aus einer Randbemerkung zu den Überlegungen, die Löher für den Fall eines Verlustes der Lombardei angestellt hatte, geht hervor, daß Max eine solche Entschädigung immerhin für möglich hielt.⁵⁰⁰⁾ Sybel sprach Österreich jedes politische und militärische Interesse an der Lombardei ab und konstatierte, daß die Gefahr einer Ausbreitung der Revolution gerade dann gegeben sei, wenn Österreich die Lombardei behalte.

-
- 97) 28.5.1859 v.d.Pfordten an Max GSTM Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka grün 21/11
23.5., 12.6.1859 v.d.Pfordten GHM 76/5/34
Ebenso hielt Löher den Besitz der Lombardei für unbedingt erforderlich, damit Frankreich nicht die besten Alpenpässe in die Hand bekomme und Deutschland auch vom Süden fassen könne, damit Napoleon nicht die Vorherrschaft über Italien erringe und Deutschland den freien Verkehr nach dem Süden absperren könne, und deshalb, weil Österreich die Lombardei nur nach völliger Erschöpfung aufgeben werde, und dann Deutschland in einem Krieg gegen Frankreich verlassen sei. (undatiertes Gutachten von Löher GHM 74/6/17)
- 98) 23.5., 28.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165
- 99) vergl. K.A.v.Müller, Historisch politische Denkschriften Sybels, S.62 ff
- 100) Gutachten Löhers GHM 74/6/17

Man konnte mit der Bereitschaft Frankreichs rechnen, so bald wie möglich Frieden mit Österreich zu schließen. Es war aber sehr fraglich, ob Österreich auf eine Vermittlung eingehen würde. Rechberg hatte bereits den Gedanken geäußert, lieber mit Frankreich direkt zu unterhandeln, als auf die preußischen Vorschläge einzugehen.⁵⁰¹⁾

Die Hoffnungen Brays auf ein Gelingen der preußischen Vermittlung,⁵⁰²⁾ wurden von von der Pfordten nicht geteilt, der die ganze Vermittlungspolitik Preußens für unglücklich hielt, allerdings die Hoffnungen auf eine schließliche Beteiligung Preußens am Krieg noch nicht aufgegeben hatte.⁵⁰³⁾

Der einzige, der von der Unterstützung der preußischen Vermittlung gänzlich abriet, war Wendland. Er hätte ihr Zustandekommen für ein Unglück gehalten, weil die Spaltung zwischen Preußen und Österreich dadurch vergrößert, und Österreich isoliert würde, sodaß Deutschland dann Österreich nicht mehr unterstützen könnte.⁵⁰⁴⁾ Max ließ die Alternative, ob die preußische Vermittlung zu begrüßen sei oder nicht, außer Betracht und entschied sich am 23. Mai, falls Österreich sich nicht zur Abtretung der Lombardei bereit erklären werde, zur Empfehlung eines raschen Angriffs auf Frankreich, um Preußen nicht den Verdienst und den Nutzen der Initiative zu lassen, vor allem wenn sich Bayern dadurch gegenüber Österreich und Deutschland eine günstigere Stellung verschaffe.⁵⁰⁵⁾ So war also Max bereit, ohne Preu-

501) 7.6.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.32

502) 31.5.1859 Bray GSTM III.R.32

503) 23.5., 31.5.1859 v.d.Pfordten GHM 76/5/34

28.5.1859 v.d.Pfordten GSTM Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka grün 21/11

504) 21.5., 30.5.1859 Wendland GSTM III.R.31/32

505) 23.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

"Wenn wirklich ~~die~~ begründete Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht mehr besteht, sei es, daß Eventualitäten die bereits verzeichnet sind eintreten, daß es nämlich nicht klug ist, darauf zu rechnen, daß Napoleon etwas zustößt, oder daß er zufolge eines Verlustes in Italien entthront werde, oder endlich, daß Österreich nicht vermocht werden kann, im Fall eines weniger glücklichen Krieges Frieden zu schließen und sich mit Besitz der Mincio

Ben vorzuziehen.

Die Frage der mit Österreich abzuschließenden Separatverträge

Gerade in den Tagen als Max sich zu dem oben erwähnten Ausweg entschlossen hatte, legte die Österreichische Regierung dem bayerischen Gesandten in Wien den Gedanken nahe, mit den einzelnen deutschen Regierungen isolierte Verhandlungen anzubahnen, wie sie in der Wiener Schlußakte vom 15.5.1820 § 42 vorgesehen waren.⁵⁰⁶⁾ Sie bat die bayerische Regierung, die Meinung der Mittelstaaten über eventuell zu schließende Separatverträge mit Österreich zu erkunden. Auf diese Weise werde Preußen zu nichts gezwungen, aber Österreich könne wenigstens teilweise geholfen werden.⁵⁰⁷⁾ Preußen konnte natürlich die Souveränitätsrechte der Mittelstaaten nicht beeinflussen, aber es war immerhin fraglich, ob Preußen, das gewisse Befürchtungen zu haben schien,⁵⁰⁸⁾ bei Abschluß solcher Separatverträge tatenlos zuschauen würde.

ad 505) Linie zu begnügen; wenn endlich wir gerüstet genug sind, um bald losschlagen zu können, und ein rasches Vorgehen auch mehr militärische Chancen des Gelingens bietet, dann ist es besser bald loszuschlagen und Preußen nicht das Verdienst und Nutzen der Initiative zu lassen, namentlich noch in erhöhtem Grade, wenn Bayern dadurch gegenüber von Österreich sich eine günstige Stellung verschafft, ebenso wie gegenüber von ganz Deutschland."

506) Der Artikel 42 hat folgenden Wortlaut: "Wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden ist, durch die Stimmenmehrheit verneinend entschieden wird, so bleibt nichts desto weniger denjenigen Bundesstaaten, welche von der Wirklichkeit der Gefahr überzeugt sind, unbenommen, gemeinschaftliche Verteidigungsmaßregeln untereinander zu verabreden."

507) 21.5., 23.5.1859 Lerchenfeld, 27.5.1859 Gise GSTM III.R.31 Es geht aus dieser Anfrage Österreichs hervor, daß es Reichberg durchaus ernst mit dem Gedanken an Separatbündnisse war, und es nicht nur unvorsichtige Worte gegenüber Preußen waren, - so stellt H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.356 dar -, die er wieder abschwächen wollte, als er ihre Wirkung beobachtete.

508) 9.5.1859 Moustier AAE Prusse 333

Vielleicht war die österreichische Regierung durch Schrenck zu dieser Anfrage ermutigt worden, als dieser noch Bundestagsgesandter in Frankfurt war, und aus dessen Äußerungen Rechberg Ende April die Bereitschaft der bayerischen Regierung zu eventuellen Separatverträgen mit Österreich entnahm.⁵⁰⁹⁾ Als Bedingung dafür führte Schrenck die Garantie des bayerischen Länderbesitzes an. Rechberg hielt es nicht für unwahrscheinlich, daß Bayern auch auf die Zusicherungen, die im Rieder Vertrag von 1813 gemacht worden waren, zurückkommen werde, worin Bayern ein mit seinen Ländern zusammenhängender Ersatz für die verlorenen Gebiete versprochen wurde.⁵¹⁰⁾

Es gelang Hartig, dem österreichischen Gesandten in München, nicht, von Schrenck eine Stellungnahme über diese Eventualität zu erhalten. Die bayerische Regierung ließ die österreichische Anfrage unbeantwortet. Trotzdem gab Hartig die Hoffnung nicht auf, daß Bayern sich, gedrängt durch die öffentli-

509) 20.4.1859 Nr.28A Rechberg an Buol HSTW II Dt.Bd.43
Aus einer Unterredung mit Schrenck geht hervor, daß die bayerische Regierung "fest entschlossen ist, einem Bundesbeschlusse durch welchen der Bund sich verpflichten würde, sich an einem Krieg gegen Frankreich zu beteiligen zuzustimmen; daß sie aber auch es zu vermeiden suchen wird sich voranzustellen, und einen solchen Beschluß zu beantragen. Sie dürfte sich, falls ein solcher Beschluß nicht zu Stande gebracht werden könnte, auch geneigt finden lassen weiter zu gehen und sich durch einen Separatvertrag zu verbinden, mit Österreich gemeinschaftliche Sache zu machen unter der Bedingung, daß ihr die Garantie für ihren Länderbesitz gewährt würde. Nicht unwahrscheinlich scheint es mir jedoch, daß bei den Unterhandlungen über diesen Spezialvertrag von Seiten Bayerns auch die Zusicherungen in Erinnerung gebracht werden dürften, welche der bayerischen Regierung in dem Rieder Vertrag von 1813 gemacht worden sind."

510) Im Rieder Vertrag vom 8.10.1813 wurde in den geheimen Separatartikeln vereinbart: Art.III. "S. M. l'Emp. d'Autriche s'engage à son tour pour Elle-même et de concert avec Ses Alliés, à employer son intervention la plus efficace, et s'il en est besoin, toutes ses forces à l'effet de procurer à S.M. le Roi de Bavière l'indemnité la plus complete et calculée sur les proportions géographiques, statistiques et financières des provinces cédées. La dite indemnité devra être à la convenance du royaume de Bavière et de manière à former avec lui un contigu complet et non interrompu."

che Meinung und falls alle Verhandlungen mit Preußen scheiterten, auch ohne Preußen zu einem Vorgehen entschließen werde. Und zwar in der Weise, daß der Bund über die ihm drohende Gefahr und über die Aufstellung einer Bundesarmee entscheiden solle, wobei es Preußen freigestellt bleibe, einem Majoritätsbeschluß zu folgen.⁵¹¹⁾ Früher, Ende März, hatte Hartig berichtet, daß die ministeriellen Zeitungsorgane in Bayern die Meinung verträten, daß im Fall einer preußischen Neutralität Bayern und Süddeutschland zu passivem Verhalten genötigt seien. Alle maßgebenden Leute seien dieser Meinung.⁵¹²⁾

Von der Pfordten hatte während seiner Ministertätigkeit niemals den Gedanken an ein Vorgehen ohne Preußen verlauten lassen, im Gegenteil.⁵¹³⁾ Im Mai äußerte er in einer Unterredung mit Rechberg schwere Bedenken dagegen und machte die Entscheidung darüber von rein militärischen Erwägungen abhängig. Auch schien von der Pfordten nicht direkt an Separatverträge gedacht zu haben, sondern nur an ein bundesmäßiges Vorgehen, also an einen Majoritätsbeschluß. Preußen werde dann den Bund allerdings sprengen und alle Schuld den übrigen Regierungen zuschieben. Schwerer noch als diese moralische Belastung und den militärischen Nachteil durch den Ausfall der preußischen Bundestruppen (immerhin 160 - 180 000 Mann), erschienen von der Pfordten die wirtschaftlichen Folgen, weil der Zollverein dadurch auch gesprengt werde. Auf Hannover, Mecklenburg und Braunschweig könne man nicht zählen, da sie von preußischen Truppen besetzt würden. Frankreich werde das nur unterstützen, um in Süddeutschland freie Hand zu behalten und zunächst an dieser Strecke seine Rheingrenze herstellen. Die meisten Kleinstaaten tendierten ohnehin zu Preußen und die Hansestädte stünden wohl außer Betracht.

511) 1.6.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

512) 23.3.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

513) vergl. Anm. 158 6.3.1859 v.d.Pfordten an Perglas

Manche Regierungen hätten sich eben nur in der Voraussetzung, daß Preußen schließlich doch mitgehe, so eifrig für Österreich ausgesprochen. Sachsen neige in ultima analysi mehr Preußen als Österreich zu. Schließlich blieben außer Österreich selbst nur Bayern, Württemberg, Baden und das Großherzogtum Hessen-Nassau übrig, auf die man zählen könne. Die Frage sei, ob diese Staaten stark genug seien, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg gegen Frankreich zu führen, wo eine ganze Nation gegen die Invasion deutscher Truppen aufstehen werde. Kein Staat dürfe sich aber über die wirklich vorhandenen Streitkräfte täuschen. Das Resultat dieser Untersuchung ergebe dann die richtige Antwort, ob man auch ohne Preußen aktiv gegen Frankreich vorgehen solle.⁵¹⁴⁾

Dieselben Überlegungen über die militärische Stärke legte von der Pfordten auch König Max nahe. Er bezeichnete die Zahl von 250 000 Mann und die dazu nötigen Ersatzmannschaften als genügend, um einen Krieg beginnen zu können. In politischer Hinsicht hielt er einen Krieg ohne Preußen gegen Frankreich für ratsam, ja sogar für ratsamer als mit der Beteiligung Preußens, weil er in der erhöhten moralischen Haltung die Möglichkeit der praktischen Durchführung der Trias in Deutschland sehe, auf der Bayerns Zukunft ruhe.⁵¹⁵⁾

514) 18.5.1859 Rechberg an Buol HSTW II Dt.Bd.43

515) 23.5.1859 v.d.Pfordten GHM 76/5/34

Letztere Überlegung muß wohl König Max stark beeindruckt haben. Sie ist von ihm zweifach angestrichen worden. vergl. E.Franz, v.d.Pfordten S.270 Th.Griewank, Württemberg S.31 + 35 täuscht sich, wenn er glaubt, daß v.d.Pfordten zu Separatbündnissen geneigt, oder zu einem Losschlagen ohne Preußen entschlossen gewesen sei. Als Quelle letzterer Behauptung führt Griewank die Berichte des preußischen Gesandten in Frankfurt vom 23.5. + 25.5.1859 an. Aus diesen kann man entnehmen, daß die Sprache v.d.Pfordtens gegenüber Usedom wohl bewußt eine sehr bestimmte und entschiedene war. Aber v.d.Pfordtens Mitteilungen an den russischen Gesandten, der diese Usedom zukommen ließ, zeigten, daß v.d.Pfordten die Frage eines Krieges ohne Preußen noch unentschieden ließ (vergl. APPr. Nr. 428,2)

Wendland riet von jeglichem Vorgehen ohne Preußen und einem Separatbündnis mit Österreich ab.⁵¹⁶⁾ Doenniges setzte bei seinen Ratschlägen stillschweigend die Mitwirkung Preußens voraus. Auch Ende Juni, als die Mincio-Linie tatsächlich bedroht, also der Moment gekommen war, den Doenniges für den letzten Augenblick hielt, um gegen Frankreich vorzugehen, war er wohl äußerst beunruhigt für "die Zukunft des europäischen Rechtes". Aber außer dem selbstverständlichen Rat zu einem Einschreiten Deutschlands und der Großmächte in Italien, wußte er für die Situation, in der sich Bayern befand, keine Lösung.⁵¹⁷⁾

Die Überlegungen von der Pfordtens wurden insofern bestätigt, als von den Mittelstaaten nur Hessen-Darmstadt ohne weiteres zu Separatbündnissen mit Österreich bereit war.⁵¹⁸⁾ Baden und Hessen-Kassel wollten sich nicht von Preußen trennen.⁵¹⁹⁾ In Dresden fand ein Separatvertrag keinen besonderen Anklang und man war dort nur bereit, auch gegen den Willen Preußens Anträge beim Bund zu unterstützen.⁵²⁰⁾ Württemberg, das anfangs im Vertrauen auf Preußen sich ganz mit dessen Politik einverstanden erklärt hatte, wurde bei den Äußerungen Preußens Ende April stutzig. Als die Willisen-Mission zu scheitern drohte, entschloß es sich, bei weiterem passiven Verhalten Preußens in Frankfurt auch gegen Preußens Einstellung abstimmen zu lassen.⁵²¹⁾ In einer persönlichen Unterredung von der Pfordtens mit dem württembergischen Außenminister,

516) 30.5., 7.6.1859 Wendland GSTM III.R.32

14.6.1859 Wendland GHM 77/5/86

517) 27.6.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

518) 17.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.31

vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.16

519) 10.5.1859 Malzen, 17.5.1859 Thüngen GSTM III.R.31

vergl. H.Oncken, Großherzog Fr. von Baden, S.112: "Ich setze dabei voraus, daß Süddeutschland sich in keinerlei Sonderbündnisse verführen läßt."

520) 14.5.1859 Bose an Schrenck, 27.5.1859 Gise GSTM III.R.31

521) 24.5.1859 Hügel an Degenfeld GSTM III.R.31

vergl. Th.Griewank, Württemberg, S.35

gewann er die Überzeugung, daß Württemberg keine Lust zum Vorgehen ohne Preußen habe.⁵²²⁾

Schrenck schlug vor, dem sächsischen und württembergischen Gesandten mündlich zu erklären, daß Bayern im Notfall auch bereit sei, Maßregeln auf Grund der Mehrheit der Bundesregierungen zu ergreifen.⁵²³⁾ Es scheint, daß Schrenck eher zu einem Vorgehen ohne Preußen geneigt war, als von der Pfordten. Ob er dabei an Separatverträge dachte oder an einen Majoritätsbeschluß des Bundes, ist schwer zu entscheiden. Auf alle Fälle wollte er aber nur auf bundesrechtlichem Boden vorgehen.⁵²⁴⁾

Offensichtlich unter dem Einfluß der Überlegungen von der Pfordten änderte Max seine kurz vorher am 23. Mai gefaßte Meinung. Eine Notiz des Königs vom 28. Mai besagt, daß er nun der Ansicht war, nur dann in den Krieg eingreifen zu dürfen, wenn man ohne Preußen stark genug dazu sei, oder man Preußen in kurzer Frist nach sich ziehen könne. Den Plan eines Angriffskrieges gegen Frankreich gab Max völlig auf. Besser schien ihm nun die Entsendung einer Bundesarmee nach Italien, woraus Österreich mehr Nutzen ziehen könne und was in Frankreich keinen so großen Eindruck auf die öffentliche Meinung ausüben werde, als eine Aufstellung und ein Angriff am Rhein.⁵²⁵⁾

522) 31.5.1859 v.d.Pfordten GHM 76/5/34

523) 26.5.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.31

524) vergl. W.P.Fuchs, Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform, Berlin 1934, S.130 f

525) 28.5., 30.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

28.5.1859: "Löhrs Argumentation (daß Frankreich sofort anzugreifen) nur dann beizustimmen, wenn Hoffnung auf Vermittlung verschwunden, und im Fall Preußen nicht mitgeht, wir bestimmten Grund haben, anzunehmen, daß wir auch ohne Preußen stark genug sind oder daß wir Preußen in kurzer Frist nachziehen."

30.5.1859: "Am besten scheint es, eine verhältnismäßig geringe Bundesarmee Österreich nach Italien zu senden, viel besser, als wenn eine große Truppenmasse an den Rhein geworfen würde. a. Österreich würde daraus mehr Nutzen ziehen b. diese Hilfeleistung würde in Frankreich keinen so großen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorbringen als Aufstellung und ein Angriff am Rhein."

In dieser Ansicht folgte König Max der Meinung Wendlands. Einen endgültigen Entschluß faßte Max noch nicht. Offiziell ließ Max den Mittelstaaten noch keine Entscheidung der bayerischen Regierung mitteilen mit der Begründung, daß dies vor dem Resultat der Willisen-Mission noch verfrüht sei.⁵²⁶⁾ Er wollte jedenfalls das Ergebnis dieser Verhandlungen noch abwarten.⁵²⁷⁾ Ebenso lehnte er die von Schrenck vorgeschlagene mündliche Erklärung an den württembergischen und sächsischen Gesandten ab, da man nicht wissen könne, welche Vorschläge von den Mittelstaaten eingebracht würden.⁵²⁸⁾

Noch immer muß aber Max an die Möglichkeit eines Separatbündnisses gedacht haben. Er zog eine Sendung nach Wien in Erwägung, um die Garantie für den Territorialbestand Bayerns in künftigen Eventualitäten neuerdings zu erwerben.⁵²⁹⁾ Schrenck riet davon vorerst ab, bis sich gezeigt habe, daß eine Einigung am Bund nicht möglich sei. Er machte geltend, daß eine solche Mission, schon jetzt durchgeführt, danach aussehen könne, als ob man den Artikel 11 der Bundesverfassung, durch welchen die Garantie gesichert war, bezweifle und Österreich veranlassen werde, Gegenforderungen aufzustellen. Erst wenn Österreich mit den einzelnen Regierungen Verträge abschließe, solle man sich diese Garantie geben lassen.⁵²⁹⁾

Man muß um diese Zeit in München sehr mit Krieg gerechnet haben. Dies zeigt die Tatsache, daß Königin Marie eine Art

526) Signat Max' vom 28.5.1859 auf Antrag Schrencks vom 26.6.1859 GSTM III.R.31

527) 28.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

528) 4.6.1859 Max an Schrenck GSTM III.R.32

529) 5.6.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.32

In einer Schweizer Zeitung, dem Handlescourier, wurde bereits behauptet, daß Bayern und Sachsen Separatverträge mit Österreich abgeschlossen hätten. In Rom zirkulierte das Gerücht, daß Bayern den Krieg an Frankreich erklärt habe, was Gramont, der französische Gesandte in Rom, als offizielle Nachricht bestätigte. (18.5.1859 Bray, 15./16.5., 30.5.1859 Verger GSTM III.R.31/32)

Rotes Kreuz organisierte; ab 6. Juni trafen sich Frauen in der Residenz, um Charpie zu zupfen und Verbandsmaterial vorzubereiten. Man schickte davon viele Kisten nach Österreich mit dem Absendervermerk: "Im Namen vieler Damen aus München" und natürlich nicht unter dem Namen der Königin.⁵³⁰⁾ Freilich war darin auch die Absicht einer caritativen Hilfsaktion zu erkennen.

Von der Pfordtens Besprechungen mit König Max in München

Die ganze Lage drängte jetzt zu einer klaren Entscheidung. Man mußte zu einem Entschluß kommen, wie der hannoveranische Antrag in Frankfurt weiterhin zu behandeln sei. Außerdem näherten sich die militärischen Vorbereitungen der einzelnen Regierungen dem Abschluß. Österreich hatte die erste Niederlage erlitten. Eine weiterhin abwartende Politik konnte nun nicht mehr gerechtfertigt werden. Um die notwendigen Entschlüsse zu beraten, beorderte König Max von der Pfordten aus Frankfurt nach München.⁵³¹⁾ Von der Pfordten kam mit sehr konkreten und teils überraschenden Vorschlägen, entschlossen der zögernden Haltung der bayerischen Regierung ein Ende zu machen.

Von der Pfordten zeigte klar die Gefahren auf, die durch die Untätigkeit des Bundes gegeben seien.⁵³²⁾ 1) Die drohende

530) vergl. H. Rall: Königin Mutter Marie und das Rote Kreuz, München 1954

21.7.1859 Marie an Auguste GHM N.Th.99

Angeblich hat Königin Marie auch die Patronage eines Frauenclubs übernommen, der sich zum Ziel gesetzt habe, die französische Mode durch eigene Creation auszuscalten. (AAE Bavière 236) Es erstaunt etwas dies zu hören, da Marie ganz selten eine politische Initiative ergriff, und sollte diese Nachricht auf Wahrheit beruhen, so kann man sich das Verhalten der Königin höchstens mit dem Argument erklären, daß die königliche Familie, die so heftig wegen ihrer angeblichen Frankreich freundlichen Gesinnung angegriffen wurde, (14.5.1859 Keneval AA-E Bavière 236) versuchte, auf diese Weise das Gegenteil zu beweisen und die Erregung in der Öffentlichkeit darüber zu dämpfen.

531) 5.6.1859 Pfistermeister an Schrenck GSTM III.R.32

E. Franz, v.d. Pfordten, S.271 meint irrtümlicherweise, daß die Reise v.d. Pfordtens aus Familiengründen stattfand.

532) 12.6.1859 v.d. Pfordten GHM 76/5/34

finanzielle Erschöpfung der Mittelstaaten, wenn man die Truppen formiert und praesens halten wolle ohne den Krieg zu beginnen. 2) Die Gefahr von Unruhen infolge der Mißstimmung im Volke gegen die Regierung, vielleicht weniger in Bayern als in den anderen Staaten. Die Untätigkeit der Regierungen werde als Schwäche ausgelegt. Das Drängen nach Beseitigung der Kleinstaaten werde mit erneuter Kraft hervortreten; der bayerische Patriotismus sei zur Zeit im deutschen aufgegangen. Unter Napoleon I. sei das bayerische Volk nur bayerisch gesinnt gewesen, jetzt werde diese Gesinnung als Schmach bezeichnet und nur die deutsche Gesinnung gepriesen. 3) Die Schwächung Österreichs und damit des Deutschen Bundes in der Widerstandskraft der germanischen Staaten gegen Romanen und Slawen, von denen man umschlossen und in einem welthistorischen Kampf angegriffen sei. 4) Der Bruch der europäischen Verträge, der durch ein Losreißen der Lombardei von Österreich entstehe, sei eine Erschütterung des rechtlichen Fundamentes der Mittelstaaten, das in denselben Verträgen enthalten sei. 5) Das Anwachsen der napoleonischen Macht infolge ihrer Herrschaft über Italien, die Frankreich zu weiterer Ausdehnung verlocken werde. Nach dem Sieg über Rußland 1855 und über Österreich 1859 werde Frankreich auch einen materiellen Gewinn verlangen und mit Savoyen nicht zufrieden sein, sondern die Rheinlande und Belgien haben wollen.

Bis hierhin waren es Überlegungen, die von der Pfordten schon früher vertreten hatte und von Max bis auf Punkt 3 anerkannt waren. Nun kam aber von der Pfordten auf ganz neue Aspekte zu sprechen, die König Max mit großer Beachtung würdigte. 6) Die Möglichkeit, daß Österreich, falls die Mittelstaaten beim Bund ganz untätig blieben und nur auf Preußen hinwiesen, versuche, Preußen auf Kosten der Mittelstaa-

ten zu gewinnen. Österreich werde die militärische und politische Leitung der deutschen Staaten Preußen überlassen und dabei die schützenden Formen der Bundesverfassung außer Acht lassen oder diese vielleicht zum Nachteil der Mittelstaaten abändern. Diese Tendenz sehe man bei den Verhandlungen mit Willisen und in der Weigerung des Prinzregenten, den Oberbefehl als Bundesfeldherr zu übernehmen.⁵³³⁾ 7) Die Gefahr einer Versöhnung Österreichs und Frankreichs und eventuell auch Rußlands auf Kosten Deutschlands, wenn weder Preußen noch die anderen deutschen Staaten Österreich helfen wollten. Die drei absoluten Kaiser würden sich dann in die Herrschaft über Europa teilen. Rußland werde man an der Donau befriedigen, Österreich mit Bosnien und vielleicht mit bayerischem Land bis zum Inn, Frankreich mit der Rheingrenze, also auch mit der bayerischen Pfalz. Das übrige Deutschland werde man seiner inneren Schwäche und Preußen überlassen, um dann bei neuer Gelegenheit noch mehr davon abzureißen, wie etwa die Weichselmündungen und preußisch Polen für Rußland, Bayern, vielleicht auch Schlesien für Österreich. Diese Eventualitäten seien zwar keine Notwendigkeit, aber sie zeigten die Verlockung einer solchen Allianz für Österreich. Durch einen solchen Frieden, den Napoleon als Maßigung und Friedensliebe hinstellen werde, sei Deutschland dem Angriff Frankreichs preisgegeben, wozu Napoleon leicht einen Anlaß finden werde, beispielsweise in der Holsteinschen Frage. 8) Preußen werde mit dieser Lösung zufrieden sein, weil es darin die Verwirklichung der Gothaer Politik sehe. Mit mehr oder weniger Ländergebieten werde das preußische deutsche Reich aufgerichtet, womöglich bis an den Bodensee und die bayerischen Alpen oder bis an den Thüringer Wald und den Main.

⁵³³⁾ siehe S. 232

Um diesen Gefahren zu begegnen, machte von der Pfordten den Vorschlag, in Frankfurt ohne Rücksicht auf Preußen die Mobilisierung der Bundestruppen und die Wahl eines Oberfeldherrn zu beantragen. Er begründete seinen Vorschlag damit, daß Preußen durch die bloße Ankündigung eines solchen Antrages vielleicht bestimmt werde, selber einen Antrag zu stellen und einen Schritt vorwärts zu gehen, was es bisher immer getan habe, wenn Bayern Ernst gezeigt habe. Sollte das nicht der Fall sein, dann werde die Abstimmung über den Antrag alles weitere entscheiden. Erkenne Preußen den Beschluß an, so werde die ganze Bundesarmee mobilisiert werden, das Bundesrecht auch in der Frage des Oberbefehls gewahrt bleiben, und Deutschland könne entweder den Krieg gegen Frankreich machen oder den Frieden vermitteln. Von der Pfordten rechnete damit, daß dann auch Englands Unterstützung nicht ausbleibe, da Palmerston zu sehr Engländer sei, als daß er nicht der Diktatur Napoleons entgegentrete und dies energischer tun könne als der unpopuläre Derby. Die Entthronung Napoleons wäre natürlich die gründlichste Abwehr aller Gefahren. Aber auch eine Friedensvermittlung könne Österreich von allen verderblichen Allianzen abhalten und seine Verluste auf ein Minimum reduzieren, beispielsweise durch die Umbildung der Lombardei zum eigenen Königreich unter einem österreichischen Erzherzog. Im anderen Fall, wenn Preußen den Beschluß nicht anerkenne und weiter neutral bleibe, dann müßten die Mittelstaaten dies publizieren und sofort abrüsten, weil ein Krieg gegen Frankreich ohne Preußen eine nutzlose Aufopferung sei. Dadurch würden die Mittelstaaten die Sympathie ihrer Völker behalten. Österreich wäre den Mittelstaaten zu Dank verpflichtet und müßte sie gegen Frankreich bei einem Friedensschluß in Schutz nehmen. Der Antrag am Bund, wie ihn von der Pfordten vorschlug, führe also 1. entweder zum Vorwärtsgehen oder zur

Abrüstung; 2. beweiße den Völkern, daß es den deutschen Regierungen Ernst sei mit der Verteidigung des Rechtes, und daß nur Preußen sie daran gehindert habe; 3. führe er entweder zum hoffentlich siegreichen Kampf gegen die französisch-italienische Revolution oder sichere dem Bund die Mitwirkung beim Friedensschluß zur Wahrung seiner Rechte; 4. schneide er damit auch die Experimente der Gothaer Politik ab.

Von der Pfordten versuchte auch, Max über weitere Folgen dieser Politik zu beruhigen. Eine mögliche Auflösung des deutschen Bundes und des Zollvereins könne unter diesen Umständen für Bayern sogar vorteilhaft sein. Sie gebe ihm die Hegemonie über Süddeutschland, die durch den jetzigen Antrag am Bund schon angebahnt und durch die Erbitterung der süddeutschen Völker gegen das verräterische Preußen erleichtert und befestigt werde. Man müsse den Bund und den Zollverein auf den jetzigen Verträgen ohne Preußen fortsetzen und dessen weitere Ausgestaltung in die Hand nehmen. Für die Gothaer wäre dann im Süden jedenfalls kein Raum, und es begänne die Entwicklung der Trias, die später doch eintreten werde. Endlich könne man noch einwenden, daß ein solcher Antrag den Zorn Frankreichs auf Bayern laden werde. Allein dieser Zorn sei schon da, seitdem die österreichischen Truppen zur Schlacht von Magenta auf bayerischen Eisenbahnen geführt wurden.⁵³⁴⁾ Gerade deshalb müsse Bayern entschieden vorwärts gehen, damit es sich nicht mit aller Welt verfeinde. Zorn schade den Schwachen, den mutig Handelnden verwandle er sich in Achtung und Verständigung. Habe sich nicht Rußland mit Piemont verständigt, das mutwillig gegen Rußland am Krieg teilgenommen habe? Umso mehr werde Frankreich den Zorn auf Bayern vergessen, wenn es mit Österreich Frieden mache, und Bayern dann

534)

siehe S.200 ff

Österreichs Freund sein und von diesem gleichsam im Friedensschluß aufgenommen werde. Auch den Vorwurf des Undeutschen könne man dieser Politik nicht machen. Bayern wolle mit Deutschland für Österreich gegen Frankreich stehen. Wenn Preußens Verblendung und Verrat dies unmöglich mache, so zwingt Bayern die Pflicht der Selbsterhaltung sich mit Österreich und mit Frankreich zugleich auszusöhnen.⁵³⁵⁾

Von der Pfordten wollte zwar nicht behaupten, daß durch die von ihm vorgeschlagenen Schritte alle Gefahren beseitigt würden. Das sei unmöglich. Aber er war der Überzeugung, daß die Untätigkeit sicher ins Verderben führe, daß der vorgeschlagene Schritt zu einer Entscheidung führe und ebenso im Bundesrecht begründet als naturgemäß und besonnen sei und vom ganzen bayerischen Volk gebilligt werde. Wenn aber eine Regierung das Recht, die öffentliche Begeisterung und Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit für sich habe, dann könne sie getrost vorwärts gehen und den Erfolg Gott anheim stellen.

Sicherlich war die Aufstellung eines Observationscorps durch den Deutschen Bund am Rhein die beste und entsprechendste Lösung für die bayerischen Interessen. Diese Hilfe würde für Österreich ausreichend sein, und mehr verlangte Österreich auch nicht von dem Deutschen Bund. Sollte dieser Weg weder durch Vermittlung noch durch Druck auf Preußen eingeschlagen werden können, dann war die Möglichkeit einer Unterstützung Österreichs ohne Preußen vorhanden. Diese Hilfe konnte darin bestehen, daß Truppen auf den italienischen Kriegsschauplatz gesandt wurden. Die bayerische Armee allein hätte schon das Übergewicht Österreichs gegen Frankreich und Sardinien in

⁵³⁵⁾ vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.21 ff die Äußerungen v.d.Pfordtens zu dem großherzoglich hessischen Gesandten in Frankfurt: Schleinitz, Usedom und Bismarck täten alles, um die Auflösung des Deutschen Bundes so bald als möglich herbeizuführen. Gingen die Dinge, was der Himmel verhüte, gänzlich über Eck, so wäre für Frankreich noch eher eine gewisse Aussicht den Rheinbund wiederherzustellen, als für ein kaiserliches Preußen sich an die Spitze eines Erfurter Parlamentes zu bringen.

Italien herstellen können. Die beiden gegnerischen Heere waren fast gleich stark. Die Schlachten von Magenta und Solferino zogen sich lange unentschieden oder zu Gunsten Österreichs hin, und der Sieg der Gegner war schwer erkämpft. Die Entsendung einer Militärmacht nach Italien würde Österreich womöglich dort zu einem Sieg verhelfen. Dies würde aber gleichzeitig einen Krieg gegen Frankreich bedeuten, der sich auch am Rhein entwickeln könnte. Die bayerische Rheinpfalz würde dann aber ungedeckt sein, weil Österreich im Süden gebunden war. Selbst bei einer dann möglichen Beteiligung Preußens am Krieg war die Gefahr einer Verständigung Preußens und Frankreichs auf Kosten der bayerischen Rheinpfalz vorhanden. Aus diesem Grunde war eine Hilfe in dieser Weise nicht erstrebenswert. Die bayerischen Interessen würden dabei nicht gewahrt werden. Die Aufstellung eines bayerischen Heeres am Rhein würde Österreich keine ausschlaggebende Entlastung in Italien bringen, wohl aber eine solche Aufstellung zusammen mit anderen deutschen Staaten, auch ohne Preußen. Bei letzterer Alternative war aber wiederum die Kriegsgefahr am Rhein gegeben. Einen solchen ohne Preußen und Österreich erfolgreich zu bestehen, war kaum zu hoffen. Nach diesen Überlegungen erkennt man, daß der Vorschlag von der Pfordtens zur Abrüstung äußerst klug war, weil er die Interessen des bayerischen Staates so weit wie nur möglich wahrte. Österreich konnte zwar geschwächt werden, aber Preußen daraus keinen Nutzen ziehen. Die bayerische Pfalz würde nicht gefährdet sein, und das Verhältnis Bayerns zu Frankreich nicht verschlechtert werden, was bei einer möglichen Schwächung Österreichs für Bayern wichtig sein mußte. Von der Pfordtens Vorschlag war natürlich nur ein Ausweg, der aber auf der richtigen Einschätzung des bayerischen Machtumfanges fußte, der zu einer aktiven europäischen Politik Bayerns nicht ausreichte.

Die Mobilmachung Preußens und die Einladung zu Militärsprechungen

Wie weit es von der Pfordten gelang, den König für diesen kühnen Plan zu gewinnen, ist schwer zu sagen. Max schien doch einige Bedenken dagegen gehabt zu haben und konnte sich zu einer Zustimmung noch nicht entschließen. Von der Pfordten reiste wieder ab noch ehe er vom König die Genehmigung zu seinem am 13. Juni beantragten Vortrag für den Militärausschuß erhalten hatte, mit dem er die Aufstellung der Bundeskontingente und die Wahl eines Feldherrn beantragen wollte.⁵³⁶⁾ Von der Pfordten hatte ein von seiner Hand geschriebenes Konzept einer vorläufigen Genehmigung seines Vortrages hinterlassen.⁵³⁷⁾ Es ist wohl anzunehmen, daß er es selbst, den Wünschen seines Königs Rechnung tragend, entworfen hatte.

Die Gründe für die zögernde Haltung des Königs dürften darin zu sehen sein, daß Preußen inzwischen am 14. Juni die Mobilmachung von 6 Corps angeordnet hatte und am selben Tag telegraphisch zu erwartende Vorschläge ankündigte. Am 16. Juni übermittelte Löwenstein, der preußische Gesandte in München, die Pläne Preußens. Die preußische Regierung wolle die Aufstellung des Observationscorps beantragen, dessen Oberbefehl Bayern übernehmen solle. Sie wünschte, daß man sich mit Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe deswegen in Verbindung setze und einen Offizier nach Berlin schicke. Nachdem das 8. Corps konzentriert sei, wolle Preußen dann den Antrag wegen des Observationscorps' und des bayerischen Oberbefehls in Frankfurt stellen.⁵³⁸⁾

536) 13.6.1859 Schrenck an Max, Vortrag v.d.Pfordtens für den Militärausschuß GSTM III.R.32

537) mit Bleistift geschriebener Entwurf v.d.Pfordtens GHM

538) 14.6.1859 Bray, 16.6.1859 Schrenck an Max 76/5/34
GSTM III.R.32; Am 29.5.1859 hatte Bray telegraphiert, daß Preußen bald die Aufstellung des Observationscorps beantragen wolle. Diese Meldung reduzierte Bray am 3.6., daß Preußen nur Inspektion der Bundestruppen anordnen wolle, wohl deswegen weil Hannover und Mecklenburg bei weitem noch nicht kriegsbereit seien. Am 7.6. kündigte Löwenstein baldige preußische Anträge an, worüber Preußen

Max war allgemein mit diesem Vorschlag einverstanden und schickte die Generäle von der Mark und von der Tann nach Berlin. Doch um einer Umgehung des Bundes entgegenzuwirken stellte Max folgende Bedingungen: 1) Preußen müsse sofort den Antrag am Bund stellen, weil ohne Bundesbeschluß für den Oberbefehl Bayerns über das 8. Corps und die Aufstellung des Observationscorps' das politisch-rechtliche Fundament fehle; 2) Preußen müsse ein Corps am Niederrhein aufstellen, und die Offiziere müßten sich über die Beziehungen beider Corps' verständigen. 3) Preußen müsse den politischen Standpunkt und das Ziel der Aktion gleichzeitig mitteilen.⁵³⁹⁾

Es ist anzunehmen, daß von der Pfordten auch dieses Signat entworfen hatte. Das Konzept mit seiner Handschrift ist vorhanden.⁵⁴⁰⁾ Am 20. Juni reiste von der Tann nach Berlin ab.⁵⁴¹⁾

In Württemberg hatte Preußen vorerst noch nichts von dem beabsichtigten bayerischen Oberbefehl über das 8. Corps verlauten lassen und hatte auch noch keine württembergische Offiziere nach Berlin eingeladen. Preußen wollte erst die Zustimmung Bayerns zu diesen Vorschlägen hören.⁵⁴²⁾ Zur sofortigen Aufstellung eines Observationscorps' war die württembergische Regierung bereit. Von der Pfordten wurde skeptisch, als er in Stuttgart erfuhr, daß Preußen auch dort wegen des bayerischen Oberbefehls über das 8. Corps noch nichts erwähnt hatte. Er sah darin eine Bestätigung für das Bestreben Preußens, den Oberbefehl über die gesamten Bundeskontingente ohne Bundesbeschluß selbst zu übernehmen und Bayern nur durch das

ad 538) sich mit Bayern verständigen wolle. (29.5., 3.6.1859
Bray, 7.6.1859 Schrenck an Max GSTM. III.R.32)

539) Signat Max' vom 17.6. auf Antrag Schrencks vom 16.6.1859
GSTM. III.R.32

540) Entwurf v.d.Pfordtens GHM 76/5/34

541) 20.6.1859 Schrenck an Bray Telegr. GSTM. III.R.32

542) 20.6.1859 v.d.Pfordten, 22.6.1859 Schrenck an v.d.Pfordten
GSTM. Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka, grün 21/11
21.6.1859 Schrenck an Reigersberg GSTM. III.R.32

Anerbieten des Oberbefehls über das 8. Corps verlocken zu wollen. Zudem machte Hügel ihn glauben, daß Preußen zwar mit den Regierungen verhandeln, aber vorerst nichts am Bund unternehmen wolle.⁵⁴³⁾ Von der Pfordten war gleichzeitig sehr mißtrauisch über den Zweck der preußischen Mobilmachung. Er fürchtete, daß Preußen nicht für Österreich, sondern nur gegen eine etwaige Bewegung in Deutschland rüste und um Österreich zum Abtreten der Lombardei drängen zu können. Er war sehr aufgebracht über die preußische Umgehungstendenz, die er mit Verrat bezeichnete und erklärte offen, daß die geplante Truppenaufstellung sich auch gegen Österreich oder Norddeutschland kehren könne. Das Angebot des bayerischen Oberbefehls nannte er eine Insinuation, die Zwiespalt zwischen den Höfen Süddeutschlands säen solle. Selbst dem österreichischen Gesandten Kübeck schien diese Sprache etwas zu weitgehend, und er fürchtete, daß die immerhin in der Öffentlichkeit vorhandene Hoffnung bezüglich der preußischen Mobilmachung abgeschwächt werde.⁵⁴⁴⁾ Es war offensichtlich einer der Temperamentsausbrüche von der Pfordten. Vielleicht aber war seine Langmut gegenüber Preußen wirklich erschöpft. Von der Pfordten bedrängte den König, ihm nun die Genehmigung zu seinem Vortrag zu erteilen, da dies der einzige Weg sei, das Vertrauen der Mittelstaaten zu erhalten, für Bayern den ihm gebührenden Einfluß zu sichern, und um sich gegen den

543) 19.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32

544) 22.6.1859 Kübeck HSTW II.Dt.Bd.44: "Den Freiherrn v.d. Pfordten, welcher kürzlich von München zurückgekehrt ist, fand ich sehr aufgeregt. Er spricht laut und gegen jedermann von Verrath Preußens... Mir scheint Herr von der Pfordten in seiner leidenschaftlichen Erregung etwas zu weit zu gehen, indem durch eine solche Sprache der Eindruck der preußischen Mobilisierung, an welche sich doch noch immer einige Hoffnungen eines durch die Umstände bedingten weiteren Vorgehens knüpfen, in der öffentlichen Meinung im vornhinein abgeschwächt wird, wozu freilich auch die Emanationen der von Berlin inspirierten Presse wesentlich beitragen."

Vorwurf einer perfiden Politik wehren zu können.⁵⁴⁵⁾ Als die erneute Bitte von der Pfordtens in München eintraf, hatte Max bereits die bedingte Genehmigung des Vortrages, wie sie von von der Pfordtens entworfen worden war, nur mit unwesentlichen Änderungen erteilt. So ließ er den Vortrag nur zu, wenn keine Verständigung mit Preußen möglich sei. Von der Pfordtens sollte vorher mit den württembergischen, sächsischen und österreichischen Gesandten den Vortrag beraten und ihn als Mittel benutzen, um Preußen zur Initiative zu drängen. Wenn eine Verständigung gescheitert sei, dann erst dürfe der Vortrag offiziell im Ausschuß vorgelegt werden, vorher müsse jedoch nochmals eine Genehmigung eingeholt werden.⁵⁴⁶⁾

Der bayerische Gesandte in Berlin hatte inzwischen dafür gesorgt, daß man sich in München keinen falschen Vorstellungen über die Motive der preußischen Mobilmachung hingabe. Schleinitz hatte ihm auf das Bestimmteste erklärt, daß Preußen nicht für Österreichs Interessen und Besitz in Italien eintreten oder eine Garantie übernehmen wolle. Die Rüstungen bezweckten nur die Wahrung der preußischen und deutschen Interessen und eine gewichtigere Mitsprache bei kommenden Friedensverhandlungen.⁵⁴⁷⁾ Das preußische Rundschreiben vom 19. Juni an alle deutschen Missionen⁵⁴⁸⁾ bestätigte die Meldungen und die Auffassung Brays und die schon vor dem Zirkular geäußerten Befürchtungen von der Pfordtens. Von der Pfordtens wiederholte, daß Preußen nur den Anschein einer Hilfe für Österreich wahren wolle, falls dieses doch siegen werde. Ver-

545) 19.6.1859 v.d.Pfordtens GSTM III.R.32

546) Signat Max' vom 18.6. auf Antrag Schrencks vom 13.6.1859 GSTM III.R.32

547) 15.6., 16.6.1859 Bray GSTM III.R.32

548) 19.6.1859 Schleinitz APPr.

liere aber Österreich noch eine Schlacht, werde Preußen mit Rußland und England auf Frieden drängen und Österreich bei einer Weigerung, ihn anzunehmen, seinem Schicksal überlassen.⁵⁴⁹⁾ Schleinitz hatte Bray auch vertraulich über die Wirkung der preußischen Mobilmachung mitgeteilt, wonach sich jetzt Rußland und, wie er hoffe, auch England an der Vermittlung beteiligen wollten. In 14 Tagen wolle Preußen den Versuch der Intervention, zunächst mit Waffenstillstand, dann mit einem Kongreß machen.⁵⁵⁰⁾

Sollte man in München bisher an den Gründen der militärischen Maßnahmen Preußens gezweifelt haben, so mußte man nun erkennen, daß darin der erste Schritt einer bewaffneten Intervention zu sehen war. Die eigennützigen Absichten Preußens mußten der bayerischen Regierung nun vollauf klar geworden sein.

Beust zeigte sich anfangs wegen der preußischen Mobilmachung hoffnungsvoller. Er meinte, sie sei einerseits durch den Wechsel im englischen Ministerium bewirkt worden, da von dem neuen Palmerston-Russell Kabinett doch kein Zusammengehen mit Preußen zu erwarten sei, andererseits in Anbetracht der allgemeinen Stimmung in Deutschland und bei den größeren Regierungen und wegen der Proklamation Napoleons vom 8. Juni. Als Beust die wahren Hintergründe der Mobilmachung erfuhr, machte er Preußen Vorhaltungen, wie gefährlich die Mobilmachung nur zum Zwecke der bewaffneten Vermittlung sei, weil Frankreich sich dadurch nicht in seinem Plan beirren lasse und Österreich kein Dienst erwiesen werde; ferner werde Deutschland nicht von seinen Gefahren befreit. Österreich werde dadurch nur zu einem Friedensschluß verleitet, bei dem es nur seine eigenen Interessen im Auge behalte.⁵⁵¹⁾

549) 22.6.1859 v.d.Pfordten GSTM. III.R.32

550) 17.6.1859 Bray GSTM. III.R.32

vergl. über die preußischen Anfragen in London und Petersburg nach der Schlacht von Solferino bei H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.376 f und bei Chr.Friese, Rußland und Preußen, S.197 ff

551) 17.6., 21.6.1859 Gise GSTM. III.R.32

Natürlich war auch Hannover nicht über die Auslegungen der preußischen Rüstung befriedigt. Dalwigk wurde durch den Vermittlungswunsch Preußens noch mehr in seinem Mißtrauen gegen Preußen bestärkt, und auch Württemberg verlor allmählich das Vertrauen in Preußen.⁵⁵²⁾

552) 20.6.1859 Perglas GSTM III.R.32
vergl. H.Steinhagen, Hessische Politik, S.15

II. K a p i t e l

Die Großmächte

(Rußland - England - Frankreichs und Sardinien's Beobachtungen über Deutschland - Die Beziehungen Frankreichs zu Bayern)

R u ß l a n d

Bei allen Überlegungen über die zu ergreifenden Maßnahmen konnten die deutschen Regierungen, und somit auch die bayerische Regierung, die Absichten Rußlands und Englands nicht außer Acht lassen. Ende April traf in München aus Hannover, London und Berlin eine für Deutschland äußerst beunruhigende Meldung ein, wonach Frankreich und Rußland ein Offensiv- und Defensivbündnis mit einem Zusatzartikel abgeschlossen hätten, daß Rußland 15 Tage nach Ausbruch des Krieges gegen Österreich den Krieg erklären wolle. Bray betonte sogar, daß er dies aus einer sicheren Quelle erfahren habe.⁵⁵³⁾

Frankreich dementierte dieses Gerücht, es handle sich nur um ein Handelsabkommen. Wendland konnte, außer der Feststellung sehr intimer Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem russischen Gesandten, nichts Näheres darüber erfahren. Ebenso bestritten der russische Gesandte in Wien und Gortschakoff den Abschluß einer französisch-russischen Allianz, und eine halboffizielle Zeitung von Petersburg erklärte, zu der Meldung autorisiert zu sein, daß kein Bündnis Rußlands mit irgendeiner Macht existiere.⁵⁵⁴⁾ Gortschakoff verteidigte seine Politik gegenüber Frankreich, sie habe nur die moralische Unterstützung Frankreichs zum Ziele, sie solle

553) 28.4.1859 Perglas, 28.4.1859 Cetto, 29.4.1859 Bray, 29.4.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.30/31

Die Nachricht hatte wohl ihre Ursache in einer mißverstandenen Äußerung Kisseleffs, des russischen Gesandten in Paris, zu Cowley, die durch letzteren nach Berlin gelangte. (4.5.1859 Bray GSTM III.R.31)

554) 30.4.1859 Wendland, 29.4., 1.5.1859 Lerchenfeld, 28.4.1859 Cetto, 3.5., 7.6.1859 Montgelas GSTM III.R.30-32

Frankreich auf dem korrekten Weg halten und verhindern, daß es sich revolutionärer Mittel gegen Österreich bediene. Montgelas meinte mit Recht, daß diese edlen Tendenzen nur die wahren verschleiern sollten. Die russische Politik sei weit entfernt, den umstürzlerischen Elan Frankreichs einzudämmen.⁵⁵⁵⁾

Die sächsische Regierung glaubte, daß es sich nicht um ein Schutz- und Trutzbündnis, wohl aber um ein Arrangement handle, Österreich nicht siegen zu lassen.⁵⁵⁶⁾ In Petersburg war ein Teil des diplomatischen Corps' der Meinung, das bestehende Abkommen sehe das Eingreifen Rußlands dann vor, wenn sich die deutschen Staaten am Krieg beteiligten, nach Ansicht des anderen Teils wolle sich Rußland freie Hand lassen und seine Politik danach richten, ob Frankreich für russische Interessen im Orient eintreten werde.⁵⁵⁷⁾

Die bayerische Regierung war besorgt und "gereizt" zugleich über die Ungewißheit der russischen Haltung. Aber nach allen Informationen schien für die bayerische Regierung doch festzustehen, daß irgendeine Absprache zwischen Rußland und Frankreich bestand. Wenn auch kein wirkliches Offensiv- und Defensivbündnis, so doch ein sehr weitreichendes Einverständnis, um die Sache Frankreichs und zugleich die russischen Pläne zu fördern.⁵⁵⁸⁾ Die bayerische Regierung hatte also sehr richtige Vermutungen, wenn sie auch nichts Genaueres über den Vertrag vom 3. März 1859 wußte, in dem tatsächlich nicht mehr als eine wohlwollende Neutralität vereinbart worden war. Wichtig war jedoch, daß Rußland sich darin zu einer Änderung des Systems in Italien bereit erklärt hatte.⁵⁵⁹⁾

555) 21.6.1859 Montgelas GSTM III.R.32

556) 6.5.1859 Gise GSTM III.R.31

557) 7.6.1859 Montgelas GSTM III.R.32

558) 4.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26

559) Über den Vertrag vergl. A.Pingaud: Un projet d'Alliance Franco-Russe en 1858, Paris 1928
F.Valsecchi: La politica europea

Rußland und Preußen, S.177 ff

Ende April weilte die verwitwete Herzogin von Leuchtenberg, Großfürstin Maria Nicolajewna, eine Enkelin Max'I. Josef, in München. Sie war bei König Ludwig I. und König Max zu Gast, aber ihre Reise hatte keine politischen Hintergründe, wie der österreichische Gesandte zu wissen behauptete, nämlich daß die Großfürstin mit friedlichen Versicherungen über die Absichten Rußlands gegenüber Deutschland beruhigen sollte. Politische Gespräche mögen vielleicht geführt worden sein, doch soll die Großfürstin nach der Aussage des österreichischen Gesandten das vortreffliche Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich betont haben. Damit konnte sie aber wohl kaum die Ungewissheiten und Befürchtungen in München beschwichtigen.⁵⁶⁰⁾

Eindeutig war das Bestreben der russischen Regierung festzustellen, Deutschland vom Krieg in Italien fernzuhalten. Im Mai erließ die russische Regierung ein Zirkular an die deutschen Staaten, in dem sie darlegte, daß nach den Bundesgrundgesetzen der italienische Krieg das deutsche Interesse nicht berühre.⁵⁶¹⁾ Dieselbe Sprache führten die russischen Gesandten in Berlin, Wien und Frankfurt, und wie Montgelas erfuhr, äußerte der Zar zu Karolyi, daß Franz Josef die deutschen Staaten nicht an dem Krieg engagieren solle, weil er sich andernfalls verpflichtet sehe, nach Wien zu marschieren.⁵⁶²⁾ Man mußte also damit rechnen, daß Rußland solange in beobachtender Stellung verharren werde, als Deutschland das auch tat. Wenn aber Deutschland direkten und tätigen Anteil am Kampf nähme, würde auch Rußland sich einem europäischen Krieg nicht entziehen.⁵⁶³⁾

560) 1.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26 und nach freundlicher Auskunft des Prinzen Adalbert von Bayern

561) 15./27.5.1859 Gortschakoff III.R.32

562) 28.5.1859 v.d.Pfordten GSTM Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka grün 21/11

29.4.1859 Lerchenfeld, 30.4.1859 Bray, 24.5., 7.6.,

29.6.1859 Montgelas GSTM III.R.31-33

563) Dalwigk glaubte nicht an ein Eingreifen Rußlands in den Krieg, vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.17.

Dieselbe Meinung vertrat auch Schleinitz, der sie zur Rechtfertigung der preußischen Politik benützte. Er gab zu bedenken, was nun für Österreich vorteilhafter sei, ein aggressives Vorgehen Deutschlands gegen Frankreich mit der Folge eines russischen Eingreifens, oder eine drohende Haltung des deutschen Heeres, wodurch die West- und Ostgrenze in Schach gehalten und gedeckt werde, der Krieg auf Italien beschränkt bleibe, und Deutschland seine Kräfte dann gebrauchen könne, wenn es Zeit sei.⁵⁶⁴⁾ Aber die zweite Alternative, die nur drohende Haltung des deutschen Heeres, konnte wegen des preußischen Vorgehens am Bund nicht wirksam werden, da außer den Kriegsbesatzungen in den Bundesfestungen zu dieser Zeit noch nichts an militärischen Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen worden war, und Preußen sich bisher absolut ablehnend gegen die Aufstellung eines Observationscorps' verhalten hatte.

Die Regierungen von Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen-Darmstadt stimmten den Darlegungen des russischen Zirkulars nicht zu.⁵⁶⁵⁾ Die bayerische Regierung erhielt keine Abschrift des Rundschreibens. Schrenck antwortete nur mündlich: "daß er es wohl begreiflich finde, daß das kaiserliche Kabinett den Bundesgesetzen eine Auslegung zu geben suche, die seinen Absichten förderlich sei, wie man aber hoffentlich auch zu

564) 6.5.1859 Bray GSTM III.R.31

565) Hügel erklärte, daß für den Deutschen Bund eine solche Passivität nicht angebracht sei. (vergl. Th. Griewank, Württemberg, S.38.) Beust gab eine schriftliche und sehr scharfe und eingehende Erwiderung auf das russische Zirkular (vergl. F. Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, I. S.260 ff) Dalwigk hielt dem russischen Gesandten auf seine Beteuerungen, daß Rußland keine Veränderung des Besitzstandes der deutschen Mittelstaaten zulassen werde, entgegen, daß ehe die russischen Soldaten deutsches Gebiet zum Schutz betreten könnten, die Franzosen sicher bereits in Deutschland einmarschiert seien. (vergl. H. Steinhagen, Hessische Politik, S.17) vergl. ferner: H. Oncken, Großherzog Fr. von Baden, S.108 ff Die russische Regierung versuchte auch über die verwandten Fürsten in Deutschland von einer Beteiligung des Deutschen Bundes abzuraten. (vergl. darüber Ch. Friese, Rußland und Preußen, Anhang Briefe Gortschakoffs an Großfürstin Olga, Kronprinzessin von Württemberg)

St.Petersburg nicht mißkennen werde, daß die Bundesgrundgesetze auch einer anderen, als der denselben dort gegebenen Auslegung fähig seien, und daß der Deutsche Bund für sich nur jene Interpretation als maßgebend erkennen könne, die er für die richtige erachte, sein Verhalten aber ausschließlich hiernach zu bemessen habe."⁵⁶⁶⁾

Im weiteren Verlauf des Krieges bemerkte Montgelas, daß Rußland das Zusammenarbeiten Frankreichs und Sardiniens mit der Revolution in Italien nicht unbedingt angenehm sei.⁵⁶⁷⁾

England

England war sehr mißtrauisch gegenüber Frankreich, vor allem wegen des angeblichen Zusammengehens Frankreichs und Rußlands, das, wenn es sich verwirklichen sollte, England wohl aus seiner neutralen Stellung herauslocken würde. Wendlands Hoffnungen auf eine aktive Beteiligung Englands gegen die italienische Revolution dürften übertrieben gewesen sein.⁵⁶⁸⁾ Zunächst drohte England mit Neutralität, wenn der Deutsche Bund provozierende Schritte unternehmen würde und empfahl dem Deutschen Bund nur Verteidigungsmaßnahmen.⁵⁶⁹⁾ Allem Anschein nach sah England in der Aufstellung eines Observationscorps' keine provozierende Demonstration gegen Frankreich und hatte dagegen nichts einzuwenden.⁵⁷⁰⁾ Trotzdem erklärte England am

566) 8.7.1859 Schrenck an Montgelas GSTM. III.R.33

567) 7.6.1859 Montgelas GSTM III.R.32
vergl. bei Ch.Friese, Rußland und Preußen, S.194 die Mahnungen Rußlands gegenüber Frankreich

568) 3.5.1859 Wendland, 2.5.1859 Cetto GSTM III.R.31

569) 9.5.1859 Notiz Schrencks, 9.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.

11.5.1859 Bianchini, jetzt ASTN

31

10.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

Preußen wünschte von England eine Garantie gegen feindliche Angriffe der Nord- und Ostseeküste, was von England abgelehnt wurde. (4.5.1859 Bray GSTM III.R.31)

570) 20.5.1859 Bianchini, jetzt ASTN

15.5.1859 Perglas GSTM. III.R.31 vergl. H.Steinhagen, Hessische Politik, S.18. Beust kehrte Anfang Mai von einer Reise aus London zurück im Glauben, die englische Regierung werde in Berlin die Aufstellung eines Observationscorps' als "opportune" anraten. Eine Empfehlung sprach je-

17. Mai, ohne daß ein Anlaß von deutscher Seite dazu vorhanden war, offiziell seine Neutralität. Nach Angaben Wendlands hatte Frankreich auf die Erklärung Englands folgende Versicherungen zugestanden: keine Eroberungen in Italien zu machen, keine napoleonische Kandidatur in der Lombardei und Venetien zu errichten, falls diese Länder neue Organisationen erhielten und keine Seexpedition im adriatischen Meer zu unternehmen.⁵⁷¹⁾

Die Beziehungen Österreichs zu England besserten sich unmittelbar nach dem österreichischen Ultimatum, weil Österreich den letzten englischen Vermittlungsvorschlag angenommen und Frankreich ihn abgelehnt hatte.⁵⁷²⁾ Ebenso mag der Wechsel im österreichischen Außenministerium günstig in dieser Richtung gewirkt haben, und man erhoffte sich auch dadurch eine Besserung des Verhältnisses zu Rußland. Hauptsächlich aus letzterer Überlegung wurde der Wechsel überhaupt vollzogen.⁵⁷³⁾

ad 570) doch die englische Regierung nicht aus. (7.5.1859 Cetto, 6.5., 15.5., 20.5.1859 Gise, 11.5.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.31, vergl. F.Beust, Aus drei Vierteljahrhundert, I.S.243 ff + 251 P.Hassel, König Albert von Sachsen II.S.51)

571) 17.5.1859 Cetto, 13.5.1859 Wendland GSTM III.R.31

572) 28.4.1859 Cetto, 30.4.1859 Wendland GSTM III.R.31

573) 16.5.1859 Bray, 17.5.1859 Lerchenfeld, 17.5.1859 Verger GSTM III.R.31

Am 18. Mai wurde Rechberg, bisheriger Gesandter in Frankfurt, zum Außenminister ernannt. Nach Lerchenfelds Aussagen sei Buol nicht aus Gesundheitsrücksichten und nicht aus mangelndem Mut zurückgetreten. Es sei auch keine ernstliche Differenz zwischen dem Kaiser und Buol vorgekommen. Des Kaisers Wunsch eines Rücktrittes von Buol sei wie ein Blitzstrahl eingetroffen, ohne jedes Drängen einer fremden Macht. Buol sei persönlich tief gekränkt; und die Art und Weise der Entlassung werde vom diplomatischen Corps allgemein bedauert. Nach Buols Meinung sei er durch eine Intrige der Militärpartei gestürzt worden. Lerchenfeld war aber der Ansicht, daß diese Intrige nicht zur Durchführung kam, sondern der Kaiser sich überlegt habe, wie Österreich aus der Isolierung herauszuführen und in bessere Beziehungen zu den anderen Staaten zu bringen sei, vor allem mit Rußland. Buols Politik habe seit der Orientfrage die Österreich mit Rußland entzweite, von Preußen entfernte und zu Napoleons Machterhaltung führte den Widerspruch der Militärpartei gehabt. Sicherlich ha-

Max legte Wert darauf zu erfahren, wie sich die englische Regierung verhalten würde, falls Deutschland in den Krieg eingreifen werde, und welche Haltung man von einem neuen englischen Ministerium erwarten könne.⁵⁷⁴⁾ Nach den Berichten Cettos durfte die bayerische Regierung damit rechnen, daß England möglichst die Neutralität bewahren werde, es sei denn direkte englische Interessen stünden auf dem Spiele, beispielsweise infolge der Zusammenarbeit Rußlands und Frankreichs, einer Vereinigung ihrer Flotten im Mittelmeer, oder bei Gewaltakten gegen den englischen Handel. Cetto glaubte nicht an ein Heraustreten Englands aus seiner Neutralität, wenn Deutschland die Waffen ergreife, er glaubte nicht, daß ein neues englisches Kabinett gegenüber Sardinien eine Haltung einnehme, die über eine wohlwollende Neutralität hinausginge.⁵⁷⁵⁾ Diese Mitteilungen dürften beruhigend in München gewirkt und den Entscheidungswillen der bayerischen Regierung nicht gehemmt haben. Als im Juni, wie zu erwarten war, ein liberales Whig-Ministerium mit Palmerston und Russell die Regierung übernahm, änderte sich nichts an der Haltung Englands, und Russell drückte seine Hoffnung aus, Deutschland möge sich nicht zu provozierenden Akten hinrei-

ad 573) be diese Anschuldigungen gegen Buol beim Kaiser gemacht. Aber der Kaiser sei zu gerecht, um Buol deswegen fallen zu lassen. Zwei Tage vor der Entlassung habe Buol seine Demission angeboten, da er meinte dadurch könne etwas in Rußland erreicht werden. Man hatte gerade eine Sendung Windischgrätz' nach Rußland erwogen. Metternich habe davon abgeraten, und der Kaiser die Demission nicht angenommen. Zwei Tage später habe Franz Josef ohne vorherige Diskussion, Buol um seinen Rücktritt gebeten. (14.5., 16.5., 17.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31) In München schien der Rücktritt Buols keinen großen Eindruck gemacht zu haben, man hegte wohl nur die Hoffnung, daß eine Einigung mit Preußen dadurch etwas erleichtert werden könne (18.5.1859 Meneval AAE Bavière 236)

574) 1.6.1859 Max an Schrenck GSTM III.R.32

575) 7.6.1859 Cetto GSTM III.R.32

Ben lassen.⁵⁷⁶⁾ Von der englischen Vermittlungspolitik, über die Max ebenfalls Auskunft verlangte, wußte Cetto nichts zu berichten.⁵⁷⁷⁾

Frankreichs und Sardiniens Beobachtungen über Deutschland

Frankreich beobachtete natürlich nach wie vor aufmerksam jede Veränderung der Haltung Deutschlands. Die etwas unsicher klingenden Behauptungen von der Pfordtens nach Kriegsbeginn über die unbedingte Solidarität Deutschlands mit Österreich, und die Erklärungen, die der französische Gesandte in München auf die Frage erhielt, was wohl Deutschland zur Kriegsbeteiligung veranlassen könne, ließen Meneval etwas hoffnungsvoller aufatmen. Von der Pfordten sprach von dem Fall, wenn die Existenz Österreichs durch Aufstände im Innern in Gefahr gerate, verursacht womöglich durch eine militärische Niederlage in Italien, daß Deutschland dann nicht zuschauen könne, wie Österreich untergehe, weil Deutschland unfehlbar in den Untergang mitgerissen werde; dann müsse man den Gefühlen des Volkes Rechnung tragen.⁵⁷⁸⁾ Auch der neue Außenminister Schrenck gestand immerhin die Möglichkeit ein, daß Deutschland vielleicht Zuschauer bleiben werde, solange Frankreich das Programm Cavours nicht zu seiner Politik mache, und er versprach keine Initiative am Bund zu ergreifen.⁵⁷⁹⁾ Dieses Versprechen stimmte freilich nicht ganz mit den Tatsachen überein.

Die Bedenken und Befürchtungen Menevals wurden aber nicht beseitigt gegenüber der stark prononzierten feindlichen Ein-

-
- 576) 22.6., 27.6.1859 Cetto, 27.6.1859 Bray GSTM III.R.32
577) 1.6.1859 Max an Cetto GSTM Bayerische Gesandtschaft in London 345
578) 27.4., 4.5.1859 Meneval AAE Bavière 236
579) 4.5.1859 Meneval AAE Bavière 236
7.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

stellung der Öffentlichkeit, die sich trotz dem diplomatisch unglücklichen Schritt Österreichs weiterhin in fast noch stärkerem Maße als bisher äußerte, und durch die bald beendeten Rüstungen wohl einen neuen Impuls erhalten haben mag.⁵⁸⁰⁾ Meneval hielt auch ferner die bayerische Regierung für vollkommen einflußlos auf die Meinung des Volkes, ja "mediatisiert" von ihr. Er war überzeugt, daß die Regierung zwar vielleicht nicht selbst in Frankfurt die Mobilisierung und Aufstellung eines Observationscorps' anregen werde, aber dies mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht verweigern werde können, wenn Österreich nach einer Niederlage den Antrag dazu einbringe, denn die Regierungen seien zwischen Krieg und Revolution plazierte. Die Erregung sei an Heftigkeit mit 1813 zu vergleichen, nur daß sie 1813 national und heute revolutionär sei, nämlich auf die Zerstörung des Föderativpaktes ausgerichtet.⁵⁸¹⁾

Meneval plädierte weiterhin für eine konziliante Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland, was von Paris auch beherzigt wurde.⁵⁸²⁾ Schließlich gelang es Meneval von Schrenck die Erklärung zu erhalten, daß Bayern bei allen Fragen bezüglich der Neutralität des Bundes in Frankfurt nur mit Preußen stimmen werde.⁵⁸³⁾ Die bisherigen Vermutungen Menevals wurden durch diese Äußerung bestätigt.

Einen endgültigen Entschluß, ob man auch ohne Preußen vorgehen sollte, hatte Max zu dieser Zeit noch nicht gefaßt, ja bis Ende Mai schien sich Max noch mit dem Gedanken getra-

580) 4.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

581) 4.5., 14.5., 21.5., 28.5.1859 Meneval AAE Bavière 236
28.5.1859 Meneval: "Le Cabinet de Munich faible, impuissant, et lâche, privé de toute autorité et de toute indépendance n'attendant ses directions que des événements ou des combinaisons politiques aux quelles il demeure étranger, est par cela même inaccessible aux conseils, aux représentations et aux instances dont il n'ose même pas reconnaître la sagesse et la sincérité."

582) 4.5.1859 Meneval, 9.5.1859 Walewski an Meneval AAE Bavière 236

583) 14.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

gen zu haben, auch ohne Preußen etwas zu unternehmen. Wenn Schrenk also diese Erklärung abgab, so tat er dies eigenwilligerweise und konnte sich höchstens damit rechtfertigen, daß ja im Augenblick keine andere Entscheidung getroffen war, und man auf die Hilfe Preußens noch hoffte. Die französische Regierung benutzte die Äußerung Schrenks sofort, um Preußen in der Fortführung seiner Politik zu bestärken.⁵⁸⁴⁾

Doch durch den Rücktritt Buols und das Erscheinen Alvenslebens in München wurde Meneval derartig beunruhigt, daß er die Besorgnis hegte, Preußen könne sich mit Bayern geeint haben, und Napoleon müsse bald mit den Leidenschaften rechnen, die Deutschland in den Krieg trieben. Zudem glaubte Meneval zu bemerken, daß Schrencks Äußerungen täglich förmlicher und entschiedener würden, daß der Deutsche Bund die Vertreibung Österreichs aus der Lombardei nicht zulasse, und daß Preußen selbst bei sardinischer Überschreitung des Tessins die Maßnahmen beantragen werde, die es bisher verhindert habe. Dieselbe Sprache führte der bayerische Vertreter in Frankfurt, sodaß auch der französische Gesandte dort eine gewisse Unruhe verriet, ob das Zusammengehen Bayerns und Preußens in aktiver Beteiligung auf Seite Österreichs in dem Augenblick in Aussicht stehe, wo der Tessin von den Piemontesen überschritten werde.⁵⁸⁵⁾

In Paris war man vielleicht erstaunt, nicht aber besonders besorgt über die Sprache Schrencks, da man von Berlin ständig beruhigende Zusicherungen erhielt.⁵⁸⁶⁾ Der preußische Antrag am Bund auf Marschbereitschaft, der mit dem österreichische

584) 16.5.1859 Walewski an Moustier AAE Prusse 334

585) 18.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

16.5., 20.5.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830/831

586) 23.5.1859 Walewski an Meneval AAE Bavière 236

25.6.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44

Ultimatum und der Mission des Erzherzogs Albrecht zeitlich fast zusammenfiel, löste in Paris eine leichte, obgleich schnell vorübergehende Beunruhigung aus.⁵⁸⁷⁾ Man schien jedoch in Paris den preußischen Rechtfertigungen Glauben zu schenken, wonach Preußen den Antrag in Frankfurt nur gestellt habe, um der öffentlichen Meinung und den Mittelstaaten eine Konzession einzuräumen.⁵⁸⁸⁾

Aus der richtigen Erkenntnis, daß die Neutralität von ganz Deutschland nur in Berlin zu suchen sei, ließ die französische Regierung nicht nach, Preußen zu beschwören, jede Bestimmung am Bund, die über die Verteidigung hinausgehe, zu verhindern und sich nicht in einen Krieg mit Frankreich für die Erhaltung der österreichischen Provinzen einzulassen.⁵⁸⁹⁾ Daneben war Frankreich bemüht, über Petersburg und London, deren Verhalten in Preußen mit großer Wachsamkeit beobachtet wurde, auf die Regierung in Berlin Einfluß zu gewinnen.⁵⁹⁰⁾ Preußen beantwortete diese Bemühungen bei jeder Gelegenheit mit den Erklärungen, daß es sich nicht in Österreichs Fahrwasser ziehen lasse, daß es sich nicht am Krieg beteiligen wolle, und es als Aufgabe betrachte, Deutschland die neutrale Stellung zu erhalten, weil keine deutschen Interessen auf dem Spiel stünden.⁵⁹¹⁾ In der Antwortnote Preußens auf das

-
- 587) 24.4.1859 Wendland GHM 77/5/86
588) 6.5.1859 Walewski an Meneval AAE MDF 742
22.4., 4.5., 13.5., 14.5.1859 Moustier AAE Prusse 333
9.5.1859 Walewski an Salignac-Fénelon, 23.4.1859 Nr.57
+ 58 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830
589) 4.5., 14.5., 28.5.1859 Meneval AAE Bavière 236
6.5.1859 Walewski AAE MDF 742
10.5.1859 Wendland GHM 77/5/86, 13.5., 21.5., 29.5.1859
Wendland GSTM III.R.31/32
590) 14.5., 28.5.1859 Meneval AAE Bavière 236
23.4., 23.5.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830/831
10.6.1859 Gise, 6.6.1859 Bray GSTM III.R.32
591) 22.4., 27.4., 1.5., 4.5., 9.5., 21.5.1859 Moustier AAE
Prusse 333/334, 28.4.1859 Salignac-Fénelon, 23.5.1859
Walewski an Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830/831
vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.13, daß der
württembergische Gesandte in Frankfurt berichtete, daß
die preußischen Gesandten sich in diesem Sinn in Paris
äußerten.
vergl. ferner Ernst II, Aus meinem Leben, III.S.466,

französische Zirkular vom 24. April vermied zwar Schleinitz sorgfältig das Wort "neutres" und setzte dafür "non belligérant", wohl aber nur aus Rücksicht auf die Öffentlichkeit.⁵⁹³ Demgegenüber mußte Wendland seine Meinung, daß in den französischen Manifestationen wohl mehr Taktik als Hoffnung liege, Deutschland zu entzweien, revidieren und zugeben, daß Frankreich die Neutralität Deutschlands für so gut wie sicher halte.⁵⁹³⁾

Schleinitz dementierte ausdrücklich, daß bei Überschreitung des Tessins der Moment für ein Eingreifen in den Krieg gegeben sei.⁵⁹⁴⁾ Der erfolglose Ausgang der Willisen Mission, die selbst den französischen Gesandten in Berlin etwas in Erregung setzte, da er eine Einigung zwischen Preußen und Österreich fürchtete, beruhigte auch die französischen Gesandten in München und Frankfurt wieder. Man rechnete damit, daß sich Österreich nicht zu Konzessionen auf deutschem Gebiet herbeilassen werde, die allein Preußen zur Intervention bringen könnten, weil Österreich dies als unehrenhafter ansehe, als selbst den Verlust der italienischen Provinzen. Die Versicherungen, daß die Mittelstaaten ohne Preußen nichts unternehmen würden und könnten, erhielten wieder ihren Wert, da die Gefahr einer Verständigung Preußens mit Österreich vorüber war.⁵⁹⁵⁾

Die sardinische Beurteilung der Lage stimmte mit den französischen Ansichten überein. Die sardinischen Gesandten in Deutschland erkannten ebenfalls den entscheidenden Einfluß Preußens auf die süddeutschen Staaten und äußerten immer wieder die Hoffnung, daß dadurch Bayern und die anderen deutschen Mittelstaaten solange von einer Beteiligung am Krieg abgehalten würden, als Preußen neutral bleibe.⁵⁹⁶⁾ Der preußische

ad 591) daß er die Überzeugung gewonnen habe, daß Napoleon "zuverlässig auf Preußens und Englands Neutralität hoffe."

592) 18.5.1859 Bray GSTM. III.R.31 vergl. APPr. Nr.406,1

593) 3.5., 18.5.1859 Wendland GSTM. III.R.31

594) 26.5.1859 Moustier AAE Prusse 334

595) 9.5.1859 Moustier AAE Prusse 333, 23.5., 1.6.1859 Saligny Fénelon AAE Allemagne 831, 28.5.1859 Meneval AAE Bavière

596) 15.3., 18.4., 24.4., 27.4., 4.5., 18.5., 1.7.1859 /2

Gesandte in Turin verkündete bis zum Schluß des Krieges stets, daß Preußen Frankreich nie angreifen werde.⁵⁹⁷⁾ Die sardinischen Vertreter sahen in König Max einen retardierenden Faktor der bayerischen Politik, was sie jedoch, ebenso wie Frankreich, nicht überschätzten.⁵⁹⁸⁾ Und gleich Meneval fürchtete Cantono am meisten die Macht der öffentlichen Meinung.⁵⁹⁹⁾ Die vorsichtiger Sprache von der Pfordtens und Schrencks unmittelbar nach dem Ultimatum registrierte Cantono gleichlautend wie Meneval. Bisher hatte von der Pfordten überhaupt keine Kritik an der österreichischen Politik dem sardinischen Gesandten gegenüber laut werden lassen und behauptete, daß Preußen beim ersten Schuß seine Haltung ändern werde.⁶⁰⁰⁾ Bei Kriegsbeginn klang seine Sprache anders.

-
- ad 596) Cantono ASTT Baviera S 38, 16.5.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50, 25.4., 29.4.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44
 597) 21.7.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
 vergl. APPr. vor allem Nr. 365,2; 392,3; 447; 466,2
 ferner F.Valsecchi, La politica di Cavour e la Prussia
 598) 27.4., 28.4., 12.6.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
 16.5.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50
 Die öffentlichen Meinung schrieb Max sogar Sympathien für Frankreich zu. Max ließ deshalb den Bürgermeister, Polizeidirektor und Oberst der Gendarmerie zu sich kommen und drückte ihnen sein Bedauern über diese Ansicht aus. Anlaß zu dieser Meinung gaben unter anderem vielleicht die Gerüchte über die Bestechungsversuche an Wendland. Aus einem in der Münchner Zeitung veröffentlichten Artikel datierte die Meinung, daß Wendland bedeutende Geldsummen durch Börsenspekulationen verloren habe, und von Napoleon Geld erhalten habe unter Preisgabe von Geheimnissen und unter der Bedingung, in München für eine neutrale Haltung zu wirken. Überhaupt scheint man auf Grund verschiedener früherer Vorgänge an dem lauterer Charakter Wendlands gezweifelt zu haben. (9.5.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44, 4.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26, 18.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38) Wir wissen, daß sich Wendland bis zum Kriegsausbruch sehr für eine neutrale Stellung Bayerns einsetzte, wohl aber weil er dadurch den Krieg überhaupt zu vermeiden hoffte. Später dann sprach er sich deutlich für ein festes Auftreten zu Gunsten Österreichs aus.
 599) 10.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38, 16.5.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50
 600) 12.4., 24.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

Cantono berichtete, daß von der Pfordten den Krieg als einzige Lösung ansehe, und meine aber, Österreich könne gut einige "defaites" ertragen, ohne daß dadurch das deutsche Interesse berührt werde; von der Pfordten drückte einerseits die deutschen nationalen Gefühle aus, andererseits sehe er als Staatsmann Gefahren für Bayern bei einer Teilnahme am Krieg; er sei Parteigänger Österreichs, aber verstehe die Gefühle der Italiener und billige nicht alle österreichischen Akte, und er glaube nicht, daß der Krieg ein europäischer werde.⁶⁰¹⁾

Schrenck in seiner Eigenschaft als Außenminister erklärte Cantono, daß die italienische Frage Deutschland nichts angehe, und er hoffe, Bayern den Krieg ersparen zu können.

Schrenck hob wohl die Besorgnis Deutschlands hervor, die Besorgnis gegenüber einem Frankreich, das ermutigt werde am Rhein einen Krieg zu beginnen, wenn Deutschland zulasse, daß Österreich geschwächt werde und dann Deutschland nicht bestehen könne. Er versicherte, daß Deutschland Österreich zu Hilfe komme, sobald die Grenze der Lombardei überschritten werde.⁶⁰²⁾ Aber das hörte sich doch alles anders an, als die Sprache von der Pfordtens, der früher so "positiv und entschlossen"⁶⁰³⁾ die Absicht vertreten hatte, Österreich seine Provinzen zu erhalten und zu garantieren und bei einem gemeinsamen Angriff Frankreichs und Piemonts einzugreifen.

Die sardinischen Gesandten in Frankfurt und Berlin erwähnten das bayerische Bestreben, Österreich helfend zur Seite zu stehen. Barral warnte seine Regierung vor dem "doppelten Spiel",

601) 27.4.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
602) 10.5., 18.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
16.5.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50
603) 25.6.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50

einerseits der gemäßigten Sprache des bayerischen, sächsischen und württembergischen Außenministers und andererseits dem Bestreben dieser Staaten, eine Hilfsaktion für Österreich zustande zu bringen.⁶⁰⁴⁾ Natürlich wurde jeder Schein einer Annäherung Österreichs und der Mittelstaaten an Preußen auch von den sardinischen Vertretern mit Beunruhigung aufgenommen.⁶⁰⁵⁾ So die Mission Alvenslebens und Willisens. Der negative Ausgang der Willisens Mission blieb auch Cantono nicht verborgen und der preußische Gesandte in München zerstreute die sardinischen Bedenken wegen der Verhandlungen Alvenslebens.⁶⁰⁶⁾

Um die Zeit als Preußen 6 Corps mobilisierte, vertauschten die französischen Gesandten in Deutschland ihre Rolle. Jetzt war es nicht mehr Meneval, der seiner Regierung Warnungen zukommen ließ, sondern Moustier in Berlin begann an der preußischen Neutralität zu zweifeln.⁶⁰⁷⁾ Und letzten Endes nicht ohne Grund. Denn nach der österreichischen Niederlage von Magenta trat in Berlin tatsächlich eine Krise ein. Der Prinzregent schien sich auf seine deutschen Pflichten besonnen zu haben und regte die Mobilmachung an, als sich die französisch-sardinischen Truppen der venetianischen Grenze näherten. Schleinitz stand in starker Opposition zu den Anschauungen des Prinzregenten und setzte durch, daß man den Maßnahmen eine Auslegung gab,⁶⁰⁸⁾ die Frankreich einigermaßen beruhigen konnte,⁶⁰⁹⁾ wovon Moustier jedoch keine restlose Überzeugung gewann. Moustier meinte, daß das russische Zirkular, der Wechsel der englischen Regierung und die Haltung der deutschen

604) 23.2., 20.5., 3.6., 14.6.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44
2.6.1859 Launay ASTT Prussia 36

605) 18.5., 28.5., 6.6.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
5.6., 10.6.1859 Launay APPr. Bei der Reise v.d.Tanns nach Berlin fürchteten die sardinischen Beobachter sofort eine militärische Entente zwischen Preußen und den deutschen Staaten (1.7.1859 Cantono ASTT Baviera S 38, 30.6.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44)

606) 22.6.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

607) 7.6., 11.6., 15.6., 20.6., 27.6.1859 Moustier AAE Prusse

608) vergl. H. Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S. 366 / 334

609) 1.7., 5.7.1859 Wendland GHM 77/5/86

Mittelstaaten Preußen die Mobilisierung diktiert habe, um auf jeden Fall einen Akt der Unabhängigkeit zu demonstrieren; auch soll nach seinen Informationen die Königin von England einen gewissen Einfluß dabei ausgeübt haben.⁶¹⁰⁾ Meneval hingegen sah mehr und mehr das Geschick Deutschlands in den Händen Preußens liegen, wie immer auch die öffentliche Meinung und die Sympathie der Regierungen sei. Aber von Preußen erwartete er keine kriegerische Haltung, da es nicht die geringste Lust habe nach den österreichischen Niederlagen zu intervenieren.⁶¹¹⁾ Er schloß dies daraus, daß Bayern den Verdacht habe, die Rüstungen seien gegen Süddeutschland gerichtet.⁶¹²⁾ Salignac-Fénelon in Frankfurt blieb trotz der anderslautenden Informationen aus Paris bei seiner zweifelnden Einstellung gegenüber Preußen.⁶¹³⁾ Er war und blieb der Meinung, daß Preußen seinen Einfluß je nach Gewinnaussichten mit Druck auf Frankreich oder Österreich ausüben wolle. Er glaubte nicht, daß Preußen nur rüste, um die Mittelstaaten im Zaum zu halten, sondern Frankreich angreife, sobald die Lage schwieriger für Frankreich werde, dann allerdings bald Frieden schließen werde, um sich auf dem Bundesgebiet zu entschädigen. Usedom, der preußische Gesandte in Frankfurt, hatte ihm gegenüber die Möglichkeit eines Krieges, wenn auch mit Bedauern, so doch immer wieder in Betracht gezogen.⁶¹⁴⁾ Ganz sicherlich hatte Frankreich die Warnungen aus Deutschland nicht überhört und sie mögen, wenn auch nicht der einzige, doch ein Faktor gewesen sein, der verstärkt durch die Mission Windischgraetz'.⁶¹⁵⁾ Napoleon zu dem schnellen und überraschenden Waffenstillstand geführt hatte. Bis Ende Juni vertraute Frankreich mit großer Sicherheit auf Preußen.⁶¹⁶⁾

610) 17.6.1859 Launay ASTT Prussia 36

611) 21.6., 1.7.1859 Meneval AAE Bavière 236

612) 27.6.1859 Meneval AAE Bavière 236

613) 9.5., 16.5., 23.5., 9.7.1859 Walewski an Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830/831

614) 23.4., 5.7., 16.7.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830

615) siehe S. 224

616) 20.6.1859 Walewski an Meneval AAE 742, Prusse 334

Walewski schickte noch bis zum 30. Juni sehr beruhigende Nachrichten über Deutschland an Napoleon.⁶¹⁷⁾ Wenn Walewski im Juni zu Wendland äußerte, Preußen werde sein Schwert nicht für Österreich ziehen, es sei denn, wenn es zu spät wäre, die militärischen Maßnahmen Preußens seien rein defensiv oder sogar gegen die eigenen Bundesgenossen gerichtet,⁶¹⁸⁾ so konnte diese Äußerung natürlich auch in der erklärlichen Absicht gemacht worden sein, um die bayerischen Hoffnungen nicht zu ermutigen.

Launay, der sardinische Gesandte in Berlin, sprach anlässlich der preußischen Mobilmachung von einem Frontenwechsel.⁶¹⁹⁾ Die piemontesischen Vertreter in Deutschland ließen sich jedoch durch die preußischen Beteuerungen wieder beruhigen.⁶²⁰⁾ Anfang Juli schien aber selbst das Vertrauen der russischen Gesandten in die friedlichen Absichten Preußens stark erschüttert worden zu sein.⁶²¹⁾

Man muß sich fragen, ob die Regierungen der Mittelstaaten tatsächlich so bedroht von der Revolution waren, wie es Meneval immer wieder betonte, wie es Cantono und ebenso Salignac-Fénelon in Frankfurt mehrmals erwähnten.⁶²²⁾ von österreichischer Seite diese Gefahr hervorgehoben wurde,⁶²³⁾

-
- 617) vergl. G. Raindre, *Papiers inédits du Walewski*
 4.7.1859 Hübner an Rechberg HSTW XI Naples 12:
 "Dans les tous dernière temps de mon séjour à Paris,
 l'Imperatrice m'a laissé deviner cette aveugle confiance
 La Prusse, m'a-t-elle dit, ne vous aime pas, les petits
 souverains allemands n'oseront pas bouger sans la Prusse
 et seront enchantés d'avoir ce prétexte pour rester
 neutres, et les bons Allemands, malgré leur déclamation
 préféreront leur bière et leurs pipes à la guerre avec la
 France."
- 618) 7.6., 25.6., 30.6.1859 Wendland GSTM III.1.32/33
- 619) 15.6.1859 Launay ASTT Prussia 36
 12.6.1859 Launay ASTT Berlino 4
- 620) 20.6., 25.6.1859 Launay ASTT Prussia 36
- 621) 4.7.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44
- 622) 15.3., 10.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
 16.5.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50
 28.2.1859 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 830
- 623) 4.5.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26
 9.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31

war nur zu erklärlich. Ob von der Pfordtens Warnungen vor einer Volkserhebung und Revolution⁶²⁴⁾ nicht auch als ein Druckmittel verwendet waren, um König Max zu einer Entscheidung zu bestimmen, kann man vielleicht nicht ganz abstreiten. Und Max rechnete auch wirklich mit der Gefahr, daß sich die Öffentlichkeit gegen die Regierungen wenden könne, wenn sie zu lange zögerten, Österreich zu helfen, und daß die Gothaer Partei dann versuchen werde die unitarischen Ziele in Deutschland zu verfolgen.⁶²⁵⁾ Sollte es nicht gelingen, daß Preußen "den aufgeregten Gemütern in Süddeutschland Rechnung trage", so hielt dies Max für ein "großes Unglück".⁶²⁶⁾ Auch Bray und Wendland übersahen diese Gefahr nicht.⁶²⁷⁾

Max ließ auf alle Fälle diese Eventualität nicht außer Betracht und berücksichtige den allgemeinen Volkswillen in seinen Überlegungen und Entscheidungen. Ein Mittel, um den Druck der aufgeregten Stimmung zu mildern, sah Max in der Beeinflussung des Publikums durch die Presse, die Magistraten, damit diese "belehrend und beruhigend auf weite Kreise" einwirkten und darin, "sich der Mithilfe der Geistlichkeit und einsichtsvollen Liberalen zu versichern".⁶²⁸⁾

Die Öffentlichkeit war tatsächlich unzufrieden wegen der Unentschlossenheit der Regierung, und erst gegen Ende des Krieges nach den großen Niederlagen Österreichs beruhigte sich die kriegslustige Stimmung.⁶²⁹⁾ Der Entschluß zu der Note

624) 24.2.1859 v.d.Pfordten an Max GSTM III.R.28

23.5.1859 v.d.Pfordten an Max GHM 76/5/34

625) 11./13.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

626) 30.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

627) 8.4.1859 Wendland, 31.5.1859 Bray GSTM III.R.30+32

628) 11.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

629) 10.5.1859 Cantono ASTT Baviera S 38; 1.5., 4.5.1859 Hart HSTW IV Bavière 26, 27.6.1859 Meneval AAE Bavière 236
24.6.1859 v.d.Pfordten, 28.6.1859 Thüngen, 2.7.1859 Malz GSTM III.R.32/33

In der Pfalz war die Öffentlichkeit noch erregter als im übrigen Bayern. Und zwar deshalb, weil die Angst vor Frankreich, die sicherlich ein Hauptgrund und die Hauptursache der Erregung, dort durch die unmittelbare Nachbarschaft noch größer war. Doch richtete sich die Aufregung nicht gegen die bayerische Regierung, sondern man verlangte nur, daß bayerische Truppen zum Schutz in die

vom 6. Mai an Preußen und die Anregung zur Diskussion des Artikels 47 in Frankfurt war neben anderen Gründen ebenfalls aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung gefaßt worden.⁶³⁰⁾ Als man sich vorläufig mit der Aufstellung der Truppen entlang den Eisenbahnen begnügte, tat man dies in dem Bewußtsein einer vorläufigen Befriedigung der Öffentlichkeit, zumindestens solange bis die Mincio Linie direkt bedroht sei.⁶³¹⁾

Die Gefahr einer Revolution war in Bayern sicherlich nicht allzu groß. Bianchini, der sizilianische Gesandte in München, hielt Bayern vorerst für sicher.⁶³²⁾ Auch von der Pförden gab zu, daß weniger in Bayern Aufstände zu fürchten seien, als vielmehr in anderen deutschen Staaten,⁶³³⁾ und Wendland erachtete das bayerische Heer für stark genug, um nichts befürchten zu müssen.⁶³⁴⁾ Meneval dürfte mit seiner Meinung wesentlich übertrieben haben.⁶³⁵⁾ Auch war die bayerische Regierung keinesfalls mediatisiert von dem Volkswillen, wenn sie auch diesen in ihren Berechnungen nicht übersah.

Die Beziehungen Frankreichs zu Bayern

So sehr man sich von bayerischer Seite auch bemühte, mit Frankreich nicht allzu schlecht zu stehen, so wurde das Ver-

ad 629) Pfalz gesandt wurden. Die Regierung in München hielt dies jedoch für unnötig. (11.5.1859 Bianchini, jetzt ASTN, 21.5.1859 Meneval AAE Bavière 236, 10.5.1859 Cantono ASTT Bavière S 38, 24.5.1859 Launay ASTT Prussia 36, 29.5.1859 Moustier AAE Prusse 334)

630) 11.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

631) 14./19.5.1859 Max Notiz GHM 79/1/165

632) 11.5.1859 Bianchini, jetzt ASTN

633) 12.5.1859 v.d.Pföden, GHM 76/5/34

634) 10.5.1859 Wendland GHM 77/5/86

635) Daß Bayern nur rüste, um sich gegen innere Bedrohungen zu verteidigen, und um Aufstände zu unterdrücken, wie Meneval berichtete (14.5.1859 Meneval AAE Bavière 236), war keineswegs der Beweggrund der militärischen Vorberreitungen.

hältnis Bayerns zu Frankreich während des Krieges nicht besser. Den Anlaß zu einer neuerlichen Spannung gab die von Bayern gewährte Erlaubnis, österreichische Truppen durch Bayern ziehen zu lassen. Anfänglich sah Meneval darin keine Verletzung der bayerischen Neutralität. Er erwartete bei diesem Anlaß zwar erneute Frankreich feindliche Manifestationen.⁶³⁶⁾ Um diese Möglichkeit einzuschränken, verbot aber die bayerische Regierung, daß die österreichischen Soldaten den Bahnhof in München verließen.⁶³⁷⁾ Trotzdem war der Empfang, den die Münchener Bevölkerung den österreichischen Truppen, in denen man die Verteidiger Deutschlands sah, bereiteten, von immensem Enthusiasmus und Patriotismus getragen. Auch erschienen Prinz Luitpold, der bayerische Kriegsminister, Generale und die deutschen Gesandten zur offiziellen Begrüßung am Bahnhof.⁶³⁸⁾

Walewski sah das Vorkommnis wesentlich ernster an, als der Gesandte in München. Er beschwerte sich umgehend bei Wendland⁶³⁹⁾ und teilte dem französischen Gesandten in München mit, daß er darin wohl keinen "acte de hostilité" aber eine Verletzung der Neutralität sehe.⁶⁴⁰⁾ Daraufhin begab sich Meneval zu Schrenck und machte der bayerischen Regierung Vorwürfe, daß der Vorteil, der Österreich gewährt werde, bedeutend sei, weil man wisse, daß die Truppen weiter nach Italien auf den Kriegsschauplatz transportiert würden.⁶⁴¹⁾

636) 2.6.1859 Bianchini, jetzt ASTN, 23.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

637) 2.6.1859 Bianchini, jetzt ASTN

638) 26.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

vergl. dagegen die Schilderungen bei J.C.Bluntschli, Denkwürdiges, II.S.257, daß bei Abfahrt des Zuges "die vermeintlichen deutschen Brüder in österreichischer Uniform laut und kräftig zu den Wagenfenstern hinaus: "eviva Vittorio Emanuele, il re d'Italia" gerufen hätten.

639) 26.5.1859 Wendland GSTM III.R.31

640) 26.5.1859 Walewski an Meneval u. Salignac-Fénelon AAE Allemagne 831

641) 30.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

Die Truppen kamen auch tatsächlich rechtzeitig zu der Schlacht von Magenta an (8.6.1859 Wich GSTM III.R.32 14.6.1859 Wendland GHM 77/5/86)

Schrenck gab wohl zu, daß Bayern nicht verpflichtet war, diese Konzession zu gestatten, aber die Gewohnheit und Tradition habe nicht erlaubt, eine einfache Garnisonsverlegung innerhalb von Gebieten, die zum Bund gehörten, zu verweigern. Außerdem habe man nicht gewußt, daß die Truppen für Italien bestimmt waren.⁶⁴²⁾ Meneval führte wohl eine bestimmte Sprache gegenüber Schrenck, bei seiner Regierung versuchte er aber das Vorkommnis ein wenig zu entschuldigen, weil es durch die Schwäche der bayerischen Regierung und die österreichfreundliche gesinnte Bevölkerung hervorgerufen worden sei.⁶⁴³⁾ Die französische Regierung jedoch war über die bayerische Rechtfertigung keineswegs befriedigt und schickte eine Note nach München, in der sie ernste Verwahrungen gegen den begangenen Schritt einlegte und sich alle Reserven vorbehielt. Für Bayern habe keine rechtliche Verpflichtung bestanden, und Österreich sei nicht auf die Marschrouten durch andere Länder angewiesen, wie Preußen und Bayern.⁶⁴⁴⁾

Sicherlich machte die französische Sprache in München Eindruck. Max soll sich über die französischen Reklamationen besorgt, und Schrenck beunruhigt gezeigt haben.⁶⁴⁵⁾ Die bayerische Antwort wurde mit Sorgfalt ausgearbeitet. Max ließ besonders die engen Familienbeziehungen hervorheben, die Bayern mit Österreich verbanden und auf das analoge Verhalten gegenüber Preußen in der Neuenburger Frage hinweisen. Er ließ die Rechtfertigung, die Truppen seien bestimmungsgemäß in ein dem Kriegstheater so nahe gelegenes

642) 29.5.1859 Schrenck an Max, 28.5.1859 Schrenck an Wendland GSTM III.R.31; 1.6.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

643) 30.5.1859 Meneval AAE Bavière 236

644) 7.6.1859 Walewski an Meneval GSTM III.R.32

645) 12.6.1859 Meneval AAE Bavière 236

12.6.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

Land gekommen, wo sie gleichzeitig dem deutschen Interesse der Verteidigung der Bundesgrenzen dienten, weniger schroff formulieren, als Schrenck ursprünglich vorgeschlagen hatte.⁶⁴⁶⁾ Frankreich wünschte zwar deswegen keinen ernsten Streit mit Bayern,⁶⁴⁷⁾ behielt aber seine Reserven trotzdem aufrecht, denn Bayern sei verpflichtet, die Kriege-rechte zu respektieren. Das Bundesrecht dürfe Bayern nicht autorisieren, das internationale Recht zu mißachten.⁶⁴⁸⁾ Schrenck nahm von dieser Note ohne Stellungnahme Kenntnis.⁶⁴⁹⁾

Erst nach den französischen Beschwerden erklärte auch die Regierung in Turin, daß sie den Truppentransport als eine Neutralitätsverletzung betrachte.⁶⁵⁰⁾ Man kann nicht leugnen, daß Frankreich zu Klagen berechtigt war. Die Unwissenheit der bayerischen Regierung, ob tatsächlich oder nur vorgetäuscht, über das Bestimmungsziel der Truppen war in jedem Fall eine dürftige Rechtfertigung. Die Protektion Österreichs war zu augenfällig. Aber sie lag natürlich eindeutig im Interesse Bayerns, umso mehr als es damit rechnen konnte, daß Frankreich deswegen keinen Bruch herbeiführen würde. Daß sich die französische Verstimmung später vielleicht auswirken könnte, mußte man in München allerdings im Auge behalten. Man tat dies auch.

646) 22.6.1859 Schrenck an Max, 1.7.1859 Schrenck an Wendlan GSTM III.R.32/33

647) 12.6.1859 Cantono ASTT Baviera S 38

648) 9.7.1859 Walewski an Meneval AAE Bavière 236

649) 11.7.1859 Meneval AAE Bavière 236

650) 13.7.1859 Cantono ASTT Monaco 8/50

Die preußische Regierung ließ den bayerischen Standpunkt in dieser Frage in Paris verteidigen (vergl. APPr.Nr.429). Dem sardinischen Gesandten gegenüber gab Preußen zwar seine Unzufriedenheit über das Vorkommnis zu erkennen (24.5.1859 Launay ASTT Prussia 36)

III. K a p i t e l

Die italienischen Staaten

(Die Herzogtümer - Der Kirchenstaat - Das Königreich Beider Sizilien)

Die Herzogtümer

Mit Kriegsbeginn war das österreichische Heer über den Grenzfluß, den Tessin, in piemontesisches Gebiet eingerückt, hatte sich aber wegen Bedrohung vom Süden her wieder hinter den Tessin zurückziehen müssen. Den ganzen Mai über hatte kein größerer Zusammenstoß zwischen den Österreichern und den Gegnern stattgefunden. Erst am 4. Juni war es zur Schlacht bei Magenta gekommen, die Österreich verlor. Damit hatte Mailand aufgegeben werden müssen, in das die Piemontesen und Franzosen einrückten.⁶⁵¹⁾ Die dortige Geistlichkeit war der erste Stand, so berichtete Doenniges, der das nationale Regime Viktor Emanuels begrüßt und anerkannt hatte.⁶⁵²⁾

Nach der Niederlage von Magenta brach in Parma und Modena die Revolution aus, und auch die Fürsten dieser Länder verließen ihre Staaten. Die Herzogin Regentin von Parma übergab die Regierung der Munizipalität und entband die Armee von ihrem Eid. Die Truppen unterwarfen sich jedoch nicht der neuen Regierungskommission und begaben sich nach Modena. Von dort marschierten sie, zusammen mit dem modenesischen Heer unter Herzog Franz, in österreichisches Gebiet. Zur selben Zeit waren in Modena und Parma keine österreichischen Truppen mehr stationiert gewesen. Die Regierungen beider Länder hatten in Erwartung der Revolution, Österreich erneut um

651) Über den militärischen Verlauf des Krieges siehe:
W. Friedensburg, Aus den italienischen Unabhängigkeits-
kriegen, 1917

652) 5.7.1859 Doenniges GSTM III.R.33

Hilfe gebeten. Österreich jedoch hatte der Bitte keine Folge geleistet, weil es angeblich keine Soldaten entbehren konnte.⁶⁵³⁾

Wie Mailand und Toskana, so schickten auch die neuen Regierungen in Parma und Modena eine Deputation zu Viktor Emanuel und baten um den Anschluß der Länder an Sardinien. Im Gegensatz zu Toskana wurde die Einverleibung Modenas, Parmas und der Lombardei soweit sie im Besitze Sardiniens waren, offiziell vollzogen. Diese Annektierung konnte nicht erstaunen, wie Doenniges richtig bemerkte, denn schon vorher hatte Sardinien seine Absicht auf diese Länder deutlich ausgesprochen.⁶⁵⁴⁾ In die neu einverleibten Gebiete wurden sardinische Kommissare geschickt und überall dort wurden Heere gegen Österreich formiert. In einem Zirkular vom 14. Juni versuchte Cavour die Annexionen mit der Begründung zu rechtfertigen, daß diese Staaten sonst durch die Spezialverträge den österreichischen Waffen ausgeliefert worden wären, und daß dadurch die Neutralität dieser Staaten unmöglich geworden sei.⁶⁵⁵⁾

Der Kirchenstaat

Die Ereignisse in Oberitalien blieben nicht ohne Rückwirkung auf den Kirchenstaat. Die päpstliche Regierung versuchte, in dem ausgebrochenen Krieg eine neutrale Stellung einzunehmen.⁶⁵⁶⁾ Am 3. Mai formulierte sie die offizielle Neutralitätserklärung und die Forderung, daß weder die französischen noch die österreichischen Truppen im Kirchenstaat vermehrt werden dürften.⁶⁵⁷⁾ Verger bemerkte richtig, daß dies eine sehr

653) vergl. N. Bianchi, Storia documentata VIII. S. 74 ff
654) 3.5., 7.5., 29.5.1859 Doenniges GSTM M. III Sard. 14
655) 5.7.1859 Doenniges GSTM III. R. 33
656) 25.2. Nr. 44, 26.4.1859 Verger GSTM III. R. 28 + 30
657) 5.5.1859 Nr. 98 Verger GSTM III. R. 31 gedruckt bei
H. Bastgen, Die römische Frage, Freiburg i. Br. 1917

eigenartige Neutralität eines Staates sei, in dem sich Besatzungstruppen der beiden kriegführenden Mächte zugleich befänden.⁶⁵⁸⁾ Er fürchtete, daß Schwierigkeiten mit Frankreich über die Anerkennung der Neutralität entstünden. Er vermutete, daß die Verstärkungen der österreichischen Besatzungstruppen in Ancona zum Vorwand dienen könnten, um über die Neutralität des Kirchenstaates hinwegzugehen.⁶⁵⁹⁾ Österreich gab aber den Reklamationen wegen Ancona nach, zog die Verstärkungen zurück und hob den Belagerungszustand auf. Österreich erkannte die Neutralität an und erklärte, das Gebiet des Kirchenstaates zu respektieren, solange dies die anderen kriegführenden Mächte auch täten.⁶⁶⁰⁾ Auch Frankreich erkannte die Neutralität an.⁶⁶¹⁾ Eine neutrale Stellung des Kirchenstaates konnte den französischen Interessen nicht entgegen sein, und es scheint, daß die französische Regierung selbst den Kirchenstaat zur Neutralitätserklärung vermocht hatte. So hörte er wenigstens Lerchenfeld von dem Nuntius in Wien.⁶⁶²⁾ Österreich verlor durch die kirchenstaatliche Neutralität einige militärische Vorteile. Einmal stellten die österreichischen Garnisonen in der Romagna eine Flankendeckung dar und zum anderen konnten von dort im Notfall schnell Verstärkungen auf den Kriegsschauplatz gebracht werden.

Schwierigkeiten wegen der kirchenstaatlichen Neutralität machte Sardinien. Die sardinische Regierung argumentierte, daß sie nicht die gleiche Stellung im Kirchenstaat inne habe wie Österreich und die Neutralität daher für die Kriegführenden ungleich sei. Österreich habe in Ancona Truppen, könne jederzeit die Garnisonen über Ferrara in Bologna ver-

658) 3./4.5., 5.5. Nr.99 1859 Verger GSTM III.R.31

659) 26.4., 1.5.1859 Verger GSTM III.R.31

660) 10.5.1859 Buol an Hartig, 11.5.1859 Verger GSTM III.R.31

661) 12.5.1859 Verger GSTM III.R.31

662) 1.5., 18.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31

stärken; Sardinien habe dafür kein Äquivalent. Frankreich unterstützte die sardinischen Reklamationen offen. Antonelli konferierte darüber mit Gramont, dem französischen Gesandten in Rom, und blieb unnachgiebig. Er informierte Verger über die Besprechung. Danach gab Antonelli zu bedenken, daß nicht der eine Verbündete die Neutralität des Kirchenstaates anerkennen könne und der andere nicht. Wenn auch Piemont keine Garnisonen im Kirchenstaat unterhalte, so habe doch Frankreich, der Verbündete Sardinien, Civita Vecchia und Rom in der Hand. Antonelli gestand, daß er Piemont keine Restriktionen bezüglich der Neutralität zugestehe, ja, es lieber vorziehe, Österreich aufzufordern, seine Truppen aus der Romagna zurückzuziehen und dafür Frankreich einzuladen, die österreichischen Truppen zu ersetzen und die Erhaltung der Ruhe in der Romagna und die Neutralität des Kirchenstaates zu garantieren. Antonelli durchschaute das piemontesische Manöver, das nach seiner Ansicht nur auf den Ausschluß der Romagna von der Neutralität abziele, damit Sardinien dort freie Hand habe. Piemont werde dann eine Erhebung in Bologna anregen und auf diese Weise die Besetzung der Romagna durch Piemont rechtfertigen und gleichzeitig die militärischen Operationen gegen den linken Flügel der österreichischen Armee unterstützen.⁶⁶³⁾

Die von Antonelli angedeutete Eventualität behagte Frankreich offenbar nicht. Die französische Regierung forderte darauf hin, daß die österreichischen Garnisonen auf den status quo ante bellum gebracht werden und erklärte, daß sie jede Veränderung als Neutralitätsverletzung betrachte. Wie Antonelli dem bayerischen Gesandten mitteilte, erkannte auch er diese Reserve nicht an, weil man diesen Fall, sollte er eintreten, sehr verschieden auslegen könne. Brä-

663) 25.5., 27.5.1859 Verger GSTM III.R.32

che zum Beispiel in den Legationen eine Revolution aus, so wäre Österreich gezwungen, seine Besatzung zu verstärken, um die Ruhe in Bologna garantieren zu können.⁶⁶⁴⁾

Verger hielt die französisch-sardinischen Forderungen für illoyal und voller Hintergedanken.⁶⁶⁵⁾ Aber er war auch nicht frei von Kritik an der Freude der römischen Regierung über die erreichte Anerkennung der Neutralität. Die päpstliche Regierung erhoffte, indem sie nicht am Krieg teilnahm, für die Erhaltung des status quo im Kirchenstaat profitieren zu können. Diese Hoffnung stimme aber schlecht zusammen mit der Angst der Priester, die in dem Krieg den Beginn eines Kampfes der Revolution gegen Kirche und Religion sähen.⁶⁶⁶⁾

In Rom herrschte in den Monaten der Kriegsvorbereitungen vollkommene Ruhe. Verger hielt sie aber nicht für die wahre Stimmung, und er glaubte auch nicht, daß sie auf den Einfluß der päpstlichen Regierung, sondern auf die französischen Truppen zurückzuführen sei, die man nicht reizen oder in Schwierigkeiten mit der päpstlichen Regierung bringen wolle, weil Frankreich als Bundesgenosse Piemonts betrachtet werde. Zudem vermutete Verger, daß wohl von der revolutionären-piemontesischen Partei die Parole ausgegeben worden sei, sich ruhig zu verhalten.⁶⁶⁷⁾ Auch während des Krieges bewahrte Rom sein ruhiges Gesicht, abgesehen von kleineren Demonstrationen zu Ehren des Kommandanten der französischen Truppen anläßlich der französischen Siege. Die Emigration aus Rom und dem Kirchenstaat nach Sardinien war seit dem Umsturz in Toskana zahlreich. Verger

664) 28.5., 30.5., 31.5.1859 Verger GSTM III.R.32

665) 30.5.1859 Verger GSTM III.R.32

666) 15./16.5.1859 Verger GS' III.R.31

667) 14.1., 17.1., 20.1., 22.1., 5.3., 22.3., 29.3., 2.4., 9.4., 18.4., 25.4., 26.4., 29.4., 1./2.5., 7.5., 21.5., 3.6., 8.6., 2.7.1859 Verger GSTM III.R.28-33
7.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

meinte, daß man die Auswanderung in der Hoffnung geschehen lasse, sich damit von aufrührerischen Elementen zu befreien. Nach seinen Angaben verließen täglich ungefähr 50 - 70 Leute Rom, darunter viele Studenten aus guten Familien.⁶⁶⁸⁾

Die Marken und Umbrien verhielten sich, ebenso wie Rom, ruhig. Hingegen war die Agitation in der Romagna so groß, daß man dort Erhebungen fürchtete, obwohl österreichische Truppen in Bologna und Ferrara stationiert waren und Forlì und Ravenna von päpstlichen Truppen bewacht wurden.⁶⁶⁹⁾

Nach Vergers Informationen war Bologna das Zentrum der Agitation, an der die Jugend der Universität stark beteiligt war. Anführer der piemontesisch-nationalen Partei war Graf Pepoli. Es wurde Verger zugetragen, daß dieser von Napoleon direkt Instruktionen empfangen und alles zu einem Umsturz vorbereitet sei. So viel der bayerische Gesandte beobachten konnte, war die Landbevölkerung auch in der Romagna wenig begeistert für eine Revolution. Verger faßte den Zustand des Kirchenstaates zusammen; danach war in Wirklichkeit die französische Garnison in Rom Herr der Lage, in der Romagna die päpstliche Regierung, zwar materiell, nicht aber moralisch.⁶⁷⁰⁾

Frankreich hatte kein Interesse an der Erhaltung der Ruhe in der Romagna. Die römische Regierung bemühte sich jedoch um Versprechungen der französischen Regierung, die den Besitz und die Ruhe des gesamten Kirchenstaates garantierten. Verger wußte von Napoleons Versicherungen im Februar, dem Papst bis aufs Äußerste Beistand zu leisten und müsse er

668) 7.5., 8.5., 11.5., 6.6.1859 Verger GSTM III.R.31/32
669) 17.1., 25.2., 5.3., 29.4.1859 Verger GSTM III.R.28-31
670) 18.4., 20.4., 5.5., 7.5., 15./16.5., 21.5., 18.6.,
12.7.1859 Verger GSTM III.R.30-34

dazu 25 000 Mann nach Rom senden.⁶⁷¹⁾ Ebenso war es Verger bekannt, daß Napoleon im Mai einen Brief an den Papst richtete, der erfüllt sei von lebhaftem Interesse und Ergebenheit für den Papst. Die Stelle über die weltliche Souveränität sei aber in zweideutigem Sinn abgefaßt: Napoleon garantiere für die persönliche Sicherheit des Papstes und die weltliche Herrschaft, umso mehr oder überdies sie unter dem Schutz der französischen Waffen stehe. Ferner seien in dem Brief Napoleons einige "legitime Interessen" aus der Garantie der weltlichen Macht ausgeschlossen. Allgemein verstand man, so berichtete Verger, unter den legitimen Interessen die Notwendigkeit, die Romagna von der Zentralverwaltung zu lösen.⁶⁷²⁾ Man fragte sich nun, ob die Romagna mit einbegriffen sei in die Schutzversprechungen oder nur die Gebiete, welche unter dem Schutz der französischen Waffen ständen. Die französische Regierung gab auf die Bitte, diese Stelle näher zu erklären, keine genauere Interpretation.⁶⁷³⁾ Wie Verger hörte, vertrat aber Gramont die Meinung, daß Napoleon die Sicherheit des Papstes garantiere, aber nicht die Ruhe in der Romagna.⁶⁷⁴⁾

Plötzlich zog Österreich am 11. Juni sämtliche Truppen aus dem Kirchenstaat, nämlich aus Ancona, Bologna und Ferrara, zurück. Der Kardinallegat Milesi in Bologna erließ eine Proklamation, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die Ruhe und Ordnung erhalten bleibe und die Souveränität des Papstes respektiert werde. Der Appell war umsonst. Die Revolution brach sofort in Bologna, in Perugia und in anderen Orten aus. Eine provisorische Regierung wurde gebildet und

671) 22.2.1859 Verger GSTM III.R.28

672) 17.5., 21.5., 14.6.1859 Verger GSTM III.R.31/32
Walewski hatte anscheinend dem Papst weitgehendere Versprechungen gemacht, als Napoleon es wollte. (vergl. G.Raindre, Papiers inédits du Walewski) 22.5.1859 Napoleon an Walewski: Ihre Depeschen nach Rom gehen über das hinaus, was ich denke. Ich will nichts gegen die Macht des Papstes machen, aber bin auch weit entfernt, Versicherungen zu geben, die ich später nicht halten könnte.)

673) 14.6.1859 Verger GSTM III.R.32

674) 24.5.1859 Verger GSTM III.R.32

eine Deputation zu Viktor Emanuel geschickt.⁶⁷⁵⁾

Antonelli beklagte sich sehr, daß Österreich den Entschluß zur Zurücknahme seiner Truppen vorher nicht in Rom mitgeteilt hatte. Verger fand diese Anklage sehr naiv. Nach seinen Informationen hatte Österreich diesen Entschluß gefaßt, weil es die Absicht Frankreichs kannte, den Hafen von Ancona von französischen Kriegsschiffen anlaufen zu lassen.⁶⁷⁶⁾ Andererseits war Antonelli natürlich der Ansicht, daß Sardinien die Erhebungen in den Legationen gefördert habe.⁶⁷⁷⁾ Am Ende einer Messe hielt der Papst vor vielen Zeugen eine Ansprache, in der er die Bibelstelle zitierte: "Vae autem homini illi per quem scandalum venit!" Er fuhr in italienischer Sprache fort: "Guai a colui che carico delle censure e delle scomuniche della chiesa è causa di questi mali in questi giorni - in questo momento piomba sul suo capo la maledizione di Dio."⁶⁷⁸⁾ Verger beobachtete den großen Eindruck dieser Worte. Man hörte darin eine Anspielung auf Viktor Emanuel und Napoleon. Nach der Aussage Vergers erklärte der Papst später, er habe mit diesen Worten niemanden persönlich gemeint, er habe nur allgemein gesprochen, alle gebrandmarkt, die einen Skandal produzierten; er brauche keinen Namen zu nennen, umso schlechter für die, welche sich betroffen fühlten.⁶⁷⁹⁾ Antonelli schickte ein Zirkular an die europäischen Mächte, in dem er an die Gefühle der Gerechtigkeit erinnerte und gegen alles protestierte, was die illegitimen Autoritäten in den revolutionären Gebieten erließen.⁶⁸⁰⁾

-
- 675) 13.6., 14.6., 15.6., 17.6.1859 Verger GSTM III.R.32+34
 676) 14.6., 15.6.1859 Verger GSTM III.R.32+34
 Im Mai hatte Österreich den Abzug seiner Truppen angekündigt. Antonelli machte sofort deswegen Vorstellungen in Wien und erhielt die Zusage, daß die Truppen bleiben würden (siehe: N.Bianchi, Storia documentata VIII. S.103/4)
 677) 18.6.1859 Verger GSTM III.R.34
 678) 19.6.1859 Verger GSTM III.R.34
 679) 25.6.1859 Verger GSTM III.R.33
 680) 18.6.1859 Antonelli, 19.6.1859 Verger GSTM III.R.34

Die Gesandten Siziliens, Spaniens und Portugals gaben dem Papst den Rat, sich in die Arme Frankreichs zu werfen. Darin sahen sie die einzige Rettung für den Kirchenstaat. Verger teilte diese Meinung nicht, obwohl er nicht verkannte, daß dem Kirchenstaat kaum anderes übrig bleibe, als Frankreich mit der Aufgabe zu betrauen, die Österreich nicht mehr zu erfüllen imstande sei.⁶⁸¹⁾ Verger hörte von dem anfänglichen päpstlichen Entschluß, keinesfalls eine französische Garnison nach Ancona zu rufen.⁶⁸²⁾ Antonelli bat aber dann doch den französischen Kommandanten um die Verlegung einer Garnison nach Viterbo, das sich bis jetzt noch ruhig verhielt. Goyon lehnte jedoch ab. Ebenso verweigerte dieser die erbetene Hilfe für Perugia. Als Grund der Ablehnung nannte Verger, daß Goyon Perugia zu den Lokalitäten zähle, die er ohne Autorisation Napoleons nicht besetzen lassen dürfe.⁶⁸³⁾

Sofort nach der Revolution in Perugia setzte die römische Regierung ein Regiment der päpstlichen Armee in Marsch. Als das Heer vor Perugia ankam, waren dort bereits Waffen- sendungen aus Toskana eingetroffen. Nach dreistündigem Kampf gelang es den päpstlichen Truppen, trotzdem aus ihren Reihen viele desertierten, die Stadt einzunehmen.⁶⁸⁴⁾ Bei der Eroberung Perugias waren viele Grausamkeiten vorgekommen, über die man in der Öffentlichkeit in Rom und auch sonst überall sehr aufgebracht war. Man erhob schwere Anklage gegen die päpstliche Regierung. Antonelli verteidigte die päpstlichen Truppen, daß sie sich mit Menschen schlagen hätten müssen, die sich aufs äußerste verteidigt hätten, mit Feuer, Steinen und kochendem Wasser.⁶⁸⁵⁾ Verger stand

681) 14.6., 18.6.1859 Verger GSTM III.R.32 + 34

682) 14.6.1859 Verger GSTM III.R.32

683) 17.6., 21.6.1859 Verger GSTM III.R.32+34

684) 15.6., 17.6., 21.6.1859 Verger GSTM III.32+34

685) 29.6., 5.7.1859 Verger GSTM III.R.33

auf Antonellis Standpunkt und war der Meinung, daß es in Perugia wie in jeder Stadt, die im Sturm genommen werde, unnötige Grausamkeiten gebe, aber nicht mehr und nicht weniger.⁶⁸⁶⁾ Auch Frankreich ließ den päpstlichen Truppen Gerechtigkeit widerfahren und mißbilligte in einem Artikel des Moniteur die Übertreibungen der sardinischen und toskanischen Presse.⁶⁸⁷⁾

Einige Tage nach der Räumung Anconas von Österreichischen Truppen, die - so hörte Verger - von der Bevölkerung mit Befriedigung gesehen wurde,⁶⁸⁸⁾ fand dort am 18. Juni eine Demonstration statt. Der Kardinallegat verließ sofort die Stadt, die Regierung dem Magistrat übergebend. Ancona bot daraufhin, wie auch Bologna, Viktor Emanuel die Diktatur an. Am 24. Juni setzte sich aber bereits die rechtmäßige Regierung mit Unterstützung der päpstlichen Truppen wieder durch. Verger meinte, ihr sei dabei zugute gekommen, daß Viktor Emanuel die Diktatur nicht angenommen habe.⁶⁸⁹⁾

Während der päpstlichen Regierung die Rückeroberung Perugias und Anconas gelang, konnte sie es nicht wagen, Bologna nur mit eigenen, päpstlichen Truppen zurückzugewinnen. Dort schien der Widerstand zu stark zu sein. Es kamen Meldungen, die auch nach München gelangten, französische Verstärkungen aus Modena, Parma und Toskana seien in Bologna angelangt, Leute in piemontesischen Uniformen organisierten eine Armee und arbeiteten an Befestigungen. Viktor Emanuel lehnte zwar die ihm angetragene Diktatur ab und verfuhr mit den aufständischen Gebieten der Romagna in derselben Weise wie mit Toskana, indem ein sardinischer Kommissar, nämlich M. d'Azeglio, nach Bologna geschickt wurde.⁶⁹⁰⁾

686) 2.7., 5.7.1859 Verger GSTM III.R.33

687) 12.7.1859 Verger GSTM III.R.33

688) 17.6., 21.6.1859 Verger GSTM III.R.32+34

689) 25.6., 29.6.1859 Verger GSTM III.R.33

690) 21.6., 29.6., 2.7., 5.7.1859 Verger GSTM III.R.33/34

12.6., 27.6., 29.6.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Der Papst mußte sich nun überlegen, an wen er sich um Hilfe wenden konnte. Der Gedanke an Sizilien lag nahe. Der bayerische Gesandte war aber der Ansicht, daß König Franz keinen einzigen Mann entbehren könne, sodaß also nur Frankreich übrig bleibe.⁶⁹¹⁾ Verger hatte den starken Verdacht, daß Napoleon darauf spekuliere, gebeten zu werden, die österreichischen Truppen in Bologna zu ersetzen, um dann das Garnisonsrecht Österreichs in den Legationen ständig für sich zu beanspruchen.⁶⁹²⁾

Nach Vergers Beobachtung mißbilligte das französische Hauptquartier in Rom dem Anschein nach die revolutionären Ereignisse in den Legationen. Ein Tagesbefehl Goyons sprach von der edlen und großen Aufgabe, die darin bestehe, daß die Ruhe Roms und der benachbarten Städte sowie auch die Sicherheit des Papstes den französischen Truppen anvertraut sei.⁶⁹³⁾ Walewski erließ ein Zirkular an die französischen Gesandten, das nur zum Vorlesen bestimmt war und in dem er erklärte, daß Frankreich an den revolutionären Erhebungen im Kirchenstaat keinen Anteil gehabt habe, und Österreich allein die Schuld daran zukomme, weil es seine Garnison gegen den Willen des Papstes zurückgezogen habe. Frankreich werde mit aller Kraft die Revolution im Kirchenstaat niederhalten, aber das Programm für die Befreiung Italiens bleibe bestehen. Sei dieses Ziel erreicht, dann werde Napoleon sein Siegreiches Schwert vor einem Kongreß niederlegen.⁶⁹⁴⁾

In einer Allokution erinnerte Antonelli an die französischen Versprechungen, die weltliche Souveränität des Papstes zu schützen.⁶⁹⁵⁾ Der Papst schien auf diese Versprechungen nicht allzu fest zu vertrauen. Verger berichtete von einer

691) 2.7.1859 Verger GSTM III.R.33

692) 29.6., 2.7.1859 Verger GSTM III.R.33

693) 14.6., 15.6.1859 Verger GSTM III.R.32+34

694) 8.7.1859 Bianchini, jetzt ASTN, 8.7.1859 Gise GSTM III.R.

695) 2.7.1859 Verger GSTM III.R.33

ihm zu Ohren gekommenen Äußerung des Papstes, daß er glaube, die Franzosen ließen ihm wohl nur Rom und einige Weinberge.⁶⁹⁶⁾ Antonelli beriet sich nun mit Gramont, ob französische Truppen bereit seien, die Herrschaft in den Legationen wiederherzustellen. Wie Verger erfuhr, der über alle Vorgänge meist durch Antonelli persönlich sehr gut unterrichtet wurde, lehnte Gramont ab. Napoleon könne sich nicht in Bologna einmischen, das sich für denselben Zweck erhoben habe, für den die französischen Truppen in Oberitalien kämpften. Auf die Frage, ob Frankreich den Widerstand sanktioniere, den man dem päpstlichen Heer bei einem eventuellen Versuch Bologna zurückzunehmen leiste, antwortete die französische Regierung nur mit dünnen Worten.⁶⁹⁷⁾ Von Frankreich war also auch keine Hilfe und Unterstützung zu erwarten.

Verger war mit der römischen Regierung derselben Meinung, daß Sardinien mit der Bildung einer Armee in Bologna und seinen dortigen Befestigungsarbeiten eindeutig eine Neutralitätsverletzung begehe.⁶⁹⁸⁾ Minerva, der sardinische Gesandte in Rom, rechtfertigte sich auf Instruktion seiner Regierung gegen die Beschuldigungen der päpstlichen Regierung damit, daß Sardinien die Anerkennung der Neutralität nur an den status quo ante bellum gebunden gewesen sei. Dieser sei aber von Österreich verändert worden. Österreich habe seine Armee mit den Besatzungstruppen aus dem Kirchenstaat verstärkt; das Interesse der legitimen Verteidigung erfordere es, daß Piemont sich des strategisch wichtigen Territoriums der Legationen bemächtige. So wurde dem bayerischen Gesandten berichtet.⁶⁹⁹⁾

Am 6. Juli berief Antonelli einen Conseil ein, um zu bera-

696) 14.6.1859 Verger GSTM III.R.32

697) 7./8.7., 19.7.1859 Verger GSTM III.R.33

698) 29.6., 2.7., 5.7.1859 Verger GSTM III.R.33

699) 7.7.1859 Verger GSTM III.R.33

ten, wie man sich gegenüber Sardinien wegen der Neutralitätsverletzung verhalten, und ob man die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abbrechen solle. Die Gesandten von Spanien, Sizilien und Portugal forderten Verger auf, um sich gemeinsam bei Antonelli dafür einzusetzen, daß man Minerva die Pässe schicke, wenn dies zwar nicht durch Befragung der Kardinäle, aber durch das Heilige Kollegium beschlossen werde. Verger lehnte dieses Ansinnen ab und warnte davor; die Maßnahme bliebe nur eine Demonstration, wenn man nicht gleichzeitig dem französischen Gesandten die Pässe schicke. Außerdem gab er zu bedenken, daß man Minerva nicht zwingen könne Rom zu verlassen, wenn er sich weigere.⁷⁰⁰⁾

Die päpstliche Regierung schob einen endgültigen Entschluß vorerst noch hinaus. Antonelli erließ nur eine neue Protestnote gegen die Neutralitätsverletzung durch Piemont und rief den Beistand und die Hilfe der Völker auf.⁷⁰¹⁾ Man unterrichtete Verger von einem Telegramm, mit dem Napoleon gebeten habe, mit jeder Entscheidung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Sardinien und einer eventuellen Exkommunikation Viktor Emanuels noch zu warten, solange bis Napoleon selbst eine Erklärung abgegeben habe.⁷⁰²⁾ Bisher hatte die römische Regierung nur eine Note vom 24. Juni durch Gramont erhalten, in der erklärt wurde, daß Viktor Emanuel auf Betreiben Napoleons die Diktatur über die Romagna abgelehnt habe. Antonelli empfand dies nicht als genügende Rechtfertigung und beklagte sich bei Verger, daß Viktor Emanuel wohl formell die Diktatur abgelehnt, aber sich zum Protektor der aufständischen Provinzen gemacht habe und die Revolution unterstütze. Napoleon kämpfe für die Unabhängigkeit Italiens und unterstelle die zukünftige

700) 5.7., 7.7.1859 Verger GSTM III.R.33

701) 12.7.1859 Antonelli GSTM III.R.33

702) 12.7.1859 Verger GSTM III.R.33

Organisation und Ausdehnung der päpstlichen Souveränität einer allgemeinen Abstimmung. Die französische Garantie für die weltliche Macht des Papstes erstreckte sich also nicht auf die Gebiete, die bisher innerhalb der geographischen Grenzen des Kirchenstaates gelegen seien.⁷⁰³⁾

Etwas später versuchte die französische Regierung das Verhalten Sardiniens gegenüber der Romagna zu entschuldigen. Antonelli unterrichtete Verger auch über diese Unterredung mit dem französischen Gesandten. Demnach hatte Gramont erklärt, wofern Sardinien in der Romagna Hilfskräfte für den Unabhängigkeitskrieg organisieren, für den Krieg, den Napoleon selbst proklamiert habe, so tue Sardinien das, um der Anarchie durch Militärdisziplin zuvorzukommen, und dies sei folglich im Interesse des Papstes. Der Zukunft werde nicht vorgegriffen. Frankreich sei also bemüht, den Abbruch der Beziehungen zwischen dem Kirchenstaat und Sardinien zu verhindern und verspreche, sich für die Abberufung Azeglios aus Bologna einzusetzen.⁷⁰⁴⁾ Vorerst unternahm die päpstliche Regierung nichts und glaubte wohl damit ihre Handlungsfreiheit erhalten zu können.

Nach den schlimmen Erfahrungen der Machtlosigkeit des Kirchenstaates und seiner Abhängigkeit von Frankreich, war es nicht verwunderlich, daß sich der Papst Gedanken machte, was im Notfall mit seiner Person geschehe, wenn es auch in Rom zu Unruhen käme. Von Frankreich hatte der Papst eindeutig die Gewähr für seine persönliche Sicherheit erhalten. Wie Verger hörte, fürchtete man jedoch, daß dieser Schutz in einer Art Gefangenschaft in der Engelsburg oder in der Entfernung aus Rom bestehen könne.⁷⁰⁵⁾ Von verschiedenen

703) 7.7.1859 Verger GSTM III.R.33
704) 19.7.1859 Verger GSTM III.R.33
705) 7.5.1859 Verger GSTM III.R.31

Seiten wurde dem bayerischen Gesandten mitgeteilt, wie entschlossen der Papst sei, sich nur mit Gewalt fortbringen zu lassen. Und was den Notfall betreffe, soll er geäußert haben, so wolle er sich in das Kloster Monte Caro begeben, um dort zu bleiben, wenn nicht als Souverän, so doch als Mönch und Papst, hoffend, daß dieses Verhalten auf den französischen Klerus nicht ohne Wirkung bleibe.⁷⁰⁶⁾ Zu Verger persönlich meinte der Papst, man müsse ihn schon am Kragen packen, um ihn fortzuschleppen. Er entschloß sich, auch das teilte er dem bayerischen Gesandten mit, das Asyl, das ihm Österreich, Spanien und Sizilien anboten, nicht anzunehmen. Darin bestärkte ihn Verger, indem er ihn ermunterte, in Rom zu bleiben und ein Kloster aufzusuchen, ja, sich auf den Boden zu legen und zu warten, ob die Franzosen ihn auf den Armen forttrügen.⁷⁰⁷⁾ Verger war überzeugt von der Unüberwindlichkeit des Hindernisses, das die Anwesenheit des Papstes in Rom für die Franzosen bedeute.⁷⁰⁸⁾

In ihrer großen Angst vor einem Umsturz in Rom, sahen die Kardinäle ein Mittel gegen diese Gefahr: die Demission Antonellis.⁷⁰⁹⁾ So begannen denn die Intrigen gegen den Staatssekretär. Schon im Februar meldete Verger Gerüchte von Antonellis Rücktritt. Man schein aber keinen geeigneten Nachfolger zu finden. Antonelli widerrief die Gerüchte.⁷¹⁰⁾ Im Juni erneuerte sich das Gerede. Verger berichtete, daß die Öffentlichkeit Antonelli für das allgemeine Regime verantwortlich mache, daß ihn vornehmlich Bankleute außerdem einer persönlichen Politik beschuldigten und behaupteten, daß seine Familie, vor allem der Direktor der römischen Bank, aufs Beste den Einfluß seines Bruders ausnutze, indem man mehrere der wichtigsten Handelszweige,

706) 1./2.5., 30.5., 8.6., 19./20.6., 21.6.1859 Verger GSTM III.R.31-34

707) 25.6.1859 Verger GSTM III.R.33

708) 15./16.5., 19./20.6.1859 Verger GSTM III.R.31+34

709) 7.5.1859 Verger GSTM III.R.31

710) 22.2., 22.3., 29.3.1859 Verger GSTM III.R.28/29

des Holz, Öl, Getreide, mit den Mitteln der Bank zu ihrem Vorteil monopolisiere.⁷¹¹⁾ Tatsächlich bot Antonelli dem Papst im Juni seine Demission an, wenn dies Vorteile bringe. Aber der Papst sprach ihm sein Vertrauen aus und war nicht gewillt, ihn gehen zu lassen. Wie Verger von dem sizilianischen Gesandten wußte, hatte der Papst sich diesen so geäußert, als erwarte man wohl, daß er seine Popularität durch die Demission Antonellis erkaufen solle. Seit 11 Jahren sei Antonelli der erste Ratgeber, und kenne die Geschäfte, aber keine Maßnahme werde ohne seine Zustimmung vollzogen. Er, der Papst, sei also der Autor aller Regierungsakte, die man Antonelli zuschreibe. Auch bei einem Nachfolger bleibe es so, ganz gleich ob Frankreich ihn vor Gefahren schützen wolle oder nicht.⁷¹²⁾

Verger schlug Antonelli eine andere Alternative vor, die nicht unklug war, nämlich sich vorübergehend unter dem Vorwand einer Mission beispielsweise nach Neapel zu begeben, um so die Lage des Papstes in einer Krise zu erleichtern. Anscheinend schlug Antonelli diesen Rat in den Wind und Verger stellte fest, daß Antonelli wie an seinem Leben, so an seiner Macht hänge.⁷¹²⁾ Ob der sonst sehr sicher urteilende Verger die Situation Antonellis richtig erfaßte, läßt sich kaum entscheiden. Das Fortgehen Antonellis aus Rom konnte vielleicht Vorteile, aber auch ebensogut Nachteile für den Papst mit sich bringen.

711) 3.6., 6.6.1859 Verger GSTM III.R.32
vergl. J.Schmidlin, Papstgeschichte, II.S.46
712) 8.6., 25.6.1859 Verger GSTM III.R.32

Das Königreich Beider Sizilien

Während sich die Lage für den Kirchenstaat sehr unsicher und gefährvoll gestaltete, war das Königreich Beider Sizilien vorerst von den Ereignissen in Oberitalien noch nicht betroffen. Die geographische Lage Siziliens war für eine Isolierungspolitik wesentlich günstiger, als die des Kirchenstaates oder die der oberitalienischen Herzogtümer. Die Neutralitätserklärung Siziliens vom 28. April war also eine natürliche Konsequenz dieser Politik.⁷¹³⁾

Einzig und allein die inneren Verhältnisse des Königreichs gaben zur Besorgnis Anlaß. Verger wartete mit Unruhe auf den Augenblick, wo der Thronerbe zur Regierung gelange, wo er ganz auf sich selbst angewiesen, allein und ohne Allianz mit anderen Mächten die Anerkennung der Neutralität und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England und Frankreich durchsetzen müsse. Daneben schien ihm fraglich, ob der Thronerbe die allgemeinen Hoffnungen auf ein liberales Ministerium und ein liberales Regime befriedigen werde, was Verger für ein dringendes Bedürfnis hielt.⁷¹⁴⁾

Am 22. Mai starb nach langem Leiden König Ferdinand. Wie bisher blieb Neapel vollkommen ruhig, und der Regierungswechsel vollzog sich in ungestörter Ordnung. Aus Vergers Berichten ging hervor, daß man eine Umbildung des Ministeriums erwartete und erhoffte, daß an die Spitze desselben Filangieri berufen werde. Obwohl schon 80 Jahre, sah

713) In der deutschen historischen Literatur wird nicht erwähnt, daß Österreich Anfang April den 2. geheimen und separaten Artikel des Vertrages vom 12. 6. 1815 bezüglich der Nichteinführung liberaler Reformen als *lettera morta* erklären lassen wollte. Österreich wäre freiwillig bereit gewesen, auf vertragliche Rechte zu verzichten, an denen die Großmächte so großen Anstoß nahmen. Sizilien jedoch ging nicht darauf ein, aus Angst es könne indirekt auch die Verpflichtung aberkannt werden, daß bei einem Verteidigungskrieg ein österreichisches Truppenkontingent Sizilien zu Hilfe kommen müsse (siehe: R. Moscati, Ferdinand II., Kap. VI)

714) 30. 4., 23. 5. 1859 Verger GSTM III. R. 31

man in Filangieri den geeigneten Mann, der engerisch und populär, allen Parteien gerecht wurde; außerdem entsprach seine Wahl auch den Wünschen der Mächte.⁷¹⁵⁾ Als Filangieri Anfang Juni mit noch drei anderen Personen nur zum Staatsrat ernannt wurde, sah man darin in der Öffentlichkeit ein Zeichen, daß er von dem Ministerium ausgeschlossen bleiben sollte. Verger hörte, daß die Unzufriedenheit und Enttäuschung darüber groß war.⁷¹⁶⁾ Mit dem Dekret vom 9. Juni wurde dann Filangieri doch zum Ministerpräsidenten ernannt. Und wie das bei einem Regierungswechsel üblich ist, wurde eine Amnestie erlassen, die nach bayerischen Informationen einen guten Eindruck hervorrief.⁷¹⁷⁾

Nach dem Tode König Ferdinands erklärte sich England bereit, die Beziehungen mit Neapel wieder aufzunehmen. Mehr als im übrigen Italien hatte England ein gewisses Interesse an Sizilien. Es konnte nicht zulassen, daß es seiner Einflußsphäre entzogen würde, um einer sardinisch-französischen Platz zu machen. So gerne England auch als Bedingung für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen auf der Einführung einer Verfassung in Sizilien bestanden hatte, so begnügte es sich doch mit der Ernennung Filangieri weil es erkannte, daß ein sizilianisches Parlament aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Allianz mit Piemont und Frankreich drängen würde. England erkannte auch die Neutralität Siziliens an. All das wurde übereinstimmend von Doenniges und Verger der bayerischen Regierung mitgeteilt.⁷¹⁸⁾

Ebenso war man in München auch über die Haltung Frankreichs informiert, das zwar etwas zögerte, einen Gesandten nach

715) 12.4., 13.4., 14.4., 17.4., 28.5., 30.5., 2.6., 3.6.,
11.6., 14.6.1859 Verger GSTM III.R.30-32
29.5.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
716) 6.6.1859 Verger GSTM III.R.32
717) 13.6., 20.6.1859 Verger GSTM III.R.32 + 34
718) 30.5., 31.5., 14.6.1859 Verger GSTM III.R.32
29.5., 8.6.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Neapel zu schicken, aber wohl aus Rücksicht auf England und Rußland letztlich doch nicht auf einer Allianz Siziliens mit Sardinien bestand und ebenfalls ohne Bedingung die Neutralität Siziliens anerkannte.⁷¹⁹⁾ Von den Bemühungen Sardiniens um eine Allianz mit Sizilien war der bayerischen Regierung nichts bekannt.⁷²⁰⁾ Österreich kamen die englischen Interessen zugute, die Sizilien in seiner neutralen Stellung stützten. Mit einer aktiven Hilfe Siziliens rechnete Österreich jedoch nicht.⁷²¹⁾

Trotz früher geäußerter Befürchtungen, mußte Verger zugeben, daß abgesehen von kleineren Demonstrationen die Dinge in Sizilien keinen ungünstigen Lauf zu nehmen schienen.⁷²²⁾ In München hörte man, daß die neue Königin Marie alle Sympathien errang und die Italiener durch ihre Schönheit, Grazie und Natürlichkeit begeisterte. Es kam ihr dabei ein besonderer Umstand zu Hilfe. Bei den Thronbesteigungsfeierlichkeiten nämlich soll sich das Blut des Heiligen Gennaro, das in einem Gefäß aufbewahrt wird, verflüssigt haben, als es von Marie berührt wurde.⁷²³⁾ Bei der Mentalität der Italiener weiß man, welcher günstigen Eindruck diese Begebenheit, die heute noch ein symbolisches Wunder bedeutet, erwecken mußte. Auch über König Franz waren die Meinungen nicht schlecht. Auf den bayerischen Gesandten machte der junge König einen günstigen Eindruck. Er führe leicht und lebendig die Konversation, sei vertraut mit den Tagesfragen. Wenn er die Anträge unbeantwortet lasse, so komme dies wohl aus der Unkenntnis und Unerfahrenheit zu regieren; und von geistiger Unfähigkeit, wie manche behaupteten, könne nicht die Rede sein.⁷²⁴⁾

719) 26.5.1859 Wendland, 14.6., 20.6., 2.7.1859 Verger GSTM III.R.31 - 33

720) vergl. N.Bianchi, *Storia documentata*, VIII.S.120 ff.

721) vergl. F.Engel-Janosi, Freiherr von Hübner, 1933, S.161

722) 11.6., 20.6., 2.7.1859 Verger GSTM III.R.32/33

723) 6.6., 14.6., 12.8.1859 Verger GSTM III.R.32+34

26.5.1859 Isabelle Trapani an Auguste GHM N.Th.89

13.6.1859 Carolina Montemolin an Auguste GHM N.Th.102

724) 21.5., 20.5., 14.6., 12.8.1859 Verger GSTM III.R.31-34

IV. K a p i t e l

Die Politik der deutschen Staaten in der letzten Phase des Krieges

(Der Antrag Preußens am Bund - Mittelstaaten ziehen Abrüstung in Betracht - Württembergs Vorschlag einer Ministerkonferenz - Bayerns Stellung zum preußischen Antrag - Neuer preußischer und österreichischer Antrag - Der Mittelstaaten und Bayerns Stellung zu den Anträgen - Der Eindruck des Friedens in Bayern - Rückblick)

Der Antrag Preußens am Bund

Am 24. Juni hatten die Österreicher eine neue Schlacht bei Solferino gegen Franzosen und Piemontesen wiederum verloren. Die Lage wurde nun für Österreich bedrohlich. Da trat die preußische Regierung am 25. Juni beim Bundestag mit Anträgen hervor. Sie beantragte die Aufstellung eines 'Observationscorps' am Oberrhein, gebildet aus dem 7. und 8. Bundescorps unter bayerischem Oberbefehl, das mit den am Mittelrhein zusammengezogenen preußischen Truppen verbunden werden sollte. Außerdem erbat sie die Zustimmung zu der Aufstellung der preußischen Truppen, soweit sie nicht auf preußischem Boden erfolgte.⁷²⁵⁾

Der geplante Vortrag von der Pfordtens wurde durch die preußischen Anträge überflüssig. Die so lange ersehnte preußische Befürwortung wirksamer Maßnahmen erweckte nun bei den deutschen Regierungen keinen günstigen Eindruck. Die Ereignisse waren inzwischen schon zu weit fortgeschritten, als daß diese Maßnahmen noch genügend erscheinen konnten. Aber die preußische Regierung war gegen alles, was

725) 25.6.1859 v.d.Pfordten Telegr. GSTM III.R.32
Eine preußische Truppenaufstellung auf bayerischem Boden wäre Max nicht angenehm gewesen (27.6.1859 Max an Schrenck GSTM. III.R.32)

über ihre Anträge hinausging, und sie betonte zu sehr die eigenen politischen Interessen, sodaß der berechtigte Eindruck entstand, die Maßnahmen des Bundes sollten nur das bewaffnete Vermittlungsbestreben Preussens unterstützen.⁷²⁶⁾

Am 27. Juni verlas Usedom vertraulich das Protokoll über die Berliner Militärkonferenzen und beauftragte wiederum von der Pfordten mit dem Referat.⁷²⁷⁾ In Berlin hatte man über die genaue Aufstellung des 7. und 8. Bundescorps und über die Verpflegung der Truppen etc. verhandelt.⁷²⁸⁾ Die Vereinbarungen galten aber nicht als definitiv, sondern als eines Bundesbeschlusses bedürftig. Dies hatten die Mittelstaaten als Voraussetzung zur Annahme der Besprechungen untereinander vereinbart.⁷²⁹⁾ Trotzdem war bei den Berliner Verhandlungen das Bestreben einer Umgehung des Bundes nicht zu verkennen gewesen. In dem Protokoll der Berliner Konferenzen war die lange Zeit von 34 Tagen auffallend, die für den Transport preussischer Truppen an den Rhein vorgesehen war, woraus man schloß, daß Preußen, wenn überhaupt, nur eine sehr langsame Aktion gegen Frankreich starten wolle.⁷³⁰⁾

In der Zeit der Berliner militärischen Konferenzen entsandte die österreichische Regierung Windischgrätz in militärisch-politischer Mission nach Berlin. Ihr Sinn war die endgültige Gewinnung Preussens zu einer Beteiligung am

726) 25.6., 27.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32

727) 27.6.1859 v.d.Pfordten Telegr. GSTM III.R.32

728) GSTM III.R.32

729) vergl. H.Steinhausen, Russische Politik, S.19

730) 27.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32

Kriege. Die Verhandlungen zwischen ihm und der preußischen Regierung wurden erst abgebrochen, als Österreich die Friedenspräliminarien unterzeichnet hatte.⁷³¹⁾

Die Mittelstaaten ziehen Abrüstung in Betracht

Um die Haltung der Mittelstaaten vor diesen Ereignissen zu überblicken, muß man sich daran erinnern, daß diese Staaten die Mobilisierung des gesamten Bundesheeres und die Wahl eines Oberfeldherrn für geboten hielten.⁷³²⁾ Die sächsische Regierung hatte bereits vor der preußischen Antragstellung in Berlin erklären lassen, daß es die Geldmittel nur zur Unterstützung Österreichs gewährt habe. Da aber Preußen zusammen mit England und Rußland in einer Vermittlung auf Österreich Druck ausüben wollte, sehe sich Sachsen gezwungen, in Frankfurt Abrüstung zu beantragen.⁷³³⁾ Beust versuchte den König zu beeinflussen, daß die Kriegsbereitschaft des sächsischen Heeres rückgängig gemacht werde.⁷³⁴⁾ Infolge der neuen österreichischen Niederlage entschloß sich Beust dann doch zur Unterstützung des preußischen Antrages, in der Hoffnung, daß wenn auch dadurch die preußische Machtstellung vergrößert werde, wenigstens das Potential Österreichs erhalten bleibe.⁷³⁵⁾

-
- 731) 1.7., 2.7.1859 Wich GSTM III.R.33
vergl. A.Stern, Die Mission des Fürsten Windischgraetz nach Berlin 1859, Forsch. z. br.-pr.Geschichte XLIII/2
vergl. ferner H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S. 381 ff
Schon Anfang Mai war eine Sendung des Fürsten Windischgraetz nach Berlin und Petersburg geplant, die aber dann doch nicht versucht wurde, und Mitte Mai war nochmals von dieser Mission die Rede, von der Letternich dann abgeraten hatte. (3.5., 9.5., 17.5., 18.5.1859 Lerchenfeld GSTM III.R.31)
- 732) 27.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32
733) 24.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32
734) 5.7.1859 Gise GSTM III.R.33
735) 29.6.1859 v.d.Pfordten, 28.6.1859 Gise GSTM III.R.32/32

Die württembergische Regierung schien sich ebenfalls mit dem Gedanken der Abrüstung getragen zu haben, weil sie Schwierigkeiten mit der Kammer befürchtete, falls sich Preußen nicht bald über seine Absichten erklären werde.⁷³⁶⁾

Dalwigk stand diesen Überlegungen auch nicht fern. Obgleich die anderen deutschen Regierungen ähnliche Gedanken wie von der Pfordten hatten, hieß die bayerische Regierung aber ein solches Verhalten nicht gut, weil sie annahm, daß mit einer Demobilisierung Österreich auch nicht gedient sei.⁷³⁷⁾

Württembergs Vorschlag einer Ministerkonferenz

Zur Klärung der ganzen Lage und der Absichten Preußens schlug die württembergische Regierung eine in Berlin abzuhaltende Ministerkonferenz vor.⁷³⁸⁾ Die badische Regierung billigte den Vorschlag, aber mit dem Vorbehalt der Vorsicht gegenüber Preußen.⁷³⁹⁾ Der Großherzog von Hessen war erstaunt und mißtrauisch zugleich, warum "die Schwaben auf einmal der Hafer stach". Dalwigk erklärte sich einverstanden mit einer solchen Konferenz und sah dabei die inhaltschwersten Folgen voraus, wie Spaltung des Deutschen Bundes, Rheinbund, Krieg gegen Frankreich.⁷⁴⁰⁾ So weitgehende Absichten hegte Hügel jedoch nicht. Er wollte nur den Endzweck der Rüstungen geklärt wissen und die Abrüstung herbeiführen, sobald sich herausstellte, daß man nicht in den Krieg eintreten werde.⁷³⁹⁾

Die bayerische Regierung lehnte den Konferenzplan ab. Es bestehe keine Aussicht auf Erfolg, da Preußen noch keine

736) 9.7.1859 Reigersberg GSTM III.R.33

737) 11.7.1859 Schrenck an Reigersberg GSTM III.R.33

738) 28.6.1859 Reigersberg GSTM III.R.32

739) vergl. Th.Griewank, Württemberg, S.46 ff

740) vergl. H.Steinhausen, Hessische Politik, S.21 ff

festen Entschlüsse gefaßt habe. Die Minister würden nur eine klägliche Rolle spielen. Außerdem sei Preußen ohnehin bestrebt, die Politik von Berlin und nicht von Frankfurt ausgehen zu lassen, was durch die Ministerkonferenz in Berlin nur unterstützt werde. Wenn man aber die Konferenz an einem anderen Ort abhalten wolle, erwecke man den Anschein einer Pression auf Preußen.⁷⁴¹⁾ Auch als der württembergische Gesandte kurze Zeit später nochmals auf den Vorschlag zurückkam, änderte die bayerische Regierung ihren Standpunkt nicht.⁷⁴²⁾ Vor allem Württemberg, aber auch Baden und Hessen-Darmstadt waren nicht geneigt, ihre Truppen unter bayerisches Kommando zu stellen, weil dies nicht im Einklang mit der Bundeskriegsverfassung stand.⁷⁴³⁾ Die württembergische Regierung war darüber sehr verstimmt. Auch der Großherzog von Baden dürfte nicht sehr erfreut darüber gewesen sein. Er hatte im April für sich selbst das Oberkommando über das 8. Bundescorps angestrebt. Wenn er mit großem Bedauern den Vorrang an Württemberg abgetreten hatte, so sah er den Oberbefehl in bayerischen Händen sicherlich noch weniger gern. Aber er war doch zu klug, als daß er deswegen eine Spaltung Süddeutschlands gegen Bayern betrieben hätte.⁷⁴⁴⁾ Man einigte sich dann in dieser Frage dahingehend, daß analog wie 1848 vorgegangen wurde, und forderte die bayerische Regierung auf, einen Befehlshaber zu bezeichnen.⁷⁴⁵⁾

741) 29.6.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.33

742) 9.7.1859 Reigersberg, 6.7.1859 Degenfeld an Schrenck

11.7.1859 Schrenck an Reigersberg GSTM III.R.33

743) 27.6.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.32

vergl. H. Steinhagen, Hessische Politik, S.20, Th. Griewank, Württemberg, S.43

Der Artikel XVII der Bundeskriegsverfassung vom 12.6.1821 lautet: "Die Befehlshaber der einzelnen Truppen Abtheilungen werden von dem Staate, dessen Truppen sie befehligen sollen ernannt. Für die Abtheilungen, welche aus mehreren Contingenten zusammengesetzt sind, bleibt die Ernennung der Vereinigung der beteiligten Regierungen überlassen."

744) vergl. H. Oncken, Großherzog Fr. von Baden, S.100 ff

745) 27.7.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.33

Bayerns Stellung zu dem preußischen Antrag

Schrenck erstattete über die preußischen Anträge seinem König Bericht und wiederholte dabei dieselben Befürchtungen, die von der Pfordten geäußert hatte. Preußen wolle den anderen Regierungen und dem Bund keinerlei Mitwirkung einräumen und habe nur das eigene preußische Interesse im Auge, wofür die Regierungen ihre Wehrkraft zur Verfügung stellen sollten. Er hielt es aber immerhin für möglich, daß eine Vermittlung zu Gunsten Österreichs unternommen werde, und die Truppenaufstellung am Rhein für Österreich eine Entlastung brächte. Er schlug deshalb vor, dem preußischen Gesandten mitzuteilen, daß man zwar nicht befriedigt sei und nur im Interesse der Sache und der Einheit dem preußischen Antrag zustimmen werde.⁷⁴⁶⁾

Max gestattete gegenüber dem preußischen Gesandten keine mißbilligenden Bemerkungen. Die Mitteilung, welche er der preußischen Regierung durch Bray zukommen ließ, stützte sich auf von der Pfordtens Befürchtungen, daß nämlich gegen den preußischen Antrag Anstände erhoben würden, weil darin die Ernennung eines Oberbefehlshabers nicht enthalten und ebenso das 9. und 10. Bundescorps nicht erwähnt sei. Aus diesem Grunde wurde die Absicht Preußens befürchtet, das 9. und 10. Corps unter preußisches Kommando zu stellen. Außerdem ließ Max die preußische Regierung um Bekanntgabe ihrer Absichten bitten, weil er die Sachlage in der preußischen

746) 27.6.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.32

Zu dem österreichischen Gesandten äußerte sich Schrenck befriedigt über den preußischen Antrag. Er sehe darin wohl den Anfang eines ernsteren Vorgehens gegen Frankreich, und deshalb solle man über die Formsachen hinweggehen. (29.6.1859 Hartig HSTW IV Bavière 26). Diese Sprache ist etwas erstaunlich und steht nicht ganz im Einklang mit seinem Bericht an König Max. Vielleicht hatte Schrenck darin seine eigene Meinung gar nicht geäußert und nur die von der Pfordtens wiedergegeben. Wahrscheinlich aber bezweckte Schrenck mit den Worten zu Hartig, Österreich keinen Widerstand gegen den preußischen Antrag anzuraten.

Bischen Note vom 24. Juni für unvollkommen geklärt hielt. Er wollte vor allem wissen, ob "Preußen gewillt sei, wenigstens einen Teil der Besitzungen Österreichs in Italien mit Gewalt der Waffen zu schützen und aufrechtzuerhalten, und was Preußen zu tun gedenke, sodaß man nicht zu spät hervortrete."⁷⁴⁷⁾

Bray konnte nichts Positives über die preußische Politik in Erfahrung bringen. Er vermutete, daß man den casus belli für gegeben erachte, wenn deutsches Bundesgebiet verletzt werde, und wenn Frankreich versuchen würde, sich auf Kosten Österreichs zu vergrößern. Preußen sei aber zur Zeit ganz gegen einen Krieg, zumal ohne den Beistand Englands.⁷⁴⁸⁾ Schon früher hatte Bray über die Ansicht der preußischen Regierung berichtet, wonach ein Krieg ohne England den Ruin des preußischen Seehandels und einer entstehenden Marine bedeute, vielleicht sogar die Verheerung seiner Küsten und Hafenstädte. Preußen und Deutschland seien nicht stark genug gegen den Willen Englands und Rußlands zu siegen. Preußen werde weder zur vollständigen noch zur teilweisen Erhaltung des österreichischen Besitzes zu den Waffen greifen. Die Aufstellung eines Observationscorps' bezwecke nur, die Abzweigung französischer Streitkräfte, um bei einem Frieden nachdrücklich mitsprechen zu können. Auch Bray stellte sich die Frage, ob bei dieser Sachlage die Opfer der deutschen Regierungen nicht zu hoch seien, und ob man sich deshalb an dem Observationscorps beteiligen solle. Aber er hielt aus dreierlei Gründen den preußischen Antrag für ratsam: einmal wegen der Teilung der französischen Kräfte, wegen der immerhin bestehenden Möglichkeit eines französischen Angriffes und außerdem zur Beruhigung der öffentlichen Stimmung.⁷⁴⁹⁾ Brays Depesche konnte keinen Einfluß mehr ausüben.

747) Signat Max' auf Antrag Schrencks vom 27.6.1859 GSTM. III R.32; 29.6.1859 Schrenck an Bray GSTM. III.R.32

748) 2.7.1859 Bray GSTM. III.R.33

749) 6.6.1859 Bray GSTM. III.R.33

Sie traf in München erst ein, als man dort schon eine Entschließung gefaßt hatte.

Wendland in Paris überlegte sich ebenfalls, warum Preußen mobilisierte, wenn es doch Frankreich nicht angreifen wollte, und wer denn nun eigentlich der Betrogene sei, Frankreich oder Deutschland. Auch glaubte er und so beriet er den König, daß eine Truppenaufstellung am Rhein jetzt schon nichts mehr nützen könne, Österreich aber verloren sei, wenn man nicht Truppen nach Italien sende.⁷⁵⁰⁾

Da voraussichtlich von Preußen im Augenblick doch keine klare Stellungnahme zu erhalten war, beantragte Schrenck am 30.Juni die Zustimmung zu Preußens Antrag. Max war einverstanden.⁷⁵¹⁾ Am 2.Juli wurden die preußischen Anträge zum Beschluß erhoben. Die württembergische Regierung ließ dazu noch erklären, daß sie die Anträge für die Sicherheit des Deutschen Bundes nicht für ausreichend erachte, und der Zweck nicht klar genug formuliert sei, sodaß Württemberg eventuell zur Beseitigung dieser Nachteile hinwirken werde und in kürzester Frist die dazu geeigneten weiteren Anträge an den Bund richten werde.⁷⁵²⁾

Neuer preußischer und sterreichischer Antrag

Für die Mittelstaaten offensichtlich überraschend,⁷⁵³⁾ stellte Preußen am 4.Juli einen neuen Antrag an den Bund, wahrscheinlich, wie von der Pfordten meinte, um sich nicht

750) 10.6., 30.6.1859 Wendland GSTK III.R.32/33
14.6., 1.7.1859 Wendland GHM 77/5/86

751) 30.6.1859 Schrenck an Max GSTK III.R.33
Man darf vielleicht annehmen, daß der Entschluß der bayerischen Regierung von Rechberg beeinflußt worden war. Am 24.Juni hatte Schrenck eine Zusammenkunft mit seinem Freund Rechberg in Rosenheim. Was bei dieser Besprechung vereinbart oder diskutiert wurde, wissen wir nicht. Nur der sizilianische Gesandte weit soviel, daß Rechberg jeden Gedanken an eine Vermittlung zurückgewiesen habe (26.6.1859 Bianchini, jetzt ASTN, 27.6.1859 Meneval AAE Bavière 236) Der preußische Gesandte in Frankfurt führte die einfache Zustimmung Bayerns auf die Ergebnisse dieser Besprechung zurück. (vergl. APPr.Nr.468,2)

752) und 753) siehe nächste Seite!

die Initiative aus der Hand nehmen und um Württemberg gar nicht erst die Zeit für weitere Anträge zu lassen.⁷⁵⁴⁾ Preußen verlangte, - die Mittelstaaten hatten dies richtig vorausgesehen -, die Aufstellung des 9. und 10. Corps' unter preußischem Befehl und die Unterstellung des gesamten Observationscorps' unter preußischen Oberbefehl. Die preußische Regierung erklärte ihr bundeswidriges Verhalten damit, daß sie die Hilfe der Bundeseinheiten zur Unterstützung zu ihrer Vermittlungspolitik wünsche.⁷⁵⁵⁾ Mit dieser Motivierung konnte die preußische Regierung natürlich die Bedenken der Mittelstaaten nicht im geringsten zerstreuen.

Am 7. Juli, drei Tage später, beantragte Österreich die Mobilisierung des gesamten Bundesheeres und die Wahl eines Oberfeldherrn, nämlich des Prinzregenten von Preußen.⁷⁵⁶⁾ Faktisch war der österreichische Antrag derselbe wie der preußische mit dem Unterschied, daß sich der österreichische Antrag auf die Bundeskriegsverfassung stützte.⁷⁵⁷⁾

752) 2.7.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.33

Protokoll der Sitzung vom 2.7.1859 GSTM Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Ka grün 21/11

753) 8.7.1859 Schrenck an v.d.Pfordten GSTM III.R.33

vergl. H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.384

754) 4.7.1859 von der Pfordten GSTM III.R.33

755) 6.7.1859 Schleinitz APPr.

756) 7.7.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.33

757) In dem österreichischen Antrag vom 7.7.1859 heißt es: "Die von der K.preußischen Regierung in der außerordentlichen Sitzung vom 4.d.M. gestellten Anträge schließen tatsächlich die Mobilisierung des gesamten Bundesheeres ein. Die kaiserliche Regierung hält demnach den Augenblick für geeignet, daß die Mobilmachung ausgesprochen und auf Grund der Bundeskriegsverfassung zur Wahl des Oberfeldherrn geschritten werde..." (APPr.Nr.484,1) Der Artikel 45 der Bundeskriegsverfassung lautet: "Der Oberfeldherr wird jedesmal, wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen wird, von dem Bunde in der engeren Versammlung gewählt." H.Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe, S.385 meint, daß der preußische Antrag vom 2.7.1859 mit der Bundesverfassung auch in Einklang stehe, weil nach Artikel 46 der Bundeskriegsverfassung Sonderbestimmungen über den Oberbefehl erlassen werden können, wenn nur ein Teil der Bundesarmee zusammengezogen würde. Dies mag wohl stimmen, aber es lag nicht in Preußens Absicht, auf diesen Artikel abzielen, denn Preußen wollte jegliche Abhängigkeit zwischen dem Bund und dem Oberbefehl vermeiden. (vergl. APPr. Nr.475 + 492,1).

Gegen den preußischen Oberbefehl hatte man nichts einzuwenden. Aber die Schwierigkeit lag darin, daß nach der Bundeskriegsverfassung der Oberbefehlshaber der Bundesarmee an den Eid der Bundesversammlung gebunden war und durch diese zur Verantwortung gezogen werden konnte. Dies jedoch hielt der Prinzregent mit seiner Stellung als Oberhaupt Preußens für nicht vereinbar.⁷⁵⁸⁾ Außerdem wollte Preußen keinen vom Bund übertragenen Oberbefehl übernehmen, um seine Stellung als vermittelnde Macht nicht zu beeinträchtigen.⁷⁵⁹⁾

Der österreichische Antrag hingegen wollte das gesamte Bundesheer aufgestellt wissen und damit die Konsequenz erreichen, daß der Oberbefehlshaber dem Bund verantwortlich war. Österreich hatte vor der Stellung seines Antrags die bayerische Regierung um ihre Meinung gefragt, ob sie den Antrag als Gegengewicht gegen den preußischen gut heißen würde. Schrenck persönlich aber verneinte vorläufig die Anfrage, weil er den Bundesausschuß zur Begutachtung des preußischen Antrags für zuständig hielt.⁷⁶⁰⁾ Ohne die offizielle vom König genehmigte Antwort abzuwarten, legte Österreich dem Bund seinen Antrag vor.

Der Mittelstaaten und Bayerns Stellung zu den Anträgen

Der württembergische Außenminister beschwor Schrenck, gegenüber dem bundeswidrigen Verfahren kein Auge zuzudrücken.⁷⁶¹⁾ Er ging aber anscheinend nicht konform mit den Ansichten König Wilhelms, und der württembergische Gesandte in Frankfurt wurde angewiesen, den preußischen und österreichischen

758) 8.6.1859 Bray GSTM III.R.32

759) 6.7.1859 Schleinitz APPr. vergl. APPr. 475 + 492,1

760) 5.7.1859 Rechberg an Hartig und Vermerk Schrencks auf der Note Rechbergs GSTM III.R.33

6.7.1859 Hartig Telegr. HSTW IV Bavière 26

761) 7.7.1859 Reigersberg GSTM III.R.33 vergl. Th.Griewank, Württemberg, S.47

Antrag möglichst zu verschmelzen.⁷⁶²⁾ Sachsen gab dem österreichischen Antrag den Vorzug. Sollte der Bundesaus-schuß aber doch auf den preußischen zurückkommen, so wolle Sachsen nur unter der Bedingung zustimmen, daß Preußen sich über Zweck und Ziel seiner Politik erkläre, und der Prinzregent von Preußen zum Feldherrn gewählt werde.⁷⁶³⁾

Es war vorauszusehen, daß die Mittelstaaten lieber auf den österreichischen Antrag, der die Bundesverfassung respek-tierte, eingehen würden, obwohl sie sicherlich zu einer Sonderregelung bezüglich der Verantwortlichkeit des Prinz-regenten als Oberbefehlshaber bereit gewesen wären.⁷⁶⁴⁾

Die bayerische Regierung stellte sich nicht eindeutig auf die Seite des österreichischen Antrags. Von der Pfordten zweifelte zwar nicht an der Zweckmäßigkeit des preußischen Antrags, aber er wollte einmal die bundesrechtliche Form beachtet wissen, d.h. also daß der Oberbefehl nicht an Preußen, sondern an eine von Preußen bezeichnete Person übertragen werde. Zum anderen empfand er es als ein begrün-detes Verlangen, von Preußen Aufschluß zu fordern, ehe man dem Antrag zustimme.⁷⁶⁵⁾ Entgegen der Auffassung von der Pfordtens wollte Schrenck die Zustimmung zum preußischen Antrag nicht von einer Aufklärung der preußischen Absich-ten abhängig machen, da er diese doch nicht zu erreichen fürchtete, und Preußen wohl selbst noch keinen festen Ent-schluß über sein weiteres Verhalten gefaßt habe. Schrenck meinte, daß die militärischen Vorbereitungen durch dieses Verlangen nur gehindert würden. Wenn es tatsächlich nicht zu einer Hilfe für Österreich komme, dann solle jeder An-schein vermieden werden, daß eine Maßnahme unterblieben sei,

762) vergl. Th.Griewank, Württemberg, S.49

763) 7.7.1859 Gise GSTM III.R.33

764) 4.7.1859 v.d.Pfordten, 28.6.1859 Gise GSTM III.R.32/33

765) 4.7.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.33

die Österreich hätte nützlich sein können. Außerdem glaubte er nicht, daß eine militärische Truppenaufstellung am Rhein für einen Druck auf Österreich berechnet sei. Max ließ sich von seinen Darlegungen überzeugen.⁷⁶⁶⁾

Von der Pfordten wurde also angewiesen, daß der österreichische Antrag nur Anhaltspunkte bei der Beschlußfassung über den preußischen Antrag geben solle.⁷⁶⁷⁾ Vielleicht beeinflusst durch die Mitteilungen Sachsens und Württembergs, beantragte Schrenck am 9. Juli dann doch, daß dem österreichischen Antrag zunächst zugestimmt werde und nur, wenn er auf energischen Widerstand Preußens stoße, sei auf den preußischen Antrag in möglichst bundesmäßiger Form zurückzukommen.⁷⁶⁸⁾ Zu einer Genehmigung dieses Vorschlages durch den König kam es nicht mehr, denn an eben diesem Tag, dem 9. Juli, wurde der schon am Vortag angekündigte Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich bestätigt, und schon einige Tage darauf traf die Nachricht über die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien ein.⁷⁶⁹⁾

Es mag absonderlich erscheinen, daß Österreich noch am 7. Juli mit seinem Antrag in Frankfurt hervorgetreten war. Aber schließlich dürfte man dagegen halten, daß Österreich ja nicht sicher über den Ausgang der Unterhandlungen mit Napoleon sein konnte.

Am 16. Juli zog Österreich mit der Anzeige des Friedens seinen Antrag zurück und verlangte, die Kontingente auf Friedensfuß zu setzen. Preußen tat das gleiche. Viele Gesandten wünschten, daß aus dem Bericht des Ausschusses hervorgehe, welche Staaten bereit gewesen seien, Österreich beizustehen.

766) 5.7.1859 Schrenck an v.d.Pfordten, 6.7.1859 Schrenck an Max, Signat des Königs vom 3.7.1859 GSTM III.R.33

767) 8.7.1859 Schrenck an v.d.Pfordten GSTM III.R.33

768) 9.7.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.33

769) Telegramme Wichs und Wendlands vom 3.7., 9.7., 12.7.1859 GSTM III.R.33

Von der Pfordten war nicht dafür, und auch Max wollte es nicht.⁷⁷⁰⁾ Schließlich wurde am 21. Juli ohne Abgabe einer Erklärung beschlossen, den Friedensstand der Kontingente und Festungen wieder einzunehmen.⁷⁷¹⁾

Der Eindruck des Friedens in Bayern

Die bayerische Regierung hatte also in der letzten Phase des Krieges, auch wenn sie nicht ganz von den ehrlichen Absichten überzeugt war, und obwohl die Mittelstaaten dieses Mißtrauen teilten, die Verfahrensweise Preußens unterstützt. Hatte man bei der bayerischen Regierung auch mit der Möglichkeit eines plötzlichen und direkten Friedens gerechnet, so war die Nachricht davon für die Öffentlichkeit doch sehr überraschend.⁷⁷²⁾ Teils war man befriedigt, teils auch enttäuscht, weil man gehofft hatte, daß Österreich die Lombardei behalten werde, und weil man die Ohnmacht der Mittelstaaten erkannte. Erfreut war man vor allem, daß sich Österreich und Frankreich ohne Preußens Vermittlung geeinigt hatten, wohl auch deswegen, weil die österreichischen Papiere wieder stiegen. Der Zorn auf Preußen war groß, dem man wegen seiner zweideutigen Politik die Schuld an Österreichs Niederlage zuschob.⁷⁷³⁾

Max äußerte deutlich seine Zufriedenheit über die Beendigung des Krieges.⁷⁷⁴⁾ Doch ist anzunehmen, daß er die Schwierig-

770) 16.7.1859 v.d.Pfordten, 16.7.1859 Schrenck an Max GSTM III.R.33

771) 21.7.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.33

772) 20.7.1859 Bianchini, jetzt ASTN, 13.7.1859 Meneval AAE Bavière 236, 17.7.1859 Cantono ASTT Bavière S 38

773) 8.7., 13.7.1859 Meneval AAE Bavière 236
17.7., 6.8.1859 Cantono ASTT Bavière S 38

20.7.1859 Bianchini, jetzt ASTN
16.7.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44

16.7., 10.8.1859 Schönburg HSTW IV Bavière 26

774) 13.7.1859 Meneval AAE Bavière 236
17.7.1859 Cantono ASTT Bavière S 38

Natürlich hatte die königliche Familie Mitgefühl für ihre italienischen Verwandten. Dies spricht aus einem Brief der Königin Marie an Prinzessin Auguste: "Also lieber, ein schlechter Frieden, fürchte ich - die Lom-

keiten nicht übersah, die noch nicht überwunden waren.

Die bayerische Regierung war in Wirklichkeit sehr betroffen über den plötzlichen Friedensschluß. Sie fürchtete, sich gegenüber Frankreich kompromittiert zu haben, von Österreich verlassen und ohne Hilfe den Ressentiments Frankreichs ausgeliefert zu sein.⁷⁷⁵⁾ Von der Pfordten hatte die Friedensabmachungen noch ehe sie bekannt wurden, richtig vorausgesagt und die französischen Überlegungen genau durchschaut: "Er (Napoleon) wird aber Frieden machen, weil er bei weiterem Vordringen zuletzt doch England und Deutschland aus ihrer blinden Apathie aufrütteln könnte, weil er die Eroberungen in Italien nicht für sich behalten darf, und Piemont nicht zu groß machen will, weil ihn seine Zweiterstellung zwischen der italienischen Revolution und dem Papsttum geniert, welcher jetzt einen Feldzug hinter sich hat, glorreicher als die seines Onkels, weil endlich der Zweck seines italienischen Feldzuges im Westlichen erreicht, und es ihm darum zu thun ist, nunmehr Österreichs Freund zu werden, damit dieses ihm bei seinem nächsten Kampf gegen Preußen nicht entgegentrete."⁷⁷⁶⁾

Von der Pfordten lag viel an einem engen Anschluß Bayerns an Österreich, um nicht wehrlos der französischen Rache preisgegeben zu werden, und um das Unheil abzuwehren, das die kopf- und herzlose Politik Preußens über Deutschland heraufbeschworen habe. Er befürchtete, daß Preußen ohne Österreich die deutschen Staaten nicht schützen könne. Er empfahl deshalb Max, die bayerische Regierung solle sich vertraulich

ad.774) bardei verloren, was wird mit Toskana und Modena und Parma werden!?! Nun kommen wir wahrscheinlich auch noch dran, wenn auch nicht dieses Jahr und dann geht es uns schlecht."(13.7.1859 Marie an Auguste GHM N.Th.99)

775) 13.7.1859 Meneval AAE Bavière 236

1.7.1859 Kübeck HSTW II Dt.Bd.44

12.7.1859 Schönburg HSTW IV Bavière 26

776) 9.7.1859 von der Pfordten GSTM III.R.33

mit Österreich in Verbindung setzen, damit es in Frieden die Aussöhnung des deutschen Südens mit Frankreich anbahne.⁷⁷⁷⁾ Von der Pfordten selbst sprach deshalb mit Kübeck, dem österreichischen Gesandten in Frankfurt, und legte ihm seine Besorgnisse wegen Frankreich dar.⁷⁷⁸⁾ Max befolgte den Rat von der Pfordtens sofort und beauftragte Schrenck, daß er sich mit Rechberg, seinem Freunde, persönlich treffe und "geltend mache, daß Bayern seinerseits alles getan hat, indem wir in Berlin die zeitgemäßen dringenden Ratschläge gegeben und überhaupt gemäß in bundesfreundlicher Absicht für Österreich gewirkt haben."⁷⁷⁹⁾ Die Bemühungen Bayerns blieben nicht ohne Resonanz. Der neue österreichische Gesandte in München, Fürst Schönburg, und auch Graf Rechberg anerkannten die Haltung Bayerns mit ehrlichen Worten.⁷⁸⁰⁾

Aus Paris jedoch kamen keine beruhigenden Meldungen. Wendland mußte immer wieder betonen, daß Bayern bei Napoleon sehr schlecht angeschrieben und verpönt sei.⁷⁸¹⁾ Er prophezeite, daß es Bayern sicher nicht viel besser gehen werde als Preußen, da man neben den preußischen Rheinprovinzen auch die bayerische Pfalz haben wolle.⁷⁸²⁾ Derlei Gelüste Frankreichs waren sicher nicht abzustreiten. Aber daß die Verstimmung Frankreichs gegen Bayern tatsächlich sehr ernst war, ist kaum anzunehmen. Der französische Gesandte Meneval hatte sein möglichstes getan, das Verhalten der bayerischen Regierung zu entschuldigen, und wenn seine Darstellungen über die Lage in Bayern auch geradezu übertrieben waren, so konnte das sicherlich nicht zum Nachteil Bayerns in Paris wirken. Die Folgerungen, die Meneval

-
- 777) 9.7., 14.7.1859 v.d.Pfordten GSTM III.R.33
 18.7.1859 v.d.Pfordten an Pfistermeister GHL N.Pfi.34/4
 778) 1.7.1859 Kübeck HSTW II Dt.Bd.44
 18.7.1859 v.d.Pfordten an Pfistermeister GHL N.Pfi.34/4
 779) Signat Lax' vom 13.7.1859 auf Antrag Schrencks vom
 9.7.1859 GSTM III.R.33
 780) 12.7.1859 Schönburg HSTW IV Bavière 26
 19.7.1859 Rechberg an Schrenck GHL 79/1/165
 29.7.1859 Wich GSTM III.R.34
 781) 10.6.1859 Wendland GHL 77/5/36
 30.6., 9.7.1859 Wendland GSTM III.R.33
 782) 23.7.1859 Wendland GSTM III.R.33

aus dem Frieden von Villafranca für Frankreichs Interesse zog, dürften ebenfalls zu einer nicht unfreundlichen Haltung gegen Bayern beigetragen haben. Er machte eindringlich auf das Bestreben Deutschlands aufmerksam, eine wichtigere Rolle in Europa zu spielen, als es jetzt der Deutsche Bund mit seinen verschiedenen Individualitäten könne, indem man die föderale Konstitution zu ändern versuche. Deutschland werde sich ohne Bedingung unter das Banner und die Herrschaft Preußens begeben, und dann werde dieses eine Macht, mit der Frankreich rechnen, und die es fürchten müsse. Den deutschen Fürsten sei dies nicht nach ihrem Geschmack. Frankreich solle, obwohl es ernste Beschuldigungen gegen Deutschland hören lassen könnte, dieses Bestreben und die Erregung in Deutschland dämpfen, weil das die europäische Sicherheit und Ruhe erfordere. Aus diesem Grunde sei der Friede von Villafranca ein Glück, weil dadurch Österreich und Preußen in ihrem Dualismus fortbestünden; die Mäßigung Napoleons habe die Möglichkeit paralyisiert, daß Preußen eine "facheuse" aber unvermeidliche Befriedigung erhalten hätte, und daß die kleinen deutschen Staaten mediatisiert würden. Der Mechanismus des deutschen Bundes sei aber der Treibstoff der deutschen Ohnmacht und die Bedingung der französischen Sicherheit. Es sei nützlich zu wissen, daß der Deutsche Bund, wie er heute bestehe, am besten zu den deutschen Charakteren und Leidenschaften passe, und daß es die schwerste Strafe sei, die Europa den Deutschen antun könne, wenn es die Grenzen, Teilungen und Rivalitäten genau erhalte, welche die Deutschen auf ewig zur Ohnmacht verdammen.⁷³³⁾

733) 27.6., 12.7., 13.7., 28.7.1859 Meneval AAE Bavière 236 13.7.1859 Meneval: "Mais on peut encore en tirer un enseignement utile à savoir que la Confédération Germanique, telle qu'elle existe aujourd'hui est la combinaison la mieux appropriée au caractère et aux passions germaniques, et que la seule, la plus sévère punition que l'Europe puisse infliger aux Allemands, sera de conserver précieusement les liens, les divisions et les rivalités, qui les condamnent éternellement à l'impuissance".

Die große Enttäuschung der Italiener über den Frieden von Villafranca war nur zu begreiflich, die Erbitterung der sardinischen Regierung, das Napoleon sie einfach übergangen hatte, war erklärlich.⁷⁸⁴⁾ Man hat sehr überlegt, was wohl Napoleon dazu gebracht haben mochte, trotz dem militärisch so günstig verlaufenden Krieg, mit Österreich so schnell Frieden zu schließen. Die Gründe dafür sind bekannt: die Einheitsbestrebungen in Italien, die englischen Absichten auf Ägypten, die Möglichkeit einer Beteiligung Preußens und der deutschen Staaten am Krieg, die Aussichtslosigkeit auf Rußlands Hilfe, und das Drängen Rußlands nach Frieden, weiter die Aussicht eines harten Krieges um das Festungsviereck, und die Stimmung im Inneren Frankreichs.⁷⁸⁵⁾ Die Gründe, die Kaiser Franz Josef zwangen, den Frieden anzunehmen, lagen auf der Hand. Man umging auf diese Weise die preußische Vermittlung, und brauchte Preußen keine Konzessionen machen. Außerdem stand eine französische Landung in Venetien bevor. Zweifellos war von österreichischer Seite der schnelle und direkte Friedensschluß ein äußerst geschickter Schachzug.

Preußen, ebenso überrascht über die plötzlichen direkten Verhandlungen zwischen Napoleon und Franz Josef, wollte nicht an einen erfolgreichen Ausgang glauben und setzte auch weiterhin seine Bemühungen um eine englisch-russisch-preußische Vermittlung fort.⁷⁸⁶⁾ Aber der Vorfriede wurde geschlossen, und Preußen wurde überspielt. Preußen hatte keinen Einfluß auf die europäische Politik ausüben, es hatte keinen Gewinn aus den Verwicklungen ziehen können;⁷⁸⁷⁾

-
- 784) 14.7., 15.7., 19.7., 21.7.1859 Verger GSTM III.R.33
785) vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII., P.Renouvin, Politique exterieure, A.Monti, Storia politica d'Italia, G.Bapst, Der Friede von Villafranca, 1903
786) 9.7., 11.7.1859 Bray GSTM III.R.33
787) Wendland war der Ansicht, daß Preußen sich vor ganz Europa lächerlich gemacht habe (9.7.1859 Wendland GSTM III.R.33)

es hatte sich aber die Verurteilung weiter Kreise der deutschen Öffentlichkeit zugezogen. Trotzdem aber konnte Preußen einen Prestigegewinn verzeichnen, indem es gezeigt hatte, daß es seine Politik gegen die übrigen deutschen Staaten durchzusetzen gewußt und seine faktische Macht damit bewiesen hatte.

R ü c k b l i c k

Es war also das eingetreten, was von der Pfordten befürchtet, und wovor Wendland als erster seit Anfang Mai immer wieder gewarnt hatte, weil er die Rache Napoleons gegen diejenigen, die ihm feindlich gesinnt waren, fürchtete.⁷⁸⁸⁾ Österreich hatte schon Anfang Juni den Gedanken eines direkten Friedens mit Napoleon zu erkennen gegeben. Von Napoleon war nicht zu erwarten gewesen, daß er Österreich einen entehrenden Frieden anbieten werde. Ab Ende Juni waren von allen Seiten Vermutungen über eine solche Lösung des Konfliktes geäußert worden.⁷⁸⁹⁾

Dieser Gefahr gegenüber hatte von der Pfordten zwei Wege gewiesen: entweder Preußen zur Teilnahme am Krieg bestimmen oder die Demobilisierung anordnen. Max entschied sich für den ersten, d.h. also sich damit zu begnügen, was Preußen gewillt war zuzugestehen. Die Anträge beim Bund schienen zu beweisen, daß es der richtigere Weg war. Vergewegenwärtigt man sich die Verhandlungen, die Windischgraetz in Berlin bis zum Waffenstillstand führte, so erkennt man, daß die Hoffnung Bayerns auf ein preußisches Einschreiten verständlich war. Der zweite Weg, die Provokation Preußens, wurde versperrt, als Preußen mit seinen Anträgen beim Bund hervortrat. Von diesem Moment an war es zu spät, eigene Wege zu gehen, weil man sie nicht mehr mit der preußischen Neutralität rechtfertigen konnte.⁷⁹⁰⁾

788) 10.5., 10.6., 14.6., 5.7.1859 Wendland GHL 77/5/86

21.5., 30.5., 30.6.1859 Wendland GSTM III.R.31-33

789) 7.6.1859 Lerchenfeld, 29.5., 9.7.1859 Wendland
29.6.1859 v.d.Pfordten, 2.7.1859 Bray, 5.7.1859 Gise
GSTM III.R.32/33

790) Die Möglichkeit, daß Bayern sich jetzt entschließen werde, ohne Preußen vorzugehen und Separatverträge mit Österreich zu schließen, was Wendland sehr befürchtete, wurde von der bayerischen Regierung zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr erwogen (30.6.1859 Wendland GSTM III.R.33, 1.7., 5.7.1859 Wendland GHL 77/5/86).

Die Ursachen der zögernden Politik Bayern sind also, soweit das möglich war, klargelegt worden. Der Vorwurf, daß Bayerns Widerstand jedes geschlossene Vorgehen der Mittelstaaten unmöglich machte,⁷⁹¹⁾ kann nach diesen Darlegungen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Weiterhin ist hervorzuheben, daß der bayerische Außenminister Schrenck während des Krieges kaum mit einer Initiative hervortrat, und daß von der Pfordten es war, der teils durch persönliche Einwirkung, teils über Schrenck, den entscheidenden Einfluß auf König Max ausübte.⁷⁹²⁾ Auch die Einwirkung von Seiten Doenniges' und Wendlands, die man wegen ihres freundschaftlichen Verhältnisses zu König Max vermuten könnte, zeigte sich nicht als ausschlaggebend.

Hat aber nun von der Pfordten den richtigen Weg gewiesen? Die Ausgangsposition der bayerischen Regierung, nämlich die Notwendigkeit Österreich zu helfen, war selbstverständlich. Aber rückblickend kann man den Vorwurf nicht unterdrücken, daß Bayern die Haltung Preußens falsch einschätzte. Im Lauf der Zeit mußte von der Pfordten seine Meinung über den Moment des preußischen Eingreifens immer wieder korrigieren. Im Februar glaubte er noch, daß Preußen nur für die Spezialverträge nicht eintreten werde, im März, daß Preußen nichts vor Kriegsbeginn unternehme, und später, daß Preußen sich am Krieg beteilige, wenn tatsächlich der österreichische Besitz in Italien angegriffen werde. Daß in Berlin überhaupt erst eine Wende eintreten konnte, als der Mincio, der Grenzfluß Venetiens, bedroht war, damit rechnete man in München, aber auch an den anderen deutschen Höfen nicht. Dieses Fehlurteil bestärkte zweifelsohne Buol in seiner Politik des Ul-

791) vergl. W.P.Fuchs, Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform, S.130

792) Bei E.Franz, König Max II. von Bayern und seine geheimen politischen Berater, 1932, und bei E.Franz, v.d.Pfordten, ist das sehr richtig ausgeführt.

timatums. Es mag dahingestellt bleiben, ob Österreich bei einer anderen Informierung durch Bayern die Provokation Sardiniens gewagt, und damit den casus foederis für Frankreich gegeben hätte. Die Möglichkeit hätte zumindestens bestanden und hätte einen völlig anderen Verlauf der Geschicke Österreichs und Deutschlands zur Folge haben können.

Man hat Österreich den Vorwurf gemacht, daß es die preußische Hilfe als eine Selbstverständlichkeit angesehen und versäumt habe, durch Konzessionen und Zugeständnisse Preußens Hilfe zu erkaufen. Daß Bayern diesen Weg nicht empfahl, ist erklärlich, da er nicht in seinem Interesse lag. Doch hätte Bayern von vornherein eine eigene selbständige, nicht von Preußen abhängige Politik treiben sollen. Dies erkannte von der Pfordten erst, als er die preußische Politik durchschaute, und da war es schon beinahe zu spät. Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis war sein Vorschlag zur Demobilisierung. Daß der Plan nicht zur Ausführung kam, lag vielleicht an von der Pfordten, der ihn womöglich nicht energisch und entschlossen genug vertrat, vielleicht an König Max, der sich zu diesem Schritt nicht entschließen konnte, und vielleicht war es überhaupt schon zu spät dazu. Zwar hatte sich König Max schon vorher einmal zu einem aktiven Vorgehen Bayerns ohne Preußen entschlossen, sich aber schließlich überzeugen lassen, daß dazu die militärische Macht Bayerns nicht ausreichen konnte.

Der von von der Pfordten gewiesene Weg war sicherlich ein Ausweg, der manches für sich hatte.⁷⁹³⁾ Zunächst war es von der Pfordtens unbedingtes Bestreben, den Deutschen Bund zu erhalten. Aus diesem Grunde, zusammen mit der trügerischen Hoffnung auf Preußen, nahm man immer wieder Rücksicht auf die Regierung in Berlin. Dann aber entschied sich

793) E.Franz, v.d.Pfordten, S.273 ff verwirft den Plan von der Pfordtens.

von der Pfordten zu dem Risiko, daß mit einer selbständigen Politik der Deutsche Bund gesprengt würde. Von da ab vertrat von der Pfordten die Meinung, daß die Mittelstaaten aus Selbsterhaltung sich nicht davon abhalten lassen dürften, notfalls Majoritätsbeschlüsse zu fassen. Und es wäre nur ein Risiko gewesen, keine unbedingte Notwendigkeit, daß der Deutsche Bund durch ein solches Verhalten zerbrechen würde. Eine andere Gefahr wäre für Bayern aus diesem Schritt nicht erwachsen. Aber man hätte damit gezeigt, daß man den Mut hatte, eine Politik auch gegen Preußen und unabhängig von Preußen zu verfolgen. Man hätte Preußen eine Lehre erteilt, die vielleicht nicht ohne Folgen auf die weitere preußische Politik geblieben wäre. Unter dieser Voraussetzung wäre es allerdings fraglich geblieben, ob Napoleon auch dann Österreich einen mäßigen und frühzeitigen Frieden angeboten hätte.

Der Versuch Bayerns, eine Vermittlerrolle zwischen Österreich und Preußen zu spielen, war fehlgeschlagen. Man darf sich wohl fragen, ob die oft zitierte Politik des Züngleins an der Waage nicht erfolgreicher hätte sein können. Die Mittelstaaten hatten 1859 die Chance dazu, nutzten sie aber nicht aus. Sie wagten nicht, sich gegen Preußen zu stellen, den Bund in die Luft zu sprengen, wozu Preußen dann später wohl den Mut aufbrachte. Die Achtung vor dem Deutschen Bund war es, die Bayern hinderte, zu seiner Auflösung beizutragen. Dieses System schien den Mittelstaaten am genehmsten, ihre Existenz war darin verbürgt. So sehr man auch schon damals den Deutschen Bund wegen seiner angeblichen Untätigkeit tadelte, so darf doch nicht übersehen werden, daß er mehrere Generationen hindurch die vielen verschiedenen Staaten zusammenhielt und in nicht zu unterschätzender Kleinarbeit viel zur Vereinheitlichung der deutschen Staaten bei-

trug. Was den Wohlstand und das Glück der Völker anbetraf, so scheint es, als ob in dieser Hinsicht der Deutsche Bund nicht versagt hätte. Und auch den Prinzipien der Zeit wurde der Bund durchaus gerecht; die preußische Lösung der deutschen Frage jedoch scheint eine gewisse Paradoxie zu sein, da sie im Jahrhundert, das die Nationalstaatstheorie proklamierte, Österreich mit seinen deutschen Stammländern aus Deutschland ausschloß. Der Schmerz darüber wirkte in Österreich noch lange nach.

Wenn man also der Ansicht ist, daß eine andere Lösung der deutschen Frage möglich war und besser gewesen wäre, dann können Bayern und die Mittelstaaten nicht freigesprochen werden von dem Versäumnis, den rechten Augenblick verpaßt, eine Chance ungenutzt gelassen, und damit wesentlich zu der Hegemoniestellung beigetragen zu haben, die Preußen in Deutschland gewann.

I I I . T e i l

Die Bildung des Königreichs Italien bis zu dessen
Anerkennung durch Bayern

I. K a p i t e l

Italien nach Villafranca und der voraussichtliche Kongreß der europäischen Mächte 1859

(Die Entwicklung in Oberitalien - Die Chancen für eine Restauration - Die voraussichtliche Haltung der Mächte auf dem Kongreß - Die Bemühungen Bayerns für Franz von Modena)

Die Entwicklung in Oberitalien

Vor und während des italienischen Krieges war die bayerische Politik gegenüber Italien in hohem Maße durch die allgemeinen deutschen Interessen beeinflusst. Nach Beendigung des Krieges war Bayern, mit Ausnahme ~~an~~ der venetianischen Frage, nicht mehr unmittelbar an den Ereignissen in Italien interessiert. Die Einstellung Bayerns zu den Umwälzungen im Süden war bestimmt durch das für seine Existenz notwendige Festhalten an den Verträgen von 1815 und durch die dynastischen und religiösen Bindungen an die vertriebenen Fürsten Oberitaliens, an Franz II. von Neapel und den Papst. Es war Bayern jedoch nicht möglich, eine gesonderte und von den europäischen Großmächten unabhängige Politik zu treiben, weil seine Machtmittel als ein dem Bund angehöriger Mittelstaat dazu nicht ausreichten. Folglich blieb der bayerischen Regierung nichts weiter übrig, als ihre Einstellung durch eine moralische Unterstützung zum Ausdruck zu bringen.

Unauffällig und unbeobachtet von den europäischen Staaten wurden in Zürich die Verhandlungen über die endgültigen Friedensverträge geführt.⁷⁹⁴⁾ Am 10. November 1859 wurden sie unterzeichnet, ohne einen sensationellen Eindruck her-

794) 27.8.1859 halzen, 22.8.1859 Cetto GSTL III.R.34

worzurufen.⁷⁹⁵⁾ Im Wesentlichen handelte es sich bei den Stipulationen um Grenzabmachungen und finanzielle Fragen. Die Frage der Organisation Italiens wurde nicht aufgeworfen, sondern einem europäischen Kongreß vorbehalten, wie es im Vorfrieden von Villafranca beschlossen worden war. Die Unterzeichner konstatierten lediglich die Rechte der vertriebenen Fürsten.⁷⁹⁶⁾

Da die endgültige Neuordnung Italiens durch die Großmächte noch auf sich warten ließ, ein Kongreß noch nicht einberufen worden war, betrieben die provisorischen Regierungen von Toskana, Modena und Parma und der Provinz Romagna unter Mißachtung der Stipulationen von Villafranca und Zürich den ersuchten Anschluß an Sardinien und die Errichtung eines oberitalienischen Königreiches. Diese Tendenz blieb dem bayerischen Gesandten nicht verborgen.⁷⁹⁷⁾ Auf Betreiben der französischen Regierung wurden die sardinischen Kommissare aus den aufständischen Ländern wieder zurückgezogen und in Toskana durch ein selbständiges Ministerium mit Ricasoli an der Spitze ersetzt; in Modena, Parma und in der Romagna machte sich Farini eigenmächtig zum Diktator. Überall wurden Nationalversammlungen gewählt, die als erstes das Ende der Regierung ihrer ehemaligen Dynastien und den Anschluß an Sardinien votierten. Deputationen wurden zu Viktor Emanuel geschickt mit der Bitte, das Votum der Nationalversammlung anzunehmen.⁷⁹⁸⁾

Die bayerischen Gesandten bemerkten richtig, daß die sardinische Regierung eine Politik in den Herzogtümern unterstützte, die einer möglichen Restauration entgegenwirkte, weil sie

795) 19.11.1859 Cantono ASTT Baviera S.38

796) vergl. N. Bianchi, Storia documentata VIII.S.192ff

797) 20.8.1859 Verger GSTM III.R.34

798) vergl. N. Bianchi, Storia documentata VIII.S.163ff

die vorgesehene Bildung einer italienischen Konföderation nicht wünschte.⁷⁹⁹⁾ Aber Viktor Emanuel wollte ohne Einverständnis der Großmächte die Annexion nicht vollziehen und erklärte deshalb die Ausführung der Voten von dem geplanten Kongreß für abhängig.⁸⁰⁰⁾

Um der eigenen Politik mehr Nachdruck verleihen zu können, und zum Schutz gegen etwaige Restaurationsversuche, schlossen sich die neuen Regierungen in den Herzogtümern und der Romagna zu einer militärischen Liga zusammen und verwendeten, wie nach München berichtet wurde, viel Sorgfalt auf die Bildung ihrer Heere.⁸⁰¹⁾ Die sardinische Regierung stellte eine höhere militärische Persönlichkeit als Oberbefehlshaber zur Verfügung, ebenso beurlaubte sie Garibaldi, der die Leitung des toskanischen Heeres übernahm und darin Freiwillige aus ganz Italien aufnahm. Es fiel den bayerischen Beobachtern auf, daß keine der europäischen Mächte dagegen Beanstandungen erhob.⁸⁰²⁾

Für den Fall, daß Viktor Emanuel den Anschluß an Sardinien ablehnen sollte, war beabsichtigt eine politische Vereinigung Zentralitaliens analog der militärischen Liga als Notbehelf zu bilden.⁸⁰³⁾ Daß diese Absicht an dem Widerstand Ricasolis scheiterte, der in einer solchen Union nur eine Erschwerung des endgültigen Anschlusses an Sardinien sah, war den bayerischen Gesandten nicht bekannt.⁸⁰⁴⁾

799) 20.8.1859 Verger, 27.8.1859 Wich GSTM III.R.34

21.7., 4.8., 13.8., 20.8.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.

800) Antwort Viktor Emanuels an die toskanische
Deputation ASTF Aff:Ent. 1/59 /14

801) 19.7., 30.8.1859 Verger GSTM III.R.33/34

4.8., 20.8.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII.S.176 ff

802) 4.8., 13.8., 8.9.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

20.8., 27.8., 8.10.1859 Verger GSTM III.R.34

3.10.1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27

803) 27.8., 30.8.1859 Verger GSTM III.R.34

25.12.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

Als möglicher Souverän dieser Liga tauchte der Name des
Herzogs von Leuchtenberg, Sohn der Großfürstin Marie, auf.

804) vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.181 ff

Die Regierungen in den Herzogtümern waren nun in einer gewissen Verlegenheit, da sie einerseits an das Votum der Nationalversammlungen gebunden waren, das aber andererseits von Viktor Emanuel nicht angenommen wurde. So wußten sie nun nicht, in welchem Namen sie ihre Regierungsakte erscheinen lassen sollten. Ricasoli fand den Ausweg, eine Regentschaft für Viktor Emanuel in der Person des Fürsten Carignano einzusetzen. Die englische Regierung unterstützte diesen Plan, während Napoleon damit nicht einverstanden war, weil dem Kongreß vorgegriffen werde. Auf die Vorstellungen Napoleons hin sah sich die sardinische Regierung veranlaßt, in Florenz von einer Regentschaft abzuraten. Trotzdem ließ sich aber die toskanische Nationalversammlung nicht daran hindern, die Wahl Carignanos zum Regenten auszusprechen. Die sardinische Regierung bemühte sich daraufhin, den Fürsten zur Ablehnung des Angebotes zu bestimmen. Sie hatte insofern auch Erfolg, als Carignano einen Stellvertreter, nämlich Buoncompagni, für seine Person ernannte. Dies geschah aber ohne Befragen der Nationalversammlung und entsprach nicht dem Wunsch Ricasolis, der sich mit aller Kraft dagegen wehrte, daß Florenz zu einer Provinzstadt herabsank, anstatt die Residenz eines Vizekönigs zu werden. Ricasoli selbst war kein großer Freund von Buoncompagni und wollte lieber eine gewisse Unabhängigkeit Toskanas erhalten wissen, sodaß er auch nicht allzusehr für Piemont eingestellt war, allerdings aber auch die Möglichkeit einer Restauration völlig ablehnte. Nach lebhaften Verhandlungen zwischen Florenz und Turin einigte man sich dann schließlich dahingehend, daß Buocompagni den Titel eines Governatore generale erhielt, sein Amt in Toskana, Modena, Parma und in der Romagna ausübte, sich aber nicht in die inneren Regierungsangelegenheiten einmischen und nur die Verbindung der Provinzen mit Sardinien und ihre auswärtige Vertretung übernehmen sollte. Napoleon und

auch Preußen und Rußland fanden sich mit dieser Lösung ab. Die bayerische Regierung war über all diese Vorgänge genau informiert.⁸⁰⁵⁾

Die Chancen für eine Restauration

Allgemein schätzte man die Chancen für eine Restauration der Herzöge gering ein.⁸⁰⁶⁾ Als völlig ausgeschlossene Möglichkeit brauchte sie jedoch vorerst noch nicht gelten. Von den bayerischen Vertretern in Italien wurde berichtet, daß die Stimmung in Toskana für eine Rückkehr des Großherzogs unter der Voraussetzung völliger Unabhängigkeit von Österreich nicht hoffnungslos sei. Das einfache Volk und das Heer, vor allem die Offiziere, würden den Haß gegen die toskanische Dynastie nicht teilen.⁸⁰⁷⁾ Die großen finanziellen Schwierigkeiten, die durch die Naturkatastrophen noch erhöht wurden und das allgemeine Elend noch vergrößerten, schienen der Restauration günstig zu sein.⁸⁰⁸⁾ Ebenso bewiesen die Differenzen zwischen den oberitalienischen Regierungen, wie in der Frage der gemeinsamen Verwaltung und der Regentschaft, daß die Idee der Einheit noch nicht so weit fortgeschritten war, als daß jedes eigenstaatliche und partikuläre Interesse hinten angestellt werde.⁸⁰⁹⁾ Daneben war die anarchistische Partei der Mazzinisten der

805) 17.11., 23.12.1859 Cetto GSTM MAIII Egld. 49
18.10., 11.11., 16.11., 18.11., 22.11., 30.11.1859
Wendland GSTM MAIII Frk.38; 13.11.1859 Wendland,
9.12.1859 Verger GSTM III.R.35; 30.11., 13.12.1859
Doenniges GSTM MAIII Sard.14; 18.10.1859 Bray GSTM
MAIII Pr. 61; vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII
/S.226 ff

806) vergl. APPr. Nr.523

807) 13.12.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

808) 21.10., 20.11.1859 Ferdinand an Auguste GHM N.Th.89

809) 9.12.1859 Verger GSTM III.R.35 vergl. E.Rubiero, Storia
intima della Toscana, Prato 1861

Als Viktor Emanuel im Mai 1860 zum ersten Mal in Florenz erschien, soll er nicht den besten Eindruck hinterlassen haben bei den Florentinern, sich ihnen zu einsilbig verhalten und fast nur französisch gesprochen haben. (11.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28)

größte Feind der sardinischen Regierung und ihrer Politik, weil sie nicht ein oberitalienisches Königreich, sondern eine oberitalienische Republik erstrebten. Würde diese Partei sich durchsetzen und die jetzt regierenden Ministerien stürzen können, dann glaubten die bayerischen Beobachter, daß auf ein französisches Einschreiten und die Rückführung der vertriebenen Dynastien zu hoffen sei.⁸¹⁰⁾ Die sardinische Regierung hütete sich natürlich davor, es so weit kommen zu lassen und setzte aus diesem Grunde Garibaldi von seinem Posten als zweiter Kommandant der militärischen Liga Oberitaliens ab. Die Freischaren lösten sich daraufhin auf und Sardinien konnte - wie Doenniges richtig feststellte - somit seine ruhige und antirevolutionäre Politik unter Beweis stellen.⁸¹¹⁾

Verger war der Ansicht, daß je länger der provisorische Zustand in Oberitalien andauere, desto geringer die Aussichten auf eine Restauration würden. Durch die Bildung der militärischen Liga Zentralitaliens sei die Rückkehr der Herzöge aus eigener Kraft völlig aussichtslos und restlos von der Intervention fremder Mächte abhängig.⁸¹²⁾ Derselben Meinung war Doenniges.⁸¹³⁾

So sehr sich Österreich auch bemühte, daß die Stipulationen von Villafranca zur Ausführung gebracht würden, so war doch nicht zu erwarten, daß das geschlagene Österreich sich mit Waffengewalt für die abgesetzten Fürsten einsetzen konnte. Anfänglich war Österreich wenig zu einem Kongreß der europäischen Mächte geneigt, weil es den Staaten, die nicht am Krieg teilgenommen hatten, auch kein Recht zubilligte, sich in die Neuorganisation Italiens einzumischen.

-
- 810) 30.11., 13.12.1859, 19.1.1862 Doenniges GSTM MAIII Sard.14 + 16
 29.6.1859 Verger, 12.8., 27.8.1859 Wich GSTM III.R.33/3
 29.10.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38, 1.3.1862 Verger
 GSTM MAIII p.Stuhl 30
- 811) 13.12.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14
- 812) 20.8., 24.8.1859 Verger GSTM III.R.34
- 813) 26.7., 13.12.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

schen. Als Österreich aber dann einsah, daß ein Kongreß vielleicht die einzige Möglichkeit darstelle, eine Restauration durchzusetzen, erklärte es sich zur Abhaltung eines Kongresses bereit.⁸¹⁴⁾

In erster Linie hing eine Restauration von Napoleon ab, in zweiter Linie von der Einstellung der übrigen Großmächte. Darüber war sich die österreichische Regierung im klaren, und sie verwendete ihren moralischen Einfluß, um Napoleon zu einem Einschreiten zu bewegen und stellte im Hinblick auf ihre Machtlosigkeit jede Maßnahme dem "weisen Ermessen" Napoleons anheim.⁸¹⁵⁾

Ebenso wie Österreich waren sich auch die italienischen Herzöge ihrer Abhängigkeit von Napoleon und den Großmächten bewußt. Der Großherzog Leopold von Toskana hatte sich mit seiner Familie nach Österreich begeben und widerstrebenden Herzens am 22. Juli zu Gunsten seines Sohnes Ferdinand abgedankt. Er zog sich ganz ins Privatleben zurück und betrachtete nur noch als Zuschauer von ferne mit großer Trauer und ohne Hoffnung die Vorgänge in seiner Heimat.⁸¹⁶⁾

Der jugendliche Großherzog Ferdinand vertraute fest auf das Wohlwollen Frankreichs und hoffte gleich anderen Mitgliedern des toskanischen Hauses auf einen günstigen Ausgang des Kongresses. Er schien sogar fest mit seiner Re-

814) 5.8.1859 Lontgelas, 5.9.1859 Wendland GSTL III.R.34
30.8.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44

815) 18.8.1859 Wich, 5.9.1859 Wendland GSTL III.R.34

816) 26.7.1859 Wich GSTL III.R.33, 17.7., 21.8., 22.8.1859
Auguste an Luitpold GHL N.Th.21
19.7.1859 Luitpold an Auguste GHL I.Th.93
Briefe Leopolds an Luitpold GHL N.Th.26

stauration gerechnet zu haben. Erst im Herbst des darauffolgenden Jahres begrub er seine illusorischen Hoffnungen auf Napoleons Hilfe endgültig.⁸¹⁷⁾

Wendland war, wie der österreichische Gesandte in Paris, der Meinung, daß die Wiedereinsetzung des Fürsten von Toskana von französischer Seite stärker betrieben und auch für aussichtsreicher gehalten werde, als die der Herzöge von Modena und Parma.⁸¹⁸⁾ So mußte die Deputation aus Florenz, die Napoleon das Votum der Nationalversammlung überbrachte, vier Wochen auf die Audienz bei Napoleon warten und kehrte, wie man in München hörte, weniger befriedigt zurück als die Abordnungen aus Modena und Parma, weil Napoleon nichts gegen die Annexionen Modenas und Parmas einwendete.⁸¹⁹⁾ Napoleon lud im August 1859 Ferdinand IV., der seine ganze Hoffnung auf Frankreich setzte, nach Paris ein. In München hörte man von seinem freundlichen Empfang bei Napoleon, der ihm zwar Hoffnungen gemacht, aber zugleich auf die großen Schwierigkeiten für eine Restauration hingewiesen habe.⁸²⁰⁾ Von positiven Versprechungen Napoleons konnte jedoch, wie Wendland gehört hatte,⁸²¹⁾ nicht die Rede sein. Napoleon empfahl nur, sich mit einem Manifest an die Toskaner zu wenden und die Restauration von einer Volksabstimmung abhängig zu machen.⁸²²⁾ Ferdinand war auch bereit, sich dem Spruch einer Volksabstimmung zu

-
- 817) 13.12.1859, 29.2.1860 Antonietta an Auguste
 21.10.1859 Ferdinand an Auguste GHM N.Th.89
 2.1.1860 Grifeo jetzt ASTN; 17.1.1860 Cantono ASTT
 Monaco 8/50; 17.2.1860 Lassignac AAE Bavière 236
 13.8.1859 Schönburg HSTW IV Bavière 27
 10.9.1859, 4.10.1860 Auguste an Luitpold GHM N.Th.22
 3.10.1860 Luitpold an Auguste GHM N.Th. 93
- 818) 15.8., 26.8., 5.9., 9.9.1859 Wendland, 11.8., 12.8.1859
 Wich GSTL III.R.34; 17.9.1859 Wendland GSTL LAIII Frk.33
- 819) 30.8.1859 Verger GSTL III.R.34; 21.10.1859 Ferdinand an
 Auguste GHM N.Th.89; vergl. E.Kubiero, Storia della
 Toscana S.227 ff; A.Bianchi, Storia documentata VIII S.
- 820) 24.3.1859 Luitpold an Auguste GHM N.Th.93 /218 ff
 31.7.1859 Ferdinand an Auguste GHM N.Th.89
 20.8.1859 Wich, 20.8., 26.8.1859 Wendland GSTL III.R.34
- 821) 9.9.1859 Wendland GSTL III.R.34
- 822) vergl. F.Valsecchi, Toscana ed Austria

beugen und sah dabei die Situation in Toscana so hoffnungsvoll an, daß er bei freier Wahl mit seineriedereinsetzung rechnete. Angeblich hielten auch die Regierungskreise in München die Italiener nur für aufgezogen und bezweifelten, ob sie bei wirklich freier Abstimmung für die Annexion an Piemont stimmen und nicht doch ihren alten Souveränen nachtrauern würden.⁸²³⁾

Wendland versicherte, daß Walewski, der dem Großherzog sehr verbunden sei, seine ganze Kraft einsetze, die Annexion der Herzogtümer durch Piemont zu verhindern und die Restauration der italienischen Herzöge zu ermöglichen.⁸²⁴⁾ Die französische Regierung schickte Reizet nach Turin und Poniatowski, ehemaliger toskanischer Gesandter in Paris, und später naturalisierter Franzose, nach Florenz, um dort für die Restauration Stimmung zu machen. Die bayerischen Beobachter brachten in Erfahrung, daß beide wohl beruhigend und mäßigend wirkten, aber sich schließlich überzeugen ließen, daß eine friedliche Restauration nicht möglich sei oder nur, wenn auch Venetien von Österreich freigegeben werde.⁸²⁵⁾ Von verschiedenen Seiten wurde nach München berichtet, daß Napoleon aber nicht bereit sei, mehr als gute Ratschläge zu geben und erklärt habe, daß er keine Gewalt anwenden werde, wenn das italienische Volk nicht auf seinen Rat hören wolle.⁸²⁶⁾ Damit ermunterte er natürlich die

-
- 823) 12.2., 17.2.1860 Massignac AAE Bavière 236
Es ist schwer, die Aussichten Ferdinands von Toskana zu beurteilen. Nach dem Bericht Doenniges' sei bei den Wahlen zur Nationalversammlung ein starker Druck auf diejenigen ausgeübt worden, die sich für die vertriebene Dynastie aussprechen wollten. (4.8.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14)
- 824) 5.9.1859 Wendland GSTM III.R.34; vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.200 ff
- 825) 3.8., 15.8., 5.9.1859 Wendland, 27.8., 30.8.1859 Verger GSTM III.R.34
- 826) 4.8., 11.9., 17.9.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard,14
30.8.1859 Verger, 26.8., 5.9.1859 Wendland, 7.9.1859 Bibra GSTM III.R.34; 28.8.1859 Cantono ASTT Baviere S

Italiener unnachgiebig zu bleiben und ihre Annexionspolitik fortzusetzen.

Die voraussichtliche Haltung der Mächte auf dem Kongreß

Auch als eine freiwillige Rückberufung der oberitalienischen Dynastien nicht erfolgte, zeigte sich Frankreich weiterhin an einem Kongreß interessiert.⁸²⁷⁾ Wendland in Paris äußerte sich sehr hoffnungsvoll über die Absichten Napoleons. Er glaubte fest, daß Frankreich sich in der Frage der Restauration gebunden fühle und Annexionen an Piemont niemals zulassen, mit Österreich gemeinsam gehen und England isolieren werde.⁸²⁸⁾ Metternich, der österreichische Gesandte in Paris, schien Wendland in seiner Anschauung unterstützt zu haben, indem er die guten Beziehungen zwischen Paris und Wien oft hervorhob.⁸²⁹⁾ Demzufolge waren auch die Berichte aus Wien voller Hoffnungen auf die Einigkeit der französischen und österreichischen Interessen in Italien.⁸³⁰⁾ Rechberg selbst allerdings schien weniger große Erwartungen gehabt zu haben.⁸³¹⁾

Auch als Napoleon Viktor Emanuel einen Vorschlag unterbreitete, der durch Veröffentlichung bekannt wurde und von den in Villafranca getroffenen Vereinbarungen abwich, ließen sich Wendland und Wich in Wien von ihrem Optimismus nicht abbringen. Sie hielten den Plan nur für ein auf England be-

827) 7.9.1859 Eibra GSTL III.R.34

828) 12.10., 30.11.1859 Wendland GSTL LAIII Prk.38

13.11.1859 Wendland GSTL III.R.35

829) 7.11.1859 Wendland GSTL III.R.35 Der österreichische Gesandte in London sah hingegen die Aussichten der italienischen Fürsten nicht für hoffnungsvoll an. (15.10.1859 Otto GSTL LAIII Bld 49)

830) 8.11.1859 Wich GSTL III.R.35

831) 19.12.1859 Bray; 17.12.1859 Wich GSTL III.R.35

4.12.1859 Erzbischof von Wien an Antorelli ASTL Carte Bianchi-Ricasoli Busta G Inserto F Documenti dipl. intercettati

rechnetes Manöver, um dessen Teilnahme an einem Kongreß zu erreichen, den Napoleon aber nur bis zu einem gewissen Grade verteidigen werde. Bei diesem Vorschlag war vorgesehen, daß Piemont außer der Lombardei noch Piacenza, Parma, Peschiera und Mantua erhalten, Toskana mit der Romagna erweitert werden solle.⁸³²⁾ Doenniges in Turin war hinsichtlich Frankreichs viel skeptischer, und er tat recht daran. Doenniges vertraute nicht darauf, daß Frankreich ein zuverlässiges Gegengewicht zu Piemont sein werde. Das französische Nachgeben in der Frage der Teilnahme Cavours am Kongreß, die anfangs von Frankreich verneint wurde, war ihm ein Anzeichen dafür, daß Napoleon immer mehr auf die piemontesischen Absichten eingehen, sich wohl dem Scheine nach an den Züricher Vertrag halten, aber keine bewaffnete Intervention genehmigen werde.⁸³³⁾

Der politische Kurs des Whig-Ministeriums, gestützt durch die Sympathien der Öffentlichkeit für den italienischen Liberalismus, war von dem Motiv geleitet, jede französische Vorherrschaft in Italien durch die möglichste Kräftigung eines neuen italienischen Staates auszuschließen, eines Staates, den England schließlich als Bundesgenossen gegen Frankreich zu gewinnen trachtete.⁸³⁴⁾ Da die englische Regierung eine freiwillige Restauration für ausgeschlossen erachtete, setzte sie sich für die Vergrößerung Sardiniens als Barriere gegen Frankreich ein. Die Erhaltung der unabhängigen Existenz der oberitalienischen Staaten schien für sie nicht befriedigend zu sein, da sie an-

832) 9.11.1859 Wich, 7.11.1859 Wendland, 7.11.1859 Bibra
GSTL III.R.35; 31.10.1859 Cetto GSTL MAIII Egl.49

833) 13.12., 25.12.1859 Doenniges GSTL MAIII Sard.14
8.12.1859 Wendland GSTL MAIII Frk.38, 17.12.1859 Wich
GSTL III.R.35

834) 17.11.1859 Cetto GSTL MAIII Egl.49
vergl. H.Ley, Die englische Politik, S.67 ff

nahm, daß dies unfehlbar zur Bildung einer Republik oder zur Wahl des französischen Prinzen Jerome führen werde. Die wahren Hintergründe dieser Meinung sah Cetto in kommerziellen Überlegungen begründet, weil England ein vergrößertes Absatzgebiet zu erlangen hoffe, wenn Sardinien, ein Land des Freihandels, vergrößert werde.⁸³⁵⁾ Als die toskanische Regierung mit Einverständnis Sardinien Missionen an die europäischen Höfe sandte, wo sie die Einflüsse der dort noch weilenden großherzoglichen Gesandten durchkreuzen sollten, billigte die englische Regierung die Beschwerden der toskanischen Delegierten gegen die vertriebene Dynastie und bestärkte sie in der Ansicht, daß bei der Organisation Italiens keine Gewalt angewendet werden dürfe.⁸³⁶⁾ Zur Frage des Anschlusses an Sardinien antwortete die englische Regierung auf die Bekanntgabe des Votums der Nationalversammlungen nur ausweichend, weil sie nach ihrer Anerkennung des Prinzips der freien Volksabstimmung nicht das Recht zu einer Einmischung habe.⁸³⁷⁾ England war anfangs nicht zu einer Teilnahme am Kongreß bereit.⁸³⁸⁾ Der sardinische Gesandte Azeglio, ein intimer Freund Palmerstons, setzte sich sehr dafür ein, daß England seine Meinung ändere, um auf dem Kongreß einen Bundesgenossen zu haben.⁸³⁹⁾ Bei europäischen Arrangements sich ganz fernzuhalten, das wiederum lag England nicht. Als in Zürich einer Neuordnung noch nicht vorgegriffen wurde, stellte England drei Bedingungen auf, unter denen es auf dem Kongreß erscheinen wollte: 1) Anerkennung des Rechtes

-
- 835) 22.8., 5.9.1859 Cetto GSTM III.R.34
 19.9., 24.11.1859 Cetto GSTM MAIII Egl.49
 13.9.1859 Barral ASTT Allemagne 32/44
- 836) 22.8.1859 Cetto GSTM III.R.34 Der Versuch, eine Anleihe für die rechtmäßige toskanische Regierung auszu-schreiben, schlug in England fehl. (15.10.1859 Cetto GSTM MAIII Egl.49)
- 837) 31.8.1859 Cetto GSTM III.R.34
- 838) 19.10.1859 Cetto GSTM MAIII Egl.49; 24.10.1859 Wandland GSTM MAIII Frk.38; 7.9.1859 Bibra, 5.8.1859 Montzelas GSTM III.R.34
- 839) 5.11.1859 Cetto GSTM MAIII Egl.49

der italienischen Völker in den Herzogtümern und Legationen sich ihre Souveräne zu wählen; 2) Prinzip der Nicht-intervention; 3) Ausschluss Österreichs aus der italienischen Konföderation.

Frankreich verpflichtete sich nur, keine Gewaltmittel zur Durchführung der Kongreßbeschlüsse anzuwenden. Preußen und Rußland lehnten die Zustimmung zu den drei Punkten ab.⁸⁴⁰⁾ Am 29. November ergingen von Frankreich aus die offiziellen Einladungen zu dem Kongreß. Eingeladen wurden die Signaturmächte von 1815: Österreich, Rußland, England, Preußen, Spanien, Portugal und Schweden, nicht aber Belgien und Holland. Außerdem wurden noch eingeladen der Kirchenstaat, Neapel und Sardinien. England nahm die Einladung ohne jede Bedingung mit völliger Handlungsfreiheit schließlich an, erklärte aber offen, daß es mit der Revolutionärpartei in Italien konform gehe, bei Gewaltanwendung gegen eine Volksabstimmung protestieren werde und einzig zur Diskussion über die Frage bereit sei, ob die Herzogtümer annektiert oder getrennt verwaltet blieben.⁸⁴¹⁾ Soweit war die englische Einstellung und Politik in München bekannt.

Die preußische Regierung schien nicht abgeneigt zu sein, die mittelitalienischen Staaten anzuerkennen. Ob sie sich tatsächlich für die Sache der Legitimität aussprechen werde, schien Rechterg nach Ansicht des bayerischen Gesandten nicht sicher.⁸⁴²⁾ Die toskanische Delegation wurde in Berlin zwar nicht offiziell empfangen, aber von Sohleinitz angehört, der sich ihrem Standpunkt nicht anschloß, wonach

840) 5.11., 8.11., 2.12.1859 Cetto GSTM MAIII Egl. 49
29.10.1859 Wendland GSTM MAIII Frk. 38, 29.12.1859
Montgelas GSTM III.R. 35

841) 24.11., 2.12., 5.12.1859 Cetto GSTM MAIII Egl. 49
30.11.1859 Wendland GSTM MAIII Frk. 38, 26.12.1859 Bray
GSTM MAIII Pr. 61; 8.11., 20.12.1859 Wich GSTM III.R. 35

842) 8.11., 20.12.1859 Wich GSTM III.R. 35; vergl. APPr. vor
allem Nr. 544, 547, 552, 554 556

die europäischen Mächte eine fremde Dynastie in Toskana eingesetzt und deshalb auch das Recht hätten, diese Dynastie wieder zu entfernen. Nach bayerischen Berichten gab er mit Recht zu bedenken, daß mit diesem Prinzip die Thronrechte der Mehrzahl der europäischen Dynastien und auch die der Hohenzollern in Frage gestellt würden.⁸⁴³⁾ Als dann im November nochmals ein Spezialgesandter nach Berlin kam, wurde er zwar nicht schlecht empfangen, aber man machte ihm keine Versprechungen.⁸⁴⁴⁾

Auf dem Kongreß selbst wollte Preußen nur ungern erscheinen und behielt sich, ebenso wie Rußland, völlige Handlungsfreiheit vor. Es billigte die Sache der Legitimität, aber lehnte jede Gewaltanwendung ab. Da aber die Zustände in den Herzogtümern bereits eine gewisse Beständigkeit erlangt hatten, hielt es Schleinitz für schwierig, die Abmachungen von Villafranca durchzusetzen, und persönlich erachtete er die Annexion als "einzig vernünftiges Mittel zur Pazifikation Italiens", damit Sardinien gekräftigt und von Frankreich und Österreich unabhängig werde.⁸⁴⁵⁾ Brassier St.Simon, der preußische Gesandte in Turin, der vertrauten Umgang mit Cavour hatte und für die Annexion Toskanas sprach, dürfte nach Brays Vermutungen nicht ohne Einfluß auf diese Anschauungen gewesen sein.⁸⁴⁶⁾ Wenn sich alle Mächte gegen eine Gewaltanwendung aussprächen, so befürchtete die preußische Regierung, daß der Kongreß allein auf die moralische Wirkung seines Machtspruches angewiesen sei, welche sehr ungewiß, zumal da England die Revolutionäre ermutige. Folglich glaubte sie erwar-

-
- 843) 14.10.1859 Bibra GSTM LAIII Pr.61; 12.10.1859 Launay APPr. Die russische Regierung hatte nach bayerischer Meldung im August abgelehnt, den toskanischen Spezialgesandten zu empfangen. (30.8.1859 Montgelas GSTM III R.34) 18.9.1859 Moretti an Ridolfi ASTF Aff.Est.1/59
- 844) 29.10., 2.11., 14.11.1859 Launay ASTT Prussia 36
- 845) 8.11.1859 Wich, 13.11.1859 Wendland, 7.11., 19.12.1859 Bray, 7.9.1859 Bibra GSTM III.R.35; 2.11.1859 Bray, 7.10.1859 Bibra GSTM LAIII Pr.61
- 846) 28.11.1859 Bray GSTM LAIII Pr.61 vergl. APPr. Nr.545 (26.11.1859 Launay) + II Nr.175,4

ten zu müssen, daß schließlich nichts anderes übrig bleibe "als einen von den Beschlüssen des Kongresses abweichenden faktischen Zustande eine unfreiwillige Anerkennung nachträglich zu gewähren." Um die bloße Proklamation von Beschlüssen und Prinzipien ohne Vollzug zu vermeiden, was gegen die Würde der Regierungen verstoße und einen Triumph der Revolution bedeute, dachte Schleinitz als Ausweg an mehrere Möglichkeiten. So dachte er daran, Rom, Neapel und das österreichische Venetien von der Konföderation auszuschließen, die nur aus Sardinien und den Herzogtümern bestehen sollte, sodaß zwar Mittelitalien ganz unter piemontesischem Einfluß stehe, aber doch eine mildere Form der Annexion gefunden sei. Eine weitere Möglichkeit sah Schleinitz darin, daß bei einer Intervention in der Romagna, die Frankreich nicht ausdrücklich abgelehnt hatte, die Revolution in Oritalien von selbst zerfalle. Oder man solle die Ausführung der Beschlüsse einem dritten Staat übertragen, der nicht an Zusagen gebunden sei, wie beispielsweise Spanien.⁸⁴⁷⁾

Die russische Regierung verhielt sich gegenüber Frankreich reservierter, als während des Krieges und bestätigte, daß zur Zeit kein Antagonismus zwischen Rußland und Österreich in der Frage der Legitimität bestehe. Die russischen Gesandten sprachen sich energisch gegen die Vertreibung der italienischen Fürsten aus, was ein Skandal sei und die Konsekration eines gefährlichen Prinzipes für die soziale Ordnung bedeute, an der Europa nicht interessiert sein könne.⁸⁴⁸⁾ Die russische Regierung verwandte sich in Paris warm für

847) 2.11., 28.11.1859 Bray GSTM MAIII Pr.61

20.12.1859 Bray GSTM III.R.35

848) 5.8., 30.8.1859 Montgelas, 7.11., 19.12.1859 Bray
3.11., 30.12.1859 Wich, 31.8.1859 Cetto GSTM III.R.34/35
Montgelas, der bayerische Gesandte in Petersburg, vermutete mit Recht, daß Gortschakoff hoffe, anläßlich des Kongresses die Revision der Verträge von 1856 zur Sprache bringen zu können. (27.1.1860 Montgelas GSTM MAIII Ruß.52; vergl. Ch.Friese, Rußland und Preußen S.344)

die Sache der Herzogin von Parma.⁸⁴⁹⁾

Bald nach dem Vorfrieden von Villafranca rückte die Reformfrage im Kirchenstaat wieder in den Vordergrund der Verhandlungen zwischen der französischen und päpstlichen Regierung. Die *conditio sine qua non* der päpstlichen Regierung für jede Reform war die Rückgabe der Romagna. Wie Verger bemerkte, spitzten sich die Beziehungen beider Staaten vorübergehend wegen dieser Frage sehr zu, weil der Papst unnachgiebig blieb. Der bayerische Gesandte vernahm sogar schon das Gerücht von dem Rückzug der französischen Besatzungstruppen.⁸⁵⁰⁾

Die päpstliche Regierung schickte nun im Oktober dem sardinischen Gesandten die Pässe mit der Begründung, daß Sardinien die Revolution in der Romagna ermuntert habe und dieser Schritt nur auf Fürsprache einer befreundeten Macht hinausgeschoben worden sei.⁸⁵¹⁾ Die päpstliche Regierung wollte die Reformfrage auf dem Kongreß vermieden haben, weil sie anderen Regierungen nicht das Recht einräumte, sich in eine innere Angelegenheit einzumischen. In der Frage der Konföderation Italiens war sie entschlossen, zusammen mit Sizilien und Österreich zu gehen und sich nicht kategorisch ablehnend zu verhalten, obwohl Antonelli der Ansicht war, wie er Verger mitteilte, daß Italien nicht für die Einheit geschaffen und diese deshalb nicht realisierbar sei.⁸⁵²⁾

Napoleon legte der römischen Regierung eindringlich nahe, daß sie auf die Restauration der Romagna verzichten müsse, und schlug vor, daß alle katholischen Fürsten dem Papst einen Fonds einräumten, damit er finanziell in der Lage sei, den Aufwand der katholischen Kirche wie bisher zu ur-

849) 30.9.1859 Montgeles GSM III 126.11

850) 13.8., 27.8., 30.8., 9.12.1859 Verger GSM III 126.11, 126.12, 126.13, 126.14, 126.15, 126.16, 126.17, 126.18, 126.19, 126.20, 126.21, 126.22, 126.23, 126.24, 126.25, 126.26, 126.27, 126.28, 126.29, 126.30, 126.31, 126.32, 126.33, 126.34, 126.35, 126.36, 126.37, 126.38, 126.39, 126.40, 126.41, 126.42, 126.43, 126.44, 126.45, 126.46, 126.47, 126.48, 126.49, 126.50, 126.51, 126.52, 126.53, 126.54, 126.55, 126.56, 126.57, 126.58, 126.59, 126.60, 126.61, 126.62, 126.63, 126.64, 126.65, 126.66, 126.67, 126.68, 126.69, 126.70, 126.71, 126.72, 126.73, 126.74, 126.75, 126.76, 126.77, 126.78, 126.79, 126.80, 126.81, 126.82, 126.83, 126.84, 126.85, 126.86, 126.87, 126.88, 126.89, 126.90, 126.91, 126.92, 126.93, 126.94, 126.95, 126.96, 126.97, 126.98, 126.99, 127.00, 127.01, 127.02, 127.03, 127.04, 127.05, 127.06, 127.07, 127.08, 127.09, 127.10, 127.11, 127.12, 127.13, 127.14, 127.15, 127.16, 127.17, 127.18, 127.19, 127.20, 127.21, 127.22, 127.23, 127.24, 127.25, 127.26, 127.27, 127.28, 127.29, 127.30, 127.31, 127.32, 127.33, 127.34, 127.35, 127.36, 127.37, 127.38, 127.39, 127.40, 127.41, 127.42, 127.43, 127.44, 127.45, 127.46, 127.47, 127.48, 127.49, 127.50, 127.51, 127.52, 127.53, 127.54, 127.55, 127.56, 127.57, 127.58, 127.59, 127.60, 127.61, 127.62, 127.63, 127.64, 127.65, 127.66, 127.67, 127.68, 127.69, 127.70, 127.71, 127.72, 127.73, 127.74, 127.75, 127.76, 127.77, 127.78, 127.79, 127.80, 127.81, 127.82, 127.83, 127.84, 127.85, 127.86, 127.87, 127.88, 127.89, 127.90, 127.91, 127.92, 127.93, 127.94, 127.95, 127.96, 127.97, 127.98, 127.99, 128.00, 128.01, 128.02, 128.03, 128.04, 128.05, 128.06, 128.07, 128.08, 128.09, 128.10, 128.11, 128.12, 128.13, 128.14, 128.15, 128.16, 128.17, 128.18, 128.19, 128.20, 128.21, 128.22, 128.23, 128.24, 128.25, 128.26, 128.27, 128.28, 128.29, 128.30, 128.31, 128.32, 128.33, 128.34, 128.35, 128.36, 128.37, 128.38, 128.39, 128.40, 128.41, 128.42, 128.43, 128.44, 128.45, 128.46, 128.47, 128.48, 128.49, 128.50, 128.51, 128.52, 128.53, 128.54, 128.55, 128.56, 128.57, 128.58, 128.59, 128.60, 128.61, 128.62, 128.63, 128.64, 128.65, 128.66, 128.67, 128.68, 128.69, 128.70, 128.71, 128.72, 128.73, 128.74, 128.75, 128.76, 128.77, 128.78, 128.79, 128.80, 128.81, 128.82, 128.83, 128.84, 128.85, 128.86, 128.87, 128.88, 128.89, 128.90, 128.91, 128.92, 128.93, 128.94, 128.95, 128.96, 128.97, 128.98, 128.99, 129.00, 129.01, 129.02, 129.03, 129.04, 129.05, 129.06, 129.07, 129.08, 129.09, 129.10, 129.11, 129.12, 129.13, 129.14, 129.15, 129.16, 129.17, 129.18, 129.19, 129.20, 129.21, 129.22, 129.23, 129.24, 129.25, 129.26, 129.27, 129.28, 129.29, 129.30, 129.31, 129.32, 129.33, 129.34, 129.35, 129.36, 129.37, 129.38, 129.39, 129.40, 129.41, 129.42, 129.43, 129.44, 129.45, 129.46, 129.47, 129.48, 129.49, 129.50, 129.51, 129.52, 129.53, 129.54, 129.55, 129.56, 129.57, 129.58, 129.59, 129.60, 129.61, 129.62, 129.63, 129.64, 129.65, 129.66, 129.67, 129.68, 129.69, 129.70, 129.71, 129.72, 129.73, 129.74, 129.75, 129.76, 129.77, 129.78, 129.79, 129.80, 129.81, 129.82, 129.83, 129.84, 129.85, 129.86, 129.87, 129.88, 129.89, 129.90, 129.91, 129.92, 129.93, 129.94, 129.95, 129.96, 129.97, 129.98, 129.99, 130.00, 130.01, 130.02, 130.03, 130.04, 130.05, 130.06, 130.07, 130.08, 130.09, 130.10, 130.11, 130.12, 130.13, 130.14, 130.15, 130.16, 130.17, 130.18, 130.19, 130.20, 130.21, 130.22, 130.23, 130.24, 130.25, 130.26, 130.27, 130.28, 130.29, 130.30, 130.31, 130.32, 130.33, 130.34, 130.35, 130.36, 130.37, 130.38, 130.39, 130.40, 130.41, 130.42, 130.43, 130.44, 130.45, 130.46, 130.47, 130.48, 130.49, 130.50, 130.51, 130.52, 130.53, 130.54, 130.55, 130.56, 130.57, 130.58, 130.59, 130.60, 130.61, 130.62, 130.63, 130.64, 130.65, 130.66, 130.67, 130.68, 130.69, 130.70, 130.71, 130.72, 130.73, 130.74, 130.75, 130.76, 130.77, 130.78, 130.79, 130.80, 130.81, 130.82, 130.83, 130.84, 130.85, 130.86, 130.87, 130.88, 130.89, 130.90, 130.91, 130.92, 130.93, 130.94, 130.95, 130.96, 130.97, 130.98, 130.99, 131.00, 131.01, 131.02, 131.03, 131.04, 131.05, 131.06, 131.07, 131.08, 131.09, 131.10, 131.11, 131.12, 131.13, 131.14, 131.15, 131.16, 131.17, 131.18, 131.19, 131.20, 131.21, 131.22, 131.23, 131.24, 131.25, 131.26, 131.27, 131.28, 131.29, 131.30, 131.31, 131.32, 131.33, 131.34, 131.35, 131.36, 131.37, 131.38, 131.39, 131.40, 131.41, 131.42, 131.43, 131.44, 131.45, 131.46, 131.47, 131.48, 131.49, 131.50, 131.51, 131.52, 131.53, 131.54, 131.55, 131.56, 131.57, 131.58, 131.59, 131.60, 131.61, 131.62, 131.63, 131.64, 131.65, 131.66, 131.67, 131.68, 131.69, 131.70, 131.71, 131.72, 131.73, 131.74, 131.75, 131.76, 131.77, 131.78, 131.79, 131.80, 131.81, 131.82, 131.83, 131.84, 131.85, 131.86, 131.87, 131.88, 131.89, 131.90, 131.91, 131.92, 131.93, 131.94, 131.95, 131.96, 131.97, 131.98, 131.99, 132.00, 132.01, 132.02, 132.03, 132.04, 132.05, 132.06, 132.07, 132.08, 132.09, 132.10, 132.11, 132.12, 132.13, 132.14, 132.15, 132.16, 132.17, 132.18, 132.19, 132.20, 132.21, 132.22, 132.23, 132.24, 132.25, 132.26, 132.27, 132.28, 132.29, 132.30, 132.31, 132.32, 132.33, 132.34, 132.35, 132.36, 132.37, 132.38, 132.39, 132.40, 132.41, 132.42, 132.43, 132.44, 132.45, 132.46, 132.47, 132.48, 132.49, 132.50, 132.51, 132.52, 132.53, 132.54, 132.55, 132.56, 132.57, 132.58, 132.59, 132.60, 132.61, 132.62, 132.63, 132.64, 132.65, 132.66, 132.67, 132.68, 132.69, 132.70, 132.71, 132.72, 132.73, 132.74, 132.75, 132.76, 132.77, 132.78, 132.79, 132.80, 132.81, 132.82, 132.83, 132.84, 132.85, 132.86, 132.87, 132.88, 132.89, 132.90, 132.91, 132.92, 132.93, 132.94, 132.95, 132.96, 132.97, 132.98, 132.99, 133.00, 133.01, 133.02, 133.03, 133.04, 133.05, 133.06, 133.07, 133.08, 133.09, 133.10, 133.11, 133.12, 133.13, 133.14, 133.15, 133.16, 133.17, 133.18, 133.19, 133.20, 133.21, 133.22, 133.23, 133.24, 133.25, 133.26, 133.27, 133.28, 133.29, 133.30, 133.31, 133.32, 133.33, 133.34, 133.35, 133.36, 133.37, 133.38, 133.39, 133.40, 133.41, 133.42, 133.43, 133.44, 133.45, 133.46, 133.47, 133.48, 133.49, 133.50, 133.51, 133.52, 133.53, 133.54, 133.55, 133.56, 133.57, 133.58, 133.59, 133.60, 133.61, 133.62, 133.63, 133.64, 133.65, 133.66, 133.67, 133.68, 133.69, 133.70, 133.71, 133.72, 133.73, 133.74, 133.75, 133.76, 133.77, 133.78, 133.79, 133.80, 133.81, 133.82, 133.83, 133.84, 133.85, 133.86, 133.87, 133.88, 133.89, 133.90, 133.91, 133.92, 133.93, 133.94, 133.95, 133.96, 133.97, 133.98, 133.99, 134.00, 134.01, 134.02, 134.03, 134.04, 134.05, 134.06, 134.07, 134.08, 134.09, 134.10, 134.11, 134.12, 134.13, 134.14, 134.15, 134.16, 134.17, 134.18, 134.19, 134.20, 134.21, 134.22, 134.23, 134.24, 134.25, 134.26, 134.27, 134.28, 134.29, 134.30, 134.31, 134.32, 134.33, 134.34, 134.35, 134.36, 134.37, 134.38, 134.39, 134.40, 134.41, 134.42, 134.43, 134.44, 134.45, 134.46, 134.47, 134.48, 134.49, 134.50, 134.51, 134.52, 134.53, 134.54, 134.55, 134.56, 134.57, 134.58, 134.59, 134.60, 134.61, 134.62, 134.63, 134.64, 134.65, 134.66, 134.67, 134.68, 134.69, 134.70, 134.71, 134.72, 134.73, 134.74, 134.75, 134.76, 134.77, 134.78, 134.79, 134.80, 134.81, 134.82, 134.83, 134.84, 134.85, 134.86, 134.87, 134.88, 134.89, 134.90, 134.91, 134.92, 134.93, 134.94, 134.95, 134.96, 134.97, 134.98, 134.99, 135.00, 135.01, 135.02, 135.03, 135.04, 135.05, 135.06, 135.07, 135.08, 135.09, 135.10, 135.11, 135.12, 135.13, 135.14, 135.15, 135.16, 135.17, 135.18, 135.19, 135.20, 135.21, 135.22, 135.23, 135.24, 135.25, 135.26, 135.27, 135.28, 135.29, 135.30, 135.31, 135.32, 135.33, 135.34, 135.35, 135.36, 135.37, 135.38, 135.39, 135.40, 135.41, 135.42, 135.43, 135.44, 135.45, 135.46, 135.47, 135.48, 135.49, 135.50, 135.51, 135.52, 135.53, 135.54, 135.55, 135.56, 135.57, 135.58, 135.59, 135.60, 135.61, 135.62, 135.63, 135.64, 135.65, 135.66, 135.67, 135.68, 135.69, 135.70, 135.71, 135.72, 135.73, 135.74, 135.75, 135.76, 135.77, 135.78, 135.79, 135.80, 135.81, 135.82, 135.83, 135.84, 135.85, 135.86, 135.87, 135.88, 135.89, 135.90, 135.91, 135.92, 135.93, 135.94, 135.95, 135.96, 135.97, 135.98, 135.99, 136.00, 136.01, 136.02, 136.03, 136.04, 136.05, 136.06, 136.07, 136.08, 136.09, 136.10, 136.11, 136.12, 136.13, 136.14, 136.15, 136.16, 136.17, 136.18, 136.19, 136.20, 136.21, 136.22, 136.23, 136.24, 136.25, 136.26, 136.27, 136.28, 136.29, 136.30, 136.31, 136.32, 136.33, 136.34, 136.35, 136.36, 136.37, 136.38, 136.39, 136.40, 136.41, 136.42, 136.43, 136.44, 136.45, 136.46, 136.47, 136.48, 136.49, 136.50, 136.51, 136.52, 136.53, 136.54, 136.55, 136.56, 136.57, 136.58, 136.59, 136.60, 136.61, 136.62, 136.63, 136.64, 136.65, 136.66, 136.67, 136.68, 136.69, 136.70, 136.71, 136.72, 136.73, 136.74, 136.75, 136.76, 136.77, 136.78, 136.79, 136.80, 136.81, 136.82, 136.83, 136.84, 136.85, 136.86, 136.87, 136.88, 136.89, 136.90, 136.91, 136.92, 136.93, 136.94, 136.95, 136.96, 136.97, 136.98, 136.99, 137.00, 137.01, 137.02, 137.03, 137.04, 137.05, 137.06, 137.07, 137.08, 137.09, 137.10, 137.11, 137.12, 137.13, 137.14, 137.15, 137.16, 137.17, 137.18, 137.19, 137.20, 137.21, 137.22, 137.23, 137.24, 137.25, 137.26, 137.27, 137.28, 137.29, 137.30, 137.31, 137.32, 137.33, 137.34, 137.35, 137.36, 137.37, 137.38, 137.39, 137.40, 137.41, 137.42, 137.43, 137.44, 137.45, 137.46, 137.47, 137.48, 137.49, 137.50, 137.51, 137.52, 137.53, 137.54, 137.55, 137.56, 137.57, 137.58, 137.59, 137.60, 137.61, 137.62, 137.63, 137.64, 137.65, 137.66, 137.67, 137.68, 137.69, 137.70, 137.71, 137.72, 137.73, 137.74, 137.75, 137.76, 137.77, 137.78, 137.79, 137.80, 137.81, 137.82, 137.83, 137.84, 137.85, 137.86, 137.87, 137.88, 137.89, 137.90, 137.91, 137.92, 137.93, 137.94, 137.95, 137.96, 137.97, 137.98, 137.99, 138.00, 138.01, 138.02, 138.03, 138.04, 138.05, 138.06, 138.07, 138.08, 138.09, 138.10, 138.11, 138.12, 138.13, 138.14, 138.15, 138.16, 138.17, 138.18, 138.19, 138.20, 138.21, 138.22, 138.23, 138.24, 138.25, 138.26, 138.27, 138.28, 138.29, 138.30, 138.31, 138.32, 138.33, 138.34, 138.35, 138.36, 138.37, 138.38, 138.39, 138.40, 138.41, 138.42, 138.43, 138.44, 138.45, 138.46, 138.47, 138.48, 138.49, 138.50, 138.51, 138.52, 138.53, 138.54, 138.55, 138.56, 138.57, 138.58, 138.59, 138.60, 138.61, 138.62, 138.63, 138.64, 138.65, 138.66, 138.67, 138.68, 138.69, 138.70, 138.71, 138.72, 138.73, 138.74, 138.75, 138.76, 138.77, 138.78, 138.79, 138.80, 138.81, 138.82, 138.83, 138.84, 138.85, 138.86, 138.87, 138.88, 138.89, 138.90, 138.91, 138.92, 138.93, 138.94, 138.95, 138.96, 138.97, 138.98, 138.99, 139.00, 139.01, 139.02, 139.03, 139.04, 139.05, 139.06, 139.07, 139.08, 139.09, 139.10, 139.11, 139.12, 139.13, 139.14, 139.15, 139.16, 139.17, 139.18, 139.19, 139.20, 139.21, 139.22, 139.23, 139.24, 139.25, 139.26, 139.27, 139.28, 139.29, 139.30, 139.31, 139.32, 139.33, 139.34, 139.35, 139.36, 139.37, 139.38, 139.39, 139.40, 139.41, 139.42, 139.43, 139.44, 139.45, 139.46, 139.47, 139.48, 139.49, 139.50, 139.51, 139.52, 139.53, 139.54, 139.55, 139.56, 139.57, 139.58, 139.59, 139.60, 139.61, 139.62, 139.63, 139.64, 139.65, 139.66, 139.67, 139.68, 139.69, 139.70, 139.71, 139.72, 139.73, 139.74, 139.75, 139.76, 139.77, 139.78, 139.79, 139.80, 139.81, 139.82, 139.83, 139.84, 139.85, 139.86, 139.87, 139.88, 139.89, 139.90, 139.91, 139.92, 139.93, 139.94, 139.95, 139.96, 139.97, 139.98, 139.99, 140.00, 140.01, 140.02, 140.03, 140.04, 140.05, 140.06, 140.07, 140.08, 140.09, 140.10, 140.11, 140.12, 140.13, 140.14, 140.15, 140.16, 140.17, 140.18, 140.19, 140.20, 140.21, 140.22, 140.23, 140.24, 140.25, 140.26, 140.27, 140.28, 140.29, 140.30, 140.31, 140.32, 140.33, 140.34, 140.35, 140.36, 140.37, 140.38, 140.39, 140.40, 140.41, 140.42, 140.43, 140.44, 140.45, 140.46, 140.47, 140.48, 140.49, 140.50, 140.51, 140.52, 140.53, 140.54, 140.55, 140.56, 140.57, 140.58, 140.59, 140.60, 140.61, 140.62, 140.63, 140.64, 140.65, 140.66, 140.67, 140.68, 140.69, 140.7

terhalten. Walewski, der sich lange im Sinne der Abmachungen von Villafranca ausgesprochen hatte, änderte seine Sprache im Dezember und erachtete das Angebot Napoleons für eine genügende Kompensation. Vergeser wußte, daß Antonelli aber trotzdem bereit war, seinen Staat auf dem Kongreß zu vertreten, jedoch entschlossen, ihn sofort zu verlassen, wenn die Restauration der Romagna fraglich werde. Er begründete die Unmachgiebigkeit der päpstlichen Regierung bezüglich der Romagna damit, daß diese der Besitz der katholischen Kirche sei, über den der Papst nicht verfügen könne und der ihm nur zur Verwaltung übergeben worden sei.⁸⁵³

Auch bei der Regierung in Neapel fand die vorgesehene Bildung einer italienischen Konföderation keinen Anklang. Vergeser berichtete von der Ansicht des Königs Franz, daß dieser bei der Verschiedenheit der italienischen Staaten und ihrer Antipathie untereinander eine solche Lösung für ungeeignet halte. Man könne Italien nicht über einen Leisten schlagen. Sizilien selbst habe die wenigsten Interessen mit dem übrigen Italien gemeinsam. Sardinien und Sizilien seien gleich groß an Volkszahl, aber Antagonisten. Der Kaiser von Österreich bleibe als Souverän von Venetien immer der Kaiser und drücke dadurch die anderen italienischen Souveräne zu einer Art Erzherzöge herab.⁸⁵⁴⁾ König Franz erklärte sich nur widerstrebend mit der Bildung der Konföderation einverstanden, und Vergeser erwartete, daß er sich in dieser Frage nur äußerst reserviert verhalten werde. Die Bereitschaft zum Kongreß zeigte er - so war Vergeser informiert - nur deshalb, weil er hoffte, durch einen Bund der legitimen Fürsten das monarchische Prinzip und den Kon-

853) 9.12., 12.12., 17.12., 24.12., 27.12., 30.12.1859 Vergeser GSTM III.I.35

854) 19.7., 20.7.1859 Vergeser GSTM III.I.73/24
12.8.1859 Vergeser GSTM III.I.73/24

servativismus stärken und für die Sache der abgesetzten Fürsten und die Unabhängigkeit des Papstes eintreten zu können. Jegliche Regelung der inneren Verhältnisse seines Staates auf einem Kongreß lehnte er, wie auch der Kirchenstaat, ab.⁸⁵⁵⁾

Die Bemühungen Bayerns für Franz von Modena

König Max, der um die Zukunft seines Schwagers Franz von Modena besorgt war, verwandte sich bei der französischen Regierung für dessen Wiedereinsetzung.⁸⁵⁶⁾ Leider mußte er feststellen, daß Napoleon eine persönliche Abneigung gegen den Herzog Franz hegte und wenig Unterstützung von französischer Seite zu erhoffen war.⁸⁵⁷⁾ Wendland riet seinem König, sich deshalb bei allen Kongreßteilnehmern für Herzog Franz einzusetzen.⁸⁵⁸⁾ Wie zu erwarten erhielt man von Österreich, dem Kirchenstaat und Sizilien positive Zusagen.⁸⁵⁹⁾ Auf Preußens Unterstützung konnte man nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zählen.⁸⁶⁰⁾ Rußland lehnte das bayerische Ansinnen ab, weil es frei von jeden Engagements auf dem Kongreß erscheinen wollte. Gortschakoff gab überdies zu bedenken, daß der Herzog von Modena keinen großen Wert auf seine Rückkehr lege.⁸⁶¹⁾ Der bayerischen Regierung war diese Einstellung des Herzogs unbekannt. Ebenso behielt sich Schweden völlige Aktionsfreiheit vor und

-
- 855) 4.4.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
2.11., 8.12.1859 Bray GSTM MAIII Pr.61
20.12.1859 Wich GSTM III.R.35
17.12.1859 Carafa an Grifeo jetzt ASTN
- 856) 14.11.1859 Schrenck an Wendland GSTM III.R.35
Wenn sich König Max für die ihm ebenfalls verwandte toskanische Dynastie nicht eigens einsetzte, so wohl deshalb, weil man auf das Wohlwollen Napoleons für den Großherzog Ferdinand noch am ehesten rechnen konnte.
- 857) 13.12.1859 Wendland GHM 77/5/86
13.12.1859 Wendland GSTM III.R.35
- 858) 3.12.1859 Wendland GHM 77/5/86
11.12.1859 Max an Schrenck GSTM III.R.35
- 859) 23.12.1859 Rechberg an Schönbürg; 23.12.1859 Antonelli an Verger; 29.12.1859 Carafa an Verger GSTM III.R.35
- 860) 20.12.1859 Bray, 7.1.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.35
- 861) 26.12., 29.12.1859, 9.1.1860 Montgelas GSTM III.R.35

gedachte seine Entschlüsse danach einzurichten, wie sie zur Befriedigung Italiens und zur Erhaltung des europäischen Friedens, ohne den Volkswillen zu übergangen, am geeignetsten seien.⁸⁶²⁾ England erklärte unumwunden, daß die Restauration des Herzogs von Modena abgesehen von ihrer Unmöglichkeit, nicht einmal wünschenswert sei.⁸⁶³⁾

Die Aussichten der vertriebenen Fürsten auf einem Kongreß stellten sich also der bayerischen Regierung und dem königlichen Haus wenig hoffnungsvoll dar.⁸⁶⁴⁾ Sardinien würde die Annexionen Modenas und Parmas verlangen und gegen den Eintritt Österreichs in die Konföderation Stellung nehmen. Auf den Anschluß Toskanas würde es vielleicht verzichten.⁸⁶⁵⁾ England würde die sardinischen Forderungen eindeutig unterstützen, wahrscheinlich, so mußte man annehmen, würde auch Napoleon nachgeben. Sein Wohlwollen gegen den Großherzog von Toscana erschien in München mehr eine Komödie und die Versprechungen leere Phrasen.⁸⁶⁶⁾ Auf den festen Widerspruch Preußens gegen das Annexionsverlangen war nicht sicher zu zählen. So blieben nur Rußland und wohl auch Spanien, auf deren Einsatz für die legitime Sache im allgemeinen man mit Bestimmtheit rechnen konnte. Der Einsatz Rußlands für die Sache des Herzogs von Modena war nicht einmal sicher. Die Stimmen des Kirchenstaates, Siziliens und Österreichs konnten, wie Verger richtig konstatierte, auf Grund ihrer geringen Machtstellung auch nur als weniger ausschlaggebend eingeschätzt werden.⁸⁶⁷⁾

862) 31.12.1859 Manderström an Bray GSTM III.R.35

863) 22.12.1859 Cetto GSTM III.R.35

864) 7.1.1860 Schrenck an Max, 10.1.1860 Bray GSTM III.R.35
26.7., 19.8., 21.8., 17.10.1859 Auguste an Luitpold
GHM N.Th. 21

865) 25.12.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

866) 21.8.1859 Auguste an Luitpold GHM N.Th. 21

867) 24.12., 30.12.1859 Verger GSTM III.R.35

König Max überlegte, ob es nicht ratsam sei, auch auf die Teilnahme Bayerns an dem Kongreß zu dringen, da ein Gerücht umging, daß bei dieser Gelegenheit auch ein Tauschprojekt bezüglich Luxemburgs und Limburgs behandelt werden sollte, was die bayerischen Territorialgrenzen berührte. Die Erkundigungen ergaben, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß deutsche Angelegenheiten besprochen würden. Preußen wünsche keine Erweiterung der Kongreßteilnehmer. Frankreich sei nicht dagegen, daß Deutschland noch gesondert vertreten werde, damit es nicht ganz von Österreich und Preußen absorbiert werde. Die Einladung müsse aber natürlich von Österreich und Frankreich an Bayern ausgehen. Daß bei einer dritten Vertretung Deutschlands auf dem Kongreß diese Rolle Bayern zufallen werde, nahm man an, obwohl man die Eifersucht der mittleren Staaten deswegen fürchtete. Schrenck riet aber ab, Schritte zu unternehmen, um Bayerns Aufnahme am Kongreß anzuregen, da keine deutsche Frage behandelt werde, welche auch nicht geeignet sei, vor einen europäischen Kongreß gezogen zu werden.³⁶⁸⁾

368) 31.10.1859 Max an Schrenck; 11.11.1859 Montgelas;
13.11.1859 Wendland; 16.11.1859 Schrenck an Max GSEM.
III.P.35; 3.12.1859 Wendland GEM 77/5/56

II. K a p i t e l

Das Scheitern des Kongresses und die Annexionen

(Die Änderung der französischen Politik - Der Kirchenstaat und seine Einstellung gegenüber der neuen Politik Frankreichs - Die savoyische Frage - Bayerns Einstellung zur Entwicklung in Italien - Der Vollzug der Annexionen und die Haltung der Mächte und Bayerns)

Die Änderung der französischen Politik

Nach einigen Schwierigkeiten über die Frage, ob die Außenminister auf dem Kongreß erscheinen sollten, einigte man sich endlich und setzte den Verhandlungsbeginn auf den 19. Januar 1860 fest. Aber durch eine offensichtliche Schwenkung der Politik Napoleons um den Jahreswechsel wurde das Zustandekommen des Kongresses wieder in Frage gestellt, und der Beginn auf unbestimmte Zeit vertagt.

Zunächst erschien eine von Napoleon lancierte Flugschrift "La Pape et le Congrès", in der die Rückkehr der Romagna unter päpstliche Souveränität abgelehnt wurde. Dann richtete Napoleon am 31. Dezember ein Schreiben an den Papst, das im Moniteur veröffentlicht wurde, in dem er dem Papst die in der Broschüre bekundeten Prinzipien als seine persönlichen Ideen anempfahl.⁸⁶⁹⁾

Der Rücktritt Walewskis bestärkte die Vermutungen noch weiter, daß Napoleon eine völlig neue und andere Einstellung zu der italienischen Frage angenommen habe. Mit dem Ausscheiden Walewskis aus dem Ministerium, was im Kirchenstaat große Bestürzung hervorrief, gab man allgemein jede Hoffnung auf, daß die Verträge von Villafranca und Zürich durch Frankreich realisiert würden; die Restauration der

869) gedruckt bei H. Bastgen, Die römische Frage
10.1., 17.1.1860 Verger
7.1., 11.1.1860 Bandland 307. III.R.35

Fürsten wurde immer unwahrscheinlicher.⁸⁷⁰⁾ Es war schwer zu sagen, was Napoleon zu dieser Schwenkung gebracht hatte. In Berlin vermutete man als Ursache die Aussichtslosigkeit auf einen Erfolg des Kongresses und vielleicht auch die Einwirkung der geheimen Gesellschaften in Italien, mit denen Napoleon in Verbindung stand.⁸⁷¹⁾

Die Meinungsänderung Napoleons bedeutete natürlich eine Annäherung an England und als solche wurde sie von bayerischer Seite aufgefaßt.⁸⁷²⁾ Presigny reiste auch sofort nach Paris und Cowley nach London. Cowley sollte, ob er nun einen formellen Vorschlag Napoleons machen sollte oder nicht, bei seiner Regierung sondieren, wie sie sich zu dem Gedanken einer englisch-französischen Entente bezüglich Italiens stelle. Frankreich wollte sich vor einer zu großen Ausdehnung Sardinien sichern, andererseits das Verlangen der Italiener nach einer Union der Herzogtümer und Legationen mit Sardinien erfüllen. England war aber zu einer vertraglichen Verpflichtung nicht geneigt, wonach es Frankreich womöglich bei einer kriegerischen Aktion werde helfen müssen. Soweit ging die englische Unterstützung der italienischen Unabhängigkeit auch wieder nicht. Die bayerischen Gesandten in London und Paris nahmen richtig an, daß Frankreich und England keine Allianz, keinen Vertrag geschlossen hatten, sondern nur den gemeinsamen Standpunkt konstatierten, nämlich die faits accomplis in der Romagna und den Herzogtümern und die Bildung eines

-
- 870) 7.1.1860 Wich; 6.1.1860 Cetto; 28.12.1859 Wendland GSTM III.R.35
7.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
871) 31.12.1859 Bray GSTM III.R.35
7.1.1860 Bray GSTM MAIII Pr.62
872) 27.12.1859, 6.1.1860 Cetto
27.12.1859, 7.1.1860 Wendland
31.12.1859 Bray GSTM III.R.35
6.1., 15.1.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39

zentralitalienischen unabhängigen Staates anzuerkennen.⁸⁷³⁾ Die Annäherung Frankreichs an England wurde durch den Abschluß des Cobdenschen Handelsvertrages bekräftigt, der England wesentliche wirtschaftliche Vorteile einbrachte.

Nach bayerischen Berichten fand die neue politische Richtung in der französischen Öffentlichkeit keine vollständige Billigung. Die Geistlichkeit protestierte heftig gegen die Verletzung der päpstlichen Rechte, die oberen Schichten waren damit nicht einverstanden, und die Bonapartisten fürchteten die Opposition der katholischen Partei, auf die sich ursprünglich die Macht Napoleons III. stützte.⁸⁷⁴⁾ Ebenso wird der englisch-französische Handelsvertrag in den französischen Wirtschaftskreisen keine Freude erweckt haben.

Die anderen europäischen Staaten hatten natürlich kein Interesse, auf einem Kongreß ein Programm zu akzeptieren, das bereits zwischen zwei Regierungen festgelegt war. Rußland war mit der veränderten Einstellung Napoleons nicht einverstanden und sah, durch das englisch-französische Zusammengehen mißtrauisch geworden,⁸⁷⁵⁾ nur wenig Hoffnung für seine Interessen im Orient.⁸⁷⁶⁾ Preußen war verstimmt über die Verschiebung des Kongresses und über die Art, wie dies Frankreich mitgeteilt hatte.⁸⁷⁷⁾ England war nur froh, daß der Kongreß sich nicht verwirklichte, weil dieser nach englischer Ansicht keinesfalls etwas Bes-

873) 6.1., 13.1.1860 Cetto, 7.1., 11.1., 19.1.1860 Wendland GSTM III.R. 35 Wer der König dieses neuen Staates werden sollte, war noch ungewiß. Wiederum belebte sich das Gerücht, daß der Herzog von Leuchtenberg in Frage kommen könne, vielleicht auch der Großherzog von Toskana, oder der Herzog von Genua. (28.12.1859 Wendland GSTM III.R.35) Palmerston wäre zu einer Allianz mit Frankreich bereit gewesen, konnte sich aber gegen den Widerstand des Parlamentes nicht durchsetzen (vergl. H.Ley, Die englische Politik S.90)

874) 28.12.1859, 2.1.1860 Wendland GSTM III.R.35
12.1.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39

875) 27.1., 2.2.1860 Montgelas GSTM MAIII Ruß. 52
9.1.1860 Montgelas, 28.12.1859 Wendland GSTM III.R.35
31.12.1859 Wich GSTM MAIII Öst.50

876) vergl. Ch.Friese, Rußland und Preußen S.212 f

seres in Italien ausrichten könne, als sich dort von selbst arrangiert habe.⁸⁷⁸⁾ Österreich hatte zwar um Aufklärung über die neuen französischen Prinzipien gebeten,⁸⁷⁹⁾ aber es war bestrebt, sich auf keinen Fall mit Frankreich zu verfeinden und glaubte deshalb, lieber den Kongreß als Anlaß zu etwaigen Zerwürfnissen vermeiden zu sollen.⁸⁸⁰⁾

Der Kirchenstaat und seine Einstellung gegenüber der neuen Politik Frankreichs

Die bewußte von Napoleon inspirierte Flugschrift "Le Pape et le Congrès" veranlaßte Antonelli sofort Protest zu erheben und seine geplante Abreise nach Paris zu verschieben, woraufhin die französische Regierung den Kongreß ohne jede Begründung vertagte.⁸⁸¹⁾ Die römische Regierung war durch die neue Einstellung Napoleons zur italienischen Frage aufs höchste alarmiert.⁸⁸²⁾ Zum ersten Mal hatte Napoleon offiziell den Verzicht auf die Romagna gefordert. Der Papst war so schlecht beeindruckt von dem Ansinnen Napoleons, daß er bei dem Neujahrsempfang französischer Offiziere scharfe, ja sogar drohende Worte gegen Napoleon hören ließ. Er habe Dokumente mit Versprechungen Napoleons in der Hand, die im Widerspruch zu dem stünden, was Frankreich heute der Welt glauben mache. Diese Ansprache, mit der Napoleon als ein Lügner hingestellt wurde, machte großen Eindruck. Sie wurde nach Vergers Ansicht nachträglich übertrieben und deshalb im richtigen Wortlaut im Giornale di Roma veröffentlicht.⁸⁸³⁾ Die Anspielung auf die im Be-

- ad) 877) 31.12.1859 Bray GSTM III.R.35
 878) 27.12.1859, 6.1.1860 Cetto, 7.1.1860 Wendland GSTM III.
 879) 31.12.1859 Bray, 31.12.1859 Wich GSTM III.R.35 /R.35
 880) 2.1.1860 Bray GSTM MAIII Pr.62
 881) 28.12.1859 Wendland, 24.12., 31.12.1859 Verger, 27.12.
 1859 Wich, 30.12.1859 Bray Telegr. GSTM III.R.35
 882) 3.1., 10.1.1860 Verger GSTM III.R.35
 883) 4.1.1860 Verger GSTM III.R.35

sitz des Papstes befindlichen Versprechungen Napoleons mußten sich wohl auf die Garantieerklärungen Frankreichs vom Mai 1859 bezogen haben, über deren Auslegung man jedoch nie zu einer restlosen Klärung gelangt war. Im Gegensatz zu diesen Worten verhielt sich der Papst zu dem französischen Gesandtschaftspersonal betont wohlwollend, was Gramont dahin auslegte, daß der Papst die Folgen seiner Neujahrsansprache wieder abschwächen wolle. Verger sah jedoch darin einen bewußt gemachten Unterschied zwischen den offiziellen Organen der französischen Regierung und Napoleon.⁸⁸⁴⁾

Die päpstliche Regierung wußte nicht, was sie tun sollte. Man vertagte jeden Entschluß und hoffte, wie Verger sich ausdrückte, auf die Vorsehung. Man war nur entschlossen, niemals in die Abtretung der Romagna einzuwilligen.⁸⁸⁵⁾

Die bayerischen Gesandten wußten, daß der Papst selbst bei Gewaltanwendung unerschütterlich gesonnen war, lieber die Gefangenschaft oder die Vertreibung aus Rom auf sich zu nehmen, als seine Sanktion zur Abtretung der Romagna zu geben. Die päpstliche Regierung fürchtete nach einer ersten Nachgiebigkeit nur immer weitere Forderungen Napoleons.⁸⁸⁶⁾ Deshalb blieb sie unnachgiebig und ging auf Napoleons Vorschlag nicht ein. Sie sprach ihm jedes Recht ab, über ein ihm nicht gehörendes Land zu verfügen.⁸⁸⁷⁾ Sie lehnte auch einen späteren Vorschlag Napoleons ab, der auf einen freiwilligen Verzicht des Kirchenstaates hin-

884) 17.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

885) 31.12.1859, 10.1., 17.1.1860 Verger GSTM III.R.35

21.1., 24.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

886) 14.1., 19.1.1860 Wich, 11.1.1860 Wendland, 30.12.1859 Verger GSTM III.R.35

887) 14.1.1860 Verger, 19.1.1860 Wendland, 19.1.1860 Wich GSTM III.R.35, 18.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

zielte und wonach aus der Romagna ein Vizekönigtum mit Viktor Emanuel als Stellvertreter des Papstes gemacht werden sollte.⁸⁸⁸⁾ Aus den bayerischen Berichten hierüber geht hervor, daß der Papst in dem Vorschlag nur das Bestreben sah, die Wegnahme der Romagna mit einem Rechtstitel zu legalisieren. Nach diesen Berichten bekundete der Papst seinen Willen zur Verteidigung des Rechtes, der moralischen und sozialen Ordnung und der Interessen der legitimen Dynastien, dagegen sei er nicht gewillt, zur Anerkennung eines falschen und subversiven Prinzips seine Hilfe zu leisten.⁸⁸⁹⁾

Es war nicht einfach für die römische Regierung, den Weg zu finden, der die Pläne Napoleons durchkreuzte. Bei einem Kongreß mußte sie nämlich damit rechnen, daß die Abtretung der Romagna gefordert werde, und der Kirchenstaat dann moralisch an das Urteil unwiderruflich gebunden sei. Soweit Verger informiert war, war dies auch der Grund, warum die römische Regierung in einem eigenmächtigen Vorgehen Frankreichs und Sardinien einen Vorzug erblickte. Wenn zwar dabei die Romagna verloren gehen könne, so bliebe dem Papst in diesem Fall immer noch das Recht und die Möglichkeit des Protestes erhalten. Andererseits übersah die päpstliche Regierung nicht, daß ein Kongreß unter Umständen auch eine Chance bot, insofern als die Mächte dem Kirchenstaat die ihm noch verbliebenen Gebiete garantieren könnten, was bei dem Zustand in den Marken, in denen ein Aufstand vorbereitet wurde, einen großen Vorteil bedeuten würde.

888) 21.1., 10.2.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
17.2., 29.2.1860 Wendland GSTM LAIII Trk. 39
24.2., 2.3.1860 Doenniges GSTM LAIII Sard.15

889) 17.2., 2.3., 16.3., 30.3.1860 Verger GSTM LAIII
p.Stuhl 28

Doch verzichtete man lieber auf diese Alternative in der Hoffnung, daß die Mächte bei Ausbreitung der Revolution in den Marken vielleicht bereit seien, mit Gewalt dagegen einzuschreiten.⁸⁹⁰⁾ Die Kongreßidee wurde also auch nachdem Frankreich nochmals darauf zurückkam, von Rom abgelehnt.⁸⁹¹⁾ Von der Veröffentlichung der Briefe Napoleons an den Papst sah man ab, nach Vergers Meinung deshalb, weil man nicht mit denselben Mitteln, die der Papst an Frankreich tadelte, arbeiten wollte.⁸⁹²⁾ Es wurde nur eine päpstliche Encyclica an die katholischen Bischöfe erlassen.⁸⁹³⁾ Man war sich aber klar, daß dies nur eine ungenügende Gegenmaßnahme darstellte.⁸⁹⁴⁾ Dagegen erwog die römische Regierung nach Vergers Wissen, einen Appell an alle katholischen Souveräne zu richten, oder ein Manifest an die Katholiken zu erlassen, oder aber bei den Signatarmächten des Wiener Kongresses zu protestieren. Den Plan eines Aufrufes an die katholische Welt ließ man vorerst fallen, da man bei der Möglichkeit von der öffentlichen Meinung im Stich gelassen zu werden, kompromittiert sein würde, und der Kirche als Druckmittel nur noch die Exkommunikation bliebe. Sollte man jedoch einen Effekt damit erzielen, was könnte man schon erwarten von den "masses dechainés et fanatisés autre chose que un cataclysme général"! Würde man sich an die katholischen Souveräne wenden, so wären das entweder Feinde des Kirchenstaates, wie Frankreich und Sardinien, oder vermöchten gar keine oder nur ungenügende Hilfe zu bieten. Das wußte die päpstliche Regierung

890) 21.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

10.1., 17.1.1860 Verger GSTM III.R.35

891) 11.1., 19.1.1860 Wendland, 19.1.1860 Wich, 13.1.1860

Cetto GSTM III.R.35, 24.1.1860 Verger GSTM MAIII

p.Stuhl 28, 23.1.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39

23.1.1860 Bray GSTM MAIII Pr.62

892) 21.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

893) 19.1.1860 Encyclica an die Bischöfe, gedruckt bei

H.Bastgen, Die römische Frage

894) 21.1., 24.1., 31.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

nach Vergers Meinung genau.⁸⁹⁵⁾ Österreich konnte das Schwert für die Romagna nicht ziehen, Spanien war in Marokko zu sehr beschäftigt, Portugal wurde von England abgehalten, Sizilien brauchte seine Kräfte im eigenen Land, Bayern war durch den Deutschen Bund und die geographische Lage gebunden.

Bisher waren Unruhen in Rom kaum zu befürchten gewesen, weil man annehmen konnte, daß die verstärkte französische Garnison an deren Verhinderung interessiert sein werde.⁸⁹⁶⁾ Abgesehen von einigen kleineren Manifestationen hatte sich die Bevölkerung Roms ruhig verhalten. Trotzdem machte man Goyon bei diesen Anlässen den Vorwurf ungenügender Gegenmaßnahmen, die Verger aber, der an der Loyalität Goyons nicht zweifelte, für ungerecht hielt.⁸⁹⁷⁾ Aber die Ruhe war doch nur scheinbar, unter ihrer Oberfläche war die Unzufriedenheit und feindliche Einstellung zur Regierung groß. Den bayerischen Berichten aus Rom zufolge war der allgemeine Haß der Römer gegen Österreich unverändert.⁸⁹⁸⁾ Die Bevölkerung lehnte das päpstliche Regime einstimmig ab und selbst die Person des Papstes war unpopulär.⁸⁹⁹⁾ Da aus dem Ausland fortwährend Ergebenheitsadressen an

895) 10.1.1860 Verger GSTM III.R.35, 7.1., 21.1., 24.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

Die päpstliche Regierung hatte in Neapel angefragt, ob sizilianische Truppen in die Marken geschickt werden könnten, was König Franz ablehnte, da er zu große innere Schwierigkeiten habe, als daß er dem Kirchenstaat materielle Hilfe leisten könne. (27.12.1859, 14.1.1860 Verger GSTM III.R.35) Man sieht, wie richtig Vergers Beurteilung war, wenn er trotz der großen Verbundenheit des Kirchenstaates und Siziliens nicht mit einem unbedingten Zusammengehen der beiden Staaten rechnete, falls nicht der eigene jeweilige Vorteil dabei gewahrt werde. (22.1., 5.4.1859 Verger GSTM III.R.28+30) Auch in Wien hatte der Papst vergeblich um militärische Hilfe nachgesucht (4.12.1859 Farso an Antonelli ASTF Carte Bianchi Ricasoli, Busta G Inserto F Documenti dipl. intercettati)

896) 20.8.1859 Verger GSTM III.R.34

6.10.1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27

897) 24.1., 28.1., 23.3., 31.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl

898) 21.7.1859, 21.1., 31.1., 4.2., 24.2., 4.5., 11.5., /28 31.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27/28

899) 9.12.1859 Verger GSTM III.R.35

den Papst gelangten, fiel es besonders auf, daß die römische Bevölkerung nicht dergleichen tat. Die Studenten unterdrückten den Versuch zur Sammlung von Unterschriften für eine Adresse, und nur die Aristokratie brachte eine solche unter spärlicher Beteiligung zusammen.⁹⁰⁰⁾

Nichtsdestoweniger aber war nach den Feststellungen Verger's die liberale und radikale Partei in Rom weit davon entfernt, das in der französischen Flugschrift verkündete Programm gutzuheißen.⁹⁰¹⁾ Arbeitsmangel und erhebliche Preissteigerungen vermehrten das Elend. Der ausbleibende Touristenverkehr nahm auch den Vermietern eine bedeutende Einnahmequelle. Einerseits wurden die aus der Romagna eingeführten Waren mit einem Zoll belegt, als ob sie von dem Ausland eingeführt würden; andererseits aber wurde von der Regierung die Diktion aufrecht erhalten, daß die Romagna noch zum Kirchenstaat gehöre.⁹⁰²⁾ Die staatliche Finanzlage war besorgniserregend. Die Kassen waren restlos erschöpft, und es bestand keine Hoffnung auf Besserung. Mit den abgefallenen Gebieten verlor der Papst reichliche Einnahmequellen, sodaß er nur noch sehr bescheiden dotiert war.⁹⁰³⁾

Verger war jetzt bei dieser Lage doch wesentlich beunruhigter über die Zukunft Roms, als noch im Januar. Er sah eine Krise kommen und zwar schon bald. Der gleichen Ansicht war auch der österreichische Botschafter in Rom. Die Zurückgewinnung der Romagna erschien Verger völlig hoffnungslos. Zum Teil sah er dabei die Schuld bei Sardinien, aber zum anderen Teil beim Kirchenstaat selbst, der seine innere Politik den Bedürfnissen, Interessen und Ideen

900) 24.1., 4.2., 10.2., 2.3., 9.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

901) 3.1.1860 Verger GSTM III.R.35

902) 21.1., 9.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

903) 20.7., 9.12.1859 Verger GSTM III.R.33+35

24.2., 16.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

des Fortschrittes nicht angepaßt habe.⁹⁰⁴⁾ Verger hatte schon früher diese Notwendigkeit konstatiert, obwohl er nicht übersah, daß jede Konzession, welche die weltliche Macht des Papstes schwäche, die piemontesische Sache in Zentralitalien stärken werde.⁹⁰⁵⁾ Er glaubte, daß das Votum der Romagna für die Annexion nur aus der Verneinung des päpstlichen Regimes hervorgegangen sei, nicht aber aus der Idee der italienischen Einheit.⁹⁰⁶⁾

Wenn auch Antonelli hatte durchblicken lassen, daß man von den Staaten zweiter Ordnung eine moralische Unterstützung erwarte, so gab die bayerische Regierung doch keine offizielle Erklärung für den Kirchenstaat ab.⁹⁰⁷⁾ Man beschäftigte sich in München nach dem Frieden von Villafranca nur wenig mit der italienischen Frage und überließ die Sache den Kongreßstaaten.⁹⁰⁸⁾ Der Papst schien großen Wert auf Ergebnheitskundgebungen der Öffentlichkeit zu legen.⁹⁰⁹⁾ So erließ der Erzbischof von München einen Hirtenbrief, in dem er "mit großem Geschick" die weltliche Macht des Papstes verteidigte und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung konstatierte. Frankreich und Piemont wurden nicht namentlich genannt, sondern nur "ausländische Regierungen" angeklagt. Diese Schrift war eine große Sensation für die bayerische Öffentlichkeit.⁹¹⁰⁾ Auch die "ultramontane" Partei in Bayern, unter der hauptsächlichen Führung des Grafen Arco-Valley, verfaßte eine Ergebnheitsadresse an den Papst und legte sie zur Unterschrift aus.⁹¹¹⁾ Die Beteiligung daran war groß, da ungefähr 300 000 Personen un-

-
- 904) 10.2., 24.2., 9.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 905) 3.10.1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27
 906) 16.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 907) 26.8.1859 Ottenfels an Rechberg HSTW XI Rome 211
 25.9.1859 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27
 908) 5.10.1859 Cantono ASTT Baviera S 38
 909) 24.12.1859 Verger, 10.1.1860 Wich GSTM III.R.35
 4.2., 9.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 910) 19.11.1859 Grifeo jetzt ASTN, 3.12.1859 Cantono ASTT
 Baviera S 38; 12.11., 12.12.1859 Massignac AAE Bavière
 911) gedruckt bei H.Bastgen, Die römische Frage /236

terzeichneten. In den Provinzen mit gemischter Konfession war das Ergebnis und der Eifer größer als in den rein katholischen Gebieten, wo die "Indolenz der Geistlichkeit" sich nachteilig ausgewirkt habe. Die Bürger und Bauern beteiligten sich eifriger als die obere Schicht. Angeblich waren absichtlich Gerüchte verbreitet worden, wonach die Unterschrift zu Geldleistungen verpflichte, was manone davor abgeschreckt habe.⁹¹²⁾ Einen Einfluß auf die bayerische Regierung übte die zum Ausdruck gekommene Stimmung der Bevölkerung nicht aus. Der Kultusminister von Zwehl soll die Bischöfe sogar möglichst zur Niederhaltung dieser Agitation aufgefordert haben.⁹¹³⁾

Die savoyische Frage

Der neue Kurs der französischen Politik in Italien ermöglichte es Cavour, sich mit Frankreich wieder zu verständigen und erneut in das Ministerium einzutreten.⁹¹⁴⁾ Er hatte nach Kriegsende sofort demissioniert, weil er den Frieden von Villafranca als einen Verrat Napoleons an der italienischen Sache ansah.⁹¹⁵⁾ England trat im Februar mit einem vier Punkte umfassenden Vorschlag zur Lösung der italienischen Frage an Österreich heran, indem es die Respektierung der Volksbestimmung und das Nichtinterventionsprinzip forderte.⁹¹⁶⁾ Österreich weigerte sich diese Prinzipien anzuerkennen, versprach aber, nicht aggressiv vorzugehen und ließ somit Frankreich und England freie Hand.⁹¹⁷⁾ Preußen und Rußland lehnten ebenfalls die

912) 12.12.1859 Grifeo jetzt ASTI, 3.12.1859 Cantonio ASTI
Baviera S 38; 24.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
12.12.1859, 29.1.1860 Massignac AAE Bavière 236

913) 24.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

914) 20.1.1860 Doenniges GSTM. MAIII Sard.15

915) 21.6., 26.7.1859 Doenniges GSTM. MAIII Sard.14

916) vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.252 ff
3.2., 4.2.1860 Wendland GSTM. MAIII Ark.39

917) 17.2., 22.2.1860 Wendland GSTM. MAIII Ark.39

8.2.1860 Cetto GSTM. MAIII Egl.50, 11.2.1860 Wich GSTM.
III Öst.51

Anerkennung des Prinzips der Volksabstimmung und der Nichtintervention ab.⁹¹⁸⁾ Wie der bayerische Gesandte wußte, war Gortschakoff verärgert, daß England und Frankreich sich anmaßen, die italienische Frage allein zu lösen und erklärte dem englischen Gesandten, daß das Prinzip der Nichtintervention im Widerspruch zu dem existierenden Zustand stehe, weil Sardinien nämlich moralisch und Frankreich materiell eine Intervention in Italien ausübe, womit dieses Prinzip eine Illusion sei.⁹¹⁹⁾ Nach Ablehnung des englischen Programms schlug Frankreich vor, die Annexionen Modenas und Parmas anzuerkennen, Toskana aber einen Souverän wählen zu lassen.⁹²⁰⁾ Doenniges meinte aber voraussehen zu können, daß Toskana den Anschluß an Sardinien einem fremden Souverän vorziehen werde.⁹²¹⁾

Für Frankreich war die Frage der Annexionen der Herzogtümer mit der savoyischen Frage verbunden. In Plombières hatte man ausgemacht, daß nach der Bildung eines sardinischen Reiches von gewisser Größe, Savoyen und Nizza an Frankreich abgetreten werde.⁹²²⁾ Im Frieden von Villafranca war diese Bedingung noch nicht erfüllt worden, und Napoleon hatte daher diese Frage noch ruhen lassen und auf eine Entschädigung für die französische Hilfe vorläufig verzichtet.⁹²³⁾ Doenniges hob hervor, daß Savoyen sprachlich und geographisch keine italienische Provinz und die Bevölkerung dieser Gebiete trotzdem gegen einen Anschluß an Frankreich sei, und selbständig verwaltet zu werden wünsche.⁹²⁴⁾ Seitdem Frankreich den neuen Kurs eingeschlagen hatte, wurde in den französischen Zeitungen wieder von der Abtretung Savoyens

-
- 918) 30.1., 21.2.1860 Bray GSTM MAIII Pr.62; vergl. APPr.II Nr. 55; 56, 2; 59
919) 17.2., 23.2.1860 Montgelas GSTM MAIII RuS.52
920) 29.2.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39
921) 3.3.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15
922) vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.262 ff
923) 11.8.1859 Wendland GSTM III.R.34
924) 14.2., 13.8.1859 Doenniges GSTM MAIII Sard.14

gesprochen.⁹²⁵⁾ Dies konnte deutlich beobachtet werden. In der Note der französischen Regierung vom 24. Februar wurde diese Frage offiziell aufgeworfen und um die Zustimmung der Mächte nachgesucht.⁹²⁶⁾ Doenniges erkannte sehr richtig, daß Napoleon die Unmöglichkeit der Errichtung einer französischen Dynastie in Toskana eingesehen habe und nun Nizza und Savoyen als Entschädigung erstrebe.⁹²⁷⁾ Napoleon drohte in Turin, der Annexion Toskanas nicht zuzustimmen, es sei denn man werde die gewünschten Gebiete an Frankreich abtreten. Cavour leistete dagegen keinen ernstlichen Widerstand.⁹²⁸⁾

Die Abtretung konnte nur durch einen Einspruch der Großmächte verhindert werden. Die russische Regierung riet Frankreich, weder auf die natürlichen Grenzen noch auf die Volksabstimmung zu pochen, sondern die Länderabtretung ausschließlich als einen Souveränitätsakt durchzuführen. Es schien den bayerischen Beobachtern, als ob Rußland dieser Frage ziemlich gleichgültig gegenüberstehe.⁹²⁹⁾

Rußland erhob aber nur deshalb keine Einwendungen, weil es hoffte, Frankreich von seiner Hinneigung zu England abbringen zu können.⁹³⁰⁾ England machte keine ernstlichen Schwierigkeiten, es protestierte nicht, drückte nur seine Unzufriedenheit aus, mehr aber auch nicht. Allerdings, so behauptete der bayerische Gesandte, sei bei der englischen Regierung ein gesteigertes Mißtrauen gegen Frankreich zurückgeblieben.⁹³¹⁾ Preußen, erkennend, daß Rußland und Eng -

925) 26.1., 30.1.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39
25.1.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

926) 29.2.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.39

927) 20.1., 25.1.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

928) 9.2., 17.2., 31.5., 15.6.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15; 29.2.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.39

929) 23.1., 21.2., 23.3.1860 Bray GSTM MAIII Pr.62

27.3., 30.3.1860 Montgelas GSTM MAIII Ruß.52

22.3., 26.3.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39

930) vergl. Ch.Friese, Rußland und Preußen S.216

931) 3.2., 13.2., 3.3.1860 Cetto GSTM MAIII Egid. 50
30.1., 3.2., 22.2., 19.3.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.3
9.2.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

land keinen ernstlichen Widerstand leisteten, lehnte sich allein auch nicht gegen die Grenzverschiebung auf. Und das geschlagene Österreich konnte schon gar nichts dagegen tun.⁹³² Am 23. März 1860 wurde also der Vertrag von Frankreich und Sardinien über die Abtretung Savoyens und Nizzas unterzeichnet.⁹³³)

Bayerns Einstellung zur Entwicklung in Italien

In München war man begreiflicherweise bestürzt und beunruhigt über den neuen Kurs, den die Dinge in Italien nahmen. Schrenck wußte, welch fähiger und entschlossener Politiker Cavour war und fürchtete, daß er außer den Annexionen der Herzogtümer auch die Venetiens erstrebe, wozu er womöglich selbst Garibaldi mit seinen Freiwilligen ergreifen werde.⁹³⁴) Von der Pförden beurteilte die Lage bei Jahreswechsel als sehr ernst und gefährdend. Er erwartete im Frühjahr einen Angriff in Venetien und gleichzeitig am Rhein. Zu dieser Ansicht bewogen ihn die schwebenden Abmachungen zwischen England und Frankreich und ferner die Möglichkeit, daß Cavour nicht unbedingt auf Napoleons Wünsche Rücksicht nehmen werde, wenn er verhindern wollte, daß ihm die Lazzinisten in Venetien zuvorkämen.⁹³⁵) Auch Wendland sah mit Wiedereintritt Cavour's in das Ministerium

-
- 932) 7.1., 2.3., 23.3., 27.3.1860 Trar GSTM LAIII Pr.62
26.3.1860 Getto GSTM LAIII Egl. 50
10.3., 22.3.1860 Wendland GSTM LAIII Frk.39
- 933) mit der Schweiz entstanden wegen der savoyischen Frage Differenzen, die hier wohl nicht weiter berücksichtigt zu werden brauchen. Die bayerische Regierung war eingehend darüber informiert, in ihrer Politik blieben diese Streitigkeiten aber völlig bedeutungslos.
- 934) 15.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
26.1.1860 Cantono ASTT Monaco 8/50
12.1.1860 Lassignac AAE Bavière 236
24.3.1860 Rothan AAE Allemagne 632
- 935) 70.12.1859, 13.1., 14.1.1860 von der Pförden GHL 76/5, 3
vergl. E.Franz, v.d.Pförden S.274 f
Quellen zur deutschen Politik Österreichs 5.1.1860
Lübeck

einem neuen Krieg entgegen.⁹³⁶⁾ Schleinitz in Berlin war besorgt, daß Sardinien, trotz der Abneigung aller Großmächte gegen einen augenblicklichen Krieg, einen Angriff auf Venetien unternehmen oder dort eine Revolution anzetteln werde.⁹³⁷⁾ Rechberg in Wien hingegen war für die unmittelbare Zukunft weniger ängstlich.⁹³⁸⁾

König Max, der zu Beginn des Jahres 1860 eine längere Reise nach Spanien antreten wollte und deswegen die Meinung von der Pfordtens einholte, ließ sich davon überzeugen, daß der Ernst der Lage es erfordere, im eigenen Land zu bleiben und verzichtete vorläufig auf seine Reise.⁹³⁹⁾

Von Österreich war die Initiative zu einem neuen Kampf nicht zu erwarten, selbst wenn die Friedensabmachungen nicht eingehalten werden sollten. Das war die Meinung der Großmächte, die auch von der österreichischen Regierung bestätigt wurde.⁹⁴⁰⁾ Und das war auch der Wunsch der bayerischen Regierung, weil sie Österreich in zu großen inneren Schwierigkeiten sah, einen Aufstand in Ungarn befürchtete und auch diesesmal keine Hilfe für Österreich weder von Rußland noch von Preußen erhoffte.⁹⁴¹⁾ Die unfreundlichen Dispositionen Napoleons gegen Bayern wurden in München nicht übersehen.⁹⁴²⁾ Max bemühte sich diese durch freundliche Worte abzuschwächen. Er bezeichnete Frankreich als den "sichersten und nachsichtigsten Alliierten seines Landes", Worte, die dem Anschein nach ihre Wirkung nicht ganz

936) 14.1.1860 Wendland GHM 77/5/86

20.2.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39

937) 2.1., 23.1., 14.2.1860 Bray GSTM MAIII Pr.62

938) 20.3.1860 Wich GSTM MAIII Ost.51

939) 27.12.1859, 14.1.1860 Pfistermeister an von der Pfordter GSTM N.Pf. 125

940) 15.3.1860 Montgelas GSTM MAIII Ruß.52

7.1., 19.1.1860 Wich GSTM III.R.35

27.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

941) 27.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

11.1.1860 Wendland GSTM III.R.35

14.1.1860 + pr.3.2.1860 Wendland GHM 77/5/86

942) 13.11.1859 Wendland GSTM III.R.35

verfehlten, sodaß Wendland im Februar 1860 ein größeres Wohlwollen des französischen Herrscherpaares feststellen konnte.⁹⁴³⁾

Das savoyische Problem ließ Bayern und Deutschland die französische Gefahr deutlich erkennen. An der savoyischen Frage an sich war man natürlich uninteressiert. Aber sie zeigte zu klar das französische Prinzip der natürlichen Grenzen, das sich in absehbarer Zeit auch an der Rheingrenze auswirken konnte. Angesichts der passiven Haltung der Großmächte blieb jedoch der bayerischen Regierung keine andere Wahl, als zuschauend zu resignieren und zufrieden zu sein, daß die Abtretung Savoyens wenigstens nicht auf Grund einer Volksabstimmung vollzogen wurde.⁹⁴⁴⁾ Preußen hatte zwar in München um Stellungnahme nachgesucht, weil es durch die Vorgänge in Italien wohl auch erschreckt war. Aber Schrenck und König Max waren sich einig darin, mit keinen Erklärungen oder Anträgen beim Bund hervortreten, sondern die Initiative Preußens abzuwarten. Preußen jedoch tat nichts dergleichen.⁹⁴⁵⁾

Doenniges warnte eindringlich vor der Entwicklung der Verhältnisse in Italien und der daraus erwachsenden Bedrohung Österreichs und Deutschlands durch das sich bildende große sardinische Reich und vor der Schlüsselstellung Frankreichs in Italien durch den Besitz von Savoyen, was im Ernstfall Österreich dazu zwingen werde, ein großes Heer nach Venedig zu schicken und die Rheingrenze zu vernachlässigen.⁹⁴⁶⁾

-
- 943) 21.12.1859 Reneval, 8.1.1860 Banneville AAE Bavière 236
Wendland pr. 3.2.1860 GHM 77/5/86
- 944) 3.3.1860 Bloomfield GSTM III.R.44
12.2., 23.3.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34
20.3.1860 Cantono ASTT Monaco 8/50
24.3.1860 Rothan AAE Allemagne 832
28.3.1860 Banneville AAE Bavière 236
21.3.1860 Grifeo jetzt ASTN
- 945) 26.3.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44;
vergl. APPr.II Nr.79,2; 97, 101
- 946) 9.2., 13.2., 17.2., 24.2., 17.3.1860 Doenniges GSTM
MAIII Sard.15

So sehr auch Doenniges für ein Veto der Großmächte plädierte, mindestens gegen die Annexionen Toskanas durch Piemont und Savoyens durch Frankreich, so erkannte man in München doch, daß man nicht in der Lage war, die Entwicklung in Italien aufzuhalten und zu ändern, und daß eben "das, was Napoleon wolle, geschehen müsse."⁹⁴⁷⁾

Der Vollzug der Annexionen und die Haltung der Mächte und Bayerns

Inzwischen wurde die Regierungsverwaltung in den Herzogtümern mehr und mehr an die Sardinien angegliedert und auf die Wahl eines zentralitalienischen Parlamentes hingearbeitet.⁹⁴⁸⁾ Dieses entschied sich dann für den Anschluß an Piemont. Sardinische Truppen zogen sofort in die Herzogtümer und in die Romagna ein, womit die Annexionen endgültig vollzogen waren. Cavour machte am 31. März 1860 den Mächten davon Mitteilung.

Die päpstliche Regierung sandte am 24. März einen Protest gegen die Spoliation des Kirchenstaates an alle Mächte, die Hoffnung ausdrückend, daß diese von den Regierungen nicht anerkannt werde.⁹⁴⁹⁾ Zwei Tage später erließ der Papst eine generelle Exkommunikation gegen alle, die an der Spoliation teil hatten.⁹⁵⁰⁾ Von einer persönlichen Exkommunikation Viktor Emanuels hatte er abgesehen, um die Bischöfe in Sardinien in nicht noch größere Schwierigkeiten zu versetzen.⁹⁵¹⁾ Antonelli gab Verger deutlich den Wunsch zu erkennen, daß der Papst hoffe, Bayern werde außer wegen der politischen

947) 15.1.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

948) 31.1.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

9.2.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

949) 24.3.1860 Antonelli GSTM III.R.44

950) gedruckt bei H.Bastgen, Die römische Frage

30.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

951) 27.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

Beweggründe auch in der Eigenschaft als katholische Dynastie gegen die Annexion der Romagna protestieren, und somit dem Kirchenstaat als Beweis seines Interesses eine moralische Unterstützung geben.⁹⁵²⁾

Antonelli bat die österreichische Regierung, diesen Wunsch bei den katholischen Höfen zu unterstützen.⁹⁵³⁾ Österreich legte am 25.3.1860 förmliche Verwahrung gegen die Verletzung der österreichischen Rechte durch die Annexion der Herzogtümer ein. Auf den Wunsch des Kirchenstaates hin erließ die österreichische Regierung am 8. April ein Zirkular, das über den preußischen Gesandten auch in Turin übergeben wurde, in dem der Protest des Kirchenstaates als vollkommen gerechtfertigt erklärt wurde.⁹⁵⁴⁾ Ein Protest als katholische Macht gegen die Annexion der Romagna war darin nicht enthalten und nicht beabsichtigt.

Bei der bayerischen Regierung gingen die Meinungen in der Frage auseinander, wie man sich gegenüber den Mitteilungen Cavour's und dem Ersuchen des Papstes verhalten solle, der einen Protest Bayerns wünschte. Verger riet Max zu einem Protest oder Manifest, wenn dies die anderen Staaten auch täten, und zwar nicht als König von Bayern, sondern als Chef der Dynastie und im Namen seiner katholischen Untertanen.⁹⁵⁵⁾ Schrenck, der erst die Reaktion der anderen Staaten auf das sardinische Zirkular abwarten wollte, schlug vor, nach dem Vorbild Österreichs zu antworten. Max jedoch genehmigte nur eine mündliche Erwiderung an den sardinischen Gesandten, wie es auch Preußen gehalten habe.⁹⁵⁶⁾ Preußen hatte in Turin mitteilen lassen, daß es, da es dem Prinzip

952) 30.3., 4.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

953) 30.3.1860 Bach an Rechberg HSTW XI Rome 212

954) 25.3., 8.4.1860 Rechberg GSTM III.R.44

26.4.1860 Wich GSTM MAIII Öst. 51

955) 2.4.1860 Verger GSTM III.R.44

956) 9.4., 15.4.1860 Schrenck an Max und Signat Max' vom
27.4.1860 GSTM III.R.44

der Legitimität anhängen, auf die sardinischen Mitteilungen nicht eingehen könne.⁹⁵⁷⁾ Preußen drückte dem Kirchenstaat nur sein Bedauern aus, aber berührte die rechtliche Seite nicht.⁹⁵⁸⁾

Wie Preußen, so bestätigte auch Rußland nur den Empfang der sardinischen Note und untersagte dem russischen Gesandten in Turin, bei der Eröffnung des neuen sardinischen Parlamentes zu erscheinen,⁹⁵⁹⁾ was von preußischer Seite nicht getan wurde.⁹⁶⁰⁾ Spanien erklärte in Rom schriftlich, daß es sich vorbehalte, über die Geschehnisse in Italien, die sich unter Ausschluß Europas abgespielt hätten, ein Urteil zu bilden und die Annexion der Romagna solange als ungültig anzusehen, bis sie von dem Kirchenstaat und Europa sanktioniert werde.⁹⁶¹⁾ Portugal und Sizilien zögerten mit ihren Antworten. Beide wollten vor allem eine Feindschaft mit Frankreich und Sardinien vermeiden. Die Regierung in Neapel meinte, mit ihren Kämpfen gegen die Revolution bereits deutlich ihre Einstellung manifestiert zu haben. Sollte Viktor Emanuel den Titel eines Königs von Italien oder auch nur Nord- oder Mittelitaliens annehmen, dann erst wollte man protestieren.⁹⁶²⁾ England erkannte die Einverleibungen offiziell an. Frankreich löste seine Gesandtschaft in Florenz, die bis dahin fortbestanden hatte, auf, was einer Anerkennung gleichzusetzen war.⁹⁶³⁾

Schreier war mit der königlichen Entschließung nicht einverstanden, die sardinische Note nur mündlich zu beantwor-

-
- 957) 16.4.1860 Bray, 18.4.1860 Schreier an Max, b.t.,
16.7.1860 Doerniges GSTA III.R.44; 27.4.1860 Grifeo
jetzt AST; vergl. APPr. II Nr. 153,6 + 175
958) 3.6.1860 Bach HSTW XI Rome 212; vergl. APPr. II Nr.153,7
22.7., 24.7.1860 Grifeo GSTA III.R.44
16.4.1860 Bray GSTA III.R.44 Pr.62
16.4.1860 Doerniges GSTA III.R.44
959) vergl. U.v.Srbik, Deutsche Einheit III.S.346
16.4.1860 Grifeo GSTA III.R.44
960) 17.4.1860 Verger, 25.4.1860 Wendland GSTA III.R.44
11.5., 24.5.1860 Verger GSTA III.R.44 p.Stuhl 28
961) 11.6.1860 Doerniges GSTA III.R.44; AAE Toscana

ten.⁹⁶⁴⁾ Er wartete die Rückkehr des Königs ab, der sich zu dieser Zeit auf einer Reise in der Schweiz befand, um eine anderslautende Genehmigung in dieser Frage zu erhalten. Der Außenminister gestand freilich zu, daß Bayern, da es die Verträge von 1815 nicht mitunterzeichnet habe, auch jetzt zu keiner Stellungnahme verpflichtet sei.⁹⁶⁵⁾ Schrenck war aber persönlich viel stärker gegen eine italienische Unabhängigkeit eingenommen als der König selbst, der, wie der sardinische Gesandte in München glaubte, durch den Einfluß Doenniges der italienischen Sache gegenüber viel günstiger eingestellt, allerdings durch die sich zeigenden revolutionären Tendenzen erschreckt worden sei.⁹⁶⁶⁾ Schrenck befürchtete, daß bei einer mündlichen Beantwortung die Worte durch den sardinischen Gesandten je nach Wunsch gefärbt, verstärkt oder abgeschwächt werden könnten und bestand deshalb auf einer schriftlichen Antwort an die sardinische Regierung, wovon eine Abschrift in Rom mitgeteilt werden sollte, um dem Wunsch des Kirchenstaates somit nachzukommen. Schließlich erklärte sich Max mit der vorgeschlagenen Antwortnote einverstanden,⁹⁶⁷⁾ nachdem auch Doenniger den König in diesem Sinn beeinflusst hatte.⁹⁶⁸⁾

In der bayerischen Note wurde das Bedauern über die Akte Sardinien ausgedrückt, die die heiligen Prinzipien des Völkerrechts verneinten und eine Verletzung der Fürstenrechte darstellten. Deshalb betrachte die bayerische Regierung die Proteste der Herzöge und besonders des Papstes als begründet, dessen weltliche Souveränität als Garantie für die freie Ausübung seines apostolischen Ministeriums

964) 18.4.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

965) 9.4.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44; 27.4.1860 Grifeo jetzt ASTN; 20.3.1860 Cantono ASTT Monaco 8/50

966) 23.11.1859, Cantono ASTT Baviera S 38
20.3.1860 Cantono ASTT Monaco 8/50

967) 11.5.1860 Schrenck an Max und Signat des Königs vom 15.5.1860 GSTM III.R.44

968) 16.7.1860 Doenniges an Schrenck GSTM III.R.44

angesehen werde.⁹⁶⁹⁾ Max untersagte eine Anspielung auf die Verletzung der Legitimität durch die Substituierung der Volksabstimmung, wie Schrenck ursprünglich gewünscht hatte.⁹⁶⁷⁾ Man darf diese Überlegung des Königs vielleicht als ein Zeichen werten, daß Max sich den Ideen der Zeit gegenüber nicht verschloß, indem er eine solche Begründung als nicht stichhaltig erkannte.

Cavour hatte kaum eine schriftliche Beantwortung seiner Depesche von Bayern erwartet und zeigte sich deshalb überrascht.⁹⁷⁰⁾ Antonelli anerkannte die "günstigen Dispositionen" Bayerns dem Kirchenstaat gegenüber und drückte auch dem österreichischen Gesandten seine Zufriedenheit über die bayerische Note aus. Trotzdem schien es Verger, als ob der Kirchenstaat nicht vollkommen damit zufrieden sei, wie die katholischen Staaten auf den päpstlichen Protest reagiert hätten.⁹⁷¹⁾

Rein rechtlich lag für Bayern kein Grund vor, einen offiziellen Protest gegen die Annexionen in Italien zu erlassen. Es war in seinen Rechten dadurch nirgends verletzt worden und hatte auch die Verträge von 1815 nicht mitunterzeichnet. Daß die bayerische Regierung ihre Meinung äußerte, war bei der nahen Verwandtschaft des Königshauses mit den italienischen Herzögen geboten und konnte sicherlich nicht zum Schaden für Bayern ausschlagen, wenn es nur diesen einfachen Einspruch gegen die Annexionen erhob.

969) 17.5.1860 Schrenck an Doenniges GSTM III.R.44

970) 5.6.1860 Doenniges GSTM III.R.44

971) 16./18.5., 24.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
8.6.1860 Bach HSTW XI Rome 212

III. K a p i t e l

Die Expedition der Tausend

(Der innere Zustand des Königreichs Beider Sizilien - Die Invasion und die Haltung der Mächte - Diplomatische Verhandlungen und Zugeständnisse Franz' II. - Das Ende der bourbonischen Dynastie in Neapel)

Der innere Zustand des Königreichs Beider Sizilien

Der Zustand im Königreich Beider Sizilien wurde von Monat zu Monat beunruhigender. Verger war über diese kritische Entwicklung besorgt.⁹⁷²⁾ Für die bayerische Regierung ergab sich nach den Beobachtungen ihrer Gesandten folgendes Bild von der Lage in Süditalien. Filangieri, der zwar der Mann des Augenblicks war, zeigte sich doch nicht so befähigt, wie es erforderlich gewesen wäre. Man wußte aber nicht, durch wen man ihn hätte ersetzen können. Er war kein großer Staatsmann und kein Reformator. So geschah nichts und keinerlei Verwaltungsreformen wurden durchgeführt. Anfang des Jahres 1860 trat dann Filangieri von seinem Posten als Präsident des Ministerrates zurück, nachdem er schon vorher wochenlang in Urlaub gewesen war. Wenn er sich auch nicht durch besondere Tätigkeit und Energie ausgezeichnet hatte, so hatte er doch als einziger Regierungsvertreter das Vertrauen im eigenen Land und bei den auswärtigen Staaten genossen, sodaß sein Name allein schon ein Vorteil war. Sein Rücktritt, verursacht durch die immer größer werdende Kluft zwischen König Franz und seinen Ministern wurde als bedauerliche Tatsache registriert. Sein

972) 7.7., 24.8.1859 Verger GSTM III.R.33/34
2.10.1859, 10.2.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 27/28
11.9.1859 Antonietta an Auguste GEM. N.Th.89
30.9.1859 Wendland GSTM MAIII Frk.38

Nachfolger wurde Cassaro, der als Österreich freundlich gesinnt galt.⁹⁷³⁾

Franz versuchte in allen Regierungsgeschäften seinen Vater zu kopieren, ohne den Unterschied der Zeiten zu berücksichtigen. Dazu kam, daß er nur den Ratschlägen von Leuten folgte, die ihm sympathisch, aber meist nicht die fähigsten waren und somit kein Gegengewicht zu des Königs Unerfahrenheit darstellten. So ging alles wie bei dem verstorbenen König Ferdinand, ja eher noch schlechter. Nach wie vor herrschten dieselben Mißstände in der Verwaltung, dieselben Namen dominierten. Die Polizei mit ihrem "exorbitanten und unabhängigen System" verbunden mit persönlichen Einflüssen übte einen fortwährenden Druck aus mit ständigen Verhaftungen, worin Verger das gefährlichste Übel sah.⁹⁷⁴⁾ Nach dessen Ansicht konnte es gar nicht so schwierig sein, das Volk in seinen verhältnismäßig bescheidenen Wünschen zu befriedigen, das sich begnügen würde mit einer richtigen Ausführung der bestehenden Gesetze, mit einer ordentlichen und gerechten Verwaltung, einer festen, klugen aber auch väterlichen Führung. Dann sei, so meinte Verger, ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit und die Einführung einer Verfassung nicht einmal nötig. Man brauche nur an die ersten Regierungsjahre König Ferdinands anzuknüpfen, der sich der Macht der Dinge auch hätte beugen müssen, wenn er noch gelebt hätte. Mit noch stärkerem Recht könne der Sohn nicht die alten Zustände beibehalten, ohne früher oder später eine Krise mit unberechenbaren Folgen heraufzubeschwören. Verger hielt es für völlig ausgeschlossen, sich auf die Dauer nur mit Gewalt der Waffen auf dem

973) 24.7.1859 Verger GSTM III.R.33

12.8.1859, 24.2., 23.3., 4.4.1860 Verger GSTM MAIII
p.Stuhl 27/28

974) 8.10.1859, 10.2., 9.3., 23.3., 24.3., 4.4.1860 Verger
GSTM MAIII p.Stuhl 27/28

Thron zu halten und erachtete es als unumgänglich nötig, ohne Zeitverlust vorwärts zu gehen, wenn Franz nicht seine Krone verlieren wolle.⁹⁷⁵⁾

Aber König Franz, dem man den guten Willen nicht absprach, konnte sich, sei es aus Unerfahrenheit, die sich nach und nach deutlich fühlbar machte, sei es wegen falscher Ratschläge, nicht dazu entschließen, den Ideen des Tages und den Erfordernissen der Zeit durch entsprechende Reformen gerecht zu werden.⁹⁷⁶⁾ Noch hatte König Franz die Anhänglichkeit der Massen nicht ganz verloren, er war weder gehaßt noch geliebt. Man versprach sich viel und hoffte auf den guten Einfluß, den Marie auf ihn ausüben werde. Noch immer lebte Marie, die von den landschaftlichen Schönheiten Neapels begeistert, aber voller Sehnsucht und Heimweh nach dem Norden war, sehr zurückgezogen. Im Winter ließ sich das Königspaar öfters in Neapel sehen, ohne jedoch auf öffentlichen Veranstaltungen, Bällen und Konzerten zu erscheinen.⁹⁷⁷⁾

Vergers übte eine strenge Kritik an Franz II., warnte die bayerische Regierung vor den unausbleiblichen Folgen eines Sturzes des Königs und bat eindringlich um den Versuch, durch wohlgemeinte und einsichtsvolle Ratschläge des Schwiegervaters auf Franz einzuwirken. Ebenso geschahen Vergers wiederholte Erwähnungen der gefährdrohenden Zurückgezogenheit und der Hoffnung, die man auf den Einfluß Mariens setzte, sicherlich nicht ohne Absicht.⁹⁷⁸⁾ Ob nun diese Rat-

975) 12.8.1859, 24.3., 4.4.1860 Vergers GSTM. MAIII p.Stuhl

976) 10.2., 4.4., 6.9., 13.9.1860 Vergers GSTM. MAIII /27/28 p.Stuhl 28

977) 8.10.1859, 10.2.1860 Vergers GSTM. MAIII p.Stuhl 27/28
1.11., 29.12.1859 Marie an Auguste GHM N.Th.101

12.12.1859 Isabella Trapani an Auguste GHM N.Th.39

978) 8.10.1859, 24.3.1860 Vergers GSTM. MAIII p.Stuhl 27/28

schläge in irgendeiner Weise befolgt wurden, ließ sich nicht feststellen.⁹⁷⁹⁾

Zufolge einer schlechten Ernte stiegen die Preise, das Elend vergrößerte sich und die Arbeitslosigkeit nahm zu, wodurch die revolutionären Umtriebe Verstärkung erhielten. Vorerst herrschte aber noch Ruhe in Neapel, obwohl diese Ruhe schon in Erwartung kommender Krisen einen trügerischen Anschein erweckte.⁹⁸⁰⁾ In den Provinzen kam es ab und zu schon zu Aufständen. Im Oktober 1859 wurden auf der Insel Sizilien Unruhen niedergehalten.⁹⁸¹⁾ Im April 1860 kam es in Palermo, wo die Not besonders groß war, nach zahlreichen Demonstrationen zu einem regelrechten Aufstand der breiten Masse zusammen mit Banden aus den Landgebieten - der Adel und die mittlere Klasse beteiligten sich nicht daran -, der mit blutiger Gewalt unterdrückt wurde.⁹⁸²⁾ Ebenso versuchte man in Messina, wo keinerlei Not herrschte und der Handel blühte, wahrscheinlich aufgewiegelt durch Agenten und Geld, wobei England nach Wendlands Mei-

979) Nach Auskunft des herzoglichen Archivs in Tegernsee sind dort keine Anhaltspunkte darüber zu finden, und im Kabinettsnachlaß König Max' II. keine Spuren vorhanden.

980) 24.8.1859 Verger GSTM III.R.34
10.2., 9.3., 7.4., 17.4., 20.4., 27.4.1860 Verger
GSTM LAIII p.Stuhl 28
Im Juli kam es zu einer Meuterei der bisher sehr verlässlichen Schweizer Regimenter, die von piemontesischer Seite aufgewiegelt wurden. Man hatte ihnen untersagt, ihre eigenen kantonalen Flaggen zu führen. Es kam zu einer regelrechten Schießerei zwischen den Schweizer Truppen und den regierungstreuen Truppen. Die Regierung zeigte sich nicht besonders geschickt und einsichtsvoll. Sie erlaubte schließlich, daß diejenigen, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, ihre Einheiten verlassen durften. Viele taten dies, und man hielt es für vorteilhafter, als unzuverlässige Soldaten in der Armee zu haben. Auch dürfte die Öffentlichkeit mit dieser Regelung nicht unzufrieden gewesen sein, weil die Schweizer Truppen verhaßt waren, da der Aufwand für sie viel größer war, als für die einheimischen Truppen. (7./9.7., 12.7., 24.8.1859 Verger GSTM III. R.33/34; 12.8.1859 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 27; 16.5.1856 Abendunterhaltungen GHM 76/6/16)

981) 2.10.1859, Verger GSTM LAIII p.Stuhl 27

982) 4.4., 6.4., 7.4., 9.4., 17.4., 20.4., 27.4.1860 Verger
GSTM LAIII p.Stuhl 23

nung nicht unbeteiligt war,⁹⁸³⁾ einen Aufstand zu organisieren, der aber sofort und ohne Mühe niedergeschlagen wurde.⁹⁸⁴⁾

Außenpolitisch blieb die neapolitanische Regierung ihrer Richtlinie treu, wonach alles was in Italien vorgehe, Neapel nicht berühre, weil es im Vergleich zum übrigen Italien eine andere Rasse mit ganz verschiedenen Interessen und Bedürfnissen darstelle. England und Frankreich traten ständig mit Ratschlägen an die neapolitanische Regierung heran, die Verger doch letztlich nur als Drohungen auslegte. England ging sogar so weit, die Korrespondenz mit der Regierung in Neapel zu publizieren, was für Neapel eine grobe Beleidigung bedeutete.⁹⁸⁵⁾

Seit August 1859 verstummten die Gerüchte über Garibaldi nicht, der einen Einfall über die Marken in das Königreich Sizilien oder eine Landung in Sizilien plane. Die Regierung in Neapel war sehr beunruhigt deswegen und schien sich über die zu erwartenden Gefahren keine Illusionen gemacht zu haben.⁹⁸⁶⁾ Sie fragte in Preußen und Rußland und auch in Bayern an, wie weit Sizilien auf eine Unterstützung von diesen Staaten rechnen könne.⁹⁸⁷⁾ Ob und wie die bayerische Regierung auf diese Anfrage jemals geantwortet hatte, war nicht festzustellen.

983) 6.4.1860 Wendland GSTM III.R.44

984) 13.4., 4.5. Nr.94 1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28

985) 4.4.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28; 30.3.1860 Cetto GSTM LAIII Bld.90; vergl. A. Marchi, Storia documentata VIII S.276 ff

986) 27.3.1859 Verger GSTM III.R.34; 3.10.1859, 4.5.Nr.94 1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 27/28

987) 31.3.1860 Garafa jetzt ASTH; 16.4.1860 Bray GSTM LAIII Pr.62

Die Invasion und die Haltung der Mächte

Tatsächlich versammelten sich am 28. April in Genua die Freiwilligen Garibaldi's und schifften sich auf drei piemontesischen Handelsschiffen, ohne von der sardinischen Regierung daran gehindert zu werden, ein.⁹⁸⁸⁾ Auch hier vermutete Wendland eine englische finanzielle Unterstützung.⁹⁸⁹⁾ Am 11. Mai ankerten die Schiffe vor Marsala und begannen die Soldaten unter dem Feuer sizilianischer Truppen auszuschiffen. Die meisten der sizilianischen Truppen waren in den Städten zu deren Schutz stationiert, so daß nur wenig Soldaten zur Verfügung standen, um den feindlichen Einfall zu vereiteln.⁹⁹⁰⁾ Die Mitteilungen der Regierung klangen anfangs nicht hoffnungslos,⁹⁹¹⁾ aber Verger glaubte nicht recht, daß sie der wirklichen Situation entsprächen.⁹⁹²⁾ Garibaldi und seine Truppen, zu denen sich viele Aufständische schlugen, erreichten am 31. Mai Palermo. Garibaldi proklamierte Viktor Emanuel zum König und erließ in dessen Namen alle Regierungsakte, was die sardinische Regierung jedoch offiziell desavouierte.⁹⁹³⁾ Garibaldi hatte leichtes Spiel auf der Insel Sizilien, die nach Vergers Beurteilung schon immer gegen die Regierung in Neapel eingenommen, von eh und je ein Land der Abenteurer war, sich niemals der Dynastie angepaßt und untergeordnet hatte und viel unterdrückter war als das Festland.⁹⁹⁴⁾

-
- 988) 4.6.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15; 11.5.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.39; 13.5.1860 Verger, 9.5.1860 Carafa GSTM MAIII p.Stuhl 28
989) 11.5.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.39
990) 16.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
991) 18.5.1860 Grifeo an Schrenck; 20.5., 23.5., 26.5., 28.5., 3.6.1860 Carafa an Grifeo GSTM IP2.R.44
992) 19.5., 31.5., 14.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
993) 31.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
31.5.1860 Verger Telegr. GSTM III.R.44
26.5.1860 Cavour an Canofari jetzt ASTN
994) 6.6., 14.6., 26.7.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

Schon kurze Zeit nach der Landung in Marsala war die Insel fast ganz in den Händen der Aufständischen. Man mußte auch mit einer Landung Garibaldi's auf dem Festland rechnen und damit, daß letzten Endes die Bevölkerung in Neapel wie auch in Palermo sich keiner Gefahr aussetzen und zu Garibaldi überlaufen werde. Der Haß gegen das Polizeisystem, so glaubte Verger, werde über die Gefühle für die Dynastie siegen.⁹⁹⁵⁾ Die bayerischen Untertanen in Neapel wandten sich bereits an die Gesandtschaft um Auskunft, auf welchen Schiffen sie im Notfall fliehen könnten.⁹⁹⁶⁾ Verger meinte, daß Franz II. sich keine Illusionen über den Ernst der Situation mache; in Neapel selbst fürchtete man, daß ihm die Wahrheit verborgen werde.⁹⁹⁷⁾

Verger sah für das Königreich Sizilien nun den Augenblick gekommen, vor dem er gewarnt hatte; er hielt jetzt jede Konzession der Regierung für umsonst und zu spät. Er gab der Dynastie kaum mehr eine Chance und sah richtig voraus, daß Franz sich aus Sicherheitsgründen nach Gaeta zurückziehen müsse. Für ihn war alles die Folge, daß man den nationalen Wünschen in keinerlei Weise Befriedigung zugestanden hatte, was zum Teil Schuld der Ratgeber und der Unerfahrenheit des Königs sei.⁹⁹⁸⁾ Auch Wendland glaubte nicht, daß die sizilianische Regierung von irgendeiner Seite eine Unterstützung erhalten werde, selbst wenn die Mächte in Turin protestieren würden, so blieben das leere Worte und niemand werde die Konsequenz ziehen und die diplomatischen Beziehungen zu Sardinien abbrechen. Er rechnete ebenfalls mit dem Sturz der Dynastie, der durch Zugeständnisse des Königs nur beschleunigt werde.⁹⁹⁹⁾

995) 2.6., 19.6.1860 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 28

996) 14.6., 19.6.1860 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 28

997) 24.5., 14.6., 16.6.1860 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 28

998) 4.6., 6.6., 17.6., 27.6., 9.8.1860 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 28

999) 14.6., 2.7., 27.8.1860 Wendland GSTM. LAIII Frk. 39/40

Daß man in Turin die Sache Siziliens für verloren hielt, nimmt nicht wunder. Aber selbst neapolitanische Staatsbeamte gaben bereits jede Hoffnung auf, wie Canofari, der sizilianische Gesandte in Turin, der kein Mittel sah, die nationale Bewegung aufzuhalten und Verrat in der sizilianischen Armee befürchtete.¹⁰⁰⁰⁾ Tatsächlich hatten sich, wie Verger hörte, die Offiziere in Sizilien nicht sonderlich tapfer erwiesen und die Generale keine besonderen Fähigkeiten an den Tag gelegt.¹⁰⁰¹⁾

Franz entschloß sich in der Sitzung des Ministerrates vom 1. Juni, sein Land bis auf den letzten Mann zu verteidigen und bat die Gesandten Englands und Frankreichs um die Intervention ihrer Staaten.¹⁰⁰²⁾ Königin Marie beschwor die österreichische Regierung, ihrem Land beizustehen. Am 13. Juni kamen die bayerischen Herzöge Max und Ludwig in Wien zu einer Besprechung zusammen, aber ohne zu einem Resultat zu kommen. Österreich lehnte jede Waffenhilfe ab.¹⁰⁰³⁾

Frankreich zeigte sich zu einer diplomatischen Intervention bereit. Deshalb wurde Martino nach Paris geschickt. Als Konzession durfte er das Angebot machen, daß Franz II. eine Verfassung analog der französischen einführen und die Insel Sizilien getrennt mit einem Vizekönig verwalten lassen werde. Diese Zugeständnisse genügten Napoleon, wie zu erwarten war, nicht, er verlangte für seine diplomatische Vermittlung außer der Einführung einer Verfassung und Re-

-
- 1000) 4.6.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15
5.6.1860 Doenniges GSTM. III.R.44
14.6.1860 Verger GSTM. MAIII p.Stuhl 28
1001) 19.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
1002) 2.6., 6.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
4.6.1860 Doenniges GSTM. LAIII Sard.15
1003) vergl. C.Corti, Elisabeth, die seltsame Frau

formen und der relativen Unabhängigkeit Siziliens, die Entfernung der Königin-Mutter und als *conditio sine qua non* ein Offensiv- und Defensivbündnis mit Sardinien. Napoleon riet Martino, sich an England und Sardinien zu wenden, und sollten beide mit weniger harten Bedingungen zufrieden sein, so gab Napoleon im voraus seine Zustimmung zu den Abmachungen.

Martino war im Begriff nach London zu reisen, als Palmerston im Parlament die Stellung der englischen Regierung in Bezug auf Sizilien erläuterte, aus der hervorging, daß Martino nur eine abschlägige Antwort erhalten konnte, woraufhin er die Reise nach London aufgab. England lehnte jede bewaffnete Intervention in Sizilien ab. Dies alles war der bayerischen Regierung genau bekannt.¹⁰⁰⁴⁾ Ebenso wußte sie von den Beschwerden des russischen Gesandten in Turin bei Cavour, weil die sardinische Regierung die Einschiffung Garibaldi's zugelassen habe; Cavour rechtfertigte sich, daß man vergeblich versucht habe, Garibaldi von seinem Plan abzubringen, die piemontesischen Gesetze aber keine Handhabe zuließen, und das ganze Heer bei Gewaltanwendung zu Garibaldi übergelaufen wäre. Daraufhin gab sich der russische Gesandte zufrieden.¹⁰⁰⁵⁾ In Paris unterstützten der russische und spanische Gesandte die Anliegen Martinos bei Napoleon.¹⁰⁰⁶⁾ Wendland sah aber richtig voraus, daß die

1004) 8.6., 13.6.1860 Wendland GSTM LAIII Frk.39; 5.6.1860 Doenniges GSTM III.R.44; 7.6., 8.6., 21.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28 vergl. über die Unterredung Martinos mit Thouvenel bei N.Bianchi, Storia documentata VIII S.297 ff; über die sardinische Politik auch im Folgenden P.Matter, Cavour et l'unité italienne III.Bd.

1005) 16.5.1860 Montgelas GSTM MAIII RuS.52
4.6.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

1006) 13.6.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.39; 14.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28; Gortschakoff ließ in Neapel mitteilen, daß die russische Regierung sich auf diplomatischem Weg für Franz II. einsetzen wolle unter der Voraussetzung, daß Franz die Reformen, die er zugestehen wolle, genau modifiziere und auch wirklich durchführe. (11./23.6.1860 Gortschakoff an den russischen Gesandten in Neapel ASTF Carte Bianchi-Ricasoli Busta G Inserto F Documenti dipl. intercettati)

russische Regierung nicht so weit gehen werde; ihre guten Beziehungen zu Frankreich für die Interessen Franz II. zu opfern.¹⁰⁰⁷⁾ In einem Gespräch mit Verger beklagte sich Martino sogar, daß der russische Gesandte im Vergleich zu den anderen Gesandten, vor allem des österreichischen, nur ein sehr lauwarmes Interesse für Sizilien gezeigt habe.¹⁰⁰⁸⁾ Schrenck glaubte den sizilianischen Gesandten in München warnen zu müssen, daß man auf Rußland nicht zählen dürfe.¹⁰⁰⁹⁾ Alle Gesandten einschließlich des österreichischen hatten Martino sehr empfohlen, die Bedingungen Napoleons anzunehmen, da es die einzige Chance sei noch etwas zu retten, die anderen Staaten nichts für Franz tun könnten, und Napoleon der Herr der Situation sei, der die Gesetze mache, denen man sich unterwerfen müsse.¹⁰¹⁰⁾

Diplomatische Verhandlungen und Zugeständnisse Franz' II.

Obwohl Martino seine Zweifel dem bayerischen Gesandten zu erkennen gab, ob Franz sich zu den von Napoleon geforderten Zugeständnissen herbeilasse,¹⁰¹¹⁾ entschied sich der König von Neapel, den Forderungen zu entsprechen. Das Ministerium hatte erklärt, bei einer Invasion Garibaldis auf dem Festland die Ruhe nicht mehr garantieren zu können. Franz beauftragte Spinelli, einen gemäßigten Liberalen, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, das er nach einigen Schwierigkeiten mit fast ausschließlich gemäßigten liberalen Ministern zustande brachte. Martino, bisher Gesandter in Rom, übernahm das Portefeuille des Äußeren. Am 25. Juni erließ Franz ein Dekret, in dem angekündigt wurde: Amnestie für politische Gefangene, neues Ministerium, die Einführung

1007) 14.6.1860 Wendland GSTM LAIII Frk.39

1008) 21.6.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28

1009) 13.6.1860 Grifeo jetzt ASTN

1010) vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.303

1011) 21.6.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28.

einer Verfassung und eines Parlamentes, ein "accordo" mit Piemont über die gemeinsamen Interessen in Italien, die Einführung der italienischen Nationalfahne mit dem sizilianischen Wappen in der Mitte und Ersatz der Regierung Siziliens durch ein Vizekönigtum. Das, was ein Offensiv- und Defensivbündnis werden sollte, wurde nur als eine Übereinkunft von Interessen bezeichnet.¹⁰¹²⁾

Verger sollte mit seiner Meinung recht behalten, denn die Kenzessionen kamen zu spät und waren erzwungen. Wie Verger hörte, reagierte die Bevölkerung darauf mit Kälte, mit Indifferenz, mit Mißtrauen, wenn nicht sogar mit Haß. Wenn sich beispielsweise die königliche Familie, die nach wie vor ganz zurückgezogen lebte, in den Straßen zeigte, wurde sie mit keinerlei Ovationen mehr geehrt.¹⁰¹³⁾ Einige Tage nach der Veröffentlichung des königlichen Dekretes wurde Neapel infolge von Unordnungen für kurze Zeit in Belagerungszustand versetzt. Die Ruhe, die bald wieder hergestellt werden konnte, erschien Verger aber nicht vertrauenerweckend, sondern eher für die Folge eines Befehles der revolutionären Partei.¹⁰¹⁴⁾ Das neue Ministerium zeigte sich nicht sonderlich stark, und es wurden laufend Umbesetzungen vorgenommen.¹⁰¹⁵⁾ Die Truppen ließen Sympathien für Garibaldi erkennen. Wenn auch Martino meinte, eine Revolution in Neapel vermeiden zu können, so machte sich nach Ansicht Vergers doch die Auflösung und Demoralisation von Woche zu Woche stärker bemerkbar.¹⁰¹⁶⁾

König Franz schickte nun Greca zu Napoleon, um zu sagen, daß er seinen Rat angenommen habe und zu bitten, daß Napo-

1012) 27.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

28.6.1860 Martino an Grifeo Telegr. GSTM III.R.44

1013) 27.6., 30.6., 4.7., 10.7., 14.7., 19.7.1860 Verger GSTM p.Stuhl 28

1014) 29.6., 30.6., 4.7., 10.7., 13.7., 19.7.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1015) 10.7., 14.7., 24.7.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1016) 4.7., 19.7., 26.7., 30.7., 9.8., 11.8.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

leon die Allianzbestrebungen in Turin unterstützen möge. Greca reiste weiter nach London, wo er darum nachsuchte, daß Garibaldi ein Waffenstillstand auferlegt werde, und falls er abgelehnt werden sollte, Frankreich und England jede weiteren aggressiven Handlungen gegen Neapel unterbinden. England ging nicht darauf ein, ebenso nicht auf den französischen Vorschlag, durch die englische und französische Flotte eine Landung Garibaldis auf dem Festland zu verhindern. Über diese diplomatischen Verhandlungen war man in München unterrichtet.¹⁰¹⁷⁾ Napoleon, der ja die Entstehung eines so großen geeinten italienischen Reiches nicht wünschen konnte, hoffte England für ein Einschreiten gegen eine so umfassende Einigung gewinnen zu können. England befürchtete aber, daß Sardinien weitere Gebietsabtretungen an Frankreich gestatten werde, um selbst dafür Unteritalien annektieren zu können. Daher blieb England gegenüber den Vorgängen in Süditalien erst abwartend und bestand nach wie vor auf dem Nichtinterventionsprinzip. Schließlich entschloß sich die englische Regierung für die italienische Einigung, weil sie ein starkes italienisches Reich für fähig hielt, sich dem französischen Einfluß auch im Mittelmeer zu widersetzen, während sie bei Verhinderung des Anschlusses von Süditalien an Sardinien befürchtete, daß die bourbonische Dynastie in Neapel sich nicht halten könne und dafür eine bonapartistische eingesetzt werde.¹⁰¹⁸⁾ Außerdem, und dies wurde auch von Cetto festgestellt, hatte man in England wenig Sympathie für Franz, der nach dortiger Ansicht die Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben und daher sein Schicksal selbst verdient habe. Die Taten Garibaldis aber wurden laut applaudiert.¹⁰¹⁹⁾

1017) 14.7.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28; 27.7.1860 Cetto GSTM MAIII Egl.50; 9.7., 25.7., 27.7.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.40

Die neapolitanische Regierung sandte Cito, Legationsrat in Paris, zu König Max nach Baden-Baden mit einem Memoire, das auch den Königen von Sachsen, Württemberg und Hannover übergeben wurde, mit der Bitte, die deutschen Fürsten möchten sich gemeinsam bei Napoleon anlässlich der Fürstenzusammenkunft in Baden-Baden im Juni 1860 für die Sache Franz'II. einsetzen, wonach dann Napoleon seinen Einfluß in Turin geltend machen sollte. Napoleon kam bei diesem Treffen nicht auf die italienische Frage zu sprechen. Aber König Max schnitt das Thema von sich aus an; er wurde sehr kategorisch schon bei den ersten Worten unterbrochen. Napoleon äußerte seinen unabänderlichen Entschluß, sich nicht in die sizilianische Frage einzumischen und meinte, daß kaum mit einem Einfluß von französischer Seite in Turin zu rechnen sei. Er stellte Max anheim, selbst sein Glück bei der sardinischen Regierung zu versuchen.¹⁰²⁰⁾ Die Möglichkeit einer solchen Demarche in Turin wurde von der bayerischen Regierung keineswegs erwogen, da man wohl ihre Zwecklosigkeit voraussah.¹⁰²¹⁾

-
- 1020) 2.7.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 40; 24.6.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832; 23.6.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34; 19.6.1860 Launay ASTT Berlino 4 Notiz Max GHM 79/1/165. In dieser Notiz heißt es: "Auf meine Bitte auf den König von Sardinien einzuwirken, daß er doch nicht wider alles Völkerrecht Garibaldi unterstützte, war die Antwort, er habe schon auf ihn in diesem Sinn einzuwirken gesucht, Viktor Emanuel sei aber König eines konstitutionellen Staates und selbst von der Pression der Liberalen abhängig." vergl. Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr.180
- 1021) Der Prinzregent von Preußen wandte sich, bei der Baden-Badener Zusammenkunft der Fürsten dazu angeregt, an England und Rußland, um eine Verständigung zu erreichen, wie dem König Franz sein Land erhalten werden könne. Preußen und Rußland baten Österreich, eine gemeinsame Demarche in Paris zu unterstützen. Österreich erklärte aber nur dann sich zu beteiligen, wenn es sich nicht um eine Allianz Siziliens mit Sardinien handle, die nur gegen Österreich gerichtet sein könne. Auf diesem Rat jedoch fußte der geplante Vorschlag Preußens und Rußlands. (19.7.1860 Wendland GSTM MAIII Frk.40; 18.7., 23.7.1860 Bray GSTM MAIII Öst.51)

Napoleon unterstützte zwar in Turin die Bemühungen der sizilianischen Regierung um eine Allianz. Aber Sardinien war wenig zu einem solchen Bündnis geneigt. Nach bayerischen Informationen drängte in Piemont alles zur Annexion Siziliens, was jedoch die Regierung offiziell verneinte. Aber Cavour ließ in Sizilien Garibaldi und die Mazzinisten ruhig vorerst für Sardinien arbeiten.¹⁰²²⁾ Die sardinische Regierung nahm mit dem sizilianischen Minister Manna, der nach Turin kam, Verhandlungen auf und zog sie möglichst in die Länge, um Zeit zu gewinnen.¹⁰²³⁾ Sardinien hatte nach dem Züricher Frieden Sizilien einmal eine Allianz angeboten, die Franz II. ausschlug.¹⁰²⁴⁾ Doenniges mußte von diesem Vorschlag gewußt haben.¹⁰²⁵⁾ Die sardinische Regierung verlangte außer der Einführung der Verfassung, daß Garibaldi zum Chef des sizilianischen Heeres ernannt werde und als Vertrauensbeweis eine Auszeichnung von Franz erhalte; ferner daß der Fürst von Syrakus Vizekönig von Sizilien werde. Syrakus, ein Onkel des Königs Franz, hatte den Ruf des fähigsten Mitgliedes der königlichen Familie, aber auch den, daß er ganz "italianissimo und Piemontese" sei.¹⁰²⁶⁾ Man einigte sich nicht. Viktor Emanuel versprach zwar Garibaldi zu engagieren, daß er vor Ablauf von 6 Monaten nichts gegen Neapel unternehme.¹⁰²⁷⁾ Aber die bayerischen Berichterstatter meinten, daß Garibaldi nicht auf die Mahnungen aus Turin oder Paris hören werde.¹⁰²⁸⁾

-
- 1022) 13.6., 2.7., 14.7., 25.7.1860 Wendland GSTM LAIII
Frk.39/40
4.6., 15.6., 8.7.1860 Doenniges GSTM LAIII Sard.15
4.6., 8.6.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
1023) 4.7., 14.7., 17.7.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.308 ff
1024) vergl. A.Bianchi, Storia documentata VIII S.275 ff
1025) 4.6.1860 Doenniges GSTM LAIII Sard.15
1026) 12.8.1859, 16.8.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 27/28
7.12.1859 Martini an Rechberg HSTW XI Naples 12
1027) 22.3.1860 Thouvenel an Banneville AAE Bavière 236
24.8.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
1028) 27.7.1860 Wendland GSTM LAIII Frk.40
13.7., 26.7.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28

Das Ende der bourbonischen Dynastie in Neapel

Dieser hatte in Turin immer weitere Erfolge, wenn auch die Bevölkerung nach bayerischer Aussage nicht durchwegs für die Idee einer Annexion an Sardinien gestimmt sei und zum Teil, vor allem in den Städten, die Autonomie erhalten wollte.¹⁰²⁹⁾ Am 27. Juli fiel Messina in die Hände Garibaldis. Mitte August landete Garibaldi mit seinen Freischaren in Kalabrien, auf neapolitanischem Festland und eroberte schnell das Land und setzte sich in Marsch auf Neapel.¹⁰³⁰⁾

Dort herrschte nach Vergers Schilderung eine panikartige Stimmung. Alles befand sich im Zustand der Auflösung. Viele reisten ab; auch Leute aus der nächsten Umgebung des Königs verließen Neapel. Der König wurde von allen Seiten verraten und verlassen, von Generälen, von seinen Vertrauten, von der öffentlichen Meinung. Das Ministerium gab um seine Entlassung ein. Das Volk verhielt sich ruhig und abwartend, aber es schien Verger, als ob es durch "den kleinsten Funken" entzündet werden könne.¹⁰³¹⁾ Königin Marie wollte sich zu Pferd den Truppen zeigen, um sie für die königliche Sache zu begeistern.¹⁰³²⁾ Aber man hinderte sie daran. Jedermann erwartete die baldige Abreise des Königs, nachdem die aussichtslosen Bestrebungen Martinos fehlgeschlagen waren, Neapel auf diplomatischem Wege als neutrales Gebiet erklären zu lassen.¹⁰³³⁾ Am 6. September schiffte sich Franz nach Gaeta ein. Vorher erließ er noch einen Protest an die Mächte, in dem er die Invasion als die einer fremden Macht bezeichnete, und der nach Vergers

-
- 1029) 20.6., 14.7.1860 Verger, 28.7.1860 Grill GSTM LAIII p.Stuhl 28; 14.7., 19.7.1860 Wendland GSTM LAIII Frk.40
1030) 13.8., 23.8., 30.8.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
14.8., 21.8., 25.8.1860 Martino an Grifeo Telegr.
jetzt ASTN
1031) 13.8., 16.8., 30.8., 3.9., 6.9.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28; 17.2.1861 Wendland an Max GHM 77/5/86
1032) 11.9.1860 Auguste an Luitpold GHM N.Th. 22
1033) 27.8., 30.8., 1.9.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
8.9.1860 Wendland GSTM LAIII Frk.40

Ansicht die Verzweiflung und Angst der Dynastie deutlich verriet.¹⁰³⁴⁾ Einen Tag nach der Abreise Franz' II. erreichte Garibaldi Neapel. Er war, wie Verger wußte, von Romano, dem Franz die Regierung übergeben hatte, gerufen worden. Garibaldi proklamierte die Diktatur und erließ auch hier im Namen Viktor Emanuels Gesetze und Verordnungen.¹⁰³⁵⁾

Napoleon anerkannte die Invasion Garibaldis offiziell als die einer fremden Macht, die gegen das Prinzip der Nicht-intervention verstoße. Er lehnte jede Verantwortung für die Ereignisse ab, da er in Turin lebhaftere Vorstellungen gegen ein solches Unternehmen Garibaldis, allerdings vergeblich, gemacht habe. Franz schickte Caianello mit einem Hilfesuch zu Napoleon. Aber Napoleon erklärte, nichts für Franz tun zu können, da ihm durch England die Hände gebunden seien.¹⁰³⁶⁾ Nachdem der Hof Neapel verlassen hatte, reiste auch das diplomatische Corps bis auf den englischen und sardinischen Gesandten ab. Brenier, der französische Gesandte, wurde nach Paris zurückgerufen, aber ein Sekretär blieb in Neapel als französischer Geschäftsführer zurück.¹⁰³⁷⁾

Die sardinische Regierung wollte sich von Garibaldi das Spiel nicht aus der Hand nehmen lassen und schickte deshalb reguläre sardinische Truppen nach Sizilien. Viktor Emanuel begab sich selbst nach Neapel.¹⁰³⁸⁾ Verger hörte, daß dort ein solches Durcheinander herrschte, daß das Erscheinen von piemontesischen Truppen und die Bildung einer

1034) 13.8., 23.8., 7.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
21.8.1860 Martino an Grifeo jetzt ASTN

1035) 10.9., 13.9., 11.10.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1036) 31.8.1860 Martino Telegr. jetzt ASTN
22.8.1860 Thouvenel an Banneville AAE Bavière 236
1.9., 13.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1037) 10.9., 15.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
AAE Naples 1859-1860

1038) 1.10., 11.10., 3.11.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

ordentlichen Regierung mit Freuden begrüßt worden sei.¹⁰³⁹⁾ Garibaldi mußte sich Sardinien unterwerfen. Er lehnte jeden Titel und Orden ab. Die piemontesischen Truppen erklärten über Gaeta die Blockade. Der bayerische Gesandte unterließ nicht zu erwähnen, daß das Volk zur Abstimmung über den Anschluß an Sardinien aufgerufen wurde.¹⁰⁴⁰⁾

König Franz hatte sich mit drei ihm noch verbliebenen Schiffen nach Gaeta begeben. Er bildete dort ein neues Ministerium mit Casella an der Spitze. Frankreich erkannte die sardinische Blockade Gaetas nicht an und ließ ein französisches Escadre vor dem Hafen von Gaeta ankern.¹⁰⁴¹⁾ Die Lage war für Franz verzweifelt und hoffnungslos. Dies machte Verger seiner Regierung völlig klar, und dies war auch die Meinung in Europa.¹⁰⁴²⁾ Verger schrieb aus eigener Initiative an König Franz und riet ihm, Gaeta aufzugeben und sich an England um Hilfe zu wenden, da dieses sicher nicht zulassen werde, daß Sizilien unter französische Vorherrschaft komme. Das sei die einzige Hoffnung für Franz.¹⁰⁴³⁾ Die bayerische Regierung mißbilligte Vergers Ratschläge nicht.¹⁰⁴⁴⁾ England unterstützte jedoch die Sache Franz'II. in keiner Weise.¹⁰⁴⁵⁾

Österreich und Preußen lehnten ein Hilfesuch Franz'II. ebenfalls ab, da sie materiell nicht dazu in der Lage seien. Auch ein Gesuch um finanzielle Hilfe in Petersburg blieb erfolglos.¹⁰⁴⁶⁾ Die bayerische Regierung wurde gleichfalls

-
- 1039) 4.10., 7.10., 12.11.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 1040) 11.10., 25.10., 8.11.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 5.11., 18.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15
 1041) 15.9., 17.10., 25.10., 3.11.1860 Verger GSTM MAIII
 p.Stuhl 28; 29.9.1860 Verger GSTM III.R.44
 1042) 15.9., 27.9., 11.10.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 20.11.1860 Bray GSTM MAIII Öst.51
 1043) 20.9.1860 Verger an Franz II. GSTM MAIII p.Stuhl 28
 1044) 28.9.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44
 1045) 7.9., 18.9.1860 Cetto GSTM MAIII Egl.50
 1046) 7.11.1860 Bray GSTM MAIII Öst.51; 12.11.1860 Perglas
 GSTM MAIII Ruß.52; 1.2.1861 Perglas GSTM III.R.45

um Subsidien gebeten. Da die Staatsfinanzen keine solchen Hilfsgelder vorsähen, und die privaten Mittel des Königs keine nennenswerte Hilfe für Franz gestatteten, so wurde König Franz auch von bayerischer Seite nicht geholfen.¹⁰⁴⁷⁾ König Franz entschloß sich entgegen dem Rat Vergers, Gaeta so lange wie möglich zu halten. In München nahm man an, daß Königin Marie diesen Entschluß kräftig unterstützt habe. Sie weigerte sich auch Gaeta zu verlassen, selbst als das diplomatische Corps sich bis auf den spanischen Gesandten nach Rom begab.¹⁰⁴⁸⁾ Franz hatte, so teilte Verger mit, auf Betreiben des österreichischen Gesandten "aus Gutmütigkeit und Delikatesse" dem diplomatischen Corps freigestellt, Gaeta zu verlassen.¹⁰⁴⁹⁾

So mutlos und schwach sich auch Franz in den letzten Wochen in Neapel gezeigt hatte, so sprachen sich die Berichte aus Gaeta alle lobend über den König aus, der Mut und Tapferkeit bewiese und mit Entschlossenheit befehle. Verger glaubte, daß Mariess Einfluß wohl viel zu dieser Haltung beigetragen habe.¹⁰⁵⁰⁾

Napoleon gab Franz II. im Dezember 1860 den Rat, Gaeta aufzugeben und teilte ihm mit, daß das französische Escadron bald den Hafen von Gaeta verlassen werde.¹⁰⁵¹⁾ Doenniges berichtete, daß Napoleon von Turin aus dazu veranlaßt worden sei.¹⁰⁵²⁾

-
- 1047) 11.11.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44; 2.12.1860 Pfistermeister an v.d.Pfordten GSTM N.Pf.125 ; auch spätere Versuche Franz'II., eine Anleihe an bayerischen Bankhäusern zustande zu bringen, scheiterten. (1.3.1862 Schönburg HSTW IV Bavière 29; 5.3.1862 Reculot AAE Bavière 237)
- 1048) 6.11., 21.11., 8.12.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
21.9.1860 Rati ASTT Monaco 8/55; AAE Naples 1859/61
- 1049) 2.4.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29
- 1050) 13.9., 15.9., 29.10., 8.11., 1.12., 8.12., 24.12.1860
9.3., 15.6.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28/29
20.11.1860 Bray GSTM MAIII Öst.51; 6.12.1860 Therese von Brasilien an Auguste GHM N.Th.101
- 1051) 18.12., 21.12.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1052) 19.12.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

Unter dem Schutz der französischen Schiffe konnte Franz Nachschub nach Gaeta bringen lassen. Da aber England die Blockade Gaetas anerkannt hatte und sonst keine fremden Schiffe vor Gaeta lagen, war Franz in der Gefahr, restlos abgeschnitten zu werden. Zudem fürchtete man allgemein und auch Verger, daß bei der zu erwartenden Bombardierung Gaetas die Truppen sich bald demoralisieren ließen.¹⁰⁵³⁾ Franz entschied sich daraufhin zur Reduzierung der Garnison auf 7000 Mann und appellierte an die Mächte, die sich bei Napoleon dafür verwenden sollten, daß die französische Flotte weiterhin vor Gaeta verbleibe. Rußland, Preußen und Österreich folgten der Bitte, ließen aber klar erkennen, daß sie Franz keine tatsächliche Hilfe leisten konnten, und übergaben am 26. Dezember 1860 in Paris eine kollektive Verbalnote. Die bayerischen Berichterstatter meldeten von einem Erfolg der Mächte in Paris, obwohl England im gegenteiligen Sinn agierte. Allerdings gestand Napoleon den Schutz Gaetas nicht auf unbestimmte Zeit zu, da diese Haltung nicht mit dem Prinzip der Nichtintervention in Einklang stehe. Napoleon versprach, den Abzug der französischen Flotte drei Wochen im voraus anzukündigen.¹⁰⁵⁴⁾ Er hatte sich wohl aus persönlichen Motiven zu diesem Zugeständnis bewegen lassen. Wendland und Verger hörten, daß die Antwort Franz'II. Napoleon gut beeindruckt habe, auch sei die Kaiserin Eugénie, voller Anerkennung über das tapfere Verhalten Maries, an dem Entschluß beteiligt gewesen.¹⁰⁵⁵⁾

-
- 1053) 8.11., 21.11., 24.11., 8.12.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1054) 18.12., 24.12., 26.12.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 17.12., 31.12.1860 Montgelas GSTM MAIII Preußen 62;
 19.12.1860 Perglas GSTM MAIII Ruß.52; 18.12.1860
 Gasser GSTM MAIII Frk.40; 27.12.1860 Bray GSTM MAIII
 Öst.51; 31.12.1860 Cetto GSTM MAIII Egl.50
- 1055) 26.12.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 31.12.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41

Zudem zeigte die französische Öffentlichkeit nach bayerischer Aussage lebhaftes Sympathien für die ehrenvolle Verteidigung Gaetas.¹⁰⁵⁶⁾

Sehr bald jedoch gab Napoleon dem Drängen Englands nach. Er verlangte von Franz einen Waffenstillstand von 10 Tagen, während welcher Zeit (9.1. - 19.1.1861) er mit Piemont sich einigen müsse. Andernfalls werde Napoleon die französische Escadre zurückziehen. Franz gestand zwar den Waffenstillstand zu, aber zu einer Einigung kam es nicht, da er fest entschlossen war, nicht zu kapitulieren und sich weiter zu verteidigen. Die französische Flotte verließ tatsächlich am 19. Januar 1861 den Hafen von Gaeta. Frankreich motivierte die Abberufung damit, daß man nur den persönlichen Schutz Franz' II. beabsichtigt habe, daß aber durch die Fortsetzung des Kampfes den republikanisch-mazzinistischen Bestrebungen Vorteile erwachsen. Auch spielte Frankreich auf die friedliche Meinungsänderung in Turin an.¹⁰⁵⁷⁾ Dort soll man, so hörte auch Doenniges, für den Rückzug der französischen Flotte versprochen haben, Venedig im Frühjahr nicht anzugreifen.¹⁰⁵⁸⁾ Die Anregung Napoleons in Petersburg, die französische Flotte durch eine aus Schiffen anderer Mächte kombinierte zu ersetzen, lehnte Rußland ab, weil es seine Flotte nicht von der Ostsee ins Mittelmeer verlegen wolle, und Österreich und Preußen keine verwendbaren Schiffe hätten.¹⁰⁵⁹⁾

-
- 1056) 1.2.1861 Wendland GSTM LAIII Frk.41; 6.4.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29
- 1057) 11.1.1861 Cetto GSTM LAIII Egl.51; 8.1.1861 Wendland GSTM LAIII Frk.41; 5.1., 11.1., 13.1.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29; 14.1.1861 Bray; 19.1.1861 Grifeo an Schrenck GSTM III.R.45
- 1058) 22.1.1861 Doenniges GSTM LAIII Sard.16
- 1059) 10.1., 21.1.1861 Perglas GSTM LAIII Ruß.53
12.1., 14.1.1861 Bray GSTM III.R.45
Wendland muß falsch informiert gewesen sein, da er meldete, Rußland habe diesen Vorschlag in Paris gemacht und Frankreich habe ihn abgelehnt. (19.1.1861 Wendland GSTM LAIII Frk.41)

Franz wandte sich nun mit der Bitte an die Mächte, die Blockade von Gaeta nicht anzuerkennen und gemeinsam bei Viktor Emanuel deswegen vorstellig zu werden. Sardinien zeigte jedoch die Blockade nicht offiziell an, sodaß eine direkte Antwort für die Mächte nicht nötig war. Bayern erkundigte sich bei den anderen europäischen Regierungen, ob man sich bei Viktor Emanuel für Franz verende. Niemand war aber dazu gewillt. Frankreich und Rußland hielten nur ein Schiff bereit für den Augenblick, wo Franz Gaeta zu verlassen wünsche, sodaß für die persönliche Sicherheit des Königs gesorgt sei.¹⁰⁶⁰⁾ Gaeta konnte sich bei diesen Verhältnissen nicht mehr lange halten. Verger sah eine baldige Krise voraus.¹⁰⁶¹⁾ Der bei Franz akkreditierte Nuntius, der Gaeta auf die Aufforderung Franz'II. verlassen hatte, was Antonelli sehr mißbilligte, plante eine Fahrt mit seinen Kollegen nach Gaeta zum Geburtstag des Königs am 16. Januar, um eine Art politischer Demonstration für Franz zu machen.¹⁰⁶²⁾ Trotz Schwierigkeiten nach Gaeta zu gelangen, kam der Plan zur Ausführung. Franz konferierte lange mit den angekommenen Gesandten und fragte sie um Rat, ob er weiterhin Widerstand leisten sollte oder nicht. Der Waffenstillstand war zu dem Zeitpunkt noch nicht abgelaufen. Alle Gesandten rieten zu weiterem Ausharren. Tags darauf forderte Franz die Gesandten auf, in Gaeta zu bleiben, da er auf ihren Rat und Schutz bei dem bevorstehenden Angriff nicht verzichten wolle. Verger schilderte, wie überrascht die Gesandten gewesen seien, da sie in der Absicht, wenige Stunden in Gaeta zu verbringen, gekommen seien, und nun die ganzen Mißlichkeiten und Gefahren einer Belagerung auf sich nehmen sollten. So sehr

1060) 18.1.1861 Casella; 19.1., 3.2.1861 Schrenck an Max; 9.2.1861 Cetto, 13.2.1861 Montgelas, 13.2.1861 Wendland, 6.2.1861 Bray GSTM III.R.45; 14.2.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß. 53

1061) 11.1.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

1062) 27.11.1860 ... p.Stuhl 2, 2

sie nach Vergers Aussage auch tags zuvor König Franz zu weiterem Widerstand ermuntert hatten, so wollten die meisten das Los Franz'II. nicht teilen.¹⁰⁶³⁾ Verger fühlte sich verpflichtet in Gaeta zu bleiben, solange eine bayerische Prinzessin auch dort aushalte, was von seiner Regierung nur gut geheißen wurde.¹⁰⁶⁴⁾ Ebenso blieben der sächsische und österreichische Gesandte und der Nuntius, letzterer aber nur widerwillig.¹⁰⁶⁵⁾ Der portugiesische, holländische und belgische Gesandte, die alle gleichzeitig auch beim Papst akkreditiert waren, und der russische Gesandte, der allerdings ausschließlich bei Franz beglaubigt war, kamen der Bitte des Königs nicht nach und reisten ab. Der spanische Gesandte hatte Gaeta nie verlassen gehabt und blieb auch weiterhin.¹⁰⁶⁶⁾

Es dauerte keine vier Wochen mehr, bis die Besatzung Gaetas, zermürbt durch die Beschießungen, durch Krankheit und Seuchen zur Kapitulation bereit war. Seit 11. Februar verhandelte Franz mit den Piemontesen, am 13. Februar 1861 wurde die Kapitulation unterschrieben. Die Garnison mußte sich in Gefangenschaft begeben. König Franz und Marie schifften sich auf dem bereit gehaltenen Schiff am 14. Februar ein und begaben sich nach Rom.¹⁰⁶⁷⁾ Einen Monat später kapitulierte auch Messina und damit verlor das sizilianische Kö-

1063) 18.1., 13.2.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

21.1.1861 Bray, 18.1.1861 Casella GSTM III.R.45

1064) 31.1.1861 Max GSTM III.R.45

1065) Riederer, der bayerische Gesandtschaftssekretär in Rom meinte, daß Antonelli und Trapani bereits vorher ausgemacht hätten, daß Franz II. das diplomatische Corps engagieren solle in Gaeta zu bleiben und dem Nuntius nichts davon mitgeteilt habe, weil Antonelli dessen Abreise im Herbst aus Gaeta mißbilligte.
(27.1.1861 Riederer GSTM MAIII p.Stuhl 29)

1066) 22.1.1861 Riederer GSTM III.R.45 Die russische Regierung war mit dem Verhalten ihres Gesandten nicht einverstanden (7.2.1861 Perglas GSTM MAIII RuB.53)

1067) Tagebuch Vergers aus Gaeta 14.2.1861 Riederer Telegr. GSTM III.R.45

nigshaus das letzte Stückchen Land.¹⁰⁶⁸⁾ Mit der tapferen Verteidigung und dem ehrenhaften Untergang war es dem Königshaus gelungen, sich in den Augen Europas ein wenig zu rehabilitieren. Das tapfere Verhalten Maries fand überall Anerkennung und Bewunderung und trug ihr den Namen der Heldin von Gaeta ein. Rußland zeichnete sie mit einem hohen Orden aus, der bisher noch nie an eine Frau verliehen worden war.¹⁰⁶⁹⁾

Man hatte sich in München, von den Gesandten gut unterrichtet, keine Illusionen über die hoffnungslose Situation des Königreiches Beider Sizilien gemacht. Man war wohl empört über das Verhalten Sardinien und den widerrechtlichen und illegalen Einfall Garibaldi. Wohl auf die scharfe Kritik Vergers hin sprach man aber Franz nicht frei von jeder Schuld und der Verantwortung gegenüber seinem Geschick. Man erkannte und verurteilte genau die Fehler des despotischen und reaktionären Regimes und die dadurch bedingte Schwäche des Königs. Aber selbstverständlich herrschte in der königlichen Familie eine tiefe persönliche Anteilnahme an dem Schicksal des neapolitanischen Königshauses, und man war stolz auf das mutige und ehrenhafte Verhalten der bayerischen Prinzessin, die ihren Gatten nicht im Stich gelassen hatte.¹⁰⁷⁰⁾

-
- 1068) 13.3.1861 Verger Telegr. GSTM LAIII p.Stuhl 29
1069) 9.3.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29, 16.2., 9.3.1861
Perglas GSTM MAIII RuB.53
Königin Marie fand in der Geschichtsschreibung ihre Würdigung. B.Croce schrieb über sie: Sie kämpfte wie ein einfacher Soldat in Gaeta, Amazone und Krankenschwester, einer der heroischsten Frauengestalten der Geschichte, fromm und kriegerisch wie die Jungfrau von Orleans. (Il romanticismo legitimistico e la caduta del Regno di Napoli, in: Uomini della vecchia Italia, Bari 1943)
Einige Dichter haben ihrer Gestalt ein Denkmal gesetzt, wie Daudet (Roi en exil), d'Annunzio (Vergine delle roccie), Marcel Proust (La Prisonnière)
1070) 27.8.1860 Banneville AAE Bavière 236
10.6.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
Briefe Auguste an Luitpold GHM N.Th.22
Briefe Luitpold an Auguste GHM N.Th.93

Die Öffentlichkeit in Deutschland neigte mehr und mehr dazu, Italien das Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, zumal man hoffte, daß der französische Druck auf Deutschland nachlasse, wenn Frankreich ein großes und starkes italienisches Reich zu fürchten habe. Trotzdem zeigte man sich doch stark bewegt über den Sturz des sizilianischen Königshauses, wenn auch nicht ohne Kritik gegenüber Franz¹⁰⁷¹. Letzten Endes wird man in Bayern allgemein erleichtert gewesen sein, daß das unnötige Blutvergießen in Gaeta beendet worden war.

1071) 17.1.1860, 14.2.1861 Barral ASTT Francoforte 5/34+35
23.4.1860 Cantono ASTT Monaco 8/50
10.6., 11.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
14.9.1860 Barneville AAE Bavière 236

IV. Kapitel

Die Invasion in den Kirchenstaat

(Heer und Finanzen - Französischer Vorschlag zur Lösung der römischen Frage - Invasionsgefahr - Die Eroberung der Marken und Umbriens durch Sardinien)

Heer und Finanzen

Schon seit dem Herbst 1859 hatte sich die römische Regierung sehr um die Neuorganisation ihres Heeres gekümmert. Es war dies durchaus notwendig, weil immer wieder das Gerücht auftauchte, daß Napoleon die französische Garnison aus Rom und Civita-Vecchia zurücknehmen wolle. In einem solchen Fall müßte die päpstliche Regierung als Ersatz für die französischen Truppen nach Vergers Schätzung mindestens 5 000 Mann aus den Marken herausziehen und in Rom stationieren, wodurch die Marken verhältnismäßig ungedeckt blieben und eine Revolution dort erleichtert werde.¹⁰⁷²⁾ Eine offizielle Anzeige über den Rückzug der französischen Garnison war bis zum Frühjahr 1860 noch nicht gemacht worden. Wendland und Verger glaubten, daß die römische Regierung immerhin mit dieser Möglichkeit rechnen müsse, weil es sehr wohl denkbar sei, daß Napoleon sich der ihm nur lästigen Pflicht und Verantwortung im Kirchenstaat entledigen wolle. Allerdings zog Verger auch die Überlegung in Betracht, daß Napoleon die politischen und militärischen Vorteile einer Garnison in Rom nicht unterschätzen und sich deshalb nicht freiwillig dieser Position berauben werde.¹⁰⁷³⁾

-
- 1072) 20.1.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15
17.1.1860 Verger GSTM III.R.35; 4.2.1860 Verger
GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1073) 17.1.1860 Verger GSTM III.R.35
27.3., 6.4.1860 Wendland GSTM III.R.44, 9.4.1860
Wendland GSTM MAIII Frk.39
4.2., 19.3.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

Nachdem das Bestreben der französischen Regierung, wonach sizilianische Truppen die Aufgaben Frankreichs im Kirchenstaat übernehmen sollten, mißlang,¹⁰⁷⁴⁾ wurde im Mai 1860 tatsächlich zwischen der französischen und päpstlichen Regierung eine Regelung zur Evakuierung getroffen. Der Papst war viel zu stolz, als daß er trotz den bedenklichen Folgen einer Evakuierung Napoleon gebeten hätte, seine Truppen länger im Kirchenstaat zu belassen. Er nahm den französischen Vorschlag an. Verger hob hervor, daß der Papst dies entgegen den Warnungen Antonellis tat. Man kam überein, daß bis August alle französischen Truppen abtransportiert sein sollten. Einige Tage darauf aber wurde von Napoleon ein Gegenbefehl erlassen, und die Evakuierung vorerst aufgeschoben. Die römische Regierung hatte nach Vergers Zeugnis in keiner Weise darum gebeten. Napoleon war sicherlich durch die in Sizilien erfolgte Invasion Garibaldis dazu bestimmt worden.¹⁰⁷⁵⁾

Für die Organisation des päpstlichen Heeres war es ein großer Vorteil, daß es dem Kirchenstaat gelang, den französischen General Lamorcière als Chef des Heeres zu gewinnen. Napoleon konnte seine Zustimmung nicht versagen, zudem ihm, so nahmen die bayerischen Gesandten an, die nunmehr französische Leitung des päpstlichen Heeres eine gewisse Garantie gab, daß dieses nichts gegen Frankreich unternehmen werde; außerdem bestand die Hoffnung, daß je besser das päpstliche Heer organisiert war, desto eher die

-
- 1074) 30.3., 6.4.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
27.3.1860 Wendland GSTM III.R.44; 30.3.1860 Wendland
GSTM LAIII Frk.39; 31.3.1860 Carafa jetzt ASTN
In München tauchte schon das Gerücht auf, daß sizilianische Truppen im Kirchenstaat eingerückt seien. Schrenck war darüber besorgt, er fürchtete, daß ernste Komplikationen daraus zwischen dem Kirchenstaat und Piemont resultieren würden und sprach dem Kirchenstaat überhaupt das Recht ab, Sizilien zu Hilfe zu rufen. (28.3.1860 Banneville AAE Bavière 236)
vergl. N.Bianchi, Storia documentata VIII S.281 ff, daß Sardinien für das Zugeständnis des Wechsels der Besatzung unannehmbare Forderungen verlangt habe.
- 1075) 11.5., 13.5., 16.5., 24.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

französischen Truppen durch dieses ersetzt werden konnten. Lamorcière galt als befähigter General und hatte einen guten Ruf als rechtschaffen, loyal und energisch. Immerhin schien es Verger möglich, bei geeigneter Führung aus den Römern tüchtige Soldaten zu machen.¹⁰⁷⁶⁾ Nach wie vor versuchte der Kirchenstaat in fremden Staaten Soldaten anzuwerben. In Österreich hatte man auf die Fürsprache des Erzherzogs Maximilian, des Bruders Kaiser Franz' Josef, Erfolg.¹⁰⁷⁷⁾ Die bayerische Regierung lehnte die offizielle Rekrutierung, wie schon früher, ab. Der österreichische General Meyerhofer, der deswegen mit einem Empfehlungsschreiben Adelgundes, der Schwester Max' und der Gattin Franz' von Modena, nach München kam,¹⁰⁷⁸⁾ konnte in dieser Sache auch nichts ausrichten. Die bayerische Regierung wollte sich anderen Mächten gegenüber nicht compromittieren, und es blieb weiterhin bei dem umständlichen Verfahren, wonach jeder Freiwillige die persönliche Genehmigung des Königs einholen mußte.¹⁰⁷⁹⁾

Neben den einheimischen und österreichischen Soldaten standen Lamorcière Freiwillige aus Irland, Belgien und Frankreich zur Verfügung. Lamorcière stürzte sich nach Vergers Aussage mit Eifer in die Arbeit und wurde von Goyon loyal unterstützt. Er setzte sich die Verteidigung des Kirchenstaates und die Bekämpfung der Revolution zum Ziel. Der bayerische Gesandte beobachtete eine gute Wirkung, die von der Tätigkeit Lamorcières in Rom ausging, vor allem beim Adel. Viele junge Adelige traten als einfache Soldaten in das Heer ein. Man schöpfte wieder Hoff-

1076) 5.4., 7.4., 20.4.1860 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 22
9.4.1860 Wendland GSTM. LAIII Brk.39

1077) 9.12., 12.12.1859 Verger GSTM. III.R.35, 10.2.1860
Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 22; 29.11.1859 Wich GSTM.
LAIII Öst.50

1078) 2.2.1860 Adelgunde an Max GHE. 93/1/364

1079) 11.2., 15.2., 23.2.1860 Schönbürg HSTW IV Bavière 27
9.3.1860 Bach HSTW XI Rome 212; 23.2.1860 Cantono
ASTT Monaco 9/50
17.2.1860 Messignac AAE Bavière 274

nung auf der einen Seite. Die revolutionäre Partei andererseits war enttäuscht, weshalb man befürchtete, daß Lamorcière eines Tages ermordet werden könne. Lamorcière brauchte natürlich Zeit, um seine Aufgabe der Neuorganisation des Heeres ausführen zu können, und je mehr Zeit ihm zur Verfügung stand, desto größer konnten die Chancen für eine erfolgreiche Verteidigung sein. Ob die Revolution ihm diese Zeit allerdings lassen werde, schien Verger fraglich.¹⁰⁸⁰⁾

Außerdem brauchte Lamorcière vor allem Geld. Und damit stand es schlecht. Verger berichtete, daß das Defizit schon ohne den Aufwand für militärische Zwecke erschreckend hoch sei, im Monat ungefähr 500 000 Scudi. Obwohl dem Papst von Privatpersonen aus dem Ausland Geldspenden zufließen, konnten diese der Geldnot bei weitem nicht abhelfen.¹⁰⁸¹⁾ Man entschloß sich deshalb zu einer Anleihe, die jedoch keine spekulativen Vorteile bot und nur auf das religiöse Gefühl berechnet war. Der Erfolg der Anleihe war nach Vergers Urteil nicht gut, wenn dies auch die päpstliche Regierung nicht zugeben wollte.¹⁰⁸²⁾

Die bayerische Regierung lehnte jede Intervention in der Suskription ab und wies die Banken an, die Anleihe wie jede andere ausländische zu behandeln. In Bayern beteiligten sich die kapitalistischen Kreise nur wenig daran, hauptsächlich nur der Kleinhandel und die Mittelklasse. Verger versuchte diese Tatsache beim Papst damit zu entschuldigen, daß Bayern ein Agrarland sei, und die Kapitalisten ihr Vermögen zum größten Teil in österreichischen Papieren angelegt hätten, die nur schwer und mit großen

1080) 6.4.1860 Wendland GSTM III.R.44
7.4., 9.4., 12.4., 20.4., 4.5., 11.5., 16.5.1860
Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1081) 20.4.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
30.3.1860 Wendland GSTM MAIII Frk. 39

1082) 4.5., 11.5., 7.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

Verlusten zu realisieren seien.¹⁰⁸³⁾ Die Anleihe erreichte schließlich eine Höhe von 1 400 000 Scudi.¹⁰⁸⁴⁾ Gegenüber dem monatlichen Defizit von 500 000 Scudi konnte diese Summe natürlich keine große Hilfe bedeuten.

Französischer Vorschlag zur Lösung der römischen

Bald nachdem die Romagna und die Herzogtümer in das Königreich Sardinien offiziell einverleibt worden waren, trat Napoleon mit einem neuen Vorschlag an den Kirchenstaat heran. Er schlug eine Konferenz aller katholischen Staaten in Rom vor. Der jetzige status quo sollte garantiert und Reformen erlassen werden. Alle katholischen Staaten sollten in der Proportion ihrer katholischen Bevölkerung dem Papst eine Rente zahlen, und jeder Staat, außer Frankreich, Österreich und Sardinien 2 500 Mann zur Ergänzung des römischen Heeres zur Verfügung stellen. Letzteres würde also nur Bayern, Spanien und Portugal betreffen. Dafür werde implizite die Einwilligung in die Abtretung der Romagna vom Papst verlangt werden. Der Papst lehnte diesen Plan sofort und auf das energischste in allen Punkten ab. An einer Konferenz wollte der Kirchenstaat nur teilnehmen, wenn alle Teilnehmer die Annexion nicht anerkennen würden und wollte Reformen nur erlassen, wenn die Romagna zurückgegeben werde. Auch Subsidien wollte der Papst nicht annehmen, da man keine Kompensation für die Romagna akzeptiere und außerdem vorziehe, ein eigenes Heer zu haben.¹⁰⁸⁵⁾

-
- 1083) 14.5.1860 Banneville AAE Bavière 236
 - 11.6.1860 Rati AST Monaco 8/55
 - 20.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 - 1084) 6.10.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 - 1085) 6.4., 12.4.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 - 12.4.1860 Wich GSTM MAIII Öst. 51
 - 19.4.1860 Thouvenel an Banneville GSTM III.R.44

Der französische Gesandte hatte über diesen Vorschlag eine Unterredung mit Schrenck und wollte dazu die Meinung der bayerischen Regierung hören. Schrenck betrachtete den Moment für Verhandlungen überhaupt jetzt als ungeeignet. Der französische Gesandte hielt dagegen, daß es nicht so unklug von dem Kirchenstaat sei, jetzt Garantien anzunehmen, die später vielleicht nicht mehr geboten würden. Wegen der zu zahlenden Subsidien verhehlte Schrenck nicht, wie eigentümlich er es halte, daß die Staaten, die gar nichts mit den Dingen in Italien zu tun hätten, für die Verluste des Kirchenstaates aufkommen sollten, die Piemont und Frankreich zugute gekommen seien. Außerdem gab er zu bedenken, daß die Kammern in Bayern, die aus einem Drittel Protestanten bestanden, schwerlich für die Genehmigung einer Rente für den Papst zu gewinnen seien. 1086)

Invasionsgefahr

Natürlich betrachtete die päpstliche Regierung mit Besorgnis die Folgen, welche die Ereignisse im Königreich Beider Sizilien auf den Kirchenstaat ausüben konnten, seien sie nun verursacht durch den neuen politischen Kurs, oder durch eine Revolution auf dem Festland, die auf die Marken übergreifen konnte. König Franz versuchte, als er in Not geriet, vom Papst die Garantie seiner Dynastie zu erhalten. Aber so wenig Sizilien bisher geneigt war, dem Papst zu helfen, so wenig wollte jetzt der Papst etwas für Sizilien tun. Nach dem Entschluß des Königs Franz zu einem Bündnis mit Sardinien, entsandte die sizilianische Regierung Martino mit einem persönlichen Brief des Königs zum Papst, um ihm die Notwendigkeit dieses Schrittes zu erklären und die Hoffnung auszudrücken, daß Sizi-

1086) 5.5.1860 Schrenck an Max GST_M III.R.44
27.4.1860 Banneville AAE Bavière 236

lien niemals zu einem feindlichen Vorgehen gegen den Kirchenstaat gezwungen werde.¹⁰⁸⁷⁾ Der Papst konnte natürlich den Entschluß Franz'II. nicht ändern. Aber es bestätigte doch deutlich die schon früher geäußerte Meinung Vergers, wie wenig weit die Solidarität zwischen dem Kirchenstaat und Sizilien ging, und daß man in der Not nur an die eigenen Interessen dachte.¹⁰⁸⁸⁾ Verger wußte, daß die päpstliche Regierung wegen der Ernennung Martinos zum Außenminister besonders beunruhigt war. Er führte dies darauf zurück, daß Martino das Außenministerium mit Verpflichtungen übernommen habe, die den Interessen des Kirchenstaates so entgegengesetzt seien, daß andererseits Martino in so intimer Beziehung zur römischen Regierung gestanden habe, über alles Bescheid wisse, alle Geheimnisse kenne, sodaß er die päpstliche Regierung leicht durch eine bloße Indiskretion kompromittieren könne. Antonelli verdamme auch den Entschluß Franz'II., Zugeständnisse zu machen, ohne dadurch Freunde unter den Liberalen zu gewinnen, anstatt sich allein auf die militärische Macht zu stützen und im Falle einer Niederlage sich mit Ehren zurückzuziehen.¹⁰⁸⁹⁾

1087) 31.5.1860 Verger Telegr. GSTM III.R.44
20.6., 21.6., 22.6., 27.6.1860 Verger GSTM MAIII
p.Stuhl 28

1088) 26.7.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
Als Martino aus Paris zurückkam, erklärte er in Rom, daß Napoleon hauptsächlich deswegen Sizilien nicht helfen wolle, weil der Kirchenstaat Lamorcière zum Befehlshaber seines Heeres gemacht habe, und Frankreich darin den Hintergedanken erkenne, die Romagna zurückgewinnen zu wollen und den Einfluß Napoleons aus Mittelitalien auszuschließen, worüber sich der Kirchenstaat und Sizilien einig seien. (22.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28) Diese Auslegung der Einstellung Napoleons ist sicherlich falsch, aus der Luft gegriffen und unlogisch. Verger schenkte ihr auch keinen Glauben. Aber es zeigt, wie Martino bestrebt war, dem Kirchenstaat die Schuld in die Schuhe zu schieben.

1089) 26.7., 6.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

Die päpstliche Regierung fürchtete sehr, daß Garibaldi's Freischaren auch in den Marken einfallen würden und hielt anfänglich die Invasion in Sizilien nur für ein Scheinmanöver.¹⁰⁹⁰⁾ Viele Anzeichen deuteten auch darauf hin.¹⁰⁹¹⁾

Lamorcière bereitete so gut es ging alles für eine Invasion vor. Er zog die päpstlichen Truppen aus Rom heraus und ließ sie in die Richtung Perugia-Viterbo marschieren. Lamorcière tat nach Vergers Meinung was in seinen Kräften stand und was in der Kürze der Zeit möglich war.¹⁰⁹²⁾

Ferner meinte aber Verger, Lamorcière habe zu wenig Soldaten und könne nicht unbedingt damit rechnen, daß diese trotz ihrer Sympathie für die Revolution sich auch tapfer schlagen würden. Zumindestens brauche er noch bis Mitte oder Ende August Zeit, um einigermaßen vorbereitet zu sein. Und werde dann der Kirchenstaat gleichzeitig von zwei Seiten, vom Süden und Norden angegriffen, womit man nach den Erfolgen Garibaldi's in Sizilien rechne, oder außerdem von regulären sardinischen Truppen, was Verger aber nicht glaubte, dann sei kaum auf eine erfolgreiche Verteidigung durch Lamorcière zu hoffen.¹⁰⁹³⁾

Fast der ganze höhere Adel verließ Rom und begab sich auf Reisen. Nach Vergers Berichten verhielt sich die Bevölkerung Roms all die Zeit über ruhig, scheinbar ruhig, wahrscheinlich dem Befehl der revolutionären Partei gehorchend, mit Nervosität und Ungeduld die Unternehmungen Garibaldi's abwartend. Die Vorbereitungen Lamorcières betrachte die Bevölkerung mit Indifferenz, ja beinahe mit Enttäuschung. Das römische Volk verlange absolut eine Laienregierung und bürgerliche Freiheiten. Verger hielt Zugeständnisse

1090) 11.5., 13.5., 16.5., 29.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1091) Beispielsweise wurde ein Ausspruch Viktor Emanuels zitiert, daß er hoffe diesen Winter in den Marken zu sein und nächstes Jahr in Neapel, Angeblich seien die in der sardinischen Armee inkorporierten Freiwilligencorps Garibaldi's beurlaubt worden und in Toskana aufgetaucht. (4.5., 11.5.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28)

1092) 13.5., 16.5., 22.5., 7.6., 13.7.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1093) 8.6., 4.6., 20.6., 22.6., 29.6., 19.7., 26.7.,

des Papstes in dieser Richtung nach wie vor für eine Notwendigkeit, obwohl er bezweifelte, ob der Papst jetzt noch damit die Römer für sich gewinnen könne.¹⁰⁹⁴⁾

Frankreich hatte sich seit dem Frühjahr nicht weiter um die Lösung der römischen Frage bemüht. Napoleon ließ zwar die französischen Truppen weiterhin zur persönlichen Sicherheit des Papstes in Rom, aber man fragte sich, ob die französische Garnison auch für die Ruhe der Stadt sorgen werde, und welche Aufgaben die päpstlichen Truppen in den Provinzen übernehmen müßten.¹⁰⁹⁵⁾ Daß Napoleon sich bemühen werde, die weltliche Macht des Papstes überhaupt aufrecht zu erhalten, darauf konnte man schon gar nicht hoffen. Dies schloß Verger aus einer Äußerung Napoleons gegenüber Martino, wonach Napoleon sich außer Stande fühle, Viktor Emanuel daran zu hindern, sich der Provinzen des Kirchenstaates zu bemächtigen.¹⁰⁹⁶⁾ Die Abreise Goyons, des Befehlshabers der französischen Truppen im Kirchenstaat, mit dem die römische Regierung auf gutem Fuße stand und in dessen Loyalität Verger eine gewisse Garantie für den Kirchenstaat sah, wirkte deshalb nicht beunruhigend.¹⁰⁹⁷⁾ Man fürchtete, daß aus dem Urlaub eine endgültige Abberufung werde, was dann auch wirklich, aber nur vorübergehend eintrat. Der Nachfolger Goyons hatte zwar offiziell dieselben Instruktionen wie Goyon, nämlich Rom, Viterbo und Civita-Vecchia zu verteidigen. Wenn er sie erfüllen würde und keine geheimen anderslautenden Anweisungen hatte, dann glaubte Verger, daß wenigstens Rom ruhig bleiben werde, zudem Napoleon eine kleine Verstärkung, aus 1-2 Regimentern bestehend, dorthin geschickt hatte.¹⁰⁹⁸⁾

ad 1093) 6.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1094) 14.6., 20.6., 22.6., 13.7., 16.7., 19.7., 20.8., 23.8., 30.8.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1095) 13.7., 19.7., 26.7., 16.8.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1096) 7.6., 20.6., 21.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1097) 14.7., 17.7., 9.8.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1098) 23.8., 3.9., 6.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
8.9.1860 Gasser GSTM MAIII Frk.40

Die Eroberung der Marken und Umbriens durch Sardinien

Am 10. September 1860 landete Minerva mit einem sardinischen Ultimatum in Civita-Vecchia, in dem der Kirchenstaat aufgefordert wurde, sofort die fremden Regimenter des päpstlichen Heeres zu entlassen, andernfalls die piemontesischen Truppen in den Marken und Umbrien einmarschieren würden. Natürlich war das nur ein Vorwand, und die Ähnlichkeit mit der österreichischen Somnation vom April 1859 springt in die Augen. Zu gleicher Zeit begann am 11. September die Invasion von Freiwilligen und piemontesischen Truppen in den Kirchenstaat.¹⁰⁹⁹⁾

Die sardinische Regierung hatte vor der Invasion in den Kirchenstaat Napoleon mitgeteilt, daß Viktor Emanuel sich nicht länger der öffentlichen Meinung widersetzen könne und sich an die Spitze der Dinge in Italien stellen müsse. Nach bayerischen Informationen hatte Napoleon angeblich geantwortet, daß er dies nur zulasse, wenn der Papst nicht abgesetzt werde (renverser), daß die französischen Truppen sich einer piemontesischen Invasion in den Kirchenstaat widersetzen würden, und Frankreich dann die Beziehungen mit Sardinien abbreche. Im Geheimen aber hatte Napoleon seine Zustimmung zu der Invasion gegeben, was in München nicht bekannt war.¹¹⁰⁰⁾ Tatsächlich berief Napoleon nach erfolgter Invasion seinen Gesandten aus Turin ab. Ein Sekretär blieb zwar dort als Geschäftsträger zurück.¹¹⁰¹⁾

Dem Kirchenstaat war damit keineswegs geholfen. Der Papst ließ Napoleon eine Art Ultimatum überbringen. Darin wurde Napoleon aufgefordert, den Papst wieder in seine Besitzun-

1099) 10.9.1860 Verger, 7.9.1860 Cavour an Antonelli, 11.9.1860 Antonelli an Cavour, 9.9.1860 Fantl an Lamorcière GSTL MAIII p.Stuhl 28, gedruckt bei H.Bastgen, Die römische Frage

1100) 8.9.1860 Gasser GSTL MAIII Frk.40; 10.9.1860 Verger GSTL MAIII p.Stuhl 28, vergl. P.Matter, Cavour et l'unité italienne, III.S.380

1101) 14.9.1860 Verger GSTL MAIII p.Stuhl 28; 15.9.1860 Gasser GSTL MAIII Frk.40; 19.9.1860 Thouvenel an Banneville AAE Bavière 236

gen einzusetzen und die Angriffe Piemonts abzuwehren, andernfalls verlasse der Papst Rom, nicht aber ohne Viktor Emanuel und Napoleon zu exkommunizieren. Soviel die bayerischen Gesandten in Paris und Rom wußten, ließ Napoleon antworten, daß er nicht gegen Piemont kämpfen könne, die Sicherheit des Papstes aber garantiere und dazu die französische Garnison im Kirchenstaat auf 20000 Mann erhöhe.¹¹⁰²⁾ Goyon kehrte zu dieser Zeit wieder auf seinen Posten zurück.¹¹⁰³⁾

Rom behielt den Anschein der Ruhe, obwohl es mit der militärischen Verteidigung des Kirchenstaates schlecht stand. Lamorcière erlitt Niederlagen, vor allem bei Castelfidardo und fiel in piemontesische Gefangenschaft. Sardinien wußte es so einzurichten, daß es nirgends zu Zusammenstößen zwischen Piemontesen und den französischen Truppen kam. Die französischen Verstärkungen waren zwar angekommen, aber besetzten nur strategisch unbedeutende Plätze.¹¹⁰⁴⁾

Nachdem im Vorjahr schon die Romagna verloren gegangen war und jetzt die Marken und Umbrien, war der Kirchenstaat auf ungefähr ein Fünftel seines ursprünglichen Umfanges reduziert und bestand nur noch aus dem sogenannten Patriumonium Petri. Der Papst protestierte natürlich bei den europäischen Mächten und bat sie um ihre Hilfe, weil die Verbindung der katholischen Welt mit dem Oberhaupt der Kirche in Frage gestellt sei.¹¹⁰⁵⁾

-
- 1102) 20.9., 26.9., 1.10.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
27.9., 2.10.1860 Gasser GSTM MAIII Frk.40
1103) 14.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
15.9.1860 Gasser GSTM MAIII Frk.40
1104) 10.9., 14.9., 15.9., 18.9., 20.9., 24.9., 4.10.,
7.10., 11.10., 16.10., 19.10., 1.11., 14.11., 19.11.
1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
1105) 12.9.1860 Antonelli; 1.10., 4.11.1860 Verger GSTM
MAIII p.Stuhl 28

V. K a p i t e l

Bayern zu den Vorgängen in Süd- und Mittelitalien

(Die Abberufung Vergers aus Turin - Die Frage des Abbruchs der Beziehungen zwischen dem Deutschen Bund und Sardinien - Bayern und die Asylfrage für den Papst)

Die Abberufung Vergers aus Turin

Die bayerische Regierung, die wohl keine Mittel und Möglichkeiten hatte, sich bei den Vorgängen in Italien aktiv zu beteiligen, stand aber doch vor der unausweichlichen Notwendigkeit, offiziell zu den Invasionen in Sizilien und im Kirchenstaat Stellung zu nehmen. Sardinien hatte ein Zirkular in München übergeben, in dem es sich wegen der Invasion im Kirchenstaat rechtfertigte. Der Papst und Franz II. hatten Proteste an die Regierungen Europas gerichtet.¹¹⁰⁶⁾ Die bayerische Regierung mußte darauf antworten.

Wie immer, wartete man in München erst einmal ab, wie sich die anderen Staaten verhielten, um sich nicht in irgendeiner Weise zu kompromittieren.¹¹⁰⁷⁾ Über die Beurteilung der Geschehnisse gab es keinen Zweifel. Man mußte sie verurteilen und als Verletzung des Völkerrechtes betrachten. Dazu war Max als Verwandter der sizilianischen Dynastie und als Monarch eines überwiegend katholischen Landes verpflichtet, und dazu drängte die Gefährlichkeit, welche die Anerkennung des Prinzips der freien Selbstbestimmung der Völker in sich barg.¹¹⁰⁸⁾ Dieses erklärte Schrenck auch offen dem sardinischen Geschäftsträger in München.¹¹⁰⁹⁾

1106) 12.9.1860 Cavour, 18.9.1860 Antonelli, 4.9.1860 Grifeo GSTM III.R.44

19.9.1860 Casella GSTM MAIII p.Stuhl 28

1107) 19.9.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

1108) 17.9.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

1109) 18.9.1860 Rati ASTT Monaco 8/55

Die entscheidende Frage bestand aber darin, ob man das sardinische Memorandum nur beantworten oder ob man die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abbrechen sollte. Die Haltung Österreichs konnte nicht allein für die bayerische Regierung maßgebend sein. Man mußte sich hauptsächlich nach Preußen und in zweiter Linie nach Rußland richten. Max hatte sich sehr um bessere Beziehungen zwischen Preußen und Österreich bemüht und sich, wie auch der Herzog von Braunschweig und die Großherzöge von Baden und Weimar, für das Zustandekommen eines Treffens des Prinzregenten mit Franz Josef eingesetzt, das am 26. Juli 1860 in Teplitz stattfand. Aber außer einer freundlicheren Einstellung der beiden Staaten zueinander, kam es dort zu keiner schriftlichen Vereinbarung bezüglich der italienischen Frage.¹¹¹⁰⁾ Schleinitz hielt einen Abbruch der Beziehungen zu Sardinien noch nicht für ratsam, sondern erst dann, wenn die tatsächliche Einverleibung der römischen Provinz und Neapels erfolgt sei, weil die Invasion in diese Gebiete kein anderes Faktum als die Invasion 1859 in die Herzogtümer darstelle.¹¹¹¹⁾ Schrenck wies auf den Unterschied hin, daß die Herzogtümer 1859 von ihrem Souveränen verlassen worden seien, während der Kirchenstaat und Sizilien ohne jede Kriegserklärung angegriffen worden seien, was mit der Abberufung der Gesandten aus Turin beantwortet werden müsse.¹¹¹²⁾

Die preußische Regierung verhandelte mit Rußland über das Vorgehen gegen Sardinien. Rußland trat in Berlin für den Abbruch der Beziehungen ein. Doch Preußen war mißtrauisch

-
- 1110) 21.7.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
1.8., 8.8.1860 Rati ASTT Monaco 8/55
vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III.S.321
P.Hassel, König Albert von Sachsen S.85
W.v.Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover,
Leipzig 1901, III S.436
1111) 26.9.1860 Bibra GST. III.R.44
1112) 3.10.1860 Schrenck an Bibra GST. III.R.44

gegenüber der russischen Politik, weil sie annahm, daß Rußland seine Sympathie zu Frankreich nicht ändern werde. Außerdem war Rußland, wie auch Preußen völlig abgeneigt, aktiv in Italien einzugreifen, sodaß eine Abberufung der Gesandten, was eigentlich eine Vorstufe zur Kriegserklärung bedeutet, nach preußischer Überzeugung unangebracht sei. Man wollte in Berlin ängstlich vermeiden, Napoleon mit einer möglichen Koalition zu drohen und wollte sich nach wie vor nicht zu weit von der Richtung der englischen Politik entfernen. Dem scheinbaren Bruch Frankreichs mit Sardinien traute man ganz und gar nicht und hielt es für sehr möglich, daß Napoleon wieder unter dem Einfluß Englands umschwenken und somit Preußen isoliert und in Gefahr geraten könne.¹¹¹³⁾

Es schien, als ob der Prinzregent und auch Schleinitz zum Abbruch mit Sardinien neigten, sich aber der Majorität des Ministerrates fügten, und der prosardinischen Gesinnung der Öffentlichkeit Rechnung trugen.¹¹¹⁴⁾ Der Zar ließ noch vor dem Treffen mit dem Prinzregenten Ende Oktober in Warschau seinen Gesandten aus Turin abberufen. Gortschakoff persönlich schien diesen Schritt nicht gut geheißsen zu haben. Nochmals versuchte die russische Regierung Preußen zu bewegen, sich dem russischen Vorgehen anzuschließen, aber vergeblich.¹¹¹⁵⁾ Preußen schickte

-
- 1113) 14.9., 5.10.1860 Truchseß GSTM MAIII Ruß.52
12.10.1860 Truchseß, 5.10.1860 Bibra GSTM III.R.44
vergl. die übereinstimmende Darstellung bei H.v.Srbik,
Deutsche Einheit, III.S.331 f; APPr. II Nr.258, 262,
264, 291
- 1114) 13.10., 19.11.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34
27.9., 20.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
22.12.1860 Montgelas GSTM MAIII Pr. 62; vergl. APPr.
II Nr.257,4; 260,2; 262,1; 265
- 1115) 15.10., 16.10.1860 Truchseß GSTM MAIII Ruß.52
12.10.1860 Truchseß GSTM III.R.44
Bei dem Treffen des Prinzregenten und Schleinitz'
mit Königin Viktoria von England und Russell in Koblenz setzten sich letztere für ein nicht zu schroffes Verhalten Preußens gegenüber Sardinien ein.
vergl. Ch.Frieße, Rußland und Preußen, S.226

der sardinischen Regierung eine Antwortnote auf Cavour's Memorandum vom 12. September 1860, in dem es die Akte der sardinischen Regierung mißbilligte. Cavour legte dem preußischen Gesandten dar, daß Sardinien um der Revolution Herr zu werden, nicht anders habe handeln können. Damit gab sich der preußische Gesandte zufrieden.¹¹¹⁶⁾

Noch kam die bayerische Regierung zu keinem definitiven Entschluß über ihr Verhalten. Nachdem Piemont die besetzten Gebiete in Mittel- und Südtalien zur Abstimmung über die Annexionsfrage aufgefordert hatte, hielt man es in München doch noch für möglich, daß Preußen nach vollzogener Annektierung seinen Gesandten abberufen werde. Man erhoffte eine diesbezügliche Entscheidung bei dem Warschauer Treffen des Zaren und des Prinzregenten und wartete deshalb ab. Doenniges, der interimistische Geschäftsträger in Turin, der gerade seinen Urlaub in München verbrachte, wurde von Schrenck angewiesen, vorerst noch nicht auf seinen Posten zurückzukehren.¹¹¹⁷⁾

Die Hoffnung auf das Warschauer Treffen wurde nicht erfüllt. Es trat klar zutage, daß Rußland und Preußen nichts für Italien tun wollten und den Dingen dort ihren freien Lauf ließen.¹¹¹⁸⁾ England verteidigte offen die Maßnahmen Sardiniens als legitim und entschuldbar, um die Anarchie und Garibaldi's Zug nach Rom zu verhindern.¹¹¹⁹⁾ Die Abberufung des französischen Gesandten aus Turin hielt man in München mehr für eine Maske Napoleons, und an eine ernstliche Feindschaft Frankreichs gegen Piemont glaubte man nicht.¹¹²⁰⁾ Österreichs gesamte Lage ließ keine Aktivität

1116) 13.10.1860 Schleinitz APPr. II Nr.268 + 285,4
5.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

1117) 17.10.1860 Montgelas, 19.10.1860 Schrenck an Max,
25.10.1860 Max an Schrenck GSTM III.R.44, 21.10.1860
Rati ASTT Monaco 8/55

1118) 29.10.1860 Perglas GSTM III.R.44

1119) 18.10., 24.10., 5.11.1860 Cetto GSTM MAIII Egd.50
9.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

1120) 19.9.1860 Gasser GSTM MAIII Frk.40
2.10.1860 Banneville AAE Bavière 236

in Italien zu. Dies war allen Regierungen klar.¹¹²¹⁾

Schrenck, der den Abbruch mit Sardinien wohl wünschte, aber ihn nur in gemeinsamer Durchführung mit Preußen und Rußland seinem König anriet, was von Preußen nicht zu erreichen war, entwarf nun die Antwortnote, die Verger in Turin und Rom nach Schrencks Vorschlag mitteilen sollte.¹¹²²⁾ Der bayerische Außenminister schloß sich den preußischen Anschauungen an. Er kam zu der Ansicht, daß eine Abberufung ohne weitere Folgen bedeutungslos sei. Und diesen Schritt allein zu tun, ohne daß der Deutsche Bund und Preußen das gleiche tun würden, hielt er für folgenschwer, weil "vielleicht dereinst doch die Anerkennung der Verhältnisse in Italien durch die Großmächte erfolgen könne - wie das ja auch in der Neuenburger Frage geschehen sei - und dann wäre man mit einem Abbruch der politischen Beziehungen zu Sardinien kompromittiert und die Rehabilitation eine sehr unangenehme."¹¹²³⁾ Max war mit dem Vorschlag seines Außenministers einverstanden, jedoch gestattete er nicht, daß die bayerische Antwortnote, die wie schon früher das Bedauern über die rechtswidrigen Akte Sardinien ausdrückte, in Rom und in Gaeta mitgeteilt werde, wenn nicht auch Preußen seine Antwort dort bekannt gegeben habe,¹¹²⁴⁾ was nicht der Fall war.¹¹²⁵⁾

Kaum war dieser Antrag Schrencks vom König genehmigt worden, änderte Schrenck seine Ansicht und beantragte nun doch die Abberufung Vergers aus Turin und die schriftli-

ad 1120) 17.10.1860 Montgelas, 30.9.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

Einzig Doenniges erkannte darin den Anfang von Gegensätzen zwischen Frankreich und Sardinien (5.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15)

1121) 27.8.1860 Banneville AAE Bavière 236

25.8.1860 Cetto GSTM MAIII Egl.50

27.10.1860 Gasser GSTM LAIII Frk.40

1122) 19.9.1860, 8.10.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

1123) 30.10.1860 Banneville AAE Bavière 236

30.10.1860 Zwierzina an Rechberg HSTW IV Bavière 2"

1124) 28.10., 5.11.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

1125) 4.11.1860 Montgelas Telegr. GSTM III.R.44

che Beantwortung der Proteste des Papstes und Franz'II. Doenniges sollte aber aus dem Interesse direkter Berichterstattung weiterhin in Turin verbleiben. Schrenck begründete seine Ansicht damit, daß Sardinien immer weiter gehe und jetzt Viktor Emanuel persönlich an der Spitze seiner Truppen gegen Franz II. kämpfe und sich zum Waffengeführten des Führers der Revolution gemacht habe und außerdem die Annexionen durch Volksabstimmung rechtsgültig zu machen strebe. Schrenck meinte, daß Verger bei dieser Lage nicht länger in Rom, Turin und dem neapolitanischen Hof, der nach Gaeta geflüchtet war, gleichzeitig beglaubigt sein könne. Die Bedenken, ohne Preußen vorzugehen, ließ Schrenck jetzt fallen. Bayern könne als Mitglied des Deutschen Bundes keine selbständige Aktion nach außen durchführen, wie Preußen als Großmacht und deshalb könne die Abberufung bayerischerseits nicht dieselbe Tragweite haben. Der preußische Gesandte sei auch nicht gleichzeitig in Rom akkreditiert und das preußische Königshaus nicht mit der Dynastie Siziliens, Toskanas und Modenas so nahe verwandt wie das Bayerns.¹¹²⁶⁾ Max genehmigte auf diese Darlegungen ohne Zögern, daß in Rom und Gaeta die Abschrift der bayerischen Antwortnote an Sardinien mitgeteilt werde. Über die Abberufung behielt er sich die Entscheidung vor, bis er persönlich noch mit Schrenck darüber konferiert habe.¹¹²⁷⁾ Max war zu dieser Zeit gerade auf einer Reise in der Pfalz.

Es ist nicht genau zu ergründen, warum Schrenck nun Maßnahmen befürwortete, die er vorher nicht für ratsam hielt. Es waren keine neueren Umstände eingetreten, die dazu Anlaß hätten geben können. Reguläre piemontesische Truppen kämpften schon seit Oktober in Sizilien, die Volksabstimmung war bereits auch im Oktober ausgerufen worden. Vielleicht war es die öffentliche Meinung, die Schrencks Meinungsänderung mit verursacht hatte.

1126) 6.11.1860 Schrenck an Max GSTM. III.R.44

1127) 11.11.1860 Max an Schrenck

24.11.1860 Schrenck an Grifeo GSTM. III.R.44

Der Krieg von 1859 wirkte sich in der Belebung des nationalstaatlichen Gedankens in der deutschen Öffentlichkeit aus, die nun mit Macht zu einer Lösung der deutschen Frage drängte. Diese Rückwirkung der Vorgänge in Italien auf alle Teile Deutschlands war ganz offensichtlich. Nach dem Vorbild des italienischen Nationalvereins, konstituierte sich im Sommer 1859 der deutsche Nationalverein, der mit der Zeit zahlreiche Anhänger fand. In Bayern waren es hauptsächlich die neu angegliederten Gebiete, die sich unter der Führung Braters und seines Kreises für die liberalen und nationalen Ideen aufgeschlossen zeigten. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1859 nahm dieser Kreis eine kleindeutsche Richtung an, und nun erst gewann er an Einfluß in der Öffentlichkeit, die er während und vor des Krieges 1859 nicht besessen hatte.¹¹²⁸⁾ Trotzdem aber äußerte sich die bayerische Presse seit dem Sommer in den feindlichsten Gefühlen gegen Sardinien. Täglich enthielten die Zeitungen Angriffe und Beleidigungen gegen Viktor Emanuel, dem "Roi bandit", gegen den neuen sardinischen Gesandten in München, Conte Doria. Man forderte laut die Abberufung der Gesandten.¹¹²⁹⁾ Der Vorgänger Dorias, Cantono, hatte den Dienst aus angeblich persönlichen Gründen verlassen; in Wirklichkeit jedoch war er, wie auch der Gesandtschaftssekretär Rati, mit der Politik seines Landes nicht mehr einverstanden und hielt es mit seinen persön-

-
- 1128) vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit
 K.v.Raumer, Die deutsche Einheitsbewegung in Bayern
 K.v.Raumer, Karl Brater und die Anfänge einer national deutschen Bewegung in Bayern 1859-62, München 1927
 M.Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns, München 1931, III.Bd.
 Th.Schieder, Die kleindeutsche Partei in Bayern
 E.Schmidt, Das Verhältnis Sachsen-Meiningsens zur Reichsgründung, S.29
- 1129) 10.8., 18.9.1860 Rati ASTT Monaco 8/55
 20.10., 4.11.1860 Doria ASTT Monaco 8/58
 28.11.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
 13.12.1860 Banneville AAE 236

lichen Meinungen und Prinzipien nicht mehr vereinbar, diesem Land zu dienen.¹¹³⁰⁾ Sicherlich haben seine gemäßigten persönlichen Ansichten, solange er in München weilte, etwas beruhigend auf die Öffentlichkeit gewirkt. Das Verhalten seines Nachfolgers gab wohl kaum einen Anlaß zu den heftigen Anschuldigungen in der Presse gegen seine Person. Das wurde vom gesamten diplomatischen Corps in München anerkannt.¹¹³¹⁾ Aber Schrenck sah sich nicht in der Lage, die Presse zu beeinflussen, und Doria gab seine Vorstellungen deswegen bei Schrenck, auf Geheiß seiner Regierung, schließlich auf.¹¹³²⁾

Neben den Einwirkungen aus dieser Richtung mögen vielleicht die Ansichten der bayerischen Gesandten Schrenck beeinflusst haben. Doenniges weilte zu dieser Zeit in München und hatte sicherlich Unterredungen mit dem Außenminister. Doenniges entwickelte schriftlich seine Ansichten, empfahl die Abberufung Vergers, aber riet zur Belassung eines Geschäftsträger, nämlich Doenniges', in Turin.¹¹³³⁾ Seine Begründung kehrte in dem Antrag Schrencks wieder. Ob Schrenck die Meinung von der Pfordtens kannte, kann bezweifelt und nicht bewiesen werden.¹¹³⁴⁾ Über Pfistermeister ließ von der Pfordten dem König seinen Rat mitteilen, nicht nur den Gesandten, sondern auch den Geschäftsträger aus Turin ab-zuberufen, ohne Rücksicht auf Preußen. Als Gründe führte er an die Verwandtschaft der bayerischen Dynastie, einer

1130) 30.5.1860 Banneville AAE Bavière 236

2.6.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

5.6.1860 Doenniges GSTM III.R.44

18.10.1860 Auguste an Luitpold GHM N.Th.22

1131) 28.11.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

13.12.1860 Banneville AAE Bavière 236

1132) 18.9.1860 Rati ASTT Monaco 8/55; 4.11., 22.11.1860 Doria ASTT Monaco 8/58

1133) 24.10.1860 Doenniges GSTM III.R.44

1134) Von der Pfordten kannte zwar den Antrag des Außenministers vom 21.10.1860 und man könnte vermuten, daß er also in privater Korrespondenz mit Schrenck stand, da er offiziell nicht von dem Antrag in Kenntnis gesetzt worden war. Aber es liegt die Mutmaßung näher, daß v.d.Pfordten mit König Max auf dessen Reise in der Pfalz zusammentraf und bei dieser Gelegenheit von dem Antrag Kenntnis erhielt. (28.10.1860 v.d.Pfordten an Pfistermeister GHM 76/5/34)

katholischen, mit Modena, Neapel und Toskana und die Bedrohung aller Mittelstaaten durch das Prinzip der Annexionen und Nationalstaaten.¹¹³⁵⁾

Die ganze Angelegenheit ruhte bis zur Rückkehr des Königs nach München. Am 21. November hatte Max eine Unterredung mit Schrenck und beauftragte diesen, in Berlin die Gründe darzulegen, welche Bayern die Abberufung Vergers diktierten und nochmals anzufragen, ob Preußen nicht ebenfalls jetzt zu einem solchen Schritt bereit sei.¹¹³⁶⁾

Die preußische Regierung anerkannte die bayerischen Argumente, ließ sich aber nicht zu einem gleichen Schritt bestimmen, da noch keine offizielle Anzeige der neuerlichen Annexionen Sardinien erfolgt sei. Der Fürst von Hohenzollern war ganz gegen einen solchen Schritt; der Prinzregent war ziemlich unentschlossen und ließ sich durch seine Minister zu einer ablehnenden Antwort überreden.¹¹³⁷⁾

Max berief daraufhin am 2. Dezember 1860 seinen Gesandten Verger aus Turin ab, der dies von Rom aus schriftlich der sardinischen Regierung anzuzeigen hatte. Doenniges wurde angewiesen, seine diplomatische Tätigkeit nicht wieder aufzunehmen, aber während der Zeit seines Aufenthaltes in Nizza die Berichterstattung fortzusetzen.¹¹³⁸⁾ Die ganze Angelegenheit wurde von der bayerischen Regierung mit strengster Geheimhaltung behandelt und wurde erst bekannt, als Cavour am 14. Dezember telegraphisch die Abreise der sardinischen Gesandtschaft aus München befahl. Man wollte nämlich vermeiden, daß Cavour, ehe Verger die Instruktion erhielt, seinerseits die Initiative zu einem

1135) 28.10.1860 v.d.Pfordten an Pfistermeister GHM 76/5/34

1136) Signat Max' vom 21.11.1860 auf Antrag Schrencks vom 6.11.1860; 21.11.1860 Pfistermeister an Schrenck; 21.11.1860 Schrenck an Montgelas GSTM III.R.44

1137) 24.11., 25.11., 27.11.1860 Montgelas GSTM III.R.44
15.12.1860 Lechberg an Schönburg ESTW IV Bavière 27

1138) 29.11.1860 Schrenck an Max und Signat Max' vom 1.12.1860; 2.12.1860 Schrenck an Verger; 5.12.1860 Schrenck an Doenniges GSTM III.R.44
12.11.1862 enden die Berichte Doenniges aus Turin bzw. Nizza

Abbruch ergreife.¹¹³⁹⁾ So kam es, daß der österreichische Gesandte Anfang Dezember noch einen äußerst tadelnden Bericht über das schwache Verhalten des Königs Max schrieb, der von den Gothaern beeinflusst, noch immer die Gesandtschaft in Turin aufrechterhalte.¹¹⁴⁰⁾

Motiviert wurde die Abberufung mit den verwandtschaftlichen Beziehungen zu Königin Marie von Neapel.¹¹⁴¹⁾ Der sardinische Gesandte in Frankfurt meinte, daß Bayern bei Teilnahme Preußens an dieser Maßnahme seine politischen Ansichten wesentlich breiter ausgeführt hätte.¹¹⁴²⁾

Cavours Antwort auf das Abberufungsschreiben war höflich und ohne jede Anspielung.¹¹⁴³⁾ In Turin verfehlte der bayerische Schritt nicht eine gewisse Wirkung. In dem Regierungsblatt "L'Opinione" erschien ein Artikel, der den Schritt Bayerns als ein Zeichen auslegte, daß dort neben den engen Beziehungen zu Österreich, der jesuitische Geist vorherrsche, und daß die zweitrangigen Staaten Deutschlands wohl Angst hätten, daß die Vorgänge in Italien als Beispiel wirken und in Deutschland nachgeahmt werden könnten zum Verderben der kleineren Staaten.¹¹⁴⁴⁾

Wenn auch die bayerische Regierung schließlich den Abbruch der Beziehungen mit Sardinien ohne Preußen und im Gegensatz zur preußischen Auffassung durchgeführt hatte, so hatte sie doch zu lange damit gezögert und eine ausführ-

-
- 1139) 18.12.1860 Doria ASTT Monaco 8/59
16.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
15.12.1860 Banneville AAE Bavière 236

- 1140) 3.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

- 1141) 18.12.1860 Doria ASTT Monaco 8/59
16.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27

- 1142) 20.12.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34

- 1143) 24.12.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

- 1144) 31.12.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard. 15

Die preußische Regierung war doch etwas "unangenehm berührt" über das "einseitige Vorgehen" Bayerns, wohingegen Österreich natürlich den Entschluß Bayerns mit Freuden begrüßte, umso mehr, da Preußen dadurch in seiner Haltung "isoliert" wurde. (22.12.1860 Montgelas GSTM MAIII Pr.62; 27.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27; 19.12.1860 Bray; 21.12.1860 Rechberg GSTM III.R.44)

liche Motivierung vermieden, als daß sie diesem Schritt den sonst möglich gewesenenen Nachdruck verleihen konnte.

Die Frage des Abbruchs der Beziehungen zwischen dem Deutschen Bund und Sardinien

Die meisten deutschen Staaten hätten gerne die Gelegenheit ergriffen, die sich beim Deutschen Bund ergab, um eine energische Sprache gegen Sardinien zu führen, als die sardinische Regierung die Blockade Anconas anzeigte. Frankreich erkannte die Blockade nicht an.¹¹⁴⁵⁾ Infolge der baldigen Kapitulation Anconas war die Sache an sich inzwischen erledigt. Für den Deutschen Bund bestand aber immerhin die Möglichkeit einer schriftlichen Beantwortung der sardinischen Mitteilung. Von der Pfordten plädierte für einen Protest der Regierungen, weil ein Stillschweigen als Anerkennung der Blockade ausgelegt werden könne. Derselben Ansicht war die sächsische Regierung.¹¹⁴⁶⁾ Die bayerische Regierung aber instruierte von der Pfordten anders; sie halte eine Beantwortung nach dem Fall Anconas für überflüssig und werde eine Antwort nur mit Einverständnis Preußens und Österreichs gutheißen.¹¹⁴⁷⁾ Es kam zu einer lebhaften Debatte über diese Frage in der Bundesversammlung. Sachsen sprach sich besonders heftig gegen Sardinien aus. Der Präsidialgesandte vermied jede Initiative, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob Österreich einen gegen Sardinien feindlichen Akt produzieren wolle. Österreich stellte keinerlei Antrag zu der Frage, obwohl es für den Vorschlag einer mißbilligenden Beantwortung Sachsen, Württemberg und Hessen-Darmstadt auf seiner Seite,

1145) 23.10.1860 Thouvenel an Salignac-Fénelon AAE
Allemagne 832

1146) 25.9.1860 v.d.Pfordten; 16.10.1860 Beust GSTM. III R.4

1147) 22.10.1860 Schrenck an v.d.Pfordten GSTM. III.R.44

Preußen allerdings dagegen gehabt hätte, womit aber sicherlich die Majorität für diesen Antrag zustande gekommen wäre. 1148)

Von der Pfordten schlug deshalb, getreu seiner Instruktion, vor, die Blockadeanzeige Sardiniens unbeantwortet zu lassen. Im offiziellen Protokoll erschienen schließlich nur mißbilligende Erklärungen Preußens und Österreichs zur sardinischen Politik, denen sich mehrere Regierungen anschlossen, und der Beschluß, die sonst übliche Beantwortung nach kundgegebener Mißbilligung zu unterlassen. 1149)

Von der Pfordten war zweifellos im Recht, wenn er mit der gezeigten Haltung Österreichs und der seiner eigenen Regierung unzufrieden war. Er tadelte Österreich heftig, daß es in Nebenfragen sich aus Rücksicht auf Preußen nicht durchzusetzen wage und damit die Freunde Österreichs entmutige und teilweise ins preußische Lager treibe. Wenn Österreich sich schon schwach zeige, dann solle, so war seine Meinung, wenigstens Bayern die Initiative in Bundesfragen ergreifen, wie das auch die Meinung der größeren Mittelstaaten war. 1150)

Bei aller Gunst der politischen Lage für Sardinien - es hatte England auf seiner Seite, wußte, daß Frankreich und auch Rußland nichts gegen Piemont unternehmen würden, daß Österreich nichts vermochte - war die sardinische Regierung jedoch sicherlich nicht unempfindlich gegenüber mißbilligenden Maßnahmen der europäischen Kabinette. 1151)

Die Abberufung der deutschen Gesandten aus Turin hatte sicherlich als Warnung gewirkt und wäre, nach dem Beispiel, das Frankreich, Rußland und Spanien gaben, für die deut-

1148) 28.10., 7.11.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34
30.10.1860 v.d.Pfordten GSTM III.R.44

1149) 27.10.1860 Protokoll der 26.Sitzung GSTM III.R.44

1150) 30.10.1860 v.d.Pfordten GSTM III.R.44

1151) 5.11.1860 Doenniges GSTM LAIII Sar 1.15

schen Regierungen in keiner Weise kompromittierend gewesen. Der sardinische Gesandte hatte auch befürchtet, daß anlaßlich der sardinischen Blockadeanzeige beim Deutschen Bund der Bruch mit Piemont provoziert werde, und man hat wohl von preußischer Seite der sardinischen Regierung angeraten, in Zukunft jede Erklärung zu vermeiden, die dazu Anlaß bieten könne.¹¹⁵²⁾ Die Frage eines Abbruches wurde in Frankfurt aber in keiner Weise erwogen. Eine Protestnote wäre zwar auf Sardinien wohl nur von geringer Wirkung geblieben, im Hinblick auf Preußen und die Interessen der Mittelstaaten und Österreichs jedoch begrüßenswert gewesen.

Bayern und die Asylfrage für den Papst

Die päpstliche Regierung, welche die bayerische immer wieder vor Napoleon gewarnt hatte, um auf diese Weise eine gewisse Solidarität zwischen beiden Regierungen zu betonen,¹¹⁵³⁾ äußerte zwar ihre Zufriedenheit über die an Sardinien gerichtete Note und die darin zum Ausdruck gekommenen politischen Anschauungen der bayerischen Regierung.¹¹⁵⁴⁾ Aber der Papst dürfte doch mehr von Bayern erwartet haben. Der Nuntius in München hatte öfters bei Schrenck die Frage der Abberufung Vergers aus Turin aufgeworfen. Aber Schrenck hatte nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Bayern kein katholischer Staat und die Parität der christlichen Konfession in der Verfassung verankert sei.¹¹⁵⁵⁾

1152) 20.10., 28.10.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34
20.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832

1153) 16.3., 4.5., 20.6., 4.7., 6.9.1860 Verger GSTM LAIII
p.Stuhl 28

1154) 27.11.1860 Antonelli GSTM III.R.44

28.11.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28

1155) 30.10.1860 Zwierzina an Rechberg HSTW IV Bavière 27
15.12.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28

Auch erwartete man in Rom, daß Bayern sich an dem von Spanien vorgeschlagenen Schritt der Mächte bei Napoleon zu Gunsten der Rechte des Papstes beteiligen werde. Die bayerische Regierung wurde aber einer Entscheidung darüber enthoben, da Thounevel, der französische Außenminister, dem Vorschlag schon vorher ausgewichen war.¹¹⁵⁶⁾ Die im Dezember dann doch erfolgte Abberufung des bayerischen Gesandten aus Turin gab der römischen Regierung sicherlich eine gewisse Genugtuung, obwohl man sie in Rom allein durch die feindlichen Akte Sardiniens gegen einen Verwandten des bayerischen Königshauses motiviert sah.¹¹⁵⁷⁾

Eine ganz andere Frage bezüglich des Papstes beunruhigte die bayerische Regierung erheblich und brachte sie in eine heikle und unangenehme Situation. Es war die zu befürchtende Absicht des Papstes, sich im Notfall nach Bayern zu flüchten. Zu Beginn des Jahres 1860, als der Umschwung der Politik Napoleons gegenüber dem Kirchenstaat klar zutage trat, wurde in Rom erwogen, in welchem Land der Papst gegebenenfalls sein Asyl nehmen könne. In Frage gezogen wurden die katholischen Länder Österreich, Sizilien, Spanien und Bayern. Gegen Österreich und Sizilien sprachen politische, gegen Spanien geographische Erwägungen. Bayern schien am geeignetsten.¹¹⁵⁸⁾

Schrenck hielt eine Verweigerung des Asyls für unmöglich und sah auch keine politischen Schwierigkeiten, die daraus entstehen könnten. Er beantragte, daß Verger dem Papst das Asyl anbieten und im gegebenen Fall den Papst begleiten

-
- 1156) 14.10.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
10.9.1860 Collantes an den spanischen Gesandten in Paris; Vermerk Schrencks auf Rechbergs Schreiben vom 29.9.1860 an Müllern in Paris GSTM III.R.44
19.10.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
1157) 15.12.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28
1158) 17.1.1860 Verger GSTM LAIII R.35
16.1.1860 Verger GSTM III.R.44

solle. König Max war jedoch nicht damit einverstanden. Er fürchtete die größten Verlegenheiten, die damit verbunden sein könnten, und ihm schien Spanien oder Österreich viel geeigneter für diesen Zweck. Er befahl Verger, daß er nicht aus "persönlichem Übelwollen", sondern aus rein politischen Erwägungen jede diesbezüglich "auftauchende Idee. ohne zu verletzen, beseitigen solle".¹¹⁵⁹⁾

Dies war für Verger wahrlich keine leichte und angenehme Aufgabe. Im Augenblick trat sie noch nicht an ihn heran. Die österreichische Regierung bot dem Papst an, in Österreich Schutz zu suchen, was abgelehnt wurde, da der Papst einen Staat zweiter Ordnung vorziehe. Man nannte Spanien.¹¹⁶⁰⁾ Antonelli dementierte das Gerücht, daß die römische Regierung für den Notfall in München um eine Einladung nach-gesucht habe.¹¹⁶¹⁾ Es hatte also den Anschein, als ob die römische Regierung tatsächlich weniger an Bayern wegen eines Asyls dachte. Aus diesem Grund ist Vergers Ansicht über seine Instruktion in dieser Angelegenheit zu verstehen. Da man also damit rechnen durfte, daß der Kirchenstaat Bayern weniger in Betracht zog, konnte man mit der Unverbindlichkeit spanischer Höflichkeit und Sitte dem Papst seine Dienste anbieten, ohne Befürchtung, beim Wort genommen zu werden. Auf diese Weise gedachte Verger - und er schlug es vor - seinen Auftrag in Rom zu erledigen.¹¹⁶²⁾ Als Schrenck über diesen Vorschlag beim König referierte, zeigte sich Max "erstaunt über Vergers Anträge und ihre bemerkwürdige Fassung". Er hielt sie für sehr gewagt und zweifelte an dem Erfolg. Er blieb weiterhin bei seiner

-
- 1159) 27.1.1860 Schrenck an Max und Signat Max' vom
27.1.1860 GSTL III.I.F.44
27.1.1860 (Telegr.), 29.1.1860 Schrenck an Verger
1861 Gesandtschaft am p.Stuhl 202
1160) 6.4.1860 Wendland GSTL III K.44
1161) 16.3.1860 Nach HSTW XI Rome 212
1162) 6.1.1860 Verger GSTL III.I.44

Meinung, daß "innere und äußere Schwierigkeiten" nicht zu vermeiden seien und außerdem der Aufenthalt des Papstes in Bayern "fast unerschwingliche Kosten" verursachen werde.¹¹⁶³⁾ Die Befürchtung äußerer Schwierigkeiten mit Frankreich teilte Schrenck nicht.¹¹⁶⁴⁾ Verger versuchte noch einmal bei Schrenck eine Änderung seiner Instruktion zu erreichen. Er schilderte eine Unterredung mit Antonelli, der sich bitter beklagte über diejenigen, welche schwiegen, aber handeln sollten und über die, welche sprechen könnten. In den Worten Antonellis war ein eindeutiger Vorwurf gegen Bayern zu hören. Verger ging nicht weiter darauf ein, fürchtete aber, daß Antonelli das nächste Mal nicht mehr so durch die Blume, sondern ganz offen um ein Asyl bitten werde und die Ablehnung dieser Bitte dann allein auf den König Max schieben werde. Allem Anschein nach war also Verger doch nicht restlos davon überzeugt, daß der Papst das Asyl in Bayern ablehnen werde. Trotzdem wies Verger darauf hin, welche günstige Gelegenheit ihm diese Unterhaltung geboten habe, um auf seine Weise vorzugehen. Verger schien ehrlich erbittert zu sein über die Aufgabe, die man ihm zumutete. Er bat um detaillierte Instruktionen über die Antwort, die er bei einer direkten Anfrage Antonellis zu geben habe, um selbst jede Verantwortung ablehnen zu können.¹¹⁶⁵⁾

Schrenck wagte es nicht, dem König die Briefe Vergers im Original vorzulegen. Er erstattete darüber nur Bericht, die Vorwürfe Vergers unterdrückend und stellte die Sachlage so dar, als ob durch das Schweigen Vergers nun der Papst Bescheid über Bayerns Meinung wisse. Im Falle einer direkten Anfrage hielt Schrenck eine Ablehnung für ausge-

1163) Signat Max' vom 18.4.1860 auf Antrag vom 15.4.1860
GSTM. III.R.44

1164) 9.4., 15.4.1860 Schrenck an Max GSTM. III.R.44

1165) 15.5., 16.5.1860 Verger an Schrenck GSTM. III.R.44

schlossen und bat um die Genehmigung, Verger in diesem Sinn instruieren zu dürfen. Max schwieg aber und nahm keine Stellung dazu.¹¹⁶⁶⁾

Immer wenn der Papst auf die ihm drohenden Gefahren zu sprechen kam, verhartete Verger in einem ostentativen Schweigen. Als der holländische Ministerresident, der sich über das Schicksal des Papstes sehr besorgt zeigte, Verger in dieser Angelegenheit aufsuchte, nannte dieser Holland als das geeignetste Land für ein Asyl. Verger versprach aber, seine persönlichen Dienste nicht abzulehnen, wenn der Papst ihn darum bitten sollte.¹¹⁶⁷⁾ In den diplomatischen Kreisen Deutschlands war man der falschen Ansicht, daß Max dem Papst das Schloß Würzburg oder Bamberg zur Verfügung gestellt habe. Aus welcher Quelle dieses Gerücht kam, ist unklar, auf alle Fälle rührte es nicht von Schrenck oder dem bayerischen Nuntius her. Man glaubte allgemein an direkte Abmachungen zwischen Pius IX. und Max.¹¹⁶⁸⁾ Der bayerischen Regierung brauchten solche Redereien gar nicht unangenehm zu sein, sie zeigten, daß es gelungen war, die Gedanken der bayerischen Regierung, wie Max es befohlen hatte, streng geheim zu halten.¹¹⁶⁹⁾ Mit der Ur-laubreise des Kardinals Reisach¹¹⁷⁰⁾ von Rom nach München verdichteten sich die diesbezüglichen Gerüchte. Reisach

1166) 3.6.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44

1167) 20.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28

1168) 14.6.1860 La Tour d'Auvergne AAE Prusse 336

30.6.1860 Launay ASTT Berlino 4

13.7.1860 Banneville AAE Bavière 236

19.7.1860 Rati ASTT Monaco 8/55

1169) 15.4.1860 Schrenck an Max und Senat Max! vom 27.4. 1860 GSTM III.R.44

1170) Reisach hatte der bayerischen Regierung in kirchlicher Beziehung große Schwierigkeiten bereitet und wurde 1855 als Kurienkardinal nach Rom berufen. Im Frühjahr 1860 ging einmal das Gerücht um, daß Reisach Innenminister werden solle. Verger hätte dies aus zweierlei Gründen begrüßt, da er hoffte, daß somit bei der päpstlichen Regierung andere Prinzipien und Tendenzen zum Durchbruch kämen und daß die Fähigkeiten Reisachs und sein Wissen sich nicht ausschließlich auf kirchliche Fragen konzentrierten und seine

trat die Reise unter völliger Billigung des Papstes an, und Verger vermutete, daß die päpstliche Regierung den Kardinal nicht ungern in Bayern beim Eintreten einer Krise sehe. Auch hatte Reischach dem Papst versichert, daß er für den Notfall ein Asyl bei dem katholischen Volk Deutschlands finden werde. Verger nahm an, daß der Kardinal keinen diesbezüglichen Auftrag an die bayerische Regierung zu richten habe,¹¹⁷¹⁾ und Antonelli dementierte offiziell jedes derartige Gerücht.¹¹⁷²⁾

Zu Beginn des Jahres 1860, als die französische Regierung das Fortgehen des Papstes von Rom begrüßt hätte, war die Wahrscheinlichkeit hierfür geringer als im Herbst, wo die französische Regierung den Papst gern in Rom gesehen hätte, da sie hoffte, daß dann der Papst den Entzug der weltlichen Macht leichter sanktionieren werde.¹¹⁷³⁾ Man war in Paris deshalb offensichtlich beunruhigt über die Möglichkeit einer Abreise des Papstes.¹¹⁷⁴⁾ Daß die französische Garnison das Leben des Papstes schützen werde, stand außer Zweifel.¹¹⁷⁵⁾ Wenn der Papst also Rom verlassen würde, so nahm Verger an, werde er es nur aus politischen Erwägungen tun und "um den Dualismus zwischen der weltlichen und geistlichen Autorität aufrecht zu erhalten."¹¹⁷⁶⁾

Die Umgebung des Papstes versuchte diesen zum Verlassen Roms zu bestimmen. Bayern wurde als Aufenthaltsort immer wieder in Erwägung gezogen. Das diplomatische Corps in

-
- ad 1170) Tätigkeit auf weltliche Angelegenheiten abgelenkt werde. Aus diesem Grunde unterstützte Verger dieses Projekt, indem er seine gute Meinung über die Fähigkeiten Reischachs verbreitete. (27.4.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28)
- 1171) 3.8.1860 Bach HSTW XI Rome 213; 21.6., 30.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1172) 3.8.1860 Bach HSTW XI Rome 213; 23.8.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1173) 21.6.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1174) 15.9., 27.9.1860 Gasser GSTM MAIII Frk.40
- 1175) 23.8.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
- 1176) 20.9., 1.10. Nr.198+199 1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl

Rom und Antonelli und auch Verger hielten dagegen ein Verlassen Roms für unklug, weil dann die Franzosen Rom evakuieren würden und die Piemontesen ungehindert dort einmarschieren könnten.¹¹⁷⁷⁾ Doenniges meinte auch, daß der Papst mit einer Flucht nur Piemont einen Gefallen tun werde.¹¹⁷⁸⁾ Ebenso dachte die bayerische Regierung.¹¹⁷⁹⁾ Verger war äußerst besorgt, daß der befürchtete Fall eintreten, und der Papst sich an ihn mit einer direkten Bitte wenden könne, die er nicht abzulehnen wagen werde.¹¹⁸⁰⁾

Als die Berichte Vergers, die seine großen Besorgnisse verrieten, in München eintrafen, schien aber die Wahrscheinlichkeit einer Flucht des Papstes nur mehr gering zu sein. Trotzdem schickte die bayerische Regierung einen Kurier nach Rom. Der Legationsrat Baron Wigmund wurde deshalb aus Frankfurt, wo er gerade in Urlaub war, zurückberufen.¹¹⁸¹⁾ So geheim die Angelegenheit behandelt wurde, so fand der französische Gesandte in Frankfurt doch heraus, daß Sigmund wegen der Asylfrage nach München abgereist war, jedoch konnte er Näheres nicht erfahren.¹¹⁸²⁾ Wegen möglicher Mißdeutungen war man auf das sorgfältigste darauf bedacht, daß die Akten des Ministeriums keine Spuren über diese Angelegenheit enthielten. Da alle diesbezüglichen Schriftstücke ohne Abschrift an den König zurückgegeben werden mußten,¹¹⁸³⁾ ist es nicht möglich, die Korrespondenz zwischen Lax und Schrenck Lankensiefen zu

-
- 1177) 22.9., 29.9.1860 Verger GSTM III.R.44; 20.9., 26.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 1178) 19.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.
 1179) 7.10.1860 Barneville AAE p. 324
 1180) 22.9.1860 Verger GSTM III.R.44, 26.9.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
 1181) 7.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
 2.10.1860 Pfistermeister an Schrenck GSTM III.R.44
 1182) 7.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
 1183) Sigmund Lax vom 27.4.1860 auf 20.4.1860, Lankensiefen vom 15.4.1860 GSTM III.R.44. Anscheinend wurden von König Lax die ihm zurückgegebenen Aktenstücke zurückgegeben, denn im Kabinettsnachlaß des Könige ist nichts zu finden gewesen.

rekonstruieren.

Die geheime Instruktion aber, die Sigmund nach Rom brachte, ist in einem Auszug von Vergers Hand erhalten. Danach enthielt sie die Anweisung, daß dem Papst eine Flucht in keiner Weise erleichtert werden solle, weil sie gegen das Interesse des Papstes selbst und das der katholischen Welt sei. Sollte sich aber das Fortgehen des Papstes nicht verhindern lassen, dann sollten die rein katholischen Länder, Spanien und Portugal, als Aufenthaltsort empfohlen und von Bayern abgeraten werden und zwar notfalls unter Angabe von Gründen, wie das ungünstige Klima, die Religionsverhältnisse in Bayern und die Schwierigkeiten für Bayern nach außen, sodaß eine direkte Anfrage der römischen Regierung vermieden werde.¹¹⁸⁴⁾

Am 5. Oktober, also zwei Tage nach der eben erwähnten Instruktion, unterbreitete Schrenck dem König einen Antrag, der von Max am 9. Oktober beantwortet wurde.¹¹⁸⁵⁾ Zurückzuführen war Schrencks Antrag wohl auf einen am Vortag in München eingetroffenen Bericht Vergers, in dem dieser meldete, daß alles zu einer Abreise des Papstes vorbereitet sei.¹¹⁸⁶⁾ Die Befürchtungen Vergers waren begründet und wurden von dem Nuntius in München in einer vertraulichen Mitteilung bestätigt.¹¹⁸⁷⁾ Schrenck fügte seinem Antrag noch einen früheren, den vom 3. Juni 1860, bei, was darauf schließen läßt, daß der Außenminister die Entscheidung des Königs darüber erbat, daß eine direkte Anfrage des Papstes nicht abgelehnt werden brauche. Ob

1184) Eigenhändiger Auszug Vergers aus dem Dienstschreiben Schrencks vom 3. 10. 1860 GSTM Gesandtschaft am p. Stuhl 802, siehe Anhang.

1185) laut Aufzählung der an Max zurückgegebenen Aktenstücke vom 16. 10. 1860 Schrenck an Max GSTM III. R. 44

1186) 29. 9. 1860 Verger GSTM III. R. 44

1187) 16. 10. 1860 Schrenck an Max GSTM III. R. 44

Schrenck Erfolg hatte, erscheint fraglich. Am 10. Oktober nämlich schickte Schrenck einen neuen Antrag an den König, der zur Zeit in der Pfalz weilte.¹¹⁸⁸⁾ Als Antwort darauf kam das Telegramm Pfistermeisters vom 14. Oktober aus Ludwigshafen und der Brief Max' vom selben Tag angesehen werden. Darin wurde mitgeteilt, daß der päpstlichen Anfrage nur vorgebeugt werden solle, weil die Flucht des Papstes einen Angriff auf Venetien und europäische Komplikationen erleichtern werde, und bei direkter Anfrage Instruktion in München eingeholt werden müsse.¹¹⁸⁹⁾

Dies war also immer noch keine definitive Entscheidung. Dem König mußte sehr viel daran gelegen sein, daß der Papst nicht nach Bayern komme. Seine Gründe hierfür sind nicht ganz zu verstehen. Als Verger die Weisung seiner Regierung erhielt, die er getreu zu befolgen versprach, war die akute Gefahr einer Flucht des Papstes vorerst vorbei. Verger war erleichtert, erleichtert auch, weil er immerhin nähere Anweisung besaß, welche Sprache er zu führen habe.¹¹⁹⁰⁾ Damit er in dieser heiklen Sache nichts gegen den Willen seiner Regierung unternehme, setzte Verger sich nochmals wegen der genauen Formulierung der bayerischen Gegengründe mit München in Verbindung. Man einigte sich, das raue Klima, die Freiheit des Wortes, die konstitutionelle Regierung in Bayern und vor allem die gemischte Konfession und die Eventualität eines Krieges in Deutschland als Mo-

1188) laut Aufzählung der an Max zurückgegebenen Aktenstücke vom 16.10.1860 GSTM III.R.44

1189) 14.10.1860 Pfistermeister Telegr.; 14.10.1860 Max an Schrenck GSTM III.R.44

1190) 17.10.1860 Verger GSTM Gesandtschaft am p.Stuhl 802
4.10.1860 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 28
18.10.1860 Verger GSTM III.R.44

tivierung anzuführen. 1191)

Ganz und gar war das Reiseprojekt des Papstes jedoch nicht aufgegeben worden, wenn auch der Nuntius in München erklärte, daß der Papst Rom freiwillig nicht verlassen werde.¹¹⁹²⁾ Aber man nahm an, daß der Papst dann abreisen werde, wenn piemontesische Truppen in Rom einrücken würden. Nach dem Fall Gaetas war diese Möglichkeit immerhin nicht ausgeschlossen. Sie hing vor allem von dem Verhalten der französischen Regierung ab, ob diese trotz der strategisch guten Position und der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem Papst, ihre Truppen zurückziehen und den piemontesischen Truppen freien Einmarsch gewähren würde. Trotzdem Verger und Doenniges diese Möglichkeit als wenig wahrscheinlich ansahen,¹¹⁹³⁾ mußte man doch damit rechnen und sich darüber klar sein, was Verger im Fall eines Einmarsches piemontesischer Truppen und somit bei einer Abreise des Papstes tun solle. Diese Frage aber wurde durch die Abberufung Vergers aus Turin wesentlich vereinfacht, weil er sich dann ganz nach dem Verhalten der anderen beim Papst beglaubigten Gesandten richten konnte.¹¹⁹⁴⁾

Seltsam, der König der sonst gern auf seine Ratgeber hörte, in dieser ganzen Frage des päpstlichen Asyls entschied er sich völlig selbständig, sogar ohne den Rat von der Pfordtens einzuholen¹¹⁹⁵⁾ und beharrte unnachgiebig auf seinem Willen. An dem begreiflichen Wunsch, daß der Papst Rom nicht verlassen möge, kann keine Kritik geübt werden, weil er in politischer Überlegung durchaus begründet war.

-
- 1191) 12.6.1860 Nr. 129, (geschrieben am 18.10.1860 mit fingiertem Datum) Verger GSTM III.R.44; 23.10.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28; 30.10.1860 Schrenck an Max; 2.12.1860 Schrenck an Verger Telegr. GSTM III.R.44
- 1192) 28.10.1860 Auguste an Luitpold GHK N.Th.22
- 1193) 1.11., 12.11., 14.11., 27.11., 4.12., 21.12.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28; 18.11.1860 Doenniges GSTH
- 1194) 19.11.1860 Verger, 29.11.1860 Schrenck /LAIII Sard.15 an Max und Signat Max' vom 1.12.1860; 3.12.1860 Schrenck an Verger Telegr. GSTM III.R.44. Verger wurde am 5. November 1860 noch eine Instruktion zugeschickt. (21.11.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28)

Unersichtlich sind jedoch die wahren Motive, aus denen Max sich so sehr gegen ein Asyl des Papstes in Bayern sträubte. Die etwaigen Unannehmlichkeiten bei der gemischten Bevölkerung Bayerns, die für den Papst entstehen könnten, das Klima, die diplomatischen Schwierigkeiten Bayerns mit den fremden Mächten konnten doch nur Vorwände gewesen sein. Die finanzielle Belastung war anzuerkennen, aber kein ausreichender Grund für die Haltung des Königs. Vielleicht und dies ist allerdings nur eine Vermutung, war für Max vor allem die Befürchtung maßgebend, daß die Anwesenheit des Papstes in Bayern die extrem katholische Partei wesentlich beeinflussen und stärken könnte.

ad 1194) In den Akten ist sie nicht vorhanden. Aus dem Verhalten Vergers zu schließen, dürften darin keine wesentlich neuen Gesichtspunkte in der Asylfrage enthalten gewesen sein.

1195) Wenigstens sind keine schriftlichen Äußerungen von der Pfordtens vorhanden, die zwar aus Gründen der Geheimhaltung unterblieben oder vernichtet worden sein können.

VI. K a p i t e l

Die venetianische Frage

(Die venetianische Frage bis zum Sommer 1860 - Gerüchte wegen eines Bündnisses zwischen Bayern und Österreich - Akute Kriegsgefahr und die Haltung der Mächte - Die bayerischen Überlegungen und Bemühungen wegen Venetien - Französische Reklamationen wegen der bayerischen Initiative - Das Protokoll vom 22. Januar 1862)

Die venetianische Frage bis zum Sommer 1860

Die Politik Sardinien gegenüber Sizilien und dem Kirchenstaat berührte die Interessen Deutschlands nicht unmittelbar. Aber es war mit Sicherheit zu erwarten, daß Sardinien eines Tages seine Absichten auf Venetien verwirklichen würde. Darauf mußte man gefaßt und vorbereitet sein. Nach den Erfahrungen, die die deutschen Mittel- und Kleinstaaten im italienischen Krieg 1859 mit Preußen gemacht hatten, stellte sich Bayern die Aufgabe, Preußen und Österreich wieder zu versöhnen und in den deutschen Angelegenheiten eine Einigung zu erzielen.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit die Politik der deutschen Staaten bezüglich der innerdeutschen Probleme zu verfolgen. Außenpolitisch berührte jedoch die venetianische Frage in ihrer engen Verkettung mit der französischen Rheinpolitik unmittelbar die deutschen Staaten und lief Hand in Hand mit der Lösung der italienischen überhaupt. Nach dem Frieden von Villafranca war die gegenseitige Erbitterung zwischen Österreich und Preußen groß. Um die Jahreswende 1859/60, als Walewski aus dem französischen Außenministerium ausschied und Cavour wieder in das politische Leben eintrat, fürchtete die bayerische Regierung sehr, daß ein neuer Krieg ausbrechen könne. Nachdem sich aber zeigte, daß die sardinische Politik

vorerst auf Süd- und Mittelitalien gerichtet war, verringerte sich die Bedrohung Venetiens vorübergehend, und die bayerische Regierung fürchtete für das Jahr 1860 nichts mehr von dieser Seite.¹¹⁹⁶⁾

Im Juni 1860 bot sich mit der Fürstenzusammenkunft in Baden-Baden für Bayern eine Gelegenheit, die Verständigung zwischen Preußen und Österreich zu betreiben. Bisher waren die Bemühungen Österreichs um ein Bündnis mit Preußen, das eine Garantie Venetiens einschloß, fehlgeschlagen.¹¹⁹⁷⁾ Max traf sich auf der Reise nach Baden-Baden mit von der Pfordten, der ihm ein Programm empfahl, das der König mit dem Prinzregenten von Preußen besprechen sollte. Unter anderem war darin auch des Verhältnisses Preußens zu Österreich und der venetianischen Frage gedacht.¹¹⁹⁸⁾ Diese Dinge wurden in Baden-Baden tatsächlich von den deutschen Fürsten mit dem Prinzregenten besprochen. Aber man erreichte nichts anderes, als das Versprechen des Prinzregenten, daß er "es nicht bloß als die Aufgabe der deutschen, sondern als die erste Aufgabe der europäischen Politik erachte, den territorialen Bestand sowohl des Gesamt Vaterlandes als der einzelnen Landesherren zu schützen."¹¹⁹⁹⁾

1196) 6.4.1860 Wendland GSTL III.R.44; 27.8.1860 Banneville AAE Bavière 236; vergl. über die ganze Frage vor allem G.Hoffmann, Die venezianische Frage zwischen den Feldzügen von 1859 und 1866, Zürich 1940

1197) 4.5.1860 Bray GSTL LAIII Fr.62; 4.5.1860 Bray GHM 79/1/166; 7.7.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34 vergl. über das Bündnisangebot Österreichs an Preußen bei H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.298 ff, das zu keinem Ergebnis führte, weil die österreichische Regierung an ihrem Standpunkt festhielt, keine Zugeständnisse in der deutschen Frage zu machen. Schleinitz aber war überzeugt, daß Preußen nicht im gleichen Maße einer Allianz bedürfe als Österreich, denn Österreich war durch die Bundesakte schon verpflichtet, Preußen bei einem Angriff Frankreichs auf den Rhein beizustehen, nicht aber Preußen bei einem Angriff auf Venetien.

1198) 6.6.1860 v.d.Pfordten, Zur gegenwärtigen Lage GHM 76/5/34; vergl. E.Franz, v.d.Pfordten S.294 f

1199) 20.6.1860 Ansprache des Prinzregenten GHM 79/1/167 vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.317

Bei dem Teplitzer Treffen zwischen Franz Josef und dem Prinzregenten kam es zu keiner schriftlichen Abmachung wegen Venetien, nur zu der Zusage preußischer Hilfe für Österreich, wenn dieses von Frankreich angegriffen werde. Österreich versicherte von sich aus, an keinen Angriff zu denken.¹²⁰⁰⁾ Diese Erklärung wirkte beruhigend in Turin und auch in der deutschen Öffentlichkeit, die in den militärischen Vorbereitungen in Venetien schon Anzeichen für ein aktives Vorgehen Österreichs sahen.¹²⁰¹⁾

Jeder Versuch Österreichs, von Preußen und dem Deutschen Bund eine Garantie für Venetien zu erhalten, wurde zwar von den sardinischen Vertretern in Deutschland mit einer gewissen Beruhigung, aber auch in der stillen Zuversicht notiert, daß Preußen sich nicht dafür hergeben werde.¹²⁰²⁾

Gerüchte wegen eines Bündnisses zwischen Bayern und Österreich

Die Erklärung Preußens, nur bei einem französischen Angriff Hilfe zu leisten, befriedigte den sächsischen Minister Baumstark nicht. Er sondierte bei den deutschen Regierungen, ob sie bereit waren, Österreich Truppen zur Besetzung Tirols und anderer deutsch-österreichischer Provinzen anzubieten.¹²⁰³⁾ Diese Anfrage gab dem Gerücht Nahrung, daß Bayern und Österreich bereits ein Abkommen geschlossen hätten, in dem stipuliert sei, daß Bayern österreichische Provinzen besetze, bei einer Intervention

1200) vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.324 f

1201) 5.11.1860 Goernigges CSTK LIII Sardin. 15

14.11.1860 Banneville AAE Bavière 236

1202) 8.7.1860 Fati ASTT Monaco 3/15; 22.11.1860 Dorra ASTT Monaco 5/18; 29.11., 1.12.1860, 15.1.1861 Barral ASTT Frankreich 5/34+35, 1.3.1860 Carlot AAE Bavière 237; 30.12.1860, 4.1.1861 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832+833

1203) 18.8.1863 Scheuberg ASTT Bavière 27

in Italien Hilfe leiste und bei einem Krieg mit Frankreich mehr Truppen stelle, als das Bundeskontingent, Österreich aber dafür den Besitz der bayerischen Rheinprovinzen garantiere.¹²⁰⁴⁾ Schrenck dementierte dieses Gerücht offiziell. Trotzdem kam es nicht zum Schweigen.¹²⁰⁵⁾

Die österreichische Regierung gab um diese Zeit die Hoffnung auf eine Einigung mit Preußen noch nicht auf. Um Preußen nicht zu verletzen, wick Österreich diesem sächsischen Angebot, wie auch schon einem früheren Hilfsangebot Beusts aus. Ebenso verhielt sich Österreich gegenüber einem Vorschlag Hügels im April 1860 für eine Defensivallianz der Mittelstaaten mit Österreich. Rechberg mahnte, an dem Deutschen Bund festzuhalten und keinen Bund im Bunde zu betreiben.¹²⁰⁶⁾

Zwischen München und Wien wurde in dieser Hinsicht auf dem Geschäftswege nichts verhandelt.¹²⁰⁷⁾ Wie weit diese Möglichkeit mündlich besprochen wurde, läßt sich nicht feststellen. Die Gelegenheit zu mündlichen Verhandlungen hätte bei dem Treffen Kaiser Franz Josefs und König Max' im August 1860 anlässlich der feierlichen Eröffnung der Eisenbahn München-Wien in Salzburg bestanden und bei dem Treffen der beiden Fürsten mit dem König von Württemberg im November in Stuttgart. Schleinitz erging sich hierüber in Vermutungen.¹²⁰⁸⁾

1204) 23.8.1860 Rati ASTT Monaco 8/55
26.8.1860 Thouvenel an Banneville; 27.8., 30.8.1860
Banneville AAE Bavière 236; 14.9., 20.10.1860
Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832

1205) 6.9.1860 Rati ASTT Monaco 8/55
15.12.1860 Banneville AAE Bavière 236

1206) vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.311 + 331
W.P.Fuchs, Die deutschen Mittelstaaten S.173 ff
Th.Griewank, Württemberg S. 79 ff

1207) Anlässlich der Würzburger Konferenzen vermied die bayerische Regierung aus Rücksicht auf Preußen und entgegen den Absichten Beusts, die Garantieforderung für Venetien aufzurollen. (vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit, III S.318; W.P.Fuchs, Die deutschen Mittelstaaten S.164)

1208) 1.12.1860 Montgelas GSTM. M.AIII Pr.62

Sicher ist jedenfalls, daß Max sich über diese Frage Gedanken machte und wie schon so oft, um den Rat von der Pfordtens bat. Von der Pfordten sah in dem sächsischen Vorschlag nur eine Demonstration. Werde man Österreich bei einem neuen Krieg helfen wollen, so würden einige Brigaden nicht ausreichen. Würde der Bund aber Österreich ohne Hilfe lassen, was von Preußen abhängt, dann sei eine solche Maßnahme ohnehin unnötig. Auf alle Fälle aber müsse die Entsendung von Truppen nach Tirol und Triest durch den Bund beschlossen werden. Von der Pfordten riet, erst einmal das Ergebnis des Monarchentreffens in Warschau abzuwarten und dann in Wien anzufragen, ob man dort eine Mitwirkung des Bundes überhaupt wünsche und auf welche Weise, und daraufhin in Berlin zu erkunden, ob man dazu geneigt sei.¹²⁰⁹⁾

Schrenck erhielt den Auftrag, sich in einem persönlichen Schreiben an seinen Freund Rechberg nach den Wünschen der österreichischen Regierung bezüglich eines Krieges in Venetien zu erkundigen. Aber es mag wohl auf den Rat von der Pfordtens zurückzuführen sein,¹²¹⁰⁾ daß Lax zwei Tage später diesen Auftrag zurückzog. Als Begründung für die Änderung seines Entschlusses führte Lax an, daß er das Ergebnis der Warschauer Zusammenkunft abwarten wolle.¹²¹¹⁾

Akute Kriegsgefahr und die Haltung der Mächte

Nach den Erfolgen Garibaldis und Sardinien in Süd- und Mittelitalien wuchs die Gefahr eines Angriffs auf Venetien

-
- 1209) 13.9.1860 v.d.Pfordten GHL 76/5/34
vergl. E.Franz, v.d.Pfordten S.297 f
- 1210) Von der Pfordtens Brief mit den betreffenden Ratschlägen wurde am 13.September 1860 geschrieben. Da Lax in dieser Zeit gerade in Berchtesgaden war, ist anzunehmen, daß er den Brief von der Pfordtens nicht vor dem 20.September erhielt. Ein Eingangsdatum auf von der Pfordtens Schreiben ist nicht vorhanden.
- 1211) 20.9.1860 Lax an Schrenck; 22.9.1860 Pfistermeister an Schrenck Telegr. GSTL III.R.44

wieder beträchtlich. In München liefen Berichte ein, daß man überall in Europa mit einem Losschlagen Sardinien im Frühjahr 1861 rechnete. Garibaldi kündigte in einer Proklamation den Krieg gegen Österreich an. Seine Anhänger, sowie die Ultraliberalen und Radikalen, gewannen in Sardinien, Oberitalien und der Lombardei immer mehr an Boden. Sie begehrten vor allem ein italienisches Reich, frei von jedem fremden, auch französischen Einfluß und waren aus diesem Grunde gegen eine Allianz der sardinischen Regierung mit Frankreich. Sie hetzten gegen Österreich und drängten auf einen Krieg in Venetien ohne französische Hilfe.¹²¹²⁾

Aber Cavour gab sich den Anschein als beabsichtigte er im Augenblick keinen Angriff auf Venetien. Er sah zur Zeit nur geringe Chancen für Piemont bei einem solchen Krieg. Das aber war es, worauf man in Deutschland seine Hoffnungen baute.¹²¹³⁾ Sardinien hatte immerhin mit einigen Schwierigkeiten in Süditalien zu kämpfen. Zudem war die finanzielle Lage sehr schlecht. Doenniges schätzte das Defizit auf 52 Millionen frs.¹²¹⁴⁾ Die Organisation und die Rüstungen des piemontesischen Heeres deuteten jedoch auf zukünftige kriegerische Pläne hin. Doenniges nannte die Zahl von 300 000 Mann, die Sardinien zusammen mit den annektierten Gebieten vielleicht aufbieten könne. Würden dazu noch die französischen Streitkräfte kommen, ständen Österreich und Deutschland eine gefährliche Macht gegenüber.¹²¹⁵⁾ Die kriegerisch gesinnte Opposition gegen

1212) 20.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832
20.11.1860 Bray GSTM MAIII Öst.51; 5.11., 14.11.,
23.11., 19.12., 31.12.1860, 18.1.1861 Doenniges GSTM
MAIII Sard.15/16; 11.10., 8.11., 12.11.1860 Verger
GSTM MAIII p.Stuhl 28; 19.4.1861 Sächsischer Gesandter
in London GSTM III.R.45; 18.9.1860 Auguste an Luit-
pold GHL N.Th.22

1213) 5.11., 19.12.1860 Doenniges GSTM LAIII Sard.15

11.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 832

1214) 8.7., 16.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

1215) 9.11., 19.11.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

Cavour wurde immer stärker, sodaß Doenniges fürchtete, daß Cavour zumindestens zu einer Änderung des Ministeriums gezwungen werde, in dem die radikalen Elemente das Übergewicht erhalten könnten.¹²¹⁶⁾

England riet in Turin von einem Angriff auf Venetien ab, weil es, wie Cetto berichtete, einerseits ein siegreiches Vorgehen Österreichs, andererseits aber auch die Notwendigkeit fürchte, mit Frankreich die italienische Sache verteidigen zu müssen.¹²¹⁷⁾ Auf eine englische Hilfe für Österreich konnte die bayerische Regierung nach den Berichten ihrer Gesandten schon gar nicht rechnen.¹²¹⁸⁾ England hielt die Lösung der venetianischen Frage durch einen freiwilligen Verkaufs Österreichs an Sardinien für erstrebenswert.¹²¹⁹⁾ Auch Frankreich propagierte diese Idee.¹²²⁰⁾ Die Mehrheit in der deutschen Öffentlichkeit lehnte dies, mit Ausnahme der Kreise um den Nationalverein ab.¹²²¹⁾ Die preußische Regierung war nicht für diesen Plan zu gewinnen und weigerte sich kategorisch, dieses Projekt in Wien zu befürworten.¹²²²⁾ England ließ dann diesen Plan fallen, war aber weiterhin der Ansicht, daß Venetien zu Italien kommen müsse, um im Süden Europas endgültig Ruhe zu haben.¹²²³⁾

Nach bayerischen Informationen war auch von Rußland keine

-
- 1216) 5.11., 31.12.1860 Doenniges GSTM LAIII Card.15
 - 1217) 22.8., 7.9., 18.9., 3.12.1860, 25.1., 19.2.1861
Cetto GSTM LAIII Egl. 50/51
 - 1218) 6.4.1860 Wendland GSTM LAIII R.44
3.12.1860 Cetto GSTM LAIII Egl. 50
 - 1219) 18.9., 3.12.1860 Cetto GSTM LAIII Egl.50 vergl.
über den Plan des Verkaufes von Venetien bei G.Hoffmann, Die venezianische Frage, S.381 ff
 - 1220) 21.6.1860 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28; Frankreich schlug in Petersburg außerdem einen Austauschplan vor. Österreich für Venetien auf dem Balkan zu entschädigen, was Rußland natürlich ablehnte. (vergl. Ch.Friese, Rußland und Preußen, S.221)
 - 1221) 23.12.1860 Barral ASTM Francoforte 5/34
22.12.1860 Montgelas GSTM LAIII Pr.62
 - 1222) 23.12.1860 La Tour d'Auvergne AAE Gasse 337
30.12.1860 Banneville AAE Bavière 236
16.1.1861 Montgelas GSTM LAIII Fr.63; vergl. Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr.309
 - 1223) 9.1.1861 Bray GSTM LAIII Öst.52
25.1.1861 Cetto GSTM LAIII Egl.51

Unterstützung für Österreich zu erwarten, wenn sich auch die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gebessert hätten. In Petersburg war man sehr an einer baldigen Klärung der venetianischen Frage interessiert, und zwar aus der Angst, daß Österreich in Ungarn nicht Ruhe halten, und die Revolution sich von dort auf die slawischen Länder ausbreiten könne.¹²²⁴⁾ Frankreich versprach zwar, in Turin von einem Angriff auf Venetien abzuraten, behielt sich aber für diesen Fall volle Aktionsfreiheit vor. Eine Verletzung der Züricher Verträge, so erklärte die französische Regierung, würde sie nicht dulden.¹²²⁵⁾ In dieser Erklärung sah Doerniges mit Recht eine Art Garantie für ein Verbleiben der Lombardei bei Sardinien.¹²²⁶⁾

Die bayerischen Überlegungen und Bombungen wegen Venetien

Dieser Konstellation gegenüber erachtete es Schrenck für nötig, daß die bayerische Regierung eine Initiative ergreife, um die Südgrenze Österreichs und des Deutschen Bundes wirksam zu schützen. Max war nach der Zurückziehung des Befehles, sich mit Rechberg in Verbindung zu setzen, nicht mehr auf diese Angelegenheit zurückgekommen, obwohl in Warschau kein positives Ergebnis erzielt wurde.¹²²⁷⁾ Wenn auch das Gerücht ging, Bayern werde am Deutschen Bund eine Erklärung vorschlagen, daß ein Angriff auf Venetien das deutsche Interesse berühren werde,¹²²⁸⁾ so war doch im Oktober-November 1860 nichts in diesem Sinn von der bayerischen Regierung unternommen worden. Schrenck bedauerte das und versuchte wie schon früher durch seine bestimm-

1224) 29.10., 1.12.1860 Perglas GSTM. III.R.44

12.11., 13.12.1860 Perglas GSTM. LAIII RuS.52

1225) 7.12.1860 Thouvenel an Banneville AAE MDF 742

1226) 10.2.1861 Doerniges GSTM. LAIII Sard.16

1227) 10.10.1860 Rati ASTT Monaco 3/55

8.11.1860 Doria ASTT Monaco 3/58

31.10.1860 Barral ASTT Francoforte 5/34

29.10.1860 Perglas GSTM. III.R.44; vergl. H.v.Srbik,

Deutsche Einheit III.S.333 ff

1228) 14.10.1860 Banneville AAE Bavière 236

23.10.1860 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 332

8.11.1860 Doria ASTT Monaco 3/58

te Sprache gegenüber dem französischen Gesandten, keine Zweifel in Frankreich aufkommen zu lassen, daß Deutschland zu Österreich stehen werde. Seine Erklärungen haben offensichtlich nicht die gewünschte Wirkung erzielt.¹²²⁹⁾ Im Grunde stand man wieder vor derselben Situation wie 1859, vor dem "passiven Widerstand Preußens nach beiden Seiten hin."¹²³⁰⁾ Preußen versicherte zwar, bei einem vereinten Angriff Sardiniens und Frankreichs Österreich helfen zu wollen, aber darüber hinaus war es nicht bereit, irgendwelche Bindungen einzugehen, in der Meinung, daß Österreich mit Sardinien allein fertig werden könne.¹²³¹⁾ Am 10. November stellte nun Schrenck bei König Max den Antrag, unter Darlegung der bayerischen Ansichten, die preussische Regierung um Mitteilung ihres Standpunktes zu ersuchen.

Schrenck hielt eine Niederlage Österreichs gegenüber Sardinien und der Revolution, selbst ohne Unterstützung Frankreichs immerhin für möglich und befürchtete dann das Übergreifen der Revolution auf Deutschland. Deshalb riet er zu Vorbereitungen und Rüstungen, aber eine Beteiligung am Kriege möglichst zu vermeiden.¹²³²⁾ Max entschied sich nicht sofort für den Antrag Schrencks. Er war um diese Zeit auf einer Reise in Süddeutschland, wo er in Stuttgart mit Kaiser Franz Josef und König Wilhelm zusammentraf. Die drei Monarchen erörterten diese Frage sicherlich. König Wilhelm und Max vereinbarten, einen Defensivbund nur zu betreiben, wenn Preußen versage.¹²³³⁾ Max fuhr

-
- 1229) 14.9., 2.10., 14.10.1860 Banneville AAE Bavière 236
6.9.1860 Rati ASTT Monaco 8/55
Das Presseorgan Cavour's beantwortete die Bestrebungen Österreichs, den Besitz Venetiens garantieren zu lassen, mit der Drohung, gemeinsam mit Frankreich am Rhein zu marschieren. (26.1.1861 Doenniges GSTM. LAIII Sard.16)
- 1230) 16.1.1861 Montgelas GSTM LAIII Pr.63
- 1231) 1.11.1860 Montgelas GSTM LAIII Pr.62
26.9.1860 Bibra GSTM III.R.44
- 1232) 10.11.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44
- 1233) 22.11.1860 Doria ASTT Monaco 8/58; vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.312

dann nach Frankfurt weiter, um mit von der Pfordten die Lage zu besprechen, der seine Meinung in einem Exposé darlegte.¹²³⁴⁾

Von der Pfordten hielt die Fragestellung, ob Österreich allein Venetien verteidigen könne, für falsch. Unrichtig sei auch die preußische Einstellung hierzu, wonach es Österreich nicht besser verdiene, wenn es zur Verteidigung Venetiens nicht allein imstande sei. Österreich habe ja nicht nur mit Italien zu tun, sondern mit einer europäischen Revolution. Frankreich unterstütze außerdem Sardinien durch Waffensendungen und Geld. Von der Pfordten fürchtete mit großer Wahrscheinlichkeit, daß Venetien verloren gehe, wenn Österreich ohne Hilfe bliebe. Die wesentliche Fragestellung, so meinte von der Pfordten, müsse vielmehr lauten, ob das deutsche Interesse den Besitz Venetiens bei Österreich erfordere. Und dies bejahte von der Pfordten vollständig. Einmal aus militärischen Gründen zur Verteidigung Deutschlands gegen Italien und Frankreich, worüber sich alle, selbst die preußischen militärischen Autoritäten klar seien.¹²³⁵⁾ Die Bestätigung dafür liege in den italienischen Feldzügen Napoleons, die ihn mit einer verhältnismäßig geringen Armee bis fast nach Wien geführt und den Frieden von Leoben und Campo Formio erzwungen haben, der Deutschland den Rhein gekostet habe. Der Rhein sei also in Italien verloren worden und müsse dort verteidigt werden. Bei dem Verlust Venetiens sei auch Tirol verloren, und das sei schon Bundesgebiet. Ebenso gingen dann Triest und Dalmatien verloren. In wirtschaftlicher Hinsicht würden dem Handel Deutschlands mit dem Orient unberechenbare Nachteile erwachsen. Von einer grö-

1234) 13.9.1860 v.d.Pfordten

V.d.Pfordten: Die venetianische Frage GHM 76/5/34
vergl. E.Franz, v.d.Pfordten S.297 ff

1235) vergl. über die Richtigkeit der Behauptung von der Pfordtens bei H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.332-339

Seren deutschen Seemacht könne dann nicht mehr die Rede sein. Als weiteren Gesichtspunkt führte von der Pfordten an, daß Deutschland nach allen Seiten hin an seine Nachbarn Gebiete verloren habe, an Rußland, an Dänemark, an Holland, an Frankreich und nur im Süden habe das Germanentum Eroberungen gemacht, wo es nun auch noch geschmälert werden solle. Der Verlust von Venetien würde nach den Darlegungen von der Pfordtens bedeuten, daß Österreich seine Stellung als Großmacht einbüßen und so geschwächt werde, daß es bei einem Angriff auf den Rhein keine Hilfe mehr leisten könne. Dies sei aber das eigentliche Ziel Frankreichs. Ob man auf die Hilfe Englands und Rußlands rechnen könne, sei ungewiß. Solange Belgien nicht angetastet werde, würde England wohl zuschauen, und Rußland werde wegen seiner Interessen im Orient die Allianz mit Frankreich nicht aufgeben. Mit der Verwirklichung der französischen Rheinpolitik breche aber auch der Deutsche Bund zusammen. Nord- und Mitteldeutschland würden unter preußischen Einfluß fallen, Hessen und Baden nachfolgen, und Bayern und Württemberg könnten auf die Dauer nicht allein stehen. Preußen werde vergrößert werden und deshalb fürchtete von der Pfordten, daß es eben nicht handeln wolle.

Aus diesen Überlegungen heraus schlug von der Pfordten vor, den Bund erklären zu lassen, daß Österreich Venetien nicht verlieren dürfe. Bei Kriegsausbruch müsse sofort das südliche Bundesgebiet von Bundestruppen besetzt und die ganze Bundesarmee mobilisiert und am Rhein aufgestellt werden. Als Voraussetzung dafür hielt von der Pfordten die entsprechende Mitwirkung und Zustimmung Preußens für unentbehrlich, weshalb die bayerische Regierung berufen sei, in diesem Sinneentsprechend zu wirken. Würde Preußen sich aber nicht dafür gewinnen lassen, dann sehe von der Pfordten

keine Wahl, als ruhig über sich ergehen zu lassen, was Napoleon zu beschließen für gut finde und in tatenloser Schwäche ein unrühmliches Ende zu finden.

Schon vorher hatte von der Pfordten die Frage aufgeworfen, ob Bayern nicht aus einer Niederlage Österreichs Nutzen ziehen könne. Er verneinte dies aber, da es ihm naheliegender schien, daß Österreich für die Verluste in Italien und Ungarn sich in Süddeutschland zu entschädigen suchen werde,¹²³⁶⁾ und England und Rußland die gänzliche Zerschlagung Österreichs nicht zulassen würden. Zudem gab er die wirtschaftlichen Folgen für den Zollverein zu bedenken.¹²³⁷⁾

Auf Grund einer Besprechung mit von der Tann kam auch Max zu dem Ergebnis, daß für Bayern aus einer Niederlage Österreichs keine Vorteile zu erwarten seien.¹²³⁸⁾ Er zog in Betracht, daß Bayern zwar bei einer Zerschlagung Österreichs dessen deutsche Provinzen vielleicht gewinnen könne, daß Frankreich aber die völlige Zerschlagung Österreichs verhindern werde, weil es die Vergrößerung Rußlands durch die slawischen Provinzen Österreichs nicht wünschen könne. Würde die Zerschlagung Österreichs aber doch eintreten, dann sei Preußen von Rußland sehr bedroht und anzunehmen, daß Deutschland sich enger vereinigen müsse, um sich gegen die slawischen, französischen und italienischen Reiche verteidigen zu können. Dabei sei vorauszusehen, daß Bayern von dem doppelt so starken Preußen ganz absorbiert oder doch in ein Verhältnis großer Abhängigkeit zu Preußen geraten werde.

Ebenso besprach Max mit von der Tann auch die Vorteile und Nachteile, die sich für Bayern aus einer etwaigen Allianz

1236) 13.9.1860 v.d.Pfordten GHM 76/5/34

1237) 3.3.1861 v.d.Pfordten GHM 79/1/166

1238) 10.12.1860 Resultate eines Gespräches mit von der Tann GHM 79/1/166

mit Frankreich ergeben würden und kam zu einem negativen Resultat aus folgenden Überlegungen: Der Verlust der Rheinpfalz wäre dabei unvermeidlich. Die hierfür in Betracht kommende Kompensation, bestehend aus Tirol, Salzburg und dem Innviertel, würde in finanzieller Hinsicht für Bayern eine schlechte Entschädigung sein. Die gewonnenen militärischen Positionen könnten aber nur durch den fortwährenden Anschluß an Frankreich behauptet werden. So würde Bayern in ein völliges Vasallenverhältnis zu Frankreich treten, das viel drückender als seine jetzige Stellung im Deutschen Bund wäre, wo die volle Souveränität im Innern gewahrt sei und wo mit den anderen Mittelstaaten zusammen wenigstens ein entscheidendes Veto auch in den äußeren Angelegenheiten eingelegt werden könne. Das Abhängigkeitsverhältnis von Frankreich werde dem zur Zeit des Rheinbundes gleich sein, also die Unterwerfung unter die französische Polizei und unter die französische Handelsgesetzgebung und unbedingtes Kriegsfolge bedeuten. Im übrigen dürfe die öffentliche Meinung einen Anschluß an Frankreich gar nicht zulassen und das verletzte deutsche Nationalgefühl den mit Frankreich verbündeten Regierungen gefährlich werden.

Die Gedankengänge des Königs sind zumindestens sehr illustrativ, wenn auch nicht daraus geschlossen werden darf, daß eine solche Möglichkeit ernsthaft überhaupt in Erwägung gezogen worden war. Wie weit König Max auch noch von anderer Seite her beraten wurde, ließ sich nicht feststellen. Doenniges verbrachte einen längeren Urlaub in München, und ein Gedankenaustausch zwischen beiden kann angenommen werden. In seinen Berichten aus Nizza sprach Doenniges nur allgemein von der dringenden Notwendigkeit, der italienischen Politik energisch entgegenzutreten und

von dem deutschen und europäischen Interesse an einem starken Österreich.¹²³⁹⁾ Nach von der Pfordtens Aussage unterstützten auch von der Tann und Wendland, der zu dieser Zeit in Deutschland war, die Ideen von der Pfordtens bei dem König lebhaft,¹²⁴⁰⁾ sodaß Max auf die Vorschläge einging.

Max genehmigte nun endlich den Antrag Schrencks vom 10. November 1860 zur Aufklärung des preußischen Standpunktes in der Frage Venetiens. Schrenck hob hervor, daß neben Venetien auch Südtirol, was deutsches Bundesgebiet sei, bedroht erscheine, insbesondere wenn man es vom strategisch-militärischen Gesichtspunkt aus betrachte.¹²⁴¹⁾

Der bayerische Gesandte unterstrich ganz im Sinne von der Pfordtens, daß es in Preußens Hand liege, den Krieg um Venetien zu verhindern, und Preußen die entscheidende Rolle zufalle.¹²⁴²⁾ Schleinitz stimmte nicht der Ansicht zu, daß Venetien ein deutsches Interesse sei und hielt eine diesbezügliche Erklärung am Bund deshalb nicht am Platze. Aber für den Fall einer Beteiligung Frankreichs an einem neuen Kriege sei die Bundeshilfe für Österreich sicher. Für den anderen Fall schlug Schleinitz eine Erklärung in Turin vor, daß das deutsche Bundesgebiet nicht verletzt werden dürfe. Ferner war er, sobald der Kriegsfall ohne Beteiligung Frankreichs eintrete, mit der Aufstellung eines Observationscorps' auf außerösterreichischem Boden, nicht aber auf österreichischem Territorium, einverstanden, weil das einer Beteiligung am Krieg gleichkomme. Mehr glaubte er in Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Preußen nicht für Österreich tun zu können.¹²⁴³⁾

1239) 31.5., 9.11., 23.11., 3.12.1860, 19.3.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.15/16

1240) 23.11.1860 Kübeck HSTW II Dt.Bd.49

1241) 5.12.1860 Schrenck an Montgelas GSTM III.R.44

1242) 10.12.1860 Montgelas GSTM III.R.44

1243) 1.1.1861 Schleinitz an Löwenstein GSTM III.R.45
vergl. APPr.II Nr.320 und Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr.286

Die liberale Partei in Deutschland war der sardinischen Politik gegenüber günstig und wohlwollend eingestellt.¹²⁴⁴⁾ Anlässlich der Adressdebatte im preußischen Landtag verlangte Freiherr von Vincke die Aufnahme des Passus, daß es weder im preußischen noch im deutschen Interesse liege, der fortschreitenden Konsolidierung Italiens entgegenzutreten. Er griff die Politik Schleinitz' heftig an, vor allem die Note Preußens vom 13. Oktober 1860 an die sardinische Regierung, in der die Politik Turins bezüglich des Kirchenstaates getadelt wurde und verurteilte die Verwendung Preußens bei Napoleon für Franz II. von Neapel. Schleinitz verteidigte sich damit, daß man wohl keinen Grund zur Mißgunst gegen Italien habe, daß aber der nationalen Idee auch keine unbedingte Bedeutung beigelegt werden könne. Es gelang ihm jedoch nicht, die Kammer zur Ablehnung des Vinckeschen Ammendement zu bewegen. Der König von Preußen ließ in seiner Antwort auf die Adresse erkennen, daß er auf dem von Schleinitz dargelegten Standpunkt verharre.¹²⁴⁵⁾ In Turin, Frankreich und England machten die Reden Vinckes und sein Erfolg großen Eindruck. Sie wurden als gerecht und liberal aufgefaßt und als Beweis gedeutet, daß in Deutschland nunmehr das Nationalitätsprinzip anerkannt werde, und damit auch die Einigung Deutschlands und der Untergang Österreichs bevorstehe.¹²⁴⁶⁾

Schrenck äußerte zwar seine Zufriedenheit über die preußische Einstellung, aber im Einzelnen war er nicht mit den preußischen Vorschlägen einverstanden und beantragte bei Max, daß in Berlin nochmals auf eine Garantieerklärung des

1244) 20.10.1860 Barral ASTT Allemagne 5/34 AAE Prusse 335-
1245) 7.2., 14.2.1861 Montgelas GSTM LAIII Pr.63 /337
1246) 12.2.1861 Cetto GSTM LAIII Bgld.51; 10.2.1861 Doenriges GSTM LAIII Sard.16
13.2., 4.3.1861 Wendland GSTM LAIII Frk.41

Bundes für Venetien gedrängt werde. Außerdem hielt er die Aufstellung eines Observationscorps' in Tirol und Vorarlberg für zweckmäßiger, als auf österreichischem Boden. Die Teilnahme an einem Krieg solle aber erst beginnen, wenn die deutschen Bundesgrenzen von den Feinden überschritten worden seien.¹²⁴⁷⁾

Max war anderer Ansicht. Er befürchtete, daß im jetzigen Augenblick wo nach seiner Meinung die Gefahr eines Angriffes auf Venetien nicht nahe liege, eine Erklärung des Bundes für den Verbleib Venetiens bei Österreich, Frankreich zu einem Gegenzuge veranlassen könne, nämlich die Garantie für die Lombardei auszusprechen und diese eventuell zu besetzen. Dadurch würden für Österreich alle Vorteile wieder aufgehoben.¹²⁴⁸⁾ Die Richtigkeit dieser Überlegungen mochten zweifelhaft sein, nicht aber die Aussichtslosigkeit von Preußen eine Garantieerklärung zu erhalten, wie Schrenck sie wünschte und die nur die Verpflichtung zur Entschädigung nach sich ziehen werde. Als Basis für ein weiteres Vorgehen knüpfte Max an die preussischen Vorschläge an, nämlich im außerösterreichischen südlichen Deutschland ein Observationscorps aufzustellen. Sollte dann offenbar werden, daß Österreich nicht in der Lage sei, sich allein erfolgreich zu verteidigen, dann erst sollten die österreichischen Grenzprovinzen besetzt und am Bund erklärt werden, daß Venetien nicht verloren gehen dürfe. Je nach den Umständen müsse man dann entscheiden, ob auch am Rhein ein Observationscorps aufgestellt werden und wann man in Venetien selbst einrücken solle. Auf Anweisung des Königs sollte dieser Plan erst mit der österreichischen Regierung und dann mit Preußen

1247) 16.12.1860 Schrenck an Max GStM III.R.44
vergl. APPr. II Nr. 320,2

1248) 17.12.1860 Lax Notiz GHL 79/1/165
Auch Bray in Wien gab diesen Gesichtspunkt zu bedenken (19.12.1860 Bray GStM III.R.44)

besprochen werden, wobei man vor allem an dem Verbleib Venetiens bei Österreich festhalten müsse.¹²⁴⁹⁾

Bray in Wien wurde angewiesen, die bayerische Auffassung nur in vertraulicher Weise zu entwickeln, nur fragweise zu besprechen, so, als ob die Haltung Bayerns noch nicht feststehe, damit keine Verbindlichkeiten für Bayern aus der Besprechung gezogen werden könnten.¹²⁵⁰⁾

Bei der österreichischen Regierung zeigte man große Freude über die bayerische Auffassung der Lage. Die österreichische Regierung war vollkommen einverstanden mit dem Vorschlag der Aufstellung eines Observationscorps' in Süddeutschland. Aber es schien ihr ratsam, die Erklärung am Bund für die Erhaltung Venetiens so bald wie möglich durchzuführen, um dem Ausbruch eines Krieges überhaupt entgegenzuwirken. Man meinte in Wien, daß sie auch jetzt leichter durchzuführen sei, da in Berlin der Landtag noch nicht eröffnet sei, und die preußische Regierung freiere Hand habe. Von den Großmächten sei kein Einspruch zu erwarten, vor allem nicht von Rußland, und Frankreich wünsche im Augenblick noch keinen Krieg und werde folglich auch keinen Vorwand dazu suchen. Nach Kriegsbeginn würde außerdem eine solche Erklärung viel mehr einen provokatorischen Charakter tragen.¹²⁵¹⁾

-
- 1249) 19.12.1860 Signat Max' auf Antrag vom 16.12.1860 GSTM III.R.44
- 1250) Signat Max' vom 21.12.1860 Abschrift GHM 79/1/165 23.12.1860 Schrenck an Bray GSTM III.R.44
- 1251) 25.12., 27.12.1860 Bray; 29.12.1860 Rechberg an Schönburg GSTM III.R.44. Rechberg machte den Vorschlag, die Verordnung des sardinischen Kommissars von Ancona bezüglich der Lloyd-Schiffahrt zum Anlaß zu nehmen, um am Bund eine Erklärung hervorzurufen. Diese Verordnung sprach davon, daß Triest nur gewaltsam bei Österreich gehalten werde. Damit würden zum erstenmal die Ansprüche Sardiniens auf Triest und Tirol offiziell ausgesprochen. (8.12.1860 Rechberg an Schönburg GSTM III.R.44) Die preußische Regierung reklamierte auf österreichische Bitte hin deshalb in Turin, und Cavour desavouierte offiziell die Verordnung des sardinischen Kommissars. (24.12.1860 Schleinitz an Brassier APPr. II Nr.304; 27.11.1860 Montgelas GSTM MAIII Pr.62; 24.1.1861 Rechberg an Karolyi GSTM III.R.45) vergl.Quellen zur deutschen Politik Österreichs

Trotzdem Schrenck schon bei Bekanntgabe des österreichischen Standpunktes bezweifelte, daß von Preußen die Garantieerklärung zu erhalten sei,¹²⁵²⁾ befürwortete er den österreichischen Wunsch bei Max. Wenn auch der Versuch zur Erlangung der Garantieerklärung fehlschlagen sollte, so sah er darin keinen Nachteil für Bayern. Zudem entsprach dies auch dem Wunsch der württembergischen Regierung. Diese hielt die Aufstellung eines Bundescorps' am Bodensee für unzweckmäßig. Der König von Württemberg richtete an den Prinzregenten einen Brief, der so heftig gehalten sein mußte, daß der württembergische Außenminister erschrocken darüber mit dem bayerischen Gesandten sprach. Letzterer gab von sich aus ohne Instruktion und ohne Kenntnis der Vorgänge in München, die Anregung, eine Erklärung zur Erhaltung Venetiens anzustreben.¹²⁵³⁾ Beust, der hiervon erfuhr, fragte sofort in Stuttgart um die württembergische Meinung deshalb an. König Max mißbilligte das selbständige Vorgehen seines Gesandten und beauftragte Schrenck, Beust mitzuteilen, daß die bayerische Regierung bereits einleitende Verhandlungen über diese Frage begonnen habe und nicht wünsche, daß Sachsen deshalb eine Initiative ergreife. Schrenck hielt das für unklug, weil es Beust nur unangenehm berühren könne und zu Nachfragen führen werde zu einem Zeitpunkt, der der bayerischen Regierung zu früh sein könnte.¹²⁵⁴⁾ Tatsächlich verhandelten Dresden und Stuttgart über die Frage einer Erklärung des Bundes für die venetianische Provinz.¹²⁵⁵⁾ Max hielt es darum doch

-
- 1252) 31.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
 30.12.1860 Schrenck an Max GSTM III.R.44
 1253) 10.12.1860 Hügel an Degenfeld GSTM III.R.44
 31.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
 vergl. Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr. 294, 311, 324
 1254) 29.12.1860 Schrenck an Max
 28.12.1860 Max an Schrenck GSTM III.R.44
 1255) 12.6.1861 Schönburg ESTW IV Bavière 28

für geraten, die Regierungen in Hannover, Darmstadt, Dresden und Stuttgart über die bayerischen Schritte in Wien und Berlin zu informieren und um die Stellungnahme der Mittelstaaten zu bitten.¹²⁵⁶⁾ Die Mittelstaaten billigten das Vorgehen Bayerns voll und ganz.¹²⁵⁷⁾

Max wollte sich die Initiative in dieser Angelegenheit nicht von den anderen deutschen Staaten aus der Hand nehmen lassen. Da Sachsen und Württemberg auf dem Weg dazu waren, zog er, kurz entschlossen, den schon von Schrenck unterstützten österreichischen Wunsch in Betracht, obwohl dieser über seine früheren Ansichten hinausging. Er ließ dem Gesandten in Berlin eine genau differenzierte Anweisung über sein Verhalten und seine Dialektik zukommen.¹²⁵⁸⁾ Über die Verabredungen wegen eines 'Observations-corps' durfte er die volle Zustimmung der bayerischen Regierung aussprechen. Alles weitere durfte nur in vertraulicher Weise der preußischen Regierung vorgetragen werden. Nämlich, daß Venetien für Bayern ein deutsches militärisches und kommerzielles Interessengebiet sei, ferner daß Bayern nicht nur Venetien, sondern alle italienisch sprechenden Teile Österreichs durch die Revolution für bedroht halte, die zum Teil deutsches Bundesgebiet darstellten, der andere Teil aber zur Behauptung des ersteren notwendig sei. Mit dieser Motivierung trat Bayern für eine Erklärung des Bundes ein, derzufolge Venetien nicht für Österreich verloren gehen dürfe. Eine Provokation Frankreichs könne dadurch nicht zu erwarten sein, da Frankreich auch für den Besitz der Lombardei bei Sardinien eintrete,

1256) 5.1.1861 Max an Schrenck GSTM III.R.45

1257) 10.1.1861 Reigersberg; 11.1.1861 Gise; 12.1.1861 v.d.Pfordten; 13.1.1861 Quadt GSTM III.R.45

1258) 4.1.1861 Schrenck an Max; Signat Max' vom 3.1.1861 auf Antrag Schrencks vom 30.12.1860; 5.1.1861 Max an Schrenck GSTM III.R.45

Hannover schloß sich dem Schritt Bayerns in Berlin an. Vergl. G.Hoffmann, Die venezianische Frage S.420, Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr. 333

und der Deutsche Bund dasselbe für Venetien tun könne. Der Zweck dieser Erklärung solle einzig darin bestehen, Sardinien von einem Krieg abzuschrecken. Sollte Preußen gar nicht zu bewegen sein, eine solche Erklärung in Frankfurt anzuregen, dann solle der bayerische Gesandte eine schwächere Fassung vorschlagen, nämlich, daß die Erhaltung Venetiens im deutschen Interesse liege. Weiter solle Montgelas erkunden, "ob Preußen im Fall, wenn Österreich sich nicht allein gegen einen italienischen Angriff halten könne, dann Südtirol besetzen würde, im äußersten Fall in Venetien einrücken würde."

Die preussische Regierung lehnte jede der beiden Fassungen ab und machte eine Erklärung des Deutschen Bundes abhängig von einer Verständigung in den Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung.¹²⁵⁹⁾ Schleinitz hielt eine Garantie für Venetien für politisch unklug, weil sie die italienische Revolution herausfordern müsse. Dadurch werde Cavour eventuell zum Rücktritt gezwungen, wenn er die Revolutionspartei nicht mehr niederhalten könne, oder aber er müsse sich an ihre Spitze stellen. Habe der Bund einmal eine Erklärung für Venetien abgegeben, dann müsse er auch unter allen Umständen Österreich helfen. Es sei aber eine reine Machtfrage, ob Deutschland sich gegen drei Seiten am Rhein, im Norden und in Italien zugleich erfolgreich verteidigen könne, was bei der bestehenden Bundeskriegs-

1259) In Teplitz hatte man vereinbart, österreich-preussische Militärkonferenzen in Berlin abzuhalten, die im Januar 1861 begannen. Über den Verlauf der Verhandlungen vgl. H.v.Srbik, Deutsche Linheit III S. 336 ff. Im April wurden sie ergebnislos abgebrochen, nicht ohne auf beiden Seiten eine Verstimmung zurückzulassen. Schleinitz bestand darauf, daß die politische Frage von der militärischen getrennt wurde. Eine militärische Einigung war ohne die Klärung des casus belli nicht möglich. Preußen und Österreich verharren aber in dieser Hinsicht unnachgiebig auf ihren Standpunkten.

verfassung mit der unbeweglichen Heeresmacht immerhin fraglich sei. Über die Aufstellung eines Observations-corps' und seiner Zusammensetzung versprach Preußen eine Verständigung mit Österreich herbeizuführen und dann mit den deutschen Regierungen deswegen zu verhandeln.¹²⁶⁰⁾

Der Vorschlag der bayerischen Regierung wurde also von Preußen glatt abgelehnt.¹²⁶¹⁾ Von der Tann und Montgelas hatten beide den Augenblick dafür als ungünstig erachtet. Bray erwartete einen negativen Ausgang, da Preußen den Einspruch Frankreichs und Englands gegen eine Garantieerklärung des Deutschen Bundes für Gebiete außerhalb der Bundesgrenzen fürchte.¹²⁶²⁾ Von Rußland hingegen war ein Protest nicht zu gewärtigen. Gortschakoff hatte zu erkennen gegeben, daß er die venetianische Frage für ein deutsches Interesse ansehe.¹²⁶³⁾

Nach der preußischen Ablehnung des bayerischen Vorschlages empfahl der württembergische Außenminister eine Einigung der Mittelstaaten untereinander über einen Bundesantrag, daß "jeder Angriff auf einen deutschen Bundesfürsten, treffe er deutsches oder außerdeutsches Gebiet, als ein Angriff auf die deutsche Nation betrachtet werden solle."¹²⁶⁴⁾

1260) 8.1., 13.1.1861 Montgelas GSTM III.R.45, vergl.

Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr. 320

1261) Die Ratschläge Wendlands trafen zu spät ein, nämlich die Frage durch Österreich in Berlin anregen zu lassen und sie nur zu unterstützen (17.2.1861 Wendland GHM 77/5/86)

1262) 15.1.1861 Schönburg HSTW IV Bavière 28

29.12.1860 Bray GSTM III.R.45 Frankreich sah die Aufstellung eines Observationscorps' in nicht österreichischem Gebiet als keine Intervention an, anders aber in Venetien. Dadurch könne Österreich sein Bundeskontingent, was sonst zur Verteidigung gebunden wäre, in Italien verwenden. Schleinitz widerlegte zwar die Ansicht des französischen Kabinetts, daß man ja auch annehmen könne, daß das österreichische Bundeskontingent zum Beispiel in Ungarn stationiert sei. (20.1.1861 Aufzeichnungen v.d.Tanns über die Äußerung Schleinitz' die venetianische Frage betreffend; 29.12.1860 Bray GSTM III.R.45)

1263) 4.12., 13.12.1860 Perglas GSTM LAIII Ruß.52

1264) vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S. 337 f

Beust ging nicht auf den Plan ein, da er die Lage für einen Majoritätsbeschluß als ungünstig erachte, das Ausland dadurch herausgefordert werde und den Mittelstaaten kein Nutzen daraus entstehe. Er plädierte wieder für die Ministerkonferenzen.¹²⁶⁵⁾ Dalwigk war dazu sehr geneigt.¹²⁶⁶⁾

Auch von der Pfordten riet zu periodischen Ministertreffen als Gegengewicht zu den preußischen Tendenzen, den Bund aufzulösen. Das Ziel der Konferenzen solle eine Einigung über die Anträge und über eine Einladung Preußens, die Initiative zu ergreifen, sein. Entgegen seiner im November dargelegten Meinung, nur mit Preußen gemeinsam zu handeln, sonst aber passiv zu bleiben, kam von der Pfordten jetzt wieder auf seine auch im Juni 1859 vertretene Anschauung zurück, daß die Mittelstaaten sich durch einen Widerspruch Preußens nicht abhalten lassen dürften, einen Mehrheitsbeschluß über den Artikel 47 zu fassen. So sehr er befürwortete, alles zu tun, was den Bund erhalten könne, so versuchte er den König über die möglichen Folgen einer Auflösung des Bundes zu beruhigen, mit der Meinung, daß Bayern sich zunächst noch selbständig erhalten und die Krise wohl überstehen könne.¹²⁶⁷⁾

Man darf nicht unbedingt annehmen, daß von der Pfordten eine Meinungsänderung vollzogen hatte. Das Gutachten im November 1860 war auf die direkte Anfrage abgestellt gewesen, ob Bayern mit Österreich ein Separatbündnis schließen solle, was er zu diesem Zeitpunkt mit Rücksicht auf Preußen noch nicht befürwortete. Jetzt aber war von der Pfordten über das Verhalten Preußens in der kurhessischen Frage sehr aufgebracht. Die erfolglosen Versuche Bayerns in Berlin und die sich ohne Resultat hinschleppenden

1265) vergl. Th.Griewank, Württemberg S.106 f

1266) vergl. W.Schüsler, Die Tagebücher des Freiherrn R.von Dalwigk aus den Jahren 1860-1872, Stuttgart-Berlin 1920, S.53

1267) 3.3.1861 v.d.Pfordten GHM 79/1/166

österreichisch-preußischen Militärverhandlungen mögen die Veranlassung gegeben haben, Max zu einem etwaigen selbständigen Vorgehen zu bestimmen. Daß von der Pfordten für den Ernstfall jedoch alle Entscheidungsfreiheit erhalten haben wollte, das zeigen die Verhandlungen Bayerns mit Österreich Anfang 1862.¹²⁶⁸⁾

Französische Reklamationen wegen der bayerischen Initiative

Natürlich hatte die französische Regierung von den bayerischen Bemühungen in Berlin um eine Garantieerklärung für Venetien Kenntnis erhalten.¹²⁶⁹⁾ Aber der französische Gesandte in München beruhigte seine Regierung, indem er die Auffassung vertrat, daß Preußen auf die bayerischen Vorschläge kaum eingehen werde, und die Mittelstaaten sich letzten Endes dabei nur kompromittieren würden.¹²⁷⁰⁾ Man machte Wendland in Paris Vorhaltungen wegen der feindseligen Einstellung Bayerns gegen Frankreich. Fälschlicherweise war die französische Regierung der Ansicht, daß eine Reise des Prinzen Luitpold nach Hannover politische Motive in derselben Richtung habe.¹²⁷¹⁾ Von der Unrichtigkeit dieser Ansicht konnte die französische Regierung jedoch überzeugt werden.¹²⁷²⁾ In dem Bestreben, seine Regierung

1268) siehe Anmerkung 1289

1269) 30.12.1860, 15.1.1861 Banneville, 7.2.1861 Thouvenel an Banneville AAE Bavière 236/237

1270) 13.2.1861 Banneville AAE Bavière 237

1271) 14.2.1861 Wendland GSTM. LAIII. Frk. 41

17.2.1861 Wendland GHM 77/5/86

1272) 17.2.1861 Schrenck an Max, 21.2.1861 Wendland GSTM. III.R.45. Die falsche Berichterstattung über die Motive der Reise des Prinzen Luitpold wurde nicht, wie erst angenommen, durch den hannoveranischen Außenminister verursacht. Die bayerische Regierung nahm an, daß sich Thouvenel nicht mehr genau erinnerte, was der französische Gesandte aus Hannover berichtet habe, und die französische Regierung erklärte, keine Zweifel mehr über die unpolitischen Motive der Reise Luitpolds zu haben. (28.2.1861 Banneville AAE Bavière 237; 4.3.1861 Schrenck an Max; 9.3.1861 Schrenck an Quadt GSTM. III.R.45)

wegen der Schritte in Berlin zu rechtfertigen, ging Wendland über seine Weisung hinaus und brachte bei dem französischen Außenminister Thouvenel die Frage der Aufnahme Venetiens in den Deutschen Bund zur Sprache. Er stellte es als ein Mittel dar, um einen neuen Krieg in Italien zu vermeiden, was Thouvenel nicht anerkannte, weil Frankreich im Falle einer Einnischung des Deutschen Bundes am Krieg teilnehmen werde, andernfalls aber nicht.¹²⁷³⁾

Der bayerischen Regierung war es äußerst unangenehm, daß Wendland seine Befugnisse überschritten hatte.¹²⁷⁴⁾ Wendland rechtfertigte sich nachträglich damit, daß er nur seine persönliche Meinung geäußert habe, und seine Äußerung sei auch als solche von der französischen Regierung aufgefaßt worden.¹²⁷⁵⁾ Die Wünsche Bayerns bezüglich Venetiens konnten natürlich der französischen Regierung gegenüber nicht in Abrede gestellt werden, was Schrenck auch in keiner Weise versuchte.¹²⁷⁶⁾ Wenn sich Banneville, der französische Gesandte in München, auch nicht direkt bei dem bayerischen Außenminister beschwerte, so äußerte er doch auf Anweisung seiner Regierung¹²⁷⁷⁾ Bedenken, daß Frankreich eine Erklärung des Bundes für Venetien gleichbedeutend mit der Aufnahme Venetiens in den Bund halte, was dem defensiven Charakter des Bundes widerspreche, weil der Bund dadurch in einen Krieg verwickelt werden könne, der seinen Interessen fremd sei. Banneville hob hervor, daß 1815 gerade Bayern großen Wert darauf gelegt habe, den Bund von militärischen Verwicklungen fernzuhalten, die nur aus den Großmachtinteressen Österreichs oder Preußens entstehen würden.¹²⁷⁸⁾ Schrenck versuchte dieses Argument gar nicht

1273) 17.2.1861 Schrenck an Lax, 21.2.1861 Wendland GSTL III.R.45

1274) 26.2.1861 Schrenck an Lax GSTL III.R.45

1275) 6.3.1861 Wendland GSTL III.R.45

1276) 28.2.1861 Banneville AAE Bavière 237; 26.2.1861 Schrenck an Lax GSTL III.R.45

1277) 7.2.1861 Thouvenel an Banneville AAE Bavière 237

1278) 4.3.1861 Schrenck an Lax GSTL III.R.45

erst zu entkräften, sondern betonte nur, daß Bayern den Besitz Venetiens bei Österreich als eigenes Interesse erachte.¹²⁷⁹⁾

Der erfolglose Ausgang der militärischen Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich¹²⁸⁰⁾ blieb der französischen Regierung nicht verborgen,¹²⁶¹⁾ und sie konnte mit Preußen zufrieden sein, da dieses sich standhaft weigerte, für Venetien eine Garantie auszusprechen. Natürlich erregten jegliche Bestrebungen in dieser Richtung auch in Zukunft immer wieder die Beunruhigung Frankreichs und Sardinien, die aber durch Preußens Sprache stets beseitigt wurden.¹²⁸²⁾

Das Protokoll vom 22. Januar 1862

Nach ihren zwei vergeblichen Versuchen um die Jahreswende 1860/61 in Berlin, ergriff die bayerische Regierung von sich aus keine Initiative mehr, um eine Garantie Venetiens für Österreich zu erreichen. Die Klärung dieser Frage war in Zukunft mit den verschiedenen Projekten einer Bundesreform gekoppelt.

Nachdem Österreich mit Preußen zu keiner Einigung gelangte, richtete es seine Bemühungen wieder auf eine Einigung mit den Mittelstaaten.¹²⁸³⁾ Rechberg schickte den Grafen Blome Anfang Januar 1862 nach München, um die Unterzeichnung eines Protokolles zu erreichen. Dies sollte die Vorbereitung eines späteren Schutz- und Trutzbündnisses sein. Neben der Festlegung des innerdeutschen Standpunktes - die Erhaltung der Souveränität der Mittelstaaten und die Stel-

1279) 28.2.1861 Banneville AAE Bavière 237

1280) siehe Anmerkung 1260

1281) 7.5.1861 Thouvenel an Banneville AAE Bavière 237

1282) 29.8.1863 Gasser GSTM MAIII Frk.43

vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit IV S.68+81;

vergl. APPr. II Nr.292,2 + 338

1283) vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.354

lung Österreichs als erste Macht im Deutschen Bund -, bezweckte dieses Protokoll hauptsächlich eine Klärung über den Umfang der Hilfe, welche Österreich von den Mittelstaaten bei einem Krieg um Venetien zu erwarten habe. Im Falle eines italienischen Angriffes sollten die Verbündeten "den Krieg als zugleich im Namen des Bundes und zum Schutz der Bundesgrenzen geführt betrachten und in jeder Weise unterstützen". Bei Beteiligung Frankreichs am Krieg sollten sich die Verbündeten verpflichten, ihren ganzen Einfluß in Berlin geltend zu machen für einen "deutschen Gesamtkrieg gegen Frankreich". Bei abermaliger Neutralität Preußens sollten die Verbündeten materielle Unterstützung leisten und zwar durch Reserveaufstellungen in Tirol oder bei Laibach, oder nötigenfalls in Ungarn.¹²⁸⁴⁾

König Max und auch Schrenck sträubten sich gegen jede schriftliche Bindung im Fall einer preußischen Neutralität. Aus einer Besetzung österreichischer Provinzen sahen beide den Krieg mit Frankreich hervorgehen und damit die bayerische Rheinpfalz bedroht, für deren Schutz man dann keine ausreichenden Streitkräfte zur Verfügung habe.¹²⁸⁵⁾ Wie sehr es aber Österreich gerade an der Frage des Beistandes in Italien gelegen war, geht daraus hervor, daß Blome auf die ablehnende Einstellung in dieser Beziehung Rechberg vorschlug, lieber auf alle Vereinbarungen überhaupt zu verzichten und sich ~~so auch~~ in der deutschen Frage freie Hand zu bewahren.¹²⁸⁶⁾

Rechberg hatte inzwischen Blome telegraphisch angewiesen, damit zu drohen, daß Österreich bessere Chancen zu haben glaube, wenn es sich nach allen Seiten hin vollkommen freie Hand bewahren werde.¹²⁸⁷⁾ Diese Anweisung befolgte Blome

1284) 3.1.1862 Rechberg an Blome HSTW IV Bavière 29

1285) 4.1., 5.1., 6.1., 8.1.1862 Blome HSTW IV Bavière 29
vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.376 ff;
Die Berichte, welche die Mission Blomes betreffen,
sind gedruckt in: Quellen zur deutschen Politik
Österreichs

1286) 8.1.1862 Nr.4 Blome HSTW IV Bavière 29

1287) 8.1.1862 Telegr. Rechberg an Blome HSTW IV Bavière 29

mit allem Nachdruck: "Bedenken Sie also wohl", so äußerte er zu Schrenck, "was Sie von sich weisen. Um den Preis der Selbständigkeit der deutschen Mittelstaaten kann Österreich ein Bündnis mit Preußen haben, um den Preis des linken Rheinufers steht ihm sicher eine noch mächtigere Allianz zu Gebote. Der Kaiser ist vor drei Jahren von Deutschland im Stich gelassen worden,- nichts destoweniger und trotz der lockendsten Versicherungen von anderer Seite, steht der Kaiser treu zu seinen deutschen Bundesgenossen. Noch mehr, die Stürme nahen heran. Er bietet ihnen die Hand auch für den Fall, daß der deutsche Bund auseinanderfiele. Gehen Sie aber jetzt nicht auf unsere Vorschläge ein, so kann der Moment eintreten, wo Österreich, durch das factum der Auflösung des Bundes, seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen ledig, nur mehr seine eigenen Interessen zu befragen haben wird, und daß alsdann Bayern und die Mittelstaaten uns keine Allianz zu bieten haben werden, welche neben anderen Bündnissen den Vergleich aushielte, das bedarf wohl keines Nachweises."

Schrenck hielt dem entgegen, daß Bayern nicht bestraft werden könne, wenn Preußen den Deutschen Bund untergrabe; er werde seine Entlassung einreichen, wenn der König, trotz den schwerwiegenden Bedenken gegen die gewünschte materielle Truppenunterstützung, eine Bindung eingehen werde. 1288)

Die Sprache Blomes verfehlte nicht ihre Wirkung. Sie bestätigte ja die tatsächlichen Befürchtungen der bayerischen Regierung und von der Pfordtens. Lax zeigte sich nun bereit, eine schriftliche Vereinbarung zu unterzeichnen, in der allerdings die Wünsche der österreichischen Regierung keineswegs im vollen Umfang berücksichtigt wurden. Von einer bayerischen Truppenaufstellung in österreichischen Provinzen war nicht die Rede. Die bayerische Regierung setzte in zähen Verhandlungen eine äußerst vorsichtige Formulierung durch, die Österreich nur ungern zugestand. 1289)

Artikel 5: "Für den Fall, daß Österreich in Italien angegriffen würde, stellt die bayerische Regierung auch in der Voraussetzung, daß nicht Veranlassung zur Ergreifung gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen nach den Vorschriften der Bundesgrundgesetze gegeben wäre, der kaiserlichen Regierung jede mit der Neutralität vereinbare Unterstützung in Aussicht und sollte Frankreich den Italienern zu Hilfe kommen, so wird die bayerische Regierung, getreu ihrem bisherigen Festhalten, auf jede Weise bemüht sein, dahin zu wirken, daß die Bundesversammlung auf Grund des Artikels 47 der Wiener Schlußakte in solchem Angriffe eine Gefahr für Deutschland anerkenne, und demgemäß alle diejenigen

1289) H.v. Srbik, Deutsche Einheit III S.379, hebt den Einfluß von der Pfordtens auf Lax in dieser Hinsicht hervor. Von Beratungen zwischen von der Pfordten und Lax sind jedoch keine Spuren zu finden, außer einer Notiz im Nachlaß von der Pfordtens, daß Bayern sich wegen Hilfe bei einem Angriff auf Italien nicht binden und dies ausweichend formulieren soll. (GStA N.Pf.125 Blatt 186) Da Srbik für seine Aussage keine Quelle nennt, so muß man annehmen, daß sie auf keiner besonderen Unterlage beruht und vielleicht mehr eine Vermutung darstellt. Ferner stellt Srbik (III.S.174) fest, daß König Lax das Verbleiben Venedigiens bei Österreich nun als deutsches Interesse ansah; er nennt als Beweis Berichte Blomes über die Verhandlungen des Protokolls von 1862. Es muß aber hervorgehoben werden, daß König Lax schon 1859 diese Ansicht eindeutig vertreten hatte.

Maßregeln ergreife, welche nach dem Gange der Ereignisse geeignet und erforderlich erscheinen, um Österreich in dem Kampfe zu unterstützen und damit die zugleich bedrohten deutschen Interessen zu wahren."¹²⁹⁰⁾ Am 22. Januar 1862 wurde das Protokoll unterzeichnet.

Die bayerische Regierung hatte sich die Entscheidung darüber vorbehalten, was sie mit der Neutralität vereinbar hielt und wie sie sich bei einer Abstimmung über Artikel 47 verhalten werde.¹²⁹¹⁾ Diese Vorsicht kann im Interesse der Existenz Bayerns und in anbetracht der nur beschränkten Kräfte eines Mittelstaates nicht verurteilt werden.

Württemberg, das Großherzogtum Hessen, das Herzogtum Hessen-Nassau und Hannover traten dem Protokoll mit Freuden bei, Sachsen-Meiningen erst nach längerem Zögern, nicht aber Braunschweig, Kurhessen und Mecklenburg. Beust war in seiner Eitelkeit verletzt, nicht schon vorher zu den Verhandlungen zugezogen worden zu sein und hatte einige Vorbehalte wegen der innerdeutschen Fragen. Nur mit Mühe gelang es, Sachsen zur Unterschrift des Protokolls zu bewegen.¹²⁹²⁾

Die Stellung Bayerns bei der venetianischen Frage war ähnlich wie 1859 gekennzeichnet, nämlich durch ein erfolgloses Drängen in Berlin und durch die Neigung, im Notfall ohne Preußen zu handeln. Dies alles aber unter größter Vorsicht, sich nicht zu binden, um je nach den Umständen und der europäischen Konstellation in besonderer Rücksicht auf die Rheinpfalz bei Akutwerden des Problems freie Hand zu haben. Außerhalb der Bundesreformprojekte trat die Garantief Frage für Venetien erst wieder 1866 an Bayern und die anderen deutschen Mittelstaaten heran.

1290) Protokoll vom 22.1.1862 Art.5

1291) Schrenck betonte dies noch besonders in einem Privatschreiben an Rechberg (23.1.1861 Schrenck an Rechberg HSTW IV Bavière 29)

1292) vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.380 f

VII. K a p i t e l

Die Bildung des Königreichs von Italien

(Schwierigkeiten in Sizilien - Die Hoffnungen Franz'II. auf seine Restauration - Die Frage der Anerkennung des Königreichs von Italien - Die Haltung des Deutschen Bundes - Die Anerkennung durch Preußen und Rußland)

Schwierigkeiten in Sizilien

Wenn auch Sardinien weiterhin seine Ansprüche auf Venedien propagierte, so wurde die Gefahr eines Angriffes in nächster Zeit immer geringer und unwahrscheinlicher. Die Ratschläge Englands wurden in Turin anscheinend befolgt. Frankreich hatte kein Interesse, Sardinien bei der Eroberung Venetiens zu helfen, ohne dabei die Rheinpolitik verfolgen zu können. Sardinien selbst war zu einem neuen Krieg noch nicht genügend vorbereitet. Darin sahen die bayerischen Beobachter die Gründe, warum Cavour im friedlichen Sinn wirkte und im April 1861 bestimmt und offiziell erklärte, keinen Krieg provozieren zu wollen und nur konform den Ratschlägen der befreundeten Mächte zu handeln.¹²⁹³⁾ Er versuchte Garibaldi von einem Unternehmen gegen Venedien abzuhalten. Ob ihn Cavour überzeugen konnte oder nicht, war nach Doenniges' Berechnung weniger entscheidend, weil die Aktionspartei ohne Geld der sardinischen Regierung doch nichts ausrichten könne.¹²⁹⁴⁾

-
- 1293) 7.1., 18.1., 22.1., 26.1., 10.2., 21.2., 17.3., 7.4., 25.4.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16
19.1., 23.1., 20.4., 26.4.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41; 17.2.1861 Wendland GHM 77/5/86; 14.2.1862 Gasser GSTM MAIII Frk.42; 14.1., 24.4.1861 Bray GSTM III.R.45; 7.3., 22.5.1862 Bray GSTM MAIII Öst.53; 31.1.1861 Riederer GSTM MAIII p.Stuhl 29; 25.1., 19.2.1861, 22.3.1862 Cetto GSTM MAIII Egl.51/52
1294) 7.4., 20.5.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

Der innere Zustand des vergrößerten sardinischen Reiches bedurfte erst einer gewissen Zeit der Konsolidierung und Vereinheitlichung in Hinsicht auf die Verwaltung, der Finanzen und des Heeres. Nach bayerischen Mitteilungen war die Finanzlage Sardiniens schlecht, und die Regierung wollte ihre Staatsschulden als die von ganz Italien anerkennen lassen. Um zunächst eine definitive Regelung und Steuererhöhung zu vermeiden, schrieb die Regierung eine hohe Anleihe mit günstigem Zinssatz aus. Die finanzielle Lage konnte aber auch in der nächsten Zeit nicht gebessert werden und stellte sich als sehr ernst und gefährlich dar, sodaß 1864 eine neue Anleihe von 500 Millionen frs aufgenommen werden mußte, um das ungeheure Defizit zu decken, das sich bis 1864 auf 235 Millionen frs erhöhte.¹²⁹⁵⁾ Die hohen Steuern drückten natürlich auf die Bevölkerung, und in den annektierten Gebieten Oberitaliens zeigte sich eine gewisse Unzufriedenheit vor allem in Florenz, das sehr bedauerte, zu einer Provinzstadt herabzusinken. Die Person Viktor Emanuels war, so viel Verger hörte, nicht sonderlich populär und geliebt. Trotzdem aber war bei der Masse keine Anhänglichkeit an die verflorenen Regime mehr festzustellen, und Verger hielt einen Aufstand gegen die Regierung in Turin für unwahrscheinlich.¹²⁹⁶⁾

In Neapel-Sizilien erwachsen der sardinischen Regierung die ersten Schwierigkeiten in den annektierten Gebieten. Die Verwaltung wurde weitgehend in Turin zentralisiert, auch Vergers Aussage nicht zur Freude der Süditaliener. Der Zwiespalt zwischen Cavour, seiner Partei und den Gari-

-
- 1295) 6.6.1861, 22.12.1861 Wendland GSTL. AIII Ark.41+45
20.4., 23.7.1861, 19.1.1862 Doenniges GSTL. AIII Sardin.
Nr.22, pr.3.3.1863, 8.6.1864 Verger GSTL. AIII , 16
p.Stuhl 31, 32
- 1296) 20.12.1862, 2.2., 6.5.1863, 13.2.1864, 13.2., 21.11.
1865 Verger GSTL. AIII p.Stuhl 30-33
4.7.1862 Adelaide Conti an Auguste JHL. I.Th.111

baldianern und Mazzinisten trat im Süden bei Demonstrationen im republikanischen Sinn offen zutage.¹²⁹⁷⁾ Dazu kam, daß vor allem in den Abruzzen ständig Aufstände ausbrachen, die mit militärischer Gewalt unterdrückt werden mußten. Diese Aufstände trugen zunächst, wie Verger sich ausdrückte, einen "reaktionären" Charakter. Bei diesen waren wohl Elemente, die dem vergangenen Regime huldigten, ebenso beteiligt, wie solche, die nur dem sardinischen Regime entgegenarbeiteten. Mit der Zeit arteten diese Aufstände immer mehr in ein Räuberunwesen aus.¹²⁹⁸⁾ Die sardinischen Regierungsbevollmächtigten in Sizilien kamen mit den dort herrschenden Schwierigkeiten nicht zurecht und wurden ständig gewechselt.¹²⁹⁹⁾ Sardinien mußte Truppenverstärkungen in den Süden schicken. Arge Grausamkeiten wurden auf beiden Seiten begangen. Trotz den militärischen Verstärkungen ließen die Aufstandsversuche und das Räuberunwesen in den nächsten Jahren nicht nach und mußten ständig bekämpft werden.¹³⁰⁰⁾

Die Hoffnungen Franz' II. auf seine Restauration

Franz II. hatte nur einen Gedanken, so schnell wie möglich wieder den Thron in Neapel zu besteigen und man wußte in München, daß er starke Hoffnungen auf seine baldige Re-

-
- 1297) 17.10., 18.12.1860, 13.1.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 28/29; 5.11., 14.11., 23.11., 5.12., 31.12.1860, 22.1.1861 Doenniges GSTM LAIII Sard.15/16
- 1298) 3.1., 13.1., 26.3., 11.4., 30.4., 4.5.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29; 23.11., 5.12., 19.12.1860, 18.1., 22.1., 26.1., 3.3., 18.4., 25.4., 8.7., 18.7., 23.7.1861 Doenniges GSTM LAIII Sard.15/16
- 1299) Marini wurde durch Prinz Carignano und Nigra ersetzt, (13.1.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29; 7.1.1861 Doenniges GSTM LAIII Sard.16) diese beiden durch San Martino, der wiederum durch Cialdini abgelöst wurde. (21.5.1861 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29)
- 1300) 17.5.1861 Wendland GSTM LAIII Erk.41
13.7., 19.7.1861 Riederer, 15.2., 26.4., 3.5.1862, 6.5., 10.6.1863, 2.7.1864 Verger GSTM LAIII p.Stuhl 29-32

stauration hegte. In den reaktionär erscheinenden Aufständen sah er dafür natürlich günstige Zeichen.¹³⁰¹⁾

Es lag Verger daran, seiner Regierung keine Illusionen über den Charakter der Umtriebe in Sizilien zu machen. Die Bewegungen seien mehr ein Ausdruck gegen die piemontesische Regierung, als für die Restauration, und selbst die royalistische Partei denke weniger an die Wiedereinsetzung des Königs Franz als an die Wiedererrichtung des Königtums unter einem anderen Mitglied des bourbonischen Hauses.¹³⁰²⁾ Verger sah die Ursachen der Schwierigkeiten in Neapel darin, daß die Piemontesen mit der gleichen Schwäche, Unmoral, Unfähigkeit und dem gleichen Absolutismus regierten wie die Bourbonen, eine gute Regierung aber der einzige Wunsch der Bevölkerung im Süden sei; zudem dort keine Idee des Nationalismus oder der italienischen Einheit zu beobachten sei, so wie in Oberitalien.¹³⁰³⁾ Deshalb hatten Verger und auch Doenniges immerhin anfangs Zweifel, ob es Sardinien gelingen werde, aus Italien tatsächlich einen Einheitsstaat zu formen. Die Bildung einer Konföderation, die an eine Restauration gebunden wäre, hielten beide jedenfalls von Anfang an für völlig ausgeschlossen.¹³⁰⁴⁾ Die Hoffnungen, die sich Franz II. machte, waren nach der Ansicht Vergers falsch, zumindestens glaubte er nicht an eine baldige Verwirklichung. Die Chancen für Franz II. sah Verger darin, daß er in Sprache und Wesen ein Neapolitaner sei, und daß sein Ruf durch sein Verhalten in Gaeta gewonnen habe und manchen von seinen politischen Fehlern vergessen habe lassen. Je mehr man in Neapel gegen die Einigung aufbegehrte, desto mehr könne dies

1301) 7.10., 29.10.1860, 23.3., 11.4., 4.5., 11.5., 18.5., 25.5., 27.6.1861 Verger GSTM. MAIII p.Stuhl 23/29; 17.7.1861. Perglas GSTM. MAIII Ruß.53

1302) 22.9., 18.12.1860, 11.1.1861 Verger GSTM. MAIII p.Stuhl 28/29

1303) 14.3.1861 Verger GSTM. MAIII p.Stuhl 29

1304) 5.11., 23.11., 5.12.1860 Doenniges GSTM. MAIII Sard.15
23.8.1860, 23.2.1861 Verger GSTM. MAIII p.Stuhl 28/29

Franz für sich in die Waagschale werfen. Nach und nach verlor Verger aber jede Hoffnung für Franz. Einmal weil ihm jegliches Geld fehle, um eine militärische Restauration zu organisieren. Andererseits weil es ihm an fähigen Leuten mangle, die eine neue Regierung bilden könnten, die sehr verschieden sein müsse von der früheren. Vor allem aber, weil Franz II. sich nicht zur Meisterung der Lage fähig zeige. Seine Schwäche und Unentschlossenheit komme wieder ganz zum Vorschein und lasse befürchten, daß er die alten Fehler von neuem begehen und zum zweitenmal entthront werde, wenn es auch gelingen sollte, nach Neapel zurückzukehren.¹³⁰⁵⁾ Der Papst und Antonelli teilten die Anschauungen Vergers vollständig.¹³⁰⁶⁾ Es ist anzunehmen, daß man in München keine andere Meinung hatte als Verger. Der österreichische Gesandte war der Ansicht, daß die "gothaische Umgebung" König Max die Ansicht über die hoffnungslose Situation Franz'II. eingeimpft habe.¹³⁰⁷⁾ Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß es vor allem Verger war, der diese Beurteilung seiner Regierung nahelegte.

Um in möglichst naher Verbindung mit Neapel zu sein, entschloß sich Franz, solange wie möglich in Rom zu bleiben.¹³⁰⁸⁾ Österreich und Rußland rieten dazu und billigten die Wahl des Aufenthaltsortes.¹³⁰⁹⁾ Frankreich war damit nicht einverstanden und stellte Franz ein Schloß in Frankreich zur Verfügung.¹³¹⁰⁾ Die sardinische

-
- 1305) 13.2., 9.3., 14.3., 6.4., 11.4., 15.4., 30.4., 4.5., 11.5., 18.5., 27.6., 21.10., 23.11.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29; 13.12.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29, siehe Anhang
1306) 2.1., 26.4., 3.5., 27.10.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30
1307) 3.12.1860 Schönburg HSTW IV Bavière 27
1308) 5.3., 9.3., 23.3., 6.4., 11.5., 3.12.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29
1309) 30.3., 6.4., 4.5.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29 23.2., 7.4.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß.53
1310) 14.2.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41

Regierung reklamierte wiederholt in Paris, daß durch Franz alle Aufstände in Neapel angefacht würden, und deswegen seine Entfernung aus Rom notwendig sei.¹³¹¹⁾ Der französische Gesandte machte deswegen bei Antonelli eine Demarche. Nach Vergers Informationen wollte aber die päpstliche Regierung in dieser Frage aus Delikatesse und Dankbarkeit für die 1848 genossene Gastfreundschaft in Gaeta keinerlei Einfluß ausüben und hatte nichts gegen ein Verbleiben Franz'II. in Rom einzuwenden.¹³¹²⁾ Eine direkte Demarche des französischen Gesandten lehnte Franz II. einfach ab.¹³¹³⁾ Frankreich ließ im Jahre 1863 Franz II. nochmals auffordern, Rom zu verlassen, zwang ihn aber nicht dazu, als der König sich erneut weigerte.¹³¹⁴⁾

Verger war absolut nicht einverstanden, daß Franz in Rom blieb, wo dessen Nähe zu Neapel die Aufstände nur ermutigen könne, woraus für Franz aber kein Nutzen entstehe, weil sein Name nur mißbraucht werde, und Franz die Rolle eines Konspirators annehme, was seine Chancen nicht vergrößern könne.¹³¹⁵⁾ Obwohl Verger in seiner Berichterstattung immer wieder auf diese Dinge zu sprechen kam, erhielt er von seiner Regierung hierüber keinerlei Bescheid oder Anweisung.¹³¹⁶⁾

-
- 1311) 21.5.1861, 2.1., 11.1., 22.6.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29/30
 1312) 6.5.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41
 26.1., 15.4., 27.5., 27.6.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29
 1313) 13.12.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29
 1314) 10.6., 23.6.1863 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 31
 1315) 16.2., 18.2., 23.2., 26.2., 11.4., 15.4., 30.4., 4.5., 27.6.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29
 vergl. über die Aufstände zu Gunsten der Bourbonen B.Croce, Il romanticismo legittimistico. Königin Marie soll danach von Kaiser Franz Josef ermahnt worden sein, sich ruhig zu verhalten.
 1316) Im Sommer 1861 wurde die Schwester der Königin Marie von Sizilien, Mathilde, mit einem Halbbruder Franz'II. Graf Trani verheiratet. Die Ehe war schon vor dem Sturz der Dynastie vereinbart worden. Sie hatte wohl keinerlei politische Hintergründe und

In politischer Hinsicht schien Franz II., so weit es aus den bayerischen Gesandtschaftsakten hervorgeht, keine große Aktivität entwickelt zu haben. Er lebte sehr zurückgezogen und "fast vergessen" in Rom.¹³¹⁷⁾ Entgegen den Ratschlägen Vergers, daß Franz sich vor allem an England halten und dort Hilfe suchen solle,¹³¹⁸⁾ wandte er sich nur an Rußland. Gortschakoff hielt zwar eine Restauration durchaus für möglich und die Durchführung der italienischen Einheit für sehr unwahrscheinlich. Aber an eine tatkräftige Hilfe von dieser Seite war nach Ansicht des bayerischen Gesandten nicht zu denken.¹³¹⁹⁾ Als sich im Frühjahr 1861, veranlaßt durch österreichische Truppenverstärkungen in Venetien und Dalmatien, das Gerücht verbreitete, ein Angriff Österreichs auf Piemont stehe bevor,¹³²⁰⁾ hielt Franz dies für wahr und den Augenblick seiner Restauration für gekommen.¹³²¹⁾ Er ließ bei der russischen Regierung anfragen, welche Haltung sie einnehmen werde, wenn er nach seiner Restauration erneut von Piemont angegriffen werde. Soviel der bayerische Gesandte wußte, versprach Rußland keine Intervention zu seinen Gunsten, sondern nur, sich mit diplomatischen Mitteln in diesem Fall für Franz einzusetzen.¹³²²⁾

ad 1316) sollte Marie das Leben in einem fremden Lande etwas erleichtern durch die Nähe eines Familienmitgliedes. Nach dem Unglück, das über das sizilianische Königshaus hereingebrochen war, wollte man aus Taktgefühl die versprochene Eheschließung nicht mehr rückgängig machen. (vergl. M.L.Wallersee-Larisch, Die Heldin von Gaeta, London 1936)

1317) 12.11.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

1318) 23.3.1861 Verger, 22.9.1860 Verger an Franz II. GSTM MAIII p.Stuhl 28/29

1319) 7.2., 14.2., 16.2., 31.5., 2.7., 30.8.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß.53

1320) 31.2., 2.5.1861 Barral ASTT Francoforte 5/35 5.4.1861 Bray GSTM MAIII Ost 52

1321) 18.5.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

1322) 7.6., 18.6.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß.53

Im Herbst 1861 fürchtete Franz ein Eingreifen Frankreichs in Neapel zu Gunsten Sardinien. Franz richtete an die bayerische Regierung das Ersuchen, sie möge sich bei Napoleon schon vorher gegen jede Intervention aussprechen. Da weder vom Kirchenstaat, noch von Österreich oder Spanien ein diesbezüglicher Schritt in Paris unternommen, und eine Intervention Napoleons als sehr unwahrscheinlich erachtet wurde, lehnte Bayern die Bitte Franz'II. ab.¹³²³⁾ Im Jahre 1863. verbandte sich Wendland einmal bei der Kaiserin Eugénie für die Sache Franz'II., die aber trotz gewissen Sympathien, vor allem für Königin Marie, nicht helfen konnte. Frankreich war nichts an einer Restauration der bourbonischen Dynastie gelegen.¹³²⁴⁾ Obwohl Franz II., ebenso wenig wie die Regenten der oberitalienischen Herzogtümer, ohne Intervention einer fremden Macht nicht wieder auf seinen Thron gelangen konnte, gab er seine Hoffnungen, die selbst die emigrierten Neapolitaner in Rom mit der Zeit verloren, nicht auf.¹³²⁵⁾

Im Sommer 1862 besuchte Königin Marie zum ersten Mal nach ihrer Hochzeit wieder ihre Heimat. Beim Betreten des bayerischen Bodens wurde ihr ein improvisierter ehrenvoller Empfang bereitet.¹³²⁶⁾ Als sich Marie ohne Wissen ihrer Familie völlig unerwartet in das Ursulinerinnenkloster in Augsburg zurückzog, verbreiteten sich sofort Gerüchte über die Beweggründe. Man sprach von dem Wunsch der Königin, ihre Ehe annullieren zu lassen

1323) 22.8.1861 Grifeo, 24.8.1861 Schrenck an Max
16.9.1861 Schrenck an Gasser, 19.9.1861 Gasser
GSTM III.R.45

1324) 21.2.1863 Wendland GHM 77/5/86, 31.1.1863 Wendland GSTM MAIII Frk.43

1325) 6.12.1862, 18.1., 3.6.1865 Verger GSTM MAIII
p.Stuhl 30+33

1326) 20.6., 6.7.1862 Auguste an Luitpold GHM N.Th.23

und nicht mehr nach Rom zurückkehren zu wollen.¹³²⁷⁾

Der Papst bat König Max angelegentlich, sich für die Aufrechterhaltung der Ehe des neapolitanischen Königspaares bei Marie einzusetzen.¹³²⁸⁾ Die königliche Familie in München war äußerst erregt und beunruhigt über das Verhalten Marias und erkannte die nachteiligen Folgen der Trennung in moralischer und politischer Hinsicht für die Sache des bourbonischen Hauses nur zu gut.¹³²⁹⁾ Max vermittelte nach besten Kräften, wohl nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus rein menschlichem Mitgefühl. Nach Ostern 1863 kehrte Marie wieder nach Rom zurück.¹³³⁰⁾ Bei dem Aufenthalt in Rom im Oktober 1863 bemühte sich Max II. erneut, ein besseres Einvernehmen zwischen Königin Marie und ihrem Gatten herzustellen. Doch sehr glücklich war und wurde diese Ehe wohl nie, aber nach außen hin wurde in Zukunft wenigstens der Anschein gewahrt.¹³³¹⁾

Die Frage der Anerkennung des Königreichs von Italien

In Turin trat im Februar 1861 das Parlament der Abgeordneten, gewählt aus allen annektierten Provinzen, zusammen. Cavour wollte durch das Parlament Viktor Emanuel zum König von Italien proklamieren lassen. Die Abgeordneten wünschten zwar den König als Viktor Emanuel I. zu benennen. Cavour war aber ganz dagegen, weil dies bedeutet hätte, daß die Beglaubigungsschreiben der Gesandten erneuert werden müßten, was sicherlich große Schwierigkeiten hervorgerufen hätte. Bei der Beibehal-

¹³²⁷⁾ 7.7., 12.10.1862 Reculot AAE Bavière 237
8.10.1862 Zwierzina an Rechberg HSTW IV Bavière 29
26.12.1862, 6.1.1863 Wendland GHM 77/5/86
8.11.1862 von der Pfordten GHM 76/5/34
20.2.1863 Leopold an Auguste GHM N.Th.89
Die Lebenserinnerungen der Gräfin Wallersee-Larisch,
Die Heldin von Gaeta, werfen ein anderes Licht auf
diese Angelegenheit, sodaß man an eine ernste Ab-
sicht auf Ehescheidung nicht glauben kann.

tung der Bezeichnung Viktor Emanuel II. war das nicht unbedingt erforderlich.¹³³²⁾

England, das nach und nach seit 1859 immer mehr sich zur Idee der italienischen Einheit bekannte und ein starkes italienisches Reich als eine Barriere gegen Frankreich willkommen hieß,¹³³³⁾ war der erste Staat, der anlässlich eines Gesandtenwechsels, Azeglio als Gesandten des Königs von Italien offiziell anerkannte.¹³³⁴⁾ Den Geschäftsträger Franz'II. hatte die englische Regierung bereits unmittelbar nach der Kapitulation Gaetas nicht mehr als den Vertreter des Königs anerkannt.¹³³⁵⁾ Dieses Verhalten war zu erwarten, wie auch, daß England den Dingen ohne jede Hinderung freien Lauf ließ.

Frankreich zögerte, mit Sardinien wieder regelrechte Beziehungen aufzunehmen. Nach bayerischer Ansicht sah Napoleon nicht gerne, daß Sardinien auch Sizilien annektiere und ein zu mächtiger Rivale im Mittelmeer werde. Doch

-
- ad 1328) 18.10., 25.10.1862 Verger GSTM III.R.45
 ad 1329) 2.10., 8.10., 9.10., 10.10.1862 Auguste an Luitpold GHM N.Th.23; 1.12.1862 Pfistermeister an v.d.Pfordten GSTM N.Pf.125
 ad 1330) 15.4.1863 Verger GSTM III.R.45
 ad 1331) 3.11.1863 Verger an Schrenck GSTM III.R.45
 Auguste an Luitpold GHM N.Th.23
 Bei dem Aufenthalt Max'II. in Rom im Oktober 1863 bemühte sich die reaktionäre Umgebung Franz'II., Max für ihre Ziele und Intrigen gegen sogenannte revolutionäre Ratgeber einzuspannen. Max wurde ein Memorandum übergeben, in dem als Revolutionäre vor allem Bermudez und Ulloa genannt wurden. Bermudez wurde dann tatsächlich aus der Umgebung Franz'II. entfernt. Wie weit sich Max in diese Affairen eingemischt hatte, weiß man nicht. (vergl.darüber P.C.Ulloa: Un Re in esilio, Bari 1928)
 1332) 19.12.1860, 7.1., 3.3.1861 Doenniges GSTM MAIII
 1333) 10.2., 15.2.1861 Doenniges GSTM Sard.15/16
 MAIII.Sard.16; 7.3.1861 Cetto GSTM MAIII Egl.d.51
 1334) 4.4.1861 Cetto GSTM MAIII Egl.d. 51
 1335) 26.2.1861 Cetto GSTM MAIII Egl.d. 51

war Napoleon nicht geneigt, mit energischen Maßnahmen dagegen einzuschreiten und ließ letzten Endes doch geschehen, was Cavour wollte.¹³³⁶⁾ So erwarteten die bayerischen Beobachter mit Recht, daß Napoleon schließlich Viktor Emanuel als König von Italien anerkennen werde.¹³³⁷⁾ Am 18. Juni eröffnete die französische Regierung den Mächten, daß es die diplomatischen Beziehungen mit Viktor Emanuel, dem König von Italien, allerdings mit zwei Reserven wiederaufnahme, wonach die französischen Truppen solange in Rom verbleiben sollten, als nicht hinreichende Garantien vorhanden seien zur Aufrechterhaltung der Interessen, um derentwillen die Truppen dort stationiert seien, und zweitens im voraus jede Solidarität für Unternehmungen zurückgewiesen würden, die geeignet seien, den Weltfrieden zu stören. Zur weiteren Motivierung erklärten die französischen Gesandten, daß materielle und kommerzielle Überlegungen diesen Schritt notwendig gemacht hätten.¹³³⁸⁾ Gortschakoff hielt diesem Argument sehr richtig entgegen, daß für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen auch die Konsule ausreichten, und daß für Sizilien nicht einmal die Zustimmung und der Wunsch der Völker geltend gemacht werden könne.¹³³⁹⁾ Dem bayerischen Gesandten gegenüber äußerte Thouvenel das Argument, daß Frankreich nach dem Tode Cavour's¹³⁴⁰⁾ die wieder stär-

-
- 1336) 8.1., 28.3.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41
8.1.1861 Wendland GHM 77/5/86
26.1., 10.2., 15.2., 21.2., 17.3.1861 Doenniges
GSTM MAIII Sard.16
- 1337) 28.3.1861 Bray GSTM MAIII Öst.52; 26.2.1861 Cetto
GSTM MAIII Egl.51; 31.5.1861 Perglas GSTM MAIII
Ruß.53; 6.5.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41
- 1338) 18.6.1861 Thouvenel AAE MDF 742; 19.6.1861 Bray
GSTM MAIII Öst.52; 19.6., 24.6.1861 Wendland GSTM
MAIII Frk.41; 16.6., 25.6., 30.6.1861 Doenniges
GSTM MAIII Sard.16; 15.6.1861 Verger GSTM MAIII
p.Stuhl 29
- 1339) 29.6.1861 Montgelas GSTM MAIII Pr.63; 2.7.1861
Perglas GSTM MAIII Ruß.53
- 1340) Cavour starb am 6. Juni 1861, siehe S. 400

ker hervortretenden Bestrebungen Garibaldis und Mazzinis, Rom und Venetien anzugreifen durch eine Stärkung der italienischen Regierung aufhalten wolle.¹³⁴¹⁾

Mit seinen Vorbehalten zur Anerkennung des Königs von Italien wollte Napoleon natürlich seine Haltung gegenüber Sardinien mit seiner Stellung zum Kirchenstaat in Einklang bringen. Doch die päpstliche Regierung ließ sich nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres nicht täuschen. Sie teilte Verger mit, daß sie in den Reserven keinerlei Begünstigung der Interessen des Kirchenstaates sehe; nachdem Frankreich erst wegen der Invasion Piemonts in den Kirchenstaat die Beziehungen abgebrochen habe, erneuere es nun diese wieder, nachdem die Spoliation des Kirchenstaates vollzogen worden sei und anerkenne somit die faits accomplis. Aus Rücksicht auf die klerikale Partei in Frankreich, die sich ziemlich zahlreich im Corps législatif für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes aussprach,¹³⁴² ließ Napoleon durch den französischen Gesandten den Papst bitten, in dem Konsistorium keine Erwähnung über die Anerkennung des Königs von Italien durch Frankreich zu machen. Der Papst ließ aber trotzdem sein großes Erstaunen über diesen Schritt der französischen Regierung verlauten, wenn er sich auch dankbar für die von Frankreich gewährte Garnison äußerte.¹³⁴³⁾

Österreich vermied es, die Anerkennung Frankreichs als Anlaß zu neuen Mißstimmungen mit der französischen Regierung zu nehmen, wenn es auch sicherlich nicht dar-

1341) 14.6.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41; Der Großherzog von Toskana berief wegen der französischen Anerkennung des Königreichs von Italien seinen Gesandten aus Paris ab. (30.8.1861 Luitpold an Auguste GHM N.Th.93)

1342) Wendland GSTM MAIII Frk.41 vergl. H.Bastgen, Die römische Frage II

1343) 1.6., 18.6., 25.6.1861 Verger, 27.7.1861 Riederer GSTM MAIII p.Stuhl 29

über erfreut war.¹³⁴⁴⁾ Frankreich wünschte auch die russische Anerkennung der neuen Konstellation in Italien. Aber wie in München bekannt war, lehnte Rußland den Wunsch der französischen Regierung kategorisch ab und mißbilligte das Verhalten Frankreichs eindeutig. Ebenso widersetzte sich Rußland der englischen Bitte, daß es in Berlin nicht gegen eine Anerkennung wirken solle und erwiderte, daß man genau das Gegenteil tun werde.¹³⁴⁵⁾

Die preußische Regierung traf eine vertrauliche Vereinbarung mit Sardinien, derzufolge der neue Titel des Königs Viktor Emanuel nicht offiziell in Berlin angezeigt werden sollte. Auf diese Weise brauchte Preußen kein neues Beglaubigungsschreiben für seinen Gesandten in Turin auszufertigen und konnte eine Stellungnahme vermeiden. Die preußische Regierung legte die Titeländerung so aus, daß es sich nicht um die Annahme eines höheren Titels handle, was sonst mit den Abmachungen des Aachener Kongresses von 1818 in Widerspruch gestanden hätte, sondern um die Anpassung des Titels an die neuen Grenzen des sardinischen Staates. Gegenüber dem Gebrauch des neuen Siegels des Königreichs Italien erhob Preußen keinen Einspruch.¹³⁴⁶⁾

Sardinien hoffte anfangs, daß der neue preußische Außenminister Bernstorff, durch den neugewählten Landtag veranlaßt, eher zu einer Anerkennung geneigt sei, als Schleinitz. Aber Sardinien täuschte sich darin. Bernstorff zeigte sich sogar weniger konzilient und weniger

-
- 1344) 30.6.1861 Bray GSTM MAIII Öst.52; 1.7.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41
1345) 29.6.1861 Montgelas GSTM MAIII Pr.63; 12.6.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß.53
1346) 27.4., 19.6.1861 La Tour d'Auvergne AAE Prusse 339/340; 24.6.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41; 7.6.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß.53; 28.3.1861 Bray GSTM MAIII Öst.52; 19.8.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16; vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S. 346

günstig gegenüber der italienischen Sache gesinnt. Er sah keinen Grund zur Anerkennung des Königreichs von Italien, da es noch nicht existiere, solange Rom und Venetien nicht dazugehörten. Würde man aber eine Anerkennung aussprechen, so meinte er, werde man die Hoffnungen Sardiniens auf diese beiden Gebiete ermutigen, was den deutschen Interessen und Pflichten gegenüber Österreich als einem Bundesmitglied widersprechen würde. Auch hielt Bernstorff den neuen Landtag mit dem Überwiegen der progressiv-liberalen Partei der italienischen Einheit weniger günstig gesinnt, als den alten Landtag mit der konstitutionell-liberalen Partei unter Vincke.¹³⁴⁷⁾ Sardinien geduldete sich und rechnete über kurz oder lang mit der Änderung der preußischen Anschauungen, nicht aber ohne Mißbilligung der preußischen Angst, sich offen zu erklären.¹³⁴⁸⁾

Dem Beispiele Frankreichs folgten Holland, Belgien und Portugal, die das Königreich Italien anerkannten. Die beiden letzteren Staaten boten mit dieser Haltung, da sie dem Papst doch sehr verbunden waren, immerhin eine Überraschung.¹³⁴⁹⁾

Die Haltung des Deutschen Bundes

Österreich forderte die deutschen Staaten anlässlich der Bekanntgabe der Proteste des Großherzogs von Toskana und des Herzogs von Modena gegen die Titelländerung

¹³⁴⁷⁾ 1.12.1861 La Tour d'Auvergne AAE Prusse 340
14.10.1861 Barral ASTT Francoforte 5/35
vergl. K. Ringhoffer, Im Kampf um Preußens Ehre,
Berlin 1906 S. 424

¹³⁴⁸⁾ 10.11.1861 Barral ASTT Francoforte 5/35

¹³⁴⁹⁾ 22.8.1861 Barral ASTT Francoforte 5/35
13.7.1861 Getto GSTM MAIII Egl. 51; 9.7.1861
Riederer; 12.11.1861 Verger GSTM MAIII p. Stuhl 29

Viktor Emanuels, die mit dem Aachener Protokoll von 1818 in Widerspruch stehe, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen des Deutschen Bundes mit Sardinien aus, weil die deutschen Regierungen nicht mit den beiden Fürsten länger in diplomatischer Verbindung bleiben könnten, ohne die Nichtanerkennung des neuen Titels Viktor Emanuels auszusprechen.¹³⁵⁰⁾

Württemberg war mit dem österreichischen Wunsch einverstanden, hielt es aber für besser, wenn Bayern als größte, rein deutsche Macht den Antrag am Bund stelle, damit man Österreich nicht den Vorwurf einer aggressiven Politik machen könne, und weil Preußen sich nicht dazu entscheiden werde, diesen Antrag zu stellen.¹³⁵¹⁾ Das Argument, Österreich Vorwürfe ersparen zu wollen, war natürlich nicht stichhaltig, da die auswärtigen Gesandten sehr wohl unterrichtet waren, daß Österreich die Initiative zu einem solchen Schritt ergriffen hatte.¹³⁵²⁾

Die sächsische Regierung war ebenfalls einverstanden, und nach ihrer Meinung sollte der Antrag in dem Moment gestellt werden, wenn der sardinische Gesandte in Frankfurt eine Erklärung im Zusammenhang mit dem Königreich von Italien machen werde.¹³⁵³⁾ Nassau erklärte, sich nach Bayern richten zu wollen.¹³⁵⁴⁾ Baden jedoch plädierte für die Anerkennung des faktischen Zustandes in Italien, indem man ihn solange ignoriere, bis dies einer Anerkennung gleichkomme. Mit dem sardinischen Gesandten solle man die Beziehungen fortsetzen und zwar mit der Einschränkung, daß er nur als Vertreter der von Sardinien annektierten Länder zu betrachten sei.

1350) 2.3.1861 Rechberg an Schönburg; 16.4.1861 Rechberg an Karolyi GSTM III.R.45; vergl. H.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.352

1351) 13.4.1861 Gesandter aus Stuttgart an Max GSTM III

1352) 19.4., 27.4.1861 Salignac-Fénelon /R.45

8.5.1861 Thouvenel an Salignac-Fénelon AAE Alle-

1353) 19.4.1861 Beust an Bose GSTM III.R.45 /magne 833

1354) 13.5.1861 Schrenck an Max GSTM III.R.45

Da man sowieso dem Zustand in Italien nicht energisch entgegentrete, sei man im Falle eines weiteren Fortbestehens des Königreichs von Italien eines Tages doch gezwungen, die Beziehungen zu ihm wieder aufzunehmen, wenn man deren Abbruch jetzt provoziere.¹³⁵⁵⁾

Schrenck war durchaus nicht dafür, daß sich Bayern in dieser Sache voranstelle. Eine Ignorierung, wie sie Baden vorschlug, lehnte er ab. Er sah die Anerkennung des sardinischen Gesandten als den von Italien für den Bund als rechtswidrig an, da die Mächte, die den Territorialbestand geregelt hätten, das Königreich Italien noch nicht anerkannt, und die abgesetzten Fürsten nicht auf ihre Rechte verzichtet hätten, einseitig und ohne Zustimmung der Mächte der Zustand aber nicht geändert werden dürfe. Schrenck beantragte, daß eine offizielle Notifikation des Königreichs von Italien vom Deutschen Bund zurückgewiesen werden solle. Er sah keine Nachteile darin, wenn man erst die Beziehungen zu einem Staat abbreche und später womöglich wieder aufnehme, wenn sich die Lage verändert habe, weil das im diplomatischen Leben häufig vorkomme.¹³⁵⁶⁾ König Max ließ vorerst den Antrag unbeantwortet.

In dieser Zeit kam es in Frankfurt zu einem unvorhergesehenen Zwischenfall mit dem sardinischen Gesandten. Barral stellte ein Paket, das mit dem neuen Siegel des italienischen Königreichs versehen war, von der Pfordten, dem württembergischen und mecklenburgischen Gesandten zu. Von der Pfordten ließ das Paket durch den

1355) 30.3.1861 Lamey an Rüdft (Wien); 5.4.1861 Schrenck an Max GSTM III.R.45

1356) 5.4., 13.4.1861 Schrenck an Max GSTM III.R.45
13.4.1861 Schönburg HSTW IV Bavière 28

Sekretär ungeöffnet an die sardinische Gesandtschaft mit der Bemerkung zurückbringen, daß er einen Gesandten des Königreichs Italien nicht kenne. Ebenso verfuhr der württembergische Gesandte.¹³⁵⁷⁾

Der sardinische Gesandte hatte schon vorher seine Regierung auf die möglicherweise entstehenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, aber es war ihm die Benützung des Siegels trotzdem befohlen worden. In Zukunft aber bediente sich der sardinische Gesandte bei Mitteilungen an von der Pfordten nur noch seines Privatsiegels.¹³⁵⁸⁾ Von der Pfordten sah in diesem Verfahren einen Versuch Sardiniens, sich auf diese Weise indirekt die Anerkennung zu verschaffen, ja "zu erschleichen".¹³⁵⁹⁾ Sicherlich war diese Anschauung berechtigt. Sie wurde selbst von dem französischen Gesandten in Frankfurt vertreten, der das Verfahren der sardinischen Gesandtschaft zumindestens als ungeschickt und als vermeidbar beurteilte.¹³⁶⁰⁾

Bald darauf unterlief der bayerischen Regierung ein gleicher diplomatischer Fehler. Über den sardinischen Gesandten in Berlin zeigte Bayern die Heirat des Grafen Frani mit Prinzessin Mathilde, in einem Schreiben an, das an den König von Sardinien adressiert war. Ricasoli sandte den Brief wieder zurück, da Viktor Emanuel einen anderen Titel habe. Man hätte diesen Vorfall leicht vermeiden können, wie Schleinitz richtig bemerkte,¹³⁶¹⁾ weil diese Mitteilung an Sardinien überhaupt nicht nötig gewesen wäre.

1357) 14.5.1861 v.d.Pfordten GSTM III.R.45; 17.5.1861 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 833; 8.7.1861 Barral ASTT Francoforte 5/35

1358) 17.5.1861 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 833
15.7.1861 v.d.Pfordten GSTM III.R.45

1359) 14.5.1861 v.d.Pfordten GSTM III.R.45; GSTM N.Pf. 69, Blatt 76

1360) 17.5., 5.6.1861 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 833

1361) 25.7.1861 La Tour d'Auvergne AAE Prusse 340

Offensichtlich verhielt sich von der Pfordten, der am liebsten schon längst den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Sardinien gesehen hätte, feindlicher zu Sardinien,¹³⁶²⁾ als selbst Österreich, das die Visa mit dem neuen Siegel nicht beanstandete.¹³⁶³⁾ Man hätte schließlich einen weniger krassen Modus finden können, um sich gegen die Folgen der sardinischen Verfahrensweise zu verwahren, indem man, wie beispielsweise Preußen, erklärt hätte, mit der Annahme solcher versiegelten Briefe keineswegs eine Anerkennung des Königreichs Italien auszusprechen.

Die Antwort Sardiniens auf dieses Vorkommnis war der Entzug der Exequatur der deutschen Konsulate (nämlich der bayerischen, württembergischen und mecklenburgischen).¹³⁶⁴⁾ In Bayern bestand kein sardinisches Konsulat, sodaß man nicht mit der gleichen Gegenmaßnahme antworten konnte. Sehr große nachteilige Folgen werden damit für Bayern wohl kaum entstanden sein. Den Schutz der Interessen der in Italien lebenden Bayern übernahm die preussische Gesandtschaft. Die wirtschaftlichen Aufgaben der Konsulate dürften in dieser Zeit noch keine wesentlichen gewesen sein.¹³⁶⁵⁾

1362) 14.5.1861 v.d.Pfordten GSTM III.R.45; 12.7.1861 Mübeck GSTM II St.38.50

1363) 17.5.1861 Salignac-Ménelon AAE Allemagne 833

1364) 2.6.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

1365) Der internationale Handel der italienischen Staaten vor 1859 war nicht bedeutend. Genaue Ziffern sind ohne Archivforschungen davon nicht zu ermitteln, da die Statistiken aus dieser Zeit den Export und Import der italienischen Staaten untereinander von dem mit den europäischen Staaten nicht trennen. Zudem ging ein Großteil des Handels über die Grenzländer an andere Länder weiter, sodaß der Export und Import mit Österreich auch einen Teil enthält, der von Österreich aus weiter in die deutschen Staaten geleitet wurde. Mit dem von Cavour angekurbelten Aufstieg der italienischen Wirtschaft nahm auch der Außenhandel in immer steigendem Maße zu. Im Jahre 1869 hatte er sich im Vergleich zu 1858 um mehr als ein Drittel

Die bayerische Regierung mißbilligte zwar das Vorgehen von der Pfordten nicht; aber sie ließ in der Presse, die von Sardinien aufgestellte Behauptung widerlegen, daß die bayerische Regierung die Anweisung in Frankfurt gegeben habe, offizielle Mitteilungen Sardiniens zurückzuweisen.¹³⁶⁶⁾ Von der Pfordten erhielt nun die Anweisung, daß er bei offizieller Notifikation der sardinischen Titelländerung beim Bund für den Abbruch der Beziehungen stimmen dürfe, daß aber der Vorfall mit dem versiegelten Paket nicht beim Bund angezeigt werden solle, so wie es von der Pfordten gewünscht hatte.¹³⁶⁷⁾

Österreich hatte sehr damit gerechnet, daß Bayern den Anlaß ergreifen werde, um dem Bund den Vorfall mitzuteilen und somit die Frage des Abbruchs mit Sardinien zu provozieren.¹³⁶⁸⁾ Aber Schrenck lehnte energisch ab, weil nur das Bundespräsidium in offizieller Beziehung zu den fremden, in Frankfurt akkreditierten Gesandten stehe, nicht aber der bayerische oder württembergische Gesandte. Folglich sei auch die Zumutung, den Titel König von Italien anzuerkennen, nur an Bayern gerichtet

ad 1365) vermehrt. (1858: 1 177,5 Millionen Lire einschließlich des Handels innerhalb der italienischen Staaten. 1869: 1 726 Millionen Lire)
Im Jahre 1862 betrug der gesamte Außenhandel 1 406 Mill.Lire. Daran waren die Staaten des Zollvereins mit nur 3,1 Mill.Lire beteiligt, gegenüber z.B.Frankreich mit 362 Mill.Lire.
Bis zum Jahr 1870 stieg der Handel mit dem Zollverein auf 11 Mill.Lire an.
(vergl. B.Stringher: Gli scambi con l'estero e la politica commerciale italiana dal 1860-1910 Milano 1912.

G.Luzzatto: Storia Economica, 1948

Corbino: Annali dell 'Economia Italiana I.Bd.,

13.5. 8.6.1861 Schrenck an Max GSTM III.R.45 /1931

1367) 16.5.1861 Schrenck an Max; 19.5.1861 Schrenck an von der Pfordten GSTM III.R.45

1368) 22.5.1861 Bray GSTM III.R.45; 16.5.1861 Rechberg an Schönburg HSTW IV Bavière 28

gewesen und nicht an den Bund. Schrenck hielt es für kleinlich, wenn man diesen Vorfall zur Motivierung von Beratungen über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Anlaß nehmen würde, anstatt an Ereignisse von politisch wichtigerer Natur anzuknüpfen. Schönburg verurteilte "die Delikatesse", mit der Bayern Sardinien behandle. Schrenck wies den Vorwurf zurück, es sei nicht Delikatesse, sondern es wäre Spionage, wenn Bayern beim Bund deswegen Anzeige mache und sich wie ein Gendarm verhalte, der einen ihm gesetzwidrig dünkenden Vorfall zur Anzeige bringe.¹³⁶⁹⁾

Mecklenburg wollte den Entzug der Exequatur in der Bundesversammlung zur Sprache bringen. Nachdem Bayern und Württemberg davon abrieten, und auch Preußen zur großen Unzufriedenheit Österreichs sich sehr bestimmt gegen jede Verhandlung des Bundes über diese Frage aussprach, ließ Mecklenburg seinen Plan fallen.¹³⁷⁰⁾

Die bayerische Regierung hatte sich in dieser Frage aus eigener Überzeugung ganz gegen die Wünsche Österreichs gestellt und ohne sich dabei mit dem Verhalten Preußens zu entschuldigen. Max hatte sich die Ansicht von der Pfordtens diesesmal nicht zu eigen gemacht und wollte die Initiative zu einem provokatorisch feindlichen Schritt gegen Sardinien nicht ergreifen. Die Einstellung der europäischen Mächte zu Italien ließ immer mehr voraussehen, daß sich die italienische Einigung ungehindert doch vollziehen werde, zumindestens aber, daß die bisherigen Eroberungen Sardiniens nicht rückgängig gemacht würden. Aus dieser Anschauung heraus war die Zurückhal-

1369) 18.5.1861 Schönburg HSTW IV Bavière 28
1370) 20.6.1861 Schrenck an von der Pfordten
15.7.1861 von der Pfordten GSTM III.R.45
12.7.1861 Bray GSTM MAIII Öst.52

tung der bayerischen Regierung verständlich und klug. König Max mag die von Doenniges geäußerte Meinung bezüglich der Zukunft Italiens nicht unbeachtet gelassen haben, der zu der Ansicht kam, daß die italienische Einigung sich schließlich doch organisieren werde, und Italien mit Hilfe Frankreichs auch Venetien und Rom gewinnen werde und dann in die Reihe der Großmächte zu zählen sei.¹³⁷¹⁾ Er hielt es an der Zeit, sich mit dem Nationalitätsprinzip auseinanderzusetzen, was zum europäischen Recht zu werden scheine. Er hob hervor, daß die Anerkennung eines aus der Revolution hervorgegangenen Staates mehr und mehr nach dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit und des Bedürfnisses behandelt werde; deshalb brauchten aber nicht in erster Linie die Prinzipien gutgeheißen werden, aus denen der Staat hervorgegangen sei. Einen Beweis für die Berechtigung dieser Anschauung sah er in Spanien, Portugal, Schweden, Belgien und Griechenland. Der Vorteil dieser Anschauung sei, daß man sich selbst die revolutionären Theorien vom Leibe halten könne.¹³⁷²⁾ Doenniges fand es für die bayerische Regierung noch nicht an der Zeit, die Anerkennung auszusprechen; dies solle sie erst, wenn die sardinische oder italienische Regierung alle revolutionären Intentionen abgelegt habe, und eine wirkliche

1371) 15.2., 21.2., 30.6., 19.8.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

Auch Verger war der Ansicht, daß Rom eines Tages den Piemontesen überlassen werde (23.2.1861 Verger GSTM MAIII p.S. uhl 29) Im Archiv des französischen Außenministeriums liegt ein Bericht eines gewissen Herrn Reinhard, geschrieben aus München am 30.6.61. Danach soll Schrenck zu dieser Zeit die Meinung gehabt haben, daß sich die verschiedenartigen Elemente in Italien nicht zusammenhalten ließen. Wer der Schreiber des Berichtes war, ließ sich nicht feststellen, jedenfalls war er kein Angestellter des Außenministeriums und es ist deshalb diese Meinung nur mit Vorsicht zu bewerten. (30.6.1861 Reinhard AAE Bavière 237)

1372) 10.2., 30.6.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

Bürgschaft für den Frieden gegeben sei.¹³⁷³⁾ Doenniges bedauerte sehr, daß Preußen es unterließ, die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abzubrechen, was er für die beste Garantie gegen einen Angriff auf Venedig hielt.¹³⁷⁴⁾ So mag er wohl der Ansicht gewesen sein, daß für Bayern, das allein gegen die Politik der Großmächte nichts ausrichten konnte, eine gewisse Zurückhaltung angebracht sei.

Neben diesen Überlegungen wird Max auch die öffentliche Meinung in Betracht gezogen haben. Selbst in Süddeutschland fand nach und nach die italienische Sache mehr Sympathien, und die Liberalen wurden zahlreicher.¹³⁷⁵⁾ Es war immerhin aufsehenerregend und sicherlich nicht ohne Einfluß auf die katholische Partei in Bayern, als der Kirchenhistoriker Döllinger anläßlich einer Vortragsreihe in München die Ansicht vertrat, daß zur unabhängigen Ausführung der geistlichen Autorität des Papstes die weltliche Souveränität nicht unbedingt erforderlich sei, ja nicht einmal wünschenswert, denn in Anbetracht der gegen die päpstliche Verwaltung gerichteten Stimmung könne die päpstliche Herrschaft doch nur durch die Hilfe auswärtiger Staaten aufrecht erhalten werden.¹³⁷⁶⁾

In Italien erregte diese Sprache großes Aufsehen und wurde so ausgelegt, als ob die Katholiken jetzt auch in Deutschland die Meinung angenommen hätten, wonach der Papst auch ohne weltliche Macht in der Lage sei, sein geistiges Primat unabhängig ausüben zu können, welche Theorie von der sardinischen Regierung eifrig

1373) 19.8.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

1374) 5.11., 31.12.1860 Doenniges GSTM MAIII Sard.15

1375) 27.4., 15.5.1861 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 833
13.6., 8.7., 11.8.1861 Barral ASTT Francoforte
5/35

1376) 15.4.1861 Reinhard, 16.4., 30.4.1861 Banneville
AAE Bavière 237; Vortrag Döllingers gedruckt bei
H.Bastgen, Die römische Frage II.Bd.

propagiert wurde.¹³⁷⁷⁾

Die Anerkennung durch Preußen und Rußland

Im Jahre 1862 wurde Viktor Emanuel von Preußen und Rußland als König von Italien anerkannt. Man wußte in München, daß Bismarck in diesem Sinn gewirkt, der preussische Gesandte Brassier St. Simon in Turin die Maßnahme empfohlen hatte, und England und Frankreich sich dafür eingesetzt hatten.¹³⁷⁸⁾ Schon zu Anfang des Jahres verhandelten Turin und Berlin über die Frage, und die preussische Anerkennung wurde in Europa bereits erwartet.¹³⁷⁹⁾ Alle preussischen Minister waren dafür, und nur König Wilhelm hatte Bedenken. Im Landtag wurde die Anerkennung beantragt.¹³⁸⁰⁾ Aber infolge der Auflösung des Landtages schob die preussische Regierung diese Frage vorerst noch einmal hinaus.¹³⁸¹⁾

Die bayerischen Beobachter teilten ihrer Regierung zu- recht mit, daß Rußland zu diesem Zeitpunkt aus Rücksicht auf Franz II. zur Anerkennung Italiens wenig geneigt war.¹³⁸²⁾ Im Juni aber nahm die russische Regierung über Paris deswegen Verhandlungen mit Turin auf. Von der italienischen Regierung verlangte man Versicherungen in antirevolutionärer Hinsicht und motivierte dann die Anerkennung damit, daß man das Königreich von Italien auf dem konservativen Weg ermutigen und gegen die revolutionären Tendenzen stärken wolle.¹³⁸³⁾ Wenn Rußland die Frage der Anerkennung auch nicht mit der orientalischen Frage in Verbindung brachte, so hatte der bayerische Gesandte in Petersburg durchaus Recht

1377) 20.4.1861 Wendland GSTM MIII Frk.41; 15.4.1861 Verger GSTM MIII p.Stuhl 29; 21.2., 29.3., 12.4., 26.5.1861 Doenniges GSTM MIII Sard.16; 4.9., 27.9.1861 Gasser GSTM III.R.45
 1378) 5.11., 8.11.1861, 23.1.1862 Perglas GSTM MIII Ruß.53/54; 28.6., 2.7.1862 Gasser GSTM MIII Frk.42; 14.7.1862 Cetto GSTM MIII Egl.52; 15.2.1862 Schönburg HSTW IV Bavière 29 vergl. APPR.II Nr. 459+463,1

mit seiner Annahme, daß Rußland dadurch letzten Endes einen Alliierten gefunden zu haben hoffte.¹³⁸⁴⁾ Rußland hatte die Schwenkung seiner Politik gegenüber Italien nur im Hinblick auf die orientalische Frage und der damit verbundenen notwendigen Annäherung an Frankreich gemacht.¹³⁸⁵⁾ Es hatte dabei Preußen bewußt überrumpelt, sodaß es den Anschein gewann, als ob Preußen nur im Schlepptau der russischen Politik handle. Deshalb betrieb Bernstorff, als er von den französisch-russischen Verhandlungen erfuhr, mit aller Eile die Anerkennung Italiens, zu der sich nun der König bereit erklärte. Trotzdem konnte aber der Eindruck nicht beseitigt werden, daß Preußen nur dem Beispiel Rußlands folge.¹³⁸⁶⁾ Die preußische Regierung verlangte von Italien eine Erklärung, nicht mit Gewalt in der römischen und venetianischen Frage vorzugehen, außerdem setzte sie sich für die Rückgabe des beschlagnahmten Vermögens und Eigentums Franz'II. ein. Die Versicherungen der italienischen Regierung wurden von Preußen als genügend betrachtet, und die Anerkennung daraufhin vollzogen.¹³⁸⁷⁾

Antonelli hatte nach Vergers Aussage lange daran gezwei-

-
- ad 1379) 25.1., 14.2.1862 La Tour d'Auvergne AAB Prusse 341; 25.2.1862 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 30; 15.1.1862 Perglas GSTM. LAIII Ruß.54; 15.2.1862 Schönburg HSTW IV Bavière 29
 - ad 1380) 20.2., 1.3.1862 Montgelas GSTM. LAIII Pr.64; Die katholische Fraktion und die Kreuzzeitungspartei waren allerdings gegen diesen Antrag. (vergl. v.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.389+
 - ad 1381) 29.3.1862 Montgelas GSTM. LAIII Pr.64; /396) vergl. APPr. II Nr.450+453
 - ad 1382) 15.1., 23.1., 15.2.1862 Perglas GSTM. LAIII Ruß.54; 20.2., 29.3.1862 Montgelas GSTM. LAIII Pr.64; 5.3.1862 Reculot AAB Bavière 237; vergl. v.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.394
 - ad 1383) 12.7.1862 Verger GSTM. LAIII p.Stuhl 30; 25.6., 3.7., 14.7.1862 Truchseß GSTM. LAIII Ruß.54; 8.7.1862 Montgelas GSTM. III.R.45
 - 1384) 14.7.1862 Truchseß GSTM. LAIII Ruß.54
 - 1385) vergl. v.v.Srbik, Deutsche Einheit III S.394 ff Ch.Friese, Rußland und Preußen S.254 ff
 - 1386) K.Ringhoffer, Im Kampf um Preußens Ehre S.508 ff
 - 1386) 13.7.1862 Montgelas GSTM. III.R.45
 - 1387) 19.7.1862 Libra; 4.7., 21.7.1862 Bernstorff an Grassier

felt, ob Rußland und Preußen tatsächlich das Königreich Italien anerkennen würden, weil er in der Anerkennung beinahe einen "Selbstmord" Rußlands und Preußens sah, indem die dadurch anerkannten nationalen Prinzipien anstatt gedämpft, nur neuen Auftrieb erhielten und sich in der polnischen Frage gegen diese Regierungen wenden würden.¹³⁸⁸⁾ Franz II. berief daraufhin seinen Gesandten aus Petersburg ab.¹³⁸⁹⁾

Österreich übergab eine äußerst scharfe Note in Berlin, in der konstatiert wurde, daß die italienischen Garantien nicht mehr Wert hätten, als den eines Blattes Papier. Preußen antwortete verbittert, es habe die Erfahrung gemacht, sich an keine Rücksicht gegenüber Österreich mehr gebunden zu fühlen, als die durch den Deutschen Bund vorgeschriebenen.¹³⁹⁰⁾ Dieser Gedankenaustausch förderte keineswegs die gegenseitigen Beziehungen.

Die Liberalen in Deutschland begrüßten den Anerkennungsakt Preußens und Rußlands.¹³⁹¹⁾ Die Mittel- und Kleinstaaten verharren weiterhin in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der neuen Ordnung in Italien, und sie sahen in dem Schritt Preußens und Rußlands letzten Endes einen Racheakt gegen Österreich.¹³⁹²⁾

Die bayerische Regierung gab ihre Meinung nicht schriftlich zum Ausdruck, da sie auch nicht schriftlich An-

-
- ad 1387) 9.7.1862 Durando an Launay GSTM III.R.45
8.7., 18.7.1862 La Tour d'Auvergne AAE Prusse
343; vergl. Quellen zur deutschen Politik
Österreichs Nr.823
- 1388) 25.2., 13. ., 5.7., 12.7.1862 Verger GSTM LAIII
p.Stuhl 30
- 1389) 27.7.1862 Truchseß GSTM LAIII Ruß.54
- 1390) 26.7.1862 Rechberg an Karolyi Quellen zur deutschen Politik Österreichs Nr.834; 4.8.1862 Montgelas GSTM LAIII Pr.64
- 1391) 23.7.1862 Barral ASTT Francoforte 5/35
- 1392) 14.7., 30.7.1862 Reculot AAE Bavière 237; Tatsächlich waren die tieferen Gründe der preussischen Anerkennung, einen Gegenzug gegen die Haltung der Mittelstaaten und Österreichs in der deutschen und der Zollvereinsfrage zu veranstalten. (vergl. Zw.Srbik, Deutsche Einheit III S.388,

zeige erhalten hatte. Man wollte nicht unnötigerweise Spannungen hervorrufen. Mündlich drückte Schrenck wohl sein Erstaunen aus, daß Preußen ohne besonderen Grund sein Verhältnis zu Italien geändert habe, weil die preußischen Interessen nicht bedroht gewesen, und die diplomatischen Beziehungen ja nicht abgebrochen worden seien. Die Garantien der italienischen Regierung könnten auch nicht als befriedigend angesehen werden, weil es unsicher sei, ob sie bei einem Wechsel in der italienischen Regierung von dem neuen Ministerium übernommen würden. Preußen habe als ein fait accompli anerkannt, was noch gar nicht bestehe, da Rom und Venetien dem Königreich Italien noch fehlten.¹³⁹³⁾ Dieses Argument war anfänglich, als die preußische Regierung noch mit ihrer Anerkennung des Königreichs Italien zögerte, von ihr selbst angeführt worden,¹³⁹⁴⁾ und mußte von ihr wohl nicht gern gehört worden sein.

ad 1392) K. Ringhoffer, Im Kampf um Preußens Ehre S. 501)

1393) 13.8.1862 Schrenck an Max GSTM III.R.45

1394) vergl. S. 387

VIII. K a p i t e l

Die römische Frage

(Diplomatische Versuche Sardiniens - Heer, Finanzen und Verwaltung im Kirchenstaat - Spanischer Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung bei Napoleon in der römischen Frage - Der Kongreßvorschlag Napoleons - Die September-Konvention)

Diplomatische Versuche Sardiniens

Bei dem Tode Cavour's, der am 6. Juni 1861 völlig unerwartet gestorben war, fürchtete man in Europa vorübergehend sehr, daß nun die Radikalen die Oberhand gewinnen könnten, und somit die gemäßigte Politik Cavour's aufgegeben werden müsse. Cavour allein hatte man für fähig gehalten, der revolutionären Aktionspartei Herr zu werden und sie zu bändigen und für geschickt genug, Napoleon für alle seine Pläne zu gewinnen. Kein anderer, glaubte man, werde so großen Einfluß auf Napoleon ausüben können. Aus diesen Gründen wußten auch die bayerischen Gesandten nicht genau, ob der Tod Cavour's für die italienische Einheit nun einen Rückschritt oder eine Beschleunigung bedeuten werde.¹³⁹⁵⁾ Napoleon hatte dann seinen Einfluß geltend gemacht, um den radikalen Rattazzi von dem Posten des Ministerpräsidenten fernzuhalten. Ricasoli wurde der Nachfolger Cavour's. Er hatte sicherlich nicht die Fähigkeiten eines Cavour's, aber er war gemäßigt in seinen Ansichten, und man konnte von ihm mit Recht erwarten, daß er die friedliche Politik Cavour's der letzten Jahre fortsetzen werde. Aber auch er ließ erkennen, daß es sich nur um eine Zeit des Aufschubs handle, und der Besitz Venetiens und

¹³⁹⁵⁾ 7.6., 8.6.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41;
6.6.1861 Wendland GSTM 77/5/36; 7.6.1861 Doenniges
GSTM MAIII Sard.16; 8.6.1861 Bray GSTM MAIII Öst.
52; 7.6., 11.6., 15.6.1861 Verger GSTM MAIII
p.Stuhl 29; 10.6.1861 Cetto GSTM MAIII Egl.51

Roms als notwendige Existenzbedingung für Italien betrachtet werde.¹³⁹⁶⁾

Nach dem Tode Cavours zeigte sich kein Ministerium besonders stark, und die Personen wechselten häufig. Aber sie konnten sich mit Erfolg gegen die Aktionspartei durchsetzen und die kriegerische Lösung der venetianischen und römischen Frage aus Rücksicht auf die inneren Verhältnisse des Königreichs verschieben.¹³⁹⁷⁾

Unächst versuchte die sardinische Regierung in der römischen Frage auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen mit Frankreich einen Schritt weiter zu kommen. Nach dem Fall Gaetas nahm man an, daß Frankreich in der Absicht, den Rückzug seiner Truppen aus Rom zu ermöglichen, mit neuen Vorschlägen an die päpstliche Regierung herantreten werde. Man munkelte bereits von der Ersetzung der französischen Truppen durch piemontesische, was von der sardinischen Regierung auch in Paris wiederholt verlangt wurde.¹³⁹⁸⁾ England, das sich bei der römischen Frage als ein überwiegend protestantischer Staat möglichst zurückhielt, war über die Fortdauer der französischen Besetzung Roms sehr

1396) 14.6., 28.7., 19.8., 3.9.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

1397) 1.3., 4.3., 12.8.1862, 10.6.1863, 11.3., 22.6.1864 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30-32; 28.3.1862 Doenniges GSTM MAIII Sard.16; 7.3.1862 Bray GSTM MAIII Öst. 53; 12.4.1862 Gasser, 19.1.1863 Wendland GSTM MAIII Frk.42/43

1398) 5.1., 11.1., 18.2., 23.2., 16.3., 19.3., 25.5.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29; 21.2., 17.3., 23.3., 18.4., 25.6., 30.6., 4.8.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16; 26.2.1861 Cetto GSTM MAIII Egld. 51; 13.2.1861 Wendland, 8.7., 25.10., 2.11.1861, 25.8.1862 Gasser GSTM MAIII Frk.41/42; Wendland an Max GEM 77/5/86, vergl. G.Mollat, La Question Romaine de Pie VI à Pie XI, Paris 1932

unzufrieden. Es drängte in Paris daher ebenfalls auf die Entfernung der französischen Garnison aus Rom, weil durch sie die italienische Einheit noch gehindert werde, und die weltliche Autorität des Papstes auf die Dauer doch unhaltbar sei.¹³⁹⁹⁾ Der Einfluß Englands in Turin ließ nach bayerischen Beobachtungen allmählich zu Gunsten Frankreichs nach.¹⁴⁰⁰⁾ Napoleon aber lehnte eine Änderung des status quo in Rom ab und versprach seine Truppen, solange es die Sicherheit des Papstes erfordere, in Rom zu lassen. Zu diesem Verhalten mag er wohl ebenso durch die öffentliche Meinung und die der katholischen Partei, wie auch durch die Kammern gedrängt worden sein, die sich für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes ausgesprochen hatten, weil das französische Interesse verlange, den Einfluß in Italien nicht zu verlieren. So wurde die weltliche Macht des Papstes auch weiterhin von Napoleon indirekt unterstützt.¹⁴⁰¹⁾ Die bayerischen Gesandten dürften wohl Recht gehabt haben, wenn sie meinten, Napoleon wisse wohl, daß er eine gute strategische Position und ein politisches Mittel in der Hand habe, einen italienischen Einheitsstaat anstatt einer Konföderation nicht unbedingt herbeiwünsche und aus diesen Gründen weiterhin die Truppen in

1399) 19.2., 20.2., 26.10.1861, 12.4., 9.5., 27.8., 3.9., 23.9.1862 Cetto GSTM MAIII Egl. 51/52

1400) 6.3.1863 Cetto GSTM MAIII Egl. 53; 28.3.1862 Doenniges GSTM MAIII Sard. 16

1401) 7.4., 5.12.1861 Perglas GSTM MAIII Ruß. 53; 27.11.1861 Cetto GSTM MAIII Egl. 51; 23.3., 14.6.1861 Wendland, 21.9.1861, 9.3., 22.3.1862 Gasser GSTM MAIII Frk. 41/42 17.3., 23.3., 29.3., 7.4.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard. 16; 18.2., 16.3., 23.3., 26.3., 15.4., 27.4., 7.6., 18.6., 31.8., 4.10., 13.12.1861 Verger GSTM MAIII p. Stuhl 29; vergl. H. Bastgen, Die römische Frage II. Bd.; O. Aubry, Zweite Kaiserreich

Rom lasse.¹⁴⁰²⁾ Aber Genaues über die Vorgänge zwischen Turin und Paris wußten weder die päpstliche Regierung noch die bayerischen Gesandten in Rom und Paris, und Napoleon dementierte alles was in diesem Zusammenhang behauptet wurde.¹⁴⁰³⁾

Obwohl Sardinien in der römischen Frage vorerst nicht weiter kam, gab es die Hoffnung nicht auf, Rom zur Hauptstadt des italienischen Königreichs machen zu können. Auch in den folgenden Jahren 1862 und 1863 behandelte Napoleon die römische Frage nur dilatorisch. In der Eröffnungsrede zur Legislaturperiode 1862 verkündete er das Motto seiner Politik, Sardinien und den Kirchenstaat durch wohlgemeinte Ratschläge zu versöhnen.¹⁴⁰⁴⁾ Die französische Regierung übte jedoch nach Vergers Beobachtung keinerlei Druck auf den Kirchenstaat aus, und die päpstliche Regierung wich in keiner Weise von ihrem bisherigen Standpunkt ab. Jeder französische Vorschlag zu einer Einigung wurde in Rom kategorisch abgewiesen, entschlossen, sich lieber jeder Eventualität auszusetzen, als in irgendeiner Weise die usurpatorischen Akte Sardiniens anzuerkennen.¹⁴⁰⁵⁾

- 1402) 5.11.1862 Gasser GSTM MAIII Frk.42
Wendland GHM 77/5/86; 27.4., 21.10.1861 Verger
GSTM MAIII p.Stuhl 29; 19.8.1861 Doenniges GSTM
MAIII Sard.¹⁶
- 1403) 1.6., 20.7., 27.6.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl
29; 24.6.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41
- 1404) 16.4.1864 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32; 27.1.1862
Gasser; 14.2.1863 Wendland GSTM MAIII Frk.42/43
- 1405) 1.2., 8.2., 10.5.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30
Der französische Gesandte in Rom, Lavalette und
Goyon vertrugen sich nicht. Es kam zu Zwistig-
keiten zwischen beiden, sodaß Lavalette auf die
Abberufung Goyons drängte. Die Kaiserin Eugénie
vertrat die Sache Goyons, der aber schließlich
doch nach Frankreich zurückberufen wurde. In Rom
fürchtete man damals eine Änderung der französi-
schen Politik bezüglich des Kirchenstaates. Die
Befürchtungen des Kirchenstaates in der römischen
Frage realisierten sich aber nicht. Lavalette
kehrte mit unveränderter Instruktion nach Rom
zurück. Er unterbreitete die französischen Vor-
schläge der päpstlichen Regierung, die aber we-

Frankreich war zu sehr in andere außenpolitische Fragen verwickelt, wie die griechische, die mexikanische und später in die polnische, als daß es im Augenblick auch noch die römische Frage vorantreiben konnte. Eine gewisse, aber schnell vorübergehende Krise trat im Sommer 1862 ein, als Garibaldi sich nach Sizilien begab, von dort in Kalabrien landete und eine Invasion in den Kirchenstaat erwartet wurde. Von einer Unterstützung seines Vorhabens durch die italienische Regierung in Turin konnte dieses Mal nicht die Rede sein. Auch England war nach bayerischen Beobachtungen nicht daran beteiligt.¹⁴⁰⁶⁾ Frankreich versicherte aber in Rom eindeutig, den Kirchenstaat gegen Garibaldi zu schützen, und die päpstliche

ad 1405) der schriftlich überreicht wurden, noch irgendeinen ultimativen Charakter trugen und nichts wesentlich Neues enthielten. Frankreich wollte die Großmächte zur Garantierung des aktuellen Besitzstandes engagieren, Geldentschädigung für den Papst, Piemont soll einen Teil der römischen Schulden übernehmen und sich verpflichten, den Kirchenstaat zu respektieren. Die römische Regierung lehnte wie bisher jede Verhandlung auf dieser Basis ab. (23.4., 3.5., 10.5., 13.5.1862 Gasser GSTM MAIII Prk.42; 15.6., 22.6., 1.7., 12.7. 1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30) Der Wechsel im französischen Außenministerium im Oktober 1862 wurde überall als Zeichen aufgefaßt, daß Napoleon zumindestens im Augenblick den status quo in Italien erhalten und die weltliche Macht des Papstes auch weiterhin gegen jede Ansprüche von der Seite des Königreichs Italien stützen werde. Antonelli begrüßte nach Vergers Aussage den Eintritt Drouyn de Lhuys und den damit verbundenen Wechsel des französischen Gesandten in Rom, aber er teilte nicht die Hoffnungen der Klerikalen, daß damit die Restauration der Romagna bevorstehe. Er erwartete nur, daß Frankreich auch weiterhin in der Frage der Versöhnung des Kirchenstaates mit dem Königreich Italien keinen Druck ausüben werde. Darin wurde er nicht enttäuscht. Der neue französische Gesandte, La Tour d'Auvergne, wurde angewiesen, sich dem Papst angenehm zu erweisen und das Vertrauen des Kirchenstaates auf Frankreich zurückzugewinnen. (22.10.1862 Gas-

Regierung war beruhigt.¹⁴⁰⁷⁾ Im September wurde Garibaldi von der italienischen Regierung verhaftet, und damit war vorerst die Gefahr vorbei, daß die Aktionspartei die Oberhand gewinnen könne.¹⁴⁰⁸⁾

Heer, Finanzen und Verwaltung im Kirchenstaat

Die päpstliche Regierung hielt einerseits die Verwirklichung der italienischen Einheit für eine moralische und materielle Unmöglichkeit, die sich, sofern sie nicht mehr vom Ausland unterstützt werde, als eine Illusion erweisen werde. Andererseits betrachtete sie die Zeit eines Aufschubes nur als eine Ruhe vor dem Sturm, wogegen sie sich von dem Zeitgewinn, den die französische Passivität gegenüber der römischen Frage erlaubte, eine Besserung der Lage versprach.¹⁴⁰⁹⁾

Die bayerischen Vertreter in Rom, Verger und Riederer, meinten, daß der Papst sich damit abfinden müsse, ein großes nationales Reich um Rom zu sehen und fürchteten von Anfang an, daß die päpstliche Regierung die Zeit schlecht nutzen werde. Sie behielten Recht, denn die römische Regierung tat nichts, weder in moralischer

ad 1405) ser GSTM MAIII Frk.42; 23.10.1862 Cetto GSTM MAIII Egl.52; 20.10.1862 Reculot AAE Bavière 237; 18.10., 15.11., 13.12., 20.12.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30)

ad 1406) 8.8., 26.8., 29.8., 30.8.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30; 27.8.1862 Cetto GSTM MAIII Egl. 52

1407) 12.8., 25.8.1862 Gasser GSTM MAIII Frk.42
29.8.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30

1408) 2.9.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30 Die Öffentlichkeit in Deutschland sah durch den Ausgang der Krise den Frieden gesichert und hielt den Versuch Garibaldis letzten Endes für einen Vorteil für den Kirchenstaat, da Napoleon sich dadurch engagiert habe, den restlichen Besitz des Papstes gegen die Bedrohungen der Mazzinisten-Partei zu beschützen. (9.8.1862 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 836; 14.8.1862 Reculot AAE Bavière

1409) 23.2., 16.6., 27.6., 2.10., 28.10., 13.12.1861 (237)
Verger; 31.8., 4.10.1861 Riederer GSTM MAIII p.
Stuhl 29

noch in materieller Hinsicht, um ihre Stellung zu verbessern. Sie beschränkte sich darauf, ihre moralische Aktivität gegenüber der katholischen Partei Frankreichs zu erhöhen, und wenn sie sich auch etwas um die Reorganisation ihres geschlagenen Heeres kümmerte, so fehlte wiederum das Geld hierfür.¹⁴¹⁰⁾ Ein allzu großes Heer war aber auch für den Schutz des kleinen, noch dem Kirchenstaat verbliebenen Gebietes nicht nötig. Die deutschen und österreichischen Soldaten hatten sich nicht sonderlich bewährt, und die römische Regierung legte deshalb keinen besonderen Wert darauf, sie wieder nach Rückkehr aus piemontesischer Gefangenschaft einzustellen. Sie bevorzugte belgische und französische Soldaten. Man schickte die deutschen Soldaten in ihre Heimat zurück, wo sie nicht dazu beitrugen, die beste Meinung über die päpstliche Regierung zu verbreiten.¹⁴¹¹⁾

Zwar konnten die Finanzen des Kirchenstaates dank zahlreicher Spenden aus dem Ausland vor dem völligen Ruin gerettet werden, aber diese Gaben waren eben doch nur ein unberechenbarer Faktor, auf den man nicht mit Regelmäßigkeit zählen konnte. Zudem dachte die römische Regierung nach bayerischer Aussage nicht daran, etwas zu sparen und zu ökonomisieren, und so blieb eine neue Anleihe von 50 Millionen frs im Jahr 1861 nicht aus.¹⁴¹²⁾ Wenn die päpstliche Regierung auch die Wünsche der Be-

1410) 23.2., 1.6.1861, 3.2., 3.6.1863 Verger; 31.8., 4.10.1861 Riederer GSTM MAIII p.Stuhl 29+31

1411) 5.1., 23.2., 19.3., 30.3., 16. .1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

1412) 11.4., 11.5., 1.6., 23.11.1861, 12.4., 9.5.1864 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29+32; vergl. das Urteil J.Schmidlin, Papstgeschichte II S.77, daß der Kirchenstaat sich alle Mühe gegeben habe, um die kiritische finanzielle Lage zu meistern.

völkerung nach zeitgemäßen Zugeständnissen nicht ganz übersah, so war sie aber keinesfalls geneigt, diese jetzt zu machen. Sie glaubte Reformen als Konzessionen in der Hand behalten zu müssen, um damit bei einer zukünftigen Lösung der italienischen Frage gewisse Vorteile erkaufen zu können. Verger verurteilte den Standpunkt, daß die Reformen an die Rückgabe der Romagna gebunden seien, weil somit die Unschuldigen bestraft würden, und das Vertrauen der unter dem päpstlichen Regime verbliebenen Bevölkerung nicht zurückgewonnen werden könne.¹⁴¹³⁾ Die Stimmung in Rom war unverändert. Man verhielt sich sehr indifferent gegenüber der Politik des Tages. Ab und zu kam es zu kleineren Demonstrationen und zu nachfolgenden Verhaftungen. Aber die Ruhe hielt Verger genau so trügerisch wie früher. Man wisse nur zu gut, daß die Mehrzahl der Römer die Vernichtung der weltlichen Macht des Papstes als unabänderlich bevorstehend erachten und begrüßen werde, wenn Rom zur Hauptstadt des Königreichs von Italien gemacht würde.¹⁴¹⁴⁾ Verkünde man gegen die Ideen der Zeit nur die Unfehlbarkeit des Papstes, so sah Verger kommen, wie dem Papst eines Tages nichts mehr übrig bliebe, als nur gegen den faktischen Verfall seiner weltlichen Macht zu protestieren.¹⁴¹³⁾

Spanischer Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung bei Napoleon in der römischen Frage

Von den katholischen Mächten war kaum zu erwarten, daß sie zu einer tatkräftigen Hilfe für den Kirchenstaat be-

-
- 1413) 23.2., 1.6.1861, 6.1.1863, 21.12.1864, 7.3., 1.9.1865 Verger; 31.8.1861 Riederer GSTM MAIII p.Stuhl vergl. das Urteil J.Schmidlin, Papstgeschich-/29-33 te II S.80, der in dem Sträuben gegen fortschrittliche Reformen "die stärkste zerstörende Kraft, die den Kirchenstaat von innen zum Untergang reif machen mußte", sieht.
- 1414) 23.8., 18.12., 21.12.1860, 19.3., 2.4., 22.4., 11.5.25.5., 1.6., 21.10., 17.12.1861 Verger; 4.10.1861 Riederer GSTM MAIII p.Stuhl 28/29

reit wären. Im April 1861 schlug Spanien den katholischen Staaten und auch Bayern vor, sich gemeinsam bei Napoleon für den Papst zu verwenden, um zunächst die Belassung der französischen Truppen in Rom zu erwirken und später gemeinsam mit den katholischen Staaten über die römische Frage zu beraten. Österreich erwartete nicht viel von einem solchen Schritt, erachtete aber eine solche Verwendung für nicht ungünstig.¹⁴¹⁵⁾

Die bayerische Regierung hatte zwar keine Bedenken, das Ersuchen um Belassung der französischen Truppen in Rom zu unterstützen, aber für einen Kongreß wollte sie sich auf keinen Fall aussprechen, da sie fürchtete, daß für Bayern daraus materielle Verpflichtungen in einer Weise entstehen könnten, wie sie Napoleon schon früher dargelegt hatte.¹⁴¹⁶⁾ Es zeigte sich immer wieder, daß Bayern auf keinen Fall zu finanziellen Opfern für den Kirchenstaat bereit war.

Die französische Regierung ließ erkennen, daß sie ein gemeinsames Vorgehen Bayerns mit Österreich und Spanien nicht begrüßen würde, da Bayern als ein nur teilweise katholischer Mittelstaat dazu nicht berufen sei.¹⁴¹⁷⁾

Wendland wandte sich direkt an König Max, dem er von einer Beteiligung an der Demarche abriet. Entweder werde man Bayern überhaupt die Einmischung in eine europäische Sache abschlagen oder es entstünden Konsequenzen, die Bayern als Mitglied des Bundes nicht ohne weiteres übernehmen könne, wie beispielsweise die Ersetzung der französischen Truppen durch die der katholischen Staaten.

1415) 2.4.1861 Bray GSTM III.R.45; 5.4., 30.5.1861 Bray GSTM MAIII Öst.52

1416) 6.4.1861 Schrenck an Max GSTM III.R.45

1417) 24.4.1861 Wendland GSTM III.R.45; 21.5.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

Wendland schlug vor, sich gesondert von Spanien und Österreich in allgemeinen Worten zu Gunsten des Papstes auszusprechen.¹⁴¹⁸⁾ Max billigte den Rat Wendlands vollständig¹⁴¹⁹⁾ und ließ die Meinung Doenniges' unberücksichtigt, daß Deutschland Rom stützen müsse, um so vielleicht die Selbständigkeit Südtaliens zu ermöglichen, die italienische Einheit zu verhindern und eine Konföderation zu begünstigen.¹⁴²⁰⁾ Das Einverständnis mit Wendlands Rat legt die Vermutung nahe, Max könnte die Ansicht gewonnen haben, daß sich die italienische Einheit schwerlich aufhalten lasse.

Den Wünschen des Kirchenstaates wurde vielleicht nicht ganz entsprochen. Aber man konnte in München auch nicht wissen, ob die päpstliche Regierung großen Wert auf eine Beteiligung Bayerns an dem Schritt der österreichischen und spanischen Regierung legte. Von Antonelli erfuhr Verger nicht, daß die päpstliche Regierung es war, die Spanien zur Initiative aufgefordert hatte, wie Wendland in Erfahrung brachte,¹⁴²¹⁾ und Antonelli erweckte zudem bei Verger den Eindruck, als ob er in Erkenntnis der französischen Einstellung nicht viel von einem gemeinsamen Auftreten Spaniens und Österreichs erwarte.¹⁴²²⁾ Spanien war allerdings über die bayerische Weigerung unangenehm berührt.

Am 28. Mai übergaben Spanien und Österreich identische Noten an Thouvenel. Die französische Regierung nahm diese Demarche nicht gerade freundlich auf und in ihrer Antwort erklärte sie, jegliche Lösung der römischen Frage von der

1418) 13.5., 23.5.1861 Wendland GHM 77/5/86

1419) 22.5.1861 Max an Schrenck; 10.6.1861 Schrenck an Bray GSTM III.R.45

1420) 17.3., 18.7.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16

1421) 24.4.1861 Wendland GSTM III.R.45; vergl. H.Bastgen, Die römische Frage II S.13 f

1422) 21.5., 7.6., 15.6., 23.6.1861 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 29

Anerkennung Italiens durch Österreich abhängig zu machen und sie nicht im Gegensatz zu dem italienischen Volkswillen zu regeln.¹⁴²³⁾ Mit dieser Forderung wurde natürlich jegliches weitere Vorgehen von österreichischer und spanischer Seite kurz abgeschnitten.¹⁴²⁴⁾

Wendland hatte inzwischen bei Thouvenel für die Beibehaltung der französischen Besatzung Roms plädiert und die eben erwähnte Ansicht von dem französischen Außenminister gehört. Angeblich aber hatte die Sprache Bayerns keinen schlechten Eindruck in Paris hervorgerufen.¹⁴²⁵⁾

Die bayerische Regierung fürchtete 1862, als sich gewisse Spannungen zwischen der französischen und päpstlichen Regierung zeigten¹⁴²⁶⁾ mit Recht, daß der Papst von Neuem das Verlassen Roms in Erwägung ziehen könne. Max ließ deshalb für alle Fälle Verger mitteilen, daß die Instruktion vom Oktober 1860 für diese Frage noch ihre Gültigkeit habe.¹⁴²⁷⁾ Der Papst hegte auch tatsächlich in dieser Zeit den Gedanken an eine Flucht, und er sprach ihn ganz offen aus, um Frankreich damit zu drohen.¹⁴²⁸⁾ Die zu dieser Zeit in Rom zusammenkommenden Bischöfe aus allen Ländern plädierten lebhaft dafür, daß der Papst Rom in dem Augenblick verlasse, wo die Piemontesen sich Rom näherten. Auch die nach Rom gekommenen bayerischen

-
- 1423) 23.5., 19.6.1861 Wendland, 13.6.1861 Bray GSTM III. R.45; 14.6.1861 Wendland GSTM MAIII Frk.41; 23.5.1861 Wendland GHM 77/5/86; 8.6.1861 Bray GSTM MAIII Öst.52; 6.6.1861 Thouvenel APPr. II Nr.385; Doenniges hielt die Abfassung der Note Österreichs und Spaniens für äußerst ungeschickt (8.7.1861 Doenniges GSTM MAIII Sard.16)
- 1424) Anfang 1863 hatte die französische Regierung gewisse Besorgnisse, daß Österreich, Spanien und Bayern zu Gunsten des Papstes einen Schritt bei Napoleon unternehmen würden, die aber unnötig waren. (2.2.1863 Reculot AAE Bavière 238; 24.3.1863 Wendland GSTM III.R.45), vergl.G.Mollat, La Question Romaine
- 1425) 27.5.1861 Wendland GSTM III.R.45; 23.5.1861 Wendland GHM 77/5/86
- 1426) vergl. Anmerkung Nr.1405
- 1427) 6.3.1862 Max an Schrenck GSTM III.R.45; 14.3.1862 Schrenck an Verger GSTM Gesandtschaft am p.Stuhl 805
- 1428) 12.5.1862 Verger GSTM III.R.45; 17.5.1862 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 30

Bischöfe teilten diesen Rat, ohne aber die Einstellung der bayerischen Regierung in dieser Frage zu kennen.¹⁴²⁹⁾ Auf Anweisung seiner Regierung untersagte Verger zwar den bayerischen Bischöfen nicht, einen solchen Vorschlag ohne Genehmigung der bayerischen Regierung zu forcieren, aber er riet ihnen davon ab.¹⁴³⁰⁾ Die Frage wurde weiter nicht akut, da sich die Beziehungen mit Frankreich wieder besserten.

Der Kongreßvorschlag Napoleons

Zur Beilegung der Streitigkeiten über die polnische Frage schlug Napoleon im November 1863 einen europäischen Kongreß vor, der sich auch mit anderen europäischen Fragen beschäftigen und feststellen sollte, was von den Verträgen von 1815, die zum Teil zerstört, abgeändert oder bedroht seien noch zu Recht bestehe, und was unwiderruflich ausgelöscht sei. Die Einladung zum Kongreß, der in Paris stattfinden sollte, erging an die Souveräne der europäischen Staaten, an den Deutschen Bund und die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover.¹⁴³¹⁾ König Max antwortete Napoleon noch ehe er die definitive Haltung der anderen Regierungen kannte. Er nahm die Einladung im Prinzip an, aber nur wenn auch die anderen Mächte zustimmen würden. Er anerkannte, daß die Verträge

1429) 12.5.1862 Verger GSTM III.R.45

1430) 21.5.1862 Schrenck an Verger GSTM III.R.45

1431) 15.11.1863 Drouyn de Lhuys an Reculot AAE MDF 2126
vergl. A.Pingaud, Un projet de désarmement de
Napoléon III 1863, Paris 1931

an mehr als einer Stelle zerstört oder "meconnue" seien.¹⁴³²⁾ Schrenck ließ sofort seine Bedenken erkennen, daß Österreich und Rußland ohne vorherige Kenntnis der Basis des Kongresses wohl nicht daran teilnehmen würden.¹⁴³³⁾ Schrenck hatte sich nicht getäuscht, denn Österreich und Rußland forderten die vorherige Festsetzung eines Programmes. England lehnte seine Teilnahme überhaupt ab, da es die Vorherrschaft Frankreichs auf einem Kongreß nicht wünschte. Damit gab England den anderen Großmächten einen Vorwand, den Kongreß ebenfalls abzulehnen. Waren sie doch alle wenig geneigt, europäische Probleme vor dem Richterstuhl Napoleons aufzurollen. Als Frankreich trotzdem vorschlug, auch in Abwesenheit Englands Konferenzen abzuhalten,¹⁴³⁴⁾ weigerten sich Österreich und Preußen, ohne England in Verhandlungen zu treten. Der König von Preußen legte Wert darauf, in der Antwort an Napoleon festzustellen, daß er die Verträge von 1815 keineswegs als nicht mehr zu Recht bestehend betrachte.¹⁴³⁵⁾

Die päpstliche Regierung, die Napoleons Motiven mißtraute, sagte ihre Teilnahme zu, wenn alle katholischen Staaten in Paris erschienenen.¹⁴³⁶⁾ Der Vorschlag Napoleons verlief schließlich wegen der ablehnenden Einstellung der europäischen Staaten im Sande.

1432) 22.9.1863 Reculot, 27.11.1863 Max an Napoleon AAE Bavière 238

1433) 10.11.1863 Reculot AAE Bavière 238; Von der Pfordten sah keinen Hinderungsgrund für die Teilnahme des Deutschen Bundes, wenn eine der deutschen Großmächte auch nicht daran teilnehmen würde, wohl aber, wenn sich Preußen und Österreich weigerten. (8.11.1863 Salignac-Fénelon AAE Allemagne 838)

1434) 17.11.1863 Truhseß GSTM MAIII Ruß.55; 15.11.1863 Bray GSTM Gesandtschaft in Wien Ka. grün 88/71; 1.12.1863 Cetto GSTM MAIII Egl. 53; 1.12., 12.12.1863 Gasser GSTM MAIII Frk.43; 20.11.1863 Gasser GSTM Gesandtschaft in Paris 1527; 20.11., 18.12.1863 Montgelas GSTM Gesandtschaft in Berlin 51; 8.12.1863 Drouyn de Lhuys an Reculot AAE MDF 2126

1435) 18.11.1863 Wilhelm von Preußen an Napoleon AAE Prus-

1436) 23.12., 29.12.1863 Verger GSTM MAIII p.Stuhl /se 347
31; 17.11.1863 Verger GSTM Gesandtschaft am p.Stuhl
807

Die September-Konvention

Am 15. September 1864 wurde für alle Regierungen völlig überraschend¹⁴³⁷⁾ zwischen Frankreich und dem Königreich Italien eine Konvention zur Regelung der römischen Frage unterzeichnet. Darin verpflichtete sich die italienische Regierung, das päpstliche Territorium nicht anzugreifen, und wenn nötig auch mit Waffen jeden Angriff eines Dritten zu verhindern, gegen die Bildung eines päpstlichen Heeres auch aus katholischen Freiwilligen nicht zu reklamieren, einen Teil der Staatsschulden des ehemaligen Kirchenstaates zu übernehmen, und die italienische Hauptstadt von Turin wegzuverlegen. Frankreich dagegen versprach innerhalb von zwei Jahren seine Truppen aus dem Kirchenstaat herauszuziehen.¹⁴³⁸⁾

Die französische Regierung betonte den für den Kirchenstaat günstigen Charakter der Vereinbarungen, weil darin implizite ein nationalitalienischer Verzicht auf Rom ausgesprochen sei und in dem Versprechen Italiens, Rom zu verteidigen, eine Garantie für den Kirchenstaat liege.¹⁴³⁹⁾ Die italienische Regierung legte jedoch den Sinn der Abmachungen anders aus. In der Verlegung der Hauptstadt nach Florenz sah man nur ein Provisorium, und eine Etappe vor Rom. Die Verteidigung Roms bezog man nur auf äußere Angriffe, nicht aber, wenn eine Revolution sich im Innern des Kirchenstaates erheben würde.¹⁴⁴⁰⁾ Die französische Regierung veröffentlichte daraufhin verschiedene Briefe an ihren Gesandten in Turin, aus denen

-
- 1437) 2.10.1864 Fugger GSTM MAIII Öst.55; 26.9.1864 Cetto GSTM MAIII Egl. 54; 5.10.1864 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32; 23.9.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44. Der bayerische Geschäftsträger in Paris meldete zwar Bestrebungen der italienischen Regierung, Konzessionen in der römischen Frage zu erhalten, aber keine Aussichten auf einen Erfolg. (19.9.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44)
- 1438) gedruckt bei H.Bastgen, Die römische Frage II S.350
- 1439) 23.9., 27.9., 25.10.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44
- 1440) 29.10.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44

die französische Interpretation der Vereinbarungen hervorging. Rom könne nur mit Zustimmung Frankreichs zur Hauptstadt Italiens gemacht werden und Italien dürfe weder eine Revolution in Rom anzetteln, noch von einer dortigen Revolution profitieren, um sich in den Besitz von Rom zu setzen. In diesem Fall habe Frankreich das Recht der Intervention. Im übrigen erklärte der französische Außenminister, daß die Konvention nur zur Ausführung gelange, wenn Turin seine Verpflichtungen wirklich einhalte und keine Gefahr für die Sicherheit des Kirchenstaates bestehe. Andernfalls werde Frankreich selbst mit den extremsten Mitteln Turin an seine Verpflichtungen erinnern.¹⁴⁴¹⁾

Trotz diesen Versicherungen betrachtete die Öffentlichkeit in Europa die Abmachungen als Begünstigung des italienischen Einheitsbestrebens.¹⁴⁴²⁾ Selbst die französische Presse, die offiziöse ausgenommen, sprach die Meinung aus, daß die vollzogenen Usurpationen damit bestätigt und für die Verhinderung weiterer Annexionen keine genügenden Mittel gegeben seien, obwohl dem Scheitern nach die weltliche Macht des Papstes erhalten bleibe.¹⁴⁴³⁾ Die englische Regierung zeigte sich natürlich über die Elastizität der Interpretation, die die Konvention aufwies, befriedigt. Rußland betrachtete zwar die Bemühungen Frankreichs zur Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes mit großem Mißtrauen, verhielt sich aber als völlig passiver Zuschauer gegenüber der römischen Frage. Österreich war beruhigt, wenigstens seine Stellung in Venetien nicht verschlechtert zu sehen.¹⁴⁴⁴⁾

-
- 1441) 27.9., 25.10., 5.11., 19.11.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44; vergl. G.Mollat, La Question Romaine
 1442) 9.11.1864 Perglas GSTM MAIII Ruß.56; 26.9., 12.10.1864 Cetto GSTM MAIII Egl.54; 2.10.1864 Fugger GSTM MAIII Öst.55
 1443) 27.9.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44
 1444) 17.10., 9.11.1864 Cetto GSTM MAIII Egl.54; 9.11., 23.11.1864 Perglas GSTM MAIII Ruß.56; 2.10.1864 Fugger GSTM MAIII Öst.55

Das bayerische Ministerium, das gerade in dieser Zeit nur interimistisch verwaltet wurde, nahm keine Stellung zu der September-Konvention.¹⁴⁴⁵⁾ Max II. war inzwischen im Frühjahr 1864 gestorben, und ein Ministerwechsel stand bevor.¹⁴⁴⁶⁾ Die Öffentlichkeit war angeblich von der französischen Interpretation nicht unbeeindruckt geblieben.¹⁴⁴⁷⁾ Verger erkannte in der Konvention die französische Absicht, Italien durch Versprechungen als Alliierten gegen Österreich zu gewinnen.¹⁴⁴⁸⁾ Gasser, der bayerische Geschäftsträger in Paris, sah in der September-Konvention auf alle Fälle eine Verletzung der Verträge von Villafranca und Zürich, obwohl er an den ehrlichen Absichten des französischen Außenministers gegenüber dem Kirchenstaat nicht zweifelte. Seine Besorgnisse richteten sich vielmehr dahin, daß die französische Regierung ihre Wünsche in Turin nicht durchsetzen werden könne oder gar zum Ausgleich für den Verzicht auf Rom, Italien mit Venetien entschädigen werden wollte.¹⁴⁴⁹⁾

Die äußerste Verärgerung der päpstlichen Regierung war zu verstehen; sie war zu den Verhandlungen weder zugezogen noch hierüber informiert worden.¹⁴⁵⁰⁾ Nach Vergers Aussage gab Antonelli nichts auf die Garantien der italienischen Regierung, die ja schon öfters Verträge gebrochen habe; er habe auch kein Vertrauen zu Napoleon, der letzten Endes immer den Wünschen zur italienischen Einheit nachgekommen sei, erst die Verträge von Zürich nicht eingehalten habe und jetzt den Papst seinen Fein-

1445) 15.10.1864 Des Méloizes AAE Bavière 239

1446) vergl. über die Berufung von der Pfordtens zum Außenminister E.Franz, v.d.Pfordten S.317 ff

1447) 11.11.1864 Des Méloizes AAE Bavière 239

1448) 9.11.1864 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32

1449) 27.9., 3.10., 25.10.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44

1450) 5.10.1864 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32; 23.9.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44

den ausliefern wolle. Die mündlichen beruhigenden Erklärungen der französischen Regierung genügten der römischen Regierung nicht als Garantie für die Konvention.¹⁴⁵¹⁾ Offiziell verhielt sich die römische Regierung so, als ob die Konvention, da sie ohne ihre Mitwirkung geschlossen, nicht bestehen würde, erhob aber auch deswegen keinen Einspruch oder Protest.¹⁴⁵²⁾

Die päpstliche Regierung weigerte sich, wegen Schuldenübernahme von Seiten des Königreichs Italien mit Turin in Verhandlungen zu treten, wenn darin eine Anerkennung der Spoliation der Romagna liege. Bayerischen Berichten zufolge ließ sie jedoch durchblicken, daß eine Zahlung wohl angenommen werde, wenn sie in Paris mit unbekanntem Absender für den Papst deponiert werde.¹⁴⁵³⁾ Die finanzielle Not des Kirchenstaates wurde immer größer und Verger prophezeite, daß die weltliche Macht, wenn sie nicht infolge einer Revolution oder dem Vollzug der September-Konvention aufhören werde, eines Tages an der völligen Erschöpfung von materiellen Quellen dahingehen werde. Er sah besorgt dem Fall entgegen, daß der Kirchenstaat in seiner Not von Italien Geld annehme und damit schließlich doch den Verlust seiner Provinzen anerkenne.¹⁴⁵⁴⁾

Frankreich bemühte sich um die Vergrößerung des kirchenstaatlichen Heeres auf 30 - 40 000 Mann als Ersatz für die französische Garnison. Es war bereit, dem Kirchenstaat bei der Bildung einer Fremdenlegion zu unterstützen.¹⁴⁵⁵⁾ In Rom beharrte man jedoch auf der Ignorierung

1451) 5.10., 26.10., 21.12.1864, 17.3., 12.4.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32/33

1452) 26.10.1864, 21.1.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32/

1453) 15.10.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44; 5.10.1864 /33
21.1.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 32/33; 31.10.
1864 Des Méloizes AAE Bavière 239

1454) 3.12., 12.12.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33

1455) 27.9.1864 Gasser, 11.4.1865 Wendland GSTM MAIII Frk.
44/45; 17.3.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33

der September-Konvention und dachte nicht an eine Vergrößerung des Heeres, weil man, so argumentierte man, 9 000 Mann für genügend halte, um die Ruhe in Rom zu garantieren; vorausgesetzt, daß Turin keine Revolution anzetteln werde.¹⁴⁵⁶⁾

Frankreich ersuchte Bayern und Österreich um ihre Mithilfe bei der Bildung einer Fremdenlegion für den Papst. Österreich lehnte den Vorschlag nicht restlos ab, es wollte gewisse Garantien für den Kirchenstaat erlangen.¹⁴⁵⁷⁾ Die bayerische Regierung wies das französische Ersuchen jedoch, solange der Papst nicht selbst darum bitten werde, zurück. Für sie war der Vorschlag Frankreichs dem Papst nur scheinbar günstig. Die Stimmung in Frankreich werde es nicht erlauben, den Papst hilflos in Rom zu lassen. Sie war der Meinung, mit der Bildung einer Fremdenlegion solle dem Papst nur die September-Konvention aufgenötigt werden, die er bisher ignoriert habe.¹⁴⁵⁸⁾ Damit hatte Bayern sicherlich die Einstellung der päpstlichen Regierung erfaßt und dementsprechend gehandelt.

Wiederum tauchte die Frage auf, ob der Papst bei Vollzug der Konvention Rom verlassen werde. König Ludwig II. ließ in der Asylfrage die Instruktion seines verstorbenen Vaters vom Oktober 1860 ausdrücklich auch weiterhin in Geltung. Doch schien es jetzt, als ob die römische

-
- 1456) 15.10.1864 Gasser GSTM MAIII Frk.44; 31.5.1865 Wendland GSTM III.R.45; 17.3.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33; Mit der im August 1865 erfolgten Rekrutierung des päpstlichen Heeres wurde nur eine Vervollständigung der Abteilungen bezweckt, die sich durch Beurlaubungen und sonstige Ausfälle im Lauf der Zeit an Zahl verringert hatten. (25.8.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33)
- 1457) 28.4.1865 v.d.Pfordten Notiz; 31.5.1865 Wendland; 15.5.1865 Bray GSTM III.R.45; 29.4.1865 Blome HSTW IV Bavière 32; 28.4.1865 Des Méloizes AAE Bavière
- 1458) 5.5.1865 v.d.Pfordten an Ludwig GSTM III.R.45 /240
9.5.1865 Des Méloizes AAE Bavière 240

Regierung Bayern nicht mehr in engere Wahl als etwaigen Aufenthaltsort des Papstes ziehen würde.¹⁴⁵⁹⁾

Vergers hielt bei der konsequenten Beibehaltung des Standpunktes der römischen Regierung, völlig passiv zu bleiben und nichts zu ändern, die Chancen für gering, daß innerhalb der zwei Jahre vor Rückzug der französischen Truppen die Sache der weltlichen Macht des Papstes gewinnen werde.¹⁴⁶⁰⁾ Andererseits zog Vergers in Betracht, daß Viktor Emanuel durch sein Verlassen Turins die Sympathien der Piemontesen zum Teil verlieren und damit auch die Sache der italienischen Einheit einen Nachteil erleiden würde.¹⁴⁶¹⁾

Im Herbst 1865 erklärte Frankreich, seine Truppen in Etappen aus dem Kirchenstaat zurückzuziehen, und tatsächlich wurde auch eine Brigade (1 350 Mann) eingeschifft. Militärisch genommen war es nur eine unbedeutende Zahl, und die bayerischen Beobachter hielten die Maßnahme für ein auf Italien abgestelltes Wahlmanöver.¹⁴⁶²⁾ Der römischen Regierung war eine gradweise Evakuierung nicht unwillkommen, weil sie so die Gelegenheit hatte, die Wirkung zu beobachten. An eine wirkliche und gänzliche Evakuierung glaubte der Papst nach Vergers Meinung überhaupt nicht, zwar nicht aus Vertrauen zu Napoleon, sondern aus der Überzeugung, daß es das französische Interesse nicht zulassen könne, wenn tatsächlich ein italienischer Einheitsstaat entstehe.¹⁴⁶³⁾

1459) 27.3., 28.3.1865 Vergers GSTM MAIII p.Stuhl 33
5.5.1865 Vergers, 14.4.1865 v.d.Pfordten an Vergers
GSTM III.R.45

1460) 23.11.1864, 17.3., 22.12.1865 Vergers GSTM MAIII
p.Stuhl 32/33

1461) 5.10.1864 Vergers GSTM MAIII p.Stuhl 32; 2.10.1864
Fugger GSTM MAIII Öst.55

1462) 21.9., 13.10., 11.11., 29.11.1865 Vergers GSTM MAIII
p.Stuhl 33; 6.10., 17.11.1865 Gasser GSTM MAIII
Frk.45

1463) 1.8., 21.9.1865 Vergers GSTM MAIII p.Stuhl 33

Im Frühjahr 1865 schien es, als ob eine Annäherung zwischen dem Papst und Viktor Emanuel doch möglich sei. Der Papst hatte ohne Wissen Antonellis an Viktor Emanuel geschrieben und um die Regelung der kirchlichen Angelegenheiten gebeten. Sehr viele Bischofssitze waren vakant und mußten neu besetzt werden. Viktor Emanuel schickte einen Bevollmächtigten, Vegezzi, nach Rom zu Verhandlungen, der sich das volle Vertrauen der römischen Regierung erwerben konnte. Natürlich vermied der Kirchenstaat, irgendwelche politischen Fragen anzuschneiden, aber ganz ließen sie sich im Zusammenhang mit dem an König Viktor Emanuel zu leistenden Eid der neu eingesetzten Bischöfe nicht umgehen. Daran scheiterten schließlich nach Vergers Mitteilungen die Verhandlungen und wurden ergebnislos abgebrochen.¹⁴⁶⁴⁾

¹⁴⁶⁴⁾ 17.4., 26.4., 4.5., 13.6.1865 Verger GSTM MAIII
p.Stuhl 33

IX. K a p i t e l

Die Anerkennung des Königreichs von Italien durch Bayern

(Der Entschluß zur Anerkennung - Die Durchführung -
Die Wirkung der bayerischen Anerkennung - Die Besetzung
des Gesandtschaftspostens)

Der Entschluß zur Anerkennung

Nachdem in Italien auf eine Rückkehr zur alten Ordnung nicht mehr zu hoffen war, und die meisten Staaten inzwischen das Königreich Italien anerkannt hatten, wurde für Bayern die Notwendigkeit einer formellen Anerkennung des neuen Königreichs immer größer. Von den deutschen Regierungen hatte, wenn man von Preußen absieht, nur Baden 1863 Italien anerkannt. Die bayerische Regierung und die Presse äußerten damals laut ihre Unzufriedenheit darüber.¹⁴⁶⁵⁾ Mit der Zeit änderten sich die Ansichten in dieser Frage in der Öffentlichkeit und auch bei der bayerischen Regierung. Im Herbst 1864 ging durch die Presse das Gerücht, daß die bayerische Regierung die Absicht habe, die Anerkennung des Königreichs Italien auszusprechen. Dieses Gerücht stand im Zusammenhang mit der österreichischen Anerkennung Griechenlands, das seinen Ausgang von dem vertriebenen griechischen Hof nahm. Andererseits bemühten sich die Handelskammern bei der bayerischen Regierung, daß in Italien wieder Konsule zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Bayerns eingesetzt würden.¹⁴⁶⁶⁾ Die bayerische Regierung dementierte zwar zu dieser Zeit die Absicht einer Wiederaufnahme der Beziehungen mit Italien.¹⁴⁶⁷⁾ Es ist aber nicht zu

1465) 8.3.1863 Barral ASTT Francoforte 5/35
29.4.1863 Gabriac AAE Bavière 238

1466) 24.9.1864 Des Méloizes AAE Bavière 239
24.9.1864 Blome HSTW IV Bavière 31

1467) 27.10.1864 Außenministerium an Malzen GSTM III.R.45

verkennen, daß in München über kurz oder lang an eine definitive Entscheidung in dieser Frage gedacht wurde.¹⁴⁶⁸⁾

Von französischer Seite wurde auf die Anerkennung Italiens nicht gedrängt. Aber Preußen bemühte sich im Mai 1865 lebhaft zwischen dem Königreich Italien und dem Zollverein einen Handelsvertrag zustande zu bringen.¹⁴⁶⁹⁾

Um die Frage der Anerkennung zu umgehen, schlug Preußen ein protokollarisches Abkommen vor, was aber von Italien abgelehnt wurde.¹⁴⁷⁰⁾

Von der Pfordten, der unter König Ludwig II. im Dezember 1864 das Außenministerium wieder übernommen hatte, wies das Ansinnen auf einen Handelsvertrag und auf die Anerkennung Italiens zurück und erklärte, daß er für diese Einstellung der bayerischen Regierung weniger die Rücksichten auf die dynastischen als auf die religiösen Interessen maßgebend seien. Als Voraussetzung der bayerischen Anerkennung Italiens nannte er die Verständigung des Papstes mit Viktor Emanuel und die Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage, "weil davon die politische Stellung Bayerns zu Deutschland und mittelbar zu

-
- 1468) 27.8.1864 Zwierzina HSTW IV Bavière 31: Schrenck hege die Überzeugung, daß in der jetzigen Zeit vollendete Tatsachen in die Länge nicht zu widerstehen seien, das werde auch hinsichtlich der Anerkennung Italiens der Fall werden.
12.12.1864 von der Pfordten an Verger GSTM Gesandtschaft am p.Stuhl 808: ...und auch jetzt kann die italienische Frage bald genug an die bayerische Regierung herantreten. 4.1.1865 von der Pfordten an Ludwig GSTM III.R.45: für Bayern sei der Augenblick da, wo es der italienischen Sache gegenüber mehr Zurückhaltung üben sollte, da die Macht der Tatsache in der Politik nicht übersehen werden könne und das Königreich Italien von ganz Europa anerkannt sei.
- 1469) 25.5.1865 von der Pfordten Notiz GSTM III.R.45
30.5.1865 Blome HSTW IV Bavière 32
- 1470) 22.5.1865 Barral an Bismarck GSTM III.R.45

Europa wesentlich beeinflusst werde."¹⁴⁷¹⁾

Der Hauptakzent bei den Vorbedingungen lag auf der Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage. Die Verständigung zwischen dem Papst und Viktor Emanuel schien zu dieser Zeit ja immerhin auf kirchlichem Gebiet nahe bevorzustehen, und selbst Verger hielt nun allmählich die Anerkennung durch Bayern für eine Notwendigkeit, wenn Bayern nicht päpstlicher als der Papst sein wolle.¹⁴⁷²⁾ Die Wiener Regierung war durch ihren Gesandten durchaus richtig informiert, daß Bayern die Anerkennung wohl nur solange zurückstellen werde, als sie Hoffnung habe, daß Österreich in den Elbherzogtümern eine den bayerischen Interessen konforme Haltung einnehmen würde.¹⁴⁷³⁾

Die preußische Regierung agitierte in der Presse weiter für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien. Sie argumentierte damit, daß Österreich seinen Handelsvertrag mit Sardinien von 1851 durchaus in Kraft gelassen und wohl ein Interesse habe, allein die Vorteile auf dem italienischen Markt zu genießen.¹⁴⁷⁴⁾ Die Öffentlichkeit blieb von dieser Motivierung nicht unbeeindruckt und forderte nun auch zum Schutze der kommerziellen Interessen die Aufgabe der dynastischen Rücksichten und den Abschluß eines Handelsvertrages.¹⁴⁷⁵⁾ Von der Pfordten wurde wegen der Regierungshaltung im Landtag angegriffen. Er fand kaum eine Unterstützung von der Seite der Katholiken.¹⁴⁷⁶⁾ Die preußische Agitation für einen italienischen Handelsvertrag war offensichtlich ein Druckmittel auf Österreich. Als sich Preußen und Österreich in der

1471) 7.6.1865 von der Pfordten an Verger GSTM Gesandtschaft am p.Stuhl 809; 7.6., 15.6.1865 Des Méloizes AAE Bavière 240

1472) 4.5.1865 Verger GSTM MAILL p.Stuhl 33

1473) 6.6., 14.6.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

1474) 6.6., 14.6., 26.6.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

31.5., 17.6.1865 Bismarck Zirkulare APPr.

1475) 18.6., 2.7.1865 Reculot AAE Allemagne 841

24.6.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

1476) 26.6.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

Gasteiner Konvention (24.8.1865) über die Frage der Elbherzogtümer geeinigt hatten, hörte auch jedes weitere Drängen auf Abschluß eines Handelsvertrages auf.¹⁴⁷⁷⁾

Ohne jeden äußeren Anlaß beantragte nun von der Pfordten am 18. Oktober 1865 bei König Ludwig die Anerkennung Italiens.¹⁴⁷⁸⁾ Der gesamte Ministerrat, den Justizminister ausgenommen, hatte sich für diesen Antrag ausgesprochen. Er war auf das Verhalten Österreichs in Gastein zurückzuführen. Das Recht des Deutschen Bundes, so argumentierte von der Pfordten, sei preisgegeben und die Autorität und der Fortbestand der Mittel- und Kleinstaaten erschüttert. Von der Pfordten erkannte wohl, daß Österreich in Gastein nicht aus freien Stücken, sondern aus reiner Schwäche nachgegeben habe. Da Österreich aber zu aktiver Politik unfähig sei, müsse man eine Steigerung der Macht und des Einflusses Preußens erwarten, das sich Frankreich annähern werde. Gegenüber diesen Machtverhältnissen dürfe Bayern sich nicht feindlich einstellen und für den Fall ernster Konflikte in Europa Frankreich nicht als Feind sehen. Dazu sei die Regelung der Beziehungen zu Italien eine Vorbedingung. Neben dieser Erwägung führte von der Pfordten die Zweckmäßigkeit an, die Anerkennung Italiens aus freien Stücken durchzuführen, was politische Vorteile nach innen und außen für die Regierung mit sich bringe, und nicht eine neue preussische Agitation in dieser Richtung abzuwarten, wobei der Anschein entstehe, als habe die Regierung aus Schwäche nachgegeben. Er glaubte außerdem, daß im kommenden Jahr alle Landtage auf einen Handelsvertrag mit Italien drängen würden. Außer den kommerziellen Interessen Bayerns an einem Handelsvertrag, die von der Pfordten bislang abgestritten hatte,¹⁴⁷⁹⁾ nannte er noch die Pri-

1477) 6.6., 24.7.1865 Blome, 27.7.1865 Zwierzina HSTW IV Bavière 32

1478) 18.10.1865 von der Pfordten an Ludwig GSTM V.R.27

1479) 30.5.1865 Blome HSTW IV Bavière 32; 12.8.1865
des Méloizes AAE Bavière 240

vatinteressen vieler in Italien lebender Bayern und umgekehrt, der in Bayern lebenden Italiener, die einen Anspruch auf Schutz durch ihre Regierungen hätten. Bisher hatte Preußen diese Belange für Bayern vertreten. Von der Pfordten sah darin aber nur eine Förderung der preußischen Hegemoniebestrebungen. Die Vorbedingung, die von der Pfordten im Mai für die Anerkennung Italiens aufgestellt hatte, waren in Bezug auf Schleswig-Holstein erledigt. Eine Verständigung zwischen Viktor Emanuel und dem Papst war jedoch nicht einmal auf kirchlichem Gebiet zustande gekommen. Auf diese Frage nicht weiter eingehend, drückte von der Pfordten nur die Hoffnung aus, daß schließlich die schwebenden Verhandlungen zu einem Resultat führen möchten.¹⁴⁸⁰⁾ Zu diesem Zeitpunkt stand jedoch die römische Regierung in keiner Weise in Unterhandlungen mit Florenz.

Der weiter angeführte Gesichtspunkt, daß inzwischen auch Spanien Italien anerkannt habe, war stichhaltiger. Folglich sei das paritätische Bayern gerechtfertigt, wenn es das tue, was die rein katholischen Staaten außer Österreich auch getan hätten. Und Österreich sei mehr von dynastisch-politischen Interessen als von religiösen Rücksichten geleitet. Außerdem meinte von der Pfordten, daß ein bayerischer Gesandter in Florenz vielleicht zu Gunsten des Kirchenstaates wirken könne. Dem Argument, daß die revolutionäre Art der Bildung des Königreichs Italien eine Präzedenz für ähnliche Bestrebungen in

1480) Nach Erläuterungen, die von der Pfordten dem österreichischen Gesandten gab, meinte er in der Entlassung des Kriegsministers Merode den Vorboten einer Verständigung zwischen Rom und Florenz zu sehen. (12.11.1865 Blome HSTW IV Bavière 32) Merode wurde im Herbst 1865 entlassen. Verger hielt Antonelli nun vollständig Herr des Ministeriums. (21.10., 2.11.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33) Es ist kaum anzunehmen, daß wegen der Entlassung Merodes eine Änderung der Regierungshaltung eintreten werde und von der Pfordtens Argument scheint nur eine schlechte Rechtfertigung zu sein.

Deutschland geben würde, hielt von der Pfordten entgegen, daß den deutschen Einheitsbestrebungen weniger Vor-schub geleistet werde bei der Anerkennung Italiens, als bei Verweigerung der materiellen Interessen und der voraussichtlichen Nötigung, den Widerstand fallen zu lassen.

Von den Rücksichten auf Österreich sah sich von der Pfordten entbunden, nachdem Österreich Griechenland anerkannt habe. Die früheren Erwägungen, daß der österreichische Besitz in Italien zugleich ein deutsches Interesse sei, ließ von der Pfordten fallen, weil man nach der Preisgabe des Bundes durch Österreich, von Bayern allein nicht verlangen könne, diese Interessen gegen das eigene Wohl zu vertreten. Eine wirksame Garantie für Venetien bedürfe der Mitwirkung Preußens, und wenn Österreich in Gastein sich diese nicht gesichert habe, so könne Bayern jetzt nicht dafür einstehen. Andererseits werde aber die Anerkennung auch nicht bei einem künftigen Konflikt zwischen Österreich und Italien die Haltung Bayerns präjudizieren. Weiterhin gab von der Pfordten zu bedenken, daß Österreich und Italien wegen ihrer Handelsbeziehungen schon in Verhandlungen stünden,¹⁴⁸¹⁾ was zur schließlichen Anerkennung von Seiten Österreichs führen werde, und folglich Bayern auch nicht päpstlicher als der Papst und nicht österreichischer als Österreich zu sein brauche.

Bezüglich der dynastischen Rücksichten machte von der Pfordten geltend, daß die bayerische Dynastie nicht in ihrem Recht durch die italienische Revolution beeinträchtigt worden sei, und die Vorteile für die Industrie und

1481) vergl. über die österreichischen Bemühungen seit Herbst 1865 wegen eines italienischen Handelsabkommens H.v.Srbik, Deutsche Einheit IV S.295

den Handel des eigenen Landes nicht den verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie geopfert werden könnten, ohne daß große Nachteile für die bayerische Dynastie selbst entstünden. Zudem betrachtete er die Anerkennung als keine Garantie und keine Hinderung, eine etwaige Restauration in Sizilien, Toskana und Modena auch wieder anzuerkennen. Die Berechtigung der Anerkennung Bayerns ohne Bundesbeschluß bejahte von der Pfordten, da die Bundespraxis dies gezeigt habe und zarte Rücksichten zu üben nicht mehr an der Zeit sei, nachdem Preußen und Österreich den Deutschen Bund mit größter Rücksichtslosigkeit behandelt hätten.

Aus allen Argumenten von der Pfordtens geht klar hervor, wie ihn die Politik Österreichs verletzt und enttäuscht hatte. Dies war der Hauptbeweggrund, der ihn zu der Anerkennung Italiens veranlaßte. König Ludwig genehmigte ohne Einwände von der Pfordtens Antrag und seine Vorschläge zur Durchführung.¹⁴⁸²⁾ Wenn man dem österreichischen Gesandten Glauben schenken darf, dann wären Ludwig und die anderen Minister schon lange zu der Anerkennung bereit gewesen, die nur durch die ablehnende Haltung von der Pfordtens aufgehalten worden sei.¹⁴⁸³⁾

Die Durchführung

Der bayerische Gesandte in Berlin wurde beauftragt, mit dem italienischen Gesandten in Verbindung zu treten und zu erklären, daß die bayerische Regierung bereit sei, einen Gesandten in Florenz zu ernennen, wenn die

1482) Signat Ludwigs vom 4.11.1865 auf Antrag von der Pfordtens vom 18.10.1865 GSTM V.R.27

1483) 19.11.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

italienische Regierung ebenfalls in München einen Gesandten akkreditieren lasse. Der königlich sächsischen und der großherzoglich hessischen Regierung teilte von der Pfordten die Absicht Bayerns mit, weil diese beiden Staaten den Wunsch geäußert hatten, in Übereinstimmung mit Bayern in dieser Frage vorzugehen.¹⁴⁸⁴⁾ Dalwigg hatte angeregt, bei Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien eine Erklärung abzugeben, daß damit keine Anerkennung ausgesprochen sei. Von der Pfordten hielt dies für unrätlich, da sie als *facto contrario* unwirksam bleibe; wenn man mit anderen Staaten einen Vertrag abschließe, so erkenne man diesen auch an.¹⁴⁸⁵⁾ Der sächsischen Regierung gegenüber äußerte von der Pfordten den Wunsch, sie möge die Antwort aus Florenz abwarten, bevor sie in Berlin ihre Bereitschaft zu einem Handelsvertrag bekanntgebe.¹⁴⁸⁴⁾

Die italienische Regierung stimmte mit Freuden dem bayerischen Ansinnen zu und ließ in München anfragen, ob man Einwände habe, wenn bei der Thronrede zur Eröffnung des Parlamentes am 18. November die Entschlüsse der bayerischen und italienischen Regierung bekanntgegeben werde.¹⁴⁸⁶⁾ Die bayerische Regierung wollte in Rücksicht auf Franz II. eine vorzeitige Bekanntgabe der bayerischen Anerkennung aber vermeiden, damit Franz II. die Möglichkeit gegeben sei, von sich aus seinen Gesandten von München abzurufen.¹⁴⁸⁷⁾

Kaum hatte Beust von dem Entschluß der bayerischen Regierung gehört, so ließ er am 10. November in Berlin er-

1484) 7.11.1865 von der Pfordten an Gise GSTM V.R.27
1485) 18.10.1865 von der Pfordten an Ludwig GSTM V.R.27
1486) 10.11., 13.11.1865 Telegr. Montgelas GSTM V.R.27
1487) 18.10.1865 von der Pfordten an Ludwig
13.11.1865 von der Pfordten an Montgelas GSTM V.R.
27

klären, daß Sachsen einem Handelsvertrag zwischen Preußen und Italien beitreten werde, was die Anerkennung Italiens einschließe.¹⁴⁸⁸⁾ Sachsen zeigte ohne Grund und wahrscheinlich wieder aus Eifersucht gegen Bayern heraus große Verstimmlung darüber, daß Bayern mit der italienischen Regierung Verbindung aufgenommen hatte.¹⁴⁸⁹⁾ In diesem Fall konnte der bayerischen Regierung kein Vorwurf gemacht werden, denn als sie die sächsische Regierung gebeten hatte, mit einer Erklärung in Berlin zu warten, geschah dies, um eine möglichst schonende Art und Weise der Anerkennung Italiens gegenüber Franz II. und dem Kirchenstaat obwalten zu lassen.

Der sächsische Gesandte in Berlin machte die Bereitwilligkeit seiner Regierung zu einem italienischen Handelsvertrag so publik, daß alle Welt davon erfahren mußte, und die italienische Regierung den Entschluß der sächsischen Regierung bei der Thronrede auch erwähnen mußte.¹⁴⁹⁰⁾ Dadurch sah man sich in München gezwungen, die Bedenken, die man gegen eine Erwähnung der bayerischen Anerkennung des Königreichs Italien in der italienischen Thronrede hatte, fallen zu lassen, damit nicht der Anschein in der Öffentlichkeit erweckt werde, der bayerische Entschluß zu der Anerkennung sei nur im Gefolge desjenigen der sächsischen Regierung gefaßt worden.¹⁴⁹¹⁾ Kaum hatte von der Pfordten die bejahende Antwort der italienischen Regierung erhalten, teilte er vertraulich die bevorstehende Anerkennung Italiens dem Gesandten Franz II. mit, und zur gleichen Zeit, als die frühzeitige Bekanntgabe der bayerischen Anerkennung feststand, wies

1488) 15.11.1865 Montgelas; 17.11.1865 von der Pfordten an Gise GSM V.R.27

1489) 12.11.1865 Gise GSM V.R.27

1490) 15.11.1865 Montgelas Telegr. GSM V.R.27

1491) 16.11.1865 von der Pfordten an Montgelas Telegr. GSM V.R.27

er, da keine andere Möglichkeit mehr bestand, Verger telegraphisch an, die päpstliche Regierung darauf vorzubereiten.¹⁴⁹²⁾

Die Wirkung der bayerischen Anerkennung

Die bayerische Anerkennung des Königreichs von Italien konnte für die europäischen Regierungen keine Überraschung mehr gewesen sein. War doch mit dieser Entwicklung zu rechnen und die Annahme begründet, daß der Widerstand der bayerischen Regierung in dieser Frage mit der Zeit nachlassen werde. Selbst Antonelli hielt eine Anerkennung Italiens durch Bayern für möglich und erklärte sie sich richtig über die Verärgerung Bayerns über Österreich motiviert.¹⁴⁹³⁾

In der Zirkulardepesche, mit der die bayerischen Gesandten von dem Entschluß ihrer Regierung in Kenntnis gesetzt wurden, legte von der Pfordten in Kürze die Gründe dar, warum Bayern die Anerkennung Italiens erklärte und warum es nicht mehr länger isoliert bleiben wollte. "Wie hoch man auch die Achtung und Wahrung des Rechtes stellen mag, es gibt in der Geschichte der Staaten und Völker überwältigende Tatsachen, deren Anerkennung der Einzelne sich nicht zu entziehen vermag..." Von der Pfordten betonte besonders den Willen Bayerns "eine selbständige Stellung in der Staatenfamilie Europas zu behaupten", besonders weil "die Grundlagen und die Geltung des deutschen Bundes mehr und mehr untergraben werde und das Vertrauen in dessen Fortdauer erschüttert sei."¹⁴⁹⁴⁾ Dem Kirchenstaat gegenüber versi-

1492) 16.11.1865 Telegr. von der Pfordten an Verger GSTM V.R.27

1493) 27.7.1865 Zwierzina HSTW IV Bavière 32; 15.8.1865 Des Méloizes AAE Bavière 240; 23.6., 2.7.1865 Reculot AAE Allemagne 841; 21.7., 2.10.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33

1494) 17.11.1865 von der Pfordten Zirkular GSTM V.R.27

cherte die bayerische Regierung, daß sie die Rechte und Interessen des Kirchenstaates und der katholischen Kirche weiter verteidigen und dafür so weit wie möglich in Florenz wirken wolle.¹⁴⁹⁵⁾

Da der Papst angeblich erwähnte, daß ihn seinerzeit nur die Rücksicht auf Bayern von einer Anerkennung Griechenlands abgehalten habe, mag ihn die bayerische Anerkennung Italiens verletzt haben; Antonelli hingegen zeigte eine solche Reaktion nicht. Natürlich widersprach er der Behauptung, daß zwischen Rom und Florenz eine Klärung der Verhältnisse zu erwarten sei und gab die gefährlichen Konsequenzen dieses Schrittes für Bayern selbst zu bedenken, indem es das Prinzip der Legitimität aufgebe, und daß auf diese Weise alle Deutschen schließlich Preußen werden würden.¹⁴⁹⁶⁾ Der Nuntius in München sprach denselben Gedanken aus, gab aber zu, daß die Anerkennung Italiens für die Lösung der römischen Frage nicht ins Gewicht falle und die Interessen des Kirchenstaates nicht gefährde.¹⁴⁹⁷⁾

Franz II. zeigte sich äußerst verletzt über Bayerns Verhalten. Er bestand auf einer offiziellen Mitteilung, um die Abberufung seines Gesandten zu motivieren.¹⁴⁹⁸⁾ In dem Abberufungsschreiben Cito, des sizilianischen Gesandten in München, protestierte die sizilianische Regierung gleichzeitig gegen die Verletzung ihrer Rechte. Es war nicht unhöflich abgefaßt, aber auch nicht

1495) 17.11.1865 Nr.45 von der Pfordten an Verger GSTM V.R.27

1496) 29.11.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33; 17.11., 26.11.1865 Verger GSTM V.R.27

1497) 14.11.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

1498) 21.11.1865 Verger GSTM MAIII p.Stuhl 33; 26.11.1865 Verger, 25.11.1865 Telegr. von der Pfordten an Verger GSTM V.R.27

frei von Vorwürfen.¹⁴⁹⁹⁾ Von Antonelli kam die Anregung, Ludwig möge aus Höflichkeit einen persönlichen Brief an Franz II. und den Papst richten.¹⁵⁰⁰⁾ Ludwig ging darauf ein, um dem Akt der Anerkennung möglichst alles Verletzende zu nehmen und schrieb ebenfalls an den Großherzog von Toskana und den Herzog von Modena.¹⁵⁰¹⁾ Während die Fürsten von Toskana und Modena wohl ihr Bedauern über die Anerkennung Italiens ausdrückten, sich aber jedes Urteils enthielten,¹⁵⁰²⁾ antwortete Franz II. in schroffer und wenig taktvoller Weise. Vermutlich war das Schreiben von ihm selbst verfaßt worden.¹⁵⁰³⁾ Vorwurfsvoll bestritt er irgendeine Notwendigkeit des vollzogenen bayerischen Schrittes, weder zum Nutzen und Wohl des bayerischen Volkes und der Dynastie, noch zur Befriedigung der revolutionären Parteiwünsche.¹⁵⁰⁴⁾

Von der Pfordten gab Verger, mit besonderem Einverständnis Ludwigs, eine Erwiderung auf die Vorwürfe Franz'II. zur Hand, zwar nicht für eine offizielle Mitteilung, aber um ähnlichen Äußerungen entgegenzutreten. Im übrigen wurde Verger die möglichste Zurückhaltung gegenüber dem sizilianischen Hofe auferlegt.¹⁵⁰⁵⁾ Die Erwägungen von der Pfordten waren vor allem rechtlicher Natur und konstatierten die allgemeine völkerrechtliche

1499) 13.11.1865 Cito an von der Pfordten GSTM V.R.27

1500) 24.11.1865 Telegr. Verger GSTM V.R.27

1501) 25.11.1865, 30.11.1865 von der Pfordten an Ludwig GSTM V.R.27

1502) 14.12.1865 Franz von Modena an Ludwig; 28.12.1865 Ferdinand von Toskana an Ludwig GSTM V.R.27

So betrübt das toskanische Haus war, so versicherten die einzelnen Familienmitglieder jedoch ausdrücklich, daß sie ihre Gefühle für die bayerischen Verwandten nicht ändern würden. (29.11.1865 Bray GSTM MATH Ost.56; 29.12.1865 Ferdinand an Luitpold GSTM N.Th.33; 1.12.1865 Leopold an Luitpold GSTM N.Th.26)

1503) Verger schloß dies aus den Verstößen gegen die französische Grammatik. (23.1.1866 Verger GSTM V.R.27)

1504) 24.12.1865 Franz II. an Ludwig GSTM V.R.27, /27) siehe Anhang

1505) 12.1.1866 von der Pfordten an Verger, Signat Ludwigs vom 11.1.1866 GSTM V.R.27

Auffassung der Anerkennungsfrage. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit einem Staate anerkenne lediglich seine Existenz, unabhängig davon, auf welchen Rechtstiteln diese beruhe. Daher könnten auch die Rechte Dritter nicht verletzt werden. Die Entscheidung der Frage der Anerkennung eines Staates oder einer Regierung, die sich im faktischen Besitze der Macht befinden und der von der Seite, der von ihrem Recht Verletzten kein wirksamer Widerstand mehr entgegengesetzt werde, sei lediglich der Erwägung des anderen Staates anheimgestellt, für den seine eigenen Interessen maßgebend seien. Ein Dritter könne keinen Anspruch erheben, sich in der einen oder anderen Beziehung an seine Stelle zu setzen. Weiter machte von der Pfordten aufmerksam, daß das bourbonische Haus in den verschiedenen Linien in Frankreich, Spanien und Neapel bis in die neueste Zeit Regierungen anerkannt habe, die der rohen Gewalt, Kriegen und Revolutionen ihre Existenz verdankten. Und der Titel, durch den die neapolitanische Linie seit 1736 den Thron besessen habe, sei nur auf das Waffenglück gegen die Habsburger zurückgegangen; die Wittelsbachische Dynastie hingegen sei mit gültigen Rechtstiteln vom Kaiser belehnt worden. Aus diesen Äußerungen geht hervor, wie verärgert von der Pfordten über das Schreiben Franz'II. gewesen sein mußte, wo umgekehrt die bayerische Regierung ehrlich bemüht war, möglichst schonend gegenüber Franz II. zu verfahren.¹⁵⁰⁶⁾ Der österreichische Geschäftsträger in München war einer der wenigen, der vor der offiziellen Notifikation der bayerischen Anerkennung Italiens inoffiziell davon

¹⁵⁰⁶⁾ Vorerst sah Franz II. nicht daran, er solle in Schutz, aber er bot seine Unterstützung an, wenn es nicht in Betracht der angestrebten Idee, in der sich Franz II. nicht nur politisch, sondern auch persönlich stand. (21.1.1806 Vorerst ... 1.27)

erfahren konnte. Blome unterließ nicht, der bayerischen Regierung von der Anerkennung abzuraten und zu warnen.¹⁵⁰⁷⁾ Der österreichische Gesandte fand sehr bittere Worte über die bayerische Politik: "Es ist doch in der Tat ein peinliches Schauspiel, welches die Regierungen der beiden in Deutschland unter allen mit den italienischen Fürstenhäusern am Nächsten verwandten Höfe der Welt geben, indem sie sich in Eile überbieten, um einen revolutionären Zustand öffentlich anzuerkennen, welcher die verwandten Dynastien ihrer Rechte beraubt. Je mehr man über die Beweggründe dieser Handlungsweise nachdenkt, als desto erbärmlicher stellt sich die Politik Bayerns dar. Unmotivierter und inopportuner wurde vielleicht noch nie ein Schritt von solcher Tragweite vorgenommen. Bestünde noch im Lande eine große Agitation zu Gunsten der Anerkennung, redeten industrielle und kommerzielle Interessen recht vornehmlich in diesem Sinn, würde von irgendwelcher Seite, von Frankreich oder von Preußen ein moralischer Druck in jener Richtung ausgeübt, so erschiene die Nachgiebigkeit immerhin als eine Art der Schwäche, aber doch bis zu einem gewissen Grade durch die materielle Wohlfahrt der Bevölkerung geboten und mit der Ohnmacht eines Mittelstaates zu entschuldigen. Nun aber, wo keiner dieser Gründe vorliegt, und nur die Furcht besteht, es könne einmal wieder ein solcher eintreten und die Regierung nur ängstlich bestrebt ist, den Schein der Selbständigkeit durch eine unangebrachte Initiative zu wahren, da entfällt auch jede Möglichkeit einer Rechtfertigung, jeder Anspruch auf Sympathie. Kurzsichtigkeit und Eitelkeit reichen sich die Hand, um den leitenden Staatsmann den Stempel der Lächerlichkeit aufzudrücken."¹⁵⁰⁸⁾

1507) 25.10.1865 Zwierzina, 12.11.1865 Blome HSTW IV
Bavière 32

1508) 17.11.1865 Blome HSTW IV Bavière 32

Die Regierung in Wien konnte weder erfreut, noch überrascht, nur wie sie sagte, erstaunt sein, daß Bayern die früher aufgestellten Voraussetzungen für eine Anerkennung Italiens erfüllt sehe.¹⁵⁰⁹⁾ Es mußte der österreichischen Regierung natürlich auffallen, daß die Einleitung und Begründung in der bayerischen Note vom 17. November an die österreichische Regierung fast wörtlich der österreichischen Notifikation vom 25. August 1864 über die Anerkennung Griechenlands entnommen war. Von der Pfordten hatte speziell für die österreichische Regierung eine Note ausgearbeitet, während die anderen Regierungen nur mündlich Mitteilung erhielten, und mit voller Absicht die Paraphrase der österreichischen Notifikation vorgenommen, weil "Österreich doch seinen eigenen Argumenten in einem ähnlichen Falle Gerechtigkeit widerfahren lassen müsse".¹⁵¹⁰⁾ Selbstverständlich sollte dies eine Spitze gegen die österreichische Regierung sein, und wurde auch von ihr als solche aufgefaßt, wenn sie dies auch nicht zu erkennen gab, aber doch die Besorgnis einer Entfremdung Bayerns nicht verhehlte.¹⁵¹¹⁾

Die europäischen Großmächte sahen mit Recht in der Gasteiner Konvention die eigentliche Triebkraft der bayerischen Anerkennung des Königreichs Italien.¹⁵¹²⁾ Natürlich waren Frankreich, England und Preußen nur angenehm beeindruckt. Nur Gortschakoff zeigte sich besorgt über die politischen Verhältnisse in Deutschland, die zu europäischen Verwicklungen führen könnten und war mit

1509) 22.11.1865 Mensdorff an Blome HSTW IV Bavière 32
21.11.1865 Bray GSTM V.R.27; 29.11.1865 Bray GSTM
MAIII Öst.56

1510) 17.11.1865 von der Pfordten an Bray GSTM V.R.27

1511) 28.11.1865 Blome HSTW IV Bavière 32: "Dieses Verfahren ist entweder eine kindische Spielerei oder eine Impertinenz." 18.11.1865 Bray GSTM V.R.27;

1512) 16.11.1865 /29.11.1865 Bray GSTM MAIII Öst.56
Benedetti an Drouyn de Lhuys AAE Prusse 353
19.11.1865 Des Méloizes AAE Bavière 240; 22.11.
1865 Perglas GSTM V.R.27; 14.11.1865 Blome HSTW
IV Bavière 32

der Isolierung Österreichs nicht ganz einverstanden.¹⁵¹³⁾
In Paris bemühte sich die bayerische Regierung dem Anerkennungssakt den Akzent einer Annäherung an Frankreich beizulegen. Die französische Regierung verhielt sich aber gegenüber den Annäherungsversuchen Bayerns durchaus reserviert.¹⁵¹⁴⁾

Die Besetzung des Gesandtschaftspostens

Über die Wahl der gegenseitigen Gesandten für Florenz und München gab es keine Schwierigkeiten mit der italienischen Regierung. Erst dachte die italienische Regierung, den Grafen Doria wieder in München zu akkreditieren, schloß sich aber der persönlichen Ansicht Montgelas' an, daß es für die Wiederherstellung freundlicher Beziehungen nicht günstig sei, wenn man den letzten Gesandten, der vor einem Abbruch beglaubigt war, wieder neu akkreditieren würde.¹⁵¹⁵⁾ Der bisherige italienische Gesandte in Karlsruhe, Oldoini, kam mit dem Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers nach München und in der gleichen Eigenschaft wurde Hompesch nach Florenz geschickt.

Von der Pfordten hatte Hompesch für diesen Posten vorgeschlagen. Er war einerseits der nächste, der auf Ernennung zum Gesandten Anspruch hatte und entsprach andererseits den Anforderungen, die von der Pfordten für nötig erachtete. Der bayerische Gesandte sollte Katholik sein, um nicht in den Verdacht zu kommen, der Kirche

1513) 21.11.1865 Wendland 1821. IIII Frk.49; 25.11.1865 Montgelas, 22.11.1865 Perglas 3321. V.R.27

1514) 22.11.1865 Des Méloizes AAE Bavière 240: Von der Pfordten äußerte zu diesem "le but principal que le gouvernement du Roi s'est proposé par sa démarche auprès de la Cour de Florence a été de se rapprocher de la France, en faisant disparaître le seul point sur lequel les deux politiques ne fussent pas d'accord". 22.11.1865 Drouyn de Lhuys an Des Méloizes AAE Bavière 240

1515) 16.11., 21.11., 1.12.1865 Montgelas; 27.11.1865 von der Pfordten an Montgelas 3321. V.R.27

abgeneigt und feindselig zu sein, und um den Eindruck des Anerkennungsaktes auf die Anhänger der Kirche zu mildern. Außerdem müsse er in guten finanziellen Verhältnissen leben, da für den neuen Gesandtschaftsposten kein großes Gehalt zur Verfügung stehe und das Leben in Florenz teuer sei.¹⁵¹⁶⁾

Ludwig II. hatte Doenniges im Auge gehabt, der selbst wohl mit der Ernennung zum Gesandten in Florenz rechnete.¹⁵¹⁷⁾ Von der Pfordten legte die Gründe, die nach seiner Meinung gegen Doenniges sprachen, offen dar, und Ludwig anerkannte die Überlegungen seines Außenministers. Einmal sei Doenniges Protestant. Dann könne die italienische Regierung dieselben Bedenken geltend machen, die Bayern gegen Doria anführte. Die Kenntnisse und Talente Doenniges' bezweifelte von der Pfordten keineswegs, ebensowenig seine aufrichtige Ergebenheit an die bayerischen Interessen. Aber er meinte, daß Doenniges für den diplomatischen Dienst die soziale Stellung fehle und Italien mit Gewißheit ein Mitglied der Aristokratie wünsche. Deshalb glaubte von der Pfordten, daß es Doenniges schwer fallen werde, sich Geltung und Einfluß bei Hofe zu verschaffen. Zudem mache ihn die Ungebundenheit seines Wesens und die Nichtbeobachtung der Formen, zusammen mit den besonderen Verhältnissen seiner Familie, und das durch seine Töchter veranlaßte Aufsehen ungeeignet. Von der Pfordten erwähnte, daß man Doenniges deshalb zum Geschäftsträger in der Schweiz, einer Republik mit einfachen Lebensverhältnissen, ernannt habe; aber selbst dort hätten seine Formlosigkeit und seine Familienverhältnisse die Abberufung notwendig gemacht. Er

1516) 11.11.1865 von der Pfordten an Ludwig II. GSTM V.R.27

1517) Signat Ludwigs vom 16.11.1865 auf Antrag von der Pfordtens vom 11.11.1865 GSTM V.R.27

führte noch an, daß Doenniges ein so hohes Disponibilitätsgehalt erhalte, wie fast das höchste Ruhegehalt, das überhaupt in Bayern ausgezahlt werde, und deshalb könne Doenniges ruhig etwas warten, bis man eine neue Verwendung für ihn gefunden habe, aber nicht im diplomatischen Dienst, sondern in der inneren Verwaltung.¹⁵¹⁸⁾

In der Instruktion an Hompesch unterstrich von der Pfordten, daß Bayern vorzugsweise aus politischen Erwägungen Italien anerkannt habe und ein gutes Verhältnis beider Staaten bezwecke. Hompesch solle die italienische Regierung überzeugen, daß Bayern keine Hintergedanken hege, weit davon entfernt sei, Restaurationspläne zu schüren und zu unterstützen und nur wünsche, daß das Königreich Italien sich in seinem jetzigen Bestand befestige. Andererseits solle er betonen, daß Bayern keinerlei Gedanken oder Gefühle der Abneigung gegen den Kirchenstaat und Österreich habe und im Bestehen des Kirchenstaates ein hohes gemeinschaftliches Interesse der katholischen Kirche und der politischen Lage Europas sehe. Hompesch solle für die Durchführung von Verhandlungen über kirchliche Verhältnisse wirken, und in politischer Hinsicht die September-Konvention als maßgebend ansehen und auf die vollständige Erfüllung der von Italien übernommenen Verpflichtungen bedacht sein. Seine weitere Aufgabe bestehe in der Verhütung von Differenzen zwischen Italien und Österreich, auf deren unausbleibliche Rückwirkung auf Deutschland er aufmerksam machen solle.¹⁵¹⁹⁾

Damit war die Haltung Bayerns zu dem Königreich von Italien eindeutig festgelegt und gekennzeichnet. Die Hoffnung auf eine Änderung des Zustandes in Italien hatte man völlig aufgeben müssen und sich abfinden müs-

1518) 18.11.1865 von der Pfordten an Ludwig II. GSTM V.R.27

1519) 15.12.1865 von der Pfordten an Hompesch GSTM V.R.

sen mit der faktischen Existenz des Königreichs Italien und mußte nun den neuen Staat in die politischen Berechnungen miteinbeziehen.

Sardinien hatte mit französischer Hilfe den ersten Schritt zur Einigung getan, die sich dann mit der englischen Unterstützung durch die Anwendung des Nichtinterventionsprinzips ungestört weiter entwickeln konnte. Durch die Hilfe Preußens gelangte Italien 1866, allerdings auf wenig ruhmvolle Weise in den Besitz von Venetien. Und als im Krieg 1870/71 Frankreich sämtliche Streitkräfte im eigenen Land benötigte und die Garnison aus dem Kirchenstaat zurückzog, wurde der Weg nach Rom indirekt durch Deutschland frei.

Schlußbetrachtung

Rückblickend kann man feststellen, daß Bayern gegenüber den Geschehnissen in Italien eine Haltung einnahm, die sich ausschließlich nach den eigenen politischen Interessen richtete und die keineswegs dynastischen oder religiösen Rücksichten schlechthin unterworfen wurde. Diese wurden nur so weit beachtet, als sie mit den politischen Interessen zu vereinbaren waren und keine materiellen Opfer verlangten. Zu einer finanziellen Unterstützung Franz' II. war Bayern ebensowenig bereit, wie zu dem Anerbieten eines ~~Asyls~~ für den Papst, und auch die katholischen Kreise in Bayern zeigten gelegentlich der römischen Anleihe einen nur geringen Opfermut. Bei der Asylfrage dürften allerdings die Bedenken gegen etwaige politische Folgen größer gewesen sein, als die gegen eine finanzielle Belastung.

Die eigenstaatlichen politischen Interessen waren also für die bayerische Regierung richtungsgebend. Aber die Möglichkeiten, die den eigenstaatlichen politischen Interessen Bayerns anlässlich der Vorgänge in Italien offen standen, wurden von Bayern nicht ausgenützt. Es gelang der bayerischen Regierung nicht, aus den Verwicklungen im Süden Europas irgendwelche Vorteile für die politische Stellung Bayerns zu gewinnen, die aber wohl auf mancherlei Weise zu erringen möglich gewesen wären. In der richtigen Einschätzung der Macht versuchte die bayerische Regierung nicht, eine selbständige aktive Politik in Europa zu treiben, wenn sich auch König Max im Frühjahr 1859 beinahe dazu hätte verleiten lassen. Bei einer den beschränkten Machtverhältnissen entsprechenden weisen Mäßigung der politischen Aktivität Bayerns war aber trotzdem eine gewisse Mitwirkung in europäischen und hier in der italienischen Frage für Bayern möglich, die in der Anlehnung an eine

deutsche Großmacht oder in einer Triaspolitik bestehen konnte. Österreich zu unterstützen war das eindeutige Ziel der bayerischen Politik. Es gelang aber nicht, Preußen zur Hilfeleistung für Österreich zu bewegen. So sehr sich auch Bayern bemühte, die anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der preußischen Regierung zu gewinnen, kam dies aus Furcht vor Preußen oder anderer politischer Anschauung nicht zustande. Preußen selbst lavierte äußerst geschickt mit seiner hinhaltenden Politik, sodaß Bayern die Hoffnung auf ein preußisches Eingreifen zu Gunsten Österreichs niemals aufgab. Bayern sah sich dann schließlich in seinem Vertrauen auf Preußen getäuscht. Das ewige Warten Bayerns auf Preußens Entschlüsse verhinderte andererseits jedoch jede selbständige bayerische Politik. Eine aktive Beteiligung am Krieg durch Bayern allein hätte wegen der Gefährdung der Rheinpfalz nicht gewagt werden dürfen. Man hätte aber von der Pfordtens Vorschlägen folgen können, eine notgedrungene Neutralität wahren und jedes nutzlose Opfer, wie beispielsweise die bayerische Mobilmachung vermeiden können. Die im April 1859 begonnene Mobilmachung der bayerischen Armee wurde ausschließlich in der Absicht einer Unterstützung Österreichs geplant, aber in Überschätzung der deutschen Gesinnung Preußens durchgeführt. Sie deckte zwar das geschlagene Österreich beim Abschluß von Villafranca, hätte aber, rechtzeitig abgebrochen, eine wirkungsvolle Demonstration gegen Preußen bedeutet, und Preußens schlechten Willen völlig bloßgestellt.

Mit einer solchen Neutralitätspolitik hätte Bayern einen großen Vorteil erreicht, nämlich seine Geltung als unabhängiger Staat im Widerspruch zu Preußen bewiesen, was neben der Erhaltung des ungeschmäler-ten Machtungsfanges das hauptinteresse der bayerischen Regierung gegenüber den preußisch-deutschen Einigungstendenzen sein mußte. Die Vorgänge in Italien hätten somit eine gute Gelegenheit geboten, die weitere Entwicklung der deutschen Frage entscheidend zu beeinflussen. Die Rücksicht auf Preußen und das Bestreben, Österreich so weit irgend möglich zu helfen bewirkte, daß Bayern 1859 diese Chance vorübergehen ließ, wodurch das Schicksal von 1866 bereits vorgezeichnet wurde. Auch kleinere Anlässe ließ Bayern ungenützt, wie die Frage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Sardinien, womit die bayerische Regierung solange in Rücksicht auf Preußen zögerte, bis die Maßnahme an politischer Wirksamkeit wesentlich eingebüßt hatte.

Einzig die Anerkennung des Königreiches Italien machte von der Pfordten zu einem unabhängigen und selbständigen Akt bayerischer Politik. Im Vergleich zu den anderen Staaten hatte Bayern die Anerkennung des Königreiches Italien sehr lange hinausgeschoben. Dies darf aber nicht unbedingt als ein Zweifeln der bayerischen Regierung an der Kraft und Beständigkeit des aufstrebenden Italiens ausgelegt werden. Vielmehr konnte bei dieser Zurückhaltung Bayerns dem dynastischen Standpunkt Rechnung getragen werden, ohne daraus politische Nachteile befürchten zu müssen, die allerdings bei noch längerer Vermeidung einer Stellungnahme zu dem Königreich Italien nicht ausbleiben konnten. Man darf nicht annehmen, daß die Motive zur Anerkennung des Königreiches Italien durch Bayern einzig in der Verstimmung gegen Österreich lagen, wenn diese auch die Veranlassung zur Anerkennung gab. So sehr man die Schonung der bayerischen Regierung gegenüber den abgesetzten Fürsten, zumal gegenüber Franz II. anerkennen muß, so kann man die verletzende Verfahrensweise gegenüber Österreich nicht übersehen. Sie wurde ganz bewußt und mit der Absicht eingeschlagen, eine selbständige und unabhängige Politik Bayerns zur Geltung zu bringen und Österreich eine Lehre zu erteilen. So machte von der Pfordten durch die Wahl des Augenblicks die Anerkennung zu einem politischen Schachzug gegen Österreich. Das einzige Mal als Bayern eine Gelegenheit, die sich durch die italienischen Geschehnisse bot, zu selbständigem Handeln ausnützte, richtete sich Bayern aber gerade gegen den Staat, der geschlagen und entkräftet dem bayerischen Staat völlig ungefährlich war und demgegenüber am allerwenigsten Grund vorhanden gewesen wäre, die Unabhängigkeit Bayerns zu beweisen. Bei einer ähnlichen nicht gegen Österreich, sondern gegen Preußen gerichteten Haltung hätte eine Wirkung auf die deutschen Verhältnisse sicherlich nicht ausbleiben können. So aber blieb die zwischen Österreich und Preußen vermittelnde Politik Bayerns ohne Erfolg, eine kräftige Triaspolitik scheiterte an der Uneinigkeit der Mittelstaaten und eine selbständige und unabhängige bayerische Politik wurde aus dem Bestreben, den Deutschen Bund zu erhalten nicht eingeschlagen.

A n h a n g

Defensiv- und Offensivallianz zwischen Österreich
und Modena vom 24.XII. 1847, ratifiziert am 9. I.
1848.

Art. I.

In allen Fällen, wo die italienischen Staaten Sr. Majestät des Kaisers von Österreich und Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Modena einem Angriffe von Aussen ausgesetzt wären, verpflichten sich die hohen contrahierenden Theile Sich gegenseitig mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Hülfe und Beistand zu leisten, sobald hierzu die Aufforderung des einen Theiles an den andern erfolgt.

Art. II.

Da sonach die Staaten Sr. königl. Hoheit des Herzogs von Modena in die Vertheidigungslinie der italienischen Provinzen Sr. Majestät des Kaisers von Österreich eintreten, so räumt Se. königl. Hoheit der Herzog von Modena Sr. Majestät dem Kaiser das Recht ein, die kaiserlichen Truppen auf modenesisches Gebiet einrücken, und die dortigen festen Plätze besetzen zu lassen, so oft es das Interesse der gemeinschaftlichen Verteidigung oder die militärische Vorsicht erheischt.

Art. III.

Sollten in dem Inneren der Staaten Sr. königl. Hoheit des Herzogs von Modena Verhältnisse eintreten, welche geeignet wäre, die Besorgniss zu begründen, daß die gesetzliche Ruhe und Ordnung gestört werden könnte, oder sollten derlei unruhige Bewegungen sich bis zu

einem wirklichen Aufstande steigern, zu dessen Unterdrückung die der Regierung zu Gebote stehenden Mittel nicht hinreichend wären, so verpflichtet sich Se. Majestät der Kaiser von Österreich, alsbald nach erhaltenen Aufforderung alle zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung erforderliche militärische Hülfe zu leisten.

Art. IV

Se. königl. Hoheit der Herzog von Modena verpflichtet sich, ohne die vorherige Zustimmung Sr. k. k. apostolischen Majestät keine wie immer geartete militärische Übereinkunft mit einer anderen Macht abzuschließen.

Die Defensiv- und Offensivallianz zwischen Österreich und Parma vom 4. II. 1848, ratifiziert am 11.3.1848 ist gleichlautend.

Allianzvertrag zwischen Österreich und Toskana vom 12. VI. 1815, ratifiziert am 1. VII. 1815

Art. I.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et Son Altesse Impériale et Royale le Grand-Duc de Toscane déclarent, qu'en vertu de l'union, qu'Elles contractent par le présent traité il y aura, à dater de ce jour, entr'Elles une alliance, qui aura pour but la défense de Leurs Etats respectifs, et le maintien du repos extérieur et intérieur de l'Italie.

Art. II.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, et Son Altesse Impériale et Royale le Grand-Duc de Toscane se

garantissent réciproquement de la manière la plus absolue tous les Etats, qu'Elles possèdent en Italie suivant les stipulations du traité général de Vienne.

Art. III.

Dans tous les cas où la Presqu'île de l'Italie sera menacée d'une guerre, les deux hautes Parties contractantes emploieront, après s'être concertées à ce sujet, Leurs bons offices pour empêcher cette guerre; si néanmoins Leurs soins restent infructueux, Elles déclarent dès maintenant pour lors, qu'Elles regarderont toute attaque ou toute agression imminente contre Leurs possessions respectives en Italie, comme propre et personnelle à l'autre.

Geheime Zusatzartikel des Allianzvertrags zwischen Österreich und Sizilien vom 12.VI.1815

I.

Les raisons de parenté et d'affinité entre les maisons régnantes en Italie et les autres puissances de l'Europe, de même que leurs intérêts réciproques, devant être subordonnées à l'intérêt général de la sûreté extérieure et intérieure de l'Italie et à la garantie de l'état de possessions stipulé par le traité de Vienne, lesquels forment le but permanent de l'alliance du 12 juin 1815, il est entendu entre S.M. l'empereur d'Autriche et S.M. le roi des Deux-Sicilies que, en conformité avec l'article IV du traité d'amitié et d'union, du 12. juin 1815, elles prennent l'engagement de ne contracter aucune alliance contraire audit traité et à la Fédération défensive de l'Italie, de quelque nature qu'elle puisse être.

II.

Les engagements que Leurs Majestés prennent par le présent traité pour assurer la paix intérieure de l'Italie, leur faisant un devoir de préserver leurs Etats et sujets respectifs de nouvelles réactions et du danger d'imprudentes innovations qui en amèneraient le retour, il est entendu entre les hautes parties contractantes que S.M. le roi des Deux-Sicilies, en rétablissant le gouvernement du Royaume, n'admettra **aucun** changement qui ne pourrait se concilier, soit avec les anciennes institutions monarchiques, soit avec les principes adoptés par S.M. Impériale et Royale Apostolique pour le régime intérieure de ses provinces Italiennes.

Aus dem Schreiben von der Pfordtens an Bray vom
25. Februar 1859

"Das Bestreben zwischen dissidentierenden Parteien eine Verständigung herbeizuführen und so ihren Widerstreit zu vermitteln und zu versöhnen, begegnet gewiß dann einen fruchtbaren Boden, wenn sich verschiedene an sich gleichberechtigte Interessen gegenüberstellen, welche man zur Ausgleichung auf einen gemeinschaftlichen höheren Gesichtspunkt zurückführen kann, oder wenn sich zweifelhafte oder doch unentschiedene Rechtsansichten begegnen. Dagegen dürfte ein solches Bestreben viel weniger Anhaltspunkte finden, wenn einem unbestreitbaren allgemein anerkannten Rechte nur die auf ein entgegengesetztes Interesse gerichteten Wünsche gegenüber stehen. In diesem Falle kann durch Vermittlungsbestreben sehr leicht dem Rechte ein Anschein des Unrechtes gegeben und den bloßen

Wünschen ein Schein der Berechtigung beigelegt werden, woraus ebenso leicht, ja wohl noch wahrscheinlicher, eine Ermutigung zur Fortsetzung der Differenz als eine Bereitwilligkeit zu deren Schlichtung hervorgehen kann."

Aus dem vertraulichen Schreiben von der Pfordtens an
Bray vom 25. Februar 1859

"Zwischen Vertragserfüllung und Vertragsbruch zwischen Recht und Unrecht gibt es keine Vermittlung, sondern nur Schutz des Rechtes und Abwehr seiner Verletzung. Wenden wir diesen Gedanken auf Italien an, so erkennt die preussische Regierung selbst den Besitz der Lombardei von Seite Österreichs als ein so unzweifelhaftes Recht an, daß hierüber nicht verhandelt und vermittelt werden kann; und wenn auch nicht der Wortlaut der deutschen Bundesverträge, so verpflichtet doch der Bestand der europäischen Verträge Preußen als Großmacht hierfür einzustehen, wenn nicht alle Grundlagen der gegenwärtigen, europäischen Staatenverhältnisse und seines Völkerrechtes den ihnen widerstreitenden Interessen oder Wünschen einzelner Regierungen oder revolutionären Parteien preisgegeben werden sollen. Die Schutzverträge welche Österreich mit Parma, Modena und Toskana geschlossen hat, bestehen, wenn wir nicht irren, im Wesentlichen auch schon seit dem Jahr 1815 und können daher nicht wohl als eine neuerliche das Gleichgewicht Europas störende Erweiterung österreichischen Einflusses bezeichnet werden. Vielmehr hat Frankreich durch die Besetzung Roms im letzten Decennium eine Stellung in Italien gewonnen, die den österreichischen Einfluß beschränkt, sodaß wenigstens Frankreich keinen Grund hat, Österreichs Beziehungen

zu Italien zur Rechtfertigung eines Angriffskrieges gegen Österreich anzurufen. Wir können sehr gerne am preussischen Kabinete zugeben, daß diese Schutzverträge Österreichs mit den genannten italienischen Staaten für den deutschen Bund nicht dieselbe Bedeutung haben wie der Besitz der Lombardei durch Österreich; aber es läßt sich doch auch nicht verkennen, daß jene Schutzverträge zugleich zur Verteidigung der Lombardei dienen, daß sie gleichsam Vorwerke dieser Hauptfestung bilden, und daß die Stellung Österreichs in der Lombardei wesentlich geschwächt und gefährdet sein würde, wenn es auf diejenigen Rechte verzichten müßte, welche ihm aus jenen Schutzverträgen erwachsen. Aber auch hiervon abgesehen, handelt es sich dabei nicht bloß um Rechte, sondern zugleich um Pflichten Österreichs und ein Vermittlungsvorschlag, der auf Aufgabe jener Rechte gerichtet wäre, würde zugleich die Zumutung enthalten, sich von jenen Verpflichtungen loszusagen, was, wenn wir hier nicht sehr irren, das österreichische Kabinett als mit seiner Ehre unvereinbar unter allen Umständen zurückweisen wird. Es bleibt hiernach in Italien als Gegenstand vermittelnder Verhandlungen eigentlich nur der Kirchenstaat übrig. Hier wird aber wohl das königlich preussische Kabinet mit uns einverstanden sein, daß dabei vor allem der Wille Seiner Heiligkeit des Papstes in Betracht gezogen werden muß, der wohl in seiner doppelten Eigenschaft als Oberhaupt der katholischen Kirche und als weltlicher Souverän weder vorgegriffen noch Zwang angethan werden darf. Überdies verstehen wohl weder die Regierungen noch die Parteien, welche die sogenannte italienische Frage aufgeworfen haben, unter derselben etwa nur

die Entfernung der fremden Besatzungen aus dem Kirchenstaat oder innere Reformen im Kirchenstaat, sondern sie zielen dabei unverkennbar auf gänzliche oder teilweise Verdrängung Österreichs aus Italien."

Aus dem Schreiben von der Pfortens an Bray vom
2. April 1859

... "Wir können uns aber nicht von der Zweckmäßigkeit überzeugen, dieß mit Umgehung eines Bundesbeschlusses zu tun. Das Bedenkliche eines Bundesbeschlusses findet die königlich preussische Regierung darin, daß sich nicht behaupten lasse, daß zur Zeit eine Gefahr für das Bundesgebiet bestehe und daß mithin der Bund, wenn er dennoch Kriegsrüstungen beschließe, gegen die Rücksicht verstoßen würde, daß alles zu vermeiden sei, was eine neue Spannung in die Verhältnisse bringen könnte. Wir glauben dieser Besorgniss folgende einfache Erwägungen entgegenstellen zu sollen. Wenn die Gefahr eines europäischen Krieges so nahe liegt, wie unbestreitbar gegenwärtig, wenn in Folge davon fast alle Deutschland umgebenden Mächte rüsten und bei dieser Verwicklung die eine deutsche Großmacht in erster Linie steht, so kann wohl von keiner Seite eine Demonstration oder Aufreizung darin gefunden werden, daß auch die übrigen deutschen Staaten zu kriegesischen Vorbereitungen schreiten und der Bund bezüglich der Bundesfestungen, über welche rechtlich ihm allein die Verfügung zusteht, dasselbe tut. Sollte aber auch jemand in der vorbereitenden Armierung und Verproviantierung der Bundesfestungen eine ungerechtfertigte Demonstration erblicken, so würde er sie jedenfalls in der Tatsache als solcher

finden, gleichviel ob dieselbe durch einen Bundesbeschluß oder durch eine vertrauliche Verabredung der beteiligten Bundesregierungen herbeigeführt würde, umso mehr, wenn die oberste Leitung und Überwachung dieser Maßregel doch der Bundesmilitärkommission übertragen bliebe. Wir können daher nach dieser Seite hin in einem Bundesbeschlusse nichts Bedenkliches finden, wohl aber hegen wir sehr gewichtige Bedenken gegen die vorgeschlagene Umgehung des Bundes.

Es ist vielfach in der deutschen Nation dem Bunde der Vorwurf der Untätigkeit, in den meisten Fällen mit Unrecht, gemacht worden. Diesem Vorwurf würden aber die Regierungen welche doch alle in dem deutschen Bunde das einzige unter den gegebenen Verhältnissen mögliche politische Band aller deutschen Staaten erkennen und als solches erhalten wollen, neue Nahrung geben, wenn sie sich für die Untätigkeit des Bundes in einer Sache aussprechen, welche unbestreitbar nach den Bundesgrundgesetzen in den Kreis der Aufgaben, und somit der Berechtigung und Verpflichtung des Bundes fällt."

Aus dem Schreiben von der Pfordtens an Lerchenfeld vom
21. April 1859

... "Dieselben (die durch die Bundesverfassung vorgeschriebenen Formen) erscheinen nämlich schon an sich nicht als wertlose Formen, da sie der Ausdruck des bestehenden öffentlichen Rechtes sind und ihre Beobachtung erlangt daher eine umso höhere Bedeutung gerade jetzt, wo es sich um die Abwehr von Angriffen handelt, die gegen das auf europäischen Verträgen ruhende Recht Österreichs in Italien gerichtet sind. Der deutsche

Bund hat an sich so viele Gegner und wird von so vielen Seiten als eine ungenügende und unwirksame Institution angegriffen, daß es im höchsten Grade bedenklich sein würde, wenn in einem so wichtigen und entscheidenden Augenblicke, wie der gegenwärtige, die Regierungen selbst ihn gleichsam umgehen und außer Wirksamkeit setzen würden. Wir gehen daher unsererseits von der Voraussetzung aus, daß sobald zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin eine Einigung erzielt sein wird, dieselben auf Grund davon die entsprechenden Anträge an die Bundesversammlung bringen werden, und wir werden dann mit Vergnügen die Hand dazu bieten mit jeder nur möglichen Beschleunigung einen Bundesbeschluß zu Stande zu bringen.

Aus demselben Grundgedanken glauben wir auch festhalten zu müssen für den unerwünschten aber auch, wenn wir nicht irren, nicht zu besorgenden Fall, daß die beiden Großmächte sich nicht zu einigen vermöchten. Auch dann sind wir der Ansicht, daß ohne weiteres Zögern ein Antrag an die Bundesversammlung zu stellen und je nach dem Resultate der Abstimmung, die weiteren Maßnahmen zu treffen sein würden. ... Sollten die jetzt noch schwebenden Verhandlungen zwischen den europäischen Großmächten zu keinen Resultate führen und der Krieg in Italien ausbrechen, so glauben wir annehmen zu dürfen, daß von dem Augenblicke der Beteiligung Frankreichs an diesem Kriege an sämtliche deutsche Regierungen, die preussische an ihrer Spitze, den Fall des Artikels 47 der Wiener Schlußakte als gegeben, eine Gefahr für das Bundesgebiet als begründet erachten und demgemäß die Mobilisierung der Bundeskontingente beschließen werden."

Auszug Vergers aus dem Dienstschreiben Schrencks
an Verger vom 3. Oktober 1860

"Nach meiner festen Überzeugung ist es durch das Interesse des Papstes selbst und der katholischen Welt unbedingt geboten, daß der Papst in Rom verbleibe und daß man alle Schritte auf das Sorgfältigste vermeide, welche seine Entfernung aus der Hauptstadt auch nur erleichterte, weil ihm die Rückkehr dahin nach der jetzigen Gestaltung der politischen Verhältnisse in Italien unmöglich sein würde. Sollte der Papst sich aber bewogen finden, diesen für ihn und die ganze Kirche nachteiligen Schritt zu tun, so könnte er in rein katholischen Staaten, in Spanien und Portugal, welches letztere ihm sogar eingeladen hat, eine viel bessere Zufluchtsstätte finden, als in Bayern, dessen Lage, Klima, Sitten und Religionsverhältnisse, wie von Verger selbst angeführt, viel weniger passend für den Aufenthalt des päpstlichen Hofes erscheinen, und das in die größten Verlegenheiten nach außen gebracht würde, wofür ich die bestimtesten Anhaltspunkte habe. - Wäre es also auch für jene Staaten möglich, das Asyl für den Papst abzulehnen, so vermöchte dies Bayern wenigstens ebenso gut oder noch besser, wenn die Sache mit dem gehörigen Takte und der nötigen Entschiedenheit angefaßt wird, da Bayern hierfür viel gewichtigere Gründe zur Seite stehen. Übrigens wird der Fall nach dem Brief von Verger selbst gewiß nicht eintreten, daß der Papst kein Asyl in den rein katholischen Staaten fände. Verger kann und soll zunächst dahin wirken, daß an Bayern gar nicht die Frage kommt, nötigenfalls aber die gegen die Übersiedlung des Papstes nach Bayern sprechenden politischen Gründe, jedoch auf die mil-

deste, geschickteste und zugleich entschiedenste Weise geltend machen, damit nicht am guten Willen Meinerseits daraus gefolgert werde, da ich es für meine bestimmte Regentenpflicht halte, so zu handeln. Es erscheint mir nötig, Verger auf das Bestimmteste anzuweisen, hienach zu handeln und seine Haltung einzurichten. Derselbe ist durch Kurier zu verständigen. Übrigens versteht sich von selbst und ich rechne darauf, daß die ganze Angelegenheit mit der äußersten Diskretion behandelt wird."

Aus dem Bericht Vergers an König Max vom 13. Dezember 1861

"François II possède aujourd'hui, après une éducation de plus incomplètes, plus de facultés mémoratives, que de jugement, plus de finesse que de véritable esprit. Il y a en lui du prince et du collégien. Plus judicieux dans ses aversions que dans ses affections, il est nécessairement plus susceptible d'engouement que d'attachement. Dans un air de sereine dignité percent le calcul et la dissimulation. Ce trait, parceque caché sous des allures extérieures de laisser aller et, de bonhomie, n'est pas à saisir au premier coup d'oeil. Favorisé par une occasion favorable - bien défavorable - je pus apprécier à fond cette tendance, héritage de feu Ferdinand. Le roi aime à parler et sur toute chose, et il parle avec une grande effusion de paroles, avec une grande facilité. Mais ses paroles expriment rarement sa véritable pensée. Elles ont encore une autre défaut sa dissimulation manque parfois de conséquence. Le roi ne se dit pas, que cette dissimulation pourra être découverte le lendemain ...
A l'appui de ceux, qui a force de penser a ce qu'ils

doivent faire pensent d'ordinaire mieux sur la fin que sur le commencement, le roi gâte souvent par la reflexion, ses premiers mouvement- le premiers jet de ses inspirations. Si Gaeta était une exception cela tient à ce que là aussi les conditions furent toutes exceptionnelles. Ce fut un éclair d'énergie, de force de caractère, mains dans la première étincelle appartient à la reine Marie. Depuis cette époque mémorable, le roi est retombé soit dans de vagues désirs, soit dans de petits moyens. Il tient ferme dans sa main son drapeau, mais la haute main dans les tentatives de contrerévolution lui échappe, si jamais il l'a possédée. Victime de son inexpérience et des mullités, qui l'entourent, il est le jouet en même temps des ambitieux et de partisans intéressés... Pour le roi il n'y a pas de milieu dans ses rêves comme dans ses préoccupations."

Schreiben Franz'II. an Ludwig II. vom 24.Dezember 1865

"Je n'ai pu m'empêcher de gémir en silence sur un fait malheureusement irrévocable, qui peut tromper bien de gens qui ne sont pas au courant des choses, mais ne pourra jamais égaler ceux qui ont suivi, avec la plus grande attention, les événements dans ces derniers temps.

En reconnaissant, sans y être obligé ni pressé, l'ordre de chose, qui par des actes de la plus brutale violence s'est formé provisoirement en Italie sur les débris de plusieurs trônes, Votre Majesté, oserais - je le dire, n'a pas voulu voir que, sans obtenir aucun résultat pratique ni pour le vrai bonheur de ses peuples, ni non plus pour la Dynastie, Elle allait briser la chaîne des traditions de Sa Famille, qui a été toujours fière de soutenir les droits de la légitimité, de la catholicité et de la stabilité des monarchies. En ce qui vient de s'accomplir, l'Italie sera la seule, qui puisera une nouvelle force pour l'achèvement de son œuvre révolutionnaire.

Le Gouvernement de Votre Majesté, par ce trait de politique, s'est imaginé peut-être, d'arriver à assouvir les haines des partis. Mais on s'apercevra bientôt que la révolution, sans être nullement satisfaite, accepte toutes les concessions comme des acomptes, pour pousser ainsi les Souverains, par des concessions nouvelles dans des abîmes, d'où ils ne pourront plus sortir.

Cela ne pourra manquer d'arriver, Sire, quand nous voyons qu'il est inutile de plus compter sur des États que l'on s'était habitué, depuis longtemps, à ranger au nombre des plus fermes soutiens de l'ancien droit, et de la cause de la Religion. Un de ces États c'est la catholique Bavière, qui maintenant a eu le tort d'en reconnaître un autre tout-à-fait anticatholique et auquel font encore défaut tous les éléments de droit et de force, aptes à inspirer la confiance et la considération. ..."

Quellenverzeichnis

Geheimes Hausarchiv München

Kabinettsnachlaß Max'II. :

74 / 6 / 16	Abendunterhaltungen - Löher
74 / 6 / 17	Löher
76 / 5 / 34	von der Pfordten
76 / 6 / 36	Notizen über Politik
77 / 3 / 77	Doenniges
77 / 5 / 86	Wendland
79 / 1 / 165	Die italienische Krise
79 / 1 / 166	Territorialgarantie im Fall eines Krieges
79 / 1 / 167	Badener Fürstentreffen 1860
83 / 1 / 364	Korrespondenz mit Adelgunde von Modena

Nachlaß Pfistermeister 84 / 4

Nachlaß Therese:

21 - 23	Auguste an Luitpold
24	Franz von Modena an Luitpold
26	Leopold II. von Toskana an Luitpold
33	Ferdinand IV. von Toskana an Luitpold
89	Verwandte an Auguste
93	Luitpold an Auguste
99, 101, 102	Fürsten an Auguste
111	Hofdamen an Auguste

Geheimes Staatsarchiv München

Politisches Archiv:

- | | |
|------------------------|--|
| III. Reihe Nr. 28 - 34 | Differenzen zwischen
Österreich und Frankreich |
| III. Reihe Nr. 35 | Der bevorstehende Kongreß zu
Paris, Zustände in Italien,
Differenz Frankreich und Papst,
Restauration des Herzogs von
Modena |
| III. Reihe Nr. 44 + 45 | Vorgänge in Italien,
Annexion Savoyens |
| V. Reihe Nr. 27 | Die Anerkennung des Königreichs
Italien |

MA III. Politischer Schriftwechsel:

- | | |
|-------------------------------|---------------------------|
| Sardinien Nr. 14 - 16 | (1859 - 1862) |
| Päpstlicher Stuhl Nr. 27 - 33 | (1859 - 1865) |
| Frankreich Nr. 38 - 45 | (1859 - 1865) |
| Österreich Nr. 50-53, 55 + 56 | (1859 - 1862, 1864, 1865) |
| Preußen Nr. 61 - 64 | (1859 - 1862) |
| Rußland Nr. 51 - 57 | (1859 - 1865) |
| England Nr. 49 - 54 | (1859 - 1864) |

Bayerische Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl

Nr. 2592, 802, 805, 807 - 809

Bayerische Gesandtschaft in Wien Kasten grün Nr.88 / 71

Bayerische Gesandtschaft in Berlin Nr. 51

Bayerische Gesandtschaft in London Nr. 345

Bayerische Gesandtschaft in Frankfurt Kasten grün Nr. 21 / 11

Nachlaß von der Pfordten Nr. 30, 69, 125

Haus - Hof und Staatsarchiv Wien

IV Bavière Nr. 26 - 32	(1859 - 1865)
II Deutscher Bund Nr. 43, 44, 49, 50	(1859 - 1861)
III Prusse Nr. 65	(1859)
XI Rome Nr. 211 - 213	(1859/1860)
XI Naples Nr. 12	(1859)
XI Modène et Parme Nr. 23	(1859)

Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris

Bavière Nr. 236 - 240	(1859 - 1865)
Allemagne Nr. 830-833, 836, 838, 841	(1859 - 1863, 1865)
Prusse Nr. 333, 334, 336, 337, 339 - 341, 343, 347, 353	(1859, 1861-1863, 1865)
Wurtemberg Nr. 83	(1859)
Toscane Nr. 196 - 200	(1859/1860)
Naples Nr. 190 - 196	(1859 - 1861)
Mémoires et Documents France Nr. 742	(1859 - 1862)
	Nr. 2126 (1863 - 1865)

Archivio di Stato, Turin

Lettere Ministri Baviera	S 38 (1858-1859)
Legazione Monaco	8 / 50 (1859-1860)
"	8 / 55 (1860)
"	8 / 58 (1860)
"	8 / 59 (1860)
Lettere Ministri Allemagne	32 / 44 (1857-1859)
Legazione Francoforte	5 / 34 (1859-1860)
"	5 / 35 (1861-1865)
Lettere Ministri Prussia	36 (1858-1859)
Legazione Berlino	4 (1859-1860)

Archivio di Stato, Florenz

Inventaria della Segreteria e Ministero degli Affari Esteri:

2433 Carteggio col Rappresentante Toscana presso la Corte
di Francia, Grande Bretagne e Belgio

2471 Carteggio col Rappresentante Toscana alla Corte
d'Austria

Segreteria die Gabinetto:

20 / 43 Carte in Cifra 1855 - 1859

Carte Bianchi Ricasoli:

Busta G Inserto E Affari Politici

Busta G Inserto F Documenti diplomatici intercettati

Dipartimento degli Affari Esteri:

1 / 59 Deputazione a Torino, a Parigi, Missione Moretti

Akten der neapolitanischen Gesandtschaft in München
(1859 - 1860)

jetzt im Archivio di Stato, Neapel

Literaturverzeichnis

(Die Unterstreichungen bei Titelangaben bedeuten den abgekürzten Titel bei wiederholten Zitierungen)

- Aubry, Octave: Das Zweite Kaiserreich, Paris 1951
- Bapst: Der Friede von Villafranca, Deutsche Revue Stuttgart-Leipzig 1903
- - - Napoleon III. und Italien, Deutsche Revue Stuttgart-Leipzig 1928
- Bastgen, Hubert: Die römische Frage, Dokumente und Stimmen, Freiburg i. Br. 1917, 2 Bde
- Beust, Friedrich Ferdinand Graf von: Aus drei Vierteljahrhunderten, Erinnerungen und Aufzeichnungen, Stuttgart 1887, I. Bd.
- Bianchi, Nicomede: Storia documentata della diplomazia Europea in Italia, Torino 1865-72, VIII. Bd
- Blanchard, Marcel: Le second Empire, Paris 1950
- Bluntschli, Johann Caspar: Denkwürdiges aus meinem Leben, Rüdlingen 1884, II. Bd.
- Corbino, Epicarmo: Annali dell'Economia Italiana, 1931, I. Bd.
- Corti, E. Caesar Conte: Elisabeth, die seltsame Frau, 1934
- Croce, Benedetto: Il romanticismo legitimistico e la caduta del Regno di Napoli, in: Uomini e cose della vecchia Italia, Bari 1943
- Daniels, Emil: Die politische Vorgeschichte des Krieges von 1859, Preuß. Jahrbücher 206, 1926
- Dosberl, Michael: Entwicklungsgeschichte Bayerns, Hgg. v. Max Spindler, München 1931, III. Bd.
- Droz: L'Epoque Contemporaine, Paris 1953
- Engel-Jánosi, Friedrich: Freiherr von Hübnér, 1933
- - - L'ultimatum austriaco del 1859, in: Rass. Storia del Risorgimento, 1937
- Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha: Aus meiner Leben und aus meiner Zeit, Berlin 1890, III. Bd.
- Ferres, Martin: Heinrich von Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 - 1862, Berlin 1930

- Franz, Eugen: Ludwig Freiherr von der Pfordten, München 1938
- - - Max II. von Bayern und seine geheimen politischen Berater, Zeitschrift f. bayerische Landesgeschichte V 219-242, 1932
- Frauenholz, Eugen: Deutsche Kriegsgeschichte und Heeresgeschichte, München-Berlin 1927
- Friedensburg, Walter: Aus den italienischen Unabhängigkeitskriegen, 1917
- Friese, Christian: Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum polnischen Aufstand, Osteuropäische Forschungen N.F. 11, Berlin 1931
- - - Die Auswärtige Politik Preussens 1858 - 1871, Hgg. von der historischen Reichskommission, Oldenburg i.O. 1932-35
- Fuchs, Walther Peter: Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853-1860, Berlin 1934
- Gorce, Pierre de la: Napoléon III et sa politique, Paris 1953
- - - La Prusse avant Sadowa, in: Etudes d'histoire contemporaine, Paris 1898
- Griewank, Theodor u. Hellwag, Fritz: Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859-1866, Stuttgart 1934
- Hassel, Paul: Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen, Berlin-Leipzig 1900, II. Bd.
- Hassel, W.v.: Geschichte des Königreichs Hannover, Leipzig 1901, III. Bd.
- Hellwag, Fritz u. Griewank Theodor: Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859-1866, Stuttgart 1934
- Hoffmann, Georg: Die venezianische Frage zwischen den Feldzügen von 1859 und 1866, in: Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, 20. Bd., Zürich 1940.
- Johann Georg, Herzog zu Sachsen: Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und dem Kaiser, in: 1863. Friedrich IV. und Wilhelm I. von Preußen, Leipzig 1911
- Kentmann, H.: Preußen und die Deutsche Bankhilfe an Österreich im Jahre 1859, Hildesheim 1936
- Klöber, Wilhelm: Die Entwicklung der Deutschen Frage 1859-1871 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung, München 1932

- Laible, Helene: Wilhelm von Doenniges und König Max II. von Bayern, Diss. München 1942
- Lennhoff, Eugen u. Posner, Oskar: Internationales Freimaurer Lexikon, Wien 1932
- Lenning: Allgemeines Handbuch der Freimaurerei, 1900/1901
- Leti, G.: Carboneria e massoneria nel Risorgimento italiano, Genova 1925
- Ley, Hornst: Die italienische Einigung und die englische Politik, Leipzig 1935
- Lutio, H.: La Massoneria e il Risorgimento italiano, Milano 1917
- Luzzatto, G.: Storia Economica, 1948
- Matter, Paul: Cavour et l'unité italienne, Paris 1927, III. Bd.
- Mittelstaedt, Anni: Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland, Diss. Stuttgart 1904
- Mollat, C.: La Question Romaine de Pie VI à Pie XI, Paris 1932
- Monti, H.: Storia Politica d'Italia
- Moscatti, Ruggero: Ferdinando II nei documenti diplomatici austriaci, Napoli 1947
- Müller, Karl Alexander v.: Historisch politische Denkschriften Sybels für König Max II. von Bayern aus den Jahren 1859-1861, Hist. Zeitschrift 162, 1940
- Müller, Hermann: Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854-1871, Berlin-Leipzig 1927, I. Band
- Müller, Hans: Zur politischen Vorgeschichte des Feldzuges 1859, MIOG 1929
- Münch, Albert: Un projet d'alliance franco-russe en 1858, C.R.Acad. Sc. Mor., Paris 1928
- : Un projet de désarmement de Napoléon III 1863, Séances Trav. Acad. Sc. Mor., Paris 1931
- Posner, Oskar u. Lennhoff Eugen: Internationales Freimaurer Lexikon, Wien 1932

- Preußen: Die auswärtige Politik 1858-1871, Hgg. von der historischen Reichskommission, Christian Friese, Oldenburg i.O. 1932-35
- Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Hgg. v. H. Ritter v. Srbik, Oldenburg i.O. Berlin 1934
- Raindre, G.: Les Papiers inédits du Comte Walewski 1855-1868, Revue de France 1925
- Rall, Hans: Königin Mutter Marie und das Rote Kreuz, in: Festschrift Frauenarbeit im bayerischen Roten Kreuz, München 1954
- Raumer, Kurt v.: Das Jahr 1859 und die deutsche Einheitsbewegung in Bayern, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der deutschen Burschenschaften VIII, Heidelberg 1925
- - Karl Brater und die Anfänge einer national-deutschen Bewegung in Bayern 1859-1862, München 1927
- Renouvin, P.: Politique extérieure du second Empire, Paris 1940
- Ringhoffer, K.: Im Kampf um Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen Albr. v. Bernstorff, Berlin 1906
- Rubiero, Ermolao: Storia intima della Toscana del 1.1.1859 - 30.4.1860, Prato 1861
- Sachsen, Johann Georg Herzog zu: Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen, Leipzig 1911
- Srbik, Heinrich Ritter von: Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom heiligen Reich bis Königgrätz, München 1942
- - Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Oldenburg i.O., Berlin 1934
- Scheffer, Th.: Die preußische Publizistik im Jahre 1859 unter dem Einfluß des italienischen Krieges, Berlin 1901
- Schieder, Theodor: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871, in: Mü. Hist. Abhandlungen I. Reihe 12. Heft., München 1936

- Schmidlin, Josef: Papstgeschichte der neuesten Zeit, München 1934, II. Bd.
- Schmidt, Erich: Das Verhältnis Sachsen-Meiningsens zur Reichsgründung 1851-1871, Diss. Halle 1930
- Schüßler, Wilhelm: Die Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk aus den Jahren 1860-1872, Stuttgart-Berlin 1920
- Schultze, Johannes: Eine preußische Zeitungsgründung in München, Deutsche Rundschau Bd. 192
- Steinhaben, Hans: Beiträge zur hessischen Politik in der Zeit der Reichsgründung, Diss. Rostock 1933
- Stern, Alfred: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Stuttgart-Berlin 1920, VIII.Bd.
- - Die Mission des Fürsten Windischgraetz nach Berlin 1859, in: Forschungen zur brandenb.-preuß.Geschichte XLIII/2
- Stringher, B.: Gli scambi con l'estero e la politica commerciale italiana dal 1860-1910, in: Cinquantanni di Storia Italiana, Milano 1912
- Ulloa, P.C.: Un re in esilio. La Corte di Francesco II a Roma 1861-1870, Bari 1929
- Valsecchi, Franco: L'unificazione italiana e la politica europea, della guerra di Crimea alla guerra di Lombardia 1854-1859, Milano 1940
- - La politica europea e la preparazione diplomatica della seconda guerra per l'indipendenza italiana, Milano 1950/51
- - La mediazione e la definizione dell'aggressore alla vigilia della guerra 1859, in: Rass. Stor. del Risorgimento, 1937
- - La politica di Cavour e la Prussia nel 1859, Arch. Stor. Ital. 1938
- - Toscana ed Austria, nel 1859 nei documenti diplomatici austriaci, Firenze

- - Il 1859 in Germania, la stampa ed i partiti, in: Studi Germanici 1935
- - Il 1859 in Germania, idee e problemi, in: Arch. Stòr. Ital 1935
- Wallersee-Larisch, Meine Vergangenheit, Leipzig 1936
M.L.:
- Zazo, Alfredo: La politica estera del Regno delle Due Sicilie nel 1859-1860, Napoli 1940
- Zucconi, Angèa: Lodovico innamorato. Viaggi in Italia di Lodovico I di Baviera, milano 1944

Namenverzeichnis

- Adelgunde, Herzogin von Modena, Schwester Max'II.von Bayern
Albrecht, Erzherzog von Österreich
Alexander II., russ. Kaiser (1855-81)
Alvensleben, Gust.v., preuß. General
Antonelli, Giacomo, Kardinalstaatssekretär (1848-1876)
Arco-Valley, Ludwig Graf v., bayr.Reichsrat
Azeglio, Emanuele Marchese d', sardinischer (ital.)
Gesandter in London (1850-1868)
Azeglio, Massimo Marchese di, sardinischer Kommissar in
Bologna
- Baden, Großherzog Friedrich I. v. (1852-1907)
Balabine, Viktor, russ.Gesandter in Wien (1858-1864)
Banneville, Gust. Marquis de, franz. Gesandter in München
(1860 + 61), vorher in Wien
Barral, Camillo Conte di, sardinischer (ital.) Gesandter
am Deutschen Bund (1856-1866)
Barth, Marquard, Abgeordneter im bayerischen Landtag
Baumgarten, Abgeordneter im bayerischen Landtag
Bayern, Maximilian II. König v. (1848-1864)
Ludwig I. König v. (1825-1848)
Ludwig II. König v. (1864-1886)
Marie Königin v.
- Bernstorff, Albrecht Graf v., preuß. Außenminister (1861-62)
Beust, Friedr.Ferd. Graf v., sächsischer Außenminister (1849-66)
Bianchini, Domenico, neapolitanischer Attaché in München
Bismarck, Otto v., preuß. Bundestagsgesandter (1851-59)
preuß. Gesandter in Petersburg (1859 -62)
preuß.Außenminister (18562-1890)
Blome, Graf v., österr. Sondergesandter 1862 nach München
österr. Gesandter in München (1864 -1865)
Bluntschli, Johann Caspar, Prof. für Völkerrecht in München

- Brassier de St. Simon, Maria Anton Jos. Graf,
preuß. Gesandter in Turin (1854-1862)
- Brater, Karl, Abgeordneter im bayerischen Landtag
- Braunschweig, Wilhelm Herzog v. (1830-1884)
- Bray-Steinburg, Otto, Graf v., bayerischer Gesandter
in Berlin (1859-1860) bayerischer Gesandter in Wien
(1860-1870)
- Brenier, Comte de, franz. Gesandter in Neapel
- Buol-Schauenstein, Karl Ferd. Graf v., österr. Außen-
minister (1852-1859)
- Buoncompagni, Carlo Conte di, sardinischer Gesandter
(Kommissar) in Florenz
- Caianello, Sondergesandter Franz'II. zu Napoleon
- Canofari, neapolitanischer Gesandter in Turin
- Cantonc, sardinischer Gesandter in München 1859/1860
- Carignano, Eugenio di Savoia Principe, Regentschafts-
anwärter für Toskana
- Casella, neapolitanischer Außenminister in Gaeta
- Cassarò, Präsident des Ministerrates in Neapel 1860
- Cavour, Camillo Benso Conte di, leitender Minister
Sardiniens (1852-Juli 1859, 1860-1861)
- Cetto, August Frhr.v., bayerischer Gesandter in London
(1835-1867)
- Cito, Louis Conte, neapolitanischer Legationsrat in
Paris, Gesandter in München (1863-1865)
- Clotilde, Prinzessin, Gemahlin des Prinzen Napoleon
Jérôme, Tochter Viktor Emanuels II. von Sardinien
- Corsini, Marchese, toskanischer Minister
- Cowley, Henry Wellesley Earl, engl. Gesandter in Paris
(1852-1867)
- Dalwigk, Reinhard Frhr.v., großherzogl. hessischer
Minister (1850-1871)
- Derby, Edward Stanley Earl of, engl. Premierminister
(1858-1859)
- Döllinger, Ignaz v., Prof. für kath. Kirchengeschichte
in München
- Doenniges, Wilhelm v., bayerischer Geschäftsträger in
Turin (1859-1862)
- Doria, Conte di, sard. Gesandter in München (1860)

Elisabeth, Königin von Preußen, Tochter Max I.
Josef von Bayern

Elisabeth, Kaiserin von Österreich

Eugenie, Kaiserin von Frankreich

Farini, Diktator von Modena, Parma und der Romagna

Fénelon, Alfred Comte Salignac, franz. Gesandter am
Deutschen Bund (1858-1864)

Ferdinand II., König Beider Sizilien (1830-1859)

Ferdinand IV., Großherzog von Toskana seit 1859

Filangieri, Carlo Principe di Satriano, Ministerpräsident
in Neapel (1859-1860)

Fligély, Adjudant des Kaisers Franz Josef, Sondergesandter
nach Florenz 1859

Florenzi, Marianina, Marchese di

Frankreich, Napoleon I. Kaiser von (1804-1815)

Frankreich, Napoleon III. Kaiser v. (1852-1870)

Franz Josef, Kaiser von Österreich (1848-1916)

Franz II., König Beider Sizilien (1859-1861)

Franz V., Herzog von Modena (1846-1859)

Friedrich I., Großherzog von Baden (1852-1907)

Gasser, bayr. Gesandtschaftssekretär in Paris

Garibaldi, Giuseppe, ital. revol. Führer

Georg V., König von Hannover (1851-1866)

Gortschakoff, Alex. Michailowitsch Fürst, russ. Außen-
minister (1856-1882)

Goyon, Befehlshaber der franz. Truppen im Kirchenstaat

Gramont, Antoine Duc de, franz. Botschafter in Rom
(1857-1861)

Greca, neapolitanischer Minister und Abgesandter zu
Napoleon

Hannover, König Georg V. v. (1851-1866)

Hartig, E. Graf v., österr. Gesandter in München 1859

Hessen, Großherzog Ludwig III. v., (1848-1877)

Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton Fürst, preuß.
Ministerpräsident (1858-1862)

Hombach, Ferd. Graf v., bayerischer Gesandter in Florenz
(1866-1878)

Hügel, Karl Franz v., württemb. Außenminister (1855-1864)

Johann, König von Sachsen (1854-1873)

Karolyi, Alois Graf v., österr. Sondergesandter nach
Petersburg 1859

Kübeck, Aloys Karl Frhr.v., österr. Präsidialgesandter
am Deutschen Bund (1859-1866)

Lamorcière, de General, Oberbefehlshaber der päpstlichen
Armee

La Queronnaière, Louis Etienne Vicomte de, Pressechef des
franz. Innenministeriums

Launay, Eduardo Conte de, sard. (ital.) Gesandter in
Berlin (1853-1865)

Leopold II., Großherzog von Toskana (1824-1859)

Lerchenfeld, Ludwig Max Graf v., bayerischer Gesandter
in Wien (1850-1859)

Lerchenfeld, Gustaf Frhr.v., bayerischer Staatsrat

Leuchtenberg, Maria Nikolajewna Herzogin v.

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Wilh. Prinz, preuß.
Gesandter in München (1859-1861)

Ludwig I., König von Bayern (1825-1848)

Ludwig II., König von Bayern (1864-1886)

Ludwig III., Großherzog von Hessen (1848-1877)

Ludwig, Herzog von Bayern, Sohn des Herzogs Max von
Bayern

Lüder, Ludw.v., bayerischer Kriegsminister

Luise, Herzogin - Regentin von Parma

Luitpold, Prinz von Bayern

Manna, neapolitanischer Minister und Sondergesandter
nach Turin 1860

Maria Christina von Savoyen, Tochter Viktor Emanuels I.,
1.Gemahlin König Ferdinands II. von Sizilien

Maria Theresia, 2.Gemahlin König Ferdinands II. von
Sizilien, Tochter des Erzherzogs Karl von Österreich

Maria Nikolajewna, Herzogin von Leuchtenberg

Marie, Königin Beider Sizilien

Marie, Königin von Bayern

Mark von der, bayr. General

Martino di, neapolitanischer Gesandter in Rom und
Außenminister (1860)

Mathilde, Gräfin Trani, Schwester der Königin Marie
Beider Sizilien

Maximilian II., König von Bayern (1848-1864)

Maximilian, Ferdinand Erzherzog von Österreich

Max, Herzog von Bayern, Vetter König Ludwig I. von Bayern

Mazzini, Giuseppe ital. Revolutionär und Republikaner

Meneval, Eugen Baron v., franz. Gesandter in München 1859

Metternich, Richard Fürst v., österr. Botschafter in Paris
(1859-1870)

Meyerhofer, österr. General

Meysenbug, Wilh. Frhr. v., badischer Außenminister
(1856-1860)

Milesi, Kardinallegat in Bologna

Minerva, sard. Gesandter in Rom

Modena, Franz V. Herzog v. (1846-1859)

Montgelas, Lud. Max Jos. Graf v., bayerischer Gesandter
in Petersburg (1859-1860), bayerischer Gesandter in
Berlin (1860-1867)

Moustier, Lionel Marquis de, franz. Gesandter in Berlin
(1853-1859)

Napoleon I., Kaiser von Frankreich (1804-1815)

Napoleon III., Kaiser von Frankreich (1852-1870)

Napoleon Jérôme Bonaparte, Prinz, Sohn des Königs
Jérôme Bonaparte von Westfalen, genannt Plon-Plon

Österreich, Franz Josef Kaiser v. (1848-1916)

Oldenburg, Großherzog Peter v. (1853-1900)

Oldoini, ital. Gesandter in München seit 1865

Olga, Großfürstin, Gemahlin des württ. Kronprinzen,
späteren König Karl I. von Württemberg

Orsini, Felice, ital. Revolutionär (Attentat auf
Napoleon III.)

Palmerston, Henry John Temple Viscount, engl. Premier-
minister (1855-1858, 1859-1865)

Parma, Luise Herzogin-Regentin v.

Pepoli, Gioacchino Nap. Marchese, Mitglied der provi-
sorischen Regierung in Bologna 1859

Persigny, Jean Gilbert Comte de, franz. Botschafter in London (1859-1860)

Peter, Großherzog von Oldenburg (1853-1900)

Pfistermeister, Franz v., Kabinettssekretär König Max'II. von Bayern

Pfordten, Ludwig Frhr.v. der, bayerischer Außenminister (1849-1859) 1864-1866), bayerischer Bundestagsgesandter (1859-1864)

Pius IX., Papst (1846-1878)

Platen - Hallermund, Adolf Graf v., hannoveranischer Außenminister

Poniatowski, franz. Sonderbeauftragter nach Florenz 1860

Pourtalès, Alb. Graf v., preuß.Gesandter in Paris (1859-1861)

Preußen, Wilhelm König v., (1861-1888) seit 9.Okt.1858 Prinzregent

Rati, Opizzoni, sard. Geschäftsträger und Gesellschaftssekretär in München

Rattazzi, Urbano, ital. Ministerpräsident

Rechberg u. Rothenlöwen, Bernh. Graf v., österr. Präsidialgesandter am Deutschen Bund (1855-1859), österr. Außenminister (1859-1864)

Reisach, Graf von, Kurlenkardinal

Reizet, franz. Sonderbeauftragter nach Turin

Ricasoli, Bettino Baron v. Brolio, Präsident der toskanischen Regierung und ital. Ministerpräsident (1861-1862)

Ridolfi, toskanischer Außenminister

Rindorfer, Eduard Friedr., Frhr.v., bayerischer Gesandtschaftssekretär in Rom

Rohmer, Friedrich, Publizist

Romano, Regierungschef in Neapel nach der Flucht Franz'II. nach Gaeta

Rothschild, Jakob, Bankier in Paris

Russell, John Lord, engl. Außenminister (1859-1866)

Rußland, Alexander II. Zar v. (1855-1881)

Sachsen, Johann König von (1854-1873)

Salignac-Fénelon, Alfred Comte, franz.Gesandter an Deutschen Bund (1858-1864)

Sardinien, Viktor Emanuel II. König v. (1849-1878)

Scherr, Gregor von, Erzbischof von München-Freising (1856-1877)

- Schleinitz, Alex. Frhr. v., preuß. Außenminister
(1848, 49-50, 1858-1861)
- Schönburg-Hartenstein, Alex. Fürst v. Graf, österr.
Gesandter in München (1859-1862)
- Schrenck, Karl Frhr. v., bayerischer Bundestagsgesandter
(1850-1859) bayerischer Außenminister (1859-1864)
- Sigmund, Josef Hugo Dr., bayerischer Legationsrat
- Sizilien, Franz II. König v. (1859-1861)
- Sizilien, Ferdinand II. König v. (1830-1859)
- Spinelli de Scalea, Liberaler, neapolitanischer
Ministerpräsident 1860
- Stefanie, Großherzogin von Baden
- Sybel, Heinrich v., Historiker
- Syracus, Fürst v., Onkel König Franz' II. von Sizilien
- Tann, Ludw. Frhr. von der, bayerischer General
- Thouvenel, Ed. Antoine, franz. Außenminister (1860-1862)
- Toskana, Ferdinand IV. Großherzog v. (seit 1859)
- Toskana, Leopold II. Großherzog v. (1824-1859)
- Trani, Luigi Conte di, Stiefbruder König Franz II.
Beider Sizilien
- Ulloa, Chef des toskanischen Heeres
- Usedom, Karl Guido Graf v., preuß. Bundestagsgesandter
(1848, 50, 1859-1863)
- Veggezzi, ital. Sonderbeauftragter nach Rom 1865
- Vergier, Ferd. Frhr. v., bayerischer Gesandter in Rom
(1855-1867)
- Viktor Emanuel II., König von Sardinien (1849-1878)
- Vincke, Frhr. v., Abgeordneter im preuß. Landtag
- Völk, Josef, bayerischer Politiker

Salowski, Alexander Colonna Comte de, franz. Außenminister (1855-1860)

Sandland, August Frhr. v., bayerischer Gesandter in Paris (1850-1866)

Sch von der Reuth, Ludw. v., bayerischer Legationssekretär in Wien

Wilhelm I. König von Preußen (1861-1888) seit 9.Okt.1858 Prinzregent

Wilhelm I. König von Württemberg (1816-1864)

Wilhelm, Herzog von Braunschweig (1830-1884)

Willisen, Adolf Frhr. v., preuß. General

Windischgraetz, Alfred Fürst zu, österr. Feldmarschall

Württemberg, Wilhelm I. König v. (1816-1864)

Zweini, Theodor v., bayerischer Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten

Lebenslauf

Am 17. Mai 1927 wurde ich als Tochter des Chemikers Dr. Ing. Adolf Leber und Frau Gertraut Leber geb. Eckart in München geboren. Mein Vater trat im selben Jahr als Chemiker in die Badische Anilin und Soda Fabrik ein und übersiedelte deshalb von München nach Mannheim. Dort verbrachte ich zusammen mit meinem um zwei Jahre älteren Bruder meine Kinder- und Schulzeit. Nach vierjähriger Volksschule von 1934 -1938 besuchte ich drei Jahre die Liselotte Oberschule für Mädchen. Dann trat ich aus kriegsbedingeten Gründen in die Schule Schloß Wieblingen, jetzige Elisabeth von Thadden Schule bei Heidelberg ein. Im April 1947 bestand ich das Abitur als Schulfremde an dem Helmholtz - Realgymnasium in Karlsruhe.

1948 begann ich meine Studien an der Universität Heidelberg, vorallem bei den Professoren Buchwald, Herbig, Hoffmann, Fuchs und Vossler. Seit dem 4. Semester studierte ich an der Ludwig-Maximilians Universität in München bei den Professoren Elwert, Hallgarten, von Reiswitz, Rheinfelder, Rohlf, Schnabel, Spindler und Spörl. Seit 1953 arbeite ich unter der Leitung von Professor Dr. Hans Rall an meiner Dissertation, die ich im Sommersemester 1957 beenden konnte.

Marianne Leber

